Quellen zur Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien

ERSTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Erste Reihe
Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze und Erich Matthias

BAND 7

Friedrich v. Berg
als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918
Erinnerungen aus seinem Nachlaß

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Friedrich v. Berg
als Chef des Geheimen Zivilkabinetts
1918

Erinnerungen aus seinem Nachlaß

bearbeitet von Heinrich Potthoff

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

© Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn
1971

Gesamtherstellung: Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH
Printed in Germany

Inhalt

Seite

Vorwort der Herausgeber VII

Einleitung

I. Das Geheime Kabinett Seiner Majestät des Kaisers und Königs für die Zivilangelegenheiten

1. Zur Geschichte des Geheimen Zivilkabinett 3
2. Aufbau und Arbeitsweise 9
3. Aufgaben und Funktion 15
4. Die Darstellung über „Einrichtung" und „Geschäftsgang" des Zivilkabinetts 25

II. Zur Biographie Friedrich v. Bergs

1. Sein beruflicher Werdegang 37
2. Die Vorgeschichte seiner Berufung zum Chef des Zivilkabinetts 43
3. Berg als Chef des Zivilkabinetts 52
4. Seine Tätigkeit in der Zeit der Weimarer Republik 61

Zur Edition 75

Verzeichnis der Archivalien 81

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur 82

Die Aufzeichnungen

A. Einarbeitung in die Geschäfte

1. Die Berufung ins Zivilkabinett 91
2. Die Übernahme der Geschäfte 95
3. Der Kaiser und Ludendorff 98
4. Über die preußische Wahlrechtsreform 99
5. Die polnische Frage 100
6. Das Große Hauptquartier in Homburg 103
7. Über die Konservative Partei und Bülow 107
8. Der König von Bayern in Homburg 109

B. Von der Krise in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bis zum Beginn der Frühjahrsoffensive 1918

9. Die Krise in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und das deutsche Ultimatum 111
10. Kaiser Karl in Homburg 115
11. Ostpolitische Fragen und Kanzlerkandidaten (23. 2. bis 19. 3. 1918) 117

Seite

C. Die Zeit der deutschen Offensiven

12. Die erste deutsche Offensive 123
13. Die zweite Offensive 127
14. Die Sixtus-Affäre und militärische Ereignisse 129
15. Besprechungen in Berlin 1. 5. bis 10. 5. 1918 133
16. Besuche Kaiser Karls, der Könige von Bayern und Sachsen, des Prinzen Max und anderer im Großen Hauptquartier . . 136
17. Die dritte Offensive 139

D. Von der Kühlmann-Krise bis zur Auflösung des deutschen Bündnissystems

18. Die Kühlmann-Krise 143
19. Das Scheitern der Juli-Offensive 151
20. Der 8. August und seine politischen Auswirkungen 156
21. Der Kaiser in Wilhelmshöhe 161
22. Vom 9. bis zum 25. September 168

E. Die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Regierung des Prinzen Max von Baden

23. Der Entschluß zur Kriegsbeendigung und zur Parlamentarisierung der Reichsleitung 176
24. Die Bildung der Regierung des Prinzen Max und das Waffenstillstandsangebot 182
25. Der Rücktritt Hintzes, Steins und Bergs 189
26. Der Sturz Ludendorffs und die Frage der Abdankung des Kaisers 195

Anlagen

1. 20. 3. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs 203
2. 27. 3. 1918: Reichskanzler Hertling an v. Berg 205
3. 28. 7. 1918: Unterredung zwischen General Falkenhausen und v. Berg 206
4. 16. 8. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs 207
5. 1. 9. 1918: Unterredung zwischen Unterstaatssekretär Heinrichs und v. Berg 209
6. 16. 9. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs 210
7. 11. 10. 1918: Kaiser Wilhelm an v. Berg 212

Register 213

Vorwort der Herausgeber

Die Erinnerungen Friedrich v. Bergs über seine Zeit als Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts sind eine Quelle von Rang, obgleich sie, insgesamt beurteilt, unseren Kenntnisstand über das politische Geschehen des letzten Jahres des Ersten Weltkrieges nur wenig bereichern. Ihre Bedeutung liegt vielmehr in erster Linie darin, daß hier in plastischer Weise die Einstellung eines unbeirrbar preußisch-konservativen Mannes sichtbar gemacht wird, der — vom Beginn des Jahres 1918 bis zum Abtreten Hertlings im Zeichen der militärischen Niederlage — an einflußreicher Stelle wirkte, das besondere persönliche Vertrauen seines kaiserlichen Herrn genoß und nicht zuletzt als Mittelsmann zwischen dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung eine einzigartige Rolle spielte. Nichts ist so bezeichnend für seine Sicht der Dinge wie die Auffassung, daß das „linksgerichtete Ministerium" des Prinzen Max von Baden dem „Bolschewismus" den Weg bereitete, wobei er sich der Illusion hingab, daß er selbst, gemeinsam mit einem Manne wie Ludendorff, noch am 8./9. November in der Lage gewesen wäre, das Steuer herumzureißen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Wilhelm II. die Statur eines Friedrich des Großen gezeigt hätte.

Es ist hier nicht der Ort, im Detail zu skizzieren, auf welche Weise Friedrich v. Berg in seiner Amtszeit dem Gewicht des Reichstages und dem Einfluß der Mehrheitsparteien entgegenzuwirken trachtete. Aber es liegt auf der Hand, daß sein Selbstzeugnis — als ganz anders akzentuiertes Gegenbild — eine wichtige Ergänzung zu den bisher in dieser Reihe erschienenen Editionen bietet, mit denen es sich zeitlich überschneidet, d. h. also in erster Linie zu den Bänden „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18", „Die Regierung des Prinzen Max von Baden", „Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie (2. Halbband)" und „Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David". Zusätzliches Interesse verdient die Edition durch die in der Einleitung gegebene institutionsgeschichtliche Analyse des Zivilkabinetts, die eine notwendige Voraussetzung für das Verständnis der Darlegungen Bergs, aber auch für seine Einflußmöglichkeiten bietet, sowie durch den biographischen Abriß, für den dem Bearbeiter um so mehr Dank gebührt, als es, abgesehen von sehr dürftigen biographischen Artikeln, keine Veröffentlichung über das Leben und Wirken Bergs gibt.

Heidelberg und Rimbach (Odw.), im März 1971.

Werner Conze Erich Matthias

Friedrich v. Berg 1933
Stich von Prof. H. Wolff

Einleitung

I. Das Geheime Kabinett Seiner Majestät des Kaisers und Königs für die Zivilangelegenheiten

1. Zur Geschichte des Geheimen Zivilkabinetts

„Eine Kabinettsregierung bildet immer eine schwere Gefahr für den Staat, wenn die Kabinettschefs es nicht verstehen, die Fühlung des Monarchen mit den Behörden und den weiteren Kreisen des Volkes dauernd aufrechtzuerhalten. Die ständige Anwesenheit dieser Herren in der Umgebung Sr. Majestät sichert ihnen einen ungeheuren Einfluß, und bei nicht unbedingt integren Persönlichkeiten liegt die Gefahr nahe, daß sie, um ihre eigene Macht zu vergrößern, alle anderen Einflüsse vom Monarchen ängstlich fernhalten.“[1])

Mit diesen Worten hat Kronprinz *Wilhelm* im Jahre 1917 eine Institution kritisiert, die weder in der Reichsverfassung noch in der preußischen Verfassung verankert war und von der die staatsrechtliche Literatur der wilhelminischen Epoche keine Notiz nahm. Und doch war das „im preußischen Staatssystem als extrakonstitutionelle Einrichtung neubelebte“ und nach 1870 in das Reich übernommene Kabinettssystem nach dem Urteil *Hubers* „eine der gefährlichsten Einbruchstellen des Krypto-Absolutismus“.[2]) Solange sich die Kabinette auf die technisch-büromäßige Bearbeitung der sich aus der Verfassung ergebenden Entscheidungen des Kaisers und Königs beschränkten, brauchten verfassungsrechtliche Bedenken nicht aufzukommen. Wenn dagegen neben den politisch verantwortlichen Instanzen, vor allem dem Reichskanzler, die Kabinette zu selbständigen, staatsrechtlich nicht verantwortlichen Beratungsorganen des Kaisers wurden, dann erneuerte sich nicht nur in Preußen, sondern nun auch im Reich das vorkonstitutionelle Kabinettssystem, „in dem die politische Beratung des Monarchen und die sachliche Zuständigkeit und politische Verantwortlichkeit der Ämter auseinanderfielen“.[3])

Stein und *Hardenberg* war es nach längeren, hartnäckigen Kämpfen im Jahre 1808 endlich gelungen, das System der unabhängig neben den alten Ministerialressorts arbeitenden Kabinettsräte, die als persönliche, nicht verantwortliche Ratgeber des Königs wirkten, zu beseitigen. Nach der so vollzogenen Entmachtung des Kabinetts alten Stils entstand in Preußen „ein Ministerium modernen Stils, d. h. eine selbständige und verantwortliche unter dem Staatsoberhaupt stehende, allein zuständige und nicht durch Nebenbehörden gehemmte Zentralbehörde“.[4])

Die Position eines Geheimen Kabinettsrats, die seit dem 13. Dezember 1810 von

---

[1]) WUA 7/II S. 388 ff. (Schreiben des Kronprinzen Wilhelm an Reichskanzler Michaelis vom 18. 7. 1917). Vgl. dazu auch das negative Urteil des Kronprinzen in seinen Aufzeichnungen S. 8 ff. über das Kabinettssystem, wo er es als „Grundfehler“ bezeichnete, „daß nur der Reichskanzler Vortrag unter vier Augen hatte und daß den Vorträgen der übrigen Minister usw. der zuständige Kabinettschef beiwohnte. [...] Die Kabinette kamen dadurch in ein gewisses Übergewicht zu dem Minister oder dem Manne, der verantwortlich war.“

[2]) Huber, Verfassungsgeschichte III S. 817.

[3]) A.a.O. S. 816.

[4]) Ders., Verfassungsgeschichte I S. 150.

Albrecht[5]) eingenommen wurde, hatte nichts mit den früheren Kabinettsräten zu tun.[6]) Das Urteil *Müsebecks*, daß *Albrecht* „der erste Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Königs im modernen Sinne"[7]) war, trifft nur sehr bedingt zu. *Albrechts* Aufgabe bestand im wesentlichen in der Leitung des Expeditionsbüros für die zahlreichen Büroaufgaben, mit denen das Staatsoberhaupt ständig befaßt wurde.[8]) Gegen eine solche Tätigkeit konnten selbst in einem konstitutionellen Staat keine verfassungsrechtlichen Bedenken erhoben werden.

Das galt erst recht für den zweiten Bereich, der von seiner Funktion her Rechte und Aufgaben in sich vereinigte, die im Laufe der späteren Entwicklung zu einem Kernpunkt für die politische Rolle des Zivilkabinetts wurden. Da *Hardenberg* für seine Person an der Position eines „ersten und nächsten" Kabinettsrats festhielt, haben wir in dem Büro des Staatskanzlers, soweit es mit Vortrags- und Unterschriftssachen des Königs befaßt war, realiter eine weitere Abteilung des „Kabinetts" vor uns.[9]) Nach einer Übergangszeit nach *Hardenbergs* Tod trat dieses Faktum im Jahre 1823 offiziell in Erscheinung.

Das den Ministern im Zuge der *Stein*schen Reformen zugestandene Vortragsrecht, mit dem ihre Immediatstellung verbürgt wurde, war schon von *Hardenberg*, der sich als „Staatskanzler" das alleinige Vortragsrecht gesichert hatte, wieder abgebaut worden. Da nach seinem Tode der König auf eine Erneuerung des Staatskanzleramtes verzichtet hatte, wurde nach einer Übergangszeit durch die Berufung eines besonderen Kabinettsministers zum regelmäßigen „Vortrag der allgemeinen Landesangelegenheiten, die zur Allerhöchsten unmittelbaren Bestimmung und Entscheidung gelangen", die entstandene Lücke wieder gefüllt.[10])

Ohne daß ihm ein Vorrang vor den übrigen Ministerkollegen zugestanden wurde, übte der Kabinettsminister durch sein Vortragsrecht die Beratung des Monarchen in den Grundfragen der Staatspolitik aus. Die von dem ehemaligen Büro des Staatskanzlers wahrgenommenen, nun vom Kabinettsminister selbst geleiteten Kabinettsobliegenheiten erhielten von diesem Zeitpunkt an die amtliche Bezeichnung „Zivilkabinett 1. Abteilung", während das Büro *Albrecht* offiziell als 2. Abteilung des Kabinetts galt.[11])

---

[5]) Daniel Ludwig *Albrecht;* er war am 18. 6. 1809 zum zweiten Geh. Oberjustizrat im Justizministerium ernannt worden, hatte diese Stelle aber nie angetreten. Vgl. dazu Müsebeck in ADB, Bd. 55, S. 428. — Nachfolger *Albrechts*, der 1835 starb, waren Karl Christian *Müller* bis 1846, Emil Ernst *Illaire* 1847—1866 und Ferdinand *v. Mühler*, der September 1869 von den Geschäften zurücktrat. Zu den weiteren Nachfolgern vgl. unten S. 7 und 9.

[6]) Vgl. Meisner S. 46.

[7]) Müsebeck a.a.O. S. 428.

[8]) Vgl. Meisner S. 46; sowie unten Abschnitt I, 4.

[9]) Vgl. a.a.O.

[10]) Hüffer S. 556. Den offiziellen Titel „Kabinettsminister" haben allerdings erst die Nachfolger *Lottums* in diesem Amt geführt. Daneben führten diesen Titel auch die Chefs des Außenministeriums.

[11]) Das läßt sich, wie Meisner S. 48 an Hand der Journale im Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 89 nachgewiesen hat, eindeutig belegen. Am deutlichsten sichtbar wird es auf den Aktendeckeln, wo die ursprüngliche Bezeichnung „Acta der geheimen Registratur des Staatskanzlers betr. ..." nun umgeändert ist in „... des k. Zivilkabinetts 1. Abt."

Wenn auch der organisatorische Aufbau der beiden Abteilungen in den nächsten Jahren starke Fortschritte machte und das Staatshandbuch im Jahre 1843 endlich von der neuen Organisation Kenntnis nahm[12]), so wurde doch erst das Jahr 1848 bestimmend für die weitere Entwicklung. Mit dem Erlöschen des Kabinettsministeriums am 19. März 1848[13]) gingen die vom Kabinettsminister ausgeübten Funktionen auf den Ministerpräsidenten über. Die sogenannte 1. Abteilung wurde sinngemäß — zusammen mit dem bisherigen Büro des Staatsministeriums — in einem Büro des Ministerpräsidenten vereinigt, während die 2. Abteilung unter der Leitung des Geh. Kabinettsrats in ein selbständiges Sekretariat des Königs umgewandelt wurde, das nun allein den Namen „Zivilkabinett" weiterführte.[14])

Mit dieser organisatorischen Verselbständigung war eine der Grundlagen zur Herausbildung des Zivilkabinetts zu einer politisch nicht verantwortlichen, aber politischen Einfluß und politische Macht ausübenden Behörde gelegt. Obwohl sich generell sagen läßt, daß die bisherige 2. Abteilung nur Büroaufgaben des Monarchen von minderem Rang erledigte, während die ehemalige 1. Abteilung, die vom Kabinettsminister selbst geleitet worden war, im wesentlichen die Aufgabe hatte, den König über die laufenden Regierungsgeschäfte zu unterrichten und die Expedition seiner Kabinettsorder zu besorgen, waren die Grenzen stets fließend gewesen und blieben es auch nach der organisatorischen Trennung.[15])

---

[12]) So erhielt die 1. Abteilung 1842 eigene Vortragende Räte. Zu dem weiteren organisatorischen Ausbau vgl. Meisner S. 52 ff.
Von 1818 bis 1841 war im Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat sogar nur ein „Geh. Kabinett Sr. Majestät des Königs" aufgeführt worden mit der Untergliederung „für die Zivilangelegenheiten" und „für die Militärangelegenheiten", während das Handbuch von 1843 ein „Geheimes Kabinett Sr. Majestät des Königs für die Zivilangelegenheiten" und davon getrennt ein „Geheimes Kabinett Sr. Majestät des Königs für die Militärangelegenheiten" verzeichnete. Darin liegt jedoch keine grundlegende Änderung, da die Trennung von Militär- und Zivilkabinett längst durchgeführt war; vgl. dazu Schmidt-Bückeburg S. 1 ff., 37 f. Ebenso wie das Staatshandbuch hier eine tatsächlich bereits längst vollzogene Entwicklung erst verspätet zur Kenntnis nahm, führte es 1843 zum erstenmal auch die beiden Abteilungen des Zivilkabinetts getrennt auf. — Der Grund für die veränderte Art der Aufführung ist wohl einfach darin zu sehen, daß durch die 1842 vorgenommene Stellenvermehrung in der 1. Abteilung des Zivilkabinetts die eine Seite im Staatshandbuch nicht mehr ausreichte. Vgl. dazu a.a.O. S. 37.

[13]) Der Kabinettsminister *Thile* trat am 19. 3. 1848 zurück. Gleichzeitig berief der König ein neues Kabinett, an dessen Spitze ein Ministerpräsident trat und in dem es keinen besonderen Kabinettsminister mehr gab. Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte II S. 576 ff.

[14]) Vgl. dazu Meisner S. 58 f.; Schmidt-Bückeburg S. 49.

[15]) Das zeigen vor allem die Inhaltsübersichten über die beiden Abteilungsregistraturen. Nach einer Aufstellung von 1840, der wahrscheinlich ältesten, gehörten damals zur 1. Abteilung: „1. Gesetze, Feststellung allgemeiner Grundsätze in einzelnen Fällen. 2. Allgemeine Einrichtungssachen, Generalberichte der Minister, Anlagen öffentlicher Institute, Anlegung von öffentlichen Kommunikationsanstalten wie Chausseen, Eisenbahnen usw. 3. Alle Staatssachen. 4. Staatsverträge. 5. Alle einzelnen Sachen, wo ein öffentliches Interesse vorwiegend ist. 6. Größere Geldunterstützungen und Ansprüche an Staatskassen." „Die die Verwaltung im einzelnen betreffenden Sachen dagegen, bei welchen es sich nicht um Alterierung eines allgemeinen Grundsatzes handelt", wie die Fälle von Gnadengesuchen, Straferlassen, Unterstützungen aller Art (seit 1844 auch die Bewilligung aus dem Dispositionsfond), also die „eigentlichen Kabinettssachen", wurden von der 2. Abteilung bearbeitet, die in Dringlichkeitsfällen auch Kabinettsordern, die sonst von der 1. Abteilung expediert wurden, zum

Damit wurden künftige Kompetenzverschiebungen wesentlich erleichtert, so daß hier ein weiterer Ansatzpunkt für den Aufstieg des Zivilkabinetts gegeben war.

Während die bisherige 2. Abteilung, wie auch der unveränderte Personalbestand dokumentiert[16]), die staatsrechtlichen Veränderungen der Revolution von 1848 unbeschadet überstanden und durch ihre Verselbständigung einen Aufstieg erfahren hatte, wurde die bisherige 1. Abteilung in das Staatsministerium eingegliedert und führte, rein formal betrachtet, nur mehr ein Registraturdasein.[17]) Offiziell waren die von ihr bearbeiteten Materien auf den Ministerpräsidenten übergegangen. In Wirklichkeit war er arbeitsmäßig gar nicht in der Lage, diese Rolle dauernd auszufüllen, hatten doch schon die ehemaligen Kabinettsminister vom König die Erlaubnis erwirkt, sich durch eigene Vortragende Räte, die seit 1842 im Etat verzeichnet sind[18]), bei den Immediatvorträgen vertreten zu lassen.[19])

Die häufig anzutreffende Personalunion, Vortragender Rat im Kabinett und Vortragender Rat im Staatsministerium[20]), brachte es mit sich, daß nach 1848 *Costenoble*[21]), dessen Funktion als Vortragender Rat im Kabinettsministerium mit der Aufhebung des Ministeriums verschwunden war, als Staatsministerialrat weiter fungierte. Das Recht zum Immediatvortrag, das ihm als interimistischem Nachfolger des letzten Kabinettsministers *Thile*[22]) übertragen worden war[23]),

Abgang brachte. In *Wilmowskis* Bericht vom 22. 12. 1872 wird herausgestellt, daß die Abgrenzung der Geschäfte auch noch zu diesem Zeitpunkt schwankend geblieben war. — Vgl. insgesamt Meisner S. 49 ff.

[16]) Neben dem Geh. Kabinettsrat *Illaire* finden sich noch drei Geh. „Kabinettssekretäre" in den Expedientenstellen sowie das für die Registratur- und Journalarbeiten erforderliche Personal. Für die sog. Kanzleigeschäfte („Mundieren, Kopieren") nahm das Zivilkabinett, wie vorher schon die 1. Abteilung, die Hilfe des Staatsministeriums stark in Anspruch. — Vgl. dazu Meisner S. 59.

[17]) Damit war gleichzeitig eine starke Reduzierung des Personals verbunden. Nach außen wurde die alte Abteilung vollständig verleugnet, wie der Etat für 1849 beweist, in dem sie nicht mehr erscheint. Meisner S. 58 und S. 62.

[18]) 1842 waren im Etat drei Stellen vorgesehen, die mit *v. Düesberg*, *Schaumann*, *v. Patow* besetzt waren. Teilweise standen sie in ihrer Eigenschaft als Vortragende Räte gleichzeitig auch im Etat des Staatsministeriums.

[19]) Vgl. dazu das bei Meisner S. 50 und 62 angeführte Schreiben Illaires an den Finanzminister v. Rabe vom 27. 8. 1851. Doch schon der Kabinettsminister *Lottum* hatte Ende der dreißiger Jahre die meisten Angelegenheiten durch den Kabinettsrat *Müller*, später durch den Geheimrat *Uhden* beim König vortragen lassen. A.a.O. S. 52 (bes. Anm. 2).

[20]) So stand z. B. der im Kabinett vortragende Geh. Oberfinanzrat *Schaumann* für das Jahr 1847 auf dem Etat des Staatsministeriums, während *Costenoble*, der im Kabinettsetat aufgeführt wurde, zugleich Vortragender Rat im Staatsministerium war.

[21]) August *Costenoble* (1803—1881), 1841 kommissarisch zur Hilfeleistung bei der 1. Abteilung des Kabinetts berufen, 1842—1844 Vortragender Rat im Finanzministerium und seit 1844 im Kabinettsministerium.

[22]) General Ludwig Gustav *v. Thile* (1781—1852), Kabinettsminister seit 1841.

[23]) In einem Schreiben vom 22. 3. 1848 an Ministerpräsident Graf *Arnim-Boitzenburg* — zit. nach Meisner S. 58 (Anm. 1) — teilte *Thile* mit, daß er die seinen Kabinettsvortrag betreffenden Angelegenheiten gleich nach dem Erlaß des Königs vom 19. 3. 1848 — vgl. oben Anm. 13 — an *Costenoble* übertragen hätte, der „bisher schon einen Teil der Immediatvorträge des Zivilkabinetts übernommen hatte".

behielt er in seiner neuen Tätigkeit als Chef des Büros des Ministerpräsidenten.[24]) Anfänglich wohnte der Ministerpräsident noch häufig den Vorträgen seines Bürochefs beim Monarchen bei, doch fanden seit der Ministerpräsidentschaft Otto *v. Manteuffels*[25]) die Vorträge in zunehmendem Maße unter vier Augen statt. *Costenoble* stand nun, wie vorher der Kabinettsminister *Thile*, zwischen dem König und den Ministern.[26])

Seine lange Amtszeit führte dazu, daß das zunächst personell bedingte Recht zum Immediatvortrag bald nicht mehr der Person, sondern der Funktion zugeschrieben wurde und der Staatsministerialvortrag im Kabinett zu einer ständigen Einrichtung wurde.[27]) *Bismarck* setzte es durch, daß, als *Costenoble* 1868 erkrankte, ein Nachfolger ernannt und mit den gleichen Funktionen betraut wurde.[28])

Damit haben wir im Prinzip alle Rechte und Aufgaben vor uns, die das spätere politische Gewicht des Zivilkabinetts ausmachten. Es fehlte nur mehr die Wiederherstellung der Einheit der Behörde. Erste Anzeichen wurden dazu schon seit 1853 im Staatshandbuch sichtbar, das *Costenoble* auch im Zivilkabinett, der ehemaligen 2. Abteilung, aufführte, 1868 sogar an erster Stelle[29]) vor dessen derzeitigem Chef *v. Mühler*.[30])

In den Jahren 1869 und 1870/71 sind endgültig die Weichen zur Wiedervereinigung der beiden ehemaligen Abteilungen gestellt worden. *Wehrmann*[31]), der Nachfolger *Costenobles*, übernahm im September 1869 für den erkrankten *v. Mühler*[32]) in Personalunion die Leitung des Zivilkabinetts. Mit der Ernennung von *Wilmowski*[33]) im Frühjahr 1870 zum neuen Chef des Zivilkabinetts kehrte sich dann das Verhältnis bald um. Im Krieg von 1870/71 blieb *Wehrmann* in Berlin zurück, während *Wilmowski* den Monarchen nach Frankreich begleitete und „auf diese Weise auch den Vortrag der Staatsministerialsachen (‚allgemeine Landesangelegenheiten', wie es früher hieß) in die Hand bekam".[34]) *Wilmowski*, der wegen des schlechten Gesundheitszustandes von *Wehrmann* auch nach Friedensschluß häufig dessen Geschäfte wahrnehmen mußte, regte bei *Wehrmanns*

[24]) Anfänglich als Büro des Konseilpräsidenten bezeichnet.

[25]) Otto Frhr. *v. Manteuffel* (1805—1882), 1848 Innenminister, schloß 1850 als Außenminister die Olmützer Punktation ab, von 1850—1858 Ministerpräsident.

[26]) Daß die damit gegebene Machtstellung nicht entscheidend ausgenutzt wurde, lag weniger an der Persönlichkeit *Costenobles*, als vielmehr an dem Gewicht, das die Kamarilla, oder, mit einem gleichfalls benutzten Namen, das ministère occulte bei König *Friedrich Wilhelm IV.* ausübte.

[27]) Seit 1854 gab es mehrere Vortragende Räte im Staatsministerium.

[28]) Aus dem Leben des Wirkl. Geh. Rats Otto *Wehrmann*, Stuttgart 1910, S. 54 ff.

[29]) Handbuch 1853 ff.

[30]) Ferdinand *v. Mühler*, Geh. Kabinettsrat seit 1866.

[31]) Otto *Wehrmann*, vor seiner Ernennung zum Nachfolger *Costenobles* Geheimrat im Landwirtschaftsministerium.

[32]) Formal behielt *v. Mühler* allerdings bis zu seinem Tode am 16. 1. 1870 das Amt inne.

[33]) Karl *v. Wilmowski* (1817—1893), Oberfinanzrat im Finanzministerium, seit 1869 Stellvertreter *v. Mühlers*, am 1. 4. 1870 zum Geh. Kabinettsrat ernannt. Kaiser *Wilhelm I.* nannte ihn sein „Zivilgewissen"; unter *Wilhelm II.* trat er am 30. 6. 1888 in den Ruhestand.

[34]) Vgl. Meisner S. 63 f.

Pensionierung an, dessen Nachfolger die Immediatvorträge definitiv abzunehmen und dem Geheimen Kabinettsrat, dem Leiter des Zivilkabinetts, zu übertragen.[35]) *Wilmowski* konnte bei seinem Antrag darauf verweisen, daß einerseits die Grenzen zwischen den beiden Behörden fließend seien und gleiche Angelegenheiten einmal von der einen, ein anderes Mal von der anderen bearbeitet würden, und die Entwicklung zudem dazu geführt habe, daß sich der König und Kaiser wie auch die Minister und die zahlreichen Bittgesuchsteller in allen den Monarchen betreffenden Angelegenheiten an den Geheimen Kabinettsrat wandten und dieser daher mit Sachkomplexen befaßt wurde, die eigentlich vor die 1. Abteilung gehörten.

Wilmowskis Gesuch hatte Erfolg, *Bismarck* willigte ein.[36]) Dabei kam dem Kabinettschef zweifellos zugute, daß schon unter *Costenoble* die beiden ehemaligen Abteilungen real wieder miteinander verknüpft waren[37]) und die nach seinem Ausscheiden getroffene Lösung zahlreiche Erschwernisse mit sich gebracht hatte.[38]) Der erste Vortragende Rat im Staatsministerium wurde nun von den Immediatvorträgen entbunden und durch Allerhöchsten Erlaß vom Weihnachtsabend 1872 die Wünsche *Wilmowskis* auf Eingliederung der ehemaligen 1. Abteilung ins Zivilkabinett bewilligt.[39]) Wegen der dadurch bedingten Zunahme der Geschäfte erhielt es einen eigenen Vortragenden Rat, während der bisherige Geheime Kabinettsrat *Wilmowski* zum „Chef des Zivilkabinetts" aufrückte.

Damit war eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, in der das Kabinett in zunehmendem Maße aus dem Untergebenenverhältnis zu den Trägern der politischen Verantwortung herausgelöst wurde und von einem Sekretariat des Königs für Büroaufgaben zu einer den König selbständig beratenden Behörde aufstieg, die durch das Immediatvortragsrecht ihres Leiters die Mittlerfunktion zwischen Monarch und Ministern, Behörden und Staatsvolk wahrnahm.

---

[35]) Schreiben Wilmowskis vom 25. 9. 1872; der Inhalt ist referiert bei Meisner S. 64 f. — Vgl. auch Abschnitt I, 4.

[36]) Der Reichskanzler unterzeichnete den von *Wilmowski* entworfenen Immediatbericht vom 22. 12. 1872; darin wurden die in dem Gesuch angeführten Gründe wiederholt und noch hinzugefügt, aus der Tatsache, daß der Geh. Kabinettsrat nicht mit dem Staatsministerium und den Ministern in unmittelbarer Beziehung stehe, hätten sich bisher keine „Unzuträglichkeiten" ergeben. A.a.O.

[37]) Vgl. oben S. 7. Dabei hat zweifellos auch die Tatsache eine entscheidende Rolle gespielt, daß *Costenoble* im Rang über dem Leiter der 2. Abteilung stand und man daher, vor allem nachdem *Costenoble* 1868 an erster Stelle im Kabinett aufgeführt wurde, das Immediatvortragsrecht in den „allgemeinen Landesangelegenheiten" leicht der Funktion des Geh. Kabinettsrats zurechnen konnte. Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte III S. 69. Trotzdem lag nicht hierin, wie Huber a.a.O. meint, der Anlaß für den Übergang des Vortragsrechts auf den Zivilkabinettschef, sondern die entscheidenden Weichen sind erst, bedingt durch Krankheitsfälle und den Ortswechsel des Königs im Krieg, in den Jahren von 1869 bis 1872 gestellt worden.

[38]) So wandten sich häufig Minister und private Gesuchsteller mit Angelegenheiten an den Kabinettsrat, für die eigentlich die 1. Abteilung zuständig war. Vgl. dazu das in Anm. 35 zit. Schreiben Wilmowskis.

[39]) Vgl. Meisner S. 65 und 182.

2. Aufbau und Arbeitsweise

Mit dem Erlaß Kaiser *Wilhelms I.* von Weihnachten 1872 hatte der Geheime Kabinettsrat nun die Bezeichnung „Chef des Zivilkabinetts" erhalten.[1]) *Wilmowski* wie auch seine Nachfolger *Lucanus*[2]), *Valentini*[3]), *Berg* und *Delbrück*[4]) trugen dabei wie schon einige der bisherigen Geheimen Kabinettsräte[5]) den Titel „Exzellenz".

Der Vortrag des Zivilkabinettschefs fand bei *Wilmowski* zunächst dreimal in der Woche statt, am Montag, Mittwoch und Samstag.[6]) Auf Reisen wurde allerdings statt des Samstags der Freitag gewählt. Da samstags häufig auch der Vortrag des Kanzlers oder seines Vertreters stattfand, suchte *Wilmowski* „seinem alten Herrn die Geschäftslast dadurch zu erleichtern, daß er in Berlin die Vorträge auf zwei Tage in der Woche einschränkte und erforderlichenfalls ‚ausnahmsweise' am Freitag zum Monarchen ging".[7])

Die Regelung, Vortrag am Montag und Mittwoch, wurde im Prinzip auch unter den späteren Kaisern *Friedrich* und *Wilhelm II.* beibehalten[8]), doch findet sich unter dem letzten Kaiser wieder häufiger der Fall, daß der Chef des Zivilkabinetts auch am Samstag zum Vortrag erschien.[9])

Es könnte leicht ein falscher Eindruck entstehen, würde man die Vortragstätigkeit des Zivilkabinetts isoliert betrachten. Erst ein Blick auf die anderen regelmäßigen Immediatvorträge beim Monarchen und die dabei vertretenen Institutionen vermag ein genaueres Bild zu vermitteln. Darüber gibt der „Entwurf einer Zeiteinteilung für die regelmäßigen Vorträge bei Seiner Majestät dem Kaiser und König" Auskunft, den der neuernannte Kommandant des Hauptquartiers, *v. Wittich*, im März 1889 den Chefs der Kabinette übersandte.[10])

---

[1]) Vgl. Meisner S. 65.

[2]) Hermann *v. Lucanus* (1831—1908), 1871 Vortragender Rat, 1881 Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium, seit 1888 Chef des Zivilkabinetts.

[3]) Rudolf *v. Valentini* (1855—1925), 1888 Landrat in Hameln, 1899—1906 Vortragender Rat im Zivilkabinett, anschließend Regierungspräsident in Frankfurt (Oder), seit 1908 Chef des Zivilkabinetts.

[4]) Clemens *v. Delbrück* (1856—1921), 1909—1916 Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, seit 14. 10. 1918 Chef des Zivilkabinetts.

[5]) So Karl Christian *Müller*, Kabinettsrat von 1835—1846, und sein Nachfolger *Illaire*, nicht dagegen der auf ihn folgende Ferdinand *v. Mühler* (bis 1870) und der 1810 zum Kabinettsrat berufene Daniel Ludwig *Albrecht*.

[6]) Vgl. dazu und zu dem Folgenden Meisner S. 184 f. und 189 f., der sich dabei auf unveröffentlichte Aufzeichnungen *Wilmowskis* stützt, die sich zu seiner Zeit im Familienbesitz befanden. Vgl. ferner Schmidt-Bückeburg S. 123, 177 f. und 183.

[7]) Vgl. Meisner S. 185.

[8]) Vgl. Tagebücher Valentinis; doch fanden häufiger unter *Valentini* Routinevorträge auch am Dienstag statt. Dazu auch Valentini S. 55: „Jeden Montag und Mittwoch war Vortrag beim Kaiser [...]."

[9]) Das ergibt eine systematische Auswertung der Tagebuchnotizen *Valentinis* und der Aufzeichnungen *Bergs*.

[10]) Handschr. Exemplar mit Begleitbrief v. Wittichs an Lucanus „März 1889"; DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.) Bd. III. Meisner S. 190 benutzte dieses an *Lucanus* gerichtete Exemplar, Schmidt-Bückeburg S. 178 dagegen das an den Chef des Militärkabinetts gerichtete in: Akten des Militärkabinetts II. I. 9, Bd. 5. Die Aufstellung ist abgedr. bei Schmidt-Bückeburg a.a.O.

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
11 Uhr Zivil-kabinett	11 Uhr Chef der Admiralität[11]) 11¾ Uhr Militär-kabinett 12½ Uhr Militärische Meldungen	11 Uhr Zivil-kabinett	11 Uhr Kriegs-minister 11¾ Uhr Militär-kabinett	frei 12½ Uhr Militärische Meldungen	11 Uhr Chef des Generalstabes 11¾ Uhr Militär-kabinett[12])

In dieser Liste sind nur die regelmäßigen Vorträge erfaßt. Dabei ist festzuhalten, daß dieser Vortragszyklus häufiger durchbrochen wurde, einmal weil einzelne Vorträge ausfielen, häufiger allerdings, weil der Zivilkabinettschef wegen dringender Angelegenheiten außerhalb der üblichen Zeiten den Kaiser aufsuchte.[13]) Solche Vorträge außerhalb der Regel waren vor allem bei personalpolitischen Veränderungen in der obersten Spitze des Reiches und Preußens, wie z. B. einer Kanzlerkrise, notwendig und wurden durch die häufige Abwesenheit des Kaisers von Berlin im Weltkriege zusätzlich gefördert, da dringende Angelegenheiten eine schnelle Entscheidung forderten.[14]) In solchen Fällen differierten natürlich auch Uhrzeit und Dauer von der üblichen Regel. Wie aus der Aufstellung hervorgeht, fand sonst der Zivilkabinettsvortrag um 11 Uhr statt, wenn auch häufigere Abweichungen von der Routine üblich waren.[15]) Auch bei den Nachfolgern *Wilmowskis* blieb es im wesentlichen bei dieser Norm, d. h., die Chefs des Zivilkabinetts suchten den Monarchen um 11 Uhr für 1—1½ Stunden auf, wenn sich auch eine starke Tendenz zur Ausweitung der Dauer nicht verkennen läßt.[16])

[11]) Im gleichen Jahr 1889 trat an die Stelle des Chefs der Admiralität der Vortrag des Chefs des neugeschaffenen Marinekabinetts.

[12]) Der Vortrag des Reichskanzlers, der normalerweise am Samstag um 16 h, aber eben nicht regelmäßig stattfand, ist ausgelassen.

[13]) Das läßt sich vor allem an Hand der Aufzeichnungen *Bergs* und *Valentinis* belegen; vgl. Anm. 8 und 9. Dazu auch Zedlitz-Trützschler S. 154. Vgl. ferner Meisner S. 190. *Wilmowski* berichtet nach Meisner S. 185, es sei bei *Wilhelm I.* schwer gewesen, ihn in eiligen Sachen außerhalb der Vortragszeiten zu sprechen; dagegen habe er „nichts dagegen" gehabt, wenn man ihn vor 9 h aufsuchte.

[14]) Vgl. Einleitung Abschnitt II, 3.

[15]) Diese Regelung galt auch schon unter dem ersten Kaiser, wie aus den Notizen *Wilmowskis* — vgl. a.a.O. S. 184 — hervorgeht, „wiewohl stets nach besonderer Bestellung. War am Vortragstage zeitig zu ermessen, daß der Kaiser erst später [...] disponibel sein werde, so hatte er die Aufmerksamkeit, durch einen Leibgendarmen die spätere Stunde in die Wohnung bestellen zu lassen. Andernfalls mußte im Vorzimmer gewartet werden."

[16]) Vgl. Schmidt-Bückeburg S. 178 f.; Meisner S. 185 und 189 f. Im Gegensatz zu der hier aufgeführten These, die Dauer habe auch in der Zeit von *Lucanus* 1¼ Stunden nicht überschritten, heißt es bei Valentini S. 55, der Vortrag habe „selten weniger als zwei Stunden in Anspruch" genommen. Zwar bezieht sich *Valentinis* Bemerkung auf die Zeit seiner Vertretung für *Lucanus*, doch muß angenommen werden, daß, bedingt durch das Anwachsen der Aufgaben, die Vortragsdauer auch bei den Chefs selbst länger geworden war.

In dieser Zeit, in der der Kabinettschef offiziell das Ohr des Monarchen hatte, trug er die von den Behörden bei ihm eingegangenen Anliegen vor, die im Gegensatz zu Gesuchen privater Personen direkt dem Kabinettschef zugeleitet wurden. Obwohl die Immediatberichte der Ministerien „sich durch klare und eingehende Motivierung der Anträge und Vorschläge" auszeichneten, bedurfte es noch sorgfältiger Vorbereitungen des Kabinettschefs.[17]) Gleich beim Vortrag vollzog dann der Kaiser und König die vom Kabinett schon ausgearbeiteten entsprechenden Ordern, die anschließend nach Eintragung in Kabinettsorderbücher sofort zum Abgang gebracht wurden.[18]) Handelte es sich bei den privaten Eingängen um besonders wichtige Vorgänge, die nach der im Kabinett üblichen Arbeitsweise dem Chef vorgelegt wurden, so erbat dieser beim Vortrag „die Bestimmung Seiner Majestät darüber [. . .], ob Bericht gefordert werden soll oder nicht".[19]) Bei Angelegenheiten privater Personen von geringerer Bedeutung traf der Kabinettschef die Entscheidung selbständig, während Eingänge von untergeordnetem Rang von seinen Mitarbeitern erledigt wurden, wobei ein Teil der Gesuche gleich an die zuständigen Behörden weitergeleitet wurde.
Mit der im Dezember 1872 vollzogenen Neuorganisation des Zivilkabinetts war angesichts der Zunahme der Geschäfte auch der Wunsch *Wilmowskis* bewilligt worden, ihm einen Vertreter beizugeben. Nach der Eingliederung der 1. Abteilung erhielt das Zivilkabinett einen eigenen Vortragenden Rat (während der bisherige Geh. Kabinettsrat zum „Chef des Zivilkabinetts" aufgerückt war).[20]) Abgesehen von der „Revision" der von den „Kabinettssekretären zu bearbeitenden Immediatgesuche und Bittschriften"[21]), was der Entlastung des Chefs dienen sollte, und ihm in Einzelfällen besonders zugeteilten Sachen erhielt der Vortragende Rat nur nebensächliche Angelegenheiten zur Erledigung zugewiesen.[22])

[17]) Vgl. Valentini S. 55.

[18]) Eine eigentliche Geschäftsordnung hat das Zivilkabinett nie erhalten, doch gibt eine im Jahre 1889 entstandene, von *Lucanus* durchkorrigierte „gedrängte Darstellung von der Einrichtung und dem Geschäftsgange des Geh. Zivilkabinetts" nähere Aufschlüsse. Aus ähnlichen Anlässen wie hier entstanden in den Jahren 1898 (auf Anfrage des niederländischen Gesandten), 1905 (auf Anfrage des „agent militaire de Russie à Berlin") und 1918 (auf Anfrage der preußischen Volksbeauftragten) drei weitere Darstellungen des Geschäftsbetriebes. DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2.2.1.). Vgl. Abschnitt I, 4; dazu Meisner S. 191 f.

[19]) Vgl. Meisner S. 191 f.

[20]) Vgl. a.a.O. S. 65.

[21]) A.a.O. S. 192 ff. D. h., die Kabinettsräte überprüften die Vermerke, mit denen die Kabinettssekretäre — vgl. unten S. 13 — die eingegangenen Gesuche zwecks Weiterleitung an die entsprechenden Behörden versehen hatten, so z. B. „I" = Ministerium des Innern.

[22]) Vgl. a.a.O. Dazu auch insbesondere Valentini S. 46 ff., der die ihm als Vortragenden Rat im Kabinett „zur Bearbeitung zugewiesenen Gegenstände" als wenig geeignet bezeichnete, „ein besonderes materielles Interesse zu erwecken", und „die völlige Abhängigkeit und Unselbständigkeit" seiner Tätigkeit beklagte.
Der erste Inhaber dieses Amts, Regierungsrat *Anders*, erhielt — neben den ihm in Einzelfällen besonders zugeteilten Aufgaben und der Vornahme der „Revision" — die Eingänge betreffend Annahme oder Vergabe von Geschenken, Kunstsachen sowie die Angelegenheiten der Schützen- und Kriegervereine und des Schatullfonds zugewiesen. Bei der Verfügung des Kabinettschefs vom 1. 2. 1891 „betr. den Geschäftsgang und die Geschäftsverteilung anläßlich der Übertragung der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Vortragenden Rats an den Regierungsrat *Scheller*" ist vom Schatullfond nicht mehr die Rede. Nach Meisner S. 192 ff.

Eine solche Büroarbeit hätte daher eigentlich Beamte von diesem Range nicht erforderlich gemacht.[23])

Die andere, wesentlichere Aufgabe bestand in der Vertreterfunktion für den Chef. Während in der Amtszeit *Wilmowskis* — und zunächst auch unter *Lucanus* — jener Fall nur selten eintrat[24]), änderte sich mit dem Anwachsen der Geschäfte und der zunehmenden Verhinderung von *Lucanus* durch Alter und Krankheit die Situation.[25]) Um für diese zahlreichen Fälle gerüstet zu sein, mußte sich der Vortragende Rat durch das Studium aller Akten auf dem laufenden halten, um in jedem Moment für den Chef einspringen zu können.[26]) Aus seiner unselbständigen Funktion trat der Vortragende Rat dann in die wichtige Rolle des Mittlers zwischen Monarch und Zivilbehörden.

Zur Unterstützung von *Lucanus* und zur Entlastung des damaligen Vortragenden Rates *Valentini* wurde 1904 sogar die Stelle eines zweiten Vortragenden Rates geschaffen.[27]) Die zunehmende Bedeutung dieser Positionen wird illustriert durch die Beamten, die diese Ämter bekleidet haben. Männern wie Regierungsrat *Anders*[28]) und Regierungsrat *Scheller*[29]) folgten so profilierte Persönlichkeiten wie Rudolf *v. Valentini*[30]), Hans *v. Eisenhart-Rothe*[31]) und Friedrich *v. Berg*.[32]) Zwar ergab sich mit der Übernahme des Chefpostens durch *Valentini*[33]) eine Entlastung, so daß nach dem Ausscheiden *Eisenhart-Rothes* 1909[34]) die Stelle

[23]) Vgl. das Urteil Valentinis S. 46: „Ich sah bald ein, daß die Büroarbeit an sich einen höheren Beamten nicht erforderlich machte [...]."

[24]) So haben sich auch wiederholte Vakanzen bei dem Amt des Vortragenden Rates zunächst nicht störend auf den Geschäftsbetrieb ausgewirkt. Dazu Meisner S. 194.

[25]) So mußte Ende 1902, als *Lucanus* an einer Lungenentzündung erkrankte, *Valentini* ihn bis zum April 1903 vertreten; diese Fälle mehrten sich dann so sehr, daß *Valentini* 1904 im Januar, März, April, Juni, Juli, November und einen Teil des Dezembers die Geschäfte leiten mußte. Valentini S. 54 f., 66.

[26]) Nach dem Urteil Valentinis S. 47 lag die Bedeutung der Stellung des Vortragenden Rates „wesentlich in der Eignung und Fähigkeit zur Vertretung des Chefs". „Und für diesen Fall sich jederzeit vorbereitet zu halten, war denn auch die Hauptaufgabe meiner täglichen Arbeit im Kabinett. Ich hatte sämtliche Konzepte zu lesen, nachdem die Reinschriften das Büro verlassen hatten, alle Berichte der Minister und obersten Hofbeamten mußte ich kennen, wenn ich sie auch nicht zu bearbeiten hatte, kurz: ich mußte stets vollständig im Bilde sein, um jeden Augenblick für den Chef einspringen zu können."

[27]) Vgl. Valentini S. 46 sowie Meisner S. 194, der sich dabei auf ungedruckte Aufzeichnungen des Geheimrats *Abb* stützt.

[28]) Regierungsrat *Anders* war der erste Vortragende Rat im Kabinett; am 1. 4. 1874 hatte er das Amt, zuerst kommissarisch, übernommen. Vgl. Meisner S. 193 sowie oben Anm. 22.

[29]) Regierungsrat *Scheller* war am 1. 2. 1891, ebenfalls zuerst kommissarisch, mit der Wahrnehmung des Amtes eines Vortragenden Rates betraut worden. Vgl. a.a.O. S. 192. Zu der geringen Qualifikation der ersten Inhaber dieses Amtes vgl. a.a.O. S. 194.

[30]) Rudolf *v. Valentini*, seit 1899 Vortragender Rat im Geheimen Zivilkabinett; vgl. Anm. 3.

[31]) Hans *v. Eisenhart-Rothe*, Landrat in Bromberg, seit Juli 1904 Vortragender Rat im Zivilkabinett.

[32]) Zu *Bergs* Tätigkeit als Vortragender Rat vgl. unten S. 38 f.

[33]) Nach dem Tode von *Lucanus* wurde *Valentini* am 7. 8. 1908 zum Chef des Zivilkabinetts berufen; vgl. auch unten S. 39.

[34]) Friedrich *v. Berg* war schon vorher, im April 1909, ausgeschieden, doch wurde mit Dr. *v. Strempel* ein Nachfolger berufen; dazu unten S. 39 (bes. Anm. 34).

zunächst unbesetzt blieb, doch führten 1914 die durch häufige Abwesenheit des Kaisers von Berlin bedingten Erschwernisse dazu, daß wieder ein zweiter Vortragender Rat berufen wurde.[35]) So standen dem Chef des Zivilkabinetts im Jahre 1918 zwei Vortragende Räte zur Seite, Geh. Reg. Rat Dr. *Dryander* und der Geh. Ob. Reg. Rat Dr. *v. Strempel*.[36])

Im Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat von 1918 werden im Anschluß an die Vortragenden Räte die „Geheime[n] Kabinettssekretäre" aufgeführt, damals der Geh. Reg. Rat *Abb* und der Geh. Hofrat *Knorre*.[37]) Im Jahr 1891 hatte der Berliner Adreßkalender zum ersten Male zwei Sekretäre verzeichnet. Diese Organisation hat sich unverändert bis zum Jahre 1918 erhalten und zeigte auch in der Personenfrage eine erstaunliche Kontinuität, war doch W. *Abb* während der gesamten 30jährigen Regierungszeit *Wilhelms II.* als Kabinettssekretär tätig.

Die Kabinettssekretäre hatten, von der Quantität her gesehen, den Hauptanteil der täglich auf das Kabinett zukommenden Ansuchen zu bewältigen, wobei vor allem *Abb* nach dem Urteil *Valentinis* bei der Erledigung der zahlreich anfallenden schriftlichen Arbeiten die „wirksamste Hilfe" leistete.[38]) Alle eingehenden Immediatgesuche und Bittschriften privater Personen wurden, im Gegensatz zu den behördlichen Immediatberichten, die dem Zivilkabinettschef direkt zugingen, an die beiden Kabinettssekretäre weitergeleitet, und zwar, wie es in der „Geschäftsordnung" von 1889 hieß, „an den einen die Justizbegnadigungssachen und die Hofangelegenheiten, an den andern die übrigen Eingänge".[39]) Die Sekretäre entwarfen dann die Verfügung, „an welche Behörde das Gesuch behufs Prüfung und weiterer Veranlassung remittiert werden soll", d. h. sie bestimmten, entweder durch einen einfachen Vermerk oder eine gesonderte Verfügung, an welche Instanz die eingegangenen Gesuche zur Erledigung weiterzuleiten waren. Bei Vorgängen von „besonderer Wichtigkeit oder allgemeinem Interesse" sowie in den Fällen, „bei welchen die Einforderung eines Berichts seitens eines Ministers, des Evangelischen Kirchenrats, des Statthalters in Elsaß-Lothringen oder eines Oberpräsidenten angezeigt erscheint", wurde die Angelegenheit dem Kabinettschef entweder schriftlich vorgelegt oder

---

[35]) Gottfried *v. Dryander*, geb. 1876, Sohn des Oberhofpredigers Ernst *v. Dryander*, 1905—1913 Landrat in Apenrade und Hadersleben, wurde von dort ins Reichsamt des Innern berufen, seit 1914 Vortragender Rat im Zivilkabinett. Vgl. Dryander S. 279.

[36]) Handbuch 1918 S. 48. — Dr. *v. Strempel*, wie *Dryander* vorher Landrat, war 1909 als Nachfolger *Bergs* Vortragender Rat im Zivilkabinett geworden.

[37]) Handbuch 1918 S. 48. — *Abb* kam dabei eine besondere Rolle zu. Während der Monate April bis November, in denen der Kaiser in der Regel in Potsdam war, unterstützte *Abb* als einziger *Lucanus* in Potsdam, der von dort aus die Geschäfte führte, während das übrige Personal in Berlin verblieb. Valentini S. 54. Unter *Valentini* war *Abb* ebenso der einzige, der den Kabinettschef bei Reisen begleitete. A.a.O. S. 95.

[38]) Vgl. a.a.O. S. 55. Meisner S. 193. Dazu auch Valentinis Urteil S. 95 f. über „die vorzügliche Kraft des Geheimen Hofrats *Abb*", der „seine Sachkenntnis und gewandte Feder unermüdlich in den Dienst der königlichen Sache stellte, ohne jemals der Versuchung einer materiellen Einflußnahme zu erliegen."

[39]) Vgl. Meisner S. 191 f.

mündlich vorgetragen. In allen anderen Fällen wurden die „Verfügungsentwürfe" gleich dem Chef „zur Vollziehung" übergeben.[40])

Das Staatshandbuch von 1918 führt im Anschluß an die Kabinettssekretäre den Geh. Hofrat *Tillich* auf, der das Amt des Bürodirektors versah[41]) und in dieser Funktion die Aufteilung der Eingänge, abgesehen von denen, die direkt für den Chef bestimmt waren, an die zuständigen Bearbeiter vorzunehmen hatte.[42])

Die formale Erledigung der Ausgänge besorgte ein „Geheimer Expedierender Sekretär und Kalkulator" (1918 Hofrat *Massebus*).[43]) Schließlich gehörten dem Zivilkabinett, neben dem üblichen Kanzlei- und Botenpersonal, 1918 noch zehn „Geheime Registratoren" an.[44]) Die Tatsache, daß von ihnen drei den Rang eines „Geh. Hofrats" und fünf den eines „Hofrats" bekleideten, zeigt, daß es sich hier nicht um subalterne Beamte handelte. Ihr Aufgabengebiet, die umfangreiche Registratur, war seit dem 1. Oktober 1910 in vier Abteilungen aufgegliedert[45]):

A. die Angelegenheiten des Kgl. Hauses, Justizministerium und „Untersuchungen";

B. Ministerium des Innern, „Allgemeine Organisation" und „Verwaltungsbehörden" sowie „Eingesandte Sachen und Schriften";

C. die Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen, des Kultus, des Handels und der Landwirtschaft;

D. Ministerium der öffentlichen Angelegenheiten, Militaria, Marineangelegenheiten, Auszeichnungen, Pensionen, Versorgungen, Unterstützungen, Darlehen und „Verschiedene Gesuche".

Formal gesehen hat an dem Aufbau des Kabinetts, abgesehen von der 1914 vollzogenen Wiederberufung eines zweiten Vortragenden Rates, auch der Weltkrieg nichts geändert. Da der Kaiser sich während des Krieges nur selten in Berlin aufhielt, der Zivilkabinettschef ihn begleitete und nur in besonderen Fällen nach Berlin fuhr, ergab sich für die Zeit von 1914—1918 im Prinzip die gleiche Regelung, wie sie früher schon bei den zahlreichen Reisen des Kaisers angewandt wurde. Das gesamte Personal blieb am Sitz des Zivilkabinetts in Berlin, Wilhelmstr. 64[46]), abgesehen wohl von *Abb*, der den Chef bei seiner Arbeit im Großen Hauptquartier unterstützte.[47]) Für die dadurch bedingten

[40]) A.a.O.

[41]) Handbuch 1918 S. 48. — Sein Vorgänger, der Geh. Reg.Rat *Mudlack*, war nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bürodirektors mit der Redaktion des Handbuchs über den Königlich Preußischen Hof und Staat betraut worden, das unter „der oberen Leitung des Chefs des Geheimen Kabinetts für die Zivilangelegenheiten" stand.

[42]) Vgl. Meisner S. 191.

[43]) Handbuch 1918 S. 48.

[44]) A.a.O. — Über den Personalbestand vgl. auch Abschnitt I, 4.

[45]) Nach Meisner S. 203.

[46]) Das Kabinett war erst nach der Jahrhundertwende vom Dönhoffsplatz, Leipzigerstr. 76, wo es seit 1864 seinen Sitz gehabt hatte, zur Wilhelmstr. 64 umgezogen.

[47]) Obwohl eine Anwesenheit von *Abb* im Großen Hauptquartier nicht erwähnt wird, darf man annehmen, daß er, der seine Chefs auch sonst auf Reisen und nach Potsdam begleitete — vgl. oben Anm. 37 — als unentbehrliche Hilfskraft dem Zivilkabinettschef zur Seite stand.

zusätzlichen Belastungen erhielt das Zivilkabinett allerdings einen gewissen Ausgleich. Staatsministerium und Hausministerium wurden eine Reihe von Aufgaben der laufenden Verwaltung, die bisher vom König persönlich entschieden werden mußten, zur Erledigung unter Gebrauch der Formel übertragen: „Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Königs."[48])

Für alle die anderen Fälle, in denen der Kabinettschef die Genehmigung des Kaisers und Königs einholen mußte, war eine umfangreiche Korrespondenz mit der Reichsleitung bzw. dem preußischen Staatsministerium erforderlich. In der Regel waren die Unterstaatssekretäre *Wahnschaffe* bzw. *Radowitz*[49]) in der Reichskanzlei und *Heinrichs*[50]) im Staatsministerium die gegebenen Adressaten.[51]) Die räumliche Entfernung der Berliner Behörden zum Monarchen bedeutete eine zusätzliche Komplizierung des Geschäftsbetriebes, da die Möglichkeit zur direkten Rücksprache eingeschränkt war. So stand selbst der Kanzler nur noch selten — bei seinen Besuchen im Großen Hauptquartier oder den kurzen Aufenthalten des Kaisers in Berlin — im unmittelbaren, persönlichen Kontakt zum Herrscher. Von der Abschnürung der Zivilbehörden vom Monarchen[52]) profitierte das Zivilkabinett; seine Mittlerfunktion wurde gestärkt und seine Einflußmöglichkeiten damit vergrößert.

[48]) Vgl. dazu Meisner S. 202; Schmidt-Bückeburg S. 223.

[49]) Arnold *Wahnschaffe*, 1909—1917 Chef der Reichskanzlei. Sein Nachfolger wurde Wilhelm *v. Radowitz*.

[50]) Adolf *Heinrichs*, Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium; vgl. S. 133 (Anm. 3).

[51]) Vgl. die Korrespondenz *Valentinis* bzw. *Bergs* mit *Heinrichs* im Nachlaß Heinrichs, die auch Aufschluß über den Briefwechsel mit *Wahnschaffe* gibt.

[52]) Nur der preußische Kriegsminister hat sein Recht zum Immediatvortrag bis zum Zusammenbruch des Kaiserreichs gewahrt. Die anderen Minister waren, abgesehen von Sonderfällen, vom regelmäßigen Verkehr mit dem Monarchen ausgeschlossen. Vgl. auch Abschnitt I, 4.

3. Aufgaben und Funktion

„Das Zivilkabinett des Kaisers war das Büro des Monarchen für alle Zivilzuständigkeiten, insbesondere für die Personalfragen des Zivilbereichs. Es diente dem Kaiser vor allem für die politische Information und Beratung in Fragen der inneren Verwaltung und der inneren Politik."[1]) Mit diesen knappen Worten hat Ernst Rudolf *Huber* in seiner „Deutschen Verfassungsgeschichte" die Aufgaben des Zivilkabinetts umrissen. Nahm die Staatsrechtslehre der *Bismarck*zeit von den extra-konstitutionellen Einrichtungen der Kabinette keine Notiz, offensichtlich in dem Irrtum befangen, daß das bloß Faktische, in der Verfassung nicht erwähnte, nicht in die staatsrechtliche Betrachtung einbezogen werden müsse[2]), so wird auch *Huber* mit seiner die Verfassungswirklichkeit berücksichtigenden Darstellung der Funktion der Kabinette nicht ganz gerecht.

Berücksichtigt man, daß das Zivilkabinett dahin tendierte, sich verstärkte Einflußmöglichkeiten und neue Funktionen zu gewinnen, so zeigt sich, daß

[1]) Huber, Verfassungsgeschichte III S. 817.

[2]) Vgl. das Urteil Hubers a.a.O.

Hubers Skizzierung nicht ausreicht, um die Tätigkeit des Kabinetts genau zu umgrenzen. Die Formel, das Zivilkabinett diente „dem Kaiser vor allem für die politische Information und Beratung in Fragen der inneren Verwaltung und der inneren Politik“[3]), läßt die erfolgreichen und verständlicherweise meistens abgeleugneten Übergriffe des Kabinettschefs in andere Bereiche[4]) teilweise außer acht. Sie umreißt so zwar zutreffend die wesentlichen Funktionen des Kabinetts, doch engt sie seine reale Bedeutung zu sehr auf die Sicht ein, wie das Zivilkabinett selbst seine Tätigkeit interpretierte.

Erst eine systematische Aufführung aller Tätigkeitsbereiche des Zivilkabinetts vermag ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Fülle und Verschiedenheit der Aufgaben zu vermitteln, die von dieser in der Verfassung nicht erwähnten Institution wahrgenommen wurden. Obwohl dem Zivilkabinett nach der Reichsgründung die inneren Angelegenheiten des Reichs und des Reichslandes Elsaß-Lothringen zugefallen waren, blieb es eine preußische Staatsbehörde, auch wenn es formal die Bezeichnung „Geheimes Kabinett Seiner Majestät des Kaisers und Königs“ führte.[5]) Das Reich zahlte dem Kabinett zuletzt im Jahre 1918 einen Zuschuß von 10000 Mark für die Miterledigung seiner Geschäfte. Ausgänge dieser Art wurden mit dem Reichssiegel versehen.

Sachlich aufgegliedert ergaben sich für das Zivilkabinett die folgenden Tätigkeitsbereiche.

a) Alle Immediatberichte des Reichskanzlers, der Reichsämter, der preußischen Minister und des Statthalters von Elsaß-Lothringen, die Angelegenheiten der inneren Politik betrafen, gelangten nicht direkt an den Kaiser, sondern wurden zuerst dem Chef des Zivilkabinetts vorgelegt.[6]) Nach einer eingehenden Bearbeitung der eingegangenen Aktenstücke durch den Kabinettschef legte dieser bei seinen Routinevorträgen dem Kaiser die Akten entweder persönlich vor oder referierte nur ihren Inhalt.[7]) Bei der Masse des eingehenden Materials und der Abneigung Kaiser *Wilhelms II.* gegen das Aktenstudium erhielt die Erledigung durch Vortrag ein immer stärkeres Gewicht und vergrößerte damit die Einfluß-

[3]) A.a.O.

[4]) Vgl. dazu vor allem S. 20 f., sowie Abschnitt II, 3.

[5]) Handbuch 1918 S. 48. Die Briefköpfe trugen den Aufdruck: „Geheimes Zivilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen“. — Zum Zusammenhang vgl. Meisner S. 182 f.

[6]) Übereinstimmend in allen „Darstellungen“; vgl. Abschnitt I, 4. Ausgenommen waren nur die Berichte über Militär- und Marineangelegenheiten, die über die Chefs des Militärkabinetts bzw. des 1889 neu eingerichteten Marinekabinetts liefen; vgl. Schmidt-Bückeburg S. 179 ff. Nach 1848 war es zwar „häufiger“ vorgekommen, daß die Staatsminister direkt Vortrag hielten und darüber einen Bericht anfertigten, ohne daß das Zivilkabinett damit befaßt war (Illaire an Otto v. Manteuffel, 24. 12. 1851, zit. a.a.O. S. 59, Anm. 6; vgl. auch Hintze S. 455 f.), doch hieß es in der „Darstellung“ von 1918 nur noch: „In besonders dringenden Fällen senden die Minister die Berichte auch direkt an Seine Majestät, und, falls Allerhöchstdieselben die Entschließung nicht durch Vermittlung des Geheimen Kabinettsrats dem Minister kundgeben, werden Bericht und Abschrift des Allerhöchsten Erlasses nachträglich zu den Akten des Geheimen Zivilkabinetts gebracht.“ Fast wörtlich übereinstimmend in den früheren Fassungen; vgl. Abschnitt I, 4 sowie Meisner S. 192 und 196 f.

[7]) Vgl. Meisner S. 192 und 196 f.; Valentini S. 55.

möglichkeiten des Kabinettschefs. Von seiner Darstellung des betreffenden Vorgangs oder Antrags konnte es abhängen, ob die Entscheidung des Kaisers und Königs im negativen oder positiven Sinne ausfiel. Sie wurde zudem noch dadurch präjudiziert, daß die Kabinettschefs in der Regel gleich eine Reinschrift der zu vollziehenden kaiserlichen Erlasse mitbrachten.[8]) Trotzdem trifft *Valentinis* Behauptung, der Kaiser habe nur selten den Anträgen des Reichskanzlers, der Reichsämter und der preußischen Ministerien seine Zustimmung versagt[9]), im großen und ganzen für seine Amtszeit zu. Wenn aber schon ein Mann wie *Valentini*, der sich als loyale Stütze der Reichsleitung verstand, indirekt einen gewissen Spielraum zugibt, so konnte dieser bei einem Zivilkabinettschef, der eine andere Auffassung von seinem Amt hegte, wesentlich schwerer ins Gewicht fallen.[10])

b) Mit dem hier aufgeführten Tätigkeitsbereich hing eine weitere maßgebliche Funktion des Zivilkabinetts eng zusammen. In der oben zitierten „Darstellung von der Einrichtung und dem Geschäftsgang des Geheimen Zivilkabinetts" wird als zu dessen Aufgaben gehörend weiter angegeben: „Die Vorlegung von Gesetzentwürfen an die gesetzgebenden Körperschaften und die Vollziehung von Gesetzen und Verordnungen."[11])

Nun stand, was das Reich anbetraf, das Recht zur Einbringung von Gesetzen nur dem Reichstag und dem Bundesrat sowie, was *Bismarck* durchgesetzt hatte, der Reichsleitung zu. Der Kaiser war nur indirekt, über die preußischen Bundesratsstimmen, bei „der Feststellung des Gesetzesinhalts" beteiligt. Eine direkte Einmischung konnte nur beim Erlaß der Reichsgesetze stattfinden[12]), doch war der Spielraum hier gering, da der Kaiser auf ein gebundenes Sanktionsrecht beschränkt war. Dagegen besaß der König von Preußen nach der Verfassung von 1850 ein freies Sanktionsrecht mit absolutem Veto und übte gemeinsam mit den beiden Kammern die legislative Gewalt aus.[13]) Die Tätigkeit des Zivilkabinetts wurde dabei durch die unterschiedliche Funktion des Monarchen im Gesetzgebungsverfahren des Reiches und Preußens bestimmt. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf technisch-bürokratische Arbeiten, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß gerade das preußische Gesetzgebungsverfahren dem Kabinett eine Fülle von Ansätzen zur politischen Einflußnahme bot.

c) Am augenfälligsten erschien die Rolle, die das Zivilkabinett bzw. genauer dessen Chef bei der Besetzung der führenden Positionen der preußischen Büro-

[8]) Vgl. Meisner S. 196 f.

[9]) Valentini S. 55.

[10]) Vgl. unten Abschnitt II, 3.

[11]) Gleichlautung in allen „Darstellungen"; vgl. Abschnitt I, 4.

[12]) Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte III S. 924 ff. für die Funktion des Kaisers in der Reichsgesetzgebung, S. 57 ff. für die Funktion des Königs im preußischen Gesetzgebungsverfahren.

[13]) Die Besprechungen *Bergs* mit Vertretern des preußischen Staatsministeriums, des Abgeordneten- und Herrenhauses wegen der Wahlrechtsvorlage — vgl. S. 133 f., 166, 209 — bewegten sich deshalb innerhalb der zulässigen Grenzen, da der König hier ja im Gesetzgebungsverfahren mitbeteiligt war.

kratie und der Reichsleitung spielte.[14]) *Meisners* Urteil, daß der Einfluß der Kabinettschefs dort am „geringsten" war, „wo die öffentliche Meinung am stärksten ihr Vorhandensein beargwöhnte, bei den Kanzlerernennungen"[15]), trifft nur sehr bedingt zu. Zwar vermerkt er durchaus zu Recht, daß „die Überbringer blauer Briefe nicht ihre geistigen Urheber zu sein brauchen" und die Kabinettschefs in den Personalfragen der auswärtigen Ressorts nicht besonders bewandert waren[16]), doch liegt darin nicht der Kern des Problems. Die entscheidende Rolle bei einem Kanzlerwechsel spielten sie bei der Auswahl der Nachfolger. Hier mußte sich eine schlechte Personalkenntnis eher negativ auswirken. Zudem, und das entkräftet *Meisners* zweites Argument nun vollends, kam nur einer der Nachfolger *Bismarcks*, als er das Reichskanzleramt übernahm, aus dem auswärtigen Dienst.[17]) Die Amtstätigkeit *Valentinis*, der sein Mandat durchaus loyal und objektiv wahrzunehmen suchte[18]), hat gezeigt, daß der Einfluß, den er bei der Auswahl der Kanzlerkandidaten ausübte, nicht zu gering angesetzt werden darf.[19]) Im verstärkten Maße galt das für seinen Nachfolger Friedrich *v. Berg*.[20]) Doch nicht nur bei dem Reichskanzler, auch bei den Positionen der Staatssekretäre und anderer hohen Reichsbeamten, wie bei den preußischen Ministern und Oberpräsidenten wird sichtbar, daß für einen tatkräftigen und geschickten Kabinettschef Einwirkungsmöglichkeiten bestanden.[21]) Zwar trifft es zu, daß *Wilhelm II.* durch fast jeden, mit dem er in engerem Kontakt stand, zu beeinflussen war[22]), doch ergaben sich für die Zivilkabinettschefs besonders günstige Ansatzpunkte, weil sie von der Sache her mit diesen Fragen befaßt waren und sich leicht hinter den Sachargumenten verschanzen konnten.[23]) Der

[14]) Vgl. dazu das Urteil Schmidt-Bückeburgs S. 265, „die Macht und der Einfluß der Zivilkabinettschefs [würden] nirgends deutlicher in Erscheinung treten, als wenn sie als oft ausschlaggebende Berater des Kaisers bei der Auswahl der obersten Beamten des Reichs fungierten."

[5]) Meisner S. 206.

[16]) A.a.O. S. 200 f.

[17]) *Caprivi* war vorher Kommandierender General, *Hohenlohe* Statthalter in Elsaß-Lothringen, *Bethmann Hollweg* Staatssekretär des Innern, *Michaelis* preußischer Staatskommissar für Volksernährung, *Hertling* bayerischer Ministerpräsident, *Max von Baden* Präsident der ersten badischen Kammer; nur *Bülow* war Staatssekretär des Auswärtigen Amts (1897—1900).

[18]) Dazu das Urteil Reischachs S. 240, *Valentini* habe sein undankbares Amt als „ehrlicher Berater und treuer Gefolgsmann" des Kaisers ausgeübt.

[19]) Vgl. dazu die Rolle, die *Valentini* bei der Auswahl der Reichskanzler *Bethmann Hollweg*, *Michaelis* und *Hertling* spielte; dazu Schmidt-Bückeburg S. 265; Valentini S. 121 ff., 159, 167 ff., 177 ff.

[20]) Vgl. unten Abschnitt II, 3.

[21]) Gerade für die Besetzung von Oberpräsidentenstellen bieten die Aufzeichnungen *Bergs* ein aufschlußreiches Beispiel; vgl. unten S. 134 f., dazu Einleitung S. 53.

[22]) Vgl. dazu Zedlitz-Trützschler S. 160 f. und 176: „Einfluß kann bei dem Wesen des Kaisers jeder haben, der zufällig gerade anwesend ist und etwas sagt, das ihm gefällt."

[23]) Vgl. dazu das Urteil von Tirpitz, Erinnerungen S. 135 f., es habe für das Kabinett, wenn man dem Kaiser „die Vorstellung vom Kabinett als seinem bloßen Kanzlisten" beließe, viele Möglichkeiten gegeben, „den richtigen Augenblick abzupassen und sich auf Phantasie und Temperament des Herrschers einzustellen", der eigenen Ansicht Geltung zu verschaffen. Vgl. ferner die Aufzeichnungen *Bergs* — unten S. 97: „Es war, wenn man die richtige Art hatte, nicht schwer, den Kaiser zu bewegen, von seinem Willen abzugehen. [...] Mir war es gegeben [...], den richtigen Ton mit dem Kaiser zu finden."

Chef des Zivilkabinetts führte im Auftrage des Kaisers jeweils die Verhandlungen mit den potentiellen Kandidaten, entwarf die Kabinettsorder für „Abschiede und Bestallungen" und legte sie dem Kaiser zur Vollziehung vor. *Valentinis* Angabe, daß, abgesehen von den Ressortchefs, die „Personalien von den einzelnen Ressorts bearbeitet [wurden], und nur in ganz vereinzelten Fällen [. . .] eine Einflußnahme von Allerhöchster Stelle" eintrat[24]), mag zwar für die Praxis, die ein solches Verfahren nahelegte, im wesentlichen zutreffen. Er bestätigt aber damit indirekt, daß diese Einwirkungsmöglichkeiten bestanden und auch ausgeübt wurden.[25])

Vordergründig könnte es scheinen, als hätte sich das Zivilkabinett für einen Teilbereich der Personalfragen im ständigen Rückzug befunden. Während die „Darstellung" von 1889 noch keine Ausnahmen nennt, werden in der „Darstellung" von 1905 die „persönlichen Angelegenheiten des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten" vom Vortrag des Kabinettschefs ausgeschlossen.[26]) Obwohl diese Regelung praktischen Bedürfnissen Rechnung trug, hat sie sich nicht fest eingebürgert. So versuchte *Valentini*, wie aus einem Schreiben an *Bethmann Hollweg* vom 24. April 1914 hervorgeht, die Zuständigkeit des Kabinetts grundsätzlich auch für untergeordnete Beamte des Auswärtigen Amts zu wahren.[27]) Er berief sich dabei auf den Kaiser, dessen „Intentionen" es „entsprechen würde, wenn der früher beobachteten Praxis gemäß nur die politischen Angelegenheiten des Ressorts des Auswärtigen Amts Allerhöchst denselben direkt vorgelegt oder durch den Herrn Vertreter des Auswärtigen Amts zur Allerhöchsten Entschließung vorgetragen werden, für alle übrigen Sachen aber die Vermittlung des Chefs des Geh. Zivilkabinetts in Anspruch genommen wird."

Im Widerspruch zu dem von *Valentini* für seine Amtszeit berichteten Verfahren, nach dem die Personalentscheidungen über die Ressortchefs ausschließlich in den Kompetenzbereich der Krone und damit des Zivilkabinettschefs gehörten[28]), heißt es in einer Abschrift der „Darstellung" von November 1918 ergänzend, daß „auf Grund später entwickelter Übung" auch „die Personalien der Staatssekretäre und der sonstigen, unmittelbar zum Ressort des Reichskanzlers gehörigen Beamten [. . .] vom Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts bei Seiner Majestät vorgetragen" würden.[28a]) Nun hat sich Friedrich

[24]) Vgl. Valentini S. 48.

[25]) Vgl. Einleitung S. 53 f.

[26]) „Darstellung" von 1905; vgl. Abschnitt I, 4. — *Meisner* ist entgangen, daß hier eine Änderung gegenüber der Fassung von 1889 vorliegt. Diese Bestimmung ist auch in die „Darstellung" von November 1918 eingegangen. Es erscheint sogar wahrscheinlich, daß schon in der Neufassung der „Darstellung" von 1898 die Einfügung über die „persönlichen Sachen" vorgenommen wurde; vgl. unten S. 26 und 29 (Anm. 29).

[27]) Valentini an Bethmann Hollweg, 24. 4. 1914, im Auszug abgedr. bei Meisner S. 198.

[28]) Vgl. Valentini S. 48; dazu auch seinen Bericht auf S. 153, er habe *Bethmann Hollweg* bei einer Besprechung am 11. 5. 1917 „keinen Zweifel" daran gelassen, daß er die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung nicht mitmachen, dem Kaiser vielmehr von einem „solchen Schritt abraten würde". Vgl. auch Anm. 29a.

[28a]) Vgl. Abschnitt I, 4; dort auch Angaben über die Entstehung dieser Fassung. In einer von *Dryander* beigefügten Ergänzung — vgl. S. 35 — werden übereinstimmend die „Personalien der Staatssekretäre und der übrigen, zum unmittelbaren Ressort des Reichskanzlers gehörigen

v. Berg im Jahre 1918, ohne daß ein Protest von seiten der Reichskanzler oder der Ressorts erfolgte, nicht an eine solche Übung gehalten.[29]) Wenn ihm dabei zugute kam, daß sowohl *Hertling* wie Prinz *Max von Baden* den preußischen Verhältnissen ziemlich fremd gegenüberstanden und sich nicht in allen Interna auskannten, so hätten doch, wenn es wirklich schon ein festes Schema gegeben hätte, sicher höhere Beamte in den Ressorts ihren Chef zu einem Protest veranlaßt. Wir haben es vielmehr mit Regelungen zu tun, die fließend waren und von dem Durchsetzungsvermögen und Durchsetzungswillen der beiden Seiten abhingen.[29a]) So hat, was die Berufung der Staatssekretäre anbetrifft, *Hertling* noch im Sommer 1918 die alleinige Zuständigkeit des Kaisers ausdrücklich anerkannt.[29b]) Mit den Veränderungen in der machtpolitischen Konstellation zwischen Reichstag, Reichskanzler und dem Kaiser mit seinem Zivilkabinett verschoben sich auch hier die Grenzen. So fixiert die „Darstellung" vom November 1918 nur einen Zustand, der bei den Kanzlerwechseln im Jahre 1917 schon in Ansätzen in Erscheinung getreten war[29c]), im Jahre 1918 zunächst wieder zur anderen Seite ausschlug[29d]) und mit der Oktoberparlamentarisierung endgültig zum Durchbruch gekommen war.

d) Eindeutiger als im personal-politischen Bereich hat Friedrich *v. Berg* im politisch-sachlichen mehrfach die bisher gewahrten Grenzen überschritten[30]); denn abgesehen von den personellen Fragen standen auch die politischen „Sachen des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, einschließlich der Beziehungen zu den nichtpreußischen Bundesstaaten" außerhalb der Zuständigkeit des Kabinetts und waren dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts vorbehalten.[31]) Um diese Reservatrechte auch bei den zahlreichen Reisen des Kaisers zu bewahren, wurde vom Auswärtigen Amt ein besonderer Vertreter delegiert, der sog. „Reisegesandte" oder „Rat im Gefolge".[32]) Dieses Amt hat gerade im Weltkrieg mit der nur durch kurze Aufenthalte unterbrochenen, beinahe permanenten Abwesenheit des Kaisers von Berlin erhöhte Bedeutung erlangt. Läßt sich schon

---

Beamten" vom Vortrag der Kabinettschefs ausgenommen und „durch den Reichskanzler bzw. den Staatssekretär des Auswärtigen Amts bzw. den Minister der auswärtigen Angelegenheiten unmittelbar vorgetragen, die aus diesem Grunde — auch auf Reisen — einen besonderen Vertreter, und zwar einen höheren diplomatischen Beamten, im Gefolge des Kaisers haben."

[29]) Vgl. dazu unten S. 53 und 56 f.

[29a]) Vgl. auch unten S. 58 ff.

[29b]) In einem Schreiben an Payer vom 8. 7. 1918 — Nachlaß Hertling Nr. 42 — vertrat *Hertling* die Ansicht: „Was sodann die Frage des Nachfolgers [für Staatssekretär *v. Kühlmann*] betrifft, so ist das Recht des Kaisers, denselben nach seiner Wahl zu ernennen, unzweifelhaft."

[29c]) Vgl. dazu die Darstellung Valentinis S. 182 f. über den Wechsel bei den Staatssekretärsposten und den preußischen Ministern anläßlich der Berufung *Hertlings*.

[29d]) Vgl. unten Abschnitt II, 3.

[30]) Vgl. unten S. 57 f.

[31]) Vgl. die Bestimmungen in den „Darstellungen" sowie in dem Schreiben Dryanders vom 25. 11. 1918; Abschnitt I, 4.

[32]) So z. B. *Abeken* im Juli 1870 in Bad Ems. — Vgl. Eulenburg, Erinnerungen S. 22 und 200. Während des Weltkrieges wurde diese Funktion von Legationsrat *v. Grünau* aus dem Auswärtigen Amt sowie von Graf *Limburg-Stirum* ausgeübt. Vgl. auch Abschnitt I, 4, Anlage c.

für *Valentini* an Hand seiner Tagebuchnotizen nachweisen, daß seine Behauptung, der Kaiser habe mit ihm „niemals Fragen der äußeren Politik erörtert"[33]), nicht zutraf, so galt das um so mehr von seinem Nachfolger *Berg*, der alle Anstrengungen unternahm, um seinen Auffassungen Geltung zu verschaffen.[34])

e) Als weitere Aufgaben, die von der „Darstellung" nicht erwähnt werden, schälen sich das Arrangieren von Kaiserreisen, soweit sie in das Gebiet der Innenpolitik fielen, und die Abfassung von Konzepten für Reden des Monarchen heraus.[35]) Trotz der großen Anzahl der Kaiserreden kam dem jedoch nur eine geringe Bedeutung zu, da *Wilhelm II.* zu Stegreifreden neigte und selbst, wenn ein Manuskript vorlag, in seiner impulsiven Natur schnell davon abwich und improvisierte.[36]) So lag die eigentliche Arbeit des Zivilkabinettschefs bei den öffentlichen Auftritten des Kaisers darin, die tatsächlich gehaltene Rede für die Presse zu überarbeiten und sie in eine Form zu bringen, die sie für die Öffentlichkeit erträglich machte.[37])

f) In den bisher angeführten Tätigkeitsbereichen haben wir die politisch wichtigsten Aufgaben des Zivilkabinetts vor uns. Dabei handelt es sich in all diesen Fällen um die Komplexe, die unmittelbar vom Chef des Zivilkabinetts selbst bearbeitet und erledigt wurden. Vom Arbeitsumfang her überwogen dagegen im Kabinett die minder wichtigen Aufgaben. Sie wurden, wie schon angedeutet, in erster Linie von den Kabinettssekretären, zum Teil von den Vortragenden Räten und nur in einzelnen, besonderen Fällen vom Chef selbst bearbeitet. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die folgenden Bereiche.[38])

1. Immediatgesuche und Bittschriften privater Personen, die so verschiedene Gegenstände betreffen konnten wie Justizangelegenheiten, Kirchenfragen, Schützen- und Kriegervereine, Annahme bzw. Widmung von Geschenken, Kunstsachen und literarischen Werken.

2. Die Verleihung von Titeln und Orden. Zur Entlastung des Monarchen und des Zivilkabinetts war 1911 eine Neuregelung beschlossen worden. Danach sollten in Zukunft Ordenspatente nur noch, soweit sie besonders hohe Orden betrafen, dem Kaiser und König zur Vollziehung vorgelegt werden.[39]) Der eigenhändige Namenszug des Herrschers war jedoch nach wie vor erforderlich, wenn ein Titularrat (Rechnungsrat, Kommissionsrat, Kommerzienrat) ernannt, eine

---

[33]) Valentini S. 126.

[34]) Vgl. unten S. 57 f.

[35]) Vgl. unten S. 169 ff.

[36]) Als Beispiel kann die Rede des Kaisers vor den Krupp-Arbeitern am 10. 9. 1918 dienen; vgl. S. 169.

[37]) Vgl. Valentini S. 119; ferner unten S. 112, S. 170 (bes. Anm. 10) und Anlage 6, S. 211.

[38]) Zu dem Folgenden vgl. Meisner S. 191 ff. und 200 ff.

[39]) Über die Behandlung der Ordensfragen im Weltkrieg geben Schreiben Valentinis an Heinrichs vom 31. 7. 1915 und 16. 1. 1916 sowie das Schreiben Bergs an Heinrichs vom 5. 2. 1918 nähere Aufschlüsse. Sie unterstreichen einmal den Einfluß, den die Zivilkabinettschefs bei der Auswahl der vom Staatsministerium vorgeschlagenen Ordensanwärter ausübten und geben darüber hinaus Auskunft über die Praxis, die bei Berufungen ins Herrenhaus angewandt wurde.

Lotterie veranstaltet, eine Schenkung Rechtskraft erhalten und der Justizminister zum Verzicht auf den Staat zukommende Einnahmen, auf Rückerstattung von Staatseinnahmen oder „Niederschlagung von Defekten" ermächtigt werden sollte.

3. Obwohl das Zivilkabinett im preußischen Staatshandbuch nicht unter den obersten Staatsbehörden, sondern im Anschluß an das „Königliche Haus" aufgeführt wird[40]), war es keine Hofbehörde. Das Amt hatte sich jedoch „derart zur persönlichen Vertrauensstellung ausgewachsen, daß auch die Angelegenheiten des Königlichen Hauses und zahlreiche Privatsachen des Kaisers an dieser Stelle bearbeitet wurden".[41])

g) Ein besonderes Wort verdienen in diesem Zusammenhang noch die Depeschen, da *Wilhelm II.* für seine Korrespondenz die Depeschenform bevorzugte.[42]) Die eingegangenen Telegramme wurden grundsätzlich zur Erledigung an das zuständige Kabinett, das Auswärtige Amt oder das Oberhofmarschallamt übergeben. Hatte der Kaiser eine Antwort durch die Kabinette befohlen, so erhielten die betreffenden Kabinette die Telegramme mit dem Vermerk zugestellt: „a) Antwort vorzulegen. b) Antwort mit Allerhöchster Unterschrift abzusenden. c) Durch Kabinett zu beantworten." Die im Zivilkabinett beobachtete Praxis zeigt dabei, daß selbst nur mit der Unterschrift des Kabinettschefs versehene Telegramme politisch relevante Meinungsaussagen enthalten konnten.[43])

Die hier skizzierten vielfältigen Aufgaben geben einen Eindruck von dem Arbeitsumfang, der auf den Schultern des Zivilkabinettschefs lastete. Theoretisch gesehen waren die Inhaber dieses Amts dabei „nur Ausführende des kaiserlichen Willens, nur Kanzlisten des Monarchen".[44]) Wenn das preußische Abgeordnetenhaus am 13. März 1906 eine Gehaltserhöhung für *Lucanus* mit der Begründung ablehnte, die Stelle zwischen Krone und Ministern dürfe nicht äußerlich gestärkt werden[45]), so sprach daraus jedoch eine andere Auffassung von der Funktion des Kabinettschefs. Die Abgeordneten mit Einschluß der Konservativen hegten die Sorge, daß sich zwischen den Kaiser und die verantwortlichen Minister eine unverantwortliche Zwischeninstanz einschob, die sich der öffentlichen Kontrolle entzog.

Das Zivilkabinett besaß diese Mittlerfunktion zu diesem Zeitpunkt schon seit geraumer Zeit. Der Machtzuwachs, den es nach der Reichsgründung erfahren hatte, trat erst nach 1890 richtig in Erscheinung. Mit dem Sturz *Bismarcks*, der es bis dahin verstanden hatte, den Einfluß der Kabinette für seine Zwecke zu nutzen und deshalb in einer Reichstagsrede „das legale Institut eines wissenschaftlich, technisch und bürokratisch gebildeten Kabinettsrats" gegen die

[40]) Vgl. Handbuch 1918, Inhaltsübersicht S. III.

[41]) Valentini S. 49; danach hat sich diese Entwicklung in der Zeit von *Lucanus* vollzogen. Nach Meisner S. 183 (Anm. 4) reichen die Akten des Zivilkabinetts betr. „Haussachen" jedoch wesentlich weiter zurück.

[42]) Vgl. zum folgenden Meisner S. 198 f.

[43]) Vgl. dazu die unten S. 130 (Anm. 8) zit. Telegramme mit der Unterschrift Bergs.

[44]) Vgl. Schmidt-Bückeburg S. 212; dazu auch das Urteil Tirpitz', Erinnerungen S. 136.

[45]) Sten. Ber. Preuß. Abgeordnetenhaus 1905/06, Bd. 3, Sp. 3207 ff.

Angriffe des Abgeordneten *Windthorst* verteidigt hatte[46]), verschoben sich die Gewichte zwischen Kanzler und Krone. Da den Nachfolgern, ohne den Rückhalt seiner großen Erfolge, gegenüber dem selbstbewußten *Wilhelm II.* die nötige Durchsetzungskraft fehlte, wurde ihre Stellung gegenüber dem Monarchen stark geschwächt. Die Staatssekretäre und Minister vermochten diesen Substanzverlust der Spitze nicht auszugleichen, da sie überhaupt nur selten zum persönlichen Kontakt mit dem Monarchen kamen. Abgesehen vom preußischen Kriegsminister[47]) und in Teilbereichen dem Staatssekretär des Äußern[48]) hatten sie de facto das Recht zum Immediatvortrag verloren und durften nur „in einzelnen besonderen Fällen" Vortrag halten, „sei es auf eigenen Befehl Seiner Majestät, sei es auf Ansuchen des Ministers".[49]) Der Weltkrieg hat mit der häufigen räumlichen Trennung von Kaiser und ziviler Reichsleitung diese zunehmende Abschnürung noch weiter verstärkt. Sie trat zunächst nur deshalb nicht stärker in Erscheinung, weil einerseits die Reichsleitung mit *Grünau* einen geschickten Vertreter im Großen Hauptquartier besaß und andererseits Rudolf *v. Valentini* sich als ausgleichendes Moment hervortat.

Valentini konnte diese Rolle nur deshalb spielen, weil bei *Wilhelm II.* Schein und Wirklichkeit weit auseinanderklafften. Erst das Versagen des Kaisers, der trotz aller großen Worte über kein Durchsetzungsvermögen verfügte und keine einheitliche Linie einzuhalten vermochte, hatte den Kabinetten, und dabei in erster Linie dem Zivilkabinett, das „unter *Wilhelm II.* eine eigenartig überragende Stellung einnahm"[50]), zu ihrem politischen Einfluß verholfen.[51]) Wenn man es verstand, dem Kaiser die Vorstellung vom Kabinett als seinem bloßen Gehilfen zu lassen, so boten sich viele Gelegenheiten, „den richtigen Augenblick abzupassen und sich auf Phantasie und Temperament des Herrschers einzustellen", der eigenen Ansicht Geltung zu verschaffen.[52]) In der Tatsache, daß das Kabinett in manchen Fällen den Kaiser zu einer Entscheidung veranlassen mußte, offenbart sich die ganze Problematik des Systems. Vergleichsweise subalternen, politisch nicht verantwortlichen, unkontrollierten Beamten fiel eine Aufgabe zu, mit der sie überfordert waren und die ihnen in einem konstitutionellen Staate eigentlich gar nicht zukommen durfte.

Die Schwäche der Reichsleitung bot den Chefs des Zivilkabinetts Gelegenheit,

[46]) In einer Reichstagsrede vom 26. 2. 1878; vgl. Horst Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Kritische Gesamtausgabe, 14 Bde., Stuttgart 1892—1904, Bd. 7, S. 145 f.

[47]) Vgl. dazu die Aufstellung in Abschnitt I, 2. Der Kriegsminister hat sein Recht zum Immediatvortrag auch im Weltkrieg gewahrt. Zum Zusammenhang vgl. den Abschnitt „Oberbefehl des Kaisers und die Kabinette während des Weltkrieges 1914—1918" bei Schmidt-Bückeburg.

[48]) Vgl. oben S. 10 sowie Abschnitt I, 4.

[49]) So die Formulierung in der „Darstellung" von 1918; die gleiche Bestimmung in den früheren Fassungen; vgl. Abschnitt I, 4. Für die 1918 beobachtete Praxis vgl. unten S. 155 und 192. Zur Vorkriegszeit vgl. die Angabe bei Graf Waldersee, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, S. 175, von Frühjahr 1901 bis zum Jahresende habe der Kaiser außer *Bülow*, *Goßler* und *Podbielski* keinen seiner Minister empfangen.

[50]) Vgl. Schmidt-Bückeburg S. 190.

[51]) Vgl. dazu die Bemerkung bei Zedlitz-Trützschler S. 168, bei einer Kraftprobe zwischen einem Minister oder Oberpräsidenten und *Lucanus* würde er jedem raten, sich auf die Seite des Zivilkabinettschefs zu stellen.

[52]) Tirpitz, Erinnerungen S. 135 f.

ihre Einflußsphären auf die Gebiete verantwortlicher Institutionen auszudehnen, die Schwäche des Kaisers ermöglichte es ihnen, ihren eigenen politischen Vorstellungen Geltung zu verschaffen. Der Aufstieg des Zivilkabinetts zu einem politischen Beratungsorgan des Kaisers durchlöcherte das Prinzip der Kanzlerverantwortlichkeit und stellte so eines der Kernstücke der Verfassung in Frage.[53]) Trotzdem würde es eine Überschätzung bedeuten, wertete man die Tätigkeit des Kabinetts im Weltkrieg als eine wirkliche Nebenregierung. Mit der 3. OHL war ein Faktor im politischen Kräftespiel des Kaiserreiches wirksam geworden, der das Gewicht des Zivilkabinettschefs weit in den Schatten stellte. Erst ein Bündnis beider Institutionen, das bisher von *Valentini* verhindert worden war[54]), mußte zu einer wirklichen Bedrohung des Art. 17 der Reichsverfassung führen. So kulminierte die Entwicklung im Jahre 1918, als mit Friedrich *v. Berg* eine energische Persönlichkeit mit eigenwilligen Vorstellungen an die Spitze des Kabinetts trat, die mit der OHL Hand in Hand zusammenarbeitete. Es war daher nur ein Akt der politischen Vernunft, daß mit der beginnenden Parlamentarisierung des Reiches Prinz *Max* die Entlassung *Bergs* durchsetzte.[55]) Freilich hat erst der militärische Zusammenbruch und der damit verbundene Machtverlust der OHL diesen Schritt möglich gemacht. Mit der Revolution und dem Ende der Monarchie am 9. November hatte das Zivilkabinett endgültig seine Bedeutung eingebüßt. Doch wurde es nicht etwa aufgelöst, sondern nur durch Verordnung der preußischen Volksbeauftragten vom 14. November der preußischen Regierung direkt unterstellt.[56]) Auch die Beamten versahen ihren Dienst zunächst weiter abgesehen von dem Vortragenden Rat Dr. *Strempel*, der als erster aus seinem Amt schied.[57]) Nachdem der Chef, Clemens *v. Delbrück*, noch „bei der Herbeiführung der Kundgebung" des Kaisers vom 28. November 1918, mit der *Wilhelm II.* dem Thron entsagte und die Beamten von ihrem Eid entband, mitgewirkt hatte, sah auch er seinen Dienst als beendet an.[58]) An seiner

[53]) Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte III S. 816 f.

[54]) Zum Verhältnis von *Valentini* zur OHL vgl. Abschnitt II, 2.

[55]) Vgl. unten S. 192 f.

[56]) Vgl. die „Verordnung, betreffend die Zuständigkeiten der Preußischen Regierung sowie die Zuständigkeiten und die Bezeichnung der Zentral-, Provinzial- und Lokalbehörden. Vom 14. November 1918", unterzeichnet „Die Preußische Regierung. *Hirsch. Ströbel.*" Darin hieß es: „Die Zuständigkeiten, die nach den bisherigen Bestimmungen von der Krone und vom Staatsministerium ausgeübt wurden, sind auf die Preußische Regierung übergegangen, welche nach der Bekanntmachung vom 12. November 1918 die Staatsleitung in Preußen übernommen hat." Preußische Gesetzsammlung 1918 S. 189 f. — Vgl. auch Anm. 57 und 61 sowie *Dryanders* Angaben im Reichstagshandbuch 1928 S. 310.

[57]) In der „Bekanntmachung der Preußischen Regierung, betreffend die Fortsetzung der amtlichen Tätigkeit der Behörden und Beamten. Vom 12. November 1918" — a.a.O. S. 187 — wurden „sämtliche preußische Behörden und Beamte auf[gefordert], ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen". Vgl. die Angabe bei Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 281 (Anm. 1). Möglicherweise ist *Strempel* schon vor dem 9. November aus dem Amt geschieden.

[58]) Vgl. Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 284. Meisner S. 209 gibt den 20. 11. 1918 als Datum für *Delbrücks* Ausscheiden an. *Delbrück* selbst schreibt im Handbuch der Nationalversammlung 1919 S. 148 und im Reichstagshandbuch 1920 S. 38, er sei im „Oktober und November 1918" Chef des Zivilkabinetts gewesen. Die Ergänzung zu der „Darstellung" vom 25. 11. 1918 — vgl. Abschnitt I, 4 — ist unterzeichnet: „Der Geheime Kabinettsrat i. V.: *Dryander*. Geh. Oberregierungsrat u. Vortragender Rat im Geheimen Zivilkabinett."

Stelle übernahm der Vortragende Rat *Dryander* vertretungsweise die Leitung des Kabinetts. Obwohl die preußische Regierung sich Ende November 1918 Auskunft über Aufgaben und Geschäftsgang des Kabinetts geben ließ[59]) und damit einen eindeutigen Beleg über dessen nunmehrige Überflüssigkeit erhielt, büßte das Kabinett zunächst nur den Zusatz „Seiner Majestät des Kaisers und Königs" ein.[60]) Selbst im Staatshaushalt, der für 1919 nicht weniger als 212 020 Mk für das „Geheime Zivilkabinett" vorsah, tauchte es noch als eigene Institution auf.[61]) Seine Organisation wurde zum Vorbild für das Büro des Reichspräsidenten, dessen Politische Abteilung sich im Juni 1919 mit der Bitte um Übersendung der Geschäftsordnung an das Kabinett wandte, um sie „als Muster" für „die Organisierung des Büros des Reichspräsidenten [. . .] zugrunde legen zu können".[62]) Erst nach dem *Kapp*-Putsch entsann man sich wieder dieses monarchischen, längst überflüssig gewordenen Relikts. Am 31. März 1920 wurde das „Geheime Zivilkabinett" aufgelöst.[63])

[59]) Vgl. Abschnitt I, 4.

[60]) Vgl. Anm. 58. Im Etat wird es nur noch als „Geheimes Zivilkabinett" aufgeführt; vgl. Preußische Gesetzsammlung 1920 S. 17.

[61]) A.a.O. Das Zivilkabinett wird dort unter „C. Staatsverwaltungsausgaben. I. Preußische Regierung" aufgeführt, „Kapitel 47, Titel 1—9".

[62]) Schreiben des „Büro des Reichspräsidenten. Politische Abteilung" vom 28. 6. 1919 an das „Büro des Geheimen Zivilkabinetts". Die Anfrage wurde mit einem Schreiben vom 4. 7. 1919, unterzeichnet: „Der Bürodirektor im Geheimen Zivilkabinett I. V. *Jüttner*. Geheimer Hofrat" beantwortet, dem als Anlage Abschriften aus den bisherigen Darstellungen über den Geschäftsbetrieb beigegeben waren. DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. V.

[63]) Vgl. die Angaben von *Dryander* im Reichstagshandbuch 1924 III S. 230 und 1928 S. 310. Er selbst wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

4. Die Darstellung über „Einrichtung" und „Geschäftsgang" des Zivilkabinetts

Eine eigentliche Geschäftsordnung hat das Zivilkabinett während der gesamten Dauer seines Bestehens nicht erhalten.[1]) Anstehende Geschäftsverteilungsprobleme waren von Fall zu Fall geregelt worden, so daß von seiten der Kabinettschefs keine Notwendigkeit für einen allgemeinen Geschäftsplan gesehen wurde. Die im folgenden abgedruckten Darstellungen über die „Einrichtung und den Geschäftsgang" verdanken ihre Entstehung auch nicht, wie man vermuten könnte, einer Order des Kaisers und Königs, einem Ersuchen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten oder den Folgen einer parlamentarischen Debatte.

[1]) Vgl. dazu die handschr. Bemerkung von Hofrat *Jüttner* in dem hier oben (Anm. 62) zit. Schreiben des Büros des Reichspräsidenten vom 28. 6. 1919: „Eine Geschäftsordnung besteht beim Geheimen Zivilkabinett nicht."

Den Anstoß gab eine Unterredung zwischen *Lucanus* und dem braunschweigischen Gesandten in Berlin, Frhr. *v. Cramm-Burgdorf*, im Jahre 1889.[2]) Sie führte zum ersten Male zu einer schriftlichen Fixierung des Geschäftsbetriebes im Zivilkabinett. Die von *Lucanus* eigenhändig korrigierte und ergänzte[3]) „gedrängte Darstellung von der Einrichtung und dem Geschäftsgange des Geh. Zivilkabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs" wurde *Cramm-Burgdorf* mit einem Begleitschreiben des Zivilkabinettschefs vom 15. Mai 1889 übersandt. Diese Fassung diente späteren „Darstellungen" über den Geschäftsbereich als Grundlage und Modell.[4])

Aus dem gleichen Anlaß wie 1889 entstand im Jahre 1898 eine zweite „Darstellung", die am 18. Juni dem niederländischen Gesandten Dr. *Jonkheer van Pets von Gondrian* von *Lucanus* übersandt wurde.[5]) Die beiden ersten Abschnitte wurden aus der Erstfassung von 1889 übernommen, während der dritte Teil neu gestaltet wurde.[6]) Einer Anfrage des „Agent militaire de Russie à Berlin", Oberst *Schebecke*, vom Oktober 1905 verdanken wir eine weitere schriftliche Fassung des Geschäftsbetriebes, die am 4. November 1905 dem zweiten Sekretär der russischen Vertretung, *van der Vliet*, übergeben wurde.[7]) Sie stimmt mit der „Darstellung" von 1898 überein, doch weist sie gegenüber der Erstfassung von 1889 die zusätzliche Bestimmung auf, daß auch die „persönlichen Sachen des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten" dem Vortrag des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts vorbehalten bleiben.[8]) Dabei liegt die Vermutung nahe, daß diese Bestimmung nicht erst im Jahre 1905 neu aufgenommen wurde, sondern möglicherweise schon auf das Jahr 1898 zurückgeht.[9])

---

[2]) Vgl. das Schreiben von Lucanus an Cramm-Burgdorf vom 15. 5. 1889 „Eilt"; handschr. Entwurf, eigenhändig, DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. III: „Eu. Exz. beehre ich mich, in Verfolg unserer neulichen Unterredung anbei eine gedrängte Darstellung von der Einrichtung und dem Geschäftsgang des Geh. Zivilkabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs ganz ergebenst zu übersenden. Möchten Euer Exzellenz noch nähere Erläuterungen wissen, so stehe ich gern zur Verfügung."

[3]) Vgl. Anm. 17—22, 24 f., 27, 33 f., 36, 43 und 45.

[4]) Vgl. Anm. 14.

[5]) Der auf den 17. 6. 1898 datierte, am 18. 6. [Aktenvermerk] abgeschickte Begleitbrief von Lucanus stimmt, bis auf unbedeutende sprachliche Varianten, fast wörtlich mit dem von 1889 überein; a.a.O. Bd. IV.

[6]) Vgl. Anm. 14. *Mudlack* wurde am 11. 6. 1898 mit der Anfertigung des Reinkonzeptes beauftragt.

[7]) Vgl. dazu das Dokument a, 3; dazu das handschr. Schreiben des russischen Militärbevollmächtigten Schebecke an Lucanus vom „27. Oktober 1905"; DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. IV; ferner den a.a.O. befindlichen Aktenvermerk vom 4. 11. 1905: „Dem Botschaftssekretär *van der Vliet* ist heute Abschrift der Anlage mit den erforderlichen Erläuterungen übergeben worden." Dazu anliegende Visitenkarte „W. van der Vliet [...]" mit handschr. Datum „4/11".

[8]) Vgl. Dokument a, 3.

[9]) In einem Schreiben an die preußische Regierung vom 25. 11. 1918 — Dokument c — betont *Dryander* ausdrücklich, daß es sich bei der übersandten Darstellung, die diese Bestimmung ebenfalls enthält — Dokument a, 4 —, um eine „den Akten entnommene Aufzeichnung [...] aus dem Jahre 1898" handelt. — Vgl. auch die in Anm. 29 zit. Randnotiz „persönl." auf dem Exemplar von 1889.

Eine weitere Fassung entstand nach dem Ende der Monarchie, als die preußische Revolutionsregierung die Geschäftsordnung des Zivilkabinetts anforderte. Am 25. November 1918 wurde ihr eine Abschrift der aus „den Akten entnommenen Aufzeichnung über Geschäftsumfang und Geschäftsgang des Geheimen Zivilkabinetts aus dem Jahre 1898“ übersandt.[10]) Als einschneidende Neuerung fällt ins Auge, daß „die Personalien der Staatssekretäre und der sonstigen, unmittelbar zum Ressort des Reichskanzlers gehörigen Beamten“ vom Vortrag des Kabinettschefs ausgenommen sind.

Schon 1905 hatte man es im Kabinett für notwendig erachtet, der „Darstellung“ zusätzliche „Erläuterungen“ beizufügen. Sie enthielten die gleiche Bestimmung über die „persönlichen Sachen“ und hoben darüberhinaus, deutlich gezielt auf den Fragesteller, besonders hervor, daß „selbstverständlich [. . .] nicht in den Geschäftsbereich des Geh. Zivilkabinetts alle Militär- und Marineangelegenheiten“ fallen.[11]) Das gleiche Verfahren wandte nun der Vortragende Rat *Dryander* mit seinem Begleitschreiben an die preußische Regierung vom 25. November 1918 an, das ersichtlich von dem Bestreben gekennzeichnet ist, die Bedeutung des Kabinetts herabzuspielen.[12]) Daher betonte er, daß alle „Angelegenheiten der auswärtigen Politik“, die „Personalien der Staatssekretäre und der übrigen, zum unmittelbaren Ressort des Reichskanzlers gehörigen Beamten“, die „Militärangelegenheiten“ und die „Marineangelegenheiten“ nicht in den Kompetenzbereich des Zivilkabinettschefs fielen, sondern durch die politisch verantwortlichen Instanzen wahrgenommen würden.

[10]) Vgl. Dokumente a, 4 und c.

[11]) Vgl. Dokument b sowie oben Anm. 7.

[12]) Vgl. Dokument c.

a)
Die „Darstellung von der Einrichtung und dem Geschäftsgang des Geh. Zivilkabinetts“

a, 1: Fassung von 1889	a, 2: Fassung von 1898	a, 3: Fassung von 1905	a, 4: Fassung von 1918
DZA, Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. III. Handschr. Entwurf mit eigenhändigen Korrekturen von Lucanus, ohne Datum.[13])	**DZA, Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. IV. Handschr. Reinkonzept des Hofrats Mudlack, ohne Datum.[14]) Änderungen gegenüber a, 1 sind durch *Kursivdruck* hervorgehoben.**	**DZA, Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. IV. Handschr. Reinschrift, ohne Datum.[15]) Änderungen gegenüber a, 2 sind durch *Kursivdruck* hervorgehoben.**	**DZA, Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. V. Masch., „25. November 1918“.[16]) Änderungen gegenüber a, 3 sind durch *Kursivdruck* hervorgehoben.**
I	I	I	I
Das Geheime Kabinett Seiner Majestät des Königs	[wie 1889]	Das Geheime *Zivil*kabinett Seiner Majestät des Königs	Das Geheime Zivilkabinett Seiner Majestät *des Kaisers und* Königs

ist durch die Verordnung vom 27. Oktober 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden eingerichtet.[17]) In demselben sollten in den der Allerhöchsten Entscheidung zu unterbreitenden Sachen Vortrag bei Seiner Majestät halten: 1. der Staatskanzler, 2. ein Geheimer Kabinettsrat, 3. in Militärsachen die von Seiner Majestät dazu bestimmten Personen.

Der Staatskanzler hatte den Vortrag in allgemeinen Landesangelegenheiten.[18]) Die übrigen Zivilsachen und die Hofsachen gehörten zum Ressort des Geheimen Kabinettsrats.

Nachdem das Amt des Staatskanzlers eingegangen war, wurden die Immediatvorträge in den allgemeinen Landesangelegenheiten durch Staats- und Kabinettsminister und nach[19]) Fortfall der Kabinettsminister in Folge der Umgestaltung der Staatsverfassung im Jahre 1848 von dem ersten vortragenden Rate im Staatsministerium gehalten.[20]) Im Jahre 1872 wurden[21]) dem Geheimen Kabinettsrate auch[22]) die Vorträge in den allgemeinen Landesangelegenheiten überwiesen[23]), so daß demselben gegenwärtig sämtliche Immediatvorträge in den der Entscheidung Seiner Majestät unterliegenden Zivilangelegenheiten übertragen sind[24]), und[25]) zwar gilt das [26]) nicht nur für das Königreich Preußen, sondern auch für das Deutsche Reich und die Reichslande Elsaß-Lothringen. Es werden demnach jetzt durch den Geheimen Kabinettsrat die Berichte des Reichskanzlers und der Reichsämter, des Statthalters in Elsaß-Lothringen und der Minister (einschließlich des Ministers des Königlichen Hauses), soweit sie Zivilsachen betreffen, zum Vortrag bei Seiner Majestät gebracht und die Allerhöchste Unterschrift unter den, den Berichten der Regel[27]) nach bereits kontrasigniert beigefügten Entwürfen der Allerhöchsten Erlasse vermittelt.

Im Einzelnen gehören in den Kreis dieser Immediatvorträge alle Angelegenheiten betreffend die Besetzung von Ämtern, die Verleihung von Titeln und Ehrenzeichen, die Begnadigung von Verurteilten, die Gewährung von Unterstützungen aus Staatsmitteln resp.[28]) aus der Allerhöchsten Schatulle, die Vorlegung von Gesetzentwürfen an die gesetzgebenden Körperschaften und die Vollziehung von Gesetzen und Verordnungen, endlich auch die Angelegenheiten der Königlichen Familie und die Hofstaatssachen.

Nur die politischen[29]) *Sachen* des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten machen eine Ausnahme; sie werden von dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts bei Seiner Majestät vorgetragen.	*[wie 1889]*[30])	*Nur die politischen und persönlichen* Sachen[31]) des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten machen eine Ausnahme; sie werden von dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts bei Seiner Majestät vorgetragen.	Nur die politischen und persönlichen Sachen des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten *sowie auf Grund später entwickelter Übung die Personalien der Staatssekretäre und der sonstigen unmittelbar zum Ressort des Reichskanzlers ge-*

13) Die Entstehungszeit geht aus dem in Anm. 2 zit. Begleitschreiben von Lucanus hervor.

14) Das Reinkonzept umfaßt nur den Abschnitt III; vgl. dazu den a.a.O. Bd. IV verwahrten Aktenvermerk: „Herrn Geh. Hofrat *Mudlack*. Ich bitte mir ein Reinkonzept von der Denkschrift über den Geschäftsgang des Geh. Zivilkabinetts (S. 108 ff.) der an-l[iegenden] Akten anfertigen zu lassen. An Stelle der Nr. III Denkschrift (S. 109 bis zum Schluß) ist der anliegende Entwurf einzurücken. *Lucanus* 11. 6. — Reinkonzept gehorsamst beigefügt. *Mudlack* 13/6.“ Das Entstehungsjahr geht aus dem in Anm. 5 zit. Begleitbrief von Lucanus hervor, dem die Reinschrift der „Darstellung“ beigefügt war; Aktenvermerk auf dem Reinkonzept des Begleitschreibens; a.a.O.

15) Die genaue Entstehungszeit dieser Fassung ist nicht zu bestimmen. Auf den Rand dieser Reinschrift wurde der Entwurf der „Erläuterungen“ — Abdruck als Dokument b — niedergeschrieben. Vgl. dazu den in Anm. 7 zit. Aktenvermerk und das dort angeführte Schreiben Schebeckes vom 25. 10. 1905.

16) Vgl. dazu die in dem Begleitschreiben von Dryander — Dokument c — gegebenen Erläuterungen.

17) „Verordnung über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden vom 27. Oktober 1810“; Preußische Gesetzsammlung 1811 S. 3. — „eingerichtet“ im Entwurf von 1889 von *Lucanus* eingefügt für: „ins Leben getreten“.

18) Dieser Satz und der folgende sind von *Lucanus* eigenhändig in den Entwurf von 1889 eingefügt worden.

19) Von „nach“ bis „im Jahre 1848“ von *Lucanus* im Entwurf von 1889 eingesetzt für „späterhin“.

20) Vgl. oben S. 5 ff. — Hier folgte im Entwurf von 1889 ursprünglich der von *Lucanus* gestrichene Satz: „Weitere Änderungen traten ein, als für die Militärangelegenheiten ein besonderes Geheimes Kabinett eingerichtet wurde und als“.

21) „wurden“ von *Lucanus* 1889 eingefügt.

22) Von „auch“ bis „gegenwärtig“ von *Lucanus* 1889 eingefügt.

23) Vgl. oben S. 7 f.

24) „sind“ von *Lucanus* 1889 verbessert für „wurden“.

25) Von „von“ bis „Elsaß-Lothringen“ 1889 von *Lucanus* eingefügt.

26) In den Fassungen von 1905 und 1918 „dies“.

27) Von „der Regel“ bis „Erlasse“ 1889 verbessert von *Lucanus* für: „beigelegten, bereits kontrasignierten Entwürfen der Allerhöchsten Kabinettsordres“.

28) In den Fassungen von 1905 und 1918 „oder“.

29) In dem Exemplar von 1889 hier ein Bleistiftkreuz und am Rande ebenfalls mit Bleistift „persönl[ichen]“. Diese Ergänzung wurde nicht von *Lucanus* eingefügt. Es dürfte sich vielmehr um einen späteren Eintrag handeln. Die Abschrift von 1905 und die dazugehörigen Erläuterungen — vgl. Dokument b — nehmen diese Ergänzungen in den Text auf.

30) Vgl. S. 26 (bes. Anm. 9) sowie die vorige Anm.

31) Vgl. Dokument b.

			hörigen Beamten[32]) machen eine Ausnahme; sie werden von dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts bei Seiner Majestät vorgetragen.

In einzelnen besonderen Fällen lassen Seine Majestät Allerhöchst Sich auch Vortrag von dem Ressortminister[33]) halten, sei[34]) es auf eigenen[35]) Befehl Seiner Majestät, sei es auf Ansuchen des Ministers.

Weiter werden im Geheimen Zivilkabinett bearbeitet alle in [36]) Zivilsachen eingehenden Gesuche, Adressen etc., insbesondere auch Gesuche um Annahme dargebrachter[37]) Geschenke und der [38]) Widmung von Büchern und Kompositionen.

II	II	II	II
Das Personal des Geheimen Zivilkabinetts besteht zur Zeit, abgesehen von den Kanzleikräften, aus			
dem Geheimen Kabinettsrat als Chef, einem[39]) vortragenden Rate, einem Bürovorsteher, zwei Geheimen Kabinettssekretären und neun Geheimen Registratoren.[40])	[wie 1889]	dem Geheimen Kabinettsrat als Chef[41]),	dem Geheimen Kabinettsrat als Chef, einem vortragenden Rate, einem Bürovorsteher, zwei Geheimen Kabinettssekretären und *zehn* Geheimen Registratoren.

III	III	III	III
Der Geschäftsgang ist in folgender Weise geordnet:			
A. Alle neu eingehenden Immediatgesuche werden von dem Kabinettspostamte Seiner Majestät zur Durchsicht resp. Allerhöchsteigenhändigen Öffnung vorgelegt. Sodann gelangen die Gesuche an das Geheime Zivilkabinett, dessen Bürovorsteher sie präsentiert und an die beiden Sekretäre, und zwar an den einen die Justizbegnadigungssachen und	a) Alle neu eingehenden Immediatgesuche werden von dem Kabinettspostamte Seiner Majestät *vorgelegt und gelangen alsdann an das Geheime Zivilkabinett zur Bearbeitung. Diese erfolgt bei der Mehrzahl der Gesuche in der Weise, daß sie durch kurze Aufschrift der zuständigen Ministerial- oder Provinzialbehörde übersandt werden.*	[wie 1898]	[wie 1898]

die Hofangelegenheiten, an den anderen die übrigen Eingänge verteilt.

Von den Sekretären wird die Verfügung entworfen, an welche Behörde das Gesuch behufs Prüfung und weiterer Veranlassung remittiert werden soll.

Diese Verfügungsentwürfe werden von dem vortragenden Rate revidiert; demnächst gelangen die Gesuche zum Journal. Nachdem die Eintragung in dasselbe erfolgt ist, werden die Namen der Gesuchsteller und die Journalnummer in einem in alphabetischer Ordnung geführten Index notiert, um später die Aufsuchung von Vorgängen zu erleichtern. Darauf kommen die Gesuche zum Abgang an die Behörden, welche mit ihrer Prüfung beauftragt worden sind.

---

32) Vgl. Dokument c.

33) Von *Lucanus* 1889 eingefügt für „von dem Minister".

34) Von „sei" bis Satzende von *Lucanus* 1889 eingeschoben für „welcher den Bericht erstattet hat".

35) In der Fassung von 1918 „einen".

36) Von „in" bis „insbesondere auch Gesuche" von *Lucanus* 1889 eingesetzt für „Gesuche".

37) Für „dargebrachter" in den Fassungen von 1905 und 1918 „von".

38) „der" fehlt in den Fassungen von 1905 und 1918.

39) Von „einem" bis „Registratoren" mit eckigen Klammern versehen und am Rande „10" statt „9" Geheime Registratoren vermerkt. Es dürfte sich auch hier um eine spätere Änderung handeln; vgl. Anm. 29.

40) Randbemerkung von *Lucanus*: „Ein Exemplar des Etats des Geh. Zivilkabinetts für das Jahr 1889/90 ist beigefügt. *Lu[canus]*."

41) Den Personalbestand des Kabinetts aus dem Jahre 1905 geben die „Erläuterungen" an; vgl. Dokument b.

	Die Behörden haben die Anweisung, die ihnen in dieser Weise zugehenden Immediatgesuche einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und je nach dem Ausfall dieser Prüfung das Geeignete zu veranlassen und[42]) *den Bittsteller mit Bescheid zu versehen oder höheren Orts zu berichten.*	Die Behörden haben die Anweisung, die ihnen in dieser Weise zugehenden Immediatgesuche einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und je nach dem Ausfall dieser Prüfung	[wie 1898]
Wichtige Sachen, insbesondere solche[43]), welche zur Berichtsforderung geeignet erscheinen, werden dem Chef vorgelegt, welcher die Bestimmung Seiner Majestät darüber erbittet, ob Bericht gefordert werden soll oder nicht.	*In wichtigeren Sachen erhält die Behörde — gleichfalls durch kurze Aufschrift auf dem Gesuche — den Allerhöchsten Auftrag zum Bericht, der alsdann an Seine Majestät erstattet wird.* *Sämtliche Gesuche werden in das Journal des Geheimen Zivilkabinetts eingetragen und außerdem die Namen der Gesuchsteller mit der betreffenden Journalnummer*[44]) *in einem Index nach alphabetischer Ordnung vermerkt, um die Aufsuchung der Vorgänge später zu erleichtern.*	[wie 1898]	[wie 1898]
B. Die Immediatberichte werden im Geheimen Zivilkabinett abgegeben und dem Chef vorgelegt. Nach gehaltenem Vortrag werden die vollzogenen Allerhöchsten Ordres in Kabinetts-Ordre-Bücher eingetragen und sodann unverzüglich zum Abgang gebracht; die preußische An-	b) *Die Immediatberichte gelangen von der berichtenden Behörde direkt an das Geheime Zivilkabinett und werden von dessen Chef Seiner Majestät vorgetragen. Die Allerhöchst vollzogenen Erlasse werden sodann, nach Eintragung in besondere Bücher, unverzüglich zum Abgang gebracht.*	[wie 1898]	[wie 1898]

gelegenheiten betreffenden gehen gewöhnlich an das Königliche Staatsministerium, nur in eiligen Fällen direkt an den Ressort-Minister.

In[45]) besonders dringenden Fällen senden die Minister die Berichte auch direkt an Seine Majestät und, falls Allerhöchstdieselben die Entschließung nicht durch Vermittlung des Geheimen Kabinettsrats dem Minister kundgeben, werden nachträglich[46]) Bericht und Abschrift des Allerhöchsten Erlasses zu den Akten des[47]) Zivilkabinetts gebracht.

[42]) In der Fassung von 1918 „oder“.

[43]) Von *Lucanus* 1889 verbessert für „Besonders wichtige Sachen“.

[44]) In der Fassung von 1905 „und die Journalnummer“.

[45]) Der letzte Absatz ist 1889 von *Lucanus* eigenhändig hinzugefügt worden.

[46]) „nachträglich“ fehlt hier in den Fassungen von 1898, 1905 und 1918; dort eingesetzt hinter „Erlasses“.

[47]) In den Fassungen von 1905 und 1918 eingefügt „Geheimen“.

b)

Die „Erläuterungen" von 1905

DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. IV, handschr. Entwurf, ohne Datum.[48])

I.

Das Geheime Kabinett S[eine]r Maj[estät] d[es] K[aisers] u[nd] K[önigs] für die Zivil-Angelegenheiten ist eine Immediatbehörde, welche direkt unter dem König steht und nur von ihm Anweisungen empfängt. Das Kabinett vermittelt den Geschäftsbetrieb zwischen Seiner Majestät und den Behörden des preußischen Staates, des Reiches und der Verwaltung der Königlichen Hausangelegenheiten.

Sämtliche Berichte des Reichskanzlers, der Preußischen Staatsminister, des Ministers des Königlichen Hauses und des Statthalters von Elsaß-Lothringen an Seine Majestät werden dem Geh[eimen] Zivilkabinett abgegeben und von dem Chef desselben bei Seiner Majestät zur Vorlage oder zum Vortrag gebracht. Er übermittelt den Ministern g[e]z[eichnet] die von S[eine]r Majestät vollzogenen Erlasse und gibt ihnen im Allerhöchsten Auftrage Kenntnis von den Befehlen oder Wünschen Seiner Majestät.

Eine Ausnahme bilden allein die politischen und persönlichen Angelegenheiten[49]) des Auswärtigen Amts und des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten, welche von dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Ausw[ärtigen] Amtes S[eine]r Majestät direkt vorgelegt und vorgetragen werden. Selbstverständlich fallen nicht in den Geschäftsbereich des Geh[eimen] Zivilkabinetts alle Militär- und Marineangelegenheiten, in denen der Vortrag vielmehr dem Chef des Militärkabinetts u[nd] dem Kriegsminister beziehungsweise dem Chef des Marinekabinetts u[nd] dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes zusteht.[50])

In einzelnen besonderen Fällen lassen Seine Majestät sich auch Vortrag von dem Ressort-Minister halten, sei es auf eigenen Befehl Seiner Majestät, sei es auf Ansuchen des Ministers.

II.

Ferner werden vom Geh[eimen] Zivilkabinett alle von Privatpersonen an Seine Majestät gerichteten Gesuche beantwortet. Die Briefe werden von dem Kabinettspostamte Seiner Majestät vorgelegt und gelangen alsdann an das Geheime Zivilkabinett zur Bearbeitung. Diese erfolgt bei der Mehrzahl der Gesuche in der Weise daß sie durch kurze Aufschrift (der sich als Allerhöchster Befehl charakterisiert) der zuständigen Ministerial- oder Provinzialbehörde übersandt werden. Die Behörden haben die Anweisung, die ihnen in dieser Weise zugehenden Immediatgesuche

[48]) Die „Erläuterungen" sind entweder Ende Oktober oder Anfang November 1905 niedergeschrieben und am 4. 11. 1905 dem russischen Botschaftssekretär *van der Vliet* übergeben worden; vgl. Anm. 7 und 15.

[49]) Vgl. die identische Bestimmung im Dokument a, 3; dazu auch Anm. 29.

[50]) Vgl. allgemein Schmidt-Bückeburg und Huber, Verfassungsgeschichte III S. 69 ff., 818 f.; dazu auch oben S. 10 und 23 sowie Dokument c.

einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und je nach dem Ausfall dieser Prüfung entweder das Erforderliche selbst zu veranlassen oder an Seine Majestät zu berichten. In wichtigeren Sachen erhält die Behörde — gleichfalls durch kurze Aufschrift auf dem Gesuche — den Allerhöchsten Auftrag zum Bericht.

III.

Das Personal des Geheimen Zivilkabinetts besteht zur Zeit
abgesehen von den Kanzleikräften aus
dem Geheimen Kabinettsrat als Chef,
zwei vortragenden Räten,
einem Bürovorsteher,
zwei Geh[eimen] Kabinettssekretären,
einem Geh[eimen] expedierenden Sekretär u[nd] Kalkulator,
zehn geheimen Registratoren.

c)

Begleitschreiben Dryanders vom 25. November 1918

Masch. „Abschrift" und ein masch. Reinkonzept, DZA Merseburg, Zivilkabinett, Geschäftsgang (2. 2. 1.), Bd. V.

Zu der anliegenden, den Akten entnommenen Aufzeichnung über Geschäftsumfang und Geschäftsgang des Geheimen Zivilkabinetts aus dem Jahre 1898 wird noch folgendes bemerkt:

Das Geheime Zivilkabinett ist eine auf dem preußischen Staatshaushalts-Gesetz beruhende Immediat-Staatsbehörde, deren höhere Beamte unter Gegenzeichnung des Präsidenten des Staatsministeriums ernannt werden. Es vermittelt den Geschäftsverkehr zwischen dem Kaiser und König und den Behörden des preußischen Staates, des deutschen Reiches, der Reichslande und der Verwaltung der Königlichen Hausangelegenheiten.

Der Kabinettschef trägt sämtliche für den Kaiser und König eingehenden Berichte vor, mit Ausnahme:

a) aller Angelegenheiten der auswärtigen Politik einschließlich derjenigen, die die Beziehungen zu den nichtpreußischen Landesstaaten betreffen,

b) der Personalien der Staatssekretäre und der übrigen, zum unmittelbaren Ressort des Reichskanzlers gehörigen Beamten.[51]) Die Angelegenheiten zu a und b werden durch den Reichskanzler bzw. den Staatssekretär des Auswärtigen Amts bzw. den Minister der auswärtigen Angelegenheiten unmittelbar vorgetragen, die aus diesem Grunde — auch auf Reisen — einen besonderen Vertreter, und zwar einen höheren diplomatischen Beamten, im Gefolge des Kaisers haben.[52])

[51]) Vgl. Dokument a, 4.

[52]) Vgl. dazu oben S. 20.

c) der Militärangelegenheiten, bei denen der Vortrag durch den Kriegsminister bzw. den Chef des Militärkabinetts,

d) der Marineangelegenheiten, bei denen der Vortrag durch den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts bzw. den Chef des Marinekabinetts erfolgt.[53])

Aus dem Ressort des Auswärtigen Amts bzw. des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten werden nur die durch Abschnitt I, letzter Absatz der Anlage[54]) vorgesehenen Gesuche, Adressen, Darbietungen und Widmungen durch den Chef des Geheimen Zivilkabinetts vorgetragen.

Die Kabinettschefs gehören als Mitglieder des Gefolges zur dauernden Umgebung Seiner Majestät.

Berlin, den 25. November 1918.

Der Geheime Kabinettsrat
i. V.:
gez. *Dryander*.[55])
Geh. Oberregierungsrat u[nd] vortragender Rat
im Geheimen Zivilkabinett.

[53]) Vgl. Anm. 50.

[54]) D. h. der „Darstellung" des Geschäftsbetriebes; vgl. Dokument a, 4.

[55]) In dem Reinkonzept eigenhändige Paraphe „*D[ryander]*".

II. Zur Biographie Friedrich v. Bergs

1. Sein beruflicher Werdegang

In einer Würdigung zum 60. Geburtstag Friedrich *v. Bergs* schrieb Gottfried *v. Dryander*, der Sohn des Oberhofpredigers *Wilhelms II.* Ernst *v. Dryander*, am 10. Dezember 1926: „Ich erinnere mich, daß hervorragende königstreue Männer einer alten allmählich absterbenden Generation, der ich auch meinen verstorbenen Vater zurechne, es bedauert haben, daß ein gütiges Geschick nicht Herrn *v. Berg* zehn Jahre früher in die Stellung des nächsten amtlichen Beraters Seiner Majestät des Kaisers und Königs geführt hat, Männer, die es später als schweres vaterländisches Unglück empfanden, als ihn die erste Maßnahme des Prinzen *Max von Baden* aus der Umgebung des Kaisers entfernte.“[1])

Das Motto der *Neuen Preußischen Zeitung*, in der dieser Artikel erschien, „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“, hätte auch der Wahlspruch *Bergs* sein können. In diesem Sinne wurde hier seine Persönlichkeit und sein Wirken von Gottfried *v. Dryander* gewürdigt, der unter *Berg* als Vortragender Rat im Zivilkabinett Dienst getan hatte.[2]) Doch nicht bei allen, die *Bergs* Wirken als Kabinettschef ebenfalls aus nächster Nähe beobachten konnten, fällt das Urteil so einhellig aus. Während ihn der Verbindungsoffizier der OHL beim Kaiser, Oberstleutnant *Niemann*[3]), als „einen treuen uneigennützigen Berater, [. . .] den engsten Vertrauten seiner täglichen Herrschersorgen“ rühmt[4]), wirft ihm der Chef des Marinekabinetts, Admiral *v. Müller*[5]), Kastendünkel vor. Er sei als Chef des Zivilkabinetts unbrauchbar gewesen und habe nur die eine Aufgabe erfüllt, „ein wirksamer Vertreter der Firma *H[indenburg]-L[udendorff]*“ zu sein.[6])

Ebenso negativ wie *Müller* urteilten Legationsrat *Grünau*, der während des Jahres 1918 als Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier in ständigem Kontakt zu *Berg* stand[7]), und sein damaliger Vorgesetzter, der Staatssekretär *v. Kühlmann*[8]), auf den „der preußische Kabinettschef durchaus den Eindruck eines protestantischen Jesuiten von stark deutschnationaler Färbung“ machte. Diesem ungünstigen Eindruck habe er, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, schon damals „mehrfach Worte verliehen, indem ich den neuen Kabinettschef als einen der Totengräber der Monarchie bezeichnete“.[9])

---

[1]) *Neue Preußische Zeitung* 10. 12. 1926; der Artikel trug die Überschrift: „Exzellenz *v. Berg*“.

[2]) Gottfried *v. Dryander* war von 1914 bis zur Auflösung des Zivilkabinetts — vgl. oben S. 25 — Vortragender Rat; zu dieser Funktion vgl. S. 11 ff.

[3]) Über seine Berufung in diese Stellung vgl. unten S. 156 (bes. Anm. 28).

[4]) Niemann, Kaiser und Revolution S. 97.

[5]) Über *Müller* vgl. unten S. 92 (Anm. 12).

[6]) Müller an Valentini 30. 3. und 29. 8. 1918, Nachlaß Valentini.

[7]) Über *Grünau* (vgl. unten S. 103 Anm. 5) und seinen Gegensatz zu *Berg* vgl. S. 104 f., 112, 145.

[8]) Richard *v. Kühlmann* (1873—1948) war vom 7. 7. 1917 bis 9. 7. 1918 Staatssekretär des Äußern.

[9]) Kühlmann, Erinnerungen S. 548. *Berg*, mit dem *Kühlmann* bei den Verhandlungen im Großen Hauptquartier am 13. 2. 1918 — vgl. S. 113 f. — zum ersten Male zusammentraf, hatte ihm „auf den ersten Blick ausgesprochen mißfallen, und dieses Urteil hat sich im Laufe der weiteren Erfahrungen nur bestätigt und verschärft.“

Für den Monarchen selber war Friedrich *v. Berg* nicht einfach nur ein treuer Untergebener, auch wenn er etwas großsprecherisch behauptete, er „wird tun, was ich ihm sage"[10]), sondern sein persönlicher Vertrauter, den er mit dem vertraulichen Du und „Monzi" anredete.[11]) Einer ähnlichen Wertschätzung erfreute sich der Kabinettschef auch bei den beiden Feldherren an der Spitze der 3. OHL, von denen insbesondere *Hindenburg* große Stücke auf ihn hielt.[12])

Das gleiche ließe sich von den Parteien kaum sagen. Abgesehen vom konservativen Lager, dem auch Gottfried *v. Dryander* zuzurechnen ist, der in der Weimarer Zeit die DNVP im Reichstag vertrat[13]), fiel das Votum der Parteiführer, die am 1. Oktober 1918 von *Berg* zu einer Unterredung empfangen worden waren, nahezu einhellig negativ aus. Neben den rein sachlichen Bedenken gegen die von ihm vorgetragenen Gedanken erweckte schon „die äußere Aufmachung: in langen Stiefeln in Militäruniform" und die Art, wie er „im Paradeschritt auf und ab gelaufen" war und „im Gardeleutnantston gesprochen" hatte, einen überaus ungünstigen Eindruck.[14])

Obwohl alle die hier aufgeführten Zeitgenossen dienstlich mit Friedrich *v. Berg* zu tun gehabt und ihn persönlich kennengelernt hatten, bleibt ihr Urteil erstaunlich wenig differenziert. Zwischen den beiden Polen, einseitige positive Würdigung und harte Kritik, scheint es keinen Raum für eine abgewogene, nuancierte Charakterisierung zu geben. Lag es an *Berg* selbst, daß sich die Geister so an ihm schieden? War er so einseitig, daß die Urteile so einseitig ausfallen mußten? Oder war sein Denken und Handeln doch stärker differenziert? Entsprach er vielleicht eher dem Bild, das *Hutten-Czapski*[15]) von ihm zeichnet: „Herr *v. Berg* war als ausgesprochener Kandidat der Obersten Heeresleitung Chef des Zivilkabinetts geworden, zugleich als Exponent der konservativ-preußischen Kreise, ein tüchtiger, etwas bürokratisch veranlagter Verwaltungsbeamter, ein innerlich vornehmer, aber schroffer Altpreuße."[16])

Friedrich Wilhelm Bernhard *v. Berg* wurde am 20. November 1866 in Markienen in Ostpreußen als Sohn des Majors a. D. Friedrich *v. Berg* geboren, der 1863 das Gut Markienen für 135000 Taler erworben hatte.[17]) Nach Ablegung der Reifeprüfung am Wilhelm-Gymnasium in Königsberg studierte er 1884/85 zunächst

---

[10]) Müller, Marinekabinett S. 332.

[11]) Unterredung des Bearbeiters mit Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968; vgl. ferner Müller an Valentini 29. 8. 1918, Nachlaß Valentini. — Die gleiche Anrede verwandten auch die Kaisersöhne, wie ihre Schreiben an *Berg* in WA Allenstein zeigen.

[12]) Vgl. dazu S. 42, 48 f., 51 f., 55, 93 und 111.

[13]) MdR 1921—1930; gleichzeitig Mitglied des preußischen Landtags.

[14]) Vgl. Quellen 2 S. 12 ff., 15 f. (Äußerung von *Fischbeck*, ähnlich *Ebert*, *Gröber*, *Haußmann*).

[15]) Bogdan Graf *v. Hutten-Czapski*, kaiserlich-deutscher Kommissar bei der polnischen Staatsregierung.

[16]) Hutten-Czapski II S. 503.

[17]) Die folgenden biographischen Angaben stützen sich in erster Linie auf die eigenhändigen Eintragungen Friedrich *v. Bergs* im Familienbuch vom Februar 1920; dazu Nachtrag vom 4. 4. 1934. Vgl. daneben Reichshandbuch I S. 110, Artikel: „*Berg*, *v.* Friedrich, Wilhelm, Bernhard"; dazu mündliche Auskünfte des Adoptivsohnes Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968 gegenüber dem Bearbeiter. — Dazu auch Artikel im *Adelsblatt* 27. 9. 1966: „Friedrich *v. Berg* — Markienen" und „Unser Titelbild Rittergut Markienen Kr. Bartenstein/Ostpr.".

Rechtswissenschaft in Bonn und wurde Mitglied des Corps Borussia, trat anschließend in das I. Garde-Regiment zu Fuß ein und wurde 1886 zum Offizier befördert. Sechs Jahre später nahm er seinen Abschied, um sein Studium in Leipzig und Breslau fortzusetzen, das er im Juni 1894 mit dem Referendarexamen abschloß. Eine vierjährige Referendarzeit, davon zunächst zwei Jahre als Gerichtsreferendar in dem nahe bei Markienen gelegenen Bartenstein und als Regierungsreferendar von 1896 bis 1898 in Danzig, beendete vorläufig sein berufliches Wirken in Ostpreußen. Nachdem er am 24. Dezember 1899 sein Assessorexamen abgelegt hatte, war *Berg* von Januar 1900 bis Januar 1903 beim Landratsamt Niederbarnim (bei Berlin) beschäftigt und kehrte anschließend als Landrat des Kreises Goldap nach Ostpreußen zurück.

In diese Zeit fiel die Auffrischung der Bekanntschaft mit dem Kaiser, die, durch Familienüberlieferungen begünstigt[18]), durch die gemeinsame Zugehörigkeit zum Bonner Corps Borussia begründet und nun erneuert wurde.[19]) Während der Jagdaufenthalte des Kaisers in Ostpreußen kam es mehrfach zu Zusammenkünften mit dem Landrat von Goldap. Dabei wurde deutlich, daß sich zwischen *Wilhelm II.* und *Berg* ein kameradschaftliches, um nicht zu sagen freundschaftliches Verhältnis herausgebildet hatte.[20])

Der berufliche Werdegang Friedrich *v. Bergs* war bisher in den üblichen Bahnen verlaufen. Das Jahr 1906 brachte dann für ihn eine einschneidende Veränderung und legte damit eine der entscheidenden Grundlagen für seine spätere Berufung zum Chef des Zivilkabinetts. Rudolf *v. Valentini*, der bisher die Position eines ersten Vortragenden Rates im Zivilkabinett bekleidet hatte, war am 16. Juni 1906 zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. ernannt worden.[21]) Auf die 1904 neugeschaffene Stelle eines zweiten Vortragenden Rates[22]), die durch das Aufrücken *Eisenhart-Rothes*[23]) auf den Posten *Valentinis* freigeworden war, wurde nun Friedrich *v. Berg* unter gleichzeitiger Ernennung zum Geheimen Regierungsrat berufen.[24]) Die an sich von ihrer Funktion her wenig bedeutende Stelle[25]) erhielt durch die häufige Krankheit von *Lucanus* ein gewisses Gewicht, da die Vortragenden Räte dann die volle Vertretung zu übernehmen hatten.[26]) Darüber

---

[18]) Zu der Bekanntschaft und Freundschaft von *Bergs* Vater und Großvater väterlicherseits zu dem preußischen Königshaus vgl. unten S. 127. Im Staatsarchiv Dahlem, Rep. 92, findet sich eine umfangreiche Korrespondenz zwischen *Bergs* Großvater, Carl Friedrich Wilhelm *v. Berg*, und König *Friedrich Wilhelm IV.*

[19]) Kaiser *Wilhelm* und *Berg* haben jedoch nicht, wie häufiger behauptet wird, gleichzeitig an der Universität Bonn studiert. Der Kaiser war 1877—1879 in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, *Berg* 1884/85 in der gleichen Fakultät eingeschrieben.

[20]) Auskunft von Hans-Hubert *v. Berg* gegenüber dem Bearbeiter am 17. 10. 1968.

[21]) Vgl. Valentini S. 84 f.

[22]) Vgl. dazu oben S. 12.

[23]) Hans *v. Eisenhart-Rothe* war vor seinem Eintritt ins Zivilkabinett im Juli 1904 Landrat in Bromberg gewesen.

[24]) Vgl. Familienbuch, Eintragung vom Februar 1920.

[25]) Vgl. oben S. 11 f.

[26]) *Valentini* hat diese Rolle für seine Person für die Jahre bis 1906 belegt; Valentini S. 47, 54, 64, 66, 95. Die Vertreterfunktion für den kränkelnden und alternden *Lucanus* (er war schon über 70 Jahre alt) spielte in den folgenden Jahren natürlich eine ähnlich umfangreiche Rolle.

hinaus bot die an sich sehr abhängige und unselbständige Stelle einem neu in das Kabinett Eintretenden günstige Möglichkeiten, um sich mit den speziellen Aufgaben vertraut zu machen und sich an den eigenartigen, „etwas altertümlichen Kurialstil" zu gewöhnen, der durch die „Stellung des Kabinetts als dem Sprachrohr des Monarchen" bedingt war.[27]) Die potentielle Vertreterfunktion brachte es überdies mit sich, daß die Vortragenden Räte die ein- und ausgehenden Aktenstücke zu lesen hatten, um für den Vertretungsfall stets vollständig im Bilde zu sein.

Mit der nach dem Tode von *Lucanus* im August 1908 vollzogenen Berufung *Valentinis* zum neuen Chef des Zivilkabinetts[28]) verloren die Positionen der Vortragenden Räte an Bedeutung, da nun der Chef selber, anders als zur Zeit des kränkelnden *Lucanus*, „den vollen Dienst beim Kaiser wahrnahm".[29]) *Eisenhart-Rothe* und *Berg*, nach dem Urteil *Valentinis* beide „Männer von großer Tüchtigkeit im Amt und ungewöhnlicher Begabung", haben sich offenbar „nur schwer mit der überraschenden Tatsache" abgefunden, daß *Valentini*, ein früherer Kollege *Eisenharts* im Kabinett[30]), nun ihr Vorgesetzter wurde.[31]) Sie waren vor allem deshalb verstimmt, weil *Eisenhart-Rothe* sich begründete Hoffnungen auf den Chefposten hatte machen können[32]) und auch sein dienstjüngerer Kollege aus Andeutungen des Kaisers entnehmen konnte, daß er, *Berg*, für eine spätere Zeit als Chef des Zivilkabinetts ins Auge gefaßt war.[33])

So erstaunt es nicht, daß *Berg* bereits ein gutes halbes Jahr später, im April 1909, aus dem Kabinett schied[34]), um die auf ihn gefallene Wahl des ostpreußischen Provinziallandtages zum Landeshauptmann anzunehmen[35]), nachdem der preußische König die nach der Provinzialverfassung notwendige Bestätigung erteilt hatte. Zusammen mit dem Provinzialausschuß hatte *Berg* als Landeshauptmann die Verwaltung des Provinzialverbandes im Rahmen der ihm durch Gesetz zugestandenen Selbstverwaltungsaufgaben zu leiten. Sein Dienstsitz befand sich

[27]) Vgl. a.a.O. S. 46.

[28]) *Lucanus* starb am 3. 8. 1908. — Zu der Berufung seines Nachfolgers vgl. Valentini S. 92 ff.; Tagebücher Valentinis, Eintragungen vom 20. 7.—10. 8. 1908.

[29]) Valentini S. 95.

[30]) Zwei Jahre, von 1904, dem Jahr der Berufung *Eisenhart-Rothes*, bis zum Ausscheiden *Valentinis* 1906, waren sie zusammen als Vortragende Räte tätig gewesen.

[31]) Valentini S. 93 ff.

[32]) A.a.O. S. 94 berichtet Valentini, „daß in der Reichskanzlei fest abgemacht war, daß *Eisenhart*- dem Kaiser als Nachfolger von *Lucanus* präsentiert werden sollte und daß dieser sicher mit seiner Ernennung gerechnet hatte [...]."

[33]) Vgl. die a.a.O. angeführten Eindrücke *Valentinis* sowie *Bergs* Bemerkung, unten S. 91.

[34]) *Berg* verabschiedete sich am 7. 4. 1909 im Kabinett; vgl. Tagebücher Valentinis. — Sein Nachfolger wurde Dr. *v. Strempel*, der bis zum Jahre 1918 den Dienst als Vortragender Rat versah. — *Eisenhart-Rothe* verließ bald nach *Berg* ebenfalls das Kabinett, um das Amt des Regierungspräsidenten in Merseburg anzunehmen, wurde danach Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium und kurz vor dem Kriege Oberpräsident von Posen. — Vgl. Valentini S. 95.

[35]) Über die Funktion des Landeshauptmanns nach der Provinzialverfassung von 1875, dessen Amtsbezeichnung zunächst durchweg „Landesdirektor" lautete, vgl. Huber, Verfassungsgeschichte IV S. 359 f.

im Landeshaus in Königsberg[36]), das, ähnlich wie in den meisten anderen Provinzen[37]), zugleich Sitz des Oberpräsidenten war.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit fand Friedrich *v. Berg*, der 1910 zum kgl. Kammerherrn ernannt wurde und 1916 voller Stolz seine Beförderung zum Major entgegennehmen durfte[38]), stets noch genügend Zeit, sich einer Reihe von ehrenamtlichen Aufgaben zu widmen. Sein besonderes Interesse galt dabei der „Preußischen Genossenschaft" des Johanniterordens, der er als Ehrenritter seit 1904 angehörte und die ihn im Jahre 1910 zu ihrem Ehrenkommendator berufen hatte. So wurde u. a. während seiner Landratszeit im Jahre 1906 ein von dem Orden in Szittkehmen, Kreis Goldap, neu errichtetes Krankenhaus unter seinem Vorsitz eröffnet.[39]) Seine Ordensarbeit erfuhr im Jahre 1918 ihre Krönung, als die „Preußische Genossenschaft" ihn zu ihrem Kommendator wählte.

Parallel zum Wirken im Johanniterorden, dessen Ritterpflichten u. a. in der entschiedenen Vertretung des evangelischen Bekenntnisses bestanden[40]), lief seine Tätigkeit in einer Reihe von anderen kirchlichen Institutionen und Gruppierungen. So wirkte er als Vorsitzender der „Positiven Union", der von ihrer Anhängerschar her größten innerkirchlichen Gruppierung in Ostpreußen, später als Präses der Provinzialsynoden von 1920 bis 1933, als Mitglied des Kirchensenats und Vorsitzender des Provinzialkirchenrats.[41]) Der ihm anläßlich seines 60. Geburtstages im Jahre 1926 verliehene Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Universität Königsberg bildete den sichtbaren Ausdruck der Anerkennung seiner Verdienste um die evangelische Kirche in Ostpreußen.

Die Ehrung galt aber wohl zugleich dem ehemaligen Landeshauptmann — und späteren Oberpräsidenten der Provinz. *Tortilowicz v. Batocki-Friebe*, seit 1914 Oberpräsident von Ostpreußen, war am 22. Mai 1916 zum Präsidenten des neugeschaffenen Kriegsernährungsamtes ernannt worden.[42]) Zwar führte er auf seinen eigenen Wunsch das Amt des Oberpräsidenten zunächst neben seiner neuen Aufgabe noch weiter[43]), doch war das keine Dauerlösung. So trat am 25. Juli 1916 Friedrich *v. Berg* an seine Stelle[44]), der die von *Batocki* in Angriff genommenen

---

[36]) Königstr. 28—31.

[37]) Nur in drei Provinzen war der Sitz des Oberpräsidenten und des Provinzialverbandes, dessen Organ der Landeshauptmann war, nicht identisch: in Brandenburg und Sachsen sowie in der Rheinprovinz.

[38]) Zu den biographischen Daten vgl. die in Anm. 17 zit. Belege.

[39]) Vgl. Hubatsch, Evangelische Kirche I S. 356.

[40]) Vgl. a.a.O. S. 355.

[41]) Vgl. dazu die in Anm. 17 angegebenen Belege sowie Hubatsch, Evangelische Kirche III S. 367, 447 und 449. Daneben war *Berg* noch Kirchlicher Kuriand des Hauses I der deutschen Landesschwesternschaft und seit 1919 Chorherr des Diakonissenweihhauses Bethanien in Lötzen.

[42]) Vgl. Schultheß 1916/I S. 235 f.

[43]) Vgl. dazu *Frankfurter Zeitung* 24. 5. 1916 (2. Morgenblatt); vgl. auch die folgende Anmerkung.

[44]) Vgl. Schultheß 1916/I S. 369; *Frankfurter Zeitung* 26. 6. 1916 (2. Morgenblatt). Nach einem Schreiben Friedrich W. *v. Batockis* an den Bearbeiter vom 30. 10. 1967 sei „Herr *v. Berg* nur kommissarisch mit dem Amt des Oberpräsidenten betraut" worden, da sein Vater bei der Berufung zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes die Bedingung gestellt habe, daß „er jederzeit die Möglichkeit haben sollte, das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen wieder zu übernehmen." Nach *Batockis* Rücktritt vom Kriegsernährungsamt im Juli 1917

Wiederaufbauarbeiten in den durch den Krieg zerstörten Gebieten mit Energie und Tatkraft fortführte. Er bewährte sich dabei als tüchtiger, mit den Verhältnissen vertrauter Verwaltungsbeamter[45]), ohne politisch stärker hervorzutreten.

Das galt zunächst auch für seine Mitgliedschaft im Herrenhaus, in das er wenige Tage vor seiner Ernennung zum Oberpräsidenten „auf Präsentation des Verbandes des alten und des befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirke Samland und Natangen durch Allerh[öchsten] Erlaß vom 21. Juli 1916" berufen worden war.[46]) Während der gesamten Dauer seiner Zugehörigkeit zum Herrenhaus vom 6. Dezember 1916[47]) bis zu dessen Auflösung in der Revolution hat Friedrich *v. Berg* zwar an den Sitzungen teilgenommen, aber nicht ein einziges Mal das Wort in der Debatte ergriffen.

Fast alles schien so darauf hinzudeuten, daß der bei seiner Ernennung zum Oberpräsidenten 50jährige *Berg* seine Beamtenkarriere mit der Oberpräsidentenwürde beschließen würde, zumal da er persönlich an seiner Arbeit in der Provinz hing. Gerade seine dienstliche Tätigkeit, noch als Landeshauptmann, hatte ihn aber 1914 in näheren Kontakt zu dem Mann gebracht, der in *Bergs* späterem Denken und Handeln eine entscheidende Rolle spielen sollte. In den Tagen von Tannenberg wurde zwischen General *Hindenburg* und Friedrich *v. Berg* das „Vertrauensband" geknüpft, das über alle Wechselfälle hinweg bis zum Tode des Feldmarschalls erhalten blieb.[48]) Schon die Art ihrer Korrespondenz — häufig als „Vertraulich", „Einschreiben", „Eilbrief" gekennzeichnet[49]) — läßt erkennen, daß hier nicht nur rein persönliche Dinge, sondern Fragen von politischem Gewicht erörtert wurden. Ihr Gedankenaustausch beschränkte sich dabei nicht auf eine unverbindliche theoretische Diskussion von aktuellen politischen Fragen, sondern es wurden nach *Hindenburgs* Ernennung zum Generalstabschef des Feldheeres ganz konkrete Maßnahmen erörtert, wie man die von *Berg* weitgehend geteilten politischen Vorstellungen der 3. OHL gegenüber der zivilen Reichsleitung und dem Kaiser stärker zur Geltung bringen könnte.[50])

---

habe er „in Abstimmung mit Herrn *v. Berg* [...] nicht sofort wieder das Oberpräsidium [übernommen], sondern erst im Januar 1918." — *Bergs* Ernennung zum Oberpräsidenten am 25. Juli 1916 erfolgte jedoch definitiv, nur vom Kaiser mit der Einschränkung versehen, daß er daraus „keinen Grund entnehmen wolle, das Zivilkabinett gegebenenfalls abzulehnen." Dagegen hatte *Batocki* das Amt des Oberpräsidenten nach dem 22. 5. 1916 zunächst noch weitergeführt.

[45]) So urteilte z. B. *Batocki* über seinen Nachfolger im Amt des Oberpräsidenten; nach Mitteilung Friedrich W. *v. Batockis* in dem in der vorigen Anm. zit. Schreiben.

[46]) Sten. Ber. Preuß. Herrenhaus, Session 1916/18, Sp. 1283; vgl. a.a.O. Sp. 246.

[47]) Das war die erste Sitzung, an der *Berg* teilnahm; vgl. a.a.O.

[48]) Vgl. dazu den Artikel von Dryander „Exzellenz *v. Berg*" in: *Neue Preußische Zeitung* 10. 12. 1926, sowie das Telegramm des Botschafters Prinz Hohenlohe vom 17. 1. 1918, Chiffre, HHStA Wien, III PA 172. — Vgl. ferner Abschnitt II, 4.

[49]) Aus der Weltkriegszeit befinden sich im WA Allenstein folgende Schreiben von Hindenburg an Berg: 12. 8. 1915, 16. 4. 1916, 23. 8. 1916, 25. 6. 1918, 9. 7. 1917, 7. 9. 1918, 20. 11. 1917 (Telegramm), 16. 2. 1918; der nächste Brief datiert vom 19. 11. 1918. Leider sind nicht alle Schreiben vollständig erhalten; Briefe von *Berg* an *Hindenburg* fehlen gänzlich.

[50]) Vgl. die in der vorigen Anm. zit. Schreiben, besonders Hindenburgs Briefe vom 9. 7. und 7. 9. 1917. — Vgl. auch unten S. 44 f., 48 f. und 51 f.

Bei dieser Identität der Auffassungen mußte für *Hindenburg* der Gedanke naheliegen, die politische Potenz, die *Berg* durch sein gutes, persönliches Verhältnis zum Kaiser darstellte, nicht in der Provinz brachliegen zu lassen. So wurde *Berg*, nachdem das bisherige gute Einvernehmen zwischen der 3. OHL und der zivilen Reichsleitung abzubröckeln begann und sich die ersten Kraftproben ankündigten, zu einer nicht unbedeutenden Figur auf dem innenpolitischen Schachbrett des Kaiserreiches.

2. Die Vorgeschichte seiner Berufung zum Chef des Zivilkabinetts

Die am 16. Januar 1918 vollzogene Ernennung des Oberpräsidenten Friedrich *v. Berg* zum Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts kam weder für Eingeweihte noch für die Öffentlichkeit überraschend. In seinen Erinnerungen erzählt Fürst *Bülow*, *Lucanus*, der z. Zt. seiner Kanzlerschaft Chef des Zivilkabinetts war, habe mit Unbehagen registriert, daß der Kaiser „für den Vortragenden Rat in Allerhöchst seinem Kabinett, Herrn *v. Berg*, Korpsbruder und persönlicher Freund Seiner Majestät, große Vorliebe zeigte". Der Kabinettschef habe daher aus Furcht, durch *Berg* von seinem Amt verdrängt zu werden, für die Ersetzung seines Rivalen durch den „Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O., Herrn *v. Valentini*", gesorgt.[1]) Obwohl diese Darstellung eine Fülle von sachlichen Fehlern aufweist, wie schon Bernhard *Schwertfeger* dargelegt hat[2]), ist doch soviel daran richtig, daß der Gedanke einer Ernennung *Bergs* zum Chef des Zivilkabinetts weit vor dem Jahre 1918 erwogen worden war. Vor allem der Kaiser hatte schon seit längerem mit dem Gedanken gespielt, seinen Bekannten und Vertrauten als Nachfolger Rudolf *v. Valentinis* zum Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts zu berufen. Ersten Andeutungen *Wilhelms II.* anläßlich des Ausscheidens von *Berg* aus dem Zivilkabinett im Jahre 1909 war bei der im Jahre 1916 erfolgten Berufung zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen die bestimmtere Mahnung gefolgt, die Ernennung geschehe „nur provisorisch". *Berg* dürfte daraus „keinen Grund entnehmen [. . .], das Zivilkabinett gegebenenfalls abzulehnen".[3])

Die vom Kaiser angestellten Überlegungen entsprangen jedoch mehr momentanen Eingebungen und waren viel zu unbestimmt, als daß ihnen unmittelbar praktische Bedeutung zugekommen wäre. Ähnliche Andeutungen hatte er in früheren Jahren auch *Eisenhart-Rothe* und *Valentini* gemacht, als sie als Vortragende Räte im Kabinett tätig waren.[4]) Erst nachdem mit den seit dem Winter

[1]) Bülow, Denkwürdigkeiten II S. 441.

[2]) Bernhard Schwertfeger in der Einleitung zu Valentini S. 10 f. — *Berg* war in Wirklichkeit erst Vortragender Rat im Zivilkabinett geworden, nachdem *Valentini*, der bisher dieses Amt innehatte, 1906 zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. ernannt worden war. Vgl. S. 39.

[3]) Vgl. die Aufzeichnungen Bergs S. 91; dazu die bei Valentini S. 154 berichtete Äußerung des Kaisers vom 24. 6. 1917, daß er *Berg*, wie *Valentini* ja wisse, „für eine etwaige Vakanz wieder ins Auge gefaßt habe." Dazu auch die a.a.O. S. 93 ff. geschilderte Überraschung und sichtbar werdende Enttäuschung der beiden Vortragenden Räte, *Eisenhart-Rothe* und *Berg*, anläßlich der Ernennung *Valentinis* zum Chef des Zivilkabinetts.

[4]) Für *Eisenhart-Rothe* siehe a.a.O. S. 94. — Ganz ähnlich wie bei den Andeutungen gegenüber *Berg* eröffnete der Kaiser *Valentini* bei dessen Ausscheiden als Vortragender Rat (a.a.O. S. 84), „daß er nur ungern in meine Versetzung gewilligt habe und daß ich mich bereithalten solle, in seinen persönlichen Dienst als Chef des Kabinetts zurückzukehren, sobald *Lucanus* das Amt niederlege."

1916/17 einsetzenden Versuchen der OHL, den Kanzler *Bethmann Hollweg* zu stürzen, auch *Valentini* in das Kreuzfeuer ihrer Kritik geraten war[5]), gewann die Überlegung, Friedrich *v. Berg* zum Chef des Zivilkabinetts zu berufen, zum erstenmal eine realistische Grundlage. Auf Einladung *Hindenburgs* war *Berg* in der zweiten Junihälfte 1917 zu ihm nach Kreuznach gereist.[6]) Diente der Besuch einerseits dem vertraulichen direkten Gedankenaustausch, vor allem über die Kanzlerfrage, so bezweckte er andererseits eine unmittelbare Aktion: *Berg* sollte bei *Wilhelm II.* einen Vorstoß gegen *Bethmann Hollweg* unternehmen, von dem man sich wegen seiner engen Bekanntschaft mit dem Kaiser einigen Erfolg versprach.[7])

Der Oberpräsident von Ostpreußen hat sich dieser Aufgabe, die ihm *Wilhelm II.* durch mehrere Einladungen gebührend erleichterte, mit Verve aber wenig taktischem Geschick unterzogen. Trotzdem reagierte der Kaiser nicht abweisend auf diesen Verstoß gegen die preußische Beamtendisziplin, sondern verteidigte den von *Berg* gegen seinen Dienstvorgesetzten, den Ministerpräsidenten, hinter dessen Rücken vorgenommenen Angriff damit, „daß *Berg* nicht als Oberpräsident, sondern als alter Bekannter gesprochen habe, der früher im Kabinett gewesen sei".[8]) Die Behauptung, er habe „den Ankläger mit seinen Insinuationen unter Hinweis darauf ablaufen" lassen, „daß er die Lage in allen ihren Schwierigkeiten nicht übersehen könne"[9]), war dabei nur die halbe Wahrheit.

Zwar bedurfte es erst gar nicht der Gegenwirkung *Valentinis* und des Reichskanzlers, der bei seinem Besuch in Kreuznach am 29. Juni vom Kabinettschef über das Vorgefallene informiert wurde[10]), da der Kaiser schon von sich aus im

---

[5]) Vgl. dazu u. a. Valentini S. 150; Tagebücher Valentinis 1916/17; Ritter III S. 417 f.

[6]) Valentini S. 153 f.; Tagebücher Valentinis 20. und 24. 6. 1917. *Berg*, der während seines Aufenthaltes bei *Hindenburg* wohnte, war u. a. am 20., 21. (gemeinsamer Frontbesuch) und 24. 6. 1917 mit dem Kaiser zusammengetroffen.

[7]) Darauf deutet Hindenburgs Brief an Berg vom 4. 7. 1917, Vertraulich, WA Allenstein. Leider ist von Hindenburgs Eilbrief an Berg vom 25. 6. 1917 a.a.O. nur der Umschlag erhalten. Vgl. auch den bei Hubatsch, Hindenburg und der Staat S. 166 abgedr. Brief Hindenburgs an seine Frau vom 10. 7. 1917, Vertraulich.

[8]) Valentini S. 154; dazu Tagebücher Valentinis 22. 6. 1917: „Dann mit O[ber]präs[ident] *v. Berg* heftige polit[ische] Auseinandersetzung (Kanzlerfrage)"; 24. 6. 1917: „Auch *Berg* wieder da (!), der nachher mit S.M. auf der Terrasse auf- u[nd] abgeht u[nd] gegen *B[ethmann] H[ollweg]* hetzt, was ich höre. — Marschalltafel. Nachher mit den Maj[estäten]. S. M. erzählt mir von *Berg;* ich scharf dagegen vorgegangen. Ärgerlich, daß so etwas möglich! Disziplinlosigkeit. Schuld: der Monarch!"

[9]) A.a.O. S. 154 f.

[10]) Vgl. a.a.O.; dazu Hindenburg an Berg, 4. 7. 1917, Vertraulich, WA Allenstein. *Hindenburg* sah den Besuch des Reichskanzlers „als Folge" der Gespräche *Bergs* mit dem Kaiser an. Ähnlich auch in Hindenburgs Schreiben an seine Frau, 10. 7. 1917, Vertraulich (abgedr. bei Hubatsch a.a.O.): „*Berg* hatte also eine Aussprache mit S. M. in Homburg, der, wie die Herrn des Hauptquartiers erzählten, *Müller* und *Valentini* durch das offene Fenster zuhörten. Die Folge davon war, daß *Bethmann* zwei Tage darauf hier eintraf und nun etwaige gute Wirkung der Unterredung beseitigte." Diese Behauptung, die *Hindenburg* auch in dem zit. Schreiben an *Berg* aufstellte, wird teilweise durch *Valentini* a.a.O. bestätigt. *Valentini* war jedoch auch, wie er schreibt, vom Kaiser über diese Unterredung vom 24. 6. unterrichtet worden und hatte zwei Tage vorher selbst ein Gespräch mit *Berg* über „den Gegensatz zwischen *Hindenburg* und *Bethmann*", bei dem sie „scharf aneinander" gerieten. Vgl. Anm. 8.

Gespräch mit *Berg* die von ihm geforderte Entlassung *Bethmann Hollwegs* abgelehnt hatte.[11]) Dafür wirkte der gescheiterte Versuch in einer anderen Richtung weiter. Einerseits wurde *Hindenburg* in seiner Auffassung von dem „unheilvollen Einfluß" *Valentinis* bestärkt[12]) und andererseits *Berg* beim Kaiser als Kandidat für das Zivilkabinett in Erinnerung gebracht.[13])

Neben der Beeinflussung des Kaisers gegen *Bethmann Hollweg* waren die Junibesuche *Bergs* bei *Wilhelm II.* und *Hindenburg* von vornherein auf diesen Zweck abgestellt. Die Intentionen *Hindenburgs* kreuzten sich dabei mit den Plänen des Generalobersten *v. Plessen*, Generaladjutant des Kaisers, der aus seiner Gegnerschaft gegen *Valentini* kein Hehl machte.[14]) Dabei wird man annehmen dürfen, daß *Plessen*, der in diesen Wochen als Mittelsmann zwischen dem Generalfeldmarschall und dem Oberpräsidenten von Ostpreußen tätig war[15]), mit Billigung, wenn nicht gar auf ausdrücklichen Wunsch *Hindenburgs* handelte, als er den Oberpräsidenten brieflich zu einem Besuch beim Kaiser aufforderte. *Berg*, meinte *Plessen*, sei bei seinen guten Kontakten zum Kaiser am ehesten dazu geeignet, die Entlassung *Valentinis* durchzusetzen und den Sturz *Bethmann Hollwegs* in die Wege zu leiten.[16])

Der hier formulierte Wunsch, wie ihn wohl ebenfalls der Feldmarschall hegte, ist trotz *Bergs* Bemühungen zunächst nicht in Erfüllung gegangen, wenn auch sicherlich ein nicht unwichtiger Schritt in diese Richtung getan war. Mit der am 13. Juli vollzogenen Entlassung *Bethmann Hollwegs* schienen die Gegner des Kabinettschefs nun gleich auch seine Entfernung zu erreichen, freilich ohne ihr unmittelbares Zutun.

Die Begleitumstände bei dem Sturz des Kanzlers, „namentlich auch die Rolle des Kronprinzen dabei und die ohnmächtige Lage des Kaisers", hatten auf *Valentini* „derartig deprimierend" gewirkt, daß er „bereits am 14. Juli den Entschluß faßte", um seinen Abschied zu bitten.[17]) Er nahm dann doch davon Abstand, das bereits geschriebene Gesuch abzuschicken. Diese Entscheidung hat er bald bereut, denn er mußte erfahren, daß seine Gegner sich nicht mit der Ent-

---

[11]) Vgl. Valentini S. 154.

[12]) Vgl. Hindenburg an Berg, 4. 7. 1917, Vertraulich, WA Allenstein.

[13]) Vgl. dazu die bei Valentini S. 154 f. geschilderte Reaktion des Kaisers auf das Vorgehen *Bergs* und seine Bemerkung gegenüber dem Kabinettschef, daß er *Berg*, „wie ich wisse, ‚für eine etwaige Vakanz wieder ins Auge gefaßt habe.'"

[14]) Vgl. a.a.O. S. 153.

[15]) Vgl. Hindenburg an Berg, 4. 7. 1917, Vertraulich, WA Allenstein.

[16]) Nach Valentini S. 155 hat ihm der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Arnold *Wahnschaffe*, im Auftrage *Bethmanns* am 29. 6. 1917 folgendes mitgeteilt: „Der Vorstoß *Bergs* beim Kaiser sei weniger gegen den Kanzler als gegen mich gerichtet gewesen. *Berg* habe vom General *v. Plessen* einen Brief erhalten: ‚Die Sache ginge so nicht weiter, ich müsse beseitigt werden, eher werde der Kanzler nicht fallen. Das könne *Berg* bei seiner Stellung zum Kaiser am besten ausführen, er solle nur bald kommen.' Diese Mitteilung hatte *Wahnschaffe* von einem absolut sicheren Gewährsmann, der den Brief *Plessens* selbst gelesen hatte." — Dieser Vorgang erscheint angesichts der Gegnerschaft *Plessens* gegen *Valentini* und seiner Zwischenträgerfunktion zwischen *Berg* und *Hindenburg* durchaus glaubwürdig.

[17]) Vgl. Valentini S. 170 f.

lassung des „Hauptopfers" zufriedengaben[18]), sondern nun immer deutlicher seinen Kopf forderten. Als seine Hauptwidersacher traten dabei *Hindenburg* und *Ludendorff* auf der einen, Kronprinz *Wilhelm* auf der anderen Seite in Erscheinung. Ihre Attacken, die mit dem Besuch *Bergs* beim Kaiser im Juni eingeleitet worden waren, erreichten nach der Entlassung *Bethmanns* mit einem scharfen Vorstoß des Kronprinzen beim Reichskanzler *Michaelis* einen ersten Höhepunkt. In einem Schreiben vom 18. Juli führte er in harten Worten Klage über den „unheilvollen" Einfluß von *Valentini*, der „der böse Geist Sr. Majestät" sei, und forderte mit Nachdruck seine Ersetzung durch *Berg*.[19]) Wenn auch die Wege und Methoden all dieser Angriffe, die im weiteren Verlauf des Jahres fortgeführt wurden, verschieden waren — so suchte die OHL vornehmlich den Kaiser direkt oder indirekt zu beeinflussen, während der Kronprinz zuerst seine Angriffe über den Kanzler *Michaelis* richtete[20]), sich aber im November direkt an den Kaiser wandte —, waren die vorgetragenen Argumente nahezu identisch.[21])

Was man *Valentini* vorwarf[22]), war fast nie „etwas Faßbar-Konkretes". Für seine Gegner galt er „als Erbe und Vertreter *Bethmann*schen Geistes".[23]) Den Ausgangspunkt bildeten jeweils die Klagen über die „unerhörte" Politik *Bethmann Hollwegs*, die die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten entscheidend mitverursacht, das Ansehen der Krone gemindert und sie schwersten Gefahren ausgesetzt

[18]) A.a.O. Dazu auch Müller, Marinekabinett S. 308 (Eintragung vom 20. 7. 1917): *Valentini* „sieht die Intrigen gegen sich immer enger gesponnen, die darauf abzielen, ihn durch den Oberpräsidenten von Ostpreußen, *v. Berg*, zu ersetzen."

[19]) Das Schreiben des Kronprinzen ist abgedr. in WUA 7/II S. 388 ff. Kronprinz *Wilhelm* forderte darüber hinaus noch die Entlassung von General *v. Lyncker*, dem Chef des Militärkabinetts, und Admiral *v. Müller*, dem Chef des Marinekabinetts. — *Michalis* hat mit einem Brief vom 25. 7. 1917 — a.a.O. S. 390 f. — geantwortet, ging jedoch nicht auf die Vorwürfe des Kronprinzen gegen die Kabinettschefs ein. — Zu dem Vorstoß des Kronprinzen vgl. auch Schmidt-Bückeburg S. 264 f.

[20]) Vgl. die vorige Anmerkung.

[21]) Vgl. insbesondere das in Anm. 19 zit. Schreiben des Kronprinzen, den Brief des Kaisers an den Kronprinzen vom 22. 11. 1917, Abschrift im Nachlaß Bauer Nr. 16; dazu das Schreiben Hindenburgs an den Kaiser vom 16. 1. 1918, Entwurf im Nachlaß Bauer Nr. 18, abgedr. in Militär und Innenpolitik Nr. 420. Entgegen der Auffassung *Deists* a.a.O. (Anm. 2), daß dem Kaiser keine Ausfertigung dieses Briefes zugegangen sei, beweist die Notiz vom 17. 1. 1918 bei Müller, Marinekabinett S. 345, der Kaiser „las den Brief *Hindenburgs* vor, in welchem er seine Forderung der Entlassung von *Valentini* motivierte", daß *Wilhelm II.* den Brief tatsächlich erhalten hat. Er bietet eine gute Zusammenstellung der Vorwürfe, die von seiten der OHL gegen den Kabinettschef erhoben wurden.
Vgl. auch die Inhaltswiedergabe des Schriftstückes in WUA 2 S. 174.
In diese Linie gehörte auch eine geheime Denkschrift Oberst *Bauers*, die er am 6. 1. 1918 dem Kronprinzen zugehen ließ — Nachlaß Bauer Nr. 2 — und in der *Ludendorffs* politische Ansichten, sicher einigermaßen zutreffend, beschrieben wurden. Vgl. dazu auch Ritter IV S. 123 f. Die Denkschrift stellt die Alternative auf, entweder ein „starker" Frieden und eine „straffe, zielbewußte Regierung im Innern" oder Deutschland scheidet „aus dem Rat der Völker" aus und treibt „einem Bolschewiki-Regiment" zu. Während das erstere von *Hindenburg* und *Ludendorff* gewährleistet werde, ständen auf der anderen Seite *Erzberger*, *Scheidemann* und *Haase*, mit denen die Umgebung des Kaisers sympathisiere. Trenne sich der Kaiser von seinen unheilvollen Beratern, so gebe es in den national gesinnten Kreisen einen starken Stimmungsaufschwung „und wir werden den restlosen Sieg erringen".

[22]) Vgl. Ritter IV S. 129.

[23]) A.a.O.

habe. *Valentini* wurde vorgeworfen, daß er diese gefährliche Politik mitvertreten und mitverschuldet habe und sie überdies jetzt noch weiter fortzuführen trachte[24]), eine Vorstellung, „die sowohl die strengkonservative Gesinnung dieses altpreußischen Edelmannes verkannte wie seinen politischen Einfluß weit überschätzte".[25]) Der Kabinettschef hatte zwar den Kanzler beim Kaiser unterstützt, doch wich er in seinen außen- und innenpolitischen Anschauungen teilweise erheblich von der Politik *Bethmann Hollwegs* ab.[26]) Da aber die Attacken seiner Gegner weit weniger von sachlichen Motiven, als von emotionalen „Wahnvorstellungen"[27]) getragen waren, fielen diese Unterschiede für sie nicht ins Gewicht.

So wenig fundiert wie diese Anklagepunkte war die zweite Gruppe von Vorwürfen, die gegen den Kabinettschef erhoben wurde. Immer wiederholt, aber praktisch nie durch konkrete Beweise belegt, hielt man *Valentini* vor, er habe den Kaiser von den notwendigen engen Verbindungen zu den Behörden abgeschnitten und ihn „durch eine chinesische Mauer" vom Volk abgekapselt, eine Tatache, die von „allen Königstreuen" und den „besten Teilen des Volkes" bitter beklagt werde. „Flaumacher" und Pessimist, der er sei, habe *Valentini* den Kaiser stets „nur in einseitiger, stark links gefärbter Tendenz" unterrichtet, statt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, ihn wahrheitsgemäß und objektiv zu informieren.[28]) Die Wahl der Argumente, die Reihenfolge, mit der sie vorgetragen wurden, und selbst einzelne Formulierungen ähnelten sich dabei so sehr, daß es schwerfällt, nicht an verabredete Aktionen zu glauben. Sowohl *Hindenburg* und *Ludendorff* wie der Kronprinz unterließen es dabei nicht, darauf hinzuweisen, daß ihnen persönlich ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Kabinettschef unmöglich sei.[29]) Geschickter als der Kronprinz ging *Hindenburg* mehr auf die Mentalität und das übersteigerte Selbstbewußtsein des Kaisers ein und bemäntelte seinen

---

[24]) Vgl. Anm. 21.

[25]) Vgl. Ritter IV S. 129.

[26]) Vgl. dazu vor allem Valentini S. 171, ihm sei „der Gedanke höchst unsympathisch" gewesen, „vor der Öffentlichkeit und der Geschichte als sein [*Bethmanns*] Parteigänger dazustehen, was ich absolut nicht war. Sowohl in der äußeren wie namentlich in der inneren Politik war ich oft sehr entschieden von ihm abgewichen. Wie oft hatte ich ihm vorgeworfen, daß er Belgien ohne Äquivalent freigab, überhaupt zu wenig Wert auf Kriegsentschädigung legte, und in der inneren Politik hatte ich seine Nachgiebigkeit gegen die demokratischen Forderungen, namentlich das parlamentarische System, bis zuletzt auf das heftigste bekämpft."

[27]) Vgl. hierzu Ritter IV S. 129, wo es heißt: „Aber das Unheimliche ist, daß Wahnvorstellungen, wie sie *Ludendorff* nach dem Kriege bekanntlich völlig überwältigt und zuletzt als politischen Narren gänzlich isoliert haben, schon im letzten Kriegsjahr bei ihm und seiner Umgebung eine ernsthafte Rolle zu spielen begannen."

[28]) Vgl. Anm. 21.

[29]) So hieß es in dem in Anm. 19 zit. Schreiben des Kronprinzen an *Michaelis* u. a.: „Ich bin überzeugt, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Euer Exzellenz und mir, das ich sehr erhoffe, von vornherein in Frage gestellt ist, wenn Exzellenz *v. Valentini* in seiner Stellung verbleibt." Die gleiche These in dem in Anm. 21 angeführten Brief *Hindenburgs* vom 16. 1. 1918: Die „große Verantwortung", die der Kaiser ihm und *Ludendorff* auferlegt habe, lasse „ein freudiges und sicheres Arbeiten nicht zu, wenn wir dauernd die Machtstellung der Krone und das Vaterland in Gefahr sehen und des uneingeschränkten Vertrauens Euerer Majestät nicht gewiß sind. Solange Herr *v. Valentini* sich in Euerer Majestät Nähe befindet, ist dies ausgeschlossen. Das Vertrauen zu dieser Persönlichkeit fehlt nicht nur bei mir und General *Ludendorff*, sondern auch im besten Teile des Volkes." — Vgl. auch unten S. 96 (Anm. 10).

direkten Eingriff in die Kompetenzen des Monarchen damit, die OHL müsse Rücksicht auf die Stimmung im Volke nehmen. Daher habe er als treuer Diener seines obersten Herren geglaubt, „angesichts drohender Gefahr nicht [...] schweigen zu dürfen".

Wenn die Attacken auch gleichzeitig die Entfernung der Chefs des Militär- und des Marinekabinetts, *v. Lyncker* und *v. Müller*, zum Ziel hatten[30]), so war und blieb der Hauptgegner doch *Valentini*. Als seinen Nachfolger hatten *Hindenburg* und *Ludendorff*, wie auch der Kronprinz, von vornherein den Oberpräsidenten von Ostpreußen, *v. Berg*, ins Auge gefaßt.[31])

Nachdem ein zweitägiger Besuch des Kaisers in Ostpreußen, bei dem er sich unter Führung des Oberpräsidenten über die Wiederaufbauarbeiten unterrichtete[32]), eine neue und wie sich herausstellte, geglückte Chance geboten hatte, die Gunst des Kaisers für *Berg* zu gewinnen[33]), glaubte sich *Hindenburg* in der zweiten Augusthälfte am Ziel seiner Wünsche, als die Zeitungen die Nachricht vom Rücktritt *Valentinis* und der bevorstehenden Berufung *Bergs* brachten.[34]) Die Urheber dieser Pressekampagne sind dabei wohl in konservativen Kreisen zu suchen, die mit gezielten Rücktrittsmeldungen die Stellung des Kabinettschefs zu untergraben suchten.[35]) Doch *Hindenburgs* Optimismus war verfrüht. Der Oberpräsident von Ostpreußen sah sich in einer Zuschrift an das *Berliner Tageblatt* zu dem Dementi gezwungen, „daß keine Veranlassung vorliegt anzunehmen, daß ich den Chef des Zivilkabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs ersetze".[36])

[30]) Vgl. Anm. 19 und 21.

[31]) Für die OHL vgl. S. 45 und das auf S. 49 zit. Schreiben Hindenburgs an Berg vom 7. 9. 1917, WA Allenstein. Auch der Kronprinz hatte in dem in Anm. 19 zit. Brief geschrieben, ein „guter Nachfolger" für *Valentini* ist „meines Erachtens Exzellenz *v. Berg*".

[32]) Vgl. die *WTB*-Meldung vom 3. 8. 1917, abgedr. *Frankfurter Zeitung* 5. 8. 1917 (1. Morgenblatt); Müller, Marinekabinett S. 310.

[33]) Vgl. Hindenburg an Berg, 7. 9. 1917, WA Allenstein; dazu die Mitteilung Hans-Hubert *v. Bergs* gegenüber dem Bearbeiter am 17. 10. 1968.

[34]) Vgl. *Berliner Tageblatt* 20. 8. 1917 (Morgenausgabe). In der vom 19. 8. 1917 datierten Korrespondentenmeldung aus Königsberg mit der Überschrift „*Batocki* wieder Oberpräsident von Ostpreußen? Oberpräsident *v. Berg* Nachfolger des Herrn *v. Valentini*" hieß es, die „Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt" *Valentinis* „scheinen sich zu bestätigen. Als Nachfolger kommt an erster Stelle [...] *v. Berg* in Betracht. [...] Oberpräsident *v. Berg* ist persona gratissima beim Kaiser, der ebenso wie die kaiserliche Familie bei Besuchen Ostpreußens den Oberpräsidenten bei jeder Gelegenheit auszeichnete." Dazu auch die ähnlich lautende Meldung in der *Frankfurter Zeitung* 20. 8. 1917 (Abendblatt). Nach Valentini S. 171 f. erschien „Ende August" zuerst „im *Berliner Tageblatt* (!) und dann in zahlreichen anderen Zeitungen die Notiz, daß ich den Abschied erbeten und erhalten hätte und daß *Berg* zu meinem Nachfolger ernannt sei." Dazu auch Hindenburg an Berg, 7. 9. 1917, WA Allenstein, wo es heißt: die „Zeitung brachte die frohe Nachricht."

[35]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 311.

[36]) *Berliner Tageblatt* 22. 8. 1917 (Morgenausgabe); das Schreiben *Bergs* war datiert „z. Zt. Berlin W., Hotel Adlon, 21. 8." *Berg* fügte hinzu, er sei „aus anderer beruflicher Veranlassung zur Zeit seit zwei Tagen hier." Vgl. weiter *Frankfurter Zeitung* 22. 8. 1917 (Abendblatt); Valentini S. 172; Tagebücher Valentinis 22. 8. 1917: „Zeitungsenten betr. Abgang *(Berg-Batocki)* durch *Wolff* dementiert." — Gemeint ist, daß im Falle einer Berufung *Bergs* ins Zivilkabinett der am 7. 8. 1917 aus dem Amt als Präsident des Kriegsernährungsamtes geschiedene *Batocki-Friebe* wieder Oberpräsident von Ostpreußen werden sollte; dazu *Frankfurter Zeitung* 20. 8. 1917 (Abendblatt); Hindenburg an Berg, 7. 9. 1917, WA Allenstein.

Trotz dieses Dementis[37]) hielten sich diese Gerüchte zunächst weiter.[38]) Auch *Hindenburg* wollte „die Hoffnung, Sie *[Berg]* zum Segen des Vaterlandes hier zu sehen, noch nicht" ganz aufgeben, meinte er doch: „würde in einigen Ämtern noch etwas mehr durchgeforstet, und kämen Sie doch noch hierher, dann wäre alles gut."[39])

Die Gegner *Valentinis* sahen ihre Stunde mit der im Oktober 1917 einsetzenden Kanzlerkrise und der Ersetzung von *Michaelis* durch *Hertling* erneut gekommen. Die Rolle, die die Mehrheitsparteien bei der Regierungsbildung gespielt hatten, und die Zugeständnisse, die ihnen dabei eingeräumt worden waren, insbesondere die Ernennung von Parlamentariern zu Staatssekretären und Ministern, wurde „in der Öffentlichkeit und in höfischen Kreisen" dem Kabinettschef zur Last gelegt.[40]) Die Kaiserin überhäufte ihn in einer heftigen Auseinandersetzung am 9. November mit Vorwürfen und hielt ihm vor, den Kaiser „zur Preisgabe von Kronrechten gedrängt" zu haben.[41]) Am folgenden Tag suchte der Kronprinz den Kaiser vor dessen Abreise von Berlin auf, um *Valentinis* sofortige Entlassung zu fordern, der die Schuld an dem unbefriedigenden Verlauf der Kanzlerkrise trage und die Einführung eines Pluralwahlrechts in Preußen verschleppt habe.[42]) Feldmarschall *Hindenburg* und der Kommandant des Hauptquartiers *Plessen*, die wie auch Generalmajor *Gontard*[42a]) vom Thronfolger zu der Unterredung zugezogen wurden, haben sich dabei dem Verlangen des Kronprinzen angeschlossen.

Da auch die Kaiserin bald wieder in diese Forderungen einstimmte und den Kaiser in diesem Sinne brieflich zu beeinflussen suchte, der Kronprinz weiter gegen *Valentini* arbeitete, die *Deutsche Zeitung* heftige Attacken vortrug und selbst die *Vossische Zeitung* sich gegen ihn wandte[43]), fehlte nur noch die OHL im Ring der Gegner. *Hindenburg* nahm die erste Gelegenheit wahr, bei der er mit *Wilhelm II.* zusammentraf, um vom Kaiser offen den Kopf *Valentinis* und die Berufung *Bergs* zu verlangen. Der Feldmarschall berief sich darauf, daß Kaiser *Wilhelm* dies dem „Kronprinzen auch schon versprochen habe".[44])

[37]) Auch *Valentini* hat diese Meldung energisch dementieren lassen; Valentini S. 172.

[38]) Vgl. Tagebücher Valentinis 26. 8. 1917. Das *Berliner Tageblatt* 5. 9. 1917 (Morgenausgabe) berichtete, trotz „aller Ableugnung erhält sich in unterrichteten Kreisen hartnäckig das Gerücht", *Valentini* „habe sein Abschiedsgesuch eingereicht, und das Abschiedsgesuch sei bereits genehmigt oder werde in den allernächsten Tagen genehmigt werden." Als Nachfolger wurde nun der ehemalige preußische Innenminister *Loebell* genannt. Vgl. Valentini S. 172.

[39]) Hindenburg an Berg, 7. 9. 1917, WA Allenstein.

[40]) Vgl. Valentini S. 183; zu den gegen ihn gerichteten Attacken vgl. weiter Müller, Marinekabinett S. 328 und 331 ff.

[41]) Müller a.a.O. S. 331 f.; Valentini S. 183 f.; ders. Tagebücher 9. 11. 1917.

[42]) Tagebücher Valentinis 16. 11. 1917; ders. S. 184 f.; Müller a.a.O. S. 331 f.

[42a]) Über *Gontard* vgl. S. 123 (Anm. 4).

[43]) Vgl. die Anm. 42; dazu ferner die in Quellen 1/I S. 610 f. abgedr. Aufzeichnung Erzbergers über eine Unterredung mit dem politischen Berater des Kronprinzen, Frhrn. *v. Maltzahn*, am 16. 11. 1917: „Baron *v. Maltzahn* teilte noch mit, daß an Stelle von Kabinettschef *v. Valentini* Oberpräsident *v. Berg* berufen wird."

[44]) Dazu Valentini S. 186; ders. Tagebücher 18. 11. 1917, wo es über ein Gespräch mit dem Kaiser heißt: „Es kommt zutage, daß er Kaiserin und Kronprinz in Berlin meine Entlassung versprochen hat!"

Gegenüber *Valentini* leugnete der Kaiser diesen Tatbestand zwar ab[45]), doch spricht vieles dafür, daß die Vorstöße nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben waren und er sich langsam mit dem Gedanken einer Ersetzung des bisherigen Kabinettschefs durch *Berg* vertraut machte.[46]) So hat er wohl, zu schwach, um offen zu widersprechen und leicht beeinflußbar, wie er war, der Kaiserin und dem Kronprinzen in Berlin halben Herzens die Entfernung *Valentinis* zugesagt.[47]) Als Nachfolger des Kabinettschefs dachte er, trotz der Einreden *Müllers*, daß ein „so extrem konservativer Mann" jetzt nicht auf diesen Posten gehöre, allein an *Berg*, der ihm „sehr ergeben" sei und tun werde, „was ich ihm sage".[48])

Wie so oft, besann sich der schwankende, sprunghafte Kaiser schnell wieder eines anderen und lehnte trotz der Bereitwilligkeit *Valentinis* und des am 18. November erfolgten Vorstoßes *Hindenburgs* den Abschied des Kabinettschefs ab, weil er „sich so etwas nicht vorschreiben" lasse.[49]) Da *Valentini* sich aber, um dem dauernden Hin und Her ein Ende zu bereiten, trotzdem entschied, schriftlich sein Abschiedsgesuch einzureichen, schien das Ziel seiner Gegner erreicht zu sein.

Ironischerweise wurde die Ausführung des Entschlusses durch ein Schreiben des Kronprinzen an Kaiser *Wilhelm* vom 19. November durchkreuzt, in dem er ein ganzes Bündel von Anklagen gegen den Chef des Zivilkabinetts vortrug.[50]) Damit hatte der Thronfolger den Bogen überspannt und erreichte das Gegenteil dessen, was er hatte bezwecken wollen. Der Kaiser wurde in seinem empfindlichen Selbstgefühl getroffen und „war empört" über das ungeschickte Eingreifen.[51]) Um nicht vor „diesen Intrigen" zu weichen, sah sich der Kabinettschef gezwungen, noch auf seinem Posten auszuharren.[52])

In einem von *Müller* entworfenen, von *Lyncker* und *Valentini* überarbeiteten Antwortbrief verwahrte sich *Wilhelm II.* scharf gegen die Anschuldigungen des Kronprinzen.[53]) *Valentini*, „über den seitens keines Reichskanzlers und keines Ministers bei Mir jemals Klage geführt worden ist, der loyal seinen Dienst in schwieriger Zeit getan hat, den soll Ich gehen heißen, weil eine mehr oder weniger künstliche Stimmungsmache es verlangt. Das ist Meiner nicht würdig,

---

[45]) Vgl. Valentini S. 186.

[46]) Den stärksten Eindruck scheint dabei das Vorgehen der Kaiserin auf ihn gemacht zu haben; vgl. dazu allgemein a.a.O S. 184 ff.; Müller, Marinekabinett S. 331 f.

[47]) Vgl. Anm. 44.

[48]) Müller, Marinekabinett S. 332 über eine Unterredung mit dem Kaiser am 11. 11. 1917.

[49]) Valentini S. 185 ff.; ders. Tagebücher 16. 11. und 18. 11. 1917; vgl. Müller a.a.O. S. 333.

[50]) Das Datum (19. 11. 1917) und der wesentliche Inhalt dieses Schreibens gehen aus dem Antwortbrief des Kaisers vom 22. 11. 1917 hervor; Kopie im Nachlaß Bauer Nr. 16. Vgl. auch Herre S. 123 ff.; Valentini S. 187 (Anm. 1).

[51]) Dazu Valentini S. 187.

[52]) Vgl. a.a.O.; dazu ders. Tagebücher 22. 11. 1917: „Sehr bedrückt über notwendige Wendung, daß noch bleiben muß."

[53]) Kopie des vom 22. 11. 1918 datierten Schreibens des Kaisers an den Kronprinzen im Nachlaß Bauer Nr. 16. Zu der Entstehung dieses Schreibens vgl. vor allem Müller, Marinekabinett S. 334 f.; dazu Valentini S. 187 f.; ders. Tagebücher 22. 11. 1917. Der Kaiser hatte *Lyncker* und *Müller* mit seiner Abfassung beauftragt und sie gebeten, den Entwurf mit dem Chef des Zivilkabinetts abzusprechen, was auch geschah.

Ich bin entschlossen, Mich ehrlich und aufrichtig auf den Boden der gegenwärtigen Lage zu stellen, so schmerzlich Ich die Entwicklung dazu empfunden habe. Eine Entlassung *Valentinis* in diesem Augenblick würde berechtigte Zweifel in die Aufrichtigkeit Meines Entschlusses hervorrufen. [. . .] Jetzt handelt es sich darum, den Krieg zu gewinnen und das Reich durch schwere Gefahren hindurchzusteuern, wozu Ruhe im Innern nötig ist."[54])

Alle Versuche, im Gefolge von Kanzlerkrisen, die zunächst im Falle *Bethmann Hollweg* von der OHL und ihren Parteigängern mitverursacht waren, den Kabinettschef zu stürzen, waren bisher gescheitert. Doch kann andererseits nicht übersehen werden, daß die Stellung *Valentinis* beim Kaiser langsam, aber sicher untergraben wurde. Es schien daher im wesentlichen nur mehr eine Frage der Zeit und der passenden Umstände, wann seine Ersetzung durch *Berg* endgültig in die Wege geleitet wurde.

Beides war im Januar 1918 gegeben, als die beiden Generäle *Hindenburg* und *Ludendorff* mit ihrer Forderung auf Entlassung des Staatssekretärs *v. Kühlmann* nicht durchdrangen. Aus einem Streit um die Verhandlungsführung in Brest-Litowsk und Annexionsforderungen der OHL im Osten erwuchs ein „Konflikt zwischen Heeresleitung und Politik, in dem es um nichts Geringeres ging als darum, nunmehr endgültig den Willen des Kaisers, also des ‚Obersten Kriegsherrn', der Allmacht der OHL zu unterwerfen".[55]) Gleich am 4. Januar drohte *Ludendorff* mit seinem Rücktritt.[56]) In einer auf Befehl des Kaisers am 12. Januar zustandegekommenen Aussprache zwischen *Hertling* und den Generälen lehnte der Reichskanzler die von ihnen erhobene Forderung auf Entlassung *Kühlmanns* und *Valentinis* ab, wobei er seinen Staatssekretär besonders energisch in Schutz nahm.[57]) Nachdem sich auch der Kaiser am gleichen Tage geweigert hatte, sich von *Kühlmann* und *Valentini* zu trennen[58]), verzichteten *Hindenburg* und *Ludendorff*, offenbar auf Zureden ihrer militärischen Umgebung, auf ihre ursprüngliche Absicht, noch einmal die Entfernung des Staatssekretärs zu verlangen.[59])

Ritters Urteil, daß *Ludendorffs* „Ehrgeiz und Machtbedürfnis ein völliges Scheitern seiner Attacke gegen die ‚Politik der Schwäche' [. . .] einfach nicht ertrug"[60]), trifft wohl den psychologischen Grund, warum der Generalquartiermeister nun *Wilhelm II.* vor die Alternative stellte: *Valentini* oder wir. *Hindenburg* hat zweifellos von sich aus gegen den bisherigen Kabinettschef gewirkt, doch die bestimmte Form, mit der er dem Kaiser sein und *Ludendorffs* Abschieds-

[54]) Der letzte Satzteil war vom Kaiser persönlich hinzugefügt worden; Müller a.a.O. S. 335.

[55]) Vgl. Ritter IV S. 123.

[56]) Zu diesem Konflikt zwischen ziviler Reichsleitung und OHL vgl. Quellen 1/II S. 77 ff. und 102 f.; WUA 2 S. 49 ff., 68 ff., 123 und 135 f.; Urkunden der OHL S. 455 ff. und 467 f.; Hohlfeld II S. 369 ff.; Schwertfeger, Weltkriegsende S. 35 ff.; Kühlmann, Erinnerungen S. 535 ff.; Hertling S. 55 f. und 59; WUA 7/I S. 25; WUA 12/I S. 115; Bredt, Gutachten S. 269 f.; Ritter IV S. 117 ff.; Valentini S. 190 und 192; Direnberger S. 73 ff.

[57]) Vgl. Kühlmann, Erinnerungen S. 537; Hertling S. 55 f.; Ritter IV S. 125.

[58]) Nach Hertling S. 56 erklärte der Kaiser „weder *Kühlmann* noch *Valentini* gehen zu lassen, und befahl *Ludendorff* zu bleiben."

[59]) So Oberst Detlof *v. Winterfeldt* am 15. 1. 1918 in einer Unterredung mit *Valentini;* Valentini S. 192; vgl. dazu Ritter IV S. 129.

[60]) So Ritter IV S. 129.

gesuch ankündigte, falls nicht *Valentini* umgehend durch *Berg* ersetzt werde, trägt vornehmlich den Stempel *Ludendorff*scher Anmaßung. Darüber entspann sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und *Hindenburg*, in der sich der Feldmarschall außer allgemeinen Redensarten, daß *Valentini* schuld sei „an dem Linkskurs der Regierung", außerstande zeigte, konkrete, sachliche Gravamina vorzubringen.[61]) Wenn der Monarch auch seine Empörung über diesen Eingriff in seine Rechte offen erkennen ließ, so täuscht das doch nicht darüber hinweg, daß er sich in einer gewissen Zwangslage befand. Obwohl es keineswegs sicher war, daß *Hindenburg* und *Ludendorff* bei einer Weigerung mit ihrer Drohung ernst machten, so konnte der Kaiser es andererseits kaum wagen, wegen einer für ihn persönlich zwar bedeutungsvollen, politisch aber nicht erstrangigen Personalfrage die Probe aufs Exempel zu machen und die Generäle gehen zu lassen.

Valentini, der von Oberst *v. Winterfeldt*[62]) und General *v. Lyncker* am 15. Januar über den Stand der Dinge unterrichtet worden war, hat sich, ihrem privaten Rat folgend, in dieser Situation entschlossen, den Kaiser aus seiner schwierigen Lage zu befreien.[63]) Gleich im Anschluß an das Gespräch mit *Lyncker* suchte er den Kaiser auf, um ihm seinen Entschluß mitzuteilen. Erleichtert, daß ihm der Kabinettschef die Entscheidung abnahm und eine Lösung ohne eigenes Zutun gefunden war, willigte *Wilhelm II.* ein.[64]) Der Rest war nur mehr eine Formsache. Noch am gleichen Tage verfaßte *Valentini* sein mit Gesundheitsrücksichten motiviertes Abschiedsgesuch[65]) und erledigte am folgenden Tage die notwendigen Formalitäten. Mit einer Kabinettsorder vom 16. Januar entband *Wilhelm II.* den Kabinettschef von seinem Amt. „Zu Ihrem Nachfolger", hieß es darin weiter, „habe Ich den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, *v. Berg*, ernannt."[66])

[61]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 344; Valentini S. 191 f.; dazu auch Ritter a.a.O. S. 129 f.

[62]) Über ihn vgl. S. 114 (Anm. 20).

[63]) Vgl. Valentini S. 191 f.; danach hat ihm *Winterfeldt* den Rat zum Rücktritt gegeben. Nach Müller, Marinekabinett S. 344 hat „*Lyncker Valentini* geraten, den Kaiser aus seiner Zwangslage zu befreien, indem er selbst den Abschied erbitte." Vgl. ferner die gleichlautende Eröffnung *Lynckers* gegenüber *Berg;* unten S. 95. Zum ganzen siehe auch Tagebücher Valentinis 15. 1. 1918. — Noch am 13. Januar hatte der Kabinettschef in einer auf Wunsch des Kronprinzen zustande gekommenen Unterredung dessen Bitte, dem Kaiser die Situation durch Erbittung seines Abschiedes zu erleichtern, abgelehnt; a.a.O. 13. 1. 1918, sowie Valentini S. 190 f.

[64]) Vgl. Valentini S. 193 f.

[65]) Abgedr. a.a.O. S. 223.

[66]) Die Kabinettsorder ist abgedr. a.a.O. S. 224; siehe dazu auch den Text des Handschreibens Kaiser Wilhelms II. an Valentini; S. 224 f.

3. Berg als Chef des Zivilkabinetts

„Es weht Bergluft", so charakterisierte eine Zuschrift an den neuen Zivilkabinettschef die ersten Wochen von dessen Amtstätigkeit.[1]) Der hier formulierte Eindruck, es sei mit dem am 16. Januar 1918 erfolgten Wechsel in der Leitung des

[1]) Vgl. unten S. 105.

Zivilkabinetts nicht nur eine personelle, sondern auch eine sachlich-politische Änderung verbunden gewesen, stand nicht allein.[2]) Da jedoch von seiten der Reichsleitung Proteste gegen die Amtsführung *Bergs* — bis auf eine Ausnahme — ausblieben[3]), müßte man eigentlich zu dem Urteil kommen, daß *Berg* zwar die Rechte und Kompetenzen des Kabinettschefs voll ausgenutzt, sich aber doch — bis auf diesen einen Fall — an die durch die bisherige Praxis gezogenen Grenzen gehalten hätte. Die Funktion des Zivilkabinetts brachte es mit sich, daß sein Chef mit einer Fülle von verschiedensten Aufgaben befaßt war. So gehörten, wie an anderer Stelle schon ausgeführt wurde, das Redigieren von Kaiserreden[4]), die Abfassung von kaiserlichen Telegrammen[5]), die Vorlage von Gesetzen[6]), die Ordensangelegenheiten[7]), Verhandlungen über die Besetzung von Oberpräsidentenstellen[8]), die Suche von Nachfolgern für einen zurückgetretenen Staatssekretär[9]) und Reichskanzler[10]), formal gesehen, durchaus zu seinen Obliegenheiten. Solange *Berg* hierbei nur den Willen des Kaisers innerhalb der Grenzen, die diesem von der Verfassung vorgezeichnet waren, zur Geltung brachte, konnten staatsrechtliche Bedenken schwerlich erhoben werden. Die Art allerdings, wie der neue Kabinettschef das Kanzlerproblem behandelte und systematisch die Voraussetzungen dafür schuf, um *Hertling* im gegebenen Moment ablösen und durch einen Kandidaten seiner Wahl, möglichst einen Militär mit diktatorischen Vollmachten, ersetzen zu lassen[11]), illustriert mehr als deutlich,

---

[2]) Vgl. dazu das oben S. 37 angeführte Urteil *Kühlmanns;* sowie unten Anm. 50.

[3]) Siehe dazu unten S. 57 f. und Anlage 2, S. 205.

[4]) Dieser Arbeit kam bei den häufig improvisierten und impulsiven Reden des Kaisers eine große Bedeutung zu. Bei der Überarbeitung des Textes für die Presse konnte der Kabinettschef dem Vorbild *Wilmowskis* nacheifern, der sich bemühte, Gegensätze auszugleichen, statt sie zu verschärfen. Vgl. dazu Meisner S. 187. Auch *Berg* hat hierbei versucht, aus den Reden das zu entfernen, „was Anstoß in irgendeiner Richtung erregen konnte." Vgl. unten S. 112. Ferner S. 170 sowie Anlage 6 S. 211 über die Krupp-Rede des Kaisers.

[5]) Vgl. S. 105, S. 118, S. 141.

[6]) Vgl. Anlage 1, S. 204.

[7]) Vgl. Berg an Heinrichs vom 5. 2. 1918 und Heinrichs an Berg vom 17. 7. 1918, Nachlaß Heinrichs.

[8]) So bot *Berg* am 8. 3. 1918 *Michaelis* „im Auftrage des Kaisers das Oberpräsidium in Pommern" an; unten S. 120. Wie stark die Einflußmöglichkeiten des Kabinettschefs bei den Oberpräsidentenposten waren, zeigt die Neubesetzung des Oberpräsidiums der Rheinprovinzen am 1. 4. 1918. Der Kandidat, den das Staatsministerium vorgeschlagen hatte, erschien *Berg* als „nicht geeignet. Der Kaiser hatte daher nicht zugestimmt." Nach Rücksprache mit dem Landwirtschaftsminister *Schorlemer* hatte der Kabinettschef dem Staatsministerium dann den Landrat *v. Groote* vorgeschlagen, „dem zugestimmt [worden] war." Vgl. S. 134 f.

[9]) Es drehte sich in diesem Fall um den Nachfolger für den Staatssekretär des Äußern *v. Kühlmann;* vgl. unten S. 144 ff. — Über die Frage der Zuständigkeit des Kabinettschefs siehe oben S. 19 f. (bes. Anm. 29b).

[10]) Im September 1918 für *Hertling;* dazu unten S. 176 f., 179 f. und 183 ff.

[11]) Hatte er bei Übernahme seines Amts zunächst die Auffassung vertreten, daß angesichts der vorausgegangenen Kanzlerwechsel ein loyales Zusammenarbeiten angebracht sei — vgl. S. 96 sowie Anlage 1, S. 204 —, so konkretisierten sich sehr bald seine Überlegungen über einen Kanzlerwechsel; dazu S. 109, 120 ff., 127, 132. Besonders seine Unterredungen mit General *Falkenhausen* gingen dabei weit über eine vorbereitende personalpolitische Sondierung hinaus. Vgl. dazu unten S. 121 f., 133, 137, 144 f. (bes. Anm. 11), S. 154, 171, 173, sowie Anlage 3, S. 206 f.

daß der Chef des Zivilkabinetts im Jahre 1918 zu einem politischen Berater des Kaisers aufgestiegen war.

Obwohl *Bergs* Vorstellungen von der Funktion und den Aufgaben des preußischen Königs und deutschen Kaisers einen gewissen archaischen Zug aufwiesen, mußte das bei seinem Wirken als Kabinettschef nicht unbedingt negativ ins Gewicht fallen, hatte er als Vortragender Rat im Zivilkabinett unter *Lucanus* doch drei Jahre Gelegenheit gehabt, sich mit den Aufgaben dieser Behörde vertraut zu machen und ihre Grenzen kennenzulernen. Bedenklicher mußte schon stimmen, daß er sich während seiner Tätigkeit als Oberpräsident von Ostpreußen von *Hindenburg* dazu hatte einspannen lassen, unter Ausnutzung seiner Freundschaft zum Kaiser bei diesem gegen *Bethmann* und *Valentini* vorstellig zu werden. Daß er sich nicht scheute, als Beamter gegen seinen Dienstherrn zu intrigieren, ließ befürchten, daß er auch in seinem neuen Amt nicht die strenge Unparteilichkeit walten lassen würde, die es von der Sache her erforderte. Sein sicher aufrichtiges Bedauern darüber, daß der Kaiser „im Kriege zu wenig hervorgetreten" sei, und seine Absicht, „den Kaiser wieder Selbstvertrauen gewinnen zu lassen" und der Öffentlichkeit zu demonstrieren, „daß wir einen Kaiser hatten"[12]), darf nicht ohne weiteres als das uneingeschränkte, unkritische Bekenntnis eines Konservativen zum Monarchen gewertet werden.[13]) Sein Streben, das Gewicht des Kaisers und Königs in dem konstitutionellen Staat wieder stärker zur Geltung zu bringen, war durchaus echt, doch betrieb er die Stärkung der monarchischen Komponente nicht als reinen Selbstzweck. Nicht allein ein starker Monarch, sondern ein starker Monarch, der eine bestimmte Politik verfolgte, war sein Ziel.[14]) *Berg* selbst fand es ganz selbstverständlich und legitim, den Kaiser allmählich zu seiner eigenen Auffassung zu bringen.[15]) „Er hielt sich", wie *Hutten-Czapski* zutreffend bemerkt, „für berufen und berechtigt, in seiner verfassungsmäßig unverantwortlichen Stellung politischen Einfluß auszuüben".[16])

Zunächst richteten sich seine Anstrengungen vorrangig darauf, „ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen Kaiser und *Ludendorff* herzustellen".[17]) Bei General *Lyncker*[18]) fand er Unterstützung für sein Ziel, „den Kaiser unbedingt mit der Obersten Heeresleitung zusammenzuhalten".[19]) Hier zeigte sich nun das

[12]) Vgl. unten S. 105.

[13]) Das zeigt sich auch in seiner Kritik an seinen Vorgängern *Lucanus* und *Valentini*, die als loyale Diener des Monarchen ihre Aufgabe erfüllt hatten, denen *Berg* jedoch vorwarf, sie seien „beide nicht konservativ im eigentlichen Sinn" gewesen. Vgl. S. 107. Siehe ferner seine Einschätzung der Konservativen Partei und ihrer Stellung zum Kaiser; a.a.O. Vgl. auch die folgende Anm.

[14]) *Berg* selbst hat das in seinen Aufzeichnungen offen zugegeben. So schreibt er (S. 93 f.) im Bericht über seine erste Unterredung als Kabinettschef mit dem Kaiser, er habe ihn „zunächst sich aussprechen lassen", da er „später genügende Gelegenheit haben würde", seine Ansichten vorzutragen, „und wissend, daß ich allmählich ihn zu meiner Auffassung bringen müßte."

[15]) Vgl. S. 94.

[16]) Hutten-Czapski II S. 503.

[17]) Vgl. S. 94 und S. 98 f. Befriedigt konstatierte *Berg* später — S. 98 —, er habe „eine vollkommene Änderung im Verhältnis des Kaisers zu *Ludendorff* zustande gebracht".

[18]) Chef des Militärkabinetts; über ihn vgl. unten S. 95 (Anm. 3).

[19]) Vgl. S. 95.

merkwürdige Phänomen, daß nicht, wie man angesichts der Rolle der Militärs im Kriege hätte erwarten können, das Militärkabinett eine dominierende Stellung gegenüber dem Zivilkabinett einnahm, sondern daß der Chef des Zivilkabinetts, gestützt auf seine Vertrauensstellung beim Kaiser und seine engen Kontakte zu *Hindenburg* und *Ludendorff*, in Bereiche eingriff, die eigentlich in das Militärressort fielen.[20]) Das war nur möglich, weil einerseits *Lyncker* sich nicht dagegen wehrte und andererseits die beiden Feldherren an der Spitze der OHL in *Berg* sozusagen ihren verlängerten Arm beim Kaiser betrachteten[21]), diese Tatsache aber nach außen zu verschleiern suchten, um nicht Gegner auf den Plan zu rufen.[22]) Wenn auch das letztere, verständlicherweise, nicht ganz gelang, so erfüllte *Berg* doch im Allgemeinen „seine Aufgabe [als] ein wirksamer Vertreter der Firma *H[indenburg]-L[udendorff]*".[23]) Das fiel ihm um so leichter, als er in den meisten Fällen mit ihren politischen Anschauungen und Wünschen übereinstimmte, so in bezug auf die Friedensverhandlungen mit Rußland und Rumänien, die Politik gegenüber dem Baltikum und Finnland und die meisten innenpolitischen Fragen. Dabei war von *Hindenburg* und *Ludendorff* sogar eher eine Einsicht in realpolitische Notwendigkeiten zu erwarten als von dem Kabinettschef, der vor allem in der Innenpolitik einen Kollisionskurs mit der Reichstagsmehrheit steuerte[24]) und noch nach dem militärischen Offenbarungseid vom 28. September 1918 auf die Diktatur eines Militärs hinarbeitete.[25])

Wenn *Berg* in den Besprechungen zwischen Kaiser, Reichsleitung und OHL in Spa am 29. September 1918 offen für „eine Art Diktatur" mit einem Militär — er

---

[20]) Das zeigt sich schon in dem engen Kontakt, den *Berg* auf der einen, *Hindenburg* und *Ludendorff* auf der anderen Seite durch Unterredungen, Telefongespräche und Korrespondenzen hielten. Vgl. S. 111 f., 115, 122, 155 f., 180 f. Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, daß der Chef des Zivilkabinetts bei einem Vortrag des Kriegsministers und Staatssekretärs *Roedern* beim Kaiser über Militärfragen anwesend war. Vgl. S. 155 f. A.a.O. berichtet *Berg* weiter, daß er bei *Hindenburg* und *Ludendorff* seit Januar 1918 auf einen Wechsel des Verbindungsoffiziers der OHL zum Kaiser hingewirkt habe. Erst recht handelte es sich bei der Beratung mit Kriegsminister *Stein* und Generalmajor *Marschall* vom Militärkabinett über die Berufung des Obersten *Heye* zum Chef der Operationsabteilung der OHL — vgl. S. 168 — um eine Maßnahme, die den Chef des Zivilkabinetts eigentlich nichts anging.

[21]) Ein konkretes Beispiel dafür bietet ein Anruf *Ludendorffs* bei *Berg* am 9. 2. 1918, in dem er „dringend" bat, „darauf zu wirken, daß scharfe Weisungen nach Brest und Bukarest gegeben würden. Ich [*Berg*] konnte dies erreichen." Vgl. S. 111 f. *Berg* selbst betont, daß er beim Kaiser „oft aus vollster innerer Überzeugung für *Ludendorff* gesprochen" habe. Vgl. S. 98.

[22]) Vgl. dazu unten S. 111.

[23]) Vgl. Müller an Valentini 30. 3. und 29. 8. 1918, Nachlaß Valentini; dazu Müller, Marinekabinett S. 362: „Er [*Berg*] faßt seine Stellung bei Sr. Majestät offenbar nicht als Stütze der Zivilregierung auf, sondern geht durch dick und dünn mit der Obersten Heeresleitung."

[24]) So lehnten *Hindenburg* und *Ludendorff* nach der militärischen Bankrotterklärung von Ende September 1918 *Bergs* innenpolitische Vorschläge ab, „einen General zum Kanzler zu machen" und ihm diktatorische Vollmachten zu erteilen. Vgl. unten S. 177 sowie 179 f. — In der preußischen Wahlrechtsfrage hat allerdings auch *Berg* eine etwas elastischere Haltung eingenommen. Vgl. S. 100, 133 f. sowie Anlagen 5, 6, S. 209 ff.

[25]) Vgl. unten S. 179 f.; für die Diktaturpläne auch Anlage 3, S. 207. Als Alternative dachte er an ein Koalitionskabinett aller Parteien mit Ausschluß der USPD; siehe S. 178 f. und 184.

dachte an General *Falkenhausen*[26]) — an der Spitze eintrat[27]), so zeugt das nicht nur von politischer Instinktlosigkeit, sondern beweist einmal mehr, daß er eine Kompetenzbegrenzung für sein Amt nicht gelten lassen wollte. Er spielte sich als dem Reichskanzler gleichgeordneter politischer Berater auf[28]) — eine Funktion, die mit der Reichsverfassung nicht vereinbar war — und setzte sich dabei für ein Vorgehen ein, gegen das schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken bestehen mußten.[29]) Daß ein ausgebildeter Jurist wie *Berg* ohne Zögern zu einem Verfassungsbruch raten konnte, läßt sich wohl nur daraus erklären, daß sein „Herz" bei ihm eine größere Rolle spielte als der „Verstand" und eine tiefgreifende Abneigung gegen das parlamentarische System bei ihm fest verwurzelt war.[30]) Eine überzüchtete Vaterlandsliebe und sein Durchhaltepatriotismus führten ihn dazu, auch vor dem äußersten nicht zurückzuschrecken und Gewaltmaßnahmen und Erschießungen zur Stärkung des Durchhaltewillens das Wort zu reden.[31])

Bei einer derartigen Einstellung verwundert es nicht, daß er in vielen anderen Bereichen die Kompetenzen seines Amtes überschritten hat. Die Methode, wie er Prinz *Max* bei der Besetzung des Chefpostens der Reichskanzlei hineinredete[32]), war trotz der nicht eindeutig geregelten Zuständigkeit[33]) ein solcher Fall, da

[26]) Über *Falkenhausen* vgl. S. 121 (Anm. 34).

[27]) Vgl. Anm. 25, sowie die Klage des Sohnes von Reichskanzler *Hertling* über den „unheilvollen" Einfluß und das dauernde „Dreinreden von Kab[inetts-]Chef *Berg*, der sich in alles hineinmischt." Tagebuch Rittmeister Hertlings, 6. 4. und 9. 7. 1918, Nachlaß Hertling Nr. 41.

[28]) Zur Funktion des Reichskanzlers im kaiserlichen Deutschland vgl. Huber, Verfassungsgeschichte III S. 821 ff. Der Sinn der Kanzlerverantwortlichkeit und der Gegenzeichnung der kaiserlichen Erlasse (Art. 17 der Reichsverfassung) war, „daß der Kanzler [abgesehen von bestimmten militärischen Bereichen] einen staatsrechtlichen Alleinanspruch auf die verantwortliche Beratung des Monarchen besaß." Wenn sich neben diesem System noch unverantwortliche Beraterorgane entwickelten, so wurde damit „das Prinzip der Kanzlerverantwortlichkeit von Grund auf in Frage gestellt." A.a.O. S. 816.

[29]) Das Kaiserreich kannte — abgesehen von gewissen Sonderfällen für Elsaß-Lothringen und die Schutzgebiete — „keine auf einer verfassungsmäßigen Generalklausel beruhende allgemeine Rechtsverordnungsgewalt der Exekutive", insbesondere kein allgemeines Notverordnungsrecht des Kaisers und Reichskanzlers. Vgl. Huber a.a.O. S. 927 ff. Eine „Diktatur" hätte am ehesten auf dem Weg über die Militärbefehlshaber (Generaloberkommandos) ausgeübt werden können, denen aus dem Recht des Belagerungszustandes eine Zuständigkeit zum Erlaß von Ausnahmeverordnungen zugesprochen wurde.

[30]) Zeitschriftenartikel *Bergs* aus der Zeit der Weimarer Republik belegen das auf eindeutige Weise; dazu Abschnitt II, 4. Vgl. ferner Anlagen 3, S. 207 und 6, S. 211.

[31]) Vgl. dazu sein Urteil unten S. 154: „Bei den ersten Deserteuren, bei böswilliger Urlaubsüberschreitung hätten einige dutzend Leute totgeschossen werden müssen. Das hätte gewirkt. Man hat es nicht getan aus Angst vor den Links-Parteien. Das hat das Verderben gezeitigt." In ähnlicher Weise hat er nach Mitteilung Hans-Hubert *v. Bergs* gegenüber dem Bearbeiter Zeit seines Lebens die Auffassung vertreten, die Novemberrevolution hätte sich nicht durchgesetzt, wenn das Feuer auf die Demonstranten eröffnet worden wäre.

[32]) Vgl. unten S. 192.

[33]) Zwar werden schon in der „Darstellung" von 1905 die Personalsachen des Auswärtigen Amts dem Reichskanzler bzw. dem Staatssekretär des Äußern vorbehalten, doch erwähnt erst die Fassung von November 1918 die anderen „zum Ressort des Reichskanzlers gehörigen Beamten". Vgl. oben S. 26 f. und 29.

Berg hier nur seine rein persönliche Meinung vertrat. Auch die Art, wie er die Aufnahme *Erzbergers* ins Kabinett des Prinzen *Max* zu verhindern suchte[34]) und zuvor im Zusammenwirken mit der OHL *Hintzes* Berufung zum Staatssekretär des Äußern gegen den schwankenden Reichskanzler *Hertling* durchgesetzt hatte[35]), mußte bedenklich stimmen, wenn auch die Grenzen der Zuständigkeit hier nicht unumstritten waren.[35a])

Unbestritten war es im Laufe der bisherigen Geschichte des Zivilkabinetts stets gewesen, daß dem Kabinett die außenpolitischen Angelegenheiten verschlossen blieben.[36]) Zu *Grünau*[37]), der vom Auswärtigen Amt zur Wahrnehmung der Rechte und Aufgaben des Reichskanzlers und Staatssekretärs des Äußern in den außenpolitischen Angelegenheiten ins Große Hauptquartier delegiert worden war[38]), stand *Berg* in scharfem Gegensatz, weil er, wie der Kabinettschef meinte, „durchaus geschickt das Auswärtige Amt vertrat".[39]) Gegen diese Behörde aber kämpfte er an, da „deren Mitglieder nach meiner Ansicht nicht deutsch sondern international empfanden [. . .], nie an den Sieg glaubten und für die Würde und Ehre Preußens und Deutschlands kein Gefühl hatten" und „viel Schuld an dem unglückseligen Ausgang des Krieges" trugen.[40])

Bergs politische Eigenmächtigkeiten gipfelten in seinen Eingriffen in die Ostpolitik, besonders in der baltischen Frage. Als er auf Bitten *Ludendorffs* den Kaiser zu ultimativen Forderungen gegenüber Rußland und Rumänien überredete[41]), tat er das nicht nur als Erfüllungsgehilfe der OHL. Ihm war vielmehr *Ludendorffs* politisches Konzept noch nicht fordernd genug und so versuchte er, ihn in diesem Sinne weiter voranzutreiben.[42]) Wirkte er auch in der Regel hauptsächlich hinter den Kulissen[43]), so scheute er andererseits nicht die offene Konfrontation mit dem Auswärtigen Amt, um sein Ziel, die Besetzung des gesamten Baltikums, durchzusetzen.[44]) Ohne den Reichskanzler zu konsultieren oder den zuständigen Vertreter des Auswärtigen Amtes *v. Grünau* wenigstens zu informieren, hatte er den Kaiser zu politischen Stellungnahmen veranlaßt oder sie selbst im Namen des Kaisers abgegeben.[45]) Von *Grünau* angeregt, der schon

---

[34]) Vgl. S. 185 f. (bes. Anm. 19) und S. 190 f. (bes. auch Anm. 11 und 12).

[35]) Vgl. S. 146 ff.

[35a]) Vgl. oben S. 19 f., 26 f. und 29.

[36]) Vgl. oben S. 20 f.

[37]) Zu *Grünau* vgl. S. 103 (Anm. 5).

[38]) Vgl. oben S. 20 (Anm. 32).

[39]) Vgl. S. 104 f., 112 und 145.

[40]) Vgl. S. 105; vgl. dazu ferner Baumgart S. 66 f.

[41]) Vgl. S. 111 f.

[42]) Vgl. S. 115; siehe dazu ferner oben Anm. 24.

[43]) Vgl. seine bezeichnende Formulierung auf S. 114 anläßlich des Kronrates vom 13. 2. 1918, „wenn ich auch nur hinter den Kulissen gearbeitet hatte".

[44]) Vgl. dazu insbesondere S. 118 sowie Anlage 2; ferner Baumgart S. 68.

[45]) Vgl. die vorige Anm. sowie S. 205, die Telegramme Grünaus vom 25. 3. (Nr. 144) und 26. 3. 1918 (Nr. 154) an das Auswärtige Amt, Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1. — Siehe die folgende Anm.

von sich aus bei *Berg* gegen diese Methoden protestiert hatte[46]), sah sich Reichskanzler *Hertling* gezwungen, den Kabinettschef in einem Schreiben vom 27. März 1918 darauf hinzuweisen, „daß eine derartige, ohne die Zuziehung der politisch verantwortlichen Stellen erfolgende Erteilung von Allerhöchsten Antworten oder Fällung von Allerhöchsten Entscheidungen in politisch wichtigen Angelegenheiten grundsätzlich nicht angängig ist, da durch solche Allerhöchste Meinungsäußerungen und Behandlungen die Politik, für die ich die Verantwortung zu tragen habe, ohne, ja gegen meinen Willen, festgelegt und beeinflußt werden kann."[47])

Obwohl der Kanzler mit seinen Vorstellungen seine verfassungsmäßigen Rechte zur Geltung brachte, erzielte er nur einen partiellen Erfolg. Zwar wurden dem Kaiser vom Auswärtigen Amt von nun an Antwortentwürfe für Eingänge aus dem Baltikum vorgelegt, doch zeigten vom Kaiser vorgenommene Änderungen und Ergänzungen mit politischer Relevanz[48]), daß *Berg*, der spiritus rector, nicht gewillt war, sich aus außenpolitischen Fragen herauszuhalten. Er operierte nur taktisch geschickter, indem er die Kompetenz des Reichskanzlers in der Regel nun formal beachtete, seine Ziele darüber aber nicht aus den Augen verlor.[49])

Die hier skizzierten politischen Eigenmächtigkeiten und Kompetenzüberschreitungen *Bergs* sagen freilich allein noch nichts über das realpolitische Gewicht des Zivilkabinetts im Jahre 1918 aus. Auch die von vielen Zeitgenossen konstatierten Veränderungen, die sich nach der Übernahme des Zivilkabinetts durch *Berg* im politischen Denken und Handeln des Kaisers bemerkbar machten[50]), sind kein ausreichendes Indiz für einen Machtzuwachs des Kabinetts. Ein solches Urteil, das die Wirkung der anderen auf den Kaiser einwirkenden Faktoren außer acht ließe, müßte notwendigerweise zu einem schiefen Bild führen. Das Zivilkabinett war eingebettet in das gesamte Spektrum des innenpolitischen Kräftespiels, seine Wirkungsmöglichkeit deshalb abhängig von Macht und Ohnmacht der anderen

[46]) Vgl. dazu insbesondere das Telegramm Grünaus an das Auswärtige Amt vom 25. 3. 1918 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1): „Auf Telefongespräch mit Geheimrat *Nadolny*. Die fraglichen Telegramme [vgl. unten S. 118, Anm. 5] waren bereits eingegangen und vom Chef des Zivilkabinetts beantwortet. Ich habe bei diesem dagegen protestiert, daß derartige Dinge ohne mein Wissen u[nd] ohne Beteiligung des Herrn Reichskanzlers erledigt werden. Herr *v. Berg*, mit dem ich bei dieser Gelegenheit eine Auseinandersetzung über unsere Politik gegenüber den Ostländern gehabt habe, hat zugegeben, daß es sich hier in erster Linie um eine Frage der auswärtigen Politik handelt. Ich möchte aber doch empfehlen, daß der Herr Reichskanzler auch seinerseits Herrn *v. Berg* auf die Unhaltbarkeit solcher Methoden schriftlich aufmerksam macht. Ich werde beim Kaiser, der jetzt allerdings schwer zugänglich ist, gelegentlich Vorlage der Ratifikation der russischen Verträge vorstellig werden. Telegramme folgen offen. *Grünau*."

[47]) Hertling an Berg, 27. 3. 1918, Pol. Archiv, Weltkrieg 20d Nr. 1a, Bd. 12; abgedruckt als Anlage 2 S. 205. Auszug bei Baumgart S. 68 (Anm. 31).

[48]) Einen guten Überblick gibt der Bestand Baltikum in Pol. Archiv, Gr.H.Qu.

[49]) Vgl. dazu u. a. unten S. 130 (Anm. 9), S. 134 f. und S. 166 f. Die gleiche Taktik hat er auch in der finnischen Thronfrage verfolgt. Vgl. dazu S. 163 f. und S. 168.

[50]) Vgl. das Urteil Müllers, Marinekabinett S. 359: „Tatsächlich ist, seitdem *Berg* Kabinettschef, ein ganz anderer Ton eingerissen. Die Randbemerkungen S[eine]r Majestät sind fortgesetztes Rasseln mit dem Säbel, Verachtung der Diplomaten und Antisemitismus." Dazu auch Hutten-Czapski II S. 503 sowie die Übersicht bei Baumgart S. 67 f. (Anm. 33). Vgl. ferner unten S. 105 (Anm. 19).

Komponenten, die, wie auch das Zivilkabinett, wieder von der militärischen Lage und der gesamtpolitischen Situation beeinflußt wurden.

Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Skizze sein, eine umfassende Darstellung des komplexen Problems zu liefern, sondern sie muß sich auf einige Andeutungen über die anderen Kabinette und die sonstige Umgebung des Kaisers, die Rolle des Reichskanzlers und der OHL beschränken, ohne die *Bergs* Position als Zivilkabinettschef nicht verständlich wird.

Erst die Schwäche des impulsiven, leicht beeinflußbaren Kaisers hat dem Kabinettschef die Chance zu verstärkten Einwirkungsmöglichkeiten geboten, ein Faktum, dem im Jahre 1918 durch die persönliche Bindung zwischen *Wilhelm II.* und seinem „Monzi" ein erhöhtes Gewicht zukam. *Berg* hat es als einer von wenigen im Großen Hauptquartier verstanden, den Kaiser geschickt zu nehmen und dessen Stimmungen für seine Zwecke zu nutzen.[51]) In diesem persönlichen Moment liegt — neben sachlichen Ursachen — der entscheidende Grund dafür, daß Militär- und Marinekabinett längst nicht das Gewicht gewonnen haben, wie man es von der Sache her hätte erwarten können. Das Gerede von dem großen, unheilvollen Einfluß, den der Marinekabinettschef *v. Müller* angeblich auf den Kaiser ausüben sollte[52]), war eine bloße Legende. *Müller*, ein aufgeschlossener, verhältnismäßig liberal gesinnter Mann, hatte sich nach dem Rücktritt *Valentinis*, mit dem er auf vertrautem Fuße stand[53]), mehr und mehr zurückgezogen, so daß im Sommer 1918 sein Rücktritt beschlossene Sache war.[54]) Sein Kollege im Militärkabinett, General *v. Lyncker*[55]), war viel zu sehr pflichtbewußter, loyaler Offizier — und zudem fehlte ihm die durchgreifende Energie —, als daß er den Kaiser hätte in seine Bahnen zwingen können. Nach der Entlassung *Valentinis*, den er bei seinem Bemühen unterstützt hatte, „daß der Faktor Kaiser, wenigstens in civilibus, nicht ganz ausgeschaltet wurde"[56]), beschränkte er sich ausschließlich auf die Aufgaben seines Amtes. An der vergleichsweise bescheidenen Rolle des Militärkabinetts hat auch die im Sommer 1918 vorgenommene Ersetzung *Lynckers* durch seinen bisherigen Stellvertreter *Marschall*[57]) nichts geändert.

Über ständigen, engeren Kontakt zum Kaiser verfügten außer den Kabinettschefs im wesentlichen nur noch der Kommandant des Großen Hauptquartiers, Generaloberst *v. Plessen*, die diensttuenden Generaladjutanten, die Flügeladjutanten

---

[51]) Vgl. dazu *Bergs* eigene Darstellung S. 97 f.

[52]) Vgl. S. 104 (bes. Anm. 15). — Vor allem *Tirpitz*, Erinnerungen S. 135 ff., hat heftige Vorwürfe gegen *Müller* erhoben. Ferner auch: Der Krieg zur See 1914—1918, hrsg. vom Marinearchiv, Bd. 2, Der Krieg in der Nordsee, bearbeitet von Otto Groos, Berlin 1922, S. 99 und 101 f. Vgl. dazu auch *Müllers* Rechtfertigungsversuch in „Grenzboten", 79. Jg. 14. 4. 1920 S. 16, und in „Deutsche Politik", Jg. 4, 1919, S. 662 ff.

[53]) Vgl. unten S. 92 und 104 (bes. Anm. 11).

[54]) Vgl. S. 172.

[55]) Über *Lyncker* vgl. S. 95 (bes. Anm. 3 und 6).

[56]) So *Valentini* in einem Schreiben an Schwertfeger vom 27. 9. 1922, zit. bei Valentini S. 213 (Anm. 2).

[57]) Über ihn vgl. S. 96 (bes. Anm. 8). Er trat am 27. 7. 1918 die Nachfolge *Lynckers* an.

und der Verbindungsoffizier der OHL.[58]) Obwohl natürlich in einzelnen Fällen Einwirkungen von diesem Personenkreis ausgingen, war der direkte Einfluß, insgesamt gesehen, nur gering. Das galt selbst für den alten, erfahrenen General *Plessen*.[59]) Allzu schnell fiel, psychologisch leicht verständlich, das militärische: Zu Befehl, Euer Majestät.[60]) Freilich erzeugte die fast rein militärische Umgebung des Kaisers indirekt ein besonderes Fluidum, das sich im Verhältnis des Monarchen zu den zivilen Behörden negativ bemerkbar machen mußte.

Diese waren allein schon durch die räumliche Distanz zum Kaiser von vornherein ins Hintertreffen geraten. Das unbestreitbare Geschick *Grünaus* vermochte den Verlust des ständigen direkten Kontaktes für den Kanzler nicht aufzuwiegen. *Grünau* war zudem nur für die außenpolitischen Fragen zuständig, während alle innenpolitischen Angelegenheiten durch die Hand des Zivilkabinettschefs liefen. In dieser Brückenfunktion hatte *Valentini* den Pfeiler „Reichskanzler" gestützt, während *Berg* das Gewicht zusehends auf den Pfeiler „Kaiser" verlagerte und diesen eng mit dem dritten Pfeiler, der OHL, zu verklammern suchte.[61]) Als *Berg* erkennen mußte, daß *Hertling* nicht die ihm zugedachte Rolle als Kanzler der Härte und verlängerter Arm der Achse „OHL—Kaiser" spielte, fand die Loyalität des Kabinettschefs schnell ihre Grenze.

Berg, der seine Aufgabe als Kabinettschef nicht nur als Auftrag zur politischen Beratung des Monarchen, sondern als Auftrag zum politischen Handeln verstand, und sein Amt mit dem Programm angetreten hatte, dem Faktor „Kaiser" wieder ein stärkeres Gewicht zu verschaffen, hat gerade durch seine Amtsführung dazu beigetragen, daß *Wilhelm II.* in noch weitergehende Abhängigkeit geriet. Die Politisierung des Zivilkabinetts stärkte nicht den Kaiser, sondern nur die Machtstellung der OHL und beraubte das Kabinett, das zum Anhängsel eines *Hindenburg* und *Ludendorff* geworden war, im Endeffekt der Einwirkungsmöglichkeiten, die *Berg* gerade hatte erreichen wollen. Mit der militärischen Bankrotterklärung von Ende September und dem damit verbundenen machtpolitischen Substanzverlust der Obersten Heeresleitung hatte deshalb auch das Zivilkabinett seine politische Funktion ausgespielt.[62]) Die Rolle, die *Berg* in den Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung Anfang Oktober in

[58]) Zum Aufbau des Großen Hauptquartiers vgl. Walther Hubatsch: Großes Hauptquartier 1914/18. Zur Geschichte einer deutschen Führungseinrichtung. In: Ostdeutsche Wissenschaft 5 (1958) S. 422 ff.; ferner Schmidt-Bückeburg S. 177 f. Vgl. ferner unten S. 103 ff. Als Verbindungsoffizier der OHL fungierte im Jahre 1918 zunächst der junge Hauptmann *Ilsemann* und anschließend Major *Niemann*. Zu dessen Tätigkeit vgl. sein Buch „Kaiser und Revolution".

[59]) Vgl. das Urteil *Bergs* unten S. 105: „*Plessen* war von bester Gesinnung beseelt, aber ganz ohne Einfluß, trotz seiner langen Anwesenheit bei Hof."

[60]) Vgl. dazu Schmidt-Bückeburg S. 212.

[61]) Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Urteil Müllers in einem Schreiben an Valentini vom 30. 3. 1918 — Nachlaß Valentini —, *Berg* sei dem Kaiser „wohl sehr angenehm, aber er versagt gänzlich als Bindeglied zwischen ihm und der Regierung und vor allem zwischen ihm und dem Volke."

[62]) So hatte sein Versuch, Ende September/Anfang Oktober doch noch einen Militär zum Kanzler zu machen oder wenigstens eine Einbeziehung der Konservativen in das neue Kabinett zu erreichen, keine Chance, da sich die OHL seinem Ansinnen verweigerte, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Versuch selbst mit Rückendeckung durch *Hindenburg* und *Ludendorff* zu keinem Erfolg geführt hätte. Vgl. die in Anm. 25 angeführten Stellen.

Berlin spielte, war nur mehr das verzweifelte Aufbäumen eines Mannes, der nicht sehen wollte und konnte, daß er kein realpolitisches Gewicht mehr verkörperte und die Entwicklung längst über ihn hinweggegangen war. Als Prinz *Max von Baden* als Repräsentant der Reichstagsmehrheit am 7. Oktober seinen Rücktritt forderte[63]), mußte der Kaiser, so „wie er sich vorher seiner dritten Obersten Heeresleitung gebeugt hatte"[64]), sich nun dem Willen des Kanzlers und des Reichstags beugen.

[63]) Vgl. S. 192 f. (bes. auch Anm. 19).

[64]) Vgl. dazu Schmidt-Bückeburg S. 273.

4. Seine Tätigkeit in der Zeit der Weimarer Republik

Nach seiner Entlassung als Chef des Kaiserlichen Geheimen Zivilkabinetts übte Friedrich *v. Berg* keinerlei staatliche Funktion mehr aus. Angesichts der gewandelten politischen Situation konnte auch kein Gedanke daran bestehen, daß ihm ein neues, seiner bisherigen Tätigkeit angemessenes Amt in der obersten Beamtenhierarchie des Reichs oder Preußens übertragen werden würde. Private Motive, aber auch die Bitte seines Nachfolgers als Chef des Zivilkabinetts, Clemens *v. Delbrück*, der „wünschte, von seinen Kenntnissen der letzten Vergangenheit und seinem Einfluß auf den Kaiser Vorteil zu ziehen", hatten *Berg* veranlaßt, zunächst noch — unter Beibehaltung seiner Wohnung im Gebäude des Zivilkabinetts — in Berlin zu bleiben.[1]) Erst am 1. November 1918 kehrte er nach Markienen zurück, nachdem er noch am 31. Oktober einer Herrenhaussitzung beigewohnt hatte.[2])

Wie bei vielen anderen gleichgesinnten Konservativen bedeutete die Revolution von 1918 für *Berg* einen tiefen Bruch. Der militärische Zusammenbruch wurde einfach abgeleugnet und stattdessen schob der ehemalige Zivilkabinettschef die ganze Schuld an dem „Unglück" auf die Tatsache, daß nicht energisch genug durchgegriffen und das Feuer auf die Massen eröffnet worden war.[3]) In seinem eigentlichen Metier, der politischen Arbeit hinter den Kulissen, wie auch in publizistischen Beiträgen hat er versucht, seiner Sicht der Ereignisse des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 Geltung zu verschaffen. Ihm kam es dabei zunächst darauf an, den Kaiser von dem Vorwurf der Flucht nach Holland reinzuwaschen, das darüber zwischen dem Exmonarchen und seinem Feldmarschall entstandene Spannungsverhältnis abzubauen, die OHL von der Verantwortung für den Ausgang des Krieges zu entlasten und *Hindenburg* zur politischen Aktion voranzutreiben. Die von *Hindenburg*, *Schulenburg*[3a]) und *Plessen* im Sommer 1919 veröffentlichten Erklärungen, in denen der Exkaiser gegen den Vorwurf, daß er mit der Flucht seine Herrscherpflicht verletzt hätte, verteidigt

[1]) Vgl. unten S. 194; dazu Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 278 f.

[2]) Vgl. unten S. 200; dazu Familienbuch, Eintragung Februar 1920.

[3]) Vgl. unten S. 154 und 195. Diese Auffassung hat der Kabinettschef bis zu seinem Tode vertreten; Unterredung des Bearbeiters mit Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968.

[3a]) Über ihn vgl. S. 106 (Anm. 24).

wurde, waren mit unter seinem Einfluß zustandegekommen.[4]) In dem Bestreben, die OHL von der Verantwortung für die Niederlage freizusprechen und die Schuld daran den Parteien und der zivilen Reichsleitung aufzubürden, erwies er sich als eifriger Mitstreiter der von *Hindenburg* und *Ludendorff* propagierten Legende.[5]) In zwei Zuschriften, deren längere vom 17. September 1919 sich vornehmlich mit den Unterredungen vom 13. und 14. August 1918 im Großen Hauptquartier auseinandersetzte, während die kürzere sich mit den Besprechungen über die Regierungsbildung des Prinzen *Max* befaßte, wurde die damalige OHL vollständig entlastet und die Schuld der Reichsleitung, vornehmlich Vizekanzler *v. Payer* und den Staatssekretären *Hintze* und *Roedern* zugeschoben.[6])

Berg begnügte sich jedoch nicht mit solchen Aktionen, sondern wurde aktiv in der Politik tätig. 1919 kehrte er, der schon 1915 den Kreis Goldap im Provinziallandtag vertreten hatte[7]), als deutschnationaler Abgeordneter des Kreises Friedland in den Provinziallandtag zurück.[8]) Es war dabei ein Ausdruck seines großen Ansehens, das er in seiner Heimat genoß, wie auch ein Spiegelbild der politischen Strömung in Provinz und Parlament, daß der am 11. Dezember zusammengetretene Landtag den ehemaligen Landeshauptmann und Oberpräsidenten der Provinz zu seinem Präsidenten erkor.[9])

Anders als manche anderen aus der näheren Umgebung des Kaisers hat *Berg* in der neuen Zeit und bei seinen neuen Aufgaben — neben seinem Mandat im Provinziallandtag noch eine Reihe von ehrenamtlichen Tätigkeiten[10]) — dem Exmonarchen auch nach der Revolution und der Flucht nach Holland die Treue gehalten. Häufige, sich über mehrere Wochen hinziehende Besuche des anhänglichen ehemaligen Zivilkabinettschefs in Amerongen und später in Doorn hielten die Verbindung aufrecht.[11]) So erschien es ganz natürlich, daß *Berg* nach dem Tode des Grafen August *zu Eulenburg* im Jahre 1921 zu dessen Nachfolger als Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses und Minister des kgl. Hauses (Hausminister) berufen wurde.[12]) Der Dienstsitz dieser Institution,

[4]) Vgl. dazu Otto Meißner: Staatssekretär unter Ebert–Hindenburg–Hitler, Hamburg 1950, S. 34. Zum Zustandekommen dieser Erklärungen vgl. vor allem Westarp, Ende der Monarchie S. 19 f., 26 f. und 113 f.; Niemann, Revolution S. 321 ff.; Dorpalen, Hindenburg S. 39 ff.; Wheeler-Bennett, Der hölzerne Titan S. 217.

[5]) Vgl. dazu seine Artikel im *Adelsblatt;* unten S. 69 f. Zum Problem der Dolchstoßlegende vgl. Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen: Dolchstoßdiskussion und Dolchstoßlegende im Wandel von vier Jahrzehnten. In: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein, Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963; Siegfried A. Kaehler: Neuere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung. In: Siegfried A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1961, S. 306 ff.; dazu neuerdings Annelise Thimme: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, bes. S. 70 ff.

[6]) Die beiden Zuschriften sind abgedr. in Urkunden der OHL S. 503 f. und 532; vgl. auch unten S. 159 (Anm. 19, 20 und 22).

[7]) Archivlager Göttingen, Rep. 2, Nr. 2993.

[8]) Der Provinzial-Versammlung 1919 hatte *Berg* nicht angehört; a.a.O. Nr. 2989.

[9]) A.a.O. Nr. 2993; vgl. auch Familienbuch, Eintragung Februar 1920.

[10]) Vgl. oben S. 41.

[41]) So hielt sich *Berg* im Spätherbst 1919 allein für sechs Wochen in Amerongen auf; vgl. Ilsemann I S. 122 f.; zu späteren Besuchen in Amerongen und Doorn vgl. vor allem a.a.O. S. 201 f., 280 f.; Ilsemann II S. 33 f., 281 f.

[12]) Vgl. Familienbuch, Eintragung vom 4. 4. 1934.

deren Hauptaufgabe jetzt in der Verwaltung des Vermögens des preußischen Königshauses bestand, befand sich im „Niederländischen Palais" in Berlin, Unter den Linden 36. *Berg* kam jedoch nur sehr selten von Markienen nach Berlin. Die eigentliche Arbeit leistete sein Vertreter Geheimrat Georg *Ziersch* und später vor allem Assessor Dr. *Schirdewahn*.[13])

Trotzdem wäre es verfehlt, *Bergs* Tätigkeit als Generalbevollmächtigter nur als eine Repräsentativfunktion anzusehen, da die Verhandlungen über die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem preußischen Staat und seinem ehemaligen Herrscherhaus auch sein persönliches Eingreifen erforderlich machten. *Eulenburg*, der bis zu seinem Tode „das ihm von seinem Kaiser anvertraute Amt und Gut mit bewundernswerter Nüchternheit und Überlegung" zusammengehalten hatte[14]), fand in dem ehemaligen Kabinettschef einen zähen und umsichtigen Nachfolger.

Nachdem das preußische Parlament dem nach schwierigen Unterhandlungen am 22. Januar 1922 zustandegekommenen Vergleich seine Zustimmung versagt hatte, lehnte nun *Berg*, nach dessen Auffassung den Fürsten das gesamte Vermögen zustand[15]), seinerseits den vom preußischen Finanzminister vorgelegten neuen Vergleichsvorschlag vom 28. Februar 1924 als unzureichend ab.[16]) Da sich die Position des Königshauses aber merklich verschlechterte, nahm der neue Hausminister auf Anraten seines Mitarbeiters *Schirdewahn* das Angebot des bekannten Juristen Prof. Dr. *Bredt* an, sich um die Prozesse zu kümmern und dem Königshaus Rat und Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.[17]) Nach dem Scheitern des Volksentscheides über die Fürstenenteignung am 20. Juni 1926 hat sich *Berg* dann zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem preußischen Staat bereit erklärt und am 6. Oktober des gleichen Jahres das Vergleichsabkommen unterzeichnet.[18])

Neben dieser offiziellen Funktion läßt sich *Bergs* Rolle gegenüber dem Kaiser am besten als die eines sporadischen Beraters kennzeichnen. Von Anfang an ergaben sich dabei Spannungen, weil er versuchte, aus dem Vorwurf des Kaisers, „Warum hat man Mir früher dies und jenes nicht gesagt", Konsequenzen zu ziehen. Doch er mußte feststellen, daß *Wilhelm II.* die Wahrheit „heute ebensowenig wie früher hören" wollte.[19]) So fruchtete auch sein im Interesse des monarchischen Gedankens unternommener Versuch, den Kaiser von der Veröffentlichung der nach der Flucht angefertigten und mit vielen Irrtümern behafteten Niederschriften, die die Grundlage für das Buch „Ereignisse und

[13]) Vgl. dazu Ilsemann I S. 270; ferner Bredt, Erinnerungen S. 200 und 202.
Daneben arbeiteten im Hausministerium noch Graf *Platen*, Ernst Graf *zu Rantzau*, der Präsident der Hofkammer *v. Kiel*, Hofrat *Knauff* und Hofrat *Nitz* mit drei Gehilfen.

[14]) Heinig, Hohenzollern S. 70 f.

[15]) Unterredung des Bearbeiters mit Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968.

[16]) Vgl. Bredt, Erinnerungen S. 199.

[17]) Vgl. a.a.O. S. 200. So veröffentlichte *Bredt* u. a. eine Denkschrift: „Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und dem Königshause", die mit einem Vorwort von *Berg* 1925 in Berlin erschien. Zu *Bredts* Tätigkeit vgl. weiter a.a.O. S. 200 ff.

[18]) Vgl. Schultheß 1926 S. 128 und 152.

[19]) Ilsemann I S. 122 f.

Gestalten"[20]) bildeten, abzuhalten genausowenig wie seine gleichgerichteten Bemühungen, dem Kronprinzen im Jahre 1922 eine Publizierung seiner „Erinnerungen"[21]) auszureden.[22])

Mehr Erfolg als hier hatte *Berg* im Winter 1919/20, als er in einer hochpolitischen und diffizilen Angelegenheit als Mittler zwischen *Hindenburg* und dem Kaiser tätig wurde. Mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 war die Neuwahl des Reichspräsidenten notwendig geworden, da *Eberts* Wahl nur als Interimslösung auf Grund der vorläufigen Verfassung erfolgt war. Gleich im August 1919 hatte nun der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei beschlossen, *Hindenburg* als Gegenkandidaten zu *Ebert* aufzustellen. Oskar *Hergt*, der Parteivorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, die diesen Gedanken begeistert aufgegriffen hatte, und *Stresemann* für die Deutsche Volkspartei erzielten bei einer Unterredung mit dem Feldmarschall im November 1919 eine Zusage, allerdings mit der Einschränkung, daß zuerst die Zustimmung *Wilhelms II.* eingeholt werden müsse.[23])

In dieser Situation bot sich Friedrich *v. Berg* bei den guten vertrauensvollen Beziehungen, die er sowohl zu *Hindenburg* wie, trotz erster Trübungen, zu diesem, Zeitpunkt noch zum Kaiser unterhielt und durch Briefe und Besuche in Amerongen und Hannover gepflegt und vertieft hatte[24]), als der gegebene Vermittler an. Auf sein Schreiben an den Exkaiser vom 10. Dezember, in dem er mitteilte daß *Hindenburg* wohl größte Aussicht habe, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden, hatte sich *Wilhelm II.* zunächst grundsätzlich einverstanden erklärt.[25]) So wandte sich der ehemalige Kabinettschef am 25. Dezember an *Hindenburg* und *Hergt*. Er forderte dabei zwar einerseits getreu seinen monarchischen Prinzipien, daß „unter den jetzigen verworrenen Verhältnissen" natürlich zuerst eine formelle Verständigung „mit der Zentrale" (d. h. dem Kaiser in Amerongen) erzielt werden müsse, ermunterte aber andererseits den Feldmarschall, das Risiko einer Wahl auf sich zu nehmen, da „die allergrößte Chance für ein Gelingen ist, so daß man diese Bedenken zurückstellen kann."[26])

Trotz der Zustimmung des Kaisers blieb *Hindenburg* von Zweifeln geplagt, die er in einem langen Schreiben vom 5. Januar 1920 seinem Vertrauten *Berg*

---

[20]) Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. Abhandlungen und Materialien aus den Jahren 1878—1918. Leipzig, Berlin 1922.

[21]) Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen. Hrsg. von Karl Rosner. Stuttgart und Berlin 1922.

[22]) Vgl. Ilsemann I S. 122 und 201 f.

[23]) Vgl. dazu Dorpalen, Hindenburg S. 59 f.; Werner Liebe: Die Deutschnationale Volksparte 1918—1924. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8). Düsseldorf 1956 S. 16 und 147; Westarp, Ende der Monarchie S. 159.

[24]) So hatte sich *Berg* allein von Oktober bis Dezember 1919 für sechs Wochen in Amerongen aufgehalten; vgl. Ilsemann I S. 122 f. Für den Kontakt zu *Hindenburg* vgl. dessen Schreiben an Berg vom 19. 11. 1918, 5. 8. und 14. 8. 1919, WA Allenstein. Wie aus den beiden letzten Schreiben hervorgeht, hat *Berg* sowohl auf der Hinreise nach Amerongen wie auch bei der Rückreise *Hindenburg* zu Gesprächen in Hannover aufgesucht.

[25]) Hubatsch, Hindenburg und der Staat S. 58.

[26]) Zit. nach Hubatsch a.a.O. Eine Zitierung an Hand des Originals war nicht möglich, da der *Hindenburg*-Nachlaß bedauerlicherweise nicht eingesehen werden konnte.

auseinandersetzte.[27]) Der aber wollte die von dem Feldmarschall geäußerten Bedenken nicht gelten lassen. In seinem Antwortbrief vom 2. Februar bestürmte ihn *Berg* nur noch heftiger und untermauerte sein Drängen mit dem Argument, in der Vorstandssitzung der Deutschen Adelsgenossenschaft[28]) und im Kapitel des Johanniterordens sei ebenfalls der dringende Wunsch laut geworden, *Hindenburg* zu nominieren. Dessen Bedenken seien zunächst auch seine eigenen gewesen, doch habe er sie nach reiflicher Überlegung zurückgestellt, „weil die Gefahr einer katholischen süddeutschen Kandidatur ungeheuer groß ist." Für Preußen und damit für Deutschland gehe es jetzt um Sein oder Nichtsein, und deshalb müsse der Feldmarschall dieses Opfer bringen. „Rom ist in Bewegung. Dieser Bewegung muß begegnet werden, die Gefahr für Preußen, Norddeutschland, für die zu erhoffende Hohenzollernmonarchie ist ungeheuer groß, wir können ihr nur begegnen durch eine Kandidatur *Hindenburgs*, dem ein bürgerlicher Kandidat nicht entgegengesetzt werden kann. Eine solche Kandidatur wird auch die Wahlen zum Reichstag beeinflussen."[29])

Bergs energische Vorstellungen und die Art der Wahlvorbereitungen, denen der Schein einer „überparteilichen" Grundlage gegeben wurde, haben den Feldmarschall umgestimmt. In einem Schreiben vom 18. Februar 1920 an *Berg* erklärte er sich grundsätzlich bereit, „so schwer es mir fällt", das Amt gegebenenfalls anzunehmen.[30]) Am 8. März 1920 wurde seine Kandidatur zum Reichspräsidenten offiziell verkündet. Doch noch ehe im Juni 1920 vom Reichstag beschlossen wurde, daß *Ebert* sein Amt bis auf weiteres fortführen sollte, hatte Hindenburg infolge des *Kapp*-Putsches schon von sich aus seine Kandidatur zurückgezogen.[31])

Friedrich *v. Berg* hat in den folgenden Jahren die Verbindung zu *Hindenburg* nicht abreißen lassen, wobei der Feldmarschall eher der aktivere Teil war. Der ehemalige Zivilkabinettschef unterhielt zwar auch zu anderen Weltkriegsgenerälen gute Kontakte und traf sich verschiedentlich mit *Seeckt*, den er für politische Maßnahmen im Sinne der DNVP zu gewinnen suchte[32]), doch hoben sich die Beziehungen zu *Hindenburg* durch ihre geradezu freundschaftliche Form weit davon ab. Ihr Briefwechsel, Gespräche anläßlich der Tagung des Johanniterordens-Kapitels[33]), *Bergs* Aufenthalte in Hannover und später in Neudeck, sowie Gegenbesuche *Hindenburgs* in Markienen sind ein Zeugnis ihres regen Kon-

[27]) A.a.O. S. 58 f.

[28]) Zu *Bergs* Funktion in der Adelsgenossenschaft vgl. weiter unten S. 69 ff.

[29]) Hubatsch, Hindenburg und der Staat S. 59. — *Bergs* Befürchtungen vor einer Kandidatur der Wittelsbacher, die hier nur gemeint sein können, waren wahrscheinlich schon vor Ausbruch der Novemberrevolution geweckt worden; vgl. seine Aufzeichnungen S. 109 und 200.

[30]) Vgl. Hubatsch, Hindenburg und der Staat S. 60. Dem Kaiser schrieb *Hindenburg* am 6. 3. 1920 — vgl. a.a.O. —, dieser Schritt sei ihm sehr schwer gefallen. „Aber Euer Majestät mir durch Herrn *v. Berg* übermittelte Allerhöchste Entscheidung und die Erklärung Berufener, daß nur so dem Vaterlande Zucht und Ordnung im Innern und Ansehen nach Außen wiedergegeben werden können, machten ihn mir zur Pflicht."

[31]) Vgl. dazu Dorpalen, Hindenburg S. 60.

[32]) Vgl. dazu Hans Meier-Welcker: Seeckt. Frankfurt a. M. 1967, S. 205, 235, 373 f. und 439.

[33]) *Hindenburg* war nach dem Kriege Mitglied des Johanniterordens geworden, dessen Ordenskapitel er wie *Berg* angehörte.

taktes.[34]) Das durch den 9. November 1918 belastete Verhältnis zwischen *Hindenburg* und dem Kaiser[35]), außenpolitische Fragen, in denen *Berg* u. a. davor warnte, sich von Frankreich demütigen zu lassen, personalpolitische Wünsche des ehemaligen Zivilkabinettschefs, die politische Haltung des „Stahlhelms" und die Abrüstungsgespräche, die Notverordnungen *Brünings* und *Hindenburgs* Ansichten über *Hitler*, *Brüning* und *Luther* deuten die breite Skala der Themen an, die zwischen ihnen erörtert wurden.[36])

Besonders aktiv wurde *Berg* bei dem Volksentscheid über die Fürstenenteignung und in der Frage des *Young*-Planes. In beiden Fällen bestürmte er, wenngleich vergeblich, den Reichspräsidenten mit der Forderung, sich öffentlich dagegen auszusprechen.[37]) Von verfassungsrechtlichen Bedenken ließ er sich dabei nicht beeindrucken. Trotz der Erfolglosigkeit dieser Bemühungen und der scharfen Kritik, die *Berg* an dem Verhalten *Hindenburgs* bei der Flucht des Kaisers nach Holland übte[38]), ist es nie zu einer Trübung ihrer persönlichen Beziehungen gekommen. Die geradezu überschwengliche Verehrung, die er dem ehemaligen Feldmarschall entgegenbrachte, fand ihren sichtbaren Ausdruck in den Worten, die *Berg* zum 80. Geburtstag des nunmehrigen Reichspräsidenten im *Adelsblatt*

---

[34]) Im WA Allenstein sind allein für die Zeit von der Novemberrevolution bis zum Ende des Jahres 1932 über dreißig Briefe und Telegramme *Hindenburgs* nachgewiesen, so daß die von *Hubatsch* in Hindenburg und der Staat S. 109 aufgestellte These, die Verbindung zwischen den beiden sei in den Jahren vor 1932 lockerer geworden, nicht ganz zutreffen dürfte. Die Schreiben belegen darüber hinaus, daß *Berg* bei den meisten seiner Besuche beim Kaiser in Holland vorher oder nachher bei *Hindenburg* zu einem Gedankenaustausch Station gemacht hat.

[35]) Vgl. dazu insbesondere die Schreiben Hindenburgs an Berg vom 19. 11. 1918 und vom 3. 1. 1925, a.a.O., wo er auf den Plan eines Besuches beim Kaiser einging. „Daß meine Reise nach Doorn vorläufig nur ein Gedanke ist, ist mir lieb zu hören. Die Äußerungen des Generals *v. Dommes* ließen mich den Plan schon als abgemachte Sache ansehen. Nun können wir aber noch beim Kapitel [des Johanniterordens] darüber reden. Gern würde ich ja meinen Allergnädigsten Herrn noch einmal wiedersehen, aber je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr besorge ich, daß in diesem unmöglich geheim zu haltenden Besuch durch die Öffentlichkeit irrtümlich eine beunruhigende politische Handlung erblickt wird trotz aller in Wirklichkeit vorliegenden Harmlosigkeit. Dadurch würde aber das monarchische Prinzip nicht gefördert sondern geschädigt werden." Wie aus Ilsemann II hervorgeht, hat dieser Besuch dann auch nicht stattgefunden.

[36]) Vgl. dazu seine Schreiben — a.a.O. — vom 23. 4. 1931 an Berg, in dem er sich kritisch über den „Stahlhelm" äußerte und sich sehr günstig über Reichskanzler *Brüning* aussprach, und vom 25. 7. 1931, Vertraulich, in dem es u. a. hieß: „Ihre Befürchtung, daß wir uns vor Frankreich demütigen könnten, ist, Gott sei Dank, nicht eingetreten. Der Reichskanzler hat sich, wie ich es auch nicht anders erwartet hatte, mit seiner ganzen Begleitung durchaus würdig verhalten. Daß das Ergebnis der Konferenzen im Übrigen ein mageres ist, läßt sich leider nicht leugnen. Ich habe aber nicht mehr erwartet. Wir mußten jedoch hingehen, um erst mal Fühlung zu nehmen, die fortgesponnen werden muß, und ich hoffe im Übrigen, daß es uns gelingen wird, außerdem aus eigener Kraft weiter zu kommen. Geduld und gute Nerven werden freilich nötig sein. *Hugenberg-Hitlers* veröffentlichtes Telegramm hat uns leider in London recht geschadet und den Franzosen neue Argumente gegeben. Der neue Reichsbank-Präsident [Dr. Hans *Luther*] hat mich auch sehr enttäuscht, aber ich habe kein Recht, ihn zu beseitigen. Das ist Sache der Bankdirektoren, die ihn gewählt haben." — Vgl. des weiteren auch Hubatsch, Hindenburg und der Staat S. 109, sowie Dorpalen, Hindenburg S. 155.

[37]) Vgl. Dorpalen, Hindenburg S. 108, 155, 157; Hubatsch a.a.O. S. 109.

[38]) Vgl. dazu unten S. 196 f.

veröffentlichte: „Er wird einst zu mystischer Größe gewachsen, unserem Volke der erste Führer aus dem Dunkel sein und die Männer der Tat, die wir uns von der Zukunft erhoffen, sie werden auf dem Grunde bauen, den er gelegt hat."[39]) In diesen Worten spiegelt sich, neben der ehrlichen Wertschätzung, die er *Hindenburg* entgegenbrachte, auch die Enttäuschung über die Person und das Verhalten des Exkaisers. Obwohl die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit dem preußischen Staat in den meisten Fällen zu einem für das Hohenzollernhaus günstigen Ergebnis führten[40]) und *Berg* anläßlich des Volksentscheides über die Fürstenenteignung sogar beim Reichspräsidenten vorstellig wurde[41]), erntete der Generalbevollmächtigte nur wenig Dank.[42]) Selbst an Lappalien entzündeten sich, wie ein Vorfall aus dem Februar 1922 belegt, manchmal derartig heftige Auseinandersetzungen, daß der Kaiser seinen Hausminister einmal wütend anschrie „Halts Maul" und dieser daraufhin „mit Tränen in den Augen den Hut gezogen mit den Worten: ‚Dann verzichten Euer Majestät wohl auf meine weiteren Dienste'" und davongegangen sei.[43]) Offener Widerspruch, und war er noch so berechtigt, konnte *Wilhelm II.* trotz der alten Freundschaft auch von *Berg* nicht vertragen. Er zeitigte, wie der Generalbevollmächtigte schon während seiner Zeit als Kabinettschef hatte feststellen müssen, praktisch nie Erfolg, sondern rief nur heftige Reaktionen des Exmonarchen hervor, bei denen Kaiserin *Augusta*, um einen dauernden Bruch zu verhindern, wiederholt vermittelnd eingreifen mußte.

Nach ihrem Tode wurde das schon merklich gespannte Verhältnis durch die am 5. November 1922 erfolgte zweite Heirat des Kaisers mit Prinzessin *Hermine v. Schönaich-Carolath* zusätzlich verschärft, von der *Berg* nicht zu Unrecht vermutete, daß sie ihren Gatten gegen ihn einzunehmen trachtete.[44]) Der Einfluß, den der Hofrat im Hausministerium *Nitz* in immer stärkerem Maße auf den Kaiser und seine zweite Frau gewann[45]), wirkte in die gleiche Richtung. So mußte Friedrich *v. Berg* bei seinen regelmäßig wiederkehrenden Aufenthalten in Doorn nun immer häufiger als Blitzableiter für Zornesausbrüche des Exil-Kaisers herhalten. Dessen Urteile über seinen Hausminister wurden im gleichen Maße ständig negativer und seine Schreiben an ihn immer schärfer, teilweise in einem Tone gehalten, der die Gesetze der Höflichkeit weit außer acht ließ. Die persönlichen Beziehungen sanken auf den Gefrierpunkt. Was *Berg* noch im Amt hielt, war allein das Bewußtsein, nicht dem Kaiser allein, sondern dem gesamten

[39]) *Adelsblatt* 2. 10. 1927.

[40]) Vgl. dazu Bredt, Erinnerungen S. 202 ff.

[41]) Vgl. Dorpalen, Hindenburg S. 108.

[42]) Ähnlich erging es übrigens auch *Bredt*, der z. B. am 17. 2. 1925 nur ein Schreiben *Bergs* erhielt mit dem Wortlaut: „Seine Majestät der Kaiser und König hat auf die Meldung von dem günstigen Ausgang des Cottbuser Prozesses mich allergnädigst zu beauftragen geruht, allen an diesem erfreulichen Ergebnis Beteiligten Allerhöchst Seine dankbare Anerkennung zu übermitteln." Bredt, Erinnerungen S. 206.

[43]) Ilsemann I S. 201 f.

[44]) Vgl. a.a.O. S. 247, 267, 280. *Berg* war sich, wie seine Äußerung gegenüber *Ilsemann* vom 31. 5. 1923 (S. 280) zeigt, darüber im klaren, daß er „jeden Augenblick entlassen werden" konnte und der Einfluß der Kaiserin *Hermine* „ganz gewiß kein guter" sei.

[45]) Vgl. a.a.O. S. 271.

Hohenzollernhause zu dienen, demgegenüber er es als seine Pflicht erachtete, solange wie möglich auf seinem Posten auszuharren.[46])

Trotz dieser Enttäuschung trat *Berg*, da er sich bei seiner mangelnden Elastizität nicht von dem starren Denken in formalen Kategorien lösen konnte, dafür ein, dem Kaiser, „wenn es je dazu kommen sollte, die Krone" anzubieten. Doch er war so weit Realist, klar zu erkennen, daß, sollte der monarchische Gedanke in Deutschland nicht restlos diskreditiert werden, dieser Kaiser die Krone nie wieder tragen durfte. „Wir kennen doch den Kaiser", so machte er sich in einem Gespräch in Doorn am 30. Mai 1923 einmal Luft, „es ist stets dasselbe; mit Worten ist er unendlich forsch. [...] Als ich in Amerongen mal allein mit den Majestäten war, sagte der Kaiser in seiner bekannten Erregung: ‚Na, wenn ich erst wieder zu Hause bin, fliegen aber die Köpfe!' Kaum hatte S. M. das Zimmer verlassen, sagte die hochselige Kaiserin *[Augusta]:* ‚Nicht einen Finger wird er rühren, wenn er zu Hause ist!' So ist es bei ihm immer gewesen und so wird es stets bleiben."[47])

Unter den Differenzen mit dem Kaiserpaar hatten *Bergs* Beziehungen zu anderen Mitgliedern des Hohenzollernhauses, von denen er besonders zu dem Kronprinzenpaar und Prinz *Oskar* enge Kontakte unterhielt, nicht gelitten, und er wußte ebenso fast sämtliche Mitarbeiter des Hausministeriums hinter sich, als sich die Auseinandersetzungen zur schwersten Krise verdichteten und auf eine Entscheidung zudrängten. Im November 1926 trat ein, wie der engste Gehilfe des Kaisers im Exil, Sigurd *v. Ilsemann*, bedauernd feststellte, „was seit langem zu befürchten war [...]: Exzellenz *v. Berg* ist nicht mehr Hausminister."[48])

Der Generalbevollmächtigte des preußischen Königshauses hatte sich geweigert, die Anweisung *Wilhelms II.* auszuführen, ihm aus dem Hohenzollernschen Hausvermögen 3½ Millionen Mark für seine Privatschatulle zu überweisen, da der Exkaiser nach seiner Überzeugung nicht die Befugnis hatte, Hohenzollernsche Familiengelder für seine Privatzwecke zu verwenden. Sachlich war *Berg* zweifellos im Recht, da *Wilhelm II.* sich jedoch in einer prekären finanziellen Lage befand und seine Gattin und *Nitz* ihn heftig bedrängten, stellte er seinem Generalbevollmächtigten ein befristetes Ultimatum. *Berg* blieb standhaft und schickte im Januar 1927 seinem alten Freund mit einem Begleitbrief, in dem er noch einmal seinen Standpunkt darlegte, ein formelles Entlassungsgesuch zu, das sogleich genehmigt wurde.[49])

Sein Rücktritt als Hausminister hat auf *Bergs* Bekenntnisse zur Monarchie und seine öffentlichen Treuekundgebungen zu *Wilhelm II.* keinen unmittelbaren

[46]) A.a.O. S. 280; *Berg* deutete in diesem Gespräch mit *Ilsemann* am 30. 5. 1923 an, er könne sich natürlich „nicht alles gefallen lassen und werde die Konsequenzen ziehen, wenn man mich weiter so schlecht behandelt." Vgl. ferner Ilsemann II S. 33 f.

[47]) Ilsemann I S. 281.

[48]) Ilsemann II S. 34 und 42. Gleichzeitig wurden auch Graf *Rantzau* und *Schirdewahn* entlassen; dazu Bredt, Erinnerungen S. 207.

[49]) Unterredung des Bearbeiters mit Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968; Ilsemann II S. 42. Auf seinen Wunsch, den Kaiser zu sehen, bevor er völlig erblindet sein würde, hat *Wilhelm II.* seinen ehemaligen Zivilkabinettschef und Generalbevollmächtigten im Mai 1935 noch einmal empfangen und ihm „zum Abschied das Buch ‚Hohenzollern' von Schneider, mit einem kleinen Photo von sich" geschenkt; a.a.O. S. 280 f.

Einfluß gehabt. Das lag in erster Linie daran, daß sie nur mehr formalen, deklamatorischen Charakter besaßen, während seine politische Vorstellungswelt, die geprägt wurde von einem stockkonservativen Preußentum und einem militanten Protestantismus, sich schon teilweise weit vom Konservatismus alten Stils entfernt hatte und ins deutschnationale Fahrwasser geraten war. Er teilte diese Entwicklung mit den Tendenzen in der Deutschen Adelsgenossenschaft, zu deren Vorsitzenden er im Februar 1920 gewählt worden war.[50]) In dieser Funktion als Adelsmarschall hat sich *Berg* um den Aufbau und den Ausbau der Genossenschaft große Verdienste erworben und aus dem 1920 „selbst im Adel kaum bekannten kleinen Verein" eine, wie es in einer Erklärung des Hauptvorstandes hieß und von anderer Seite bestätigt wurde, „Vereinigung deutscher Männer und Frauen geschaffen", die am Ende der Weimarer Republik den größten Teil des Adels umfaßte und „als berufene Vertretung des Adels in Staat und Volk Geltung und Ansehen hat."[51]) Obwohl der Adelsmarschall sich redlich Mühe gab, die teilweise divergierenden Strömungen in der Adelsgenossenschaft auszugleichen und ihr überparteiliches Prinzip durch permanente Betonung arg strapazierte[52]), war seine Tätigkeit in Wirklichkeit nicht von diesem Grundsatz bestimmt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Erlaß des Reichswehrministers im Jahre 1929, mit dem er die Deutsche Adelsgenossenschaft als „politisch im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes" erklärte und den Angehörigen der Reichswehr damit die Zugehörigkeit zur Genossenschaft untersagte, zu Recht erging, obwohl ein heftiger Protest von seiten des Adelsmarschalls erfolgte.[53])

Trotz der grundsätzlichen, öffentlich bekundeten Ablehnung des parlamentarischen Systems, „des parlamentarischen Geredes und des parteiischen Gezänkes", dachte er nicht daran, sich aus den parteipolitischen Kämpfen herauszuhalten. In seinen Aufrufen, sich an den Wahlen zu beteiligen, da Wahlrecht „Wahlpflicht für jeden Vaterlandsfreund" sei, mahnte er den Adel, Sauerteig zu sein, sich den nationalen Parteien zur Verfügung zu stellen und nur solche Persönlichkeiten zu wählen, die deutsch und christlich dächten.[54]) Das von *Berg* in seinen

[50]) *Adelsblatt* 12. 2. 1920; dazu Familienbuch, Eintragung vom 4. 4. 1934.

[51]) So in einer Erklärung des Hauptvorstandes der Adelsgenossenschaft, die am 13. 2. 1932 im *Adelsblatt* veröffentlicht wurde. Ähnlich lautete auch das Urteil Alfred *v. Goßlers;* Nachlaß Goßler.

[52]) So fast in allen Aufrufen zum Jahreswechsel im *Adelsblatt* sowie in seinen Reden vor dem Adelskapitel und dem Adelstag. — Vgl. auch die folgende Anm.

[53]) In seinem „Erlaß des Reichswehrministers" überschriebenen Protest im *Adelsblatt* 28. 9. 1929 betonte *Berg*, Adelsgenossenschaft und *Adelsblatt* hätten „sich stets von jeder Parteipolitik ferngehalten, es aber als ihre Pflicht angesehen, vom nationalen, nicht aber vom parteipolitischen Standpunkte zu den großen politischen Fragen Stellung zu nehmen und ihre warnende Stimme zu erheben." — Einen entsprechenden Entschluß wie das Reichswehrministerium hat das preußische Staatsministerium am 23. 10. 1929 gefaßt. Die Reichsregierung befaßte sich in einer Sitzung vom 3. 9. 1929 mit dem „vergiftenden Kampf" des *Adelsblattes* „gegen den bestehenden Staat" und dem „Verhältnis der Beamtenschaft zur deutschen Adelsgenossenschaft". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II. Bearbeitet von Martin Vogt. Bd. 2, Boppard a. Rh. 1970, S. 903 f. (bes. Anm. 8).

[54]) Als zwei Beispiele für viele sich einander weitgehend gleichende Aufrufe können seine Artikel im *Adelsblatt* vom 21. 4. 1928 „Zu den Wahlen" und vom 9. 8. 1930 „Zu den kommenden Reichstagswahlen" gelten.

Aufrufen als Adelsmarschall und in seinen Reden vor dem Adelskapitel und dem Adelstag verwandte Vokabular wie „zersetzend", „Volksmasse-Volkstum", „Kriegsschuldlüge", „Führertum", „fremdrassige, undeutsche Kräfte", „rote Flut", „marxistische Willkürherrschaft"[55]), um die schärfsten zu nennen, und seine Mahnung an die Rechtsparteien, die Zerrissenheit zu überwinden und die Reihen fest zu schließen, „damit nur rechts gegen links steht, gegen Sowjet, gegen Juden und Judengenossen"[56]), demonstrieren, daß es mit der parteipolitischen Unabhängigkeit nicht weit her war. Die konsequente Ablehnung der „schwarz-rot-goldenen" Reichsfarben, die Unterstützung des Volksbegehrens gegen den *Young*-Plan als „Versuch, den Widerstandswillen des Volkes gegen unsere Versklavung, der in weiten Kreisen ganz verloren [ist], neu zu beleben"[57]), und der 1928 in die Satzung aufgenommene Arierparagraph[58]) sind nur einige weitere Indizien, in welche politische Richtung die Vorstellungen in der Deutschen Adelsgenossenschaft und bei ihrem Adelsmarschall gingen.

Das Jahr 1932 offenbarte jedoch, daß die politischen Anschauungen des Adelsmarschalls nicht völlig mit denen der Mehrheit in der Adelsgenossenschaft konform gingen. Trotz seines vor den Institutionen der Adelsgenossenschaft und im *Adelsblatt* zur Schau getragenen nationalistischen, völkischen Gedankenguts waren in *Berg* noch die alt-konservativen Traditionen lebendig. Vor allem seine Verwurzelung im Christentum hat ihn wohl davor bewahrt, völlig in das deutschnationale Fahrwasser eines *Hugenberg* abzugleiten. So stellte er bei der politischen Rechtsentwicklung der Adelsgenossenschaft eher ein retardierendes, denn ein

---

[55]) Vgl. u. a. *Adelsblatt* 21. 7. 1927: „Nicht fremdrassige, undeutsche Kräfte sollen uns beherrschen und die deutsche Seele zerstören, deutsches Volkstum soll unsere Losung sein"; 21. 1. 1928: Wenn die nationalen Parteien unterliegen, „kommen wir in die rote Flut"; 9. 8. 1930: „Dem marxistischen Geist und der marxistischen Willkürherrschaft gilt der Kampf"; 7. 2. 1931: Die Adelsgenossenschaft finde sich „mit all denen zusammen, die unter restloser Überwindung der Demokratie und des [...] liberalistischen Gedankens des 19. Jahrhunderts das auf organischer Grundlage ruhende 3. Reich erstreben." In einem von *Berg* unterzeichneten „Werberuf", veröffentlicht im *Adelsblatt* am 12. 9. 1931, wird als Zielsetzung des Adels und der Adelsgenossenschaft der Kampf „gegen den Liberalismus und seine Folgeerscheinungen, den Marxismus und Bolschewismus" und die „Abkehr von der Demokratie" propagiert und daraus u. a. folgende Aufgaben konstruiert: Kampf gegen die „Fesseln des Versailler Diktates" und ein „vom Marxismus beherrschtes System". „Erziehung zum Führer ist ihr Ziel", die „Pflege der Rassenfrage" hat sie sich zur Aufgabe gestellt und deshalb „die Aufnahme von dem Nachweis gewisser Blutreinheit abhängig" gemacht. „Daß in diesem Kampf auch der gegen fremdrassigen Geist Hand in Hand geht, dürfte selbstverständlich sein." — Vgl. auch die folgende Anm.

[56]) *Adelsblatt* 1. 7. 1928, Rede *Bergs* in der Sitzung des Adelskapitels; ähnlich auch in seiner Ansprache an den Adelstag, a.a.O.: „Es kann nicht besser werden, ehe wir uns nicht zu einer großen Rechten gegen die Linke zusammenschließen und so den Kampf gegen Marxismus und Mammonismus gemeinsam erfolgreich aufnehmen zum Segen für unser Vaterland." — Vgl. auch die vorige Anm.

[57]) Aufruf *Bergs* „Zum Volksbegehren"; *Adelsblatt* 5. 1. 1929.

[58]) Die Satzungsänderungen sind abgedr. im *Adelsblatt* 1. 7. 1928. Der geänderte § 4 (8) lautete nun: „Mitglieder der D[eutschen] A[dels] G[enossenschaft] können nicht werden:
a) wer unter seinen Vorfahren im Mannesstamm einen nach dem Jahre 1800 geborenen Nichtarier hat oder zu mehr als einem Viertel anderer als arischer Rasse entstammt oder mit jemand verheiratet ist bzw. gewesen ist, bei dem dies zutrifft; b) die Mitglieder der humanitären Freimaurerlogen."

treibendes Moment dar. Seine Zugehörigkeit zur deutschnationalen Fraktion im ostpreußischen Provinziallandtag hat ihn nicht daran gehindert, in seiner Funktion als Adelsmarschall am 6. Februar 1932 eine Erklärung zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl im *Adelsblatt* zu veröffentlichen, mit der er sich in Gegensatz zur offiziellen Parteilinie der Deutschnationalen Volkspartei setzte. Er befürwortete darin eine Wiederwahl *Hindenburgs*, „dessen Persönlichkeit im Auslande sich Achtung erzwingt und vor der sich jeder gute Deutsche in Ehrfurcht beugt. Bei dieser Wahl soll Parteigeist schweigen, soll schweigen der Hader um die Reichsregierung."[59])

Als jedoch mit *Hitler* und *Duesterberg* zwei rechtsgerichtete Gegenkandidaten auftraten, sah sich Friedrich *v. Berg*, der sich mit anderen Freunden *Hindenburgs* darum bemüht hatte, in konservativen Kreisen Unterstützung für dessen Kandidatur zu finden, im gleichen Moment heftigen Attacken ausgesetzt. Er mußte erfahren, daß für die Mehrheit in der Adelsgenossenschaft die Ablehnung des „Parteigeistes" nicht gegenüber Gruppierungen galt, die einen rechten Radikalismus verkörperten und in denen sie nun die Verwirklichung des auch von *Berg* so oft beschworenen „Führergedankens" gefunden zu haben glaubten. So sah sich der Adelsmarschall veranlaßt, in der nächsten Ausgabe des *Adelsblattes* zu erklären, daß seinem Aufruf zur Reichspräsidentenwahl „nicht ein Beschluß des Hauptvorstandes [der Adelsgenossenschaft] oder des Adelskapitels zugrunde" liege und er damit nur seine „persönliche Überzeugung zum Ausdruck" habe bringen wollen.[60]) Am 17. Februar 1932 legte er wegen dieser Differenzen schließlich den Vorsitz in der Adelsgenossenschaft nieder[61]), ein Entschluß, der wie *Hindenburg* meinte, aus einer „verständlichen Verärgerung etwas übereilt gefaßt" sei.[62])

Bergs Rücktritt war nach dem Urteil seines Adoptivsohnes Hans-Hubert *v. Berg* ein „Protest gegen die Haltung innerhalb maßgebender Kreise der Adelsgenossenschaft" und geschah nicht etwa deshalb, „um *Hindenburgs* Einstellung zu desavourieren"[63]), wie es in einer vom Hauptvorstand der Deutschen Adels-

---

[59]) *Adelsblatt* 6. 2. 1932. *Bergs* Aufruf, unterzeichnet „Der Adelsmarschall *v. Berg*-Markienen", ist auf den 3. 2. 1932 datiert. Zum Zusammenhang vgl. Erich Matthias: Hindenburg zwischen den Fronten. In: VfZG, 8. Jg. 1960, H. 1, S. 74 ff., bes. S. 78 (Anm. 1).

[60]) Diese mit „Berlin, den 17. Februar 1932" datierte Erklärung wurde im *Adelsblatt* am 13. 2. 1932 veröffentlicht.

[61]) *Adelsblatt* 27. 2. 1932. Vgl. dazu auch Nachlaß Goßler: „Leider sieht sich *Berg* genötigt, den Vorsitz niederzulegen, als er sich im Jahre 1932 persönlich für die Wiederwahl *Hindenburgs* einsetzt und sich dadurch in Widerspruch mit weiten, den nationalen Parolen folgenden Kreisen des Adels gesetzt hatte."

[62]) So Hindenburg in einem Schreiben an Berg vom 25. 2. 1932, mit dem er ihm die „Persönliche Darlegung des Herrn Reichspräsidenten über die Vorgänge und Vorgeschichte seiner Wiederkandidatur vom 25. 2. 1932" übersandte. Die Schriftstücke sind von Erich Matthias in den VfZG (vgl. Anm. 59) aus dem Nachlaß Berg veröffentlicht worden. Andere Exemplare der „Darlegung" sind u. a. schon von Bracher und Görlitz (Hindenburg) benutzt worden; vgl. a.a.O. S. 76 f. — Nach einer a.a.O. S. 78 (Anm. 1) zit. Mitteilung Hans-Hubert *v. Bergs* bezieht sich die Bemerkung des Reichspräsidenten auf die gemeinsame Auffassung von ihm und Friedrich *v. Berg*, „daß die z. Zt. maßgebenden Leute innerhalb der Adelsgenossenschaft nicht den Geist der Gesamtheit repräsentierten."

[63]) Hans-Hubert *v. Berg* in einer Mitteilung gegenüber Erich *Matthias*; a.a.O. S. 78 (Anm. 1).

genossenschaft herausgegebenen Erklärung vom 17. Februar angedeutet wurde.[64]) Mit der in dieser Stellungnahme geübten indirekten Kritik an *Hindenburg* und der Aufforderung, sich bei der Reichspräsidentenwahl „nur von dem einen Gedanken leiten [zu lassen], den nationalen Kampf gegen das heutige von der Sozialdemokratie beherrschte System und für die innere und äußere Befreiung unseres Vaterlandes zu unterstützen", zeichnete sich ab, welchen Kurs die Adelsgenossenschaft genommen hatte. Ihr Kampf gegen den Bolschewismus und die SPD, gegen den Parlamentarismus und das Judentum trieb sie in die Arme der nationalsozialistischen Bewegung.

Für Friedrich *v. Berg* bedeutete die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten den Verlust seiner wichtigsten Ämter. In den Provinziallandtag, dem er bisher als Präsident vorgestanden hatte, wurde er 1933 nicht mehr entsandt.[65]) Auch die Provinzialsynode in Ostpreußen wählte im August 1933 ihren langjährigen Präses *v. Berg* nicht wieder, sondern an seiner Stelle den Gauleiter und Oberpräsidenten *Koch*.[66]) Mit einer würdigen Gedenkrede auf den von den Nationalsozialisten des Amtes enthobenen Generalsuperintendenten *Gennrich* verabschiedete sich *Berg* von seinem Kirchenamt. Seine kritische Einstellung gegenüber dem zur Macht gelangten Nationalsozialismus war durch eine Unterredung mit *Hitler* im Jahre 1933 nur stärker geworden. *Blomberg* und *Berg* hatten *Hitler* auf Wunsch von *Hindenburg* aufgesucht, „um über die monarchische Frage zu sprechen", kamen aber selbst kaum zu Wort, sondern wurden meist nur „angeschrien".[67]) Die Illusionen, die sich manche Monarchisten über das Dritte Reich gemacht hatten, wurden gründlich zerstört. *Berg*, der wie so viele

---

[64]) Veröffentlicht im *Adelsblatt* 27. 2. 1932. Es hieß darin u. a.: „Als Exzellenz *v. Berg* am 6. Februar für den Feldmarschall eintrat, mußte er auf Grund seiner Informationen mit unbedingter Sicherheit annehmen, daß dieser mit dem heutigen System brechen oder, wenn die Verhandlungen über ein Rechtskabinett sich zerschlagen würden, eine Kandidatur gegen die Rechtsparteien keinesfalls annehmen würde. Die Verhältnisse haben sich anders entwickelt, und daraus hat Exzellenz *v. Berg* geglaubt, die Folgerung ziehen zu sollen." — *Matthias* (vgl. Anm. 59) urteilt darüber: „Wenn der Hauptvorstand auf diese Weise den Rücktritt als Distanzierung des bisherigen Adelsmarschalls von *Hindenburg* auslegte, kam das einer bewußten Verfälschung der Motive *Bergs* gleich." Das Adelskapitel hat in seiner Sitzung vom 27. 6. 1932 *Berg* dann zum 2. Ehrenvorsitzenden (1. Ehrenvorsitzender war *Hindenburg*) gewählt; *Adelsblatt* 2. 7. 1932.

[65]) Vgl. Archivlager Göttingen Rep. 2 Nr. 2953. Dazu Familienbuch, Eintragung vom 4. 4. 1934: „Der Durchbruch des Nationalsozialismus führte zur Erledigung des allergrößten und des wichtigsten Teils der Ämter."

[66]) Vgl. Hubatsch, Evangelische Kirche I S. 463.

[67]) Vgl. dazu den Bericht, den *Berg Ilsemann* (II S. 281) im Mai 1935 von dieser Unterredung gegeben hat. Danach hat die Aussprache „über eine Stunde gedauert, wobei *Blomberg* so gut wie nichts und er nur wenig habe sagen können. Meistens habe *Hitler* ihn angeschrien. Eine Monarchie für das Reich lehne er nicht absolut ab, aber solange er lebe, sei nicht daran zu denken, weil das Volk nur ihn, *Hitler*, und niemand anderen haben wolle! Außerdem hätten die Monarchen auf Kosten des Volkes doch stets ihre eigene Politik getrieben und vor allem ihre Günstlinge auf wichtige Posten gebracht, das wolle er nicht. Zum Schluß habe *Hitler* dann noch eine unfreundliche Bemerkung über den Kaiser gemacht." Nach Mitteilung von Hans-Hubert *v. Berg* vom 17. 10. 1968, der sich zu erinnern glaubt, daß dieses Gespräch im Frühjahr oder Herbst 1933 stattgefunden hat, war *Bergs* Eindruck von *Hitler* der denkbar ungünstigste. Dessen Monologe seien hohl und parteiisch gewesen.

andere, sich konservativ dünkende, sein bescheidenes Scherflein dazu beigetragen hatte, den Nationalsozialisten, wenn auch mehr oder minder unbewußt, die Tore zu öffnen, erkannte zu spät das wahre Gesicht des *Hitler*-Systems.[68])

Ostpreußen, in dem er wurzelte und Anerkennung fand, die preußische Monarchie, derem Repräsentanten Kaiser *Wilhelm II.* er treu diente, aber zugleich zu einer schärferen Hervorkehrung der monarchischen Gewalt vorwärts zu treiben suchte, ein Protestantismus, der sich militant antikatholisch gab, und der konservative Gedanke, der sich durch seine Engstirnigkeit als ein stockreaktionäres Verhalten geltend machte, das sind für ihn sein ganzes Leben lang die bestimmenden Faktoren gewesen. In *Hindenburg*, den er als Feldmarschall bewunderte, glaubte er den Wegbereiter eines neuen, tatkräftigen Führertums gefunden zu haben. Doch das Regime, das nun unter dieser Etikette seine Gewaltherrschaft ausübte, war etwas anderes, als er sich ersehnt hatte, zu „pöbelhaft" und gewalttätig, als daß er dazu hätte ja sagen können.

Zurückgezogen auf seinem Gut Markienen lebend ist Friedrich *v. Berg*, der in den letzten Jahren fast völlig erblindet war[69]), am 8. März 1939, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, in seiner Heimatprovinz Ostpreußen gestorben.[70])

[68]) Nach offenbar anfänglich vorhandenen Illusionen, wie die Unterredung mit *Hitler* zeigt, war sein Urteil später klar und eindeutig. Unterredung des Bearbeiters mit Hans-Hubert *v. Berg* am 17. 10. 1968.

[69]) Ilsemann II S. 280 f.

[70]) Nachlaß Berg, Dahlem.

Zur Edition

Friedrich *v. Berg* hat seine Aufzeichnungen über seine Tätigkeit als Chef des Zivilkabinetts im Frühjahr 1920 verfaßt.[1]) Das von ihm in seiner kleinen, schwer lesbaren Handschrift aufgezeichnete Manuskript umfaßt 22 Doppelbögen in DIN-A4-Format, die von ihm mit römischen Zahlen paginiert wurden. Ein Haupttitel fehlt ebenso wie jede Unterüberschrift. Absätze kommen nur vereinzelt vor. Das Manuskript trägt trotzdem den Charakter einer Reinschrift. Korrekturen fehlen fast völlig. Um so stärker fällt der eigenwillige, häufig etwas telegrammartige Stil und der wenig systematische Aufbau ins Auge. Beides war wohl in erster Linie dadurch bedingt, daß die Aufzeichnungen offenbar in einem Zuge niedergeschrieben wurden[2]) und *Berg* sich in erster Linie auf sein Gedächtnis stützen mußte, da ihm weder amtliche Unterlagen noch umfangreichere eigene Notizen zur Verfügung standen.[3])

Das Original, das nach dem Willen seines Verfassers zunächst nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, wurde von Hans-Hubert *v. Berg*, dem Adoptivsohn und Neffen, im Zweiten Weltkrieg bei der Flucht aus Markienen mitgenommen und dem Bundesarchiv in Koblenz übergeben. Es wird dort in dem Bestand „Kleine Erwerbungen Nr. 331—1" verwahrt und ist mit dem Titel versehen: „Aufzeichnungen von Dr. Friedrich *v. Berg* aus der Zeit seiner Tätigkeit als Chef des Zivilkabinetts über den Zeitraum 14. 1. 1918—1. 11. 1918". In Nr. 331-2 befinden sich daneben noch maschinenschriftliche Abschriften des Manuskripts.

Die vorliegende Edition beruht auf dem handschriftlichen Original, das vollständig wiedergegeben wird. Sie wurde durch einige Schreiben *Bergs* an den Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium *Heinrichs*[4]), einen Brief des Reichskanzlers *Hertling*[5]), Aufzeichnungen von *Heinrichs* und General *v. Falkenhausen* über Unterredungen mit dem Chef des Zivilkabinetts[6]) und ein Schreiben *Wilhelms II.* anläßlich der Verabschiedung *Bergs* ergänzt.[7])

Von den ungedruckten amtlichen Quellen, die für die Einleitung und Kommentierung herangezogen wurden, sollen die wichtigsten kurz skizziert werden. Aus

---

[1]) Den entscheidenden Anhaltspunkt für die Entstehungszeit bieten neben der Bezugnahme auf die im Jahre 1919 erschienenen Kriegserinnerungen Ludendorffs (vgl. S. 122) die Datumsangabe auf S. 100 „März 1920". *Berg* nimmt dort Stellung zu dem Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Transitverkehr nach Ostpreußen vom 26. 3. 1920 (vgl. S. 100, Anm. 1). — Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß *Berg* im Februar 1920 seine Eintragung ins Familienbuch machte — vgl. oben S. 38 (Anm. 17) —, in der er einen Abriß seines bisherigen Lebens gab. Möglicherweise war das der Anstoß, seine Erinnerungen an die Tätigkeit als Kabinettschef niederzuschreiben.

[2]) Darauf deuten neben dem allgemeinen Charakter der Aufzeichnungen die in der vorigen Anm. erwähnte Bezugnahme auf „März 1920".

[3]) Vgl. dazu unten S. 185: es sei möglich, „daß mein Gedächtnis mich insoweit heute beim Niederschreiben im Stich läßt, [. . .]", sowie häufig fehlerhafte Schreibung von Orts- und Personennamen. Andererseits weisen die im allgemeinen, abgesehen von einigen Fehlern, zutreffenden Datums- und Zeitangaben darauf hin, daß *Berg* offenbar auf einen Terminkalender oder Kurznotizen zurückgreifen konnte. Vgl. auch unten S. 187: „Ich schrieb am 1. Oktober in mein kurzes Tagebuch."

[4]) Anlagen Nr. 1, 4 und 6.

[5]) Anlage Nr. 2.

[6]) Anlagen Nr. 3 und 5.

[7]) Anlage Nr. 7.

den im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes verwahrten Archivalien war für die vorliegende Edition besonders der Bestand „Gr[oßes] Hauptquartier" von großem Nutzen. Er spiegelt in dem Schriftwechsel zwischen der Reichsleitung und ihren Vertretern beim Kaiser und der OHL, der Korrespondenz zwischen Oberster Heeresleitung und ihrem Verbindungsoffizier beim Monarchen, in Protokollen und Aufzeichnungen von Besprechungen des Kaisers mit der Reichsleitung, der OHL, Kaiser *Karl* u. a. die wichtigsten Vorgänge im Großen Hauptquartier. Eine wertvolle Ergänzung boten die Akten des Österreichischen Kriegsarchivs, in erster Linie für die militärpolitischen Fragen, des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien und einzelne Materialien des Deutschen Zentralarchivs Merseburg, die vor allem für den institutionsgeschichtlichen Teil der Einleitung wichtige Aufschlüsse vermittelten.

Von den Nachlaßbeständen verdienen die im Wojewodschaftsarchiv Allenstein erhaltenen Papiere der Familie *v. Berg* eine gesonderte Erwähnung.[8]) Während der erste Teil nur Familienkorrespondenz umfaßt, enthält der zweite Teil Handschreiben an Friedrich *v. Berg* für den Zeitraum von 1915 bis 1933. Neben Schreiben des Kronprinzenpaares und anderer Hohenzollernprinzen sind eine Reihe von *Hindenburg*briefen für die Jahre von 1917 bis 1932 besonders hervorzuheben, die ein aufschlußreiches Licht auf die Vorgeschichte der Berufung *Bergs* zum Chef des Zivilkabinetts und die Beziehungen zwischen dem General und Friedrich *v. Berg* für die Jahre 1918 bis 1932 werfen.

Wichtige Auskünfte brachte der im Bundesarchiv Koblenz verwahrte Nachlaß Adolf *Heinrichs*, aus dem im Anhang einzelne Aktenstücke zum Abdruck gelangen. Die an den Unterstaatssekretär gerichteten Schreiben *Bergs* gehören zwar mit zu dem Routineschriftwechsel zwischen dem Zivilkabinett und dem preußischen Staatsministerium, doch tragen sie häufig eine sehr persönliche Note. Über einen der Kernpunkte von *Bergs* Tätigkeit als Chef des Zivilkabinetts geben die im Bundesarchiv, Hauptabteilung Militärarchiv Freiburg, befindlichen Lebenserinnerungen des Generals Ludwig *v. Falkenhausen* Auskunft. Als sehr nützlich, insbesondere für die Einleitung, erwiesen sich ferner die an sich sehr dürftigen und knappen Tagebuchnotizen Rudolf *v. Valentinis* (Bundesarchiv Koblenz).

In der äußeren Gestaltung hält sich die Edition an das Vorbild der bisherigen Quellenpublikationen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Da ein ungegliederter originalgetreuer Abdruck des Manuskripts die Lesbarkeit sehr erschwert hätte, wurden Abschnitte und Unterabschnitte eingeführt und mit Überschriften versehen. Die Absätze sind in der Regel ebenfalls erst vom Bearbeiter eingefügt worden. Lücken im Original sind durch [. . .] gekennzeichnet. Auch alle Zusätze des Bearbeiters stehen in [eckigen Klammern]. Rechtschreibung und Zeichensetzung wurden normalisiert, Abkürzungen, soweit sie nicht heute noch gebräuchlich sind, stillschweigend aufgelöst. Hervorhebungen in der Druckvorlage sind stets gesperrt wiedergegeben,

[8]) Neben dem im Bundesarchiv verwahrten Nachlaß v. Berg existiert noch ein weiterer Nachlaßsplitter im Geheimen Staatsarchiv Dahlem. Er beschränkt sich jedoch fast ausschließlich auf einen Schriftwechsel zwischen König *Friedrich Wilhelm IV.* und Carl Friedrich Wilhelm *v. Berg*, dem Großvater des Kabinettschefs.

bereits veröffentlichte Dokumente in Petit gesetzt. Durch *Kursivdruck* werden — sowohl im Text als auch in den Anmerkungen — Familiennamen, Zeitungs- und Zeitschriftentitel hervorgehoben.

Herausgeber und Bearbeiter sind Herrn Hans-Hubert *v. Berg*, Rheden über Elze, zu großem Dank verpflichtet. Er hat in großzügiger Weise die Erlaubnis erteilt, den Nachlaß seines Adoptivvaters zu benutzen und hat darüber hinaus zur Klärung von Einzelheiten zur Biographie Friedrich *v. Bergs* beigetragen. Für Hinweise und wertvolle Auskünfte sei herzlich gedankt Frau Elisabeth Ilsemann-Bentinck, Amerongen; Frau Ilse Bezzenberger, Berlin; den Herren Friedrich v. Batocki-Friebe, Essen; Frhr. v. Falkenhausen, Essen; Dr. Wilhelm Ilsemann, Hamburg; Harald v. Koenigswald, Adelsheim; Dr. Herbert Obenaus, Göttingen; Dr. Anton Ritthaler, München. Ferner gilt der Dank den Archiven, Bibliotheken und Instituten, die diese Edition gefördert haben: Bundesarchiv Koblenz; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; Deutsches Zentralarchiv, Merseburg; Staatliches Archivlager Göttingen; Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien; Österreichisches Kriegsarchiv, Wien; Naczelna Dyrekcja Archiwow Panstwowych, Warschau; Wojewodzkie Archiwum Panstwowe in Allenstein; Archiv der Evangelischen Kirche Ostpreußens, Beienrode; Deutsches Adelsarchiv, Marburg; Bundestagsbibliothek, Bonn; Universitätsbibliothek, Bonn; Deutsche Staatsbibliothek, Berlin.

Gerne dankt der Bearbeiter den Herausgebern dieser Reihe, besonders Herrn Prof. Dr. Erich Matthias, der diese Edition angeregt und mit seinem Rat ständig begleitet hat. An dieser Stelle gebührt Dank auch den Mitarbeiterinnen der Kommission, die mit großer Geduld an der Herstellung des Manuskriptes mitgearbeitet haben.

Verzeichnis der Archivalien

I. Amtliche Überlieferungen

Archivlager Göttingen	Staatliches Archivlager Göttingen, Bestand: Oberpräsidium von Ostpreußen, Rep. 2.
DZA Merseburg	Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, Bestand Geheimes Zivilkabinett.
HHStA Wien	Österreichisches Staatsarchiv, Abteilung Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Politisches Archiv, Abt. III Preußen Berlin.
Kriegsarchiv Wien	Österreichisches Staatsarchiv, Abteilung Kriegsarchiv Wien, Abteilung Oberkommando und Militärkanzlei.
Pol. Archiv	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, Abteilung: Der Weltkrieg; Großes Hauptquartier.

II. Nachlässe

Nachlaß Bauer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Max Bauer.
Nachlaß Berg, Dahlem	Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Nachlaß v. Berg.
Nachlaß Brockdorff-Rantzau	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, Nachlaß Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau.
Nachlaß Falkenhausen	Bundesarchiv, Hauptabteilung Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Ludwig Frhr. v. Falkenhausen.
Familienbuch	Privatbesitz Hans-Hubert v. Berg, Familienbuch der Familie Berg-Markienen.
Nachlaß Goßler	Bundesarchiv, Hauptabteilung Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Alfred v. Goßler.
Nachlaß Haeften	Bundesarchiv, Hauptabteilung Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Hans v. Haeften.
Nachlaß Heinrichs	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Adolf Heinrichs.
Nachlaß Hertling	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Georg Graf v. Hertling.
Nachlaß Valentini	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Rudolf v. Valentini.
Tagebücher Valentinis	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Rudolf v. Valentini, Tagebuchaufzeichnungen.
WA Allenstein	Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Olsztynie, Korrespondenzen der Familie Berg.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Adelsblatt	Deutsches Adelsblatt. Zeitschrift der Deutschen Adelsgenossenschaft für die Aufgaben des christlichen Adels. Jge. 1919—1933.
Amtliche Kriegsdepeschen	Amtliche Kriegsdepeschen. Nach Berichten des Wolff'schen Telegramm-Bureaus. Bd. 7.8. Berlin o. J. [1917/18].
Amtliche Urkunden	Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amts und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. 2. verm. Aufl., Berlin 1924.
Basler, Annexionspolitik	Werner *Basler:* Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918. Berlin (Ost) 1962.
Bauer, Der große Krieg	Oberst Max *Bauer:* Der große Krieg in Feld und Heimat. Tübingen, 2. Aufl. 1921.
Balfour	Michael *Balfour:* The Kaiser and his Times. London 1964.
Baumgart	Winfried *Baumgart:* Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien und München 1966.
Bentinck	Norah *Bentinck:* Der Kaiser im Exil. Übertragung von Georg Stein. Berlin 1921.
Bethmann Hollweg, Betrachtungen	Theobald *v. Bethmann Hollweg:* Betrachtungen zum Weltkriege. 2 Bde., Berlin 1919/1922.
Bothmer	Frhr. Karl *v. Bothmer:* Mit Graf Mirbach in Moskau. Tagebuch-Aufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918. Tübingen 1922.
Bracher	Karl Dietrich *Bracher:* Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 4. Düsseldorf 1955.
Brecht, Lebenserinnerungen	Arnold *Brecht:* Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884—1927. Stuttgart 1966.
Bredt, Erinnerungen	Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor *Bredt* 1914 bis 1933. Bearbeitet von Martin *Schumacher.* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 1). Düsseldorf 1970.
Bredt, Gutachten	Joh. Victor *Bredt:* Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 8.) Berlin 1926.
Von Brest-Litowsk bis Rapallo	Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, Bd. 1: 1917—1918, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Redaktionskollegium: W. M. *Chwostow,* S. *Doernberg* u. a., Berlin 1967.
Bülow, Denkwürdigkeiten	Bernhard Fürst *v. Bülow:* Denkwürdigkeiten. Hrsg. von Franz v. Stockhammern. 4 Bde., Berlin 1930/31.
Burian	Stephan Graf *Burian v. Rajecz:* Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin 1923.
Cecil, Albert Ballin	Lamar *Cecil:* Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888—1918. Hamburg 1969.

Conze, Polnische Nation	Werner *Conze:* Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4). Köln, Graz 1958.
Cramon, Unser Bundesgenosse	August *v. Cramon:* Unser Österreichisch-Ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Erinnerungen aus meiner 4jährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k.u.k. Armeeoberkommando. Berlin 1920.
Czernin	Ottokar Graf *v. Czernin:* Im Weltkriege. Berlin und Wien. 2. Aufl. 1919.
Deist, Militär und Innenpolitik	Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918. Bearbeitet von Wilhelm *Deist.* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe, Bd. 1/II und II). Düsseldorf 1970.
Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung	Clemens *v. Delbrück:* Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. und ergänzt von Joachim v. Delbrück. München 1924.
Demblin	August *Demblin:* Czernin und die Sixtus-Affäre. München 1920.
Deutschland im Weltkrieg	Deutschland im ersten Weltkrieg. Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim *Petzold.* Berlin (Ost) 1969.
Direnberger	Erwin *Direnberger:* Die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung von 1914—1918. Berlin 1936.
Dorpalen, Hindenburg	Andreas *Dorpalen:* Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik. Berlin–Frankfurt/M. 1966.
Drabkin	J. S. *Drabkin:* Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Übersetzt von Ernst Wurl. Berlin (Ost) 1968.
Dryander	Ernst *v. Dryander:* Erinnerungen aus meinem Leben. Bielefeld und Leipzig 1926.
Epstein	Klaus *Epstein:* Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin/Frankfurt a. M. 1962.
Erzberger, Erlebnisse	Matthias *Erzberger:* Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart, Berlin 1920.
Eulenburg, Erinnerungen	Philipp Fürst *zu Eulenburg-Hertefeld:* Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlaß des Fürsten. Hrsg. von Johannes Haller. Berlin 1923.
Fendrich, Die Kluft	Anton *Fendrich:* Die Kluft. Erlebnisse, Briefe, Dokumente aus den Kriegsjahren 1914—1918. Stuttgart 1919.
Fischer	Fritz *Fischer:* Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18. 3. verbesserte Aufl., Düsseldorf 1964.
Foerster	Wolfgang *Foerster:* Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des ersten Weltkrieges. Wiesbaden 1952.
Gagel	Walter *Gagel:* Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848—1918. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 12). Düsseldorf 1958.
Geiss, Polnischer Grenzstreifen	Immanuel *Geiss:* Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg. (Historische Studien. Heft 378). Lübeck und Hamburg 1960.
Görlitz	Walter *Görlitz:* Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953.
Groener	Wilhelm *Groener:* Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen mit einem Vorwort von Peter Rassow. Göttingen 1957. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts Bd. 41.)

Hahlweg, Brest-Litowsk	Werner *Hahlweg:* Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918". (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 8). Düsseldorf 1971.
Handbuch	Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat. Berlin 1853 ff.
Haußmann	Conrad *Haußmann:* Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich Zeller. Frankfurt a. M. 1924.
Heinig, Hohenzollern	Kurt *Heinig:* Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz. Berlin 1921.
Helfferich, Weltkrieg	Karl *Helfferich:* Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band. Karlsruhe 1925.
Herre	Paul *Herre:* Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik München 1954.
Hertling	Karl Graf *v. Hertling:* Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919.
Hindenburg, Aus meinem Leben	Paul *v. Hindenburg:* Aus meinem Leben. Leipzig 1920.
Hintze	Otto *Hintze:* Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmoller. Leipzig 1908.
Hohlfeld	Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Hrsg. von Johannes *Hohlfeld.* Bd. 2. Berlin 1951.
Hoffmann	Max *Hoffmann:* Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von Karl Friedrich Nowak. 2 Bde., Berlin 1929.
Hubatsch, Evangelische Kirche	Walther *Hubatsch:* Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens. 3 Bde., Göttingen 1968.
Hubatsch, Hindenburg und der Staat	Walther *Hubatsch:* Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten 1878—1934. Göttingen 1966.
Huber, Dokumente	Ernst Rudolf *Huber:* Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bde. 1—3, Stuttgart 1961—1966.
Huber, Verfassungsgeschichte	Ernst Rudolf *Huber:* Deutsche Verfassungsgeschichte. Bde. 1—4, Stuttgart 1961—1969.
Hüffer	Hermann *Hüffer:* Die Kabinettsregierung in Preußen und Johann Wilhelm Lombard. Leipzig 1891.
Huldermann	Bernhard *Huldermann:* Albert Ballin. 4. Aufl. Oldenburg i. O./Berlin 1922.
Hutten-Czapski	Bogdan Graf *v. Hutten-Czapski:* Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde., Berlin 1936.
Ilsemann	Sigurd *v. Ilsemann:* Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II. Hrsg. von Harald v. Koenigswald. 2 Bde., München 1967 und 1968.
Janßen	Karl-Heinz *Janßen:* Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen-Berlin-Frankfurt-Zürich 1963.
Kühlmann, Erinnerungen	Richard *v. Kühlmann:* Erinnerungen. Heidelberg 1948.
Kuhl, Weltkrieg	Hermann *v. Kuhl:* Der Weltkrieg 1914—1918. 2 Bde., Berlin 1933.
Loßberg	Fritz *v. Loßberg:* Meine Tätigkeit im Weltkriege 1914—1918. Berlin 1939.

Ludendorff, Kriegserinnerungen	Erich *Ludendorff:* Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. 4. Aufl., Berlin 1919.
Lütge	Klaus *Lütge:* Die Politik des Reichskanzlers Max von Baden. Phil. Diss. Kiel 1953 [Maschinenschrift].
Prinz Max von Baden	Prinz *Max von Baden:* Erinnerungen und Dokumente. Berlin und Leipzig 1927.
Meisner	Heinrich Otto *Meisner:* Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Jg. 36, 1923, H. 1/2 S. 39 ff. und 180 ff.
Meißner, Staatssekretär	Otto *Meißner:* Staatssekretär unter Ebert–Hindenburg–Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918—1945, wie ich ihn erlebte. Hamburg 1950.
Mommsen	Wilhelm *Mommsen:* Deutsche Parteiprogramme. München 1960.
Müller, Kaiser	Der Kaiser. Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander *v. Müller* über die Ära Wilhelms II. Hrsg. von Walter Görlitz. Göttingen 1965.
Müller, Marinekabinett	Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander *v. Müller* 1914—1918. Hrsg. von Walter Görlitz. Göttingen, Berlin, Frankfurt 1959.
NDB	Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1953 ff.
Niemann, Kaiser und Revolution	Alfred *Niemann:* Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier. Berlin 1922.
Niemann, Revolution	Alfred *Niemann:* Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914 bis 1918. Mit einem Dokumentenanhang. Berlin 1928.
Oldenburg-Januschau	Elard *v. Oldenburg-Januschau:* Erinnerungen. Leipzig 1936.
Patemann	Reinhard *Patemann:* Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 26). Düsseldorf 1964.
Payer	Friedrich *v. Payer:* Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M. 1923.
Preußische Gesetzsammlung	Preußische Gesetzsammlung 1811 und 1914 ff. Redigiert im Büro des Staatsministeriums. Berlin o. J. (1812, 1915 ff.).
Quellen 1/I und II	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von Erich *Matthias* unter Mitwirkung von Rudolf *Morsey.* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Band 1/I und II). Düsseldorf 1959.
Quellen 2	Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich *Matthias* und Rudolf *Morsey.* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 2). Düsseldorf 1962.
Reichshandbuch	Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Hrsg. Deutscher Wirtschaftsverlag. 2 Bde., Berlin 1931.
Reischach	Hugo Frhr. *v. Reischach:* Unter drei Kaisern. Berlin 1925.
Ritter	Gerhard *Ritter:* Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland. Bd. III und IV, München 1964/1968.
Kronprinz Rupprecht	Kronprinz *Rupprecht von Bayern:* Mein Kriegstagebuch. Hrsg. von Eugen v. Frauenholz. 3 Bde., Berlin 1929.

Schmidt-Bückeburg	Rudolf *Schmidt-Bückeburg:* Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Berlin 1933.
Schultheß	*Schultheß'* Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm Stahl. Neue Folge. Jg. 32 ff., 1916 ff., München 1920 ff.
Schwertfeger, Weltkriegsende	Bernhard *Schwertfeger:* Das Weltkriegsende. Gedanken über die deutsche Kriegsführung 1918. 4. Aufl. Potsdam 1937.
Singer	Ladislaus *Singer:* Ottokar Graf Czernin. Staatsmann einer Zeitenwende. Graz, Wien, Köln 1965.
Sten. Ber. Preuß. Abgeordnetenhaus	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 22. Legislaturperiode. III. Session 1916/18. Berlin 1916/18.
Sten. Ber. Preuß. Herrenhaus	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses, Session 1916/18. Berlin 1916/18.
Sten. Ber.	Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte und Anlagen zu den Stenographischen Berichten.
Thaer	Albrecht *v. Thaer:* Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915—1919. Unter Mitarbeit von Helmuth K. G. Rönnefarth, hrsg. von Siegfried A. Kaehler. Göttingen 1958. (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil. Hist. Klasse 3. Folge Nr. 40).
Tirpitz, Erinnerungen	Alfred *v. Tirpitz:* Erinnerungen. 5. Aufl. Berlin und Leipzig 1927.
Urkunden der OHL	Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich *Ludendorff.* Berlin 1920.
Ursachen und Folgen II	Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Zweiter Band: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken. Hrsg. und bearbeitet von Dr. Herbert *Michaelis* und Dr. Ernst *Schraepler* unter Mitwirkung von Dr. Günter *Scheel.* Berlin 1958.
Valentini	Rudolf *v. Valentini:* Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats Rudolf v. Valentini. Dargestellt von Bernhard *Schwertfeger.* Oldenburg i. O. 1931.
Waldersee, Denkwürdigkeiten	Alfred Graf *v. Waldersee:* Denkwürdigkeiten. Auf Veranlassung des Georg Grafen v. Waldersee bearbeitet und hrsg. von Heinrich Otto Meisner. 3 Bde., Stuttgart und Berlin 1922/23.
Weltkrieg	Der Weltkrieg 1914—1918. Bd. 13 und 14 im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, neu hrsg. vom Bundesarchiv Koblenz. Koblenz 1956.
Westarp	Kuno Graf *v. Westarp:* Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. 2 Bde., Berlin 1918.
Westarp, Regierung des Prinzen Max	Kuno Graf *v. Westarp:* Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918. 2. Aufl. Berlin 1918.
Westarp, Ende der Monarchie	Kuno Graf *v. Westarp:* Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Hrsg. von Werner Conze. Stollham (Oldb.), Berlin 1952.
Wheeler-Bennett	John W. *Wheeler-Bennett:* Brest-Litovsk. The Forgotten Peace March 1918. London 1956.
Wheeler-Bennett, Der hölzerne Titan	John W. *Wheeler-Bennett:* Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg. Tübingen 1969.

Wilhelm II., Ereignisse	Kaiser *Wilhelm II.:* Ereignisse und Gestalten. Abhandlungen und Materialien aus den Jahren 1878—1918. Leipzig, Berlin 1922.
Kronprinz Wilhelm, Aufzeichnungen	Erinnerungen des Kronprinzen *Wilhelm.* Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen, hrsg. von Karl Rosner. Stuttgart und Berlin 1922.
Kronprinz Wilhelm, Erinnerungen	Kronprinz *Wilhelm* von Preußen: Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf. Berlin 1923.
Wilmowski	Gustav *v. Wilmowski:* Meine Erinnerungen an Bismarck. Hrsg. von Marcell v. Wilmowski. Breslau 1900.
Wippermann	Karl *Wippermann:* Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begr. Karl Wippermann, Hrsg. Friedrich Purlitz. Jg. 34, 1918, Leipzig o. J.
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 1—12/I. Berlin 1925—1930.
Zedlitz-Trützschler	Robert Graf *Zedlitz-Trützschler:* Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Aufzeichnungen. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925.

Die Aufzeichnungen

A. Einarbeitung in die Geschäfte

1. Die Berufung ins Zivilkabinett

Keine Memoiren sollen das Folgende sein — nur kurze Aufzeichnungen, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind, jedenfalls nicht in naher Zukunft.

Daß der Kaiser daran dachte, mich zum Chef des Zivilkabinetts zu ernennen, wenn *Valentini*[1]) abginge, war mir bekannt; wenn auch der Kaiser es mir nicht direkt gesagt hatte, aber Andeutungen gingen darauf hin.[2]) Als ich 1916 zum Oberpräsidenten vom Staatsministerium vorgeschlagen wurde[3]), sagte mir *Valentini*, daß der Kaiser es nur genehmigen werde, wenn ich aus meiner Ernennung zum Oberpräsidenten keinen Grund entnehmen wolle, das Zivilkabinett gegebenenfalls abzulehnen. Ich hatte das damals zugesagt mit der Begründung, daß ich, wenn ich auch einen solchen Wechsel nicht wünsche, doch dem Kaiser, dem ich Dank schulde, zur Verfügung stehen wolle. Schon 1909, als ich zum Landeshauptmann gewählt werden sollte[4]), hatte der Kaiser mir gesagt, es sei ihm nicht ganz lieb, da er anderes mit mir vorgehabt habe, d. h. er wollte mich dem Kabinett erhalten, um mich allmählich für den Chef vorzubereiten. Auch damals hatte ich gesagt, ich stände S. M. jederzeit zur Verfügung. Vor meiner Ernennung zum Oberpräsidenten sagte mir der Kaiser, ohne näher darauf einzugehen: „Aber nur provisorisch", d. h. er wollte mich bald für Berlin zur Verfügung haben. Ich selbst wünschte mir den Wechsel nicht, war dankbar für meine Stellung in der Heimatprovinz, war sehr gerne Landeshauptmann gewesen, war gern Oberpräsident, da ich das Gefühl hatte, in der Provinz Vertrauen zu haben. Ich dachte nicht gern an einen Wechsel mit Berlin, zumal ich gerade bei meiner guten Bekanntschaft mit S. M. die großen Schwierigkeiten nicht verkannte. Ich wußte aber auch, daß schon geraume Zeit insonderheit von *Hindenburg* und *Ludendorff* gewünscht wurde, daß ich *Valentini* ersetzen sollte.[5])

Am 14. Januar 1918 war ich zu den Sitzungen des Herrenhauses[6]) in Berlin angekommen. Am 16. vormittags erhielt ich aus Königsberg die telefonische

---

[1]) Rudolf *v. Valentini* (1855—1925), 1888 Landrat in Hameln, 1899—1906 Vortragender Rat im Zivilkabinett, 1906—1908 Regierungspräsident in Frankfurt (Oder), wurde am 7. 8. 1908 Chef des Zivilkabinetts. Zu seiner Biographie und seiner politischen Tätigkeit vgl. Valentini, passim.

[2]) Nach einer Unterredung mit *v. Berg* am Vormittag des 24. 6. 1917 äußerte der Kaiser am gleichen Abend gegenüber *Valentini*, daß er *Berg*, „wie ich [*Valentini*] wisse, ‚für eine etwaige Vakanz wieder ins Auge gefaßt habe.'" Valentini S. 154.

[3]) Vgl. Einleitung S. 41 (bes. Anm. 44).

[4]) Vgl. Einleitung S. 40.

[5]) Vgl. S. 43 ff. und 48 ff. Dazu das Schreiben Hindenburgs an Berg vom 7. 9. 1917, WA Allenstein: „Ganz gebe ich die Hoffnung, Sie zum Segen des Vaterlandes hier zu sehen, nicht auf. Sollte aber aus einem dauernden Aufenthalt nichts werden, dann müssen Sie wenigstens periodisch Ihre Besuche bei uns [im Großen Hauptquartier] wiederholen." Am 18.11.1917 hatte der Kaiser *Valentini* und *Lyncker* von Gesprächen mit *Hindenburg* am 17.11. berichtet, in denen dieser *Valentinis* „Entlassung u[nd] Ersetzung durch *Berg* gefordert" hatte; Tagebücher Valentinis.

[6]) Das preußische Herrenhaus trat am 15. 1. 1918 zu seiner 24. Sitzung der Session 1916/18 zusammen. Sten. Ber. Preuß. Herrenhaus, Session 1916/18 S. 700; vgl. Schultheß 1918/I S. 11.

Nachricht, es wäre ein Telegramm von *Valentini* eingelaufen, daß S. M. mich sofort in Berlin zu sprechen wünsche.[7]) Ich sagte sofort zum Oberpräsidialrat *v. Hassel*[8]), der mir das Telegramm mitteilte: „Das ist eine schwere Nachricht, das bedeutet mein Scheiden von Königsberg." Ich ging vorm[ittags] in das Zivilkabinett zu *Valentini*[9]), der mich mit der Mitteilung empfing, daß ich Chef des Zivilkabinetts sei, daß „die Meute nun ihr Ziel erreicht habe"[10]), daß er um seinen Abschied eingekommen sei. Er bemerkte, daß ich es ja viel leichter in meiner Stellung haben würde, da ich das Vertrauen nicht nur des Kaisers, sondern auch das der Kaiserin, der Prinzen und *Hindenburgs* und *Ludendorffs* habe, was ihm fehle. Ich erwiderte, daß ich die Stelle nicht erstrebt habe, und daß es mir sehr schwer würde, den mir liebgewordenen Posten zu verlassen. Unsere Unterhaltung verlief nicht unfreundlich aber kühl, da wir beide wußten, daß wir in unseren Ansichten stark auseinandergingen.[11]) *Valentini*, ein Freund *Bethmanns*, *Müllers*[12]), am Siege Deutschlands stark zweifelnd, vor starken Maßregeln zurückschreckend, Gegner *Ludendorffs*, ich voll fester[13]) Hoffnung und Zuversicht auf den Sieg, Anhänger von *Tirpitz*, *Ludendorff*, der ich *Bethmann* und seine Politik, damit auch die *Valentinis*, für verhängnisvoll gehalten hatte. Noch hoffte ich, daß es nicht zu spät sei, zu einer anderen, kräftigen Politik überzugehen.

Zum Kaiser wurde ich abends 7 Uhr nach Schloß Bellevue bestellt. Der Kaiser war stark erkältet, hütete das Zimmer und sah sonst keinen Menschen. Ich war

---

[7]) Vgl. Anm. 10.

[8]) Vertreter des Oberpräsidenten in Königsberg.

[9]) Vgl. die Tagebuchaufzeichnungen Valentinis vom 15. und 16. 1. 1918 (verarbeitet in Valentini S. 191 ff.). Er notierte unter dem 16. 1. u. a.: „11—12 [Uhr] O[ber]pr[äsident] *v. Berg* bei mir, der gerade im Herrenhaus!"

[10]) Die Verabschiedung *Valentinis* am 16. 1. 1918 und die Berufung *v. Bergs* zum neuen Chef des Zivilkabinetts war von der OHL in Gemeinschaft mit dem Kronprinzen durchgesetzt worden. Vgl. Quellen 1/II S. 103 (Anm. 26); dort ausführliche Quellen- und Literaturangaben. Vgl. auch Einleitung S. 43 ff. und 48 ff., bes. 51 f., ferner die handschr. Schreiben *Hindenburgs* an *Berg* vom 4. 7. und 7. 9. 1917, WA Allenstein. *Valentini* hatte sein vom 15. 1. 1918 datiertes Abschiedsgesuch — abgedr. bei Valentini S. 223 — am 16. 1. an „Gen[eral] *v. Lyncker* zur Aushändigung an S. M. gegeben". Mit Kabinettsorder *Wilhelms II.* — abgedr. a.a.O. S. 224 — wurde *Valentini* von dem Amt „als Mein Geheimer Kabinettsrat und Chef Meines Geheimen Zivilkabinetts" entbunden. „Zu Ihrem Nachfolger", heißt es dort weiter, „habe ich den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, *v. Berg*, ernannt."

[11]) Vgl. Valentini S. 193: „Als wir miteinander sprachen, schienen die Rollen vertauscht: er trauerte seinem schönen Amte nach, und ich fühlte mich von einem Glücksgefühl beherrscht, wie ich es seit Jahren nicht gekannt hatte: frei, los von all der undankbaren Arbeit und Intrige!"

[12]) Admiral Georg Alexander *v. Müller* (1854—1940), 1889—1891 Tätigkeit im Marinekabinett, 1892—1895 Personaldezernent im Oberkommando der Kriegsmarine, 1904/1905 Flügeladjutant des Kaisers, seit 1910 Vortragender Generaladjutant. 1906 wurde *Müller* mit der Führung der Geschäfte des Chefs des Marinekabinetts beauftragt, dessen Leitung er als Nachfolger Admirals Frhr. Gustav *v. Senden-Bibram* 1910 endgültig übernahm. Zu seiner Biographie siehe Müller, Kaiser passim, sowie die Einleitung von Walter Görlitz in Müller, Marinekabinett; zu seiner Beurteilung ferner Reischach S. 242.

[13]) Lesart unsicher, könnte auch „hoher" heißen.

im Laufe des Tages mit *Schorlemer*[14]) zum Frühstück im Auto-Klub und mit A. *Eulenburg*[15]), den ich nachmittags besuchte, zusammen. Letzterer lag an Erkältung zu Bett, bat mich aber ans Bett, da er mir seine Freude über den Wechsel aussprechen wollte.

Gegen Abend ging ich zu Fuß durch den Tiergarten nach Schloß Bellevue, mir bewußt, daß ich keinen leichten Gang ginge. Ich hatte lange Unterredung mit dem Kaiser von 7—8¼ [Uhr]. Der Kaiser war körperlich infolge Erkältung angegriffen, sehr viel mehr aber seelisch herunter. Er fühlte in seinem Innern wohl, das war mir klar, daß er den schweren Verhältnissen nicht gewachsen sei, das, woran der Kaiser während der Zeit seiner Regierung gescheitert ist. Der Mangel an starkem Willen kam auch hier wieder zu Tage. Die Oberste Heeresleitung, *Hindenburg* und *Ludendorff*, hatten den Rücktritt von *Valentini*, dessen Einfluß sie für verderblich hielten, von dem *Ludendorff* nicht mit Unrecht annahm, daß er sich zwischen ihn und den Kaiser stelle, verlangt.[16]) Der Kaiser hatte zwar oft unter dem Pessimismus von *Valentini* gelitten, aber er trennte sich doch ungern von ihm, empfand auch das Verlangen als eine Einmischung in seine Rechte[17]), andererseits fühlte er nicht in sich die Stärke, die Erfüllung des Wunsches der Obersten Heeresleitung abzulehnen. „Man hat mir befohlen, Dich zum Chef des Zivilkabinetts zu machen", waren seine Worte.[18]) Als ich ihm sagte, daß ich die Stelle nur annehmen könne, wenn ich s e i n Vertrauen hätte, antwortete er andererseits, ich wüßte doch, daß ich das hätte und daß er nie an einen anderen Nachfolger von *Valentini* gedacht hätte.

Viel Bitterkeit gegen *Ludendorff* kam bei dieser Unterredung zutage.[19]) Ich konnte nur wenig sagen, wollte den Kaiser auch bei dieser Unterredung zunächst

---

[14]) Wahrscheinlich Dr. Clemens A. Frhr. *v. Schorlemer-Lieser* (1856—1922), Mitglied des preußischen Herrenhauses, 18. 6. 1910—5. 8. 1917 preußischer Minister für Landwirtschaft.

[15]) August Graf *zu Eulenburg* (1838—1921), General der Infanterie a. D., Mitglied des preußischen Herrenhauses; seit 1908 Minister des Königlichen Hauses.

[16]) Vgl. Anm. 10 und 17. Aufschluß über die Haltung *Hindenburgs* gibt ferner ein von ihm auf Befehl des Kaisers erstatteter Bericht vom 16. 1. 1918 — masch. Konzept im Nachlaß Bauer Nr. 18, abgedr. in: Militär und Innenpolitik Nr. 420 —, in dem *Hindenburg Valentini* u. a. vorwirft, den Kaiser „nur in einseitiger, stark links gefärbter Tendenz" unterrichtet, bis zuletzt „Vertreter" der Politik *Bethmann Hollweg* geblieben, „außerdem in Krisen geschwankt und sich als kein glücklicher Menschenkenner erwiesen" zu haben. Er wie auch *Ludendorff* hätten daher kein Vertrauen zu *Valentini*. „Euer Majestät habe ich wiederholt um eine Neubesetzung der Stellung des Chefs des Zivilkabinetts gebeten." — Vgl. dazu Müller, Marinekabinett S. 344 f.; Einleitung S. 46 ff.

[17]) Vgl. die Eintragung Müllers vom 17. 1. 1918 (Marinekabinett S. 345), der Kaiser habe sich „sehr bitter über das ihm zugemutete Unrecht an *Valentini*" geäußert. „Se. Majestät sagte, nun wäre die Ära solcher Erzwingungen eröffnet. Nächstens würde wohl *Plessens* [über ihn vgl. S. 103, Anm. 3] oder mein Skalp gefordert werden, und er sei völlig machtlos demgegenüber." Dazu ferner Schreiben Müllers an Valentini vom 17. 1. 1918 im Nachlaß Valentini: „Heute hat der Kaiser *Holtzendorff* [über ihn vgl. S. 155 Anm. 22] und mir in Ausdrücken tiefster Empörung davon erzählt, wie er gezwungen worden ist, Sie gehen zu lassen. [...] Welche Untergrabung der Stellung des Monarchen."

[18]) Vgl. Einleitung S. 51 f.

[19]) In der Unterredung mit *Müller* und *Holtzendorff* am 17. 1. 1918 — vgl. Anm. 17 — erklärte der Kaiser „*Ludendorff* für einen Übeltäter, dem er nie wieder die Hand geben würde."

sich aussprechen lassen, wissend, daß ich später genügende Gelegenheit haben würde, ihn zu sprechen, und wissend, daß ich allmählich ihn zu meiner Auffassung bringen müßte. Von vornherein sah ich es als meine dringendste Aufgabe an, ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen Kaiser und *Ludendorff* herzustellen; daß ich eine sehr schwere Aufgabe übernommen hatte, wurde mir bei dieser ersten langen Unterredung von neuem besonders klar. Der Kaiser, in sich zerrissen, voll mangelndem Selbstvertrauen, nicht in vollem Vertrauen auf den guten Ausgang unserer Sache, leider auch voll Mißtrauen gegen *Ludendorff*, auch in einem gewissen Argwohn oder Neid gegen die große Popularität *Hindenburgs*, schwer leidend unter der großen Verantwortung, Entschlüsse fassen zu müssen und Ausgleich zu finden zwischen politischer und militärischer Leitung. Ohne daß der Kaiser es direkt aussprach, gewann ich die Empfindung, daß der Kaiser mit dem Gedanken spiele, abzudanken, um sich von der Last der Verantwortung zu befreien. Ich war mir unbedingt klar, daß ich einen solchen Schritt unter allen Umständen verhindern müsse, daß ein Hohenzollernherrscher nicht die Flinte ins Korn schmeißen dürfe, daß das eine schwere Belastung des Hauses sein würde und sich schwerste Verwicklungen daraus ergeben könnten.

Am Schluß der Unterredung führte mich der Kaiser zur Kaiserin, lud mich ein, mit ihnen beiden zu essen. Ich war vor Tisch allein bei der Kaiserin, die mich herzlich in meiner neuen Stellung willkommen hieß und so erfreut war über den Wechsel, da sie eine starke Gegnerin von *Valentini* war[20]), den sie immer als stärksten Schutz von *Bethmann Hollweg* erkannt hatte, den sie auch persönlich nicht schätzte. Sie teilte mit mir alle Sorgen über den Kaiser, war ganz in Übereinstimmung mit meinen Auffassungen, und ich erwähnte ihr gegenüber meine Befürchtung, daß der Kaiser an Abdankung denken könne. Ich sagte der Kaiserin, daß ich dafür stünde, daß das nicht geschehen würde, solange ich beim Kaiser wäre, daß ich ihn wie einst *Bismarck Wilhelm I.* am preußischen Portepeé fassen würde. Die Kaiserin war sehr bewegt. Ich aß mit den Majestäten und war bis ½11 [Uhr] bei ihnen. Der Druck war vom Kaiser etwas gewichen. Er wurde heiterer, und die Kaiserin dankte mir am Schluß, daß ich das Zusammensein so harmonisch gestaltet hatte. Ich war dann noch eine halbe Stunde bei *Trotha [auf] Skopau*[21]), der als stellvertretender Oberhofmeister der Kaiserin in Bellevue wohnte, mit dem ich mich über die Eindrücke des Tages und über den für mich schweren Wechsel aussprechen konnte.

---

[20]) Valentini S. 185 berichtet, der Kaiser habe ihm in einem Gespräch am 16. 11. 1917 geklagt, „daß die Kaiserin und der Kronprinz durchaus meine Entlassung forderten; die Kaiserin habe ihn auf der ganzen Reise [nach Triest, Friaul und dem Isonzo vom 10.—16. 11. 1917] in diesem Sinne brieflich zu beeinflussen gesucht." Zur Gegnerschaft der Kaiserin gegen Valentini vgl. ferner Müller, Marinekabinett S. 331 f.; dazu Einleitung S. 41, 49 f., sowie unten S. 193.

[21]) Ulrich *v. Trotha* (1854—1946) auf Burg Skopau, 1901—1905 Hofmarschall des Kaisers, 1905—1908 des Kronprinzen, von 1915—1918 Stellvertretender Oberhofmarschall der Kaiserin.

2. Die Übernahme der Geschäfte

Am nächsten Tag, dem 17. Januar, blieb ich noch in Berlin, Herrenhaussitzung[1]), Orientierung im Zivilkabinett[2]), Besuche bei *Eulenburg*, *Lyncker*[3]), dem Chef des Militärkabinetts und dem Reichskanzler Graf *Hertling*, Minister des Innern.[4]) Zu *Lyncker* hatte ich selbst infolge seines unbedingt anständigen geraden Charakters volles Vertrauen, bat ihn meinerseits um Vertrauen und gemeinsame Arbeit, um Ziehen an einem Strang. Wir kamen überein, daß es sich darum handelte, den Kaiser unbedingt mit der Obersten Heeresleitung zusammenzuhalten. Er sagte mir, daß er selbst dem unschlüssigen *Valentini* den Rat gegeben habe, seinen Abschied einzureichen, um dem Kaiser die Situation zu erleichtern.[5]) Wir waren uns bei unserer Aussprache darüber klar, daß wir eine schwere Aufgabe in Anbetracht der Eigenschaften des Kaisers zu erfüllen hätten.

Lyncker war ein gerechter, ehrlicher und furchtloser Mann, ganz Soldat. Er hatte im Kriege zwei seiner Söhne verloren und hatte schwer darunter gelitten und konnte sich von diesem Schlage nicht erholen.[6]) Sein Pessimismus, zu dem er sowieso schon neigte, nahm dadurch noch zu. Das „Hofleben" wurde ihm noch schwerer als früher, und er erschwerte sich und dem Kaiser, zum Nörgeln geneigt, das Leben. Der Kaiser litt darunter, wenn er auch *Lyncker* voll anerkannte und ihm vertraute. Nach seiner Veranlagung sah *Lyncker* immer die Schattenseiten scharf, der Blick für die guten Seiten, auch des Kaisers, wurde verdunkelt. Ein Beispiel dafür: In [Homburg][7]), im Laufe des nächsten Monats, wurden wir drei Kabinettschefs eines Nachmittags zum Kaiser gerufen. Als wir im Adjutantenzimmer, wo sich die beiden jüngeren Adjutanten befanden, warteten, fragte ich, was los sei. Ein Adjutant sagte, es sei wohl eine gute Nachricht eingegangen, worauf *Lyncker* sagte: „Natürlich, er ruft uns doch nur, wenn er uns etwas vorrenommieren kann". Es betrübte mich diese Beurteilung, denn das Vorgehen des Kaisers war menschlich so verständlich und man sollte ihm

---

[1]) Das Herrenhaus vertagte sich in seiner Sitzung vom 17. 1. 1918 auf unbestimmte Zeit. Sten. Ber. Preuß. Herrenhaus, Session 1916/18 S. 780; vgl. Schultheß 1918 I S. 16.

[2]) Der Sitz des Zivilkabinetts war in Berlin in der Wilhelmstraße 64; dazu Einleitung S. 14.

[3]) Moritz Frhr. *v. Lyncker* (1853—1932), 1895—1898 Militärgouverneur des kaiserlichen Prinzen, General der Infanterie, Vortragender Generaladjutant des Kaisers und Chef des Militärkabinetts 1908—Juli 1918; 1918/19 Präsident des Reichsmilitärgerichts.

[4]) Preußischer Minister des Innern war vom 5. 8. 1917 bis 9. 11. 1918 Arnold Bill *Drews* (1870 bis 1938).

[5]) Nachdem Oberst Detlof *v. Winterfeldt Valentini* am 15. 1. 1918 über die Situation unterrichtet und ihm geraten hatte, seinen Abschied einzureichen — Valentini S. 191 f.; Tagebücher Valentinis vom 15. 1. 1918 —, suchte *Valentini* um 12 Uhr 30 *Lyncker* auf, der ihm bestätigte, „was *Winterfeldt* gesagt hatte" und ihm „Details über gestrige Aussprache zw[ischen] *Hind[enburg]* u[nd] S. M. nach dem Gen[eral-]Vortrag" mitteilte. Zusammen mit *Lyncker* fuhr *Valentini* um 12 Uhr zum Kaiser. — Dazu auch Müller, Marinekabinett S. 344, *Lyncker* habe „*Valentini* geraten, den Kaiser aus seiner Zwangslage zu befreien, indem er selbst den Abschied erbitte."

[6]) Zur Beurteilung *Lynckers* vgl. Schmidt-Bückeburg S. 271; Reischach S. 129 und 242; Müller, Marinekabinett S. 12; dazu das Schreiben Lynckers an Valentini vom 18. 2. 1918 im Nachlaß Valentini.

[7]) Im Or. irrtümlich: „Hamburg".

diese Freude gönnen. Auch verletzte mich, daß *Lyncker* in diesem Ton vor den Adjutanten von dem Kaiser sprach. Ich bin mit *Lyncker* gut ausgekommen, habe keine Differenz mit ihm gehabt, bin ihm aber auch nicht nähergekommen, wie ich anfangs gehofft hatte. Er verstand wohl, mit gutem Verstand die Menschen richtig zu beurteilen, die Hauptgeschäfte im Militärkabinett ruhten aber in den Händen von *Marschall*[8]), der nicht immer eine glückliche Hand gehabt hat, der fleißig, kenntnisreich, aber doch schließlich nicht Preuße war.[9])

Graf *Hertling* sah ich bei meiner Meldung am 17. Januar zum zweiten Mal. Er war kühl, liebenswürdig. Er hatte wohl damals ein gewisses Mißtrauen gegen mich und ist dieses Mißtrauen, obgleich ich mich immer bemüht habe, ganz offen zu ihm zu sein, wohl nie ganz los geworden, was darin begründet war: er süddeutscher Katholik, ich preußischer Protestant. Im Laufe der Unterhaltung sagte er im Hinblick auf den Abgang von *Valentini*, den *Hindenburg* und *Ludendorff* als Feind im Rücken bezeichnet hatten[10]), er hoffe, daß er nicht jetzt seinerseits einen Feind im Rücken haben würde. Hierzu lag für mich einstweilen keine Veranlassung vor. Ich hatte im Gegenteil den Wunsch, mit *Hertling* [zusammen] zu arbeiten, hielt dieses für unbedingt notwendig, da eben erst ein zweimaliger Kanzlerwechsel stattgefunden hatte.

Für einen großen überragenden Mann hatte ich *Hertling* nie gehalten, aber er war gescheit, klug, gewandt, kenntnisreich, geschickt im Verkehr mit Menschen, mit einem Anflug von Humor, der ihm oft, besonders beim Kaiser, zugute kam. Aber er war damals schon zu alt[11]), seine Arbeitskraft war beschränkt, auch seine körperliche Leistungsfähigkeit, preußische Verhältnisse lagen ihm fern, trotzdem er im Reichstage viel in Berlin gewesen war.[12]) Personalkenntnis fehlte ihm vollkommen. Ich hörte übrigens, daß er sie auch in Bayern nicht gehabt habe. Etwas Professorales[13]) hat ihm immer angehaftet. Ehrlichkeit will ich ihm nicht absprechen, aber er war jesuitisch erzogen, und er blieb als strenger Anhänger seiner Kirche von Rom abhängig. Ich habe immer das Gefühl gehabt, daß auch bei den besten Aussprachen eine Wand zwischen uns stände.

Im übrigen erfuhr ich in diesen Tagen meiner Ernennung zum Chef des Kabinetts außerordentlich viel Freundlichkeit. Ich erhielt Hunderte von Briefen und Telegrammen, die Freude ausdrückten und einen Wandel erhofften. Als ich am

---

[8]) Ulrich Frhr. *v. Marschall* gen. Greiff (1863—1923), Generalmajor, 1903—1907 Tätigkeit im preußischen Kriegsministerium, 1908—1918 Abteilungschef im Militärkabinett; vom 27. 7. 1918 bis November 1918 Chef des Militärkabinetts und Generaladjutant des Kaisers.

[9]) *Marschall* war der Sohn eines 1866 gefallenen österreichischen Offiziers; vgl. auch unten S. 153 (Anm. 9).

[10]) In dem Entwurf eines Briefes von *Valentini* an *Hindenburg* vom Januar 1918 gab der gerade entlassene Kabinettschef eine Äußerung des Kaisers wieder, wonach *Hindenburg* ihm gesagt habe, er habe Bedenken, die Offensive im Westen zu eröffnen, solange er einen solchen Feind wie *Valentini* im Rücken habe; Nachlaß Valentini. Vgl. auch Militär und Innenpolitik Nr. 420 (Anm. 8).

[11]) *Hertling* war 74 (geb. 31. 8. 1843).

[12]) Von 1875—1890 und 1896—1912 war *Hertling* MdR (Zentrum) gewesen; 1909—1912 auch Fraktionsvorsitzender.

[13]) *Hertling* war seit 1867 zunächst als Privatdozent in Bonn tätig gewesen, 1880 Professor der Philosophie in München.

16. abends mich beim Kaiser meldete, waren die beiden Flügeladjutanten *Hirschfeld*[14]) und *Mewes*[15]) im Vorzimmer. Beide begrüßten mich mit den Worten: „Wie haben wir diesen Augenblick ersehnt!"

Am 17. abends fuhr ich nach Königsberg zurück, blieb dort noch vom 18. bis 22., um Abschied zu nehmen, fuhr nach Markienen, sah die oberen Beamten an einem Abend bei mir, hatte noch Gelegenheit, einmal mit dem Vorstand der Landwirtschaftskammer und einmal mit den Landwirten[16]) — am Tage meines Fortganges — zu essen. Viktor *Rautter*[17]) wohnte in den Tagen bei mir, und auf dem Bahnhof, als ich am 22. abfuhr, sah ich ihn zum letzten Mal.[18]) Damals nahm ich das Gefühl mit, daß mein Scheiden aus der Provinz ungern gesehen würde, daß ich mir auch als Oberpräsident in der allerdings nur sehr kurzen Amtszeit von 1½ Jahren Vertrauen erworben hätte. Auf der Bahn waren auch *Gramsch*[19]) und *Hassel*. Der Abschied wurde mir recht sehr schwer. Ich hatte das Gefühl wie in meiner Kindheit, wenn ich von den Ferien wieder zur Schule zurückkehrte. Aber ich hoffte zu Gott, daß das Opfer, welches ich durch Aufgabe meiner schönen selbständigen Stellung, meinen Fortgang aus der Heimatprovinz, brachte, nicht vergeblich gebracht sein sollte. Es war vergeblich, denn es war zu spät. Schon war so viel aufgegeben, das fressende Gift zu weit fortgeschritten.

Am 23. früh kam ich in Berlin an und übernahm endgültig die Geschäfte. Wir blieben noch bis 27. abends in Berlin. Am 23. gegen Abend hatte ich den ersten Vortrag, den ich damit begann, daß ich sagte, ich wäre verpflichtet, S. M. stets ganz offen meine Meinung zu sagen, und daß ich dieses auch tun müsse, ohne Rücksicht darauf, daß ich S. M. Unangenehmes sagen müsse. S. M. hatte die Gnade, mich als Freund zu bezeichnen. Freundschaft hätte aber nur Sinn, wenn sie mit voller Offenheit verbunden sei. Der Kaiser sagte, jawohl, ich möchte aber auch ihm erlauben, seine Meinung zu sagen.

Diesen Pakt haben wir, glaube ich, beide gut gehalten. Ich habe mich bemüht, stets offen meine Meinung zu sagen ohne Rücksicht, der Kaiser hat es gut angehört. Wir sind wohl unter vier Augen oft, auch hart, aneinandergeraten, aber es hat dem Verhältnis keinen Abbruch getan, und ich muß dies in hohem Maße anerkennen und als eine Größe des Kaisers bezeichnen. Es war, wenn man die richtige Art hatte, nicht schwer, den Kaiser zu bewegen, von seinem Willen abzugehen. Man mußte sich nur nicht durch eine kühle[20]), vielleicht etwas unwirsche Antwort abschrecken lassen. Mir war es gegeben — ich betrachtete das nicht als ein Verdienst, sondern als eine Gabe —, den richtigen Ton mit dem Kaiser zu finden. Aber es war für mich auch leichter als für andere, da ich

[14]) Im Or. irrtümlich „Hierschfeld". Major Georg Ernst *v. Hirschfeld*.

[15]) Friedrich *Mewes*, Hauptmann im Generalstab.

[16]) Gemeint ist wohl der Bund der Landwirte.

[17]) Viktor *Rautter*, Mitglied des ostpreußischen Provinziallandtages.

[18]) Vgl. unten S. 140.

[19]) Dr. *Gramsch* (geb. 1860), Regierungspräsident in Königsberg und Vorsitzender der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen.

[20]) Lesart unsicher; könnte auch „kühne" heißen.

den Kaiser genau kannte.[21]) Aber andere kannten ihn auch und verstanden ihn doch nicht zu nehmen. Vermeiden mußte man es, wie natürlich, vor anderen Zeugen ihn zu rektifizieren, ihm schroff zu antworten.

[21]) Vgl. Einleitung S. 39, 44 f. und 48.

3. Der Kaiser und Ludendorff

Im Anschluß an den kurzen Vortrag am 23. Januar kam es zu einer längeren Aussprache über die polnisch-österreichische Lösung[1]), über [die] Wahlrechtsvorlage[2]) und über *Ludendorff*. Das letzte war zur Zeit das schwerste, das heikelste Thema, das aber unbedingt angeschnitten werden mußte, da ich den Kaiser bei meiner ersten Meldung[3]) in der Hauptsache hatte selbst sprechen lassen.

Der Kaiser war vollkommen im Gegensatz zu *Ludendorff*[4]), sah in ihm nur einen brutalen, kampfhungrigen Mann, der ihm in seiner Politik die größten Schwierigkeiten mache, der sich mit keinem Anderen vertrage und den alten *Hindenburg* ganz in der Tasche habe. *Valentini* hatte zweifellos für [die] Festsetzung dieses Bildes sehr ungünstig gewirkt und *Lyncker* hatte nicht genügend gegengewirkt. *Müller* war ganz auf der Seite *Valentinis*, wahrscheinlich der spiritus rector. Der Kaiser glaubte auch in seiner Person zu wenig Rücksichten bei *Ludendorff* zu finden. Ich habe dieses Mal und später noch oft aus vollster innerer Überzeugung für *Ludendorff* gesprochen, für den bedeutenden Strategen, den willensstarken Mann und den anständigen, geraden Charakter. Ich bin dabei zuerst auf starken Widerstand beim Kaiser gestoßen, aber ich habe gottlob diese Aufgabe gelöst.[5]) Ich habe eine vollkommene Änderung im Verhältnis des Kaisers zu *Ludendorff* zustande gebracht und bin dafür sehr dankbar. Es hat auch im Jahre 1918 von Zeit zu Zeit Trübungen gegeben, aber sie sind doch mit meiner Hilfe überwunden [worden].

Ich habe allerdings auch auf *Ludendorff* einwirken können, daß er sein persönliches Verhalten zum Kaiser um einiges ändere. *Ludendorff* hatte den Kaiser früher nur flüchtig gekannt und nahm ihn nicht menschlich, nur immer dienstlich und steif, sah dann streng und unfreundlich aus.[6]) Der Kaiser sah *Ludendorff* nie mit seinem freundlichen, gewinnenden Ausdruck, den er wie wenige Männer

[1]) Siehe unten S. 102 f.

[2]) Siehe unten S. 100.

[3]) Vom 16. 1. 1918; vgl. oben S. 93 f.

[4]) Zur Vertrauenskrise zwischen dem Kaiser und *Ludendorff* vgl. oben S. 93f.; ferner Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 439.

[5]) Vgl. Einleitung S. 54 f., 57 und 60, sowie das Urteil Müllers in einem Schreiben an Valentini vom 30. 3. 1918, Nachlaß Valentini, daß die Zusammenarbeit zwischen Kaiser und OHL „jetzt glänzend geht".

[6]) Vgl. dazu Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 488: „Mich trennte von Seiner Majestät vieles, unsere Naturen waren zu verschieden. Er war mein kaiserlicher Herr, und ich diente ihm und damit dem Vaterlande in treuester Hingabe."

haben konnte. Ich bat *L[udendorff]*, den Kaiser nicht nur als solchen, sondern auch menschlich zu nehmen, ihn außerhalb des Vortrages anzusprechen, auch einmal etwas Heiteres zu erzählen. Das hat gewirkt! Der Kaiser sagte mir einmal nach einigen Wochen in Homburg: „*Ludendorff* ist jetzt ganz anders, er kann ja sogar lachen." Ich habe dem Kaiser immer wieder gesagt, daß er keinen treueren Diener und Berater haben könne, ein Ja-Sager sei er allerdings nicht (das muß wahr sein, sagte der Kaiser), aber das seien nicht die Besten. Unterstützung fand ich auch hier, wie bei allem, in der Kaiserin.

4. Über die preußische Wahlrechtsreform

Die Wahlvorlagen-Änderung des preußischen Wahlgesetzes nach dem 3-Klassen-Wahl-System war seit langem ein Zankapfel. Vor dem Kriege, als *Moltke* Minister des Innern[1]) war, war eine Vorlage gescheitert.[2]) Die Konservativen hatten ihr ablehnend gegenübergestanden, was ich für einen Fehler hielt, was mir unter den Konservativen meiner Heimat verdacht war. Mir schien eine maßvolle, verständige Änderung besser als das Abwarten, bis in schwierigsten Zeiten eine solche abgetrotzt würde. Das Wahlgesetz hatte zweifellos seine großen Mängel, schwierig war es allerdings, etwas Besseres an die Stelle zu setzen, was es doch noch ermöglichte, das Abgeordnetenhaus so zusammenzusetzen, daß mit ihm preußische Politik betrieben werden konnte. Selbstverständlich stand ich auf dem Standpunkte, daß das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht, mit dem man im Reichstage die schlechtesten Erfahrungen gemacht hatte, nicht in Frage kommen könnte.

Im Kriege war die Frage wieder akut geworden — leider. Man hätte von Regierungsseite darauf bestehen müssen, daß die Regelung der Zeit nach dem Kriege vorbehalten bleiben muß. Aber man hatte immer noch lieber nachgegeben, es dadurch zugelassen, daß der Burgfrieden gebrochen wurde; es war die Osterbotschaft 1917[3]) gekommen, welche schon eine sehr weitgehende Änderung des Wahlrechts in Aussicht stellte, und im Juli 1917 gab *Bethmann* kurz vor seinem Abgang — unglückseligerweise — auch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht

[1]) Friedrich *v. Moltke* (1852—1927), preußischer Innenminister vom 24. 6. 1907 bis 18. 6. 1910.

[2]) Am 10. 2. 1910 war von *Bethmann Hollweg* eine Wahlreformvorlage eingebracht worden, die direkte Wahl, „Maximierung" über 5000 Mark (d. h. Nichtanrechnung eines diese Summe übersteigenden Steueraufkommens für die Klassenzuweisung) und die Einstufung von „Kulturträgern" (Akademikern und Unteroffizieren) in die nächsthöhere Klasse vorsah. Im Zusammenwirken mit dem Zentrum hatten die Konservativen zunächst die direkte Wahl und die Höherstufung der Kulturträger zu Fall gebracht und die Regierung schließlich zur Zurückziehung der Vorlage genötigt. Sten. Ber. Preuß. Abgeordnetenhaus 1916/18 Bd. 2 S. 1403 ff.; Bd. 3 S. 3038 ff. und 3328 ff.; Bd. 5 S. 5992 ff. und S. 6055; Patemann S. 16; Huber, Verfassungsgeschichte III S. 379 ff.

[3]) Zum Zustandekommen des als „Osterbotschaft" berühmt gewordenen Erlasses vom 7. 4. 1917 vgl. Patemann S. 58 ff.; Westarp II S. 263 ff.; Ludwig Bergsträsser: Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Tübingen 1929, passim; Text abgedr. u. a. in Schultheß 1917/I S. 398 f.

für das Abgeordnetenhaus.[4]) Auch das Herrenhaus war durch die Erlasse in die Änderung hereinbezogen.[5]) [Im] Januar 1918 tobte der Streit deshalb.[6])

Mein Standpunkt war der, daß das königl[iche] Wort unter allen Umständen eingelöst werden müsse, daß aber dem ruhigen Gang der Verhandlungen in den Häusern des Landtages in keiner Weise vorgegriffen werden dürfe; es war wohl möglich, daß sich Abgeordnetenhaus und Herrenhaus einigen würden; auch der größte Teil der Konservativen stand fest auf dem Standpunkt, daß etwas zustande gebracht werden müsse.[7]) Ich war der Meinung, daß im schlimmsten Fall das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden müsse, daß erst bei einer zweiten erfolglosen Verhandlung der Häuser das Wort des Königs[8]) eingelöst sei, daß es aber wahrscheinlich sei, zu einer Einigung zu kommen, sobald vom Kanzler und dem Minister *Drews* — der schon damals sich stark nach links bewegte —, kein zu starker Druck ausgeübt würde. Der Kaiser, der *Bethmann* leider so sehr nachgegeben hatte, war ganz meiner Meinung.

[4]) Zum Juli-Erlaß, der über die Osterbotschaft hinausgehend nun auch das gleiche Wahlrecht ankündigte, vgl. Patemann S. 89 ff., bes. S. 93; Valentini S. 158 ff.; Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 220 ff. Der Erlaß wurde am 12. 7. 1917 in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* (Nr. 190) veröffentlicht.

[5]) Die in den Wahlrechtsentwürfen der Regierung vorgesehenen Änderungen betrafen vor allem die Zusammensetzung des Herrenhauses und seine etatrechtlichen Kompetenzen; dazu Patemann S. 128.

[6]) Dazu Patemann S. 134 ff. Der Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses, der sich am 11. 1. 1918 konstituiert hatte, begann seine Arbeit in einer Weise, die „den offenen Beweis der Verschleppung zu enthalten schien"; gleichzeitig spitzten sich die Auseinandersetzungen in und zwischen den Parteien wie auch in der Presse immer mehr zu; a.a.O.

[7]) Zur Haltung der konservativen Parteien im Abgeordnetenhaus vgl. Westarp II S. 505—525; Patemann S. 129 f., 131 f., 144, 146 f.; Sten. Ber. Preuß. Abgeordnetenhaus 1916/18, Sp. 6583 ff., 6694 und 6717 ff. Für das Herrenhaus vgl. das Schreiben des preußischen Staatsministeriums an Kaiser Wilhelm II. vom 29. April 1918 (Durchschlag im Nachlaß Heinrichs Nr. 33): „Die neue Fraktion des Herrenhauses [. . .] wird fast durchweg für das gleiche Wahlrecht stimmen; aber auch in der doppelt so starken alten Fraktion stehen einige der einflußreichsten und bedeutendsten Mitglieder, u. a. der Minister des Königlichen Hauses Graf *Eulenburg* und der Staatsminister Frhr. *v. Schorlemer* auf dem Standpunkt, daß das gleiche Wahlrecht nun einmal unabwendbar sei und daß das Herrenhaus ihm deshalb zustimmen, zugleich aber dafür sorgen müsse, die Verfassungsreform im Ganzen so zu gestalten, daß die nach ihrer Auffassung schädlichen Folgen des gleichen Wahlrechts nach Möglichkeit verringert würden." Vgl. ferner die Schreiben Schorlemers an Heinrichs vom 29. 4. 1918, 2. 5. 1918, und Behrs an Heinrichs vom 6. 5. 1918 (alles a.a.O.).

[8]) „des Königs" am Rande nachträglich eingefügt.

5. Die polnische Frage

Die polnische Frage hat die ganze Zeit, während ich Chef war, viel Sorge und Kopfzerbrechen gemacht. Man kam niemals zu einer endgültigen Lösung, und schließlich ist uns in Polen der größte Feind erstanden, der jetzt mit uns macht, was er will (März 1920).[1]) Es war eben eine unbegreifliche, wie unverzeihliche

[1]) Gemeint ist offenbar der am 26. März 1920 erfolgte Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Transitverkehr durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen; vgl. Schultheß 1920/II S. 232.

Torheit von *Bethmann*, das polnische Reich wieder erstehen zu lassen.[2]) Dabei haben wohl *Beseler*[3]) und das Zentrum treu geholfen.[4]) Auch [andere] Katholiken, nicht Zentrumsleute, wie *Schorlemer*[5]), fanden damals unbegreiflicherweise diese Lösung ganz gut. Wir durften es schon deshalb nicht verscherzen[6]), um uns nicht unweigerlich die Tür zu einer Verständigung mit Rußland zu versperren. Wir hätten es beim Frieden mit Rußland wieder unter dessen Knute zurückgeben müssen. Ich habe diese Meinung nicht post festum, sondern habe sie von vornherein ausgesprochen und verteidigt. Wir im Osten wurden nicht gefragt, und *Bethmann*, seine Regierung, auch der Kaiser waren mit Blindheit geschlagen.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch einen Irrtum berichtigen. Man hat vielfach gesagt, daß *Ludendorff* viel Schuld an der Erklärung für Polen habe, er habe auf eine solche Entscheidung gedrückt.[7]) Es ist das nicht richtig. Die Oberste Heeresleitung (übrigens ein falscher Ausdruck, der aber immer gebraucht wurde, denn die Oberste Heeresleitung war der Kaiser)[8]) war gefragt, ob sie Wert darauf lege, 500000 polnische Soldaten, auf die man rechnete, zur Unterstützung zu bekommen. Diese Frage ist natürlich bejahend beantwortet [worden].[7]) Bekommen hat man trotz der Erklärung noch nicht 5000 Mann.[9])

Damals handelte es sich im Januar 1918 um die Linie der Grenze für Polen an

---

[2]) Am 5. 11. 1916 war durch Erklärungen des deutschen und des österreich-ungarischen Kaisers ein unabhängiger polnischer Staat proklamiert worden; vgl. Conze, Polnische Nation S. 226 ff.

[3]) Gemeint ist Generaloberst Hans Hartwig *v. Beseler* (1850—1921), 1915—1918 Generalgouverneur in Warschau.

[4]) Zur Rolle *Beselers* bei der Proklamation eines polnischen Staates vgl. Conze, Polnische Nation, Kap. IX: „Der Weg zur Proklamation des polnischen Staates", bes. S. 165 ff., 179 und 190. Eine hervortretende Initiative der Zentrumspartei läßt sich nicht nachweisen. — Vgl. Erzberger, Erlebnisse S. 172 ff. — Über die Haltung *Bergs* berichtet Hutten-Czapski II S. 441, *Berg* sei „ein bekannter Gegner der *Beseler*schen Politik gewesen".

[5]) Frhr. Clemens *v. Schorlemer-Lieser*, Mitglied des preußischen Herrenhauses, 1910—5. 8. 1917 preußischer Landwirtschaftsminister.

[6]) Lesart unsicher.

[7]) In der Tendenz, *Ludendorff* von der Verantwortung für die Proklamation vom 5. 11. 1916 reinzuwaschen, nimmt die Schrift von Dietrich Schäfer: Die Schuld an der Wiederherstellung Polens, München 1919, einen entscheidenden Platz ein. Im Gegensatz dazu haben Conze, Polnische Nation S. 194 ff., S. 210 ff. und 219 und Geiss, Polnischer Grenzstreifen S. 35, gezeigt, daß gerade *Ludendorff* auf die Proklamation gedrängt hat. Vgl. auch das Telegramm Hindenburgs (übersandt durch Grünau) an Bethmann Hollweg (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Polnische Legion Nr. 26 a) vom 13. 10. 1916 aus Pleß. *Hindenburg* forderte „unter Zurückhaltung aller Bedenken mit allen Mitteln und ohne Zeitverlust unsere Rüstung [zu] verstärken. Dazu gehört nicht in letzter Linie die volle Ausnutzung der polnischen Volkskraft. Diese darf nicht weiter hinausgeschoben werden!" Mit „Werbungen unter den Polen" werde man solange keinen Erfolg haben, ehe nicht das Manifest erlassen und „die Verschmelzung der [deutschen und österreichischen] Generalgouvernements" durchgeführt sei.

[8]) Art. 63, Satz I der Reichsverfassung von 1871, bestimmte: „Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht." Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte III S. 989 f. und 993 f.

[9]) Zu dem völligen Fehlschlag bei der Aufstellung einer polnischen Armee vgl. Conze, Polnische Nation S. 232 f. und 238.

Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien.[10]) *Ludendorff* forderte zur militärischen Sicherung eine starke Grenzverschiebung, anfangend von der Linie Bug–Narew, starke Sicherung wie die Festung Thorn etc.[11]) Kanzler und Regierung wollten weniger haben, fürchteten Verwicklung mit dem neuen Polenreich, wollten auch nicht so viele polnische Untertanen haben. General *Hoffmann*[12]), der hinter dem Rücken von *Ludendorff* um ein Urteil ersucht [worden] war[13]), hatte die von *Ludendorff* verlangte weitgehende militärische Sicherung nicht für notwendig gehalten, daher Konflikt mit *Ludendorff*.[14]) Über diese Linie ist das ganze Jahr über verhandelt [worden]; man ist nie zu einem endgültigen Resultat gekommen.[15]) Alles wurde auf die lange Bank geschoben, man wußte nie, woran man war, wenn man mit der Reg[ierung], besonders mit dem Auswärtigen Amt, verhandelte. Es handelte sich immer darum, ob man Polen in Verbindung bringen sollte mit Österreich oder mit Deutschland. Österreich war auch hier wieder unehrlich. Der Kaiser wollte keinesfalls König von Polen werden. Kaiser *Karl* wollte es wohl, sagte aber meist das Gegenteil.[16]) Erzherzog [. . .][17]), der viel polnische Beziehungen hatte, war uns eine Weile genehm, das wollte aber wieder Österreich nicht. Ich hatte folgenden Plan gehabt und hatte den Kaiser auch dafür ge-

---

[10]) Vgl. dazu Geiss, Polnischer Grenzstreifen S. 131 ff. sowie die Karte auf S. 187 mit den Grenzvorschlägen des Kaisers vom 2. 1. 1918 und der OHL vom 24. 1. 1918; Conze, Polnische Nation S. 332 f.; Protokoll der Sitzung des Preuß. Staatsministeriums 4. 2. 1918 (masch. Ausfertigung mit handschr. Verbesserungen und Ergänzungen im Nachlaß Heinrichs Nr. 24; weitere Ausf. im DZA Merseburg, Rep. 90a, Abt. B, Tit. III, 2b, Nr. 6, Bd. 168); Protokoll der im Anschluß daran stattfindenden Besprechung der preußischen Minister mit *Ludendorff*, *Bartenwerffer*, *v. Winterfeldt*, *v. Kühlmann*, *v. Radowitz* und *Valentini* (a.a.O.); Schreiben Hindenburgs an Reichskanzler Hertling, 24. 1. 1918 (Pol. Archiv, Weltkrieg 20c Geh., Zukunft Polens, Bd. 22).

[11]) Zu *Ludendorffs* Forderungen vgl. die in der vorigen Anm. angeführten Stellen; zu den Vorstellungen *Hertlings* die a.a.O. genannten Protokolle.

[12]) Generalmajor Max *Hoffmann* (1869—1927), seit 1917 Chef des Generalstabes Ober-Ost, Unterhändler bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. — Nach seiner Verabschiedung 1920 griff er in mehreren Arbeiten *Hindenburg* und *Ludendorff* an: Tannenberg, wie es wirklich war, Berlin 1926; Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, München 1923; Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von Karl Friedrich Nowak, 2. Bde., Berlin 1929.

[13]) Vgl. Hoffmann II S. 203 f. Kaiser *Wilhelm* hatte ihn in einer Unterredung vom 1. 1. 1918 — zur Datierung siehe Quellen 1/II S. 63 — aufgefordert, „ihm meine Ansicht über die polnische Frage zu sagen". Im Gegensatz zur Auffassung der OHL wollte *Hoffmann* „möglichst wenig neue polnische Untertanen" und forderte nur „einige unerhebliche Grenzkorrekturen", so die „Wegnahme kleiner Streifen bei Bendzin und Thorn [. . .], ferner [. . .] die Höhen von Mlawa zur besseren Verteidigung der Soldauer Gegend und schließlich den Bobrübergang Osowiec [. . .]." A.a.O. S. 204.

[14]) Vgl. Hoffmann II S. 206; ferner ders.: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, München 1924, S. 204, wo er sich als „Feind jeder Lösung der polnischen Frage, die die Zahl der Staatsbürger polnischer Nationalität in Deutschland vermehrte", bezeichnete. Dazu Geiss, Polnischer Grenzstreifen S. 9 f. und 131.

[15]) Zum Fortgang der Diskussion vgl. die im Register von Quellen 1/II unter dem Stichwort „Grenzen, deutsche" angeführten Stellen.

[16]) Conze, Polnische Nation S. 326 ff., bes. S. 328; Quellen 1/II S. 54 und 63.

[17]) Name fehlt im Or. — Gemeint ist wohl Erzherzog *Karl Stephan*; vgl. S. 159 f. (bes. Anm. 25 ff.).

wonnen. Baltenland wird an Preußen in Personalunion angeschlossen[18]), Litauen mit Sachsen, König von Polen wird Sohn des Herzogs *Albrecht von Württemberg*[19]), Elsaß-Lothringen wird unter Bayern und Preußen geteilt, endlich bekommt auch Baden ein Stück, das zuerst nicht wollte, dann aber doch es verlangte.[20]) Aber man kam zu keinem Resultat, und schließlich ist die Geschichte über uns Deutsche zur Tagesordnung übergegangen.

[18]) Vgl. die weitgehend gleichlautenden Pläne *Ludendorffs* — Janßen S. 201 — sowie die Richtlinien für die Länderverteilung, auf die man sich am 16. 4. 1918 in Spa einigte; a.a.O. S. 204 f.; ferner unten S. 129.

[19]) Gemeint ist offenbar der zweitälteste Sohn, Herzog *Albrecht Eugen von Württemberg; Beseler* hatte diesen Plan wohl zuerst angeregt. — Vgl. Janßen S. 201.

[20]) Nach dem Rücktritt des badischen Staatsministers *v. Dusch* am 22. 12. 1917 wurden unter seinem Nachfolger Dr. *Düringer* Ansprüche Badens auf das Oberelsaß und die unterelsässischen Kreise Schlettstadt und Erstein angemeldet; dazu Janßen S. 187, 208 und 286 (Anm. 834). Zu dem für Baden vorgesehenen Anteil vgl. a.a.O. S. 204 f. und 211. — Zu *Bergs* eigenmächtigem Vorgehen in der Randstaatenpolitik vgl. S. 118 sowie oben S. 57 f.

6. Das Große Hauptquartier in Homburg

Wir blieben noch bis zum 27. [Januar] abends in Berlin, am 23. abends und am 27. nach dem Essen zum Tee bei den Majestäten. Die Abreise erfolgte früher als ursprünglich beabsichtigt. Der Grund war, daß Unruhen in Berlin — schwierige Ernährungsverhältnisse und Streiks — erwartet wurden[1]), daß man fürchtete, daß vielleicht mit militärischer Gewalt eingeschritten werden müsse und daß man deshalb den Kaiser von Berlin fortschaffen wollte. *Kessel*[2]) war in Bellevue gewesen, und er und *Plessen*[3]) hatten den Kaiser zur Abreise bewogen. Mir schien diese überstürzte und beinahe heimliche Abreise — es waren ursprünglich für die nächsten Tage mehrere Vorbereitungen für Berlin getroffen worden, so eine Feier im Dom für die Auslandsdeutschen — nicht richtig.

Die Abreise erfolgte an Kaisers Geburtstag abends 11 Uhr, Ankunft in Homburg ½1 Uhr. Die Kaiserin kam mit. In der Begleitung befanden sich Gräfin *Rantzau*, Gräfin *Eulenburg*, *Trotha*[4]), *Lyncker*, *Müller*, *Reischach*[4a]), *Grünau*[5]) (Auswärtiges

[1]) Über Ausbruch und Verlauf des Januar-Streiks siehe Schultheß 1918/I S. 49 ff. sowie die ausführlichen Quellen- und Literaturangaben in Quellen 1/II S. 192 (Anm. 3); dazu neuerdings Deutschland im Weltkrieg Bd. 3 S. 148 ff. — Zur Abreise des Kaisers vgl. Müllers Eintragung vom 26. 1. 1918: „Erhalte die Nachricht, daß wir morgen abend nach Homburg abreisen, wie ich annehme, der möglichen Arbeiter-Unruhen in Berlin wegen." Müller, Marinekabinett S. 348.

[2]) Generaloberst Gustav *v. Kessel* (1846—1918), Oberkommandierender in den Marken und Generaladjutant des Kaisers.

[3]) Generaloberst Hans G. H. *v. Plessen* (1841—1929), diensttuender Generaladjutant des Kaisers und Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, Chef des reitenden Feldjäger-Korps; über ihn vgl. Groener S. 367.

[4]) Hofmarschall Ulrich *v. Trotha;* vgl. S. 94 (Anm. 21).

[4a]) Hugo Frhr. *v. Reischach* (1854—1934), Oberhofmarschall des Kaisers.

[5]) Legationsrat Werner Frhr. *v. Grünau* (1874—1956), war am 9. 8. 1914 dem Großen Hauptquartier zugeteilt und am 9. 10. 1916 zum Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier ernannt worden.

Amt), *Niedner*[6]), die Flügeladjutanten *Estorff*[7]), *Moltke*[8]), *Hirschfeld*, *Mewes*, Hauptmann im Generalstab *Gabriel*[9]) von der Obersten Heeresleitung in Vertretung des erkrankten Hauptmanns *v. Ilsemann*.[10])

Das Leben gestaltete sich im allgemeinen in Homburg ganz harmonisch. Durch den Fortgang von *Valentini* war eine gewisse Koalition gesprengt. *Müller* fühlte sich vereinsamt und lebte eigentlich ganz für sich.[11]) Unterstützung fand er nur in dem Geh. Legationsrat *v. Grünau*, Vertreter des Auswärtigen Amts.[12]) Mit *Müller* habe ich mich ganz kühl gestanden, ohne daß es je zu äußeren Differenzen gekommen wäre. Wir waren in unseren ganzen Auffassungen entgegengesetzt.[13]) Er ist kein schlechter Charakter, aber politisch auf dem Standpunkt der *Vossischen Zeitung*. Kein Preuße, sogar nicht eigentlich Deutscher, kommt aus Schweden[14]), dort erzogen. So war er für diese Zeit ein sehr ungeeigneter Berater für den Kaiser. Andererseits waren die Gerüchte von seinem großen Einfluß eine Fabel. Es hieß, er bete täglich mit dem Kaiser, wurde *Rasputin* genannt.[15]) Das war Unsinn, er war wohl sogar nicht eigentlich kirchlich, sondern nur vom allgemeinen Weltbürgertum beseelt. Antialkoholiker, wenn auch nicht ganz abstinent. Sein Schwiegersohn, *[Stauß]*[16]) von der Deutschen Bank, brachte ihn wohl auch in nahe Beziehungen zu liberalen Politikern. Ich habe trotzdem seinen Einfluß nie störend bemerkt.

---

[6]) Dr. med. Otto Gustav *v. Niedner* (geb. 1869), Leibarzt des Kaisers.

[7]) Oberstleutnant, später Generalmajor Otto *v. Estorff* (1865—1925), diensttuender Flügeladjutant des Kaisers.

[8]) Oberst Detlef Graf *v. Moltke* (geb. 1871), diensttuender Flügeladjutant des Kaisers.

[9]) Hauptmann *Gabriel*, dem Generalstab zugeteilt.

[10]) Hauptmann im Generalstab Sigurd *v. Ilsemann* (1884—1943), Verbindungsoffizier der OHL zum Kaiser, später Flügeladjutant; vgl. auch unten S. 155 f. (bes. Anm. 26).

[11]) Vgl. dazu Müller, Marinekabinett, Aufzeichnungen aus dem Jahre 1918. In einem Schreiben an *Valentini* vom 5. 7. 1918, Nachlaß Valentini, bezeichnet sich *Müller* als „einziger übriggebliebener Lappen des Vierblattes *Lyncker–Valentini–Treutler–Müller*".

[12]) Vgl. dazu Müllers Urteil in einem Schreiben an Valentini vom 30. 3. 1918 a.a.O.: „Eine unendlich schwere Stellung hat *Grünau*, der mir aber in seinem ehrlichen Kampfe für die Rechte der Regierung und der [sic!] Leiter unserer auswärtigen Politik sehr gut gefällt."

[13]) A.a.O. urteilt *Müller* über sein Verhältnis zu *Berg*: „Ihr Nachfolger ist sehr artig gegen mich und ich gegen ihn, aber jeder Meinungsaustausch fehlt. Er würde auch zwecklos sein."

[14]) Nach der Familienüberlieferung stammte die Mutter *Müllers*, Clara geb. *Kurzwelly*, aus Schweden. Von 1856—1869 hielt sich die Familie *Müller* in Stockholm auf, wo der Vater Georg Alexander das erste schwedische Institut für Agrikulturchemie begründete. Vgl. die Einleitung von W. Görlitz: in Müller, Marinekabinett S. 13; Georg Alex. O. v. Müller: Aufzeichnungen zur Geschichte seiner Familie, 1934.

[15]) *Görlitz* in: Müller, Marinekabinett S. 18, sieht den Ursprung für den Beinamen „Rasputin", „der in den Offiziersmessen für ihn aufkam", darin, daß der Admiral „für einen frommen und ernsten Mann galt, dem Frivolität unsympathisch war". Nach Reischachs Urteil S. 242 war *Müller* „ein sehr gebildeter und aufrechter Mann, seine Beurteilung, die im Kriege aufkam, ganz falsch, sein Spitzname ‚Rasputin' ein grober Unfug." *Müller* sei „kein Pietist" gewesen und habe nie versucht, „seinen kaiserlichen Herrn — bei dem er überhaupt nur zu Vortrag und Mahlzeiten erschien — in mystische Übungen oder Einflußsphären auf irgendeine Weise hineinzuziehen, wie so vielfach behauptet wird."

[16]) Im Or. irrtümlich „Strauss". — Emil Georg *v. Stauß* (geb. 1877), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank seit 1915, war mit einer Tochter *Müllers*, Karin, verheiratet. Über *Müllers* Beziehungen zu Kreisen der Wirtschaft vgl. Görlitz in: Müller, Marinekabinett S. 23.

Anders war es mit *Grünau*, der durchaus geschickt das Auswärtige Amt vertrat. In der Zusammensetzung dieser Behörde, deren Mitglieder nach meiner Ansicht nicht deutsch, sondern international empfanden und dachten, die, *Kühlmann* an der Spitze, nie an den Sieg glaubten und für die Würde und Ehre Preußens und Deutschlands kein Gefühl hatten, lag das Unglück der Zeit. Auf sie fällt viel Schuld an dem unglückseligen Ausgang des Krieges. Ich habe oft dagegen kämpfen müssen, aber auch mir ist es schließlich nicht gelungen, zu siegen.

Auch *Reischach* neigte etwas zur Partei *Müller—Grünau*. Auch er [war] kein Preuße, ein Süddeutscher, der liberalen Gedanken huldigte. Seine Mutter, geb. *Bonn* aus Frankfurt, saß ihm außerdem im Nacken. Schlechte Mischung: Sohn einer Jüdin und Mann einer Prinzessin.[17]) Er wußte nicht, auf welchem Fuß er leben sollte, politischen Einfluß hat er aber auf den Kaiser nicht gewonnen, obgleich er es gern gehabt hätte. Wir hatten uns früher als Korpsbrüder und alte Potsdamer[18]) freundschaftlich gestanden. Unser Verhältnis wurde aber kühler, als ich eines Abends im Kreise der Majestäten äußerte, daß die deutsche Ehre es verlange, daß den Deutschen im Baltenlande geholfen würde, [worauf] *Reischach* mir nachher sagte, man solle sich doch hüten, solche Worte zu gebrauchen, und ich es ablehnte, mich mit ihm darüber zu unterhalten, was deutsche Ehre verlange.

Plessen war von bester Gesinnung beseelt, aber ganz ohne Einfluß, trotz seiner langen Anwesenheit bei Hof. Der Kaiser wurde im Gegenteil meist ungeduldig, wenn *Plessen* etwas sagte oder anregte.

Mein Bestreben ging darauf, den Kaiser wieder Selbstvertrauen gewinnen zu lassen. Er sollte im Vertrauen auf die Armee und die Oberste Heeresleitung unbedingt an den Sieg glauben, dieses durch Depeschen und bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck bringen.[19]) Der Kaiser war, im Gegensatz zu den früheren Jahren, im Kriege zu wenig hervorgetreten, das Volk wußte kaum noch etwas von ihm, *Valentini* hatte ihn beinahe totgeschwiegen. Dieses änderte ich. Die Telegramme bekamen wieder einen energischen frischen Ton.[19]) Man merkte wieder, daß wir einen Kaiser hatten. *Hertling* äußerte mir gegenüber darüber Besorgnisse, im Land wurde es aber gut aufgenommen. Eine Dame aus Sachsen schrieb mir: Es weht Bergluft!

In Homburg war in den ersten Tagen bis 2. Februar Prinz *Heinrich*[20]), mit [dem]

---

[17]) Hugo Frhr. *v. Reischach* (1854—1934) — vgl. S. 103 (Anm. 4a). Die Familie siedelte 1862 von Frankfurt nach Stuttgart über, wo der Vater zusammen mit Frhr. Carl *v. Cotta* die Leitung der *Cotta*schen Verlagsbuchhandlung übernahm. *Reischach*, dessen Mutter Bertha eine geborene *Bonn* war, hatte 1887 die jüngste Tochter des Herzogs *v. Ratibor*, Margarethe, geheiratet; vgl. Reischach S. 11 und 118. Zu den Angriffen, die von konservativer Seite gegen *Reischach* erfolgten, vgl. a.a.O. S. 284; ferner die Beurteilung des Weltkrieges a.a.O. S. 275 ff.

[18]) *Reischach* wie *Berg* waren Mitglieder des Bonner Corps Borussia gewesen; *Berg* hatte im I. Garde-Regiment zu Fuß, *Reischach* im Regiment der Gardes du Corps, beide in Potsdam, gedient. Vgl. Reischach S. 29 ff.

[19]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 359. Eine instruktive Übersicht über Randnotizen dieser Zeit gibt Baumgart S. 67 f. (Anm. 30). Die Verschärfung in der Tonart des Kaisers ist ferner gut in den Dokumenten der Edition Werner Hahlwegs über „Brest-Litowsk" zu verfolgen, wo sich zahlreiche in diese Richtung tendierende Bemerkungen des Kaisers finden.

[20]) *Heinrich* Prinz *von Preußen* (1862—1929), Großadmiral, Bruder *Wilhelms II.*

ich das erste Mal in nähere Berührung kam, der am 1. [Februar] nachm. zu mir kam und mit dem ich längere Unterhaltung über Wahlrechtsvorlage etc. hatte. Ein ehrlicher Mann, nicht bedeutend, aber sich der Grenzen seiner Kraft bewußt, dem Kaiser sehr anhänglich, nicht nur als Bruder, sondern auch als Untertan, vielleicht zu sehr der letztere.

Am 1. Februar kam *Plessen*, der in Wilna bei *Eichhorn*[21]) gewesen war, zurück. Am gleichen Tage meldete sich *Loßberg*[22]) als General á la suite, sehr energischer Soldat. *Ludendorff* schätzte ihn als Taktiker am Schluß nicht mehr so hoch als im Jahre 1917 — Juni —, damals dachte er an ihn, wenn ein Nachfolger für ihn notwendig würde. Er hätte aber jedenfalls seinen Platz besser ausgefüllt, als es später *Groener* tat, allerdings hatte *Ludendorff Groener* auch nicht vorgeschlagen, *Loßberg* aber auch nicht, sondern hatte *Seeckt*[23]), *Schulenburg*[24]), *Kuhl*[25]) genannt.[26]) *Kuhl* nannte mir *Ludendorff* neben *Loßberg* auch schon Juni 1917.[27])

Nach Homburg kamen Ostern Prinz und Prinzessin *Friedrich Karl von Hessen*.[28]) Der Kaiser schätzte ihn ungeheuer klug ein, hielt ihn für befähigt, Reichskanzler zu sein. Das möchte ich nicht bestätigen, wohl aber halte ich ihn auch für einen klugen Mann, fleißig, gründlich und überlegt, daneben sehr zurückhaltend und taktvoll. So würde er einen sehr guten regierenden Herrn abgegeben haben. Daher auch später meine Bemühung, ihn auf den finnischen Thron zu bringen[29]), als Finnland einen deutschen Fürsten haben wollte. Dazu hätte er sich geeignet. Ich glaube, daß er infolge seines Verstandes und seines Taktes auch schwierigen Verhältnissen gerecht geworden wäre.

Am 3. Februar meldete sich Oberst *v. Bienerth*[30]), österreichischer Militärbevollmächtigter, der uns ein ehrlicher Freund gewesen war, was man nicht von vielen Österreichern sagen kann.

---

[21]) Im Or. mit „(?)" versehen. — Generalfeldmarschall Hermann *v. Eichhorn* (geb. 1848), Oberkommandierender der 10. Armee, seit März 1918 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe *Eichhorn* in der Ukraine, erlag am 30. 7. 1918 in Kiew den Folgen eines Attentats.

[22]) General der Infanterie Fritz *v. Loßberg* (1868—1942); er galt als anerkannter „Abwehrspezialist", Chef des Generalstabes der 2., dann der 1., 6. und 4. Armee; im August 1918 wurde er Stabschef der neugebildeten Heeresgruppe *v. Boehn*. — Vgl. Loßberg, passim.

[23]) Generalmajor Hans *v. Seeckt* (1866—1936), war 1918 Generalstabschef der türkischen Armee. Zu seiner Biographie vgl. Friedrich v. Rabenau: Seeckt. Aus seinem Leben. 1866—1936. 2 Bde., Leipzig 1940; Hans Meier-Welcker: Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

[24]) Generalleutnant Friedrich Graf *von der Schulenburg* (1865—1939), seit 1916 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

[25]) General der Infanterie Hermann *v. Kuhl* (1856—1948), Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz *Rupprecht*, Verfasser der Werke: Der Weltkrieg 1914—1918, 2 Bde., Berlin 1933; Der Deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, Berlin 1920.

[26]) Vgl. unten S. 199.

[27]) Zu *Bergs* Gesprächen mit der OHL im Juni 1917 vgl. Einleitung S. 44 f.

[28]) Landgraf *Friedrich Karl* (1868—1940), Prinz *von Hessen*, war mit *Margarete von Preußen*, einer Schwester Kaiser *Wilhelms*, verheiratet.

[29]) Dazu unten S. 163 f., bes. Anm. 13 und 17.

[30]) K. u. k. Oberst im Generalstab Karl Frhr. *v. Bienerth*.

7. Über die Konservative Partei und Bülow

Am 4. Februar hatte ich mit dem Kaiser eine lange Auseinandersetzung über die Konservative Partei. Der Kaiser konnte dieser immer noch nicht ihre Haltung im November 1908, als *Bülow* ihn preisgab, vergeben.[1]) Er trug ihr auch Kleinigkeiten nach, daß sie nicht für den Neubau des Domes eingetreten sei, daß sie gegen den Verkauf des Opernhauses gewesen sei. Mit mehr Recht warf er ihr ihre Kanalfeindlichkeit[2]) vor, alles aber Sachen, die lange abgetan waren, zumal die Konservative Partei durch *Kessel*[3]) im Jahre Herbst 1916 noch nachträglich die vom Kaiser verlangte Entschuldigung — Abbitte wegen der Haltung im Jahre 1908 — gemacht hatte.[4]) Der Kaiser kam von diesen Sachen nicht los, anstatt zu sehen, daß er die Konservative Partei unbedingt brauche, und daß sie immer die stärkste Stütze der Preußenmonarchie sein würde.

Valentini hatte wohl viel Schuld an dieser Stellungnahme des Kaisers, früher schon *Lucanus*[5]), welche beide nicht konservativ im eigentlichen Sinn, den Kaiser in seiner Abneigung bestärkt hatten. Nur den Konservativen nahm der Kaiser übel, wenn sie gegen ein von ihm gebilligtes Gesetz stimmten; und [er] hatte die kindliche Auffassung, daß die Partei, da in ihr ja alle seine Kammerherren und gewesenen Offiziere saßen, die Verpflichtung hatte, sich nach seinen Intentionen und Wünschen zu erkundigen, wozu sie ja Gelegenheit hatten, da sie bei Hofe verkehrten, und danach zu handeln — daß dieses die vollkommene Bedeutungslosigkeit der Partei herbeiführen werde, wollte der Kaiser nicht sehen.

Über diese Sache bin ich oft mit dem Kaiser aneinandergeraten, beispielsweise schon im September 1916, als ich mich im Schloß beim Kaiser als Oberpräsident meldete.[6]) Ich habe während meiner Kabinettszeit eine Besserung herbeigeführt, was von meinen Gesinnungsgenossen im Hauptquartier angenehm empfunden wurde, aber von Zeit zu Zeit kam doch wieder die alte Meinung und der alte Groll zum Vorschein. Dann kam auch die merkwürdige Idee zum Vorschein:

---

[1]) Zur Haltung der Konservativen in der Daily-Telegraph-Affäre, denen der Kaiser „niemals verziehen [habe], daß sie sich seiner Meinung nach an dem Verrat beteiligt haben, den *Bülow* an ihm begangen habe", vgl. Westarp I S. 41 ff. — Vgl. auch Anm. 4.

[2]) Zum Widerstand der Konservativen Partei gegen den Bau des Mittellandkanals siehe Hannelore Horn: Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. Staat und Politik, Bd. 6, Köln–Opladen 1964.

[3]) Kurt *v. Kessel*, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1898 (deutschkonservativ).

[4]) Zu den seit Juni unternommenen Versuchen der Konservativen Partei, das Verhältnis zum Kaiser zu verbessern und die alten Streitfragen zu begleichen, vgl. Westarp II S. 312 ff. und 328 ff. Der Zwölfer Ausschuß (der engere Vorstand der Deutschkonservativen Partei) ermächtigte am 7. 9. 1916 den als Vermittler zum Kaiser tätigen Kurt *v. Kessel*, „bei Fortsetzung der begonnenen Aussprache Allerhöchsten Ortes zu erklären, daß die Vertretung der Konservativen Gesamtpartei mit tiefem Bedauern davon Kenntnis nimmt, daß Seine Majestät Sich durch unsere Kundgebung vom 5. November 1908 persönlich gekränkt fühlt und daß die Parteivertretung deshalb bittet, das um der guten Absicht willen, die uns dabei im Interesse der Krone leitete, zu verzeihen." (Wortlaut des Beschlusses a.a.O. S. 333).

[5]) Hermann *v. Lucanus;* vgl. Einleitung S. 9 (bes. Anm. 2). Reischach S. 239 nennt ihn einen „kluge[n] Herr[n], der seinen Kaiser genau kannte und in den siebzehn Jahren zu nehmen wußte", aber „zu sehr bemüht, seinen kaiserlichen Herrn zu befriedigen."

[6]) Auch in seinen Unterredungen im Juni 1917 — vgl. S. 44 f. (Anm. 10) — hatte *v. Berg* eine „scharfe Auseinandersetzung über die Haltung der konservativen Partei". Valentini S. 154.

es wäre ja ganz natürlich, daß die Konservative Partei keine bedeutenden Männer hätte, die klugen würden Beamte und Offiziere und ungefähr der Schund bliebe übrig. Immer wieder mußte ich dem Kaiser sagen: Es sind doch die einzigen, auf die sich E. M., wenn es hart auf hart kommt, unbedingt verlassen können.

Ich habe bei dieser Gelegenheit in diesen Aufzeichnungen *Bülow* erwähnt und will daher einige Worte über ihn einschalten. Der Kaiser hatte jegliches Vertrauen zu ihm verloren. Man konnte das in gewisser Beziehung aus politischen Gründen bedauern, aber es war doch berechtigt oder wenigstens begreiflich. Der Kaiser hatte *Bülow* als Freund und Vertrauten behandelt. *Bülow* ist viel schuld an der Entwicklung, die der Kaiser genommen hat. Er ist ihm nie wirklich entgegengetreten, hat auf die Anregungen und Ideen des Kaisers nie geantwortet: E. M., das geht nicht, das ist ganz unmöglich, sondern immer hieß es: Großartige Idee, E. M. haben das mit fabelhafter Schärfe erkannt, etc. Dann hat allerdings *Bülow* solange gesprochen, daß aus der Idee ganz etwas anderes wurde, daß schließlich *Bülows* Gedanke und nicht der des Kaisers zur Ausführung kam. Der Kaiser glaubte aber an sein Ingenium und mußte nach der Art von *Bülow*, die dieser allerdings allen Menschen gegenüber und den meisten gegenüber leider mit Erfolg anwandte, daran glauben.

Nun kam der 8. November 1908[7]), und plötzlich sagte der Kanzler *Bülow* vor aller Welt im Reichstag mit ziemlich dürren Worten: Der Kaiser taugt gar nichts, ich habe die größten Schwierigkeiten mit ihm, ich habe ihn nicht [beeinflussen][8]) können, aber in Zukunft hoffe ich, es tun zu können.[9]) Der Gegensatz zwischen dem, was *Bülow* dem Kaiser unter vier Augen zuvor[10]) gesagt hatte, und was er ihm jetzt vor aller Welt sagte, war zu groß. An diesem Gegensatz ist *Bülow* gefallen, daran scheiterte die Freundschaft, der Kaiser mußte das Vertrauen verlieren.

Ich habe *Bülow* als Politiker geschätzt, wenigstens war er doch immer weit über Durchschnitt der Leute, über die wir jetzt verfügen. Leute wie *Bethmann* etc. reichten ihm nicht das Wasser. Aber ich bin mir immer klar gewesen, daß der Kaiser mit ihm als Kanzler nicht würde arbeiten können, da jegliches Vertrauen fehlte und daß der Kaiser dann gänzlich ausgeschaltet sein würde.

---

[7]) Die Reichstagsdebatte über das Daily-Telegraph-Interview fand nicht am 8. 11., sondern am 10./11. 11. 1908 statt; die führenden Sprecher der Fraktionen, so *v. Heydebrand* (deutschkonservativ), *v. Gamp* (freikonservativ), *Bassermann* (nationalliberal), *Wiemer* und *Haußmann* (freisinnig), *Hertling* (Zentrum) sowie *Singer* und *Heine* (SPD), übten dabei scharfe Kritik am Kaiser; vgl. Sten. Ber. Bd. 233, S. 5373 ff.

[8]) Im Or. unleserlich.

[9]) *Bülows* Erklärung im Reichstag am 10. 11. 1908 gipfelte in dem Satz: „Die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von S. M. dem Kaiser gewollte Wirkung nicht hervorgerufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — S. M. den Kaiser dazu führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen.“ Sten. Ber. Bd. 233, S. 5395; abgedr. auch bei Huber, Dokumente II Nr. 297.

[10]) Lesart unsicher.

Dieses konnte ich nicht wünschen; ich habe daher *Bülow* bei einem Kanzlerwechsel nicht in Aussicht genommen. Der Kaiser wurde übrigens in seinem Mißtrauen gegen *Bülow* sehr durch *Hertling* bestärkt, der sein großer Feind war, der ihm auch Unehrlichkeit nachzuweisen können glaubte. Das ist immer leicht bei Leuten, die sich [daran] gewöhnt haben, den Leuten immer die größten Schmeicheleien ins Gesicht zu sagen.

Bezeichnend für *Bülow* war, als er mich wohl das erste Mal bewußt in die Linse bekam, 1908 auf dem Anhalter Bahnhof, als die Majestäten nach Korfu[11]) fuhren, [und] ich in Vertretung von *Lucanus* in der Begleitung war, kam er auf mich los, um mich zu bitten, ich möchte eine eilige Sache am gleichen Tage noch vom Kaiser unterschreiben lassen mit den Worten: „Herr *v. Berg*, Sie, mit Ihrer gewohnten Geschicklichkeit werden mir das zweifellos besorgen." Wohl verstanden, war es das erste Mal, daß er mit mir sprach.

[11]) *Bülow* erwähnt in seinen Denkwürdigkeiten nichts von dieser Besprechung mit *Berg*. — Über die Reise des Kaisers nach Korfu vgl. Kaiser Wilhelm II.: Erinnerungen an Korfu. Berlin und Leipzig 1924, S. 11.

8. Der König von Bayern in Homburg

Am 5. Februar war der König von Bayern mit großem Gefolge von der Front kommend in Homburg als Gast der Majestäten.[1]) Ich hatte nach Tisch ein längeres Gespräch mit dem König in der Hauptsache über *Hertling* und *Ludendorff*. Von ersterem hielt der König sehr viel, war er ja sein Ministerpräsident gewesen[2]), Katholik und, wenn auch nicht von Geburt, so doch durch langen Aufenthalt in Gewöhnung Bayer. Er hätte ihn sehr ungern fortgelassen, hätte es nur getan, um dem Kaiser und der großen Sache zu dienen. Gegen *Ludendorff* hatte der König wohl ein gewisses Mißtrauen. Man fürchtete von seiner energischen Natur Überraschungen. Ich gab mir Mühe, das Mißtrauen zu zerstreuen. Der König war freundlich, machte den Eindruck eines unterrichteten und im ganzen klugen Mannes. Ich habe mich aber von Anfang an des Verdachtes nicht erwehren können, und die Zeit hat dieses nach meiner Ansicht bestätigt, daß der katholische Wittelsbacher trotz der Betonung der Reichsfreundschaft und der Freundschaft für den Kaiser in einem gewissen Gegensatz stände zum protestantischen Hohenzollern.[3])

Bestärkt wurde ich durch eingehende Unterredungen mit den mich aufsuchenden Herren, dem Kriegsminister *[v. Hellingrath]*[4]) und dem Kabinettsrat Graf *Spreti*.[5]) Mir schienen beide, ganz besonders der Kriegsminister, pessimistisch in ihrer Auffassung der Gesamtlage, geneigt, den auch in Bayern aufbrechenden

[1]) Zum Inhalt dieser Unterredung vgl. WUA 2 S. 115 (Anm. 65); Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Nr. 26, Bericht Grünaus an das Auswärtige Amt, 6. 2. 1918; Janßen S. 194 f.; Wippermann 1918 I/1 S. 278.

[2]) Vom 10. 2. 1912 bis 2. 11. 1917.

[3]) Vgl. unten S. 200 sowie Einleitung S. 65.

[4]) Im Or. irrtümlich „Hellingrode". — General der Kavallerie Frhr. Philipp *v. Hellingrath* (geb. 1862), bayerischer Kriegsminister 1916—1918.

[5]) Im Or.: „Spretti".

Streiks[6]) nachzugeben und in Furcht vor energischen Maßregeln. Mir schien hierin eine große Gefahr zu liegen. Es wurde immer wieder von den Herren betont, daß in Bayern die Verhältnisse ganz anders liegen als in Norddeutschland.

Der König war in seiner ganzen Art, seiner Haltung, seiner Art zu sprechen, seinem Anzug, ein Bourgeois. Ich hatte den Glauben, daß ihn dieses in seinem Lande besonders beliebt mache, glaubte, daß er populär sein müsse, schon allein seiner schlecht sitzenden Hosen wegen. Später hörte ich schon Stimmen, daß dieses nicht der Fall sei, was auch die Revolution zeigte. Der Grund seiner mangelnden Beliebtheit hat in seinem Geiz gelegen, in seinem Bestreben, Geld zu verdienen, was sich auch in seinen Landwirtschaften im Kriege gezeigt hatte. Es wurde ihm geradezu Wucher mit Milch vorgeworfen.

[6]) Zu dem Übergreifen der Streikwelle auf Bayern, die dort vor allem in München und Nürnberg auftrat, vgl. Schultheß 1918/I S. 55; Deutschland im Weltkrieg Bd. 3, S. 164 ff.

B. Von der Krise in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bis zum Beginn der Frühjahrsoffensive 1918

9. Die Krise in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und das deutsche Ultimatum

Am 8. Februar war ich, nachdem ich schon einige Tage vorher kurz mit dem Kaiser in Kreuznach gewesen war, abends allein beim Feldmarschall und *Ludendorff*. Abends Essen beim Feldmarschall. Ich wurde von beiden sehr freundlich bewillkommnet. *Hindenburg* sagte mir bei Tisch, er habe eigentlich auch mich sprechen wollen, hätte es aber aufgegeben in dem Gedanken, daß es vielleicht klüger sei, unsere Freundschaft nicht zu laut zu betonen, um die Widersacher nicht aufmerksam zu machen.[1]) Jedenfalls habe ich Grund, dankbar zu sein für die Freundschaft, die mir beide entgegenbrachten, für das offene vertrauensvolle Verhältnis, welches zwischen uns herrschte, für die vielen harmonischen Stunden, die ich auch als Gast des Feldmarschalls verlebt habe.

Die nächsten Tage waren durch die Schwierigkeit der Verhandlungen in Brest sehr bewegt.[2]) Am 9. Februar kommt die Nachricht, daß der Friede mit der Ukraine abgeschlossen sei.[3]) Aus diesem Grunde mittags gemeinsame Tafel mit Prinz *Heinrich*, der auch vom Kaiser spricht, und Prinz und Prinzessin *Friedrich Karl von Hessen*. *Trotzki* und Rumänien sollten nunmehr Ultimaten gestellt werden.[4]) *Ludendorff* telefonierte mich an und bat mich dringend, darauf zu

---

[1]) Vgl. Einleitung S. 42 und 55.

[2]) Vgl. dazu Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 290 ff. — Zu der Stimmung im Großen Hauptquartier siehe das a.a.O. Nr. 294 abgedr. Telegramm Grünaus an v. Kühlmann vom 10. 2. 1918: „Die Stimmung des Kaisers ist schon seit einigen Tagen derartig erregt, daß ich außer den verschiedenen Explosionen [. . .] einen großen Krach befürchte."

[3]) Der Friedensvertrag mit der Ukraine wurde am 9. 2. 1918 um 2 Uhr morgens unterzeichnet. Vgl. die Quellen- und Literaturangaben in: Quellen 1/II S. 207 f. (Anm. 9); ferner Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 287 (bes. Anm. 1 und 2) und Nr. 292.

[4]) Vgl. die Telegramme des Kaisers vom 9. 2. 1918 an: 1) General *v. Hoffmann* und Exzellenz *v. Kühlmann* und an 2) Staatssekretär *v. Kühlmann* —, abgedr. bei Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 292. In dem ersten Telegramm heißt es: „*Trotzki* hat bis morgen 10ten abends 8 Uhr (Meldung um diese Zeit hier in Homburg darüber) den Frieden kurzweg unterzeichnet nach unseren Bedingungen unter sofortiger Aufgabe des Baltikums bis zur Linie Narwa–Pleskau–Dünaburg inklusive ohne Selbstbestimmungsrecht pp. unter Anerkennung der Entschädigung aller im Baltikum Betroffenen. Im Weigerungsfalle oder bei Hinschleppungs- und Verzögerungsversuchen und sonstigen Ausflüchten werden um 8 Uhr am 10ten abends die Verhandlungen abgebrochen, der Waffenstillstand gekündigt; Oberost geht dann gegen vorgeschriebene Linie vor. gez. *Wilhelm* I. R."
Zur Reaktion des Leiters der deutschen Delegation in Brest-Litowsk, Staatssekretär des Auswärtigen *v. Kühlmann*, vgl. a.a.O. Nr. 294 und 295. — Das Ultimatum wurde jedoch wieder aufgehoben; a.a.O. Nr. 296; ferner Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 446. Zum weiteren Verlauf siehe unten S. 112 ff. (bes. Anm. 12 ff., 24, 26 f.).
Zur Frage eines Ultimatums an Rumänien vgl. das a.a.O. Nr. 289 abgedr. Telegramm Hoffmanns vom 8. 2. 1918: „Ebenso verlangt die militärische Lage, daß die Rumänen, wenn sie

wirken, daß scharfe Weisungen nach Brest und Bukarest gegeben würden.[5]) Ich konnte dies erreichen. Der Kaiser war über den Abschluß mit der Ukraine, durch den wir und Österreich Lebensmittel zu erhalten hoffen konnten, sehr befriedigt, war auch durchaus fest in seiner Stimmung und sehr schlecht auf das Auswärtige Amt zu sprechen, dem er die schlechte Führung der Geschäfte in Brest vorwarf. Mein Gegensatz zu *Grünau*, Auswärtiges Amt, trat scharf zutage.

Am nächsten Tage nach der Krise Huldigung der Homburger Bevölkerung anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine im Schloßhof[6]), Ansprache des Bürgermeisters und Antwort des Kaisers vom Balkon aus. Es war eine längere politische Rede, die erste seit langer Zeit.[7]) Ich hatte nicht geglaubt, daß der Kaiser in längerer Rede antworten wolle. Er hatte mir von dieser Antwort auch nichts gesagt. Ich revidierte am Nachmittag ziemlich stark das Stenogramm[8]) und gab dann die Rede heraus, die nichts mehr enthielt, was Anstoß in irgendeiner Richtung erregen konnte.[9]) Trotzdem hatte Graf *Hertling* große Bedenken, wie mir der Chef der Reichskanzlei, Herr *v. Radowitz*[10]), nach einigen Tagen sagte.

Inzwischen hatte *Trotzki* auf die dringende Aufforderung *Kühlmanns* — vom Kaiser befohlen —, zum Abschluß zu kommen[11]), erklärt, daß er zwar den Krieg

morgen in Foscani [dem Ort der Friedensverhandlungen] wieder eintreffen oder auch, wenn sie nicht erscheinen sollten, vor die klare Frage gestellt werden, ob sie den Frieden zu den festgesetzten Bedingungen schließen wollen oder nicht, und daß in letzterem Falle der Waffenstillstand sofort gekündigt wird." — Ferner Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 446, er habe bei den Besprechungen am 4./5. 2. mit *v. Kühlmann* und Graf *Czernin* in Berlin in bezug auf den Frieden mit Rumänien „auf tatkräftiges Arbeiten" gedrängt.

[5]) Zum Zusammenhang vgl. Ritter III S. 223 ff. — Über das seit Anfang Februar einsetzende Drängen der OHL auf ein Ultimatum an Rußland siehe Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 288, 289, 292; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 445 f. — Die deutsche OHL hatte Anfang Februar eine an die Rumänen abzugebende Erklärung mit der österreichisch-ungarischen OHL vereinbart, die einen neuen Waffenstillstandsvertrag ablehnte und „aus rein militärischen Gründen [. . .] militärisch und politisch klare Verhältnisse" forderte. „Es wird deshalb die Erwartung ausgesprochen, daß rumänischerseits, falls die anwesenden Vertreter hierzu nicht autorisiert sind, binnen 4 Tagen mit Vollmachten versehene Unterhändler an einem von uns zu bestimmenden Orte mit uns zusammentreffen, um die Grundlagen für einen Präliminarfrieden festzulegen." Telegramm von General Hranilovic, 3. 2. 1918, Kriegsarchiv Wien, Armeeoberkommando. Handschr. Vermerk „Bartenwerffer 3/II 11 10."

[6]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 351: „Ein etwas magerer Huldigungszug von Bürgern Homburgs im Schloßhof."

[7]) Vgl. Schultheß 1918/I S. 61. Nach Müller a.a.O. sagte der Kaiser u. a.: „Der Krieg sei eine Maßregel Gottes zur Erziehung des Menschen. Solche Maßregeln seien Gott nicht immer gelungen. Er hätte es mit den Römern versucht, jetzt mache er den letzten Versuch mit dem deutschen Volke, das Ordnung schaffen solle in der Welt." — Vgl. auch Anm. 9.

[8]) Nach Müller a.a.O. S. 352 war *v. Berg*, als er ihn „gegen Abend" aufsuchte, damit beschäftigt, „die Rede für die Presse zu korrigieren." Auch er nennt die Wiedergabe in der Presse — vgl. Anm. 9 — „stark frisiert".

[9]) Sie wurde in den *Frankfurter Nachrichten* veröffentlicht; abgedr. auch bei Schultheß 1918/I S. 61 (ein Auszug in: Amtliche Kriegsdepeschen VII S. 2605 f). Der von Müller berichtete Passus — vgl. Anm. 7 — fehlt in der veröffentlichten Fassung.

[10]) Unterstaatssekretär Wilhelm *v. Radowitz* (1875—1939), Chef der Reichskanzlei November 1917—Oktober 1918; vgl. auch unten S. 188 (bes. Anm. 34).

[11]) Vgl. S. 111 (Anm. 4).

für beendet erkläre, daß er aber im übrigen jede Bindung ablehne.[12])

[Der] Reichskanzler sah in Übereinstimmung mit [der] Obersten Heeresleitung hierin einen Bruch des Waffenstillstandes.[13]) Man verlangte dringend eine unbedingte Klärung der militärischen und politischen Lage, und es wurde eine Besprechung aller maßgebenden Persönlichkeiten für den 13. Februar in Homburg beschlossen. Sie hat dann tatsächlich am 13. Februar stattgefunden.[14])

Anwesend waren der Kanzler, der Vizekanzler *v. Payer*, in ihrer Begleitung befanden sich Unterstaatssekretär *v. Radowitz*, Albert *v. Winterfeldt*[15]), als Adjutant des Kanzlers sein Sohn Rittmeister Graf *Hertling*.[16]) Mit *Hindenburg* und *Ludendorff* kamen General *v. Bartenwerffer*[17]), Oberst *Wetzell*[18]), Graf *Stirum*[19]),

[12]) In der Sitzung der „deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Angelegenheiten" am 10. 2. 1918 (Abdruck des Stenogramms bei Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 301) hatte *Trotzki* erklärt: „Wir gehen aus dem Kriege heraus, sehen uns aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu verzichten." Im Anschluß an diese mündliche Eröffnung übergab er den Delegierten der Mittelmächte folgende schriftliche Erklärung: „Im Namen des Rates der Volkskommissare der Regierung der russischen Republik bringen wir den Regierungen und den Völkern der mit uns Krieg führenden verbündeten und der anderen Länder zur Kenntnis, daß, indem wir auf die Unterzeichnung eines annexionistischen Vertrages verzichten, Rußland seinerseits den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei für beendigt erklärt. Gleichzeitig wird den russischen Armeen der Befehl der Demobilisierung an allen Fronten übergeben." — Vgl. weiter a.a.O. Nr. 299 und 300; ferner Schultheß 1918/II S. 674 f.; Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk S. 266 ff.; J. Kreppel: Der Friede im Osten. Noten, Manifeste, Botschaften, Reden, Erklärungen, Verhandlungsprotokolle und Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland und Rumänien. Wien 1918, S. 201 f.

[13]) *Hertling* hatte sich zunächst in einem Telegramm an Kaiser *Wilhelm* vom 10. 2. 1918 — abgedr. bei Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 300 — die Bitte *Kühlmanns*, den Waffenstillstand nicht zu kündigen, zu eigen gemacht und um eine Unterredung nachgesucht. Dagegen erklärte er in einem Telegramm an den Kaiser vom 11.2.1918—a.a.O. Nr. 304—, in dem er seine Bitte um einen „Vortrag" wiederholte: „Nach meiner Auffassung liegt in der Erklärung von *Trotzki* und in dem Abbruch der Verhandlungen durch ihn unzweifelhaft eine tatsächliche Kündigung des Waffenstillstandes. Wir brauchen daher unsererseits den Waffenstillstand nicht zu kündigen [. . .]." Dazu auch Urkunden der OHL S. 472.

[14]) Vgl. die protokollartige Niederschrift über den Kronrat vom 13. 2. 1918; sie ist u. a. abgedr. in: Von Brest-Litowsk bis Rapallo S. 403 ff.; Brest-Litovsk. Ausgewählt und eingeleitet von Winfried Baumgart und Konrad Repgen, Göttingen 1969, S. 57 ff.; Auszüge auch bei: Lilli Lewerenz: Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918, Diss. Hamburg 1958, masch. S. 159 f. — Vgl. Quellen 1/II S. 226 (Anm. 28); dort ausführliche Quellen- und Literaturangaben; dazu ferner Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3 S. 192 f.

[15]) Gemeint sein dürfte wohl Oberst Detlof *v. Winterfeldt*; vgl. Anm. 20.

[16]) Karl Graf *v. Hertling* (geb. 1878), war 1917—1918 über das Auswärtige Amt zum Dienst beim Reichskanzler kommandiert; zu seiner Tätigkeit vgl. sein Buch: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919.

[17]) Generalmajor Paul *v. Bartenwerffer*, Chef der politischen, später militärpolitischen Abteilung beim Chef des Generalstabs des Feldheeres; über die Abteilungen bei der OHL vgl. Militär und Innenpolitik S. LIII ff.

[18]) Oberst im Generalstab Georg Wilhelm *Wetzell*, seit 1916 Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Feldheeres.

[19]) Graf Jules Menno *v. Limburg-Stirum*, Vertreter des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier.

Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung, der seine Stelle als kluger Mann und anständiger Charakter sehr gut ausgefüllt hat. Auch [mit] Oberst *v. Winterfeldt*[20]), Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler und durchaus vertrauenswürdig, [. . .][21]) habe ich [. . .][22]) die besten Beziehungen unterhalten können. Außerdem kam *Kühlmann*, von einigen jüngeren Herren wie *Lersner*[23]) umgeben, die Herolde seines Ruhmes sein sollten, womit sie aber im Großen Hauptquartier kein Glück hatten. *Lersner* fand, daß *Kühlmann* in Brest ganz glänzend gewesen sei und war höchst überrascht, bei mir auf starken Widerstand zu stoßen.

Am Vormittag von ¾12 bis ½3 [Uhr] fand die Sitzung unter Beisein und Vorsitz des Kaisers statt, an der infolgedessen auch wir Kabinettschefs teilnahmen. Nachmittags wurde ohne Kaiser getagt, der erst um 7 Uhr abends wieder an der Schlußsitzung teilnahm. Die Verhandlungen liefen gut. Das Resultat war schließlich die Feststellung, daß durch das Nichtunterschreiben des Friedensvertrages durch *Trotzki* der Waffenstillstand aufgehört habe[24]), daß man den Hilferufen, welche aus Finnland, Baltikum (Livland und Estland) kommen würden, Gehör schenken solle.[25]) Der Vormarsch sei als Polizeimaßregel zum Schutz gedacht ohne Eroberungsgedanken.[26]) Diesem Gedankengang hatten sich schließlich auch der Kanzler und *Payer* — von ihm war *Hertling* sehr abhängig — angeschlossen. Die Entscheidung fiel gegen *Kühlmann*, welcher sich fügte, während er nach meiner Ansicht schon damals seinen Abschied hätte nehmen müssen. Er hätte die Konsequenzen ziehen müssen. Daß er es nicht tat, war nicht mutig.

Ich war mit dem Verlauf dieses Tages sehr zufrieden; wenn ich auch nur hinter den Kulissen gearbeitet hatte, so konnte ich mir doch ein gewisses Verdienst für

---

[20]) Oberst, später Generalmajor Detlof *v. Winterfeldt* (1867—1940); 11. 11. 1918 Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission, danach Leiter der Waffenstillstandskommission in Spa.

[21]) Im Or.: „und".

[22]) Im Or.: „mit ihm".

[23]) Dr. jur. Kurt Frhr. *v. Lersner* (1883—1940), Legationssekretär, Rittmeister der Reserve, Oktober 1916 dem Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier, Frhrn. *v. Grünau*, zugeteilt; ab 5. 3. 1917 Verbindungsmann des Auswärtigen Amts zum Generalquartiermeister General *Ludendorff;* November 1918 Mitglied der Waffenstillstandskommission in Spa.

[24]) Vgl. das Telegramm Unterstaatssekretärs v. Radowitz an das Auswärtige Amt vom 13. 2. 1918 — abgedr. bei Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 312: „In der heutigen Besprechung unter Vorsitz Seiner Majestät wurde Einigung dahin erzielt: 1) daß nach unserer Auffassung durch die Erklärung *Trotzkis* vom 10. Februar der Waffenstillstand als tatsächlich gekündigt anzusehen ist, und daß daher, da *Trotzki* seine Erklärung am 10. Februar abgegeben hat, der Waffenstillstand am 17. Februar [entsprechend der 7-tägigen Kündigungsfrist] abläuft." Dazu weiter die von *WTB* verbreitete „Amtliche Erklärung" vom 16. 2. 1918; Quellen 1/II S. 241 f. (Anm. 16).

[25]) Vgl. S. 121 (Anm. 33).

[26]) In dem in der Anm. 24 zit. Telegramm heißt es weiter: „2) Nach Ablauf des Waffenstillstandes sollen militärische Operationen vorgenommen werden, welche die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in den an die von uns besetzten Gebiete anschließenden Gebieten zunächst in Livland zum Zwecke haben. Diese Operationen sind auch deshalb notwendig, um die bolschewistischen Truppen daran zu hindern, daß sie ihren Feldzug gegen die Ukraine fortsetzen und dadurch das Hinausbringen von Getreide und Lebensmitteln unmöglich machen."

die Haltung des Kaisers, der zuerst schwankend gewesen war, zuschreiben. In der Mittagspause konnte ich, nachdem ich mit dem Kaiser gesprochen, auch auf *Ludendorff* einwirken, der nach meiner Ansicht noch manche Gesichtspunkte stärker betonen mußte. Erfreulich war für mich besonders, daß auf diese Weise den Deutschen in Livland und Estland geholfen werden konnte.[27]) Erfreulich war auch für mich, daß sich in diesen Tagen ein besseres Verhältnis zwischen Kaiser und *Ludendorff* anbahnte. Die Kaiserin sagte abends bei Tisch: Ich wußte, als ich das Gesicht von Herrn *v. Berg* sah, daß es gut abgelaufen sei.

[27]) Vgl. dazu den Punkt 3 des deutschen Ultimatums vom 21. 2. 1918; Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 343: „Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist."

10. Kaiser Karl in Homburg

Vom 15. bis 17. Februar war ich in Berlin, um mich über die Stimmung zu orientieren, hatte u. a. Konferenzen mit *Kessel* (General), *Eulenburg*[1]), *Friedberg*[2]), *Wallraf*[3]), *Keyserlingk*[4]), [Kriegsminister][5]) *Stein*, *Drews*, *Waldow*.[6]) Am 18. früh war ich wieder in Homburg, abends Abfahrt mit dem Kaiser nach München, um dem Königspaar zur goldenen Hochzeit, welche am 20. stattfand, zu gratulieren.[7]) Nach Tisch — wir waren in München von 11—3 Uhr — wieder längere Unterhaltung mit dem König.

Am 22. Februar war der Kaiser von Österreich in Homburg.[8]) Der Kaiser von

[1]) Gemeint ist wahrscheinlich Graf August *zu Eulenburg*; vgl. S. 93 (Anm. 15).

[2]) Prof. Dr. Robert *Friedberg* (1851—1920), Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1886, ab 9. 11. 1917 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums.

[3]) Max *Wallraf* (1859—1941), 1907—1917 Oberbürgermeister von Köln, Staatssekretär des Innern 23. 10. 1917—6. 10. 1918.

[4]) Gemeint sein dürfte Robert Graf *v. Keyserlingk* (1866—1959), Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, 1917/18 Kommissar des Reichskanzlers für die baltischen Provinzen.

[5]) Im Or. irrtümlich: „Kultusminister". — Generalleutnant Hermann *v. Stein* (1854—1927), preußischer Kriegsminister 29. 10. 1916—9. 10. 1918.

[6]) Wilhelm *v. Waldow* (1856—1937), Staatssekretär des Kriegsernährungsamts 5. 8. 1917—8. 11. 1918.

[7]) Vgl. Schultheß 1918/I S. 81 f.; Müller, Marinekabinett S. 356. — Der Kaiser war mit seiner Begleitung am 19. 2. 1918 am bayerischen Hof eingetroffen und führte dort u. a. auch eine Unterredung mit dem Heeresgruppenbefehlshaber Kronprinz *Rupprecht von Bayern*. — Dazu Kronprinz Rupprecht 2 S. 330 f.

[8]) Zur Vorgeschichte des Besuches vgl. die Telegramme Grünaus an das Auswärtige Amt vom 11. 2., 12. 2., 15. 2., 19. 2. 1918; Reischach an die Deutsche Botschaft in Wien, 13. 2. 1918; Wedel an Hertling, 18. 2. 1918, sowie Kühlmann an Grünau, 21. 2. 1918 (alles Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Österreich-Ungarn Nr. 23, Bd. 4). Der Staatssekretär des Auswärtigen äußerte darin nach ihm zugegangenen „Mitteilungen über Eindrücke Seiner Majestät in München, Kaiser *Karl* betreffend und Allerhöchsten Randbemerkungen" seine Befürchtung, daß *Karl* ein unfreundlicher Empfang bereitet werde, der „ungünstige politische Folgen haben könnte." Ferner empfahl *Kühlmann*, „dem Kaiser *Karl* etwas Freundliches über Graf *Czernin* zu sagen und ihn in seiner Stellung zu festigen", da *Czernin* von allen möglichen Kandidaten „für unsere Interessen immer noch bei weitem der beste" sei.

Österreich kam mit großem Gefolge, blieb den Tag über in Homburg.[9]) *Hindenburg* und *Ludendorff* waren anwesend.

Ich sah den Kaiser zum ersten Mal und hatte schon dieses Mal keinen günstigen Eindruck. Dieser Eindruck hat sich jedes Mal verschärft. Das Auge war unstet, ging dauernd hin und her, die ganze Art des Kaisers hatte etwas Unharmonisches. Er bemühte sich wohl, liebenswürdig zu sein. Es gelang ihm aber nicht, Vertrauen zu erwecken. Er hat Deutschland wohl nie geliebt, sah auch voll Eifersucht auf den Kaiser. Der katholische Habsburger saß ihm fest im Nacken, der dem protestantischen Hohenzollern nichts gönnte und auf ihn herabsah. Den schlimmsten Einfluß hat wohl die Kaiserin[10]) gehabt, die in Jesuitenart die Verbindung über ihr Haus Parma mit Frankreich und Italien nie ganz aufgegeben hat. Die böseste Eigenschaft des Kaisers war seine Unwahrhaftigkeit. Ich stehe nicht an, von ihm zu sagen, daß er durch und durch verlogen, ein professioneller Lügner war. Wir haben in der Folgezeit viele Beweise davon [erhalten][11]), seine Briefe an den Prinzen *Sixtus von Parma*[12]), seine Verbindung mit *Erzberger*.[13])

[9]) Über den Inhalt der Gespräche gibt eine masch. Aufzeichnung „Übertragung v. Stenogramm 22. 2. 1918", a.a.O., Auskunft; darin heißt es u. a.: „S. M. der Kaiser u[nd] König hat über seine Besprechung mit S. M. dem Kais[er] *Karl* folgende Angaben gemacht: Kaiser *Karl* hat in der Hauptsache die polnische Frage angeschnitten [. . .]. Kaiser *Karl* selbst sieht drei Lösungen, denen er gleichmäßig neutral gegenübersteht: 1. die deutsch-polnische Lösung, 2. die österreichisch-polnische Lösung, 3. eine Lösung, wonach die beiden Mächte einen König für Polen präsentieren."
Als Kandidaten seien „nur unverbindlich der Erzherzog *Karl Stephan*, den aber Kaiser *Karl* an diesem Platze nicht gern sieht, das sächsische Königshaus und ein Sohn des Herzogs *Albrecht von Württemberg* erwähnt" worden. Zu dem Wunsch *Karls*, „daß keine Abtrennung polnischen Gebiets zu Gunsten Preußens erfolge", erwiderte *Wilhelm II.*, „daß nur solche Grenzregulierungen, die im unbedingten strategischen Interesse lägen, unsererseits gefordert werden würden". Im Falle einer austro-polnischen Lösung müsse er aber den Abschluß einer „Militärkonvention", „Inspektionsrecht für die Landesverteidigungsanlagen", Einfluß auf „Organisation und Ausbildung der polnischen Wehrmacht" und die Sicherstellung der „deutschen Handelsinteressen" fordern. Vgl. weiter Anm. 16 sowie das Handschreiben Kaiser Karls o. D. (6. 4. 1918; Org. in: Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Polen Nr. 26, Bd. 4), wo er auf die Besprechungen in Homburg eingeht und „die austro-polnische Lösung" als die beste bezeichnet; dazu Randbemerkung *Wilhelms II.*: „In Homburg damals sagte er das Gegenteil". Ferner Grünau an das Auswärtige Amt, 6. 4. 1918 (a.a.O.): „S. M. bemerkte dazu, daß er seinerzeit in die austro-polnische Lösung unter der Voraussetzung [ein]gewilligt habe, daß wir in Rumänien unbedingt die Vorhand hätten, daß aber Kaiser *Karl* zuletzt in Homburg sich für die Kandidatenlösung ausgesprochen habe." Dazu das Telegramm Hohenlohes an das Ministerium des Äußern vom 3. 3. 1918, HHStA Wien, PA III 172. *Hertling* teilte unter Berufung auf Kaiser *Wilhelm* mit, die beiden Kaiser hätten sich „anläßlich der letzten Entrevue dahin ausgesprochen, sowohl die austro- als auch die germano-polnische Lösung fallen zu lassen und sich ‚der dritten Lösungsart' zuzuwenden [. . .]. Als König denkt sich der Kanzler immer noch den Erzherzog *Karl Stephan* [. . .]." Zu diesem Besuch vgl. ferner Müller, Marinekabinett S. 358; *Frankfurter Zeitung* 23. 2. 1918 (2. Morgenblatt); Janßen S. 200; Conze, Polnische Nation S. 348.

[10]) Kaiserin *Zita* aus dem Hause Bourbon-Parma; zwei ihrer Brüder, Prinz *Sixtus* und Prinz *Xaver*, dienten als Offiziere in der belgischen Armee.

[11]) Im Or.: „gehabt".

[12]) Zur *Sixtus*-Affäre siehe unten S. 129 und 131.

[13]) Zu *Erzbergers* Verbindungen zu Kaiser *Karl* und anderen, führenden österreichischen Persönlichkeiten, sowie seinen häufigen Besprechungen in Wien vgl. Erzberger, Erlebnisse S. 285. — *Berg* spielt hier auf die von *Erzberger* Anfang September 1918 mit Vertrauensleuten Kaiser *Karls* geführten Besprechungen an; vgl. a.a.O. S. 317; Epstein S. 149 f., 161, 167 und 194 f.

Und unser Kaiser mußte sich doch so stellen, als wenn er den Worten des Kaisers von Österreich glaube, da es sonst zum offenen Bruch kommen mußte.

Dieser Verbündete Österreich und sein junger Kaiser haben es uns unendlich schwer gemacht. Immer wieder die Klage: wir sind [am][14]) Ende, wir können nicht mehr, wir haben keine [Nahrungsmittel mehr][15]), wir müssen Frieden schließen.[16]) Dabei keine Energie, keine Organisation, in Ungarn hatte man die Hülle und Fülle, in Böhmen herrschte bösester Hunger.[17]) Immer wieder wurde von uns etwas erpreßt, trotzdem wir eigentlich selbst nichts hatten, und Dankbarkeit war im Hause Habsburg und in Österreich nicht vorhanden. Sie haben uns durch Unverstand den Krieg auf den Hals gebracht und haben uns dann schmählich verraten.

Eine ganze Menge netter, angenehmer Leute wie *Lobkowitz*[18]) etc. waren in der Umgebung, auch anständige Menschen, aber dieser unglückselige Kaiser hatte durch die Kaiserin immer seine Hintertüren.

---

[14]) Im Or.: „zu".

[15]) Im Or.: „Ernährung".

[16]) In der Besprechung mit Kaiser *Wilhelm II.* am 22. 2. 1918 betonte, wie es in der in Anm. 9 zitierten Aufzeichnung heißt, Kaiser *Karl* bei „der Erörterung der Friedensziele [. . .] sehr stark das Friedensbedürfnis in Österreich-Ungarn und die Notwendigkeit, schnellstens zu einem Ende zu gelangen. S. M. der Kaiser wies Kaiser *Karl* darauf hin, [. . .] daß es darauf ankomme, einen guten Frieden zu schließen, der einen Ausgleich für die gebrachten Opfer darstelle. Wenn auch bei uns und in Österreich-Ungarn starkes Friedensbedürfnis vorhanden sei, so dürfe nicht verkannt werden, daß dies auch bei unseren Gegnern der Fall sei [. . .]. Zuerst müsse der Sieg erkämpft werden, wenn wir damit auch unseren Völkern noch einige Monate des Durchhaltens und weitere Opfer zumuteten. Bezüglich der Ernährung würden wir ja schon durch die Ukraine weiter entlastet und würden dann bald in dieser Hinsicht besser und gesicherter dastehen als die Entente. Auf die Frage des Kaisers *Karl*, wie lange Deutschland noch den Krieg aushalten könne, erwiderte S. M., daß wir noch 2—3 Jahre Krieg führen könnten [. . .]. Kaiser *Karl* soll durch die Zuversicht Seiner Majestät beeindruckt gewesen sein, sich aber über die Erfolge des U-Bootkrieges skeptisch geäußert haben."

[17]) Zur Ernährungslage in Österreich-Ungarn vgl. Ottokar Landwehr: Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18. Zürich, Leipzig, Wien 1931, sowie Thaer S. 199: „Die armen Wiener verhungern fast und wollen deshalb revoltieren. In Ungarn lebt man noch im Überfluß, aber die schlappe österr[eichische] Regierung wagt nicht, die Ungarn zu Abgaben zu zwingen, sondern verlangt von uns, wir sollten helfen [. . .]."

[18]) Es ist nicht zu klären, ob Ferdinand Georg A. oder Ferdinand Zdenko M. *Lobkowitz* gemeint ist.

11. Ostpolitische Fragen und Kanzlerkandidaten (23. 2. bis 19. 3. 1918)

Die nächsten Tage brachten am 23. den Besuch der baltischen Herren Baron *Stackelberg*, *Trausche*, *Schilling*, *[Stryk]*[1]), alle voll der größten Hoffnung für einen Anschluß der baltischen Länder an Preußen-Deutschland, [so] auch der

---

[1]) Im Or. irrtümlich „Stryke". Frhr. *v. Stackelberg* und der Bevollmächtigte der Estländischen Ritter- und Landschaft Baron *v. Schilling* hatten schon am 13. 2. 1918 den Reichskanzler um rasche Hilfe durch „Deutschlands Machtwort und Schwert" gebeten. Vgl. Basler, Annexionspolitik S. 320 ff.

Kaiser, dieses Ziel klar verfolgend und nur bedauernd, daß er nicht den Anschluß laut verkünden könne.[2])

Das Auswärtige Amt verhielt sich in der ganzen Angelegenheit sehr zögernd und wollte unter keinen Umständen den Kaiser sich engagieren lassen.[3]) Dieses war begreiflich, wohl auch richtig, da alles noch ungeklärt war. Bedenklich war aber, daß nach meiner Ansicht aber auch im Auswärtigen Amt das Verständnis für die Bedeutung des Deutschtums im Baltenlande fehlte[4]), daß man nur die Fehler der dortigen Barone sah, nicht ihre unvergleichlich zähe Kraft für das Deutschtum. Ja, ich habe sogar das Gefühl gehabt, daß man dem Wunsche der Deutsch-Balten ganz kühl gegenüberstand, den Anschluß selbst nicht wünschte. Es kam aus diesem Grunde infolge der Telegramme, welche von mir dem Kaiser vorgelegt und von ihm unterschrieben waren[5]), zu mancherlei Reibungen zwischen mir und dem Auswärtigen Amt[6]), trotzdem ich in den Telegrammen und Kundgebungen jede Bindung des Kaisers vermieden hatte.[7])

In den folgenden Tagen kamen die sehr erfreulichen Nachrichten von der Einnahme von Dorpat (24. 2.) und von Reval (25. 2.). Infolge dieser Ereignisse am 25. 2. gemeinschaftliche Abendtafel mit den Majestäten. Am 24. war ich beim Großherzog von Hessen[8]) zum Essen, der mich infolge unserer alten Beziehungen — wir waren zusammen Leutnants im Ersten Garderegiment gewesen[9]) — eingeladen hatte. Wir hatten nach dem Essen, an dem die Großherzogin[10]) — sehr langweilig — und Prinzessin *Heinrich*[11]) teilnahmen, allein

---

[2]) In der Unterredung mit dem Kaiser am 24. 2. 1918 boten *v. Schilling* und *v. Stryk zu Tiegnitz* *Wilhelm II.* die Krone für Estland und Livland an; vgl. a.a.O. S. 320 ff., bes. S. 322. Nach Müller, Marinekabinett S. 358 wurde die baltische Deputation vom Kaiser schon am 23. 2. 1918 empfangen. Vgl. auch Anm. 5—7 sowie unten S. 130.

[3]) Vgl. dazu Einleitung S. 57f.

[4]) Der zahlenmäßige Anteil der Deutschen war äußerst gering; nach Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen (Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart H. 19), Stuttgart 1927, S. 39 betrug der Anteil der Deutschen im Gouvernement Kurland 1897 7,57% (insgesamt 51000 Deutsche), der Anteil an der Bevölkerung Lettlands 1920 3,64%. Vgl. Quellen 1/II S. 150.

[5]) Es handelte sich um die telegraphischen Antworten des Kaisers auf die Telegramme der Rigaer Stadtverordnetenversammlung vom 21. 3. und des „Residierenden Landrats Baron *Pilar*" für die Ritter- und Landschaft Livlands vom 22. 3. 1918; Abschriften Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1. In den Telegrammen wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, Liv-, Est- und Kurland nebst der baltischen Metropole Riga in ihren alten „Grenzen zu einer erblichen Monarchie" zu vereinigen und unter dem Hohenzollernhaus „mit Deutschland für alle Zeiten durch Personalunion" zu verbinden.

[6]) Zu den Auseinandersetzungen mit dem Auswärtigen Amt und Reichskanzler *Hertling* vgl. Einleitung S. 57 f. sowie Anlage 2, S. 205.

[7]) In Wirklichkeit wurde in den Antworten des Kaisers erklärt, die Vereinigung des Baltenlandes „mit dem alten Mutterlande" solle „der Lohn der deutschen Treue sein". Wilhelm II. an den „Residierenden Landrat Baron Stäel von Holstein. Riga". Text im Telegramm Grünaus an das Auswärtige Amt, 25. 3. 1918, Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1; ähnlich auch im Telegramm des Kaisers an die „Stadtverordnetenversammlung Riga"; a.a.O.

[8]) *Ernst Ludwig* (1868—1937), Großherzog von Hessen.

[9]) Der Großherzog hatte 1892 als Leutnant im 1. Garde-Regiment gedient.

[10]) *Eleonore* aus dem Hause der Fürsten v. Solms-Hohensolms-Lich.

[11]) Prinzessin *Irene von Preußen* war mit dem ältesten Bruder Kaiser *Wilhelms* verheiratet.

lange politische Gespräche. Der Großherzog, nicht unbegabt und interessiert, war doch zu sehr in dem Gedanken befangen, daß höfische Interessen, Einwirkung auf [den] Kaiser von Rußland und [den] König von England, starke Einwirkung auf die Politik haben könnten.

Er glaubte, sich infolge seiner nahen Beziehungen zum Kaiser von Rußland[12]) und zu dem englischen Hof[13]) als geeigneten Vermittler ansehen zu können, überschätzte sich aber in dieser Beziehung sicherlich. Im übrigen war er liebenswürdig, ebenso lebhaft wie früher, [. . .][14]) nicht nur geistig, sondern auch körperlich.

Auf des Großherzogs Wunsch hatte ich im Anschluß noch eine Unterredung mit dem Minister *Ewald*[15]) insonderheit über die elsaß-lothringische Frage.[16]) Ich vertrat die Meinung, daß man es nicht Reichsland [bleiben] lassen könne, daß man ihm auch nicht [die] Selbständigkeit geben könne, daß man es infolge der Eifersucht[17]) der anderen Bundesstaaten[16]) leider nicht ganz zu Preußen geben könne, daß eher am besten eine Aufteilung zwischen Bayern (Elsaß), Preußen (Lothringen) in Frage komme, während kleine Teile an Baden kommen sollten. Dieses hatte zuerst nicht gewollt wegen des Zuwachses an katholischen Stimmen und Machtzuwachses des Zentrums, war dann aber schließlich doch willig dazu gewesen.[18]) Nun wollte auch Hessen einen [Gebietszuwachs][19]) haben. Es war ungefähr der Sinn der Ausführungen [von][20]) Minister *Ewald*.[21])

In diesen Tagen erregte eine Rede des Vizekanzlers *Payer* im Reichstage sehr unliebsames Aufsehen, der sich sehr scharf gegen rechts, [die][22]) Stellung [der Konservativen] zur Wahlvorlage etc. wandte.[23]) Erfreulich war mir, daß auch der Kaiser diese Erregung teilte und u. a. sagte: Von *Payer* lasse ich mir meine

---

[12]) Der Zar war ein Schwager des Großherzogs.

[13]) Prinzessin *Alice*, die Mutter des Großherzogs, war eine Tochter der Königin *Viktoria*.

[14]) Im Or. unleserliches Wort.

[15]) Christian Wilhelm Karl *v. Ewald*, leitender hessischer Staatsminister seit 1906 und Justizminister seit 1905.

[16]) Zur Haltung der deutschen Bundesstaaten, den zuerst von Bayern erhobenen territorialen Forderungen und den Teilungsplänen vgl. Janßen, die im Register unter den Stichworten: Elsaß; Elsaß-Lothringen; Lothringen; Ober-Elsaß, angeführten Stellen, insbesondere die Karten auf S. 28, 55, 135 und 210. — Vgl. auch Anm. 18 und 21.

[17]) Lesart unsicher.

[18]) Zur Haltung Badens und seinen Motiven gegen die Teilung vgl. a.a.O., sowie die im Register: Stichwort „Baden", genannten Stellen, bes. S. 49 f. und 84. Seit der Berufung Dr. *Düringers* zum Staatsminister des Äußern im Dezember 1917 hatte jedoch auch Baden Ansprüche auf das Ober-Elsaß gestellt. A.a.O. S. 187 f.

[19]) Im Or.: „Machtzuwachs".

[20]) Im Or.: „mit".

[21]) Nach einem Bericht Lerchenfelds, 2. 6. 1918, Nr. 502 (Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München, Politisches Archiv, Reihe VII, 16) trug Minister *v. Ewald* „neuerlich" den Anspruch seines Landes auf eine territoriale Beteiligung im Elsaß vor. — Vgl. Janßen S. 213.

[22]) Im Or.: „ihre".

[23]) Gemeint ist *Payers* Rede vom 25. 2. 1918; vgl. Sten. Ber. Bd. 311, S. 4143 ff.

Konservativen nicht beschimpfen.[24]) Dieser Erfolg meiner Einwirkung war mir sehr erfreulich. Der Kaiser mußte eben wieder einsehen, daß er als Träger der Krone die Konservativen brauche.

Am 1. März kam die Nachricht, daß Rumänien das Ultimatum angenommen habe[25]), am 3. März die Nachricht vom Frieden mit Rußland[26]). Am 3. März war der Oberpräsident *Trott*[27]) in Homburg zur Kirche und zum Frühstück. Ich habe lange mit ihm vor dem Frühstück gesprochen. Ich habe ihn immer für einen unserer klügsten Leute gehalten, für einen Staatsmann, wie wir leider nur sehr wenige hatten, außerdem für einen sehr ruhigen, überlegten, anständigen Charakter. Ich hatte immer bedauert, daß er als Kultusminister etwas zurücktrat, er nicht genügend Einfluß auf die Haltung des gesamten Staatsministeriums hatte. Ich besprach mit ihm die politische Lage, wozu ich später auch in Kassel noch einmal Gelegenheit gehabt habe. Ich war der Ansicht, daß er evtl. auch noch einmal als Reichskanzler in Betracht kommen könne. Er hätte es nur ungern getan, ist eine Natur, die sich ungern in den Vordergrund schiebt, aber im Notfall hätte er sich nicht versagt.

Am 5. war ich in Berlin, am 6. und 7. in Ostpreußen. Am 6. nahm ich an dem Essen des Provinziallandtages teil und wurde ich bei der Gelegenheit abgegessen. *Tettau*[28]) sprach auf mich und überreichte mir das Abschiedsgeschenk der Provinz. Ich antwortete, fand viel Anklang und Begeisterung bei meinen Worten, in denen ich vom Kaiser sprach, der Notwendigkeit des Sieges und des Vertrauens, das wir haben müßten. „Das letzte Mal, daß wir anspornende, gute Worte hörten", sagte mir später ein Teilnehmer.

Am 8. war in Berlin wieder ein Tag mit Konferenzen angefüllt, angefangen mit *Michaelis*, dem ich im Auftrage des Kaisers das Oberpräsidium in Pommern anbot[29]), das er auch annahm, mit der Bitte, daß ihm ein Telegramm des Kaisers, zur Veröffentlichung bestimmt, zugehe.[30]) Merkwürdig, dieser Mann, der sehr religiös war, hatte mehr Eitelkeiten wie andere. Er hatte mich gebeten, zu ihm

---

[24]) Vgl. dazu das Telegramm Grünaus an das Auswärtige Amt „Für Herrn Reichskanzler" 26. 2. 1918 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Reichskanzler Nr. 29, Bd. 2): „S[eine] M[ajestät] hat sich heute Abend sehr abfällig u[nd] ungehalten über die Rede von Exzellenz *v. Payer* ausgesprochen. Der Kaiser meinte, das Verhalten der Unabhängigen u[nd] Konservativen könne man wohl unter vier Augen gegenüberstellen, aber öffentlich u[nd] amtlich die beiden Parteien einander gleichzustellen, das könne sich der König von Preußen nicht gefallen lassen."

[25]) Die rumänische Regierung unter Ministerpräsident General Alexander *Averescu* hat das Ultimatum des Vierbundes am 2. 3. 1918 angenommen; am 5. 3. wurde der Vorfriedensvertrag unterzeichnet. Vgl. Schultheß 1918/II S. 693 f.

[26]) Vgl. Hahlweg, Brest-Litowsk Nr. 394 und 395; Text des Vertrages a.a.O. Nr. 390. — Vgl. ferner Schultheß 1918/II S. 680 ff.

[27]) August *v. Trott zu Solz* (1855—1938), preußischer Kultusminister 1909—1917, danach Oberpräsident der Provinz Hessen.

[28]) Georg A. E. *v. Tettau-Tolks-Kraphausen*, Mitglied des preußischen Herrenhauses und des ostpreußischen Provinziallandtages.

[29]) *Michaelis* wurde am 13. 3. 1918 als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Frhrn. Dr. *v. Ziller* zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern ernannt; Schultheß 1918/I S. 116.

[30]) Bei der Entlassung als Reichskanzler hatte der Kaiser einen ähnlichen Wunsch mit einem Handschreiben vom 1. 11. 1917 erfüllt, veröffentlicht in: *Frankfurter Zeitung* 3. 11. 1917 (2. Morgenblatt).

in sein Hotel zu kommen, weil er fürchtete, daß sein Erscheinen in der Wilhelmstraße Aufsehen machen würde — auch eine große Überschätzung der Wichtigkeit seiner Person. Nur als zweiter war er zu brauchen, als solcher ausgezeichnet. Daß er 1917 Kanzler wurde, war ein großer Mißgriff. Es ist auch auf einen reinen Zufall zurückzuführen. *Bethmann* war gegangen, kein Mensch wußte, wer Kanzler werden sollte. *Valentini* war auch ratlos. Als er mit *Lyncker* und *Plessen* zusammensitzt, sagt *Plessen:* Exzellenz *Michaelis* soll ja so ein ausgezeichneter Mann sein.[31]) *Valentini* sagt: Heureka und fährt sofort zu *Michaelis.* Dieser erklärt sich bereit — unbegreiflicher- und fälschlicherweise — und *Valentini* fährt mit ihm zum Kaiser. So hat es mir *Plessen* erzählt.

Am 5. und 10. März war ich wieder in Homburg, von wo am 11. abends mit den Majestäten Abfahrt nach Berlin erfolgte.[32])

Am 12. und 13. fand in Bellevue unter Vorsitz des Kaisers kleiner Kronrat in Bellevue statt, am 12. wegen Finnland, am 13. über Polen.[33]) Hilfe für Finnland wurde zugesagt. Bezüglich der von uns zu fordernden polnischen Grenze kam es wieder nur zu einer halben Einigung. Die Oberste Heeresleitung verlangte unbedingt die militärische Sicherung unserer Provinzen, insonderheit die Festung Thorn. Die [preußische] Staatsregierung wollte möglichst wenig Polen in Deutschland einbürgern.

Am Abend des 13. März fand im Dom eine außerordentlich eindrucksvolle Feier für die Auslandsdeutschen statt, an der die Majestäten teilnahmen und von der auch der Kaiser sehr befriedigt war. Ihm wurde eine Reihe von Auslandsdeutschen vorgestellt.

Am 14. abends Abfahrt S. M. über Köln, wo am Mittwoch mittags der Dom besichtigt wurde, nach Spa. Von Herbesthal, wo man um 2 Uhr ankam, Fahrt mit Auto nach Spa. Ich fuhr mit S. M. und dem Generaloberst Frhr. *v. Falkenhausen*[34]), Generalgouverneur von Belgien, und General *v. Chelius*[35]) — die den Kaiser in Herbesthal empfangen hatten. Von *Falkenhausen* habe ich stets einen hervorragenden Eindruck gehabt, klug, mit diplomatischem Geschick begabt, energisch. Ich habe in den folgenden Monaten oft Gelegenheit genommen, mit ihm zusammen zu sein, habe ihn mehrere Male in Brüssel und Aachen besucht und habe mit ihm die politische Situation besprochen, in der wir in der Hauptsache immer einig waren. Ich hatte ihn, wenn wir einen Wechsel notwendig

---

[31]) Eine ähnliche Schilderung dieses Vorgangs in: Bülow, Denkwürdigkeiten Bd. 3, S. 267. Dazu auch Balfour S. 380, Müller, Marinekabinett S. 305. — Nach Magnus Frhr. v. Braun: Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stollhamm (Oldb.) 1955, S. 113 ff., war er der „Erfinder" von *Michaelis.*

[32]) Über diese Tage in Homburg vgl. Müller, Marinekabinett S. 361 f.

[33]) Über diese Besprechungen der militärischen und politischen Spitzen des Reichs unter Vorsitz des Kaisers, an denen nur *Kühlmann* nicht teilnahm, vgl. Fischer S. 619, 675 f.; Müller, Marinekabinett S. 362 f.; Ritter IV S. 213; Conze, Polnische Nation S. 353.

[34]) Generaloberst Ludwig Frhr. *v. Falkenhausen* (1844—1936) war vor seiner Berufung zum Generalgouverneur von Belgien am 22. 4. 1917 Oberkommandierender der 6. Armee; vgl. NDB 5 S. 11.

[35]) Oscar *v. Chelius* (1859—1923), Generaladjutant des Kaisers, 1918 dem Generalgouvernement in Brüssel zugeteilt.

hatten, als Kanzler in Aussicht genommen, und der Kaiser hatte mir beigepflichtet.[36])

Die Wohnungsverhältnisse in Spa waren leidlich gut, nur war es noch recht kalt, blieb es auch sehr lange; und die Heizung war mäßig. Die Kabinettschefs aßen regelmäßig abends beim Kaiser, mittags gewöhnlich an der Marschalltafel. Meine Wohnung Villa Tre Fleuri mit 2 freundlichen Räumen und offenem Balkon.

Ich hatte an demselben Tage noch eine Konferenz mit *Ludendorff* über die Friedensverhandlungen mit Rumänien, am nächsten Tage Vortrag vor S. M. mit *Ludendorff* etc. über denselben Gegenstand. Die Verhandlungen wurden vom Auswärtigen Amt sehr schleppend geführt; vgl. *Ludendorff*-Buch.[37]) Am 19. traf Fürst *Pless*[38]) im Hauptquartier ein, der dort nach meiner Ansicht eine sehr untergeordnete Rolle spielte. Er tat teilweise Flügeladjutantendienst, wurde vom Kaiser kaum beachtet und tat tatsächlich eigentlich gar nichts. Es mußte für ihn unbefriedigend sein, war es aber scheinbar für ihn nicht. Er war liebenswürdig, das ist aber auch seine einzige gute Eigenschaft, allerdings nicht dumm, aber Arbeiten nicht gewöhnt und vor allen Dingen kein Charakter.

---

[36]) Vgl. dazu vor allem Anlage 3 S. 206 f., sowie unten S. 137, 144 (Anm. 11), 171, 177 und S. 179 (Anm. 27).

[37]) Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 453 ff., bes. 457. In einem Schreiben an Berg vom 3. 4. 1918 — Ausfertigung im DZA Merseburg, Rep. 89 H (2. 2. 1.) XXXVI, Militaria 11 — setzte sich *Hertling* gegen diese Vorwürfe zur Wehr. „Die eigentlichen Verhandlungen mit Rumänien konnten erst wieder beginnen, als am 21. März das neue Kabinett gebildet und mit Vollmacht zum Abschluß versehen war. Paraphiert wurde das umfangreiche Vertragsinstrument am 26. März. Man kann also wohl von einer Verschleppung der Verhandlungen mit Recht nicht sprechen. [. . .] Ich kann mich also dahin zusammenfassen, daß ich materiell Herrn *v. Kühlmann* weder den Vorwurf machen kann, er habe unsere Interessen nicht wahrgenommen, noch ihm die Dauer der Verhandlungen zur Last legen kann."

[38]) Hans Heinrich XV. Fürst *v. Pless*, Mitglied des preußischen Herrenhauses.

C. Die Zeit der deutschen Offensiven

12. Die erste deutsche Offensive

Am 20. [März] abends 12 Uhr fuhr der Hofzug mit S.M. und der ganzen Umgebung nach Frankreich.[1]) Früh Ankunft des Zuges in Trélon bei Fournies. Der Kaiser fuhr früh zu *Hindenburg* nach Avesnes, wohin die Oberste Heeresleitung schon einige Tage früher[2]) gezogen war. 4.40 [Uhr] hatte das Artilleriefeuer der großen Offensive[3]) begonnen, 9.40 [Uhr] der Infanterie-Angriff. Früh war starker Nebel, dann kam aber die Sonne heraus. Nach dem Essen um 1 Uhr fuhren *Gontard*[4]), *Müller*, *Pless*, *Grünau*, *Gersdorff*[5]) und ich über Lechehe — 18. Corps — Guise nach Govigny zur 1. Garde-Division, Prinz *Eitel Fritz*. Ich dann nach Remancourt zum 1. Garde-Regiment, wo ich den Kommandeur *Eulenburg*[6]) mit einer Reihe von Offizieren traf. Die Stimmung war überall gut; die nächsten Tage brachten sehr gute Nachrichten, zumal am 22. Der Kaiser kam abends 6 Uhr von der Front zurück[7]); 16000 Gefangene, 150 Geschütze; die besten Nachrichten waren am 23. abends: auf der ganzen Linie siegreiches Vorgehen, große Beute. Die Stimmung war ausgezeichnet; bei der Abendtafel sprach der Kaiser auf die Armee und ihre Führer. *Plessen* brachte ein Hoch auf den Kaiser aus.

Am 23. war ich mit anderen Herren des Hauptquartiers in Laon (Dom und Präfektur) — der Dom war nur wenig beschädigt — und bei Crépy an der großen Kanone, welche Paris von 120 km Entfernung beschoß, dort den Kaiser getroffen.[8]) Am 24. früh verteilte der Kaiser Orden an die Herren des Hauptquartiers — ich hatte den Hohenzollern auf dem Halse mit Schwertern — und fährt dann nach Avesnes, um *Hindenburg* den Stern des Eisernen Kreuzes — der nur dieses eine Mal verliehen ist — zu geben und *Ludendorff* das Großkreuz des Eisernen Kreuzes.[9])

Am 22. hatte ich das erste Mal den Kronprinzen gesprochen — während des Krieges. Er kam zu uns in den Zug und war lange, um mit mir die politischen Fragen zu besprechen, im Coupé. Ich habe dann im Laufe der nächsten Monate

---

[1]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 364.

[2]) Am 18. 3. 1918; vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 478; Hindenburg, Aus meinem Leben S. 316.

[3]) „Unternehmen Michael", an dem 62 Divisionen der 2., 17. und 18. Armee beteiligt waren; vgl. Weltkrieg 14 S. 105 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 479 ff.; Kuhl, Weltkrieg II S. 328 ff.; Thaer S. 170 ff.; Schwertfeger, Weltkriegsende S. 56 ff.; Hindenburg, Aus meinem Leben S. 317 ff.

[4]) Generalmajor Hans Albrecht Friedrich *v. Gontard* (1861—1931), Diensttuender General à la Suite des Kaisers.

[5]) Wahrscheinlich Oberst Ernst Frhr. *v. Gersdorff* (1864—1926).

[6]) Major Siegfried Graf *zu Eulenburg-Wicken*.

[7]) Nach Müller, Marinekabinett S. 365 kam der Kaiser erst um 8 Uhr zurück.

[8]) Vgl. a.a.O.; über die Beschießung von Paris mit der „Langer Max" bzw. „Kaiser-Wilhelm-Geschütz" genannten Fernkanone, die bei 90 km Gipfelhöhe eine Schußweite von 128 km hatte, vgl. Kronprinz Rupprecht 2 S. 85, 352, 358; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 485.

[9]) Vgl. dazu *Reichsanzeiger* 25. 3. 1918.

öfters Gelegenheit gehabt, mit dem Kronprinzen längere Unterhaltungen zu führen und habe Einblick gehabt in seine Art und sein Denken.[10]) Immer wieder habe ich den Eindruck gehabt, daß er ein offener Kopf ist, bestrebt, von den Menschen, mit denen er spricht, etwas zu erfahren — und auch etwas zu lernen. Infolgedessen ist er im Gegensatz zu seinem Vater ein Zuhörer, er läßt die Menschen ruhig aussprechen. Sehr sympathisch ist die große Natürlichkeit und Offenheit des Kronprinzen. Diese letztere ist vielleicht zu groß. Er sieht sich die Leute, zu denen er offen ist, nicht genügend an. Ich habe ihn oft davor gewarnt, man könne sich nie auf Diskretion der Menschen verlassen. Es hat auch der Kronprinz vieles im Kriege, viele Mißstände, klarer gesehen als der Kaiser, weil er sehen wollte und nicht die Augen verschloß.

Sehr betrübend war es, daß irgendein näheres Verhältnis zwischen Vater und Sohn nicht bestand[11]), wie überhaupt nicht zwischen Vater und Söhnen. Der Kaiser hatte leider nichts von seinen Söhnen, und das war seine Schuld in der Hauptsache. Er hatte sich nicht genügend mit ihnen beschäftigt, hörte sie nicht an, sprach immer selbst, sprach mit ihnen meist nur vor anderen Menschen, gab alle ihre Briefe an die betreffenden Kabinettschefs, ließ die Telegramme, auch an die Söhne, von diesen entwerfen, unterschrieb sie manchmal nicht selbst, sondern die Kabinettschefs schickten selbständig mit Unterschrift „Vater *Wilhelm*" ab. Wenn etwas zu tadeln war, tat es der Kaiser sehr ungern selbst, sondern ließ es den Söhnen durch *Plessen* oder einen Kabinettschef oder irgendeine andere Persönlichkeit sagen.[12]) Das verletzte die Söhne, und es kam kein Vertrauensverhältnis auf.

Ich habe mich bemüht, helfend und bessernd einzutreten, aber die Zeit war zu kurz. Aber die Söhne haben es anerkannt, haben mir das mehrfach ausgedrückt, hatten auch das Vertrauen zu mir, daß ich für sie beim Vater sprechen würde.

Aus diesem Verhältnis folgte, daß die Söhne, vor allen Dingen der Kronprinz, oft ungerecht über den Kaiser dachten, seine großen guten Eigenschaften nicht anerkannten. Beispielsweise sahen sie im Verhältnis der Eltern, das ausgezeichnet war, nur das, daß der Kaiser manchmal rücksichtslos in Kleinigkeiten gegen die Kaiserin war, übersahen, daß die Kaiserin das nicht mehr empfand, da sie wußte, wie der Kaiser innerlich zu ihr steht.

Die guten Eigenschaften des Kronprinzen und seine ganze offene, natürliche Art bewirkten, daß man ihn gern haben mußte. Aber es waren auch starke Fehler vorhanden. Der Kronprinz stand noch immer unter seinen Jahren, war nicht so reif, so ernst, wie er es nach seinen Jahren und nach der Schwere der Zeit hätte sein müssen. Sein großer Fehler war, daß er sich geschlechtlich gehen ließ in dem Gedanken, daß sein Körper das brauche. Er empfand nicht das große Un-

---

[10]) Zur Beurteilung der Persönlichkeit und politischen Rolle des Kronprinzen vgl. Herre S. 40 ff.

[11]) Zur Distanz zwischen Vater und Sohn vgl. Kronprinz Wilhelm, Aufzeichnungen S. 5 ff.

[12]) Vgl. dazu a.a.O. S. 7 und 10 f.; der Kronprinz nennt es „das ‚System des Dritten'"; es habe dazu geführt, „daß der Kaiser mit uns [seinen Söhnen] im allgemeinen durch den Chef des Militärkabinetts oder durch den General *v. Plessen* verkehrte, und wir erhielten sogar gelegentlich wegen recht harmloser Dinge rein persönlicher Art Kabinettsordres zugestellt." A.a.O. S. 10.

recht gegen [seine] Frau und auch gegen seine Kinder, überlegte nicht, daß sein Ansehen darunter leiden müsse[13]), und daß er gerade besondere Pflichten infolge seiner hohen Stellung zu erfüllen habe. Sein Standpunkt war dann ungefähr der: ich bin nun einmal so, und die Menschen müssen mich nehmen wie ich bin. Ich habe gegen diesen Standpunkt immer hart angekämpft, habe ihm gesagt: Gott und die Menschen verlangen mit Recht von uns, daß wir gegen unsere Sünden kämpfen, daß wir nicht immer siegen, ist menschlich, aber wir müssen es mit aller Kraft erstreben. Er hat es freundlich angehört, ohne aber — leider — danach zu handeln. Es hat das viel dazu beigetragen, seine Stellung im Volke zu erschüttern. Er selbst fühlte sich noch sehr jung, das kam zum Ausdruck, als ich ihm einmal im Laufe der Unterhaltung sehr ernst meine Meinung sagte und ich hinzufügte, er möge diese scharfe Meinungsäußerung nicht übelnehmen trotz unserer verhältnismäßig geringen Bekanntschaft. Da sagte er: Gewiß nicht, Sie könnten ja mein Vater sein. Tatsächlich bin ich wohl nur 15 Jahre älter.

In der Nacht zum 25. ist Bapâume[14]) genommen, und ich fahre mit *Gontard*, *Pless* und *Müller* nach St. Quentin und Ham. Vor Ham wird noch gekämpft. Alle Ortschaften sind zerstört, ein schrecklicher Anblick des Krieges. Stimmung der Truppen scheint aber sehr gut zu sein. Am 26. wird Noyon genommen[14]), und ich esse abends beim Feldmarschall in Avesnes, nachdem ich vorher Besprechungen mit ihm, *Ludendorff* und *Nicolai*[15]) gehabt habe. Am 27. bin ich mit dem Kaiser unterwegs, beim AOK 18, *[Hutier]*[16]), wohin auch der Kronprinz kommt, nach St. Quentin, Ham, 9. Korps, *Öttingen*[17]), zu General *v. Bork*[18]), 4. Res. Korps, und nach Péronne, 14. Korps, General *v. Gontard*, zurück über [Le Cateau].[19]) Am 29., Karfreitag, war Graf *Roedern*[20]) bei mir im Zuge, am 30. war ich mit *Plessen*, *Gontard*, *Grünau* und *Gersdorff* in Valenciennes im Museum, wo eine Menge sehr guter Bilder — Watteau, van Dyck, Rubens etc. —, Möbel, Bibliotheken, Gobelins, zusammengetragen und verwaltet wurden zur Rettung aus gefährdeten Städten.

---

[13]) Zur Beurteilung des Kronprinzen in der Öffentlichkeit vgl. Herre S. 47 ff.; vgl. ferner die masch. undatierte (auf dem Kopf handschr. Vermerk „1. 2. 18/5") Aufzeichnung „Der Kronprinz" — Verfasser offenbar *Bauer* — im Nachlaß Bauer Nr. 21, in der u. a. bedauert wird, „daß der Kronprinz durch viele Unvorsichtigkeiten die Arbeit der Gegner [Deutschlands im Weltkriege] erleichtert. Seit Jahr und Tag laufen Gerüchte durch das Heer, wonach der Kronprinz einen lebhaften Verkehr mit Französinnen unterhält und dabei keinerlei Rücksicht auf die Außenwelt nimmt. Herren aus der Umgebung des Kronprinzen haben mir eingestanden, daß diese Gerüchte zwar übertrieben, aber nicht grundlos wären."

[14]) Vgl. oben Anm. 3.

[15]) Oberst Walter *Nicolai*, Leiter der Abteilung Presse und innere Abwehr in der OHL. — Die Aufgaben und die Tätigkeit dieser Abteilung hat Nicolai in dem Buch: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkriege. Berlin 1920, beschrieben.

[16]) Im Or. irrtümlich: „Huttier". — General Oskar *v. Hutier* (1857—1934), Oberbefehlshaber der 18. Armee.

[17]) Generalmajor Ritter *v. Oettingen*.

[18]) Lesart unsicher.

[19]) Im Or. fälschlich: „La Bateau".

[20]) Siegfried Graf *v. Roedern* (1870—1954), Staatssekretär des Reichsschatzamts 1916—1918. — *Roedern* war am 29. 3. 1918 in Spa eingetroffen; vgl. Müller, Marinekabinett S. 367.

Vom 31. an fand Stillstand in den militärischen Operationen statt.[14]) Die Nachrichten lauteten nicht mehr so günstig. Es war notwendig, unsere Truppen zu sammeln und ausruhen zu lassen.

Politisch war die letzte Zeit ausgefüllt mit den Friedensverhandlungen mit Rumänien, welche von *Kühlmann* in Bukarest geführt wurden, [jedoch][21]) nicht zur Zufriedenheit des Generalstabes und auch nicht zu der des Kaisers.[22]) Es entstanden mehrfache Konflikte. Am 26. fand eine starke Spannung zwischen Oberster Heeresleitung und *Kühlmann* statt.[23]) Ich sprach am Vormittag den Kaiser, und man einigte sich mittags auf mittlerer Linie. Es stellte sich heraus, daß *Kühlmann* 2 Tage auf Entenjagd außerhalb Bukarest gewesen war.[24]) Am 27. früh erfolgte vom Kaiser ein energisches Telegramm an das Auswärtige Amt auf Beschleunigung der Friedensverhandlungen und ein Mißbilligungstelegramm an *Kühlmann*.[25]) Ob es von *Grünau* abgeschickt [worden] ist, ist mir zweifelhaft.[26])

---

[21]) Im Or.: „und".

[22]) Vgl. zum Ganzen den Aktenbestand Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Rumänien, Sonderfrieden Nr. 30 f, Bd. 3. — In zwei gleichlautenden Telegrammen, die *Hindenburg* am 24. 3. 1918 an *Hertling* und *Kühlmann* durch *Grünau* richtete (a.a.O., Rumänien, Sonderfrieden, Nr. 30 f, Bd. 3), äußerte er sich dahin, „daß eine Fortsetzung der Verhandlungen in der bisherigen Weise die Interessen der Kriegsführung und unserer Friedenswirtschaft gefährdet." Es müsse „nunmehr den Rumänen für die Annahme unserer Bedingungen eine kurze Frist gesetzt werden [. . .]. Für alle Fälle habe ich bereits angeordnet, daß zunächst ein Teil der für den Westen bestimmten Divisionen in Rumänien verbleibt, um unseren Forderungen mehr Nachdruck geben zu können." Vgl. auch Bredt, Gutachten S. 257 ff. (Anlagen).

[23]) Vgl. dazu Ritter IV S. 229 f.; Bredt, Gutachten S. 290 ff. (Anlagen), sowie Müller, Marinekabinett S. 367: Wie „aus einem Gespräch von *Berg* mit Sr. Majestät hervorging", sei in Avesnes (dem Sitz der OHL) „erklärt worden, *Kühlmann* könne den Frieden im Westen nicht machen, sonst würden dort die Toten wieder aufstehen."

[24]) Zu den persönlichen Angriffen gegen *Kühlmann* vgl.Anm.26; ferner das Schreiben Hindenburgs an den Kaiser vom 2. 4. 1918 — Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Secreta Nr. 35a —, wo er unter Berufung auf zwei als Anlage beigefügte Berichte des Majors *v. Kessler* und des Rittmeisters *Ratjen* sich die dort erhobenen Vorwürfe gegen das außerdienstliche Verhalten *Kühlmanns* zu eigen machte.

[25]) Das Telegramm *Grünaus* an das Auswärtige Amt — abgedr. bei Bredt, Gutachten S. 262 (Anlagen) — hat folgenden Wortlaut: „Seine Majestät hat mich nach Besuch bei OHL folgendes wissen lassen: ‚Es ist von hier aus wiederholt auf intensive Arbeit und möglichste Beschleunigung der Verhandlungen in Bukarest hingewiesen worden. Ich erfahre, daß *Czernin* und *Kühlmann* auf mehrere Tage auf Entenjagd gefahren sind; sprechen Sie dem Auswärtigen Amt und Herrn *v. Kühlmann* mein Erstaunen und meine Mißbilligung solchen Verfahrens aus. Die rumänischen Unterhändler müssen klipp und klar vor die Frage gestellt werden, ob sie annehmen oder ablehnen. Weiteres dilatorisches Verfahren wie bisher nicht angängig — *Wilhelm* I. R.' Stelle Weitergabe gehorsamst anheim. *Grünau*."

[26]) In einem Schreiben vom 29. 3. 1918 an den Reichskanzler — vgl. Ritter IV S. 231 — teilte der Kabinettschef mit, der Kaiser sei sehr erregt über den Lebenswandel *Kühlmanns* und ohne Zutrauen in seine Verhandlungsführung, der der notwendige Ernst abgehe. — Zur Reaktion *Hertlings* auf diese Angriffe und zum weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung siehe Hertlings Schreiben vom 29. 3. und 2. 4. 1918 an Berg im DZA Merseburg und Potsdam. Vgl. dazu Ritter IV S. 231 f.; Lersner an das Auswärtige Amt „Für den Reichskanzler", 5. 4. 1918, Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Reichskanzler Nr. 29, Bd. 2; Grünau an Lersner, 5. 4. 1918, Telegramm; Hertling an den Kaiser, 15. 4. 1918 (Abschrift); Kühlmann an Hertling, 9. 4. 1918 (Abschrift), alles a.a.O.; Bredt, Gutachten S. 291 ff. (Anlagen).

13. Die zweite Offensive

Für den 1. April war Abreise abends nach Spa vorgesehen. Auf Vorschlag von *Ludendorff* wurde aber, um den Feind irrezuführen, seine Fahrt nach Straßburg für den 2. April beschlossen.[1]) Am 2. mittags erfolgte die Fahrt dorthin. In Straßburg fand am Vormittag nach der Ankunft Parade der Garnison statt bei herrlichem Wetter. Frühstück beim Herzog von Württemberg[2]), dann Fahrt im Auto nach der Hofkönigsburg, dieser Lieblingsschöpfung des Kaisers — es sollte das letzte Mal sein. Um 8 Uhr fand Essen beim Statthalter *Dallwitz*[3]) statt. Ich war vorher allein bei ihm, um mit ihm die politische Situation zu besprechen, habe ihn auch in Aussicht evtl. als Kanzler. Er[4]) und *Trott*[5]) waren die besten Zivilisten, die wir hatten.

Am nächsten Tage waren wir in Karlsruhe, dort für uns im Schloß Marschalltafel; wurde vorher kurz von der alten Großherzogin[6]) empfangen und ihr vom Kaiser vorgestellt. Sie war schon vom Alter gebeugt, schien aber geistig noch ganz frisch zu sein, sagte mir, daß ihr mein Name sehr bekannt sei. Der Kaiser sagte, mein Großvater[7]) sei mit *Friedrich Wilhelm IV.*[8]) und dem alten Kaiser[9]) befreundet gewesen. Ich sagte hierzu, daß Kaiser *Friedrich* für meinen Vater[10]) Freundschaft gehabt habe, worauf der Kaiser sagte: und er setzt die Freundschaft mit mir fort.[11]) Am 5. April waren wir wieder in Trélon.[12])

Am 6. war ich mit *Plessen*, *Pless*, *Gersdorff* unterwegs über St. Quentin, Ham, Nesle nach Plessier zur 2. Garde-Division, *Friedeburg*[13]), und 6. Division, *Mutius*[14]), dann nach Enterre[15]) zur 1. Garde-Division, Prinz *Eitel Fritz*[16]), 1. Brigade, *Osten*, außerdem bei[m] AOK[17]) 18, vor Ham, wo ich den Chef *Sauberzweig*[18]) sprach, und beim 3. Korps, *Lüttwitz*[19]), zurück über Péronne.

[1]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 368.

[2]) Herzog *Albrecht von Württemberg* (1865—1938), infolge der Kinderlosigkeit König *Wilhelms II.* württembergischer Thronfolger.

[3]) Johann *v. Dallwitz* (1855—1919), 1910—1914 preußischer Minister des Innern, war von 1914—1918 Statthalter des Reichslandes Elsaß-Lothringen.

[4]) Auch Müller, Marinekabinett S. 65 bezeichnet *Dallwitz* als „einer unserer Besten".

[5]) Zu *Bergs* Urteil über *Trott* siehe S. 120.

[6]) Großherzogin *Luise*, geb. Prinzessin von Preußen, einzige Tochter Kaiser *Wilhelms I.*

[7]) Carl Friedrich Wilhelm *v. Berg* (1774—1856); vgl. die Einleitung S. 39.

[8]) Vgl. die im Staatsarchiv Dahlem, Nachlaß v. Berg, befindlichen Schreiben Carl v. Bergs an Friedrich Wilhelm IV.

[9]) Gemeint ist Kaiser *Wilhelm I.*

[10]) Major a. D. Friedrich *v. Berg*.

[11]) Vgl. Einleitung S. 39 und 44.

[12]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 368.

[13]) Generalleutnant *v. Friedeburg*, Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division.

[14]) Maximilian *v. Mutius*.

[15]) Gemeint sein dürfte: „Rosières-en-Santerre".

[16]) Prinz *Eitel Friedrich* (1883—1942), der zweitälteste Sohn *Wilhelms II.*

[17]) Armeeoberkommando.

[18]) Major *v. Sauberzweig*.

[19]) Generalleutnant Walter Frhr. *v. Lüttwitz* (1852—1942), zusammen mit Generallandschaftsdirektor *Kapp* Initiator des rechtsradikalen *Kapp*-Putsches im März 1920.

Vorn sehr starkes Schießen, abgekämpfte Divisionen kamen zurück, frische Reserven rückten heran, wir waren mitten im stärksten Kriegsbild. Am 9. April — Geburtstag von *Ludendorff* — war starker Angriffstag unserer Truppen westlich Lille, der sehr gut geht.[20]) Wir haben teilweise Portugiesen uns gegenüber, und der Feind scheint überrascht zu sein. Der Kaiser ist in Avesnes beim Generalstab und hält sehr hübsche Rede auf *Ludendorff*.[21]) Wir siedeln inzwischen von Trélon nach [La] Capelle mit unserem Zuge um. Der Kaiser kehrt abends mit guten Nachrichten zurück.

Am 10. April war ich mit *Gontard* in Lille, besahen die Stadt, Kirchen und Denkmäler, alles in der Hauptsache unversehrt; dann fuhren wir ein Stück auf Armentiéres, stiegen aus und kamen in Unkenntnis der Situation bis zum Gefechtsstand des 3. Bat[aillons], Infant[erie] Reg[iment] 95. Da es sehr neblig war, war die Gefechtstätigkeit gering. Am 11. wurde Armentiéres genommen, und man war zufrieden mit den, wenn auch nicht raschen Fortschritten.

Fürst *Fürstenberg*[22]) traf für einige Tage als Besuch beim Kaiser ein. Über ihn sind sehr falsche Gerüchte im Umlauf gewesen. Man hat ihm großen politischen Einfluß auf den Kaiser zugeschrieben. Dieses ist niemals der Fall gewesen. Er hat ihn auch nicht angestrebt, war auch nach seinen geistigen Gaben hierzu nicht befähigt. Er ist ein anständiger Charakter und dem Kaiser treu ergeben. Er ist ein sehr lebendiger Gesellschafter, seine Unterhaltung bewegt sich aber meist auf dem Gebiet des oft sehr gewagten Witzes. Ich habe ihn persönlich gern gehabt, habe aber immer dafür gewirkt, daß sein Aufenthalt beim Kaiser nur kurz dauerte. Ein Kaiser sollte nur unbedingt ernste Leute zu seinen wirklichen Freunden zählen, Witze machen veredelt nicht, sondern das Niveau wird herabgezogen. Der Kaiser überschätzte sehr seine Klugheit, hielt ihn auch für einen sehr fleißigen und finanzkundigen Mann. Davon war keine Rede, aber ein liebenswürdiger, anständiger Mann.

Am 12. April kam die erfreuliche Nachricht von 20000 Gefangenen. Ich fahre zum Frühstück nach Douai zum AOK 17, esse mit Otto *v. Below*[23]), diesem umsichtigen, ausgezeichneten Mann, meines Erachtens wohl unser bester General, auch als Politiker klug.

Er war mir aus Ostpreußen bekannt, wo er schon im Frieden die 2. Division in Insterburg hatte, dann im Felde die 1. Res. Division. Im Jahre 1914 — im Herbst

---

[20]) Zum Verlauf des Angriffes vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 487 f.

[21]) Vgl. a.a.O. S. 488, der Kaiser „gedachte in einigen Worten meiner, auch meiner beiden gefallenen Söhne, und schenkte mir seine Statuette aus Eisen von *Betzner*." Vgl. ferner die Meldung in der *Frankfurter Zeitung* vom 11. 4. 1918 (Abendblatt). Danach sagte der Kaiser u. a.: „Im Osten sind die Dinge geordnet — es bleibt uns allein der Kampf im Westen noch auszutragen. Hier haben Sie nun heute zu einem neuen Hammerschlag ausgeholt, der so Gott will in seinen Folgen mit einer jener Streiche bleiben wird, die uns zu unseren starken Friedenszielen führen werden. [...] Der Kaiser kommandierte selbst die drei Hurras auf General *Ludendorff*."

[22]) Maximilian Egon II. Fürst *zu Fürstenberg* (1863—1941), kgl. preußischer Oberst-Marschall und Vizepräsident des österreichischen Herrenhauses. Müller, Marinekabinett S. 74 nennt ihn „Freund des Kaisers". — Zum Besuch *Fürstenbergs* beim Kaiser vgl. a.a.O. S. 371 f.

[23]) General Otto *v. Below* (1857—1944), Oberbefehlshaber der 17. Armee beim Unternehmen „Michael".

oder Anfang Winter — hatte ich in Insterburg bei ihm gegessen. Er war der erste, von dem ich die Meinung hörte, die mich damals sehr überraschte und die ich auch nicht für richtig hielt, daß der Krieg sehr lange dauern würde und wegen allgemeiner Erschöpfung endigen würde. Mit *Below* essen in Douai *Dohna-Finckenstein*, *Krafft v. Ermendingen*[24]) (Chef), *Haller*, *Weidemann*. Es waren angenehme und angeregte Stunden.

[24]) Im Or.: „Krafft v. Ermendingen". — Gemeint ist General der Artillerie Konrad *Krafft v. Dellmensingen* (1862—1953), Chef des Generalstabs der 17. Armee.

14. Die Sixtus-Affäre und militärische Ereignisse

Abends kam die Nachricht, daß Kaiser *Karl* sich 1917 Frankreich gegenüber dafür eingesetzt habe, daß Deutschland Elsaß abtrete.[1]) Es warf ein Schlaglicht auf seinen Charakter und die Verhältnisse bei unseren Bundesgenossen. In den nächsten Tagen manche Konflikte mit Österreich[2]), Abgang *Czernins*.[3])

Am 15. [April] wurde Abreise nach Spa beschlossen. Ich war vorher mit dem Kaiser in Avesnes beim Feldmarschall, am 16. vorm[ittags] war ich bei dem in Spa anwesenden Kanzler[4]), dort Einigung mit dem Kanzler über die Behandlung von Baltenland, Litauen, Polen, Elsaß-Baltenland[5]) Personalunion mit Preußen, Litauen mit Sachsen, König von Polen, Sohn des Herzogs *Albrecht von Württemberg*. Elsaß-Lothringen Teilung zwischen Preußen, Bayern, Baden.[6]) Am Schluß

[1]) Die bekannte *Sixtus*-Affäre; zum Zusammenhang vgl. Schultheß 1918/II S. 791 ff.; Singer S. 287 ff.; Reinhold Lorenz: Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie, Graz, Wien, Köln 1959, S. 325 ff.; Demblin, passim; Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. München 1921, S. 79 ff.; Ritter IV S. 277 ff.; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 152 ff.; ferner die „Der österreichische Versuch zu einem Sonderfrieden im Frühjahr 1917 — nach den Veröffentlichungen des Prinzen Sixtus von Parma-Bourbon", überschriebene undatierte Denkschrift Bauers im Nachlaß Bauer Nr. 2.

[2]) Zu den durch die *Sixtus*-Affäre hervorgerufenen Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vgl. Singer a.a.O. S. 299; Cramon a.a.O. S. 155 ff.; Schultheß 1918/I S. 803 f.; Demblin, passim.

[3]) Zum Rücktritt *Czernins* vgl. S. 131 (Anm. 16).

[4]) Nach Hertling S. 94 hatte der Kaiser den Kanzler um 9½ Uhr aufgesucht und „über eine Stunde lang mit ihm allein konferiert. [...] Anschließend an die Besprechung des Kaisers mit meinem Vater unter vier Augen fand eine solche in Gegenwart des Herrn *v. Berg* und des Tags vorher aus Berlin eingetroffenen Herrn *v. Kühlmann* statt", in der über die durch die *Sixtus*-Affäre „abgekühlten Beziehungen zu Österreich verhandelt wurde." Im Gegensatz zu der Darstellung *Bergs* heißt es a.a.O.: „Weittragende Entschlüsse wurden naturgemäß hierbei nicht gefaßt; dazu bedurfte es erst genauerer Nachrichten aus Wien, die [...] General *v. Cramon* in den nächsten Tagen [vgl. dazu S. 131, Anm. 10 und 11] mitbringen sollte."

[5]) D. h. Kurland, Lettland und Estland.

[6]) Ein handschr. Protokoll über die „Besprechung des R[eichs] K[anzlers] mit S. M. am 16. IV. [19]18", niedergeschrieben von Rittmeister Hertling am gleichen Tage, befindet sich im Nachlaß Hertling Nr. 42. In Punkt „3) Baltikum" heißt es u. a., der Kaiser wünsche, „daß, wie Kurland, so auch Livland und Estland durch Personalunion mit der Krone Preußens verbunden werden soll. Sachsen solle dann in Personalunion Litauen bekommen, Bayern den größten Teil des Elsaß erhalten, während ein kleiner Teil im Oberelsaß an Baden fallen soll, womit der Großherzog einverstanden sei. 4) Polen wurde berührt. S. M. meinte, der Kaiser *Karl* würde wohl jetzt die austro-polnische Lösung selbst nicht mehr wollen." — Vgl. auch Basler, Annexionspolitik S. 558; Janßen S. 204 f.; dort S. 284 weitere Quellenhinweise.

wohnte der Unterredung auch *Kühlmann* bei. Ich begleitete den Kaiser nach seiner Villa und fuhr in seinem Auftrag sodann zum Feldmarschall, um ihn zu orientieren, bevor er den Kanzler spräche. Zur Mittagstafel beim Kaiser waren Kanzler, Feldmarschall, *Kühlmann*, Kabinettschefs.

Abends fand in der Parkvilla gemeinschaftliches Essen mit S.M. statt zu Ehren der Einnahme von Bailleul. Der Kaiser brachte ein Hurra auf die 4. Armee aus. Es wurde wegen Erwartung weiterer günstiger militärischer Ereignisse Abfahrt schon für den 17. April beschlossen.

Am 17. hatte ich am Vorm[ittag] noch lange Unterredung mit dem Kanzler — größtenteils in Gegenwart von *Radowitz*, was mir nicht lieb war. Um 1 Uhr wieder Kanzler, *Winterfeldt*, *Radowitz*, *Kühlmann* beim Kaiser[7]), hatte abends 6 Uhr wieder Unterredung mit dem Kaiser über evtl. Empfang einer baltischen Abordnung.[8])

Um 11 Uhr Abfahrt nach der Front und zwar nach Avelgem, kleine saubere harmonische Stadt, wo wir ungefähr 10 Uhr vormittags ankamen. Der Kaiser fuhr aus, kam aber schon am frühen Nachmittag zurück, da die Schlacht zur Zeit stand. Abends hatte ich noch Vortrag beim Kaiser wegen der Universität Dorpat, für die der Kaiser *[Schiemann]*[9]) als Kurator ausersehen hatte.

---

[7]) Vgl. dazu Hertling S. 94.

[8]) Gemeint ist die unter Führung des Ritterschaftshauptmanns von Estland, Baron *v. Dellinghausen*, stehende Deputation des „vereinigten Landrats von Livland, Estland, Riga u[nd] Oesel", die den Beschluß des Landrats vom 12. 4. 1918 für einen Anschluß des Baltikums an das deutsche Reich in Form einer „Personalunion mit dem König von Preußen" überbrachte; *Ludendorff* hatte mehrfach auf einen Empfang gedrängt; vgl. die Telegramme Ludendorffs „an H[au]ptmann v. Ilsemann für den Kaiser" vom 13. 4. 1918 (Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1). — *Hertling* empfing die Delegation am 21. 4. 1918 und erteilte ihr die von ihm entworfene und vom Kaiser gebilligte Antwort *Wilhelms II.* (Hertling an Kaiser Wilhelm, Telegramm, 21. 4. 1918, a.a.O.). Sie lautete in den Grundzügen: Der Kaiser erklärte sich bereit, „diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches angedeihen zu lassen und sie bei der endgültigen Durchführung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen" und sie auch formell „als selbständige Staaten anzuerkennen". „Mit besonderer Freude und Genugtuung hat es Seine Majestät erfüllt [...], daß der neu zu bildende Staat dem deutschen Reiche durch eine Personalunion mit der Krone Preußens enger verbunden werden möge. Diese Bitte wird wohlwollend geprüft und die allerhöchste zustimmende [„zustimmende" von *Wilhelm II.* ergänzt; dazu Randbemerkung: „Ich spiele nicht länger Verstecken! Es muß jetzt gesagt werden"] Entscheidung wird dem Landesrat nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen mitgeteilt werden." [Randbemerkung *Wilhelms II.*: „möglichst bald. Zeit genug zur Prüfung".] Der Kaiser stimmte weiter zu, daß zwischen Deutschland und dem neuen Staat „die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Maß-, Zoll- und sonstigen Konventionen abgeschlossen werden"; Hertling an Grünau, 20. 4. 1918, Telegramm, Sehr eilig, a.a.O. — Vgl. auch Hertling S. 95; *Frankfurter Zeitung* 17. 4. 1918 (Abendblatt), sowie die von *Berg* unterzeichneten, im Namen des Kaisers an die „Kaufmannskammer in Riga", die „Sankt-Johannes-Gilde in Riga" und das „Börsenkomitee in Riga" gerichteten Telegramme vom 16. 4. 1918; *Frankfurter Zeitung* 18. 4. 1918 (1. Morgenausgabe); *WTB* 17. 4. 1918 (Mittagsausgabe).

[9]) Im Or. irrtümlich: „Schliemann". — Theodor *Schiemann* (1847—1921), deutsch-baltischer Historiker, seit 1892 Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin, Mitglied des „Baltischen Vertrauensrats"; zu seiner Tätigkeit vgl. Basler, Annexionspolitik S. 322. Von Kaiser *Wilhelm* wurde *Schiemann*, dem „Mein besonderes Vertrauen gehörte", „andauernd in rebus politicis und in bezug auf historische Frage[n] zu Rate" gezogen. Wilhelm II., Ereignisse S. 165. — Zur Ernennung *Schiemanns* zum Kurator der Universität

Am 19. April, an welchem Tage Schneetreiben herrschte und der Kaiser nicht ausfuhr, kam der General *v. Cramon* aus Wien.[10]) Mit ihm am Vormittag Konferenz beim Kaiser mit den Kabinettschefs und *Grünau*.[11]) Es war klar, daß der Kaiser von Österreich ein unehrliches Spiel trieb, getrieben in erster Linie durch die Kaiserin *Zita*[12]), daß der Kaiser *Karl* dem Prinzen *Sixtus von Parma*, welcher im französischen Heeresdienst gestanden[13]), seinem Schwager geschrieben hatte, welcher Friedensverhandlungen Österreichs mit den Feinden ohne Wissen von Deutschland anbahnen sollte. Kaiser *Karl* leugnete alles ab[14]), und man mußte sich stellen, alles zu glauben[15]), wenn es nicht zum offenen Bruch kommen sollte, den wir augenblicklich nicht brauchen konnten. Damit hing der Abgang von *Czernin*[16]) zusammen, den der Kaiser *Karl* scheinbar auch belogen hatte.[17])

Dorpat vgl. a.a.O. S. 166; *Frankfurter Zeitung* 27. 4. 1918 (2. Morgenblatt). — Zum Einfluß *Schiemanns* auf den Kaiser vgl. Bentinck S. 38 sowie den Bericht Grünaus an das Auswärtige Amt, 15. 3. 1918 (Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Baltikum Nr. 3c, Bd. 1), wo es heißt: „Es wäre wohl wünschenswert, wenn die unverantwortlichen Ratgeber wie Professor *Schiemann*, der sich in letzter Zeit [...] sehr stark an S. M. herandrängt, sich etwas mehr Zurückhaltung auferlegten. Selbst in der sehr baltisch u[nd] annexionistisch gesinnten Umgebung Seiner Majestät ist an einzelnen Stellen die Erkenntnis aufgedämmert, daß in der von unverantwortlicher Seite getriebenen Balten-Propaganda doch eine gewisse Gefahr liegt."

[10]) August *v. Cramon* (1861—1940), Generalleutnant, deutscher Militärbevollmächtigter im k.u.k. Hauptquartier, war am 18. 4. 1918 im Großen Hauptquartier eingetroffen — Hertling S. 95; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 157 —, kam am nächsten Morgen in Avesnes an und erreichte den Kaiser am Abend des gleichen Tages in seinem Hofzug in der Nähe von Courtrie.

[11]) Nach Cramon a.a.O. S. 157 ff. hatte er „eine zweistündige Unterredung" — er gibt nicht an, ob noch am gleichen Abend des 18., oder erst am 19. 4. 1918 — mit dem Kaiser; zu Inhalt und Verlauf vgl. a.a.O.; Müller, Marinekabinett S. 372; ferner den bei Hertling S. 95 wiedergegebenen Bericht, den *Cramon* dem Reichskanzler erstattete. Seine Vorschläge, berichtet Cramon a.a.O. S. 158, „wurden in meiner Gegenwart vom Kaiser mit den drei Kabinettschefs (*v. Berg*, *v. Müller* und Frhr. *v. Marschall;* letzterer an Stelle des wegen Krankheit beurlaubten Frhrn. *v. Lyncker*) beraten und in den Grundzügen angenommen." Nach Müller, Marinekabinett S. 372 war das Ergebnis, *Cramon* solle „den Kaiser *Karl* in geeigneter Weise veranlassen, zu unserem Kaiser zu kommen, unter Gewährung einer gewissen Schonzeit."

[12]) Vgl. den in der vorigen Anm. erwähnten Bericht Cramons. „Die viel verbreitete Ansicht, als sei die Kaiserin *Zita* diejenige, die bei dem ominösen Briefe ihre Hände im Spiel gehabt habe, teilte Herr *v. Cramon* nicht, wie er dies verschiedene Male betonte."

[13]) Prinz *Sixtus* diente in der belgischen, nicht in der französischen Armee; vgl. S. 116 (Anm. 10).

[14]) Siehe dazu die in Anm. 1 angeführte Literatur, ferner die amtliche Wiener Verlautbarung vom 12. 4. 1918 (abgedr. Schultheß 1918/II S. 797 f.; Demblin S. 74 f.; vgl. Singer S. 300; Cramon a.a.O. S. 153) und Karls Telegramm an Wilhelm II. vom 14. 4. 1918 (abgedr. Schultheß 1918/II S. 798; *Frankfurter Zeitung* 15. 4. 1918, Morgenblatt).

[15]) Vgl. dazu das von *WTB* am 12. 4. 1918 verbreitete Telegramm Wilhelms II. an Kaiser Karl; abgedr. *Frankfurter Zeitung* 13. 4. 1918 (Morgenblatt); Schultheß 1918/II S. 796.

[16]) *Czernin* gab am 14. 4. 1918 seine Demission, die vom Kaiser sofort angenommen wurde; Singer S. 304; Schultheß 1918/II S. 28; Burian S. 232; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 154 und 156; Kühlmann S. 367 f. Das Handschreiben des Kaisers abgedr. in *Frankfurter Zeitung* 18. 4. 1918 (Abendblatt).

[17]) Zum Zusammenhang vgl. Singer S. 292 ff. — Noch am 12. 4. 1918 hatte der Kaiser *Czernin* auf dessen Verlangen hin sein schriftliches Ehrenwort gegeben, daß er 1) seinem „Schwager nur den einen Brief geschrieben habe", 2) „der Prinz keine Ermächtigung erhielt, den Brief der französischen Regierung zu zeigen", 3) „Belgien in dem Brief nicht erwähnt wurde" und 4) „der Absatz über Elsaß-Lothringen in der *Clemenceau*schen Veröffentlichung [vom 12. 4. 1918] gefälscht sei." Demblin S. 81.

Am 20. April, an welchem Tage es früh fror, der Kaiser vormittags nach Brügge fuhr, hatte ich nachmittags mit ihm ein langes Gespräch über *Bethmann*, dessen Unzulänglichkeit und Schwäche er jetzt einsah, und über Graf *Monts*[18]), der von vielen noch für einen geeigneten Reichskanzler angesehen wurde, den ich aber bei seiner sehr zutage tretenden pazifistischen Anschauung, die er im *Berliner Tageblatt* auseinandersetzte[19]), für absolut ungeeignet hielt, worin mir der Kaiser beistimmte.

Konferenzen über Wien setzten sich am 21. April fort. Am 22. April war ich mit *Pless*, *Platen*[20]), *Frankenberg*[21]), *Estorff*, *Gersdorff* bei kaltem, unfreundlichem Wetter in Ostende, waren auf dem Artillerie-Beobachtungsstand, von wo wir [ein] englisches Geschwader beobachten konnten, aßen beim Admiral *v. Cramon*[22]) und fuhren [weiter][23]) über [Blankenberge][24]) nach Zeebrügge. Dort Wasserflugzeugstation und Ausfahrtspunkt unserer U-Boote. Auf dem Wege dorthin haben wir Strandbatterien besehen, zurück über Brügge.

In der Nacht darauf, vom 22. zum 23. April, versuchten die Engländer in sehr kühnem Gewaltstreich die Ausfahrt von Zeebrügge durch Versenkung unmöglich zu machen, das aber nur zum kleinen Teil glückte.[25]) Der Kaiser fuhr infolgedessen am 23. April nach Zeebrügge.[26]) Ich war mit *Pless*, *Grünau*, *Frankenberg* in [Tournai][27]) und fuhr von dort aus allein nach [Harelbeke][28]), um *Görne*[29]) zu besuchen, den ich auch dort mit seinem Adjutanten *Trotha*[30]), Sohn des *Skopau*, der bald darauf fiel, traf. Am 24. fuhr ich mit *Estorff* nach Brüssel, war mit dem Herzog *von Coburg*[31]) zusammen zum Frühstück beim General-

---

18) Gemeint ist Anton Graf *v. Monts* (1852—1930), bis 1908 deutscher Botschafter in Rom.

19) Vgl. dazu Tirpitz, Erinnerungen S. 471 ff.

20) Vizeadmiral Oskar *v. Platen-Hallermund* (1865—1957), Hofmarschall des Kaisers.

21) Gemeint ist wahrscheinlich Generalmajor Alexander *v. Frankenberg und Ludwigslust*, Ehrenritter des Johanniterordens.

22) Admiral *v. Cramon.*

23) Im Or.: „wieder".

24) Im Or. irrtümlich: „Blankenhage".

25) Zum Angriff der Engländer gegen Ostende und Zeebrügge, die als U-Boot-Basen an der flandrischen Küste dienten, vgl. *Frankfurter Zeitung* 25. 4. 1918 (1. und 2. Morgenblatt), 27. 4. 1918 (2. Morgenblatt) und 28. 4. 1918 (1. Morgenblatt und Abendblatt); Admiral [Reinhard] Scheer: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen. Berlin 1920, S. 474 f. Ferner Kronprinz Rupprecht 2 S. 389, der den Angriff auf Zeebrügge als erfolgreich bezeichnet. Nach einer in der *Frankfurter Zeitung* 27. 4. 1918 (2. Morgenblatt) abgedr. *WTB*-Meldung wurde die Ausfahrt von Zeebrügge „bereits am 24. April von Torpedobooten und gestern von den U-Booten wie gewöhnlich benutzt."

26) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 28; dazu Bentinck S. 47: Gegenüber einem der gefangenen Engländer nannte der Kaiser das Unternehmen „eine Glanzleistung, eine der glänzendsten des Krieges."

27) Im Or. fälschlich: „Tourqaui".

28) Im Or.: „Halebeke".

29) Es läßt sich nicht klären, wer gemeint ist; möglicherweise der Oberstleutnant im 4. Garde-Regiment zu Fuß *Görne.*

30) Sohn von Ulrich *v. Trotha*; vgl. S. 94 (Anm. 21).

31) Karl Eduard, Herzog *von Sachsen-Coburg-Gotha* 1900—1918.

gouverneur *Falkenhausen*, hatte im Anschluß dann Besprechung mit ihm und *Rantzau-Bernstorff*.[32]) Tee bei *Chelius*.[33])

Am 25. April war der Sturm auf den Kemmelberg.[34]) Der Kaiser fuhr schon um ½6 Uhr früh hin, kam erst abends 6 Uhr heim. Abends Rede S.M. auf die Kemmelberg-Stürmer.[35]) Am 28. April waren wir Umgebungen mit Kaiser in Brüssel, Gottesdienst, Divisionsprediger *Schlegel*.[36]) Fahrt im Auto in die Umgebung. Essen beim Generalgouverneur.[37]) Am 29. fand Angriff südlich Ypern statt, der aber auf starken Widerstand stieß.[38])

[32]) Lesart unsicher. Gemeint sein dürfte ein Mitarbeiter *Falkenhausens*, keinesfalls Ulrich Graf *v. Brockdorff-Rantzau* (1869—1928), Gesandter in Kopenhagen 1912—1918, Staatssekretär des Äußern seit Dezember 1918, Februar bis Juni 1919 Reichsaußenminister im Kabinett *Scheidemann*.

[33]) Generalmajor Oscar *v. Chelius* (1859—1923); vgl. oben S. 121 (Anm. 35).

[34]) Vgl. Kronprinz Rupprecht 2 S 390; *Frankfurter Zeitung* 27. 4. 1918 (1. und 2. Morgenblatt und Abendblatt).

[35]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 373, dort wird die Erstürmung des Kemmel irrtümlich auf den 23. 4. 1918 datiert.

[36]) Offenbar der evangelische Feldprobst Konsistorialrat *Schlegel*.

[37]) *Falkenhausen*. — Vgl. Nachlaß Falkenhausen Nr. 2.

[38]) Vgl. S. 128 (Anm. 20).

15. Besprechungen in Berlin 1. 5. bis 10. 5. 1918

Ich beschloß wegen der Wahlvorlage[1]) nach Berlin zu fahren, fuhr am 30. mit [dem] Auto nach Spa, von dort mit [der] Bahn nach Berlin, wo ich am 1. Mai früh ankam. Ich hatte dort mit verschiedensten Leuten politische Besprechungen, sprach gleich am 1. Mai den Kanzler, *Hergt*[2]), *Heinrichs*[3]), am 2. Mai u. a. *Wallraf*, am 3. *Friedberg*[4]), *Breitenbach*[5]), Kultusminister *Schmidt*[6]), wegen [der] ehemaligen russischen Randstaaten, *Keyserlingk*[7]), *Isenburg*.[8]) Im Mittelpunkt meiner Verhandlungen stand die preußische Wahlvorlage.[9]) Ich war durchaus

[1]) Am 30. 4. 1918 begann im Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses die 2. Lesung der Wahlrechtsvorlage; die Vorlage wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Sten. Ber. Preuß. Abgeordnetenhaus 1916/18 Sp. 9263 ff.; Patemann S. 172 ff.

[2]) Oskar *Hergt* (1869—1967), preußischer Finanzminister 5. 8. 1917—9. 11. 1918, 1927/28 Vizekanzler im dritten und vierten Kabinett *Marx* (Deutschnationale Volkspartei).

[3]) Adolf *Heinrichs* (1857—1928), Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium.

[4]) Zur Unterredung zwischen *Friedberg* und *v. Berg* vgl. Patemann S. 177.

[5]) Paul *v. Breitenbach* (1850—1930), preußischer Minister für öffentliche Arbeiten Mai 1906 — November 1918 und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums 22. 5. 1916—9. 11. 1917.

[6]) Friedrich *Schmidt-Ott* (1860—1956), preußischer Kultusminister 5. 8. 1918—9. 11. 1918.

[7]) Robert Graf *v. Keyserlingk* (1866—1959), Beauftragter des Reichskanzlers für die baltischen Provinzen; vgl. auch S. 115 (Anm. 4).

[8]) Franz Joseph M. Fürst *zu Isenburg-Birstein* (1869—1939), Mitglied des preußischen Herrenhauses und der 1. Kammer des Großherzogtums Hessen, Chef der deutschen Militärverwaltung in Litauen.

[9]) *v. Berg* hatte hierbei den Entschluß des Kaisers mitgeteilt, daß er die am 29. April vom Staatsministerium beschlossene — gegebenenfalls zu verwendende — Auflösungserklärung nicht billigte. Vgl. dazu Patemann S. 176; Westarp II S. 520; Payer S. 286, 288; Hertling S. 100.

der Ansicht, daß etwas zustande kommen müsse, daß in einem noch starken Herrenhaus ein Gegengewicht gegen das demokratische Abgeordnetenhaus geschaffen werden müsse.

Auch die konservative Fraktion des Herrenhauses verschloß sich dem nicht. Es kam alles darauf an, den Kanzler und *Friedberg* vor übereilten dringenden Schritten der Regierung abzuhalten, *Drews* im Zügel zu halten, damit die ruhigen Verhandlungen der Häuser nicht unterbrochen würden. Daraufhin zielte meine Arbeit. In der baltischen und litauischen Frage wollte ich zielbewußt keine Selbständigkeit, sondern Personalunion mit Preußen resp. Sachsen, keinen katholischen selbständigen Herrscher in Litauen; von *Erzberger* wurde scheinbar Herzog *von Urach* gewünscht[10]), für den auch sonst gearbeitet wurde. An sich ein anständiger Mann, mir schien aber, daß er der Aufgabe nicht gewachsen sein würde.

Am 2. vorm[ittags] die Nachricht, daß der Kaiser am 4. in Berlin eintreffen würde, was auch geschah. Ich war mittags zum Empfang auf der Wildpark-Station, hatte am 1. bei der Kaiserin in Bellevue gefrühstückt. Ich war am 5. abends im Neuen Palais bei den Majestäten mit General *v. Scholl*[11]) und Frau, am 6. Mai mittags im Neuen Palais mit *Wulff*, *Plessen*, einem dänischen Oberst und Oberst *v. Winterfeldt*.[12]) Meine Nichte Leonie[13]) kam nach Berlin, um meine Wohnung in Berlin einzurichten.

Am 7. Mai frühstückten die drei Oberpräsidenten *Michaelis*[14]), *Batocki*[15]), *Groote*[16]), *Bussche*[17]) (Auswärtiges Amt) und der Kronprinz von Bulgarien[18]) im Neuen Palais. *Groote* machte einen sehr guten Eindruck, auch auf den Kaiser. Das Staatsministerium hatte ursprünglich *Coels*[19]) vorgeschlagen, mir schien er nicht geeignet. Der Kaiser hatte daher nicht zugestimmt. Wir hatten *Coels* für das

---

[10]) Zu der von *Erzberger* betriebenen Kandidatur Herzog *Wilhelms von Urach*, Grafen *von Württemberg*, für den Thron eines litauischen Fürstentums vgl. Epstein S. 264.; Erzberger, Erlebnisse S. 186 und 191 f.

[11]) Generaloberst *v. Scholl*, Kommandeur der Leibgendarmerie, Generaladjutant des Kaisers.

[12]) Detlof *v. Winterfeldt;* über ihn siehe S. 114 (Anm. 20).

[13]) Leonie *Godberg*, die Tochter von *Bergs* jüngerer Schwester Else.

[14]) Provinz Pommern; vgl. S. 120 (Anm. 29).

[15]) Adolf *Tortilowicz v. Batocki-Friebe* (1868—1944), 1916—1918 Präsident des Kriegsernährungsamtes, war der Vorgänger *Bergs* als Oberpräsident von Ostpreußen (1914—1916) und seit Januar 1918 auch dessen Nachfolger.

[16]) R. *v. Groote-Rheinbach* war am 1. April 1918 zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden. Vgl. Schultheß 1918/I S. 143.

[17]) Hilmar Frhr. *von dem Bussche-Haddenhausen* (1867—1939), Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt seit 22. 1. 1916.

[18]) Kronprinz *Boris* (1894—1943), 1918—1943 als *Boris III.* König der Bulgaren. — Vgl. das Telegramm Kühlmanns an Grünau vom 1. 5. 1918 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Bulgarien Nr. 5, Bd. 5) mit Empfehlungen für politische Äußerungen Kaiser *Wilhelms II.* in Gesprächen mit dem Kronprinzen über die Dobrudschafrage und den türkisch-bulgarischen Streit um Grenzrektifikationen zugunsten der Pforte.

[19]) Max Frhr. *Coels von der Brügghen* (geb. 1858), seit 1907 Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten.

neueinzurichtende Wohnungsamt genannt[20]), und ich hatte dem Staatsministerium nach Rücksprache mit *Schorlemer* den Landrat *v. Groote*[21]), einen alten Rheinländer, auch katholisch, zum O[ber-]P[räsidenten] vorgeschlagen, dem zugestimmt [worden] war.[22])

Am 8. Mai, an welchem Tage ich früh mit Graf *Roedern*[23]) zur Besprechung der neuen notwendigen Steuergesetze[24]) einen Spaziergang machte, war ich vormittags in Bellevue beim Kaiser zur Besprechung eines Berichtes von *Lucius*[25]), dem Gesandten in Stockholm, welcher in sehr unerfreulicher Weise den von uns verfolgten Zielen im Baltenlande entgegenarbeitete. Nachmittags suchte mich Baron *Dellinghausen*[26]), der eine führende Rolle in Livland spielte, auf.

Am Himmelfahrtstag, dem 9. Mai, hatte ich am Vormittag zum ersten Mal im Cäcilien-Hof ein längeres Gespräch allein mit der Kronprinzessin über Wahlrechtsvorlage und andere politische Dinge, trat zum ersten Mal dieser klugen, gewandten und natürlichen Frau etwas näher. Der ausgezeichnete Eindruck, den ich gewann, hat sich später — im Oktober 1918 und nach der Revolution — immer verstärkt. Sie ist taktvoll, mutig und pflichttreu, hat vor allen Dingen das Bestreben, ihre Söhne gut und richtig zu erziehen. Ihre große natürliche Anmut hilft ihr außerdem. Gottlob, daß diese Frau an dieser Stelle steht. Vielleicht ist ihr Verstand größer als ihr Gemüt, aber das Herz hat sie doch auf dem rechten Fleck. Ihre Ehe hat ihr bei den Eigenschaften des Kronprinzen manches Schwere auferlegt, aber da sie Verstand und Takt hat, läßt sie sich äußerlich nie etwas merken.

Am Abend des [9.] Mai[27]) war ich wieder bei den Majestäten im Neuen Palais mit Prinz *Heinrich*, A[ugust] *Eulenburg* und Professor *Schiemann*.

Am 10. Mai nachmittags ½6 Uhr erfolgte die Abfahrt und am 11. Mai 11 Uhr vormittags die Ankunft in Spa[28]), an welchem Tage ich abends beim Feldmarschall aß.

---

[20]) *Coels* wurde am 17. 5. 1918 zum Leiter des neuerrichteten preußischen Staatskommissariats für das Wohnungswesen ernannt, vom 31. 8.—31. 12. 1918 war er Reichskommissar für das Wohnungswesen. Vgl. Schultheß 1918/I S. 184, 266, 610.

[21]) *Groote* war vor seiner Ernennung zum Oberpräsidenten Landrat des Kreises Rheinbach im Regierungsbezirk Köln.

[22]) Vgl. Anm. 16.

[23]) Siegfried Graf *v. Roedern* (1870—1954), Staatssekretär des Reichsschatzamtes 22. 5. 1916 — 14. 11. 1918.

[24]) Zu den dem Reichstag am 16. 4. 1918 zugegangenen Steuervorlagen vgl. Sten. Ber. Bd. 324 (Anlagen), Drucksachen Nr. 1455—1466; zur 1. Lesung der Steuervorlagen am 23.—25.4. 1918 vgl. Sten. Ber. Bd. 312, S. 4734 ff.

[25]) Hellmut Frhr. *Lucius v. Stoedten* (geb. 1869), Deutscher Gesandter in Stockholm 1914—1919.

[26]) Baron *v. Dellinghausen*, Ritterschaftshauptmann in Estland; zu seiner Tätigkeit für den Anschluß an Deutschland vgl. Basler, Annexionspolitik S. 320.

[27]) Im Or. irrtümlich: „5"; vgl. die vorige S.

[28]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 375.

16. Besuche Kaiser Karls, der Könige von Bayern und Sachsen, des Prinzen Max und anderer im Großen Hauptquartier

Am 12. Mai erschien der Kaiser *Karl* von Österreich mit großem Gefolge in Spa[1]), ein Canossa-Gang, wie wir damals wähnten, mit gutem Erfolge. Von uns aus fand freundlicher Empfang statt, als wenn nichts geschehen sei[2]), und die gutgesinnten Herren des österreichischen Gefolges hatten das Gefühl der Beschämung. Es wurden Besprechungen gehalten über eine abzuschließende Militär-Kommission, Waffenbündnis etc.[3]) Der Kaiser *Karl*, der einen sehr unerfreulichen, zerfahrenen und, man möchte sagen, verwahrlosten Eindruck machte, ein Mann des schlechten Gewissens[4]), versprach ohne zu halten.

Burian[5]), der das erste Mal wieder an Stelle *Czernins* erschien, machte zwar einen sehr bürokratischen, aber mir doch keinen unzuverlässigen Eindruck. Sehr gut war *Hohenlohe*[6]), Botschafter Österreichs in Berlin, der auch mit von der Begleitung war. Bei uns war man im allgemeinen zufrieden über den Erfolg, war [aber] auch froh, als der Tag vorüber war.

Am 13. Mai war der König von Bayern[7]) zu Tisch beim Kaiser, und hatte ich

---

[1]) Zur Vorgeschichte dieser Reise vgl. Cramon, Unser Bundesgenosse S. 157 ff.; Ritter IV S. 292 f. — Dieser Besuch wurde „in der Umgebung des Kaisers nicht anders als der ‚Gang nach Canossa' genannt"; Hertling S. 102. Die Wertung dieses Besuches als „Gang nach Canossa" ferner a.a.O. S. 105; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 161 und 162: „Eine Canossafahrt im wahrsten Sinne des Wortes"; Schultheß 1918/I S. 179; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 533; Demblin S. 31.

[2]) Zum Empfang Kaiser *Karls* und seiner Begleitung vgl. Cramon, Unser Bundesgenosse S. 161; Müller, Marinekabinett S. 375.

[3]) Zum Inhalt der Besprechungen vgl. die am 13. 5. 1918 von *WTB* verbreitete amtliche Verlautbarung — abgedr. *Frankfurter Zeitung* 14. 5. 1918 (1. Morgenblatt); Schultheß 1918/I S. 177 ff.; ferner Ritter IV S. 293 ff.; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 161; Hertling S. 105 ff.; Kronprinz Rupprecht 2 S. 405. Zur Beurteilung des Kommuniqués vgl. *Frankfurter Zeitung* 14. 5. 1918 (2. Morgenblatt und Abendblatt).
Das Ergebnis des Kaiserbesuches, über dessen äußeren Ablauf Notizen Major *Geyers* vom österreichisch-ungarischen Generalstab im Kriegsarchiv Wien, op. geh. 1579, Auskunft geben, war eine Neufassung des Bündnisses, bestehend aus einem politischen und einem militärischen Teil. Der Wortlaut der am Abend des 13. 5. 1918 von den beiden Monarchen und den leitenden Staatsmännern, Graf *Hertling* und dem neu ernannten österreichisch-ungarischen Minister des Äußern, *Burian*, unterschriebenen, auf den 12. 5. datierten politischen Vereinbarung, in HHStA Wien geh. XLVII, dort auch die Texte der österreichisch-ungarischen und deutschen Entwürfe. Der Text des von *v. Hindenburg* und dem Chef des k. u. k. Generalstabes, Generaloberst *Arz v. Straußenburg*, unterschriebenen militärischen Abkommens, des sog. Waffenbundes — *Ludendorff* verschweigt dieses Abkommen in seinen Kriegserinnerungen — ist abgedr. bei Artur *Arz:* Zur Geschichte des Großen Krieges, Wien 1924, S. 251.

[4]) Im Or. hier noch „machte".

[5]) Stephan Graf *Burian v. Rajecz* (1851—1922), Januar 1915 bis Dezember 1916 österreichisch-ungarischer Außenminister, seit Dezember 1916 gemeinsamer Finanzminister, war am 16. 4. 1918 von Kaiser *Karl* erneut zum Außenminister berufen worden; Schultheß 1918/II S. 28. Zu seiner politischen Tätigkeit vgl. seine Erinnerungen: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin 1923.

[6]) Gottfried Prinz *zu Hohenlohe-Langenburg* (1860—1933), Botschafter in Berlin.

[7]) *Ludwig* (1845—1921), 1912 Regent, seit 5. 11. 1913 als *Ludwig III.* König von Bayern. — Zum Besuch im Großen Hauptquartier vgl. Hertling S. 109; Müller, Marinekabinett S. 376; Janßen S. 209. Über den vermutlichen Inhalt der Gespräche vgl. Janßen S. 286 f. (Anm. 837).

mit ihm eine längere Aussprache über Elsaß, das Bayern heiß ersehnte. Von unserer Seite wollte man es ihm auch zugestehen. Es handelte sich in der Hauptsache um Straßburg, in dem nach unserer Ansicht auch preußische Truppen in Garnison stehen sollten, weil Bayern nicht stark genug sei, daß es also eine Art Bundesfestung sein müsse, was der König von Bayern scheinbar nicht wollte.

Am 14. Mai war der Herzog *Eduard von Anhalt*, der eben nach dem Tode seines Bruders[8]) den Thron bestiegen hatte, mit dem Prinzen *Hubert von Anhalt* beim Kaiser. Ich überbrachte ihm vormittags den Hohenzollernschen Hausorden mit Kette und erneuerte meine alte Bekanntschaft mit ihm. Er war ein anständiger, liebenswürdiger Mann, dessen Gaben allerdings Grenzen hatten. Er war damals noch erfreut über die Heirat seiner einzigen Tochter, an der er sehr hing, mit dem Prinzen *Joachim*, hat auch Gottlob weder Hallotria noch das Auseinandergehen dieser Ehe erleben brauchen.

Am 16. [Mai][9]) fuhr[en] der Kaiser und ich mit ihm in einer von uns neu erbauten Bahn von Aachen ab, Brücken bei Moresnet, Tunnel bei Homburg, Maasbrücke bei Visé, zurück über Lüttich. Im Anschluß daran fand ein Vortrag des Generalgouverneurs *v. Falkenhausen* über seine Tätigkeit in Belgien, insonderheit seine Politik den Flamen gegenüber[10]) statt, welche klar und gut war und auch den Kaiser sehr befriedigte. Im Anschluß wohl an diesen Vortrag hat mir der Kaiser einige Tage später gesagt, daß er *Falkenhausen* wohl als Kanzler für geeignet hielt, ein Gedanke, den ich schon lange gehabt hatte.[11])

Am 17. Mai war der König von Sachsen mit Gefolge beim Kaiser; und so hatte ich auch Gelegenheit, die litauischen Pläne zu besprechen.[12]) Die Schwierigkeit für Sachsen lag besonders darin, daß es ihnen an katholischen Beamten mangelte.

Am 18. aß ich mittags beim Generalgouverneur *Falkenhausen* im Quellenhof in Aachen mit seiner Gattin, die ganz passabel war, trotzdem ihre Vergangenheit wohl nicht ganz einwandfrei; jedenfalls schien sie mir als Frau des Kanzlers[13]) unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse nicht unmöglich, eine natürliche, einfache Frau, die nichts Besonderes vorstellen wollte und dadurch gut wirkte.

Die Pfingsttage brachten am 20. Mai eine sehr hübsche Autofahrt nach Schloß Modave südlich Huy, sehr schön gelegen, Besitzer ein Mons[ieur] *Braconier*, früher dem Grafen *Marchin* gehörend, viele alte schöne Sachen, Stammbäume etc. Der Kaiser unterhielt sich lange mit dem Besitzer und wurde eingehender, als es mir angebracht erschien, so daß ich den Kaiser zum Aufbruch veranlaßte.

[8]) Herzog *Friedrich II. von Anhalt.* [9]) Im Or. irrtümlich: „April".

[10]) Zur deutschen Flamenpolitik während der Amtstätigkeit *Falkenhausens* vgl. Fischer S. 577 ff.; WUA 12/I S. 104 ff.; Oskar Frhr. von der Lancken-Wakenitz: Meine dreißig Dienstjahre 1888—1918. Potsdam–Paris–Brüssel. Berlin 1931; ferner die im Register von Quellen 1/II unter dem Stichwort „Flämische Frage" angeführten Stellen. — Zum Inhalt des Vortrags, der auf *Bergs* Anregung erfolgte, vgl. Nachlaß Falkenhausen Nr. 2.

[11]) Vgl. oben S. 121 f. und S. 133.

[12]) Zu den sächsischen Annexionswünschen auf Litauen, die auf eine Personalunion zielten, welche später in eine Realunion umgewandelt werden sollte, vgl. Janßen S. 175 f.; dazu *Frankfurter Zeitung* 19. 5. 1918 (2. Morgenblatt) — Über den Frontbesuch des Königs von Sachsen siehe Kronprinz Rupprecht 2 S. 398.

[13]) Vgl. S. 121 f., 177 und S. 179 (bes. Anm. 27) sowie Anlage 3, S. 206 f.

Abends fand eine längere politische Unterhaltung statt insonderheit über die *Krüger*-Depesche, die dem Kaiser viel zum Vorwurf gemacht [worden] ist. Der Kaiser ist jetzt der Meinung, daß er sich gegen die Absendung heftig gesträubt habe[14]), daß er aber vom Kanzler[15]) und *Marschall*[15a]) gezwungen [worden] sei, sie zu unterschreiben. Als Zeugen führt der Kaiser den verstorbenen Admiral *Hollmann*[16]) an. Zweifellos glaubt der Kaiser jetzt, daß die Sache sich so zugetragen hat, mir scheint aber ein Irrtum wahrscheinlich.

Der 22. Mai brachte den Besuch der Äbte von Maria-Laach und [Beuron][17]), mit denen der Kaiser sehr interessiert und freundlich war.

Am 23. war als Gast neben anderen Prinz *Max von Baden* zu Tisch beim Kaiser[18]), den ich in früheren Zeiten, als er bei den Gardekürassieren stand, flüchtig gekannt hatte, nun zum ersten Male wiedersah, der dann später eine so unheilvolle Rolle spielen sollte. Ich hatte mit ihm eine längere Unterhaltung, aus der ich keinen unsympathischen Eindruck mitnahm, nur daß ich jedoch das Gefühl hatte, daß wir mit unseren Ansichten stark auseinandergingen, wenn es auch nicht zum Ausdruck kam. Wir waren seit Mitte oder Ende März mitten in den großen Angriffen, die einstweilen doch nicht zum vollen Erfolg geführt hatten. Der Prinz gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man vor der großen Offensive, als man noch alle Truppen unversehrt hatte, ein erneutes Friedensangebot hätte machen sollen.[19]) Ich stimmte ihm nicht bei, weil ich es für nutzlos gehalten hätte, der Feind es wieder als ein Beweis der Schwäche angesehen hätte. Ich hatte damals auch noch den vollen Glauben an Erfolg, wenn ich auch sah, daß nicht so viel bisher erreicht war, als man erhofft hatte.

Der Kaiser bekam in diesen Tagen einen Brief des Prinzen *Friedrich Karl von Hessen*, in dem er ihm schrieb, daß seine Mutter, die verwitwete Landgräfin *Anna*, geb. Prinzessin von Preußen, nahe dem Tode sei und daß ihr letzter Wunsch sei, noch einmal den Kaiser zu sehen. Sie war vor vielen Jahren katholisch geworden und seitdem mit dem Kaiser vollkommen auseinander. Der Brief des Prinzen war ein Meisterstück, voll kindlicher Pietät, und doch las man

---

14) Vgl. dazu Wilhelm II., Ereignisse, wo der Kaiser auf S. 68 ff. ebenfalls Fürst *Hohenlohe* und *Marschall* vorwirft, sie hätten trotz seines heftigen Widerstandes darauf bestanden, „daß ich [die Depesche an *Krüger*] unterzeichne."

15) Zu der Zeit: Fürst Clodwig *zu Hohenlohe-Schillingsfürst.*

15a) Adolf Frhr. *Marschall v. Bieberstein* (1842—1912), Staatssekretär des Auswärtigen Amts 1890—1897.

16) Admiral Fritz *Hollmann* (geb. 1842), 1890—1897 Staatssekretär des Reichsmarineamts, war am 21. 1. 1913 verstorben. — A.a.O. S. 71 führte der Kaiser gleichfalls Admiral *v. Hollmann* als Kronzeugen an.

17) Im Or. irrtümlich: „Blaron".

18) Der Prinz war seit Mitte Mai zum Besuch der badischen Truppen an der Front. Vgl. Prinz Max von Baden S. 176; Kronprinz Rupprecht 2 S. 399 ff. Der Besuch beim Kaiser war zwischen Prinz *Max* und Kronprinz *Rupprecht von Bayern* verabredet worden, um „den verantwortlichen Stellen reinen Wein über den Stand der Dinge ein[zu]schenken"; Kronprinz Rupprecht 2 S. 401.

19) Prinz *Max* hatte sich im Februar und März dafür eingesetzt, vor Beginn der militärischen Offensive eine Friedensoffensive einzuleiten, deren Kern eine Verzichtserklärung auf Belgien sein sollte. Diese Gedanken hatte er auch der Reichsleitung und der OHL vorgetragen. Prinz Max von Baden S. 225 ff., 235 ff.; vgl. Kronprinz Rupprecht 2 S. 399.

zwischen den Zeilen, daß er sich wohl bewußt sei der Schwächen und Fehler seiner Mutter. Der Kaiser ließ mich kommen und fragte mich nach meiner Meinung, welche ich dahin abgab, daß er unbedingt den Wunsch der Sterbenden erfüllen müsse. Er fuhr am 24. abends nach Frankfurt. Ich begleitete ihn nicht. Rückkehr am 26. früh.

17. Die dritte Offensive

Am 26. abends wieder Abfahrt zur Front. Am 27. Mai gegen ½10 Uhr vormittags Ankunft in Trélon.[1]) Der Kaiser fährt gleich nach Avesnes zum Feldmarschall und an die Front. Offensive der 1. und 7. Armee[2]) — *Boehn*[3]) und Fritz *Below*[4]) — gegen Chemin des Dames und die Aisne zwischen Soissons und Reims. Ich fuhr am frühen Nachmittag mit *Gontard*, *Müller* und *Grünau* nach dem Kirchhof der Garde bei Colombach — Grab von Fritz *Bismarck*[5]), gefallen als Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß[6]) — dann in das [unzerstörte][7]) Verviers zum Etappeninspekteur *Bockelberg*.[8]) Der Kaiser kam erst gegen 11 Uhr zurück, dann erst Abendessen. Der Kaiser sehr erfreut über die Nachrichten von der Front, die Aisne war überschritten. Rede des Kaisers beim Essen auf die Armee.[9]) Ich war am 29. Mai mit dem Kaiser auf dem Gefechtsstand bei der Armee Fritz *Below*[10]) hinter Tavaux[11]), Montcornet, sehr gute Aussicht. Dort Essen mit *Below* draußen, sehr warm, schöner Tag. Wir blieben bis 7 Uhr auf dem selben Fleck. Der Kaiser schreibt nachmittags an die Kaiserin. *Below* hoffte damals noch, Reims zu nehmen. Ich sah ihn zum letzten Mal. Er erkrankte bald darauf, starb im November 1918.[12])

Am 29. war Soissons gefallen.[13]) Der Kaiser war täglich bis spät abends unterwegs, sehr zufrieden. Am 30. hatten wir mit den Spitzen die Marne erreicht. Am

---

[1]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 380.

[2]) Am 27. 5. 1918 hatten die zur Heeresgruppe Kronprinz gehörenden 1. und 7. Armeen die dritte deutsche Offensive mit der Erstürmung der Höhen des Chemin des Dames begonnen; zu ihrem Verlauf vgl. Kronprinz Wilhelm, Erinnerungen S. 319 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 506 ff.; Kronprinz Rupprecht 2 S. 403 ff.; Weltkrieg 14 S. 323 ff.

[3]) Generaloberst Hans *v. Boehn* (1853—1921), seit März 1917 Oberbefehlshaber der 7. Armee; August 1918 wurde er Oberbefehlshaber einer neugebildeten Heeresgruppe *Boehn*.

[4]) General Fritz *v. Below* (1853—1918), 1916—1918 Oberbefehlshaber der 1. Armee, dann der 9. Armee.

[5]) Oberstleutnant, „Führer" des 1. Garde-Regiments zu Fuß.

[6]) Gefallen am 5. 11. 1916 bei Barleux-Biaches.

[7]) Wort unleserlich, wohl „unzerstörte".

[8]) Major *v. Bockelberg*, Chef der Abteilung I b der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.

[9]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 380: „Se. Majestät 11 Uhr abends zurück: ‚Herrschaften, großer Sieg, 10 000 Gefangene, eine Menge Geschütze, dabei die ganzen schweren Eisenbahngeschütze, die Laon immer beschossen haben'".

[10]) D. h. die 1. Armee.

[11]) Lesart unsicher.

[12]) Am 23. 11. 1918.

[13]) Vgl. Anm. 2.

1. Juni rückten wir mit dem Zuge nach [Bosmont][14]), östlich Marle, freundlicher Ort; Schloß — altes Wasserschloß — sehr hübsch, aber schlecht gehalten, in großem Park. Von der Front kamen nur noch gute Nachrichten, aber es meldete sich doch stärkerer Widerstand bei Soissons und bei Reims.[15]) Vom 2. Juni an badete ich täglich früh zwischen 6 und 7 Uhr in dem kleinen Fluß der [. . .].[16]) Am 2. Juni war Prinz *Heinrich* zum Gottesdienst, der im Park des Schlosses abgehalten wurde, und zum Essen bei uns. Am Nachmittag wohnten *Gontard* und ich einer Beerdigung von Offizieren und Mannschaften des in [Bosmont][14]) liegenden Sturmbataillons bei auf dem nahen hübsch gelegenen Kirchhof. Die Nachrichten von der Front waren gut. Nach den Nachrichten, die uns erreichten, verbrauchten die Franzosen ihre Reserven, was wohl der Wirklichkeit nicht ganz entsprach, mindestens wurden sie allmählich durch Amerikaner ersetzt.[17]) Am 6. Juni war ich mit *Dohna*[18]) im Auto nach Charleville gefahren, besah mir die Stadt und aß beim Kronprinzen, vorher mit ihm Gang durch den Garten. Abends von ¾10—¼12 [Uhr] Gespräch mit ihm allein. Am 8. Juni war der Fürst *[Tundatow]*[19]), Hetman der Kalmücken-Kosaken, beim Kaiser, früher im Gefolge von *Nikolai-Nikolajewitsch*[20]), der jetzt den Schutz des deutschen Reiches erbat, was den Kaiser, der ihn sehr freundlich behandelte, sehr befriedigte.[21]) Ich war am Nachmittag beim Bombenabwehr-Geschwader, welches in nicht weiter Entfernung von [Bosmont][14]) lag und flog eine halbe Stunde mit einem großen Doppeldecker, Friedrichshafen S 4, gutes Wetter und gute Sicht. Ich bekomme abends die traurige Nachricht, daß Viktor *Rautter* von einem Flug nicht zurückgekehrt ist, alle Nachforschungen — ich wandte mich gleich an die Königin von Schweden — sind vergeblich geblieben. Der 9. Juni brachte die Nachricht vom guten Erfolg des Angriffes der 17. Armee zwischen Montdidier und Noyon, 8000 Gefangene.

Am 10. Juni hatte ich mit dem Kaiser eine unerfreuliche Auseinandersetzung im Anschluß an meine Bitte, eine namhafte Summe für die *Ludendorff*-Spende[22]) zu geben. Hiergegen hatte der Kaiser gar nichts, zumal ich ihm vorschlagen

[14]) Lesart unsicher. — Vgl. Müller, Marinekabinett S. 381.

[15]) Zum Verlauf und schließlichen Stocken der Offensive vgl. Anm. 2.

[16]) Lücke im Or.

[17]) Zum Eintreffen und Eingreifen amerikanischer Truppen auf dem Kriegsschauplatz vgl. Anm. 2.

[18]) Wahrscheinlich Kapitän zur See Nikolaus Graf *zu Dohna-Schlodien* (geb. 1879), Kommandant des Hilfskreuzers „Möwe", seit Mai 1918 Flügeladjutant des Kaisers; gemeint sein könnte auch Wilhelm Graf *zu Dohna-Schlodien* (geb. 1841), Mitglied des preußischen Herrenhauses, Kommandeur der schlesischen Provinzialgenossenschaft des Johanniterordens.

[19]) Im Or. irrtümlich: „Donduloff". — Fürst *Tundatow*, Abgesandter der Kalmücken-Kosaken, vor dem Krieg Adjutant des Zaren, war zusammen mit der georgischen Delegation nach Berlin gekommen. Zum Zusammenhang, insbesondere zu seinen Wünschen auf Waffenlieferungen und der Haltung der OHL und des Auswärtigen Amts dazu, siehe Baumgart S. 186f.

[20]) Großfürst *Nikolajewitsch* (1856—1929), Oberbefehlshaber des russischen Heeres 1914.

[21]) Nach *Tundatows* Zeugnis entwickelte Kaiser *Wilhelm* ihm bei der Audienz am 8. Juni 1918 ein Programm zur Aufteilung des ehemaligen Zarenreiches in vier „Zarentümer" — Großrußland, Sibirien, Ukraine und ein Südostbund (mit Tiflis als Zentrum); vgl. Baumgart S. 187, dort auch weitere Literaturhinweise.

[22]) Eine vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge unter dem Namen „*Ludendorff*-Spende für Kriegsbeschädigte" veranstaltete Sammlung; vgl. Schultheß 1918/I S. 191, ferner

konnte, das Geld aus Summen zu geben, die ihm zu seiner Verfügung gestellt würden, nicht aber aus seinem eigentlichen Vermögen kamen. Es kam aber bei dieser Gelegenheit wieder eine mich sehr betrübende Animosität gegen *Ludendorff* zutage[23]), dem er es verdachte, daß er die Spende aus Ehrgeiz und Eitelkeit unter seinem Namen gehen lasse, während der Kaiser fand, daß er ihr den Namen des Kaisers hätte geben sollen.[24]) Noch in späteren Zeiten würde *Ludendorff* sich durch die Sammlungen einen Einfluß sichern, was ungehörig sei. Ich sprach scharf dagegen, daß sich *Ludendorff* jeglichen Einflusses auf die Zuwendungen begeben hatte, ohne aber den Kaiser zu überzeugen, und es schien mir diese Eifersucht ein betrübendes Zeichen von Kleinlichkeit des Charakters.

Auch blieb der Kaiser leider nicht frei von kleinlicher Sparsamkeit, gerade seitdem er sparte, was auch im Kriege der Fall war. Es ging so weit, daß er es ungern sah, wenn der Hofmarschall, was nur ganz ausnahmsweise geschah, einen besonderen Wein gab, wenn mal abends Punsch getrunken werden sollte. Daß der Kaiser auf Einfachheit sah, war durchaus richtig und angemessen, aber Geiz mußte bekämpft werden, und ich mußte dies öfter tun, wenn es sich um notwendige Geschenke oder Beiträge zu Wohltätigkeitsfonds handelte.

Ich aß am 10. Juni beim Feldmarschall in Avesnes. Der 11. Juni brachte gute militärische Nachrichten, wenn auch von schweren Kämpfen. Im Dorf fand ein recht gutes Konzert des Professors *Stein*[25]) aus Jena statt. Am 12. Juni wurde die Offensive wegen der starken Gegenangriffe eingestellt, so daß an der Front eine gewisse Ruhepause eintrat.[26]) Wir hatten zwar sehr gute Erfolge gehabt, aber es war doch kein Enderfolg, keine Niederwerfung des Gegners [gelungen].

Am 15. Juni war das Regierungsjubiläum (30.) des Kaisers. Früh Gratulation und die Beantwortung einer Reihe von Telegrammen[27]), die ich stark zuversichtlich und mit Betonung des Preußentums verfaßte.[28]) Mittags begleitete ich

den von *Ludendorff* als Ehrenvorsitzendem, *Hindenburg*, Graf *v. Hertling*, Kriegsminister *v. Stein* und Reichstagspräsident *Kaempf* u. a. unterzeichneten Aufruf; abgedr. *Frankfurter Zeitung* 26. 5. 1918 (2. Morgenblatt). — Der Kaiser hatte dem Ausschuß am 4. 5. 1918 500 000 Mk. zugehen lassen. Schultheß 1918/I S. 191; Müller, Marinekabinett S. 383. Zur Auseinandersetzung zwischen Kaiser und *v. Berg* vgl. Müller a.a.O. S. 383.

[23]) Vgl. S. 94 und 98.

[24]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 383, der Kaiser äußerte sich „sehr abfällig über die ganze ‚reklamehafte' Sache, die seine eigene Stellung schädige".

[25]) Prof. Dr. Fritz Wilhelm *Stein*, akademischer Musikdirektor an der Universität Jena.

[26]) Zur Einstellung der Offensive vgl. die in Anm. 2 zit. Literatur.

[27]) U. a. von Reichskanzler *v. Hertling* im Namen des Staatsministeriums, von Reichstagspräsident *Fehrenbach* (Wortlaut *Frankfurter Zeitung* 16. 6. 1918, 2. Morgenblatt), von *v. Payer* im Namen des Bundesrates (Wortlaut *Frankfurter Zeitung* 17. 6. 1918, Morgenblatt) und vom König von Bayern (a.a.O. 17. 6. 1918, Morgenblatt und 19. 6. 1918, 2. Morgenblatt).

[28]) In der Antwort des Kaisers auf das vom Reichskanzler übersandte Glückwunschtelegramm — vgl. die vorige Anm. — heißt es u. a.: „Ich weiß, daß der vom Feinde viel geschmähte preuß[ische] Militarismus, den Meine Vorfahren und Ich als den Geist des Pflichtbewußtseins, der Ordnung, Treue und des Gehorsams großgezogen haben, dem deutschen Schwert und dem deutschen Volke die Kraft gegeben hat, zu siegen, und daß der Sieg einen Frieden bringen wird, der deutsches Leben verbürgt." Abgedr. *Frankfurter Zeitung* 17. 6. 1918 (Morgenblatt); Auszug Schultheß 1918/I S. 198. Text der Antworttelegramme an *Payer* und *Fehrenbach: Frankfurter Zeitung* 18. 6. 1918 (2. Morgenblatt), an König *Ludwig von Bayern:* 19. 6. 1918 (2. Morgenblatt).

den. Kaiser nach Avesnes, wo Mittagstafel stattfand, bei der ich neben Prinz *Heinrich* saß. *Hindenburg* sprach auf den Kaiser[29]) — sehr gut —; der Kaiser antwortete in längerer Rede, in der [er] stark die verschiedenen Weltanschauungen Deutschlands und Englands betonte.[30]) Für alle, die an den Sieg glaubten, war die Rede durchaus gut.[31]) Im Auswärtigen Amt und auch beim Kanzler hat sie wohl manchen Anstoß erregt. Ich hatte aber keine Veranlassung, ihre Veröffentlichung[32]) zu verhindern.

Am 17. erfolgte abends die Abreise nach Spa, da Kampfpause. Zum Abschied war das 7. Sturmbataillon, ausgezeichnete Truppe, angetreten. Der Kaiser schritt die Front ab und sprach kurze Abschieds- und Dankesworte. (Am 16. morgens früh 6 Uhr nur 2°, Reif!)

Am 18. Juni trafen wir am Vorm[ittag] in Spa ein[33]); die Kaiserin kam am Nachmittag an, in ihrer Begleitung Gräfin *Keller*[34]), Graf *Pückler-Rogau*[35]); *Lyncker* übernahm wieder den Dienst.[33]) Ich war am 19. nachm[ittags] allein eine Stunde bei der Kaiserin, die voll größter Freundlichkeit und Verständnis für die Lage war. Das große Vertrauen, das sie mir entgegen brachte, war für mich sehr beglückend. Am 22. war ich am Nachm[ittag] beim Kaiser mit *Lyncker*, um die Ernährungsschwierigkeiten Österreichs[36]) zu besprechen.

---

[29]) *Hindenburg* hatte nur kurz „als ältester vor dem Feinde stehender preuß[ischer] Feldmarschall" seine eigenen und die Glückwünsche des Heeres zum Ausdruck gebracht. Vgl. Schultheß 1918/I S. 197; *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* vom 16. 6. 1918 (Nr. 304).

[30]) Nach einem längeren Rückblick über seine Regierungszeit führte der Kaiser aus: „Ich wußte ganz genau, um was es sich [beim Krieg] handelte, denn der Beitritt Englands bedeutete einen Weltkampf, ob gewollt oder nicht. Es handelte sich nicht um einen strategischen Feldzug; es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung — Recht, Freiheit, Ehre und Sitte — in Ehren bleiben oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. [...] Ein jeder draußen weiß, wofür er kämpft, das gibt der Feind selbst zu. Und infolgedessen werden wir den Sieg erringen! Den Sieg der deutschen Weltanschauung, den gilt es!" Zit. nach Schultheß 1918/I S. 197 f.; Wortlaut auch in *Frankfurter Zeitung* 17. 6. 1918 (Morgenblatt).

[31]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 384: „Bei der Rückkehr am Abend große Begeisterung des Gefolges, namentlich *Bergs*, über die in Avesnes gehaltenen Reden."

[32]) Vgl. Anm. 30.

[33]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 384

[34]) Gräfin Mathilde *v. Keller*, Hofdame der Kaiserin.

[35]) Gemeint sein dürfte Bertha Gräfin *v. Pückler* auf Rogau-Rosenau.

[36]) Durch Verfügung des Amts für Volksernährung vom 15. 6. 1918 war die Brotration auf die Hälfte herabgesetzt worden, was zu schweren Straßenunruhen in Wien führte. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, „eine bestimmte Menge Getreide (nach der *Voss[ischen] Z[ei]t[un]g* 5000 to) vorschußweise Österreich zur Verfügung zu stellen." Schultheß 1918/II S. 37. Vgl. *Frankfurter Zeitung* 18. 6. 1918 (Abendblatt).

D. Von der Kühlmann-Krise bis zur Auflösung des deutschen Bündnissystems

18. Die Kühlmann-Krise

Am 23. [Juni] abends fuhr ich nach Berlin, traf im Zuge Prinz *Eitel Fritz*, der auf Urlaub ging und von 7—9 Uhr bei mir im Coupé war. Ein ordentlicher Soldat, redlich und mit bestem Verstand, aber ohne starke Initiative und ohne starken Willen.

Die Tage in Berlin, in denen ich u. a. am 26. Johanniter-Ordenskapitel[1]) hatte, waren beherrscht durch die am 24. von *Kühlmann* im Reichstag gehaltene Rede[2]), in der er die Lage mehr noch als mit Worten durch den ganzen Ton äußerst schwarz malte, so daß sich überall eine große Bestürzung bemerkbar machte.[3]) Es stellte sich heraus, daß der Kanzler die Rede sich nicht vorher hatte geben lassen, daß auch er ihren Ton nicht billigte[4]) und daß durch ihn

---

[1]) Vgl. Einleitung S. 41.

[2]) Zu Inhalt, Intention und Wirkung dieser „nachmals berühmt gewordenen Rede" (Kühlmann S. 572) siehe Sten. Ber. Bd. 313, S. 5607 ff.; Quellen 1/II S. 413 f. (dort weitere Belegstellen und Literaturhinweise), ferner Prinz Max von Baden S. 278 f. Gegen Schluß hatte *Kühlmann* erklärt, ohne einen Gedankenaustausch zwischen den kriegführenden Mächten „wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können. (Sehr richtig! links. — Hört! hört!)"

[3]) In der an die Rede anschließenden Debatte übte *Westarp* scharfe Kritik, insbesondere an dem Satz, der Krieg könne kaum „durch rein militärische Entscheidungen" beendet werden, und forderte als Voraussetzung von Verhandlungen den „Sieg unserer Waffen"; Sten. Ber. Bd. 313, S. 5626 ff., bes. S. 5634 f.; vgl. Westarp II S. 608. — Entscheidend für das ungünstige Presse-Echo und die weithin ablehnende Reaktion auf die Rede des Staatssekretärs (Bredt, Gutachten S. 275; vgl. Westarp II S. 609; Haußmann S. 208; Müller, Marinekabinett S. 387 f.), der nach übereinstimmendem Urteil in einem etwas gleichgültigen und müden Ton gesprochen haben soll (vgl. Quellen 1/II S. 414), waren nicht die eigenen Worte des Staatssekretärs, „sondern die Auslegung, die Graf *Westarp* ihnen gab" (Bredt, Gutachten S. 276; vgl. Prinz Max von Baden S. 278). — Zum Zusammenhang vgl. auch Anm. 6.

[4]) Vgl. dazu Helfferich, Weltkrieg III S. 425, *Hertling* habe sich am Vormittag des 25. 6. 1918 „ungehalten über *Kühlmanns* Rede [geäußert]; er selbst [*Hertling*] habe nichts von *Kühlmanns* Absicht gewußt, Ausführungen dieser Art zu machen." Die Grundlinien der Rede waren jedoch in großen Zügen vorher zwischen *Hertling* und *Kühlmann* besprochen worden; Hertling S. 116; Bredt, Gutachten S. 277. Gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter Prinz *Hohenlohe* erklärte *Kühlmann*, „er habe dem Reichskanzler seine Ausführungen vorgelegt und dieser hätte sie vollkommen gebilligt"; Hohenlohe an Burian, 15. 7. 1918, Streng vertraulich, HHStA Wien, PA III 172. *Hertling* seinerseits „beklagte" im Gespräch mit *Hohenlohe* „die Art und Weise", wie *Kühlmann* am 24. 6. 1918 „im Reichstag gesprochen habe, wogegen viel mehr zu sagen sei als gegen den Inhalt der bewußten Rede. Mit diesem sei er ganz einverstanden gewesen, doch hätten [die] Ausführungen des Staatssekretärs durch die nonchalante müde Art, mit der er sie vorgetragen habe, den bekannt schlechten Eindruck sowohl im Reichstag als namentlich bei der Obersten Heeresleitung gemacht." Telegramm Hohenlohes vom 12. 7. 1918, Chiffre, Streng geheim, a.a.O. Zu *Hertlings* Haltung zur *Kühlmann*-Rede vgl. ferner Quellen 1/II S. 416; Hertling S. 118.

am Tage nachher eine gewisse Rektifizierung im Reichstag eintreten mußte.[5]) Aber das Unglück war geschehen. Die Armee sah diese Rede als eine große Schwächung ihrer Position an[6]), selbst die liberalen Minister, wie *Wallraf* und *Krause*[7]), mißbilligten die Rede durchaus.[8]) *Krause* sagte mir, er wäre bisher immer ein Freund und Verteidiger *Kühlmanns* gewesen, jetzt müsse auch er zugeben, daß er sich unmöglich gemacht habe. *Wallraf* sagte mir, er habe während der Rede *Kühlmanns* auf Kohlen gesessen, immer vergeblich auf einen elektrischen Funken gewartet, der wieder gutmache, was er verfehlte.

Am 26. abends war ich auf einem parlamentarischen Abend beim Kanzler[9]), bei dem ich von allen, die ich sprach, nur Mißbilligung über *Kühlmann* hörte. Am 27. war ich beim Kanzler, um mit ihm über die Angelegenheit zu sprechen, fand auch bei ihm die Überzeugung, daß die Stellung *Kühlmanns* stark erschüttert sei[10]), und [so] besprach er mit mir in längerer Aussprache die Nachfolge[frage], ohne zu irgendeiner Persönlichkeit besonders Stellung zu nehmen, was er deshalb nicht konnte, da er sehr geringe Personalkenntnis hatte.[11]) Dieser Mangel soll übrigens auch in Bayern hervorgetreten sein.

---

[5]) *Hertling* wollte mit seinen Ausführungen am 25. 6. 1918 beruhigend wirken, da „einige seiner *[Kühlmanns]* Äußerungen [. . .] in weiten Kreisen eine mehr oder minder unfreundliche Aufnahme" erfahren und zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hätten. Sten. Ber. Bd. 313, S. 5640. Vgl. Quellen 1/II S. 416; Hertling S. 119.

[6]) Die Reaktion der OHL auf die Rede *Kühlmanns* vom 24. 6. 1918 zeigen zwei Telegramme Hindenburgs an den Reichskanzler vom 25. 6. 1918, die beide auch Berg telegraphisch mitgeteilt wurden, sowie ein Telegramm Ludendorffs an Berg, 25. 6. 1918; Ausfertigungen in den Akten des Zivilkabinetts, DZA Merseburg, Rep. 89 H, (2.2.1.) XXXVI, Militaria 11 (Auszüge in Quellen 1/II S. 415, Anm. 7 und 8). Vgl. Müller, Marinekabinett S. 387; WUA 2 S. 202; Helfferich, Weltkrieg III S. 425; Bredt, Gutachten S. 277.

[7]) Dr. Paul *v. Krause* (1852—1923), Staatssekretär des Reichsjustizamts 7. 8. 1917—13. 2. 1919, war 1889—1917 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für die Nationalliberale Partei gewesen; 1919—1923 Mitglied der preußischen Landesversammlung und des Landtags (Deutsche Volkspartei).

[8]) Nach Hertling S. 123 herrschte „auch in den Kreisen der Regierung [. . .] die Ansicht vor, daß sein *[Kühlmanns]* Verbleiben im Amte nur eine Frage der Zeit sein werde."

[9]) Vgl. den Bericht a.a.O. S. 123 f. über den „erste[n] und einzige[n] parlamentarische[n] Abend [. . .], zu dem sich mein Vater während seiner Amtszeit in Berlin hat entschließen können."

[10]) Vgl. dagegen Rosenberg an von dem Bussche, 2. 7. 1918, Telegramm, Presto (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Kriegsziele Nr. 16a, Bd. 1): „Der Herr Reichskanzler versicherte mir erneut, daß er hinter dem Herrn Staatssekretär stehe. [. . .] Alle Stellen seien darüber einig, daß vor endgültigen Entschlüssen in der Personalfrage zum mindesten der Schluß der Reichstagssession abgewartet werden müsse."

[11]) Vgl. dazu den Vorwurf *Hohenlohes* in seinem Bericht an Burian, 9. 7. 1918, Geheim, HHStA Wien, PA III 172, *Hertling* habe „im entscheidenden Augenblicke versagt" und es liege auf der Hand, daß die OHL „dafür sorgen wird, daß Kanzler und Vizekanzler [. . .] dem abtretenden Staatssekretär sehr bald nachfolgen werden." Tatsächlich beschäftigte sich *Berg* zu diesem Zeitpunkt mit dem Gedanken, *Hertling* durch Generaloberst *v. Falkenhausen* zu ersetzen. In dessen Erinnerungen — Nachlaß Falkenhausen Nr. 2; vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 464 (Anm. 39) — heißt es dazu: „Mein Sohn *[Friedrich]*, der zum Reichskommissar für Ober-Ost in Berlin ernannt worden war, hatte dort Anfang Juli [das Datum ist ungenau; *Berg* reiste am Abend des 27. 6. 1918 wieder von Berlin ab] bei Gelegenheit der Krisis *Kühlmann—Hertling* Exzellenz *v. Berg* gesprochen. Dieser hat ihm vertraulich gesagt, daß er für

Am 27. hatte ich noch eine Deputation aus Elsaß-Lothringen empfangen, die gegen die Selbständigkeit waren, übrigens Männer verschiedener Parteirichtungen, und am liebsten Anschluß an Preußen haben wollten.

Am 27. abends reiste ich ab, am 28. Juni kam ich um 12 Uhr in Spa an und fuhr sofort zum Kaiser, der mit *Hindenburg* und *Ludendorff* im Garten vor der Villa stand, sich von der Gruppe löste und mir entgegenkam. Ich sagte ihm, daß es recht gut gewesen sei, daß ich gerade in Berlin gewesen sei, so könne ich ihm über den Eindruck der *Kühlmann*schen Rede genau berichten und ihm melden, daß auch alle liberalen Minister den Abgang von *Kühlmann* für geboten hielten und daß auch der Kanzler sich damit abgefunden habe, daß der Kanzler nur um einen Aufschub von ungefähr 14 Tagen bitte, bis die neuen Kriegskredite bewilligt seien.[12]) Der Kaiser sagte, daß ihm bisher ganz anders berichtet sei. Der Kaiser war aber anscheinend zufrieden über das, was ich ihm sagte, da er einen Konflikt mit *Hindenburg* und *Ludendorff* gefürchtet hatte. Ich berichtete auch kurz der Kaiserin und machte am Nachmittag mit dem Kaiser eine sehr schöne Autofahrt über das Hohe Venn und nach Malmedy. Meine Unterredungen am 28. und 29. mit S. M. ergaben vollkommene Übereinstimmungen über das Auswärtige Amt und *Kühlmann*. Ich unterrichtete am 29. *Hindenburg* und *Ludendorff*, aß am Abend beim Feldmarschall.

Am 30., Montag, rief der Kaiser nach der Kirche *Grünau* und mich und sagte mir, der Kanzler solle mir, wie ihm berichtet, gar keinen Auftrag gegeben haben, mit ihm, dem Kaiser, über den Abgang von *Kühlmann* zu sprechen. Natürlich kam diese Meldung von *Grünau*. Ich war mit Recht entrüstet und sagte, ich könne mir nicht denken, daß der Kanzler sich einbilde, mit mir als Privatperson zu sprechen. Ich sei Chef des Zivilkabinetts und alles, was der Kanzler mit mir bespreche, also auch die Nachfolgerschaft *Kühlmanns*, sei für Seine Majestät bestimmt. *Grünau* war etwas betreten, und es wurde dann nachher für ein Mißverständnis erklärt. *Grünau* arbeitete zweifellos für *Kühlmann*, meine Stellungnahme und mein Einfluß beim Kaiser waren ihm sehr unangenehm.

Am 30. kam Graf August *Eulenburg* an, und ich holte ihn von der Bahn ab. Am 1. Juli kam der Kanzler in Spa an, und begrüßte ich ihn auf der Bahn im Auftrage des Kaisers.[13]) Am 1. waren außerdem *Cramon*, *Massow*[14]) (aus Bulgarien kommend) und der Kriegsminister *v. Stein*[15]) beim Kaiser. Am 2. und 3. Juli

---

den Fall eines aus verschiedenen Gründen möglichen Rücktritts *Hertlings*, den *Berg* für nötig hielt, mich für dessen geeigneten Nachfolger hielte; der Kaiser wäre auch dieser Ansicht. *Berg* wollte demnächst mit mir darüber sprechen. [. . .] Die von *Berg* in Aussicht gestellte Verhandlung über die Übernahme des Reichskanzlerpostens erfolgte dann Ende Juli in die durch die Ereignisse an der Front, nach dem 18. Juli, verschärfte Lage hinein." Vgl. dazu Anlage 3, S. 206 f. sowie unten S. 154.

[12]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 389. Zur Haltung *Hertlings* vgl. Anm. 10 sowie Quellen 1/II S. 417 (bes. Anm. 21 und 22).

[13]) Vgl. Hertling S. 124.

[14]) Ewald *v. Massow*, Oberstleutnant und Flügeladjutant des Kaisers, war deutscher Militärbevollmächtigter in Bulgarien.

[15]) General Hermann *v. Stein* (1854—1927), preußischer Kriegsminister 1916—1918.

fanden unter Vorsitz des Kaisers Besprechungen im Generalstab mit dem Kanzler über Ostfragen, austro-polnische Lösung, Belgien [statt].[16])

Inzwischen versuchte ich einen geeigneten Nachfolger für *Kühlmann* zu finden. *Bernstorff*[17]), *Brockdorff-Rantzau*[18]) schaltete ich aus. Ich dachte an *Lindequist*[19]), welcher aber als ganz rechts stehend dem Kanzler nicht genehm war. Auch an *Winterfeldt*[20]) habe ich gedacht, er glaubte jedoch selbst, der Sache noch nicht gewachsen zu sein, schützte auch seine Gesundheit vor. Auf meiner Liste blieben

[16]) Die Besprechungen am 2. und 3. 7. 1918 befaßten sich mit vier Themenbereichen. Der Komplex „A. Russische Fragen", aufgegliedert in 1) Nordrußland, 2) Entfestigung der Aalandsinseln, 3) Neuorientierung in Rußland, 4) Anerkennung Livlands und Estlands, 5) Don-Kosaken, 6) Krim, 7) Georgien, 8) Schwarzmeerflotte und 9) Deutsche Kolonisten wurde am 2. 7. 1918 behandelt. In den Akten des Pol. Archivs, Der Weltkrieg 15 Geh. befinden sich zwei Protokolle über diese Sitzung, wovon das eine vom Auswärtigen Amt, das andere von seiten der OHL erstellt wurde. Sie sind von Hans W. Gatzke in den VfZG, 3. Jg. 1955, S. 84 ff. veröffentlicht worden; danach auch Abdruck in Ursachen und Folgen II S. 206 ff. Ein weiteres, nur an einzelnen Stellen abweichendes masch. Protokoll mit handschr. Verbesserungen und Ergänzungen, Überschrift „Protokoll über die Besprechung der schwebenden politischen Fragen unter Vorsitz Seiner Majestät zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung Spa, den 2. Juli 1918" in Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Kriegsziele Nr. 16a. Ein dort befindliches gleichartiges Protokoll, Überschrift „Fortsetzung der Besprechung 3. Juli 1918", gibt Auskunft über die Beratungen des zweiten Tages, die sich mit den Komplexen „B. Polnische Frage", „C. Belgische Frage" und „D. Sperrgebiet von Nordamerika" befaßten. Vgl. dazu auch zwei handschr. Kurzprotokolle Lersners über die Sitzungen vom 2. und 3. 7. 1918, mit einer handschr. Teilnehmerliste. Danach waren anwesend: „Seine Majestät, R[eichs]-k[anzler], Feldm[arschall], *Radowitz*, *Capelle*, *Koch*, *Rosenberg*, *Wrisberg*, *Oldershausen*, *Brinkmann*, *Heydekampff*, *Stirum*, *Ow?*, (Mar. Kab.) *[Restorff]*, *Berg*, *Lyncker*, *Winterfeldt*, *v. Stein* [Kriegsminister], *Ludendorff*, *Bartenwerffer*, *Plessen*, *Lersner*". — Vgl. ferner die masch. Aufzeichnung „Ergebnis der Besprechungen in Spa am 2. und 3. Juli 1918"; Abschrift a.a.O. Auszug in WUA 2 S. 346; von dort übernommen bei Bredt, Gutachten S. 326 und Volkmann, Annexionsfragen (WUA 12), Anlage 22 S. 223; weiter den Bericht des Gesandten v. Rosenberg vom 2. Juli 1918 aus dem Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt, abgedr. bei Gatzke a.a.O. S. 91 f. — Zum Zusammenhang vgl. Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3. S. 283 f.; Hertling S. 126 und 131 f.; Geiss, Polnischer Grenzstreifen S. 140 f.; ferner die Mitteilungen *Hertlings* in seiner Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 11. 7. 1918; Schultheß 1918/I S. 238 ff. Den offiziellen Beratungen waren Gespräche des Reichskanzlers mit *Hindenburg* und *Ludendorff* am 1. Juli — das Protokoll dieser Besprechung abgedr. in: Urkunden der OHL S. 491 f. — sowie mit dem Kaiser am 2. Juli vorausgegangen; dazu Hertling S. 124 ff. und 131; Hertling an Paver, 8. 7. 1918, Nachlaß Hertling Nr. 42.

[17]) Graf Johann Heinrich *Bernstorff* (1862—1939), von 1908—1917 Botschafter in den USA, 1917—1918 in der Türkei; vgl. NDB 2 S. 141 f. Während der Kanzlerkrise *Michaelis* war *Bernstorff* als einer der möglichen Kanzlerkandidaten genannt worden; Quellen 1/I S. 223 und 243. — Vgl. auch Anm. 41.

[18]) Ulrich Graf *Brockdorff-Rantzau* (1869—1928), seit 1912 Gesandter in Kopenhagen, war bereits im Sommer 1917 als Kandidat für das Amt des Staatssekretärs des Äußern im Gespräch gewesen; siehe dazu seine Aufzeichnungen vom 18. 7. und 1. 8. 1917 im Nachlaß Brockdorff-Rantzau. Während der Kanzlerkrise im Oktober/November 1917 war er als einer der möglichen Kanzlerkandidaten in Erwägung gezogen worden: Quellen 1/I S. 243, 251, 367 und 589. — Vgl. auch Anm. 41.

[19]) Friedrich *v. Lindequist* (1862—1945), 1910—1911 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, wie *Berg* Ritter des Johanniter-Ordens, war während des Krieges als Generaldelegierter der Freiwilligen Krankenpflege im Osten tätig, wobei er „für den Anschluß der [deutschen] Kolonisten [in Südrußland] an Deutschland" wirkte; dazu Groener S. 401.

[20]) Oberst Detlof *v. Winterfeldt;* vgl. S. 114 (Anm. 20).

schließlich nur General Graf *Schulenburg* und *Hintze*.[21]) Ich schlug dem Kaiser vor, *Hintze* nach Spa zu befehlen, da er gerade in Berlin anwesend war. Es sei unauffällig, da es ja natürlich sei, daß der Kaiser den Vertreter in Norwegen sprechen wolle. Dieses geschah.[22]) Der Kaiser schätzte *Hintze* sehr hoch, hatte ihn schon früher zum Minister des Auswärtigen haben wollen, war damit aber bei *Bethmann* nicht durchgedrungen. Ich kenne ihn so gut wie gar nicht.

Er kam am 5., war an diesem Tage mit Familie *Hertling* bei den Majestäten[23]) und war am Nachmittag 1½ Stunden bei mir, wobei ich von ihm einen sehr guten Eindruck gewann. Er war auch abends bei den Majestäten, der Kaiser war sehr erfüllt von ihm und seiner Kenntnis der russischen Verhältnisse.[24]) Ich war am 5. vormittags beim Kanzler gewesen, und [er] hatte auch mir [gegenüber] anerkennend von *Hintze* gesprochen, wenn ich auch wohl fühlte, daß er keine besondere Neigung für ihn hatte.

Nachdem ich am 6. vormittags mit dem Kaiser gegangen war und bei ihm längeren Vortrag hatte, ließ er mich gleich nach Tisch wieder rufen, sagte, er habe neue und beunruhigende Nachrichten aus Rußland, *Mirbach*[25]) stehe den dortigen Verhältnissen fern und *Hintze* müsse ihn in Moskau ersetzen.[26]) Ich solle dies dem Kanzler sagen. Der Kaiser war eilig, fuhr im Auto nach Lüttich, so daß ich einstweilen nichts entgegnen konnte. Ich fuhr im Laufe des Nachmittags zum Grafen *Hertling*, richtete die Bestellung des Kaisers aus, worüber sowohl der Kanzler und der anwesende Chef der Reichskanzlei[27]) scheinbar erfreut waren — da sie wohl *Hintze* nicht gern für den ersten Posten haben wollten —, ich fügte aber hinzu, daß ich den Kaiser darauf aufmerksam machen müsse, daß dann *Hintze* für den Posten des Leiters des Auswärtigen Amts ausfalle und kaum ein anderer da sei.

Hintze war noch einmal bei mir, und ich hatte ein Telefongespräch mit dem Kronprinzen, welcher es für unmöglich erklärte, daß ihm *Schulenburg* in der jetzigen Lage fortgenommen würde.[28]) Mir blieb daher nur noch *Hintze* übrig.

---

[21]) Konter-Admiral Paul *v. Hintze* (1864—1941), 1906 Flügeladjutant des Kaisers, seit 1917 Gesandter in Kristiania. Im Juli 1917 war er als Kandidat für das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen im Gespräch gewesen; Quellen 1/I S. 99 f. und 105.

[22]) Vgl. WUA 2 S. 387 (Darlegungen *Hintzes* vom 14. 8. 1922): „5. Juli 1918 wurde ich in das Gr[oße] H[aupt] Qu[artier] befohlen."

[23]) Vgl. Hertling S. 128: „Als wir am 5. Juli einer Einladung zum Frühstück bei Kaiser und Kaiserin folgten, fanden wir diesen *[Hintze]* zur Hoftafel zugezogen. Er schien übrigens keinerlei Lust zu verspüren, der Nachfolger Herrn *v. Kühlmanns* zu werden."

[24]) *Hintze* war vor dem Kriege als Marineattaché (1903—1908) und Militärbevollmächtigter (1908—1911) in Petersburg tätig gewesen. — Vgl. auch das Urteil des Reichskanzlers *Hertling* in einem Brief an *Payer* vom 8. 7. 1918 — abgedr. bei Hertling S. 131 ff. (Zitat S. 133) —, *Hintze* „gilt als erstklassiger Kenner russischer Verhältnisse."

[25]) Wilhelm Graf *v. Mirbach-Harff* (1871—1918), der nach dem deutsch-russischen Waffenstillstand die Leitung der Kommission für den Gefangenenaustausch übernommen hatte (dazu die *WTB*-Meldung vom 26. 12. 1917 in: *Frankfurter Zeitung* 27. 12. 1917, Morgenblatt), war seit April 1918 deutscher Gesandter in Petersburg. Vgl. dazu allgemein Bothmer.

[26]) Vgl. S. 148 (Anm. 29).

[27]) Wilhelm *v. Radowitz;* vgl. S. 112 (Anm. 10).

[28]) *Schulenburg* war seit dem 25. 11. 1916 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz; vgl. S. 106 (Anm. 24).

Ich meldete dies nach Tisch dem Kaiser, er war einverstanden und befahl *Hintze* und mich ins Nebenzimmer. Übrigens hatte ich beim Abfahren vom Kanzler noch die erschütternde, eben eingetroffene Nachricht von der Ermordung des Grafen *Mirbach* erhalten.[29]) Der Kaiser sagte *Hintze*, daß er ihn zum Minister des Auswärtigen berufen wolle und — *Hintze* lehnte ab. Es kam zu sehr langen Auseinandersetzungen, zuerst zwischen Kaiser und *Hintze*, dann schwieg der Kaiser und überließ mir das Verhandeln. *Hintze* wollte sich gern für den russischen Posten zur Verfügung stellen, glaubte aber dem großen nicht gewachsen zu sein, zumal er keine Unterstützung beim Auswärtigen Amt finden würde, dessen Mitglieder ihm, einem Außenseiter[30]), alle feindlich gegenüberständen. Vergeblich wurde ihm vorgehalten, daß er die Unterstützung des Kaisers, des Generalstabes haben würde, daß es ihm unbenommen sei, die Unterstaatssekretäre nach seiner Wahl zu wechseln, daß gerade das Chaos, welches im Auswärtigen Amt herrsche, einer starken Hand benötige und kein anderer, als [. . .][31]) er da sei. Um ½11 [Uhr], nach einer Unterredung von mindestens 1½ Stunden, sagte der Kaiser endlich: Sprechen Sie noch mal mit *Berg*.

Wir gingen zurück in den Saal, in dem die Herren der Umgebung warteten. Man saß noch ungefähr ½ Stunde mit etwas gequälter Unterhaltung, dann zog sich der Kaiser zurück. Ich sagte *Hintze*, ob ich ihn heute noch sprechen könne oder am Tage darauf, [worauf][32]) er erwiderte: „Ich stehe auch heute zur Verfügung." Wir sind dann bis gegen ½1 Uhr draußen herumgegangen, und ich versuchte, ihm seine Gründe der Ablehnung noch einmal zu widerlegen. Ich sagte schließlich in Ärger und Erregung, daß ich es einen Mangel an Patriotismus fände, sich zu versagen, da er wüßte, daß Männer fehlten, und fragte, was er tun würde, wenn der Kaiser ihn trotzdem ernenne. Auf seine Antwort: dann werde ich gehorchen[33]), sagte ich, daß mir das heute genüge und ging nach Hause, hatte nur unruhige und kurze Nachtruhe, da es mir nun zweifelhaft schien, ob ich gut tue, auf meinem Willen zu beharren, kam jedoch zu einem bejahenden

---

[29]) *Mirbach* war am 6. Juli von *Blumkin* und *Andrejew*, zwei Sozialrevolutionären, ermordet worden; vgl. Schultheß 1918/II S. 488 ff; Bothmer S. 70 ff.; Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918—1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt/Main — Berlin 1955, S. 12 ff. Dazu das Telegramm Kühlmanns an Kaiser Wilhelm, 6. 7. 1918 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Rußland 31 k, Bd. 1): „Wie mir eben Legationsrat *Riezler* meldet, ist Graf *Mirbach* soeben einem Attentat im Gesandtschaftsgebäude zum Opfer gefallen [. . .].Als Nachfolger für Graf *Mirbach* stände Admiral *v. Hintze* als bester Kenner Rußlands in erster Linie." (Dazu Randbemerkung *Wilhelms II.*: „ja").

[30]) *Hintze* war 1911 als Konteradmiral in die diplomatische Laufbahn übergetreten. Vgl. das Urteil *Hertlings* in dem in Anm. 24 erwähnten Schreiben: „Eine große Schwierigkeit wird für ihn *[Hintze]* der Umstand sein, daß er als eine Art Fremdkörper im diplomatischen Dienst galt und daher dem Mißtrauen des Auswärtigen Amtes begegnen wird, dessen Reorganisation ihm der Kaiser als seine besondere Aufgabe übertragen will." Weitere Hinweise über die Reserve, mit der man *Hintze* im Auswärtigen Amt begegnete, in: Quellen 1/II S. 447 und 456; Baumgart S. 90 (Anm. 91).

[31]) Im Or. hier noch: „daß".

[32]) Im Or.: „darauf".

[33]) In dem Schreiben Hertlings — S. 147 (Anm. 24) — heißt es: „Herr *v. Hintze* hatte schwere Bedenken, ob er das Amt annehmen solle, und tut es, wenn er es tut, nur auf Befehl seines kaiserlichen Herrn." Vgl. ferner WUA 2 S. 387.

Resultat. Am nächsten Morgen bat ich noch den Oberst *v. Winterfeldt* zu mir, und [es war][34]) mir eine Befriedigung, daß er mir vollkommen zustimmte.

Ich holte den Kaiser von seiner Villa zur Kirche ab und bat ihn, *Hintze* zu ernennen, er würde folgen. *Hintze* setzte ich vor der Kirche hiervon in Kenntnis und bat ihn, es nunmehr dem Kaiser nicht mehr zu erschweren. Ich achtete seine Gegengründe. Es sei anständig, daß er sie offen gesagt, ich hätte aber trotzdem dem Kaiser keinen anderen vorschlagen können. Nach der Kirche erfolgte nun längere Aussprache vom Kaiser mit *Hintze*, der keine Gegenvorstellungen mehr machte. Der Kaiser hörte noch einen kurzen Vortrag von Baurat [. . .][35]) und fuhr dann mit *Hintze* und mir zum Kanzler, welcher keine Einwendungen erhob. Wir ließen *Hintze* beim Kanzler zum Essen; der Kaiser brachte mich zur Parkvilla, war erfreut und scheinbar von einer Last befreit.

Gleich nach Tisch wurde ich vom Kanzler telefonisch gefragt, wann der Kaiser zu sprechen wäre, und ich[36]) wurde zu 5 Uhr wieder zum Kaiser befohlen, da der Kanzler sich angemeldet habe, kam etwas vorher hin und trank noch mit beiden Majestäten Tee. Ich erwiderte dem Kaiser auf seine Frage, was der Kanzler wollte, daß ich es für wahrscheinlich halte, daß *Hintze* noch einmal dem Kanzler seine Bedenken vorgetragen habe.

Dieses war nicht der Fall, der Kanzler kam, um den Kaiser zu bewegen, seinen Entschluß, *Kühlmann* zu entlassen, einstweilen rückgängig zu machen.[37]) *Kühlmann* war an diesem Mittag angekommen, wie sich herausstellte, doch ohne Wissen, daß seine Entlassung unmittelbar bevorstehe.[38]) Der Kanzler schien ihn merkwürdigerweise gar nicht unterrichtet zu haben — und [er] hatte den Kanzler wieder für sich gewonnen, hatte auf das Vertrauen, das er bei den linken Parteien besitze, gepocht. Der Kanzler war aus Angst vor Schwierigkeiten von links zurückgewichen, und — der Kaiser wollte es auch tun. Ich wurde zu der Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler nicht hereingerufen; wie sich nachher herausstellte, hatte der Kaiser meine Anwesenheit gewünscht. Der Kanzler hatte aber gebeten, davon abzusehen, da ich „sehr schroff sei".

Der Kaiser kam gegen 3/4 6 Uhr zur Kaiserin und mir auf die Veranda. Ich merkte ihm sofort eine gewisse Befangenheit an. Er ging mit mir in den Garten und sagte, der Kanzler habe ihm vorgetragen, daß die Entlassung von *Kühlmann*

---

[34]) Im Or.: „war es".

[35]) Name unleserlich; könnte vielleicht heißen: „Kritzton".

[36]) In der masch. Abschrift des Manuskripts — Nachlaß Berg Nr. 2 — dieser Satz von „ich" bis „habe" im Or. doppelt.

[37]) Als Motiv für die Bitte des Reichskanzlers werden bei Hertling S. 128 die Mitteilung *Kühlmanns* genannt, „daß die im Haag weilenden Vertreter der englischen Kommission für den Gefangenenaustausch den Wunsch geäußert hätten, mit ihm selbst zu sprechen", sowie ein, am 7. Juli eingetroffenes Schreiben *Payers* an *Hertling* vom 6. Juli — abgedr. bei Payer S. 69 f.; Or. im Nachlaß Hertling Nr. 42 —, „der seinen neuerlichen Befürchtungen über die innerpolitischen Folgen eines Rücktrittes des Herrn *v. Kühlmann* Ausdruck gab". Vgl. auch Anm. 39.

[38]) Vgl. Hertling S. 128.

jetzt nicht angängig sei, daß damit gewartet werden müsse.[39]) Ich hatte diese Schwäche des Kaisers nicht erwartet. Ich hatte das Gefühl, daß der Boden, auf dem ich stand, wankte und nahm, in starker Erregung, kein Blatt vor den Mund. Ich erklärte, daß es unmöglich sei, auf diese Weise zu regieren, daß ich diese Politik der Angst nicht mehr mitmachen werde, daß der Kaiser die Verantwortung dafür trage, wenn er seine Krone in den Schmutz werfen wolle, auf diese Weise müsse sie ihm verlorengehen. Der Kaiser sagte, es solle sich ja nur um einen Aufschub handeln. Eure Majestät geben ja nach 14 Tagen ebenso nach wie heute, es ist hoffnungslos.

Die erregte Auseinandersetzung dauerte lange. Der Kaiser sagte: Mir ist gesagt, die Armee denke jetzt schon ganz anders über die Rede *Kühlmanns*, sein Abgang sei nicht mehr notwendig. Ich erwiderte, Oberst *v. Winterfeldt* habe mir heute früh noch das Gegenteil versichert. Dieses nahm der Kaiser zum Anlaß, auch *Winterfeldt* noch kommen zu lassen, der mir voll beistimmte, so daß der Kaiser sagte: *Berg* hat mir das alles auch schon gesagt, nur sehr viel gröber. Mehrere Male fragte mich der Kaiser, ob ich die Verantwortung übernehmen wolle, was ich natürlich bejahte, da ich es sonst nicht Seiner Majestät raten würde. Schließlich, es war schon 8¼ Uhr geworden, entschied der Kaiser, dann solle es bei der alten Entscheidung, der Entlassung bleiben. *Winterfeldt* sollte diese Botschaft dem Kanzler bringen.[40]) Ich atmete erleichtert auf, es war ein schwerer Kampf gewesen.

Gegen ½11 Uhr erhielt ich vom Kanzler die Nachricht, daß er sich der Entscheidung des Kaisers füge. Die rührende Kaiserin, die wohl ahnte, um was es [sich] handelte, schickte mir abends 2 Schlafpulver. Der Kaiser sagte schließlich noch einmal: Du warst furchtbar grob.

Am nächsten Tag war Abschiedsaudienz von *Kühlmann* beim Kaiser, die infolge des anmaßenden Benehmens von *Kühlmann* unfreundlich verlief, trotzdem sich der Kaiser das Gegenteil vorgenommen hatte.[41]) Der Kaiser ließ mich gleich nach Tisch kommen, um es mir zu erzählen.

---

[39]) Wie aus einem Schreiben Hertlings an Payer vom 8. 7. 1918 und den Tagebucheintragungen des Rittmeisters Hertling vom 9. 7. 1918, Nachlaß Hertling, Nr. 41, hervorgeht, hat der Reichskanzler dem Kaiser den Brief *Payers* — vgl. Anm. 37 — gezeigt und ihm vorgeschlagen, die Entlassung *Kühlmanns* hinauszuschieben. Vgl. dazu auch Hertling S. 129, sowie die Mitteilung des Kanzlers gegenüber *Hohenlohe* (Telegramm Hohenlohes vom 16. 7. 1918, Chiffre, Streng geheim, HHStA Wien, PA III 172), er habe „sowohl den Kaiser als die Oberste Heeresleitung" beruhigen können, „so daß Herr *v. Kühlmann* sich für die nächste Zeit und eventuell auch weiterhin noch ganz gut hätte halten können, wenn er erst nach der Vertagung des Reichstages [...] ins [Große] Hauptquartier gefahren wäre, wo dann sicherlich eine weit ruhigere Stimmung geherrscht hätte."

[40]) Dazu Hertling S. 129: „Wir hatten eben unsere Abendmahlzeit eingenommen, als Oberst *v. Winterfeldt* das Zimmer betrat. [...] Herr *v. Winterfeldt* berichtete, der Kaiser habe seine Meinung geändert und könne dem Vorschlag meines Vaters, mit der Verabschiedung des Staatssekretärs *[Kühlmann]* noch zu warten, nicht mehr beistimmen. Seine Majestät habe ihn, den Oberst *v. Winterfeldt*, eigens beauftragt, dies dem Kanzler sofort mitzuteilen." — Vgl. Tagebuch des Rittmeisters Hertling, 9. 7. 1918, Nachlaß Hertling Nr. 41.

[41]) Zum Verlauf der Abschiedsaudienz siehe Kühlmann S. 579 f.; ferner Hertling S. 129. Dem k. u. k. Botschafter *Hohenlohe* teilte *Kühlmann* „streng vertraulich mit, Kaiser *Wilhelm* habe ihm vorgehalten, er hätte durch die bewußte Rede im Reichstage ‚die Widerstandskraft der Armee ungünstig beeinflußt' und, so sehr er ihn persönlich schätze, sei es für ihn als obersten Kriegsherrn nunmehr nahezu unmöglich, *Kühlmann* gegen die Oberste Heeresleitung zu halten.

Am Vormittag war der Kronprinz bei mir, der befriedigt über den Verlauf der Angelegenheit war und mir dankte. *Hintze* war am Sonntag[42]) nach Avesnes gefahren, wurde dort auch gut und mit Vertrauen aufgenommen.[43]) Am 10. Juli fuhr der Kanzler nach Berlin, um im Reichstagsausschuß[44]) zu sprechen, dort die Wogen der Aufregung zu glätten. Der 11. Juli brachte den Besuch vom Prinzen *Heinrich Schönburg*[45]) und *Rantzau-Brockdorff*.

Der Staatssekretär hat hierauf sofort seine Demission gegeben, die Kaiser *Wilhelm* umgehend angenommen hat. [...] Auf meine Frage bezüglich der Nachfolge erwiderte mir Herr *v. Kühlmann*, er habe Seiner Majestät Kaiser *Wilhelm* den Grafen *Brockdorff-Rantzau* und den Grafen *Bernstorff* vorgeschlagen, die dem Kaiser jedoch nicht genehm waren. Der Kaiser habe vielmehr [...] erklärt, er werde Herrn *v. Hintze* zum Staatssekretär des Äußern machen." Telegramm Hohenlohes vom 9. 7. 1918, Chiffre, Streng geheim, HHStA Wien, PA III 172; vgl. auch Hohenlohe an Burian, 9. 7. 1918, Geheim a.a.O.; „Aufzeichnung" Kühlmanns vom 10. 7. 1918, Nachlaß Hertling Nr. 42.

[42]) 7. 7. 1918.

[43]) Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 526: „Staatssekretär *v. Hintze* begrüßte ich als Nachfolger, da ich ihn für eine starke Natur hielt."

[44]) Gemeint ist der Hauptausschuß des Reichstages. — *Hertling*, der am Morgen des 11. 7. 1918 in Berlin eintraf — vgl. Quellen 1/II S. 449 (Anm. 8) —, gab in der Hauptausschußsitzung vom gleichen Tage eine Erklärung ab. Vgl. Schultheß 1918/I S. 237 ff. Darin führte er eingangs aus: „Der Wechsel im Staatssekretariat [des Auswärtigen] bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die ausw[ärtige] Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen", und er persönlich halte vollkommen an dem Standpunkt, wie er ihn in seiner Reichstagsrede vom 29. 11. 1917 dargelegt habe, fest, „sowohl bezüglich der inneren, wie auch bezüglich der äußeren Politik". — *Hertling* schloß seine Erklärung mit der Versicherung, „es versteht sich von selbst [...], daß er meine Politik macht und nicht seine eigene." A.a.O. S. 240. Vgl. auch die Wiedergabe in der *Frankfurter Zeitung* 12. 7. 1918 (2. Morgenblatt).

[45]) Prinz *Heinrich von Schönburg-Waldenburg*.

19. Das Scheitern der Juli-Offensive

Am 13. [Juli] abends fährt die Kaiserin ab, wir ebenfalls in der Nacht. Wir kommen nachmittags in [Bosmont][1]) an, der Kaiser stieg in Avesnes aus beim Feldmarschall und fährt abends 11 Uhr an die Front. Am 15. stellte es sich bereits heraus, daß wir nach Überschreitung der Marne zwar die ersten Stellungen des Feindes genommen hatten, daß wir aber vor der 2. Stellung starken Widerstand fanden.[2]) Am 18. kamen die Nachrichten [von][3]) starken Angriffen der Franzosen,

[1]) Lesart unsicher; gemeint ist jedoch zweifellos Bosmont; vgl. Müller, Marinekabinett S. 392 f.

[2]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 393. — Am 15. Juli begann bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz der Großangriff beiderseits von Reims, die vierte deutsche Offensive im Westen. Die Offensive, die dem Gegner vorzeitig bekannt geworden war, lief sich an dem neuen Abwehrverfahren fest; sie wurde am 16. 7. 1918 eingestellt; dazu das Gutachten von Kuhl in WUA 3 S. 177 f.; Kronprinz Wilhelm, Erinnerungen S. 334 ff.; Thaer S. 213 f.; Kuhl, Weltkrieg II S. 380 ff. Ferner die in Quellen 1/II S. 481 (Anm. 2) angegebenen Quellen- und Literaturhinweise. — Damit war nach Kuhl a.a.O. S. 382 „zum ersten Male nach Beginn der Frühjahrsoffensive [...] der deutsche Angriff nicht nur operativ, sondern auch taktisch gescheitert."

[3]) Im Or.: „der".

die Notwendigkeit unseres Rückzuges nach der Marne.[4]) Ich ging abends nach dem Essen spazieren. Es war ruhig aber gedrückt. Am 19. wurden die Angriffe des Feindes abgeschlagen, so daß die Lage etwas günstiger aussah, aber es war doch klar, daß wir nicht vorwärts kamen, daß also der große Angriff nicht gelungen war. Daß sich die Hoffnungen, die man auf ihn setzte, den Krieg evtl. zu Ende zu bringen, sich nicht erfüllen konnten, war ein schwerer Schlag.[4])

Ludendorff schob das Mißlingen in erster Linie darauf, daß eine Überraschung des Feindes nicht gelungen war, daß unsere Angriffspläne dem Feinde im einzelnen bekannt gewesen waren, daß sie ihm verraten waren.[5]) *Lyncker* hatte geäußert, daß *Ludendorff* sich dahinter verstecke und sprach abfällig über die Oberste Heeresleitung in Gegenwart von ihrem Vertreter, dem Hauptmann *v. Ilsemann*, was dieser zum Anlaß nahm, mit dem Kaiser darüber zu sprechen. *Plessen* hat ihm dieses später verdacht. Es war aber nach meiner Ansicht richtig. Es kam gerade sehr darauf an, nicht erneut Mißtrauen zwischen dem Kaiser und [der] Obersten Heeresleitung zu säen.

Der Kaiser hatte schon lange unter der sehr mürrischen und unfreundlichen Art von *Lyncker* gelitten, sprach sich mit mir aus und kam zu dem Entschluß, sich von ihm zu trennen. Mir schien es richtig. Ich bat aber den Kaiser, unter allen Umständen eine freundliche Art zu wählen, da *Lyncker* ihm ein treuer Diener gewesen sei. Dieses ist auch geschehen. Der Wechsel trat ein, ohne daß *Lyncker* Grund hatte, verletzt zu sein. Es wurde seine angegriffene Gesundheit als Grund genommen, und er bekam das Reichsmilitärgericht.[6])

Marschall wurde sein Nachfolger.[6]) Ich war damit nicht ganz einverstanden. *Marschall* war nach meiner Ansicht zu wenig Soldat. Er war Beamter, hatte den Krieg nur in der [Heimat][7]) und im Hauptquartier mitgemacht. Ein Nachfolger mit einem Namen von militärischem Klang wäre für die Armee besser

[4]) Am 18. 7. 1918 begann die Gegenoffensive *Fochs* mit französischen und amerikanischen Divisionen und unter dem Masseneinsatz von Tanks; sie führte zwischen Aisne und Château Thierry zu einem — stellenweise bis zu 8 km — tiefen Einbruch in die deutschen Linien und hohen Verlusten — allein 12000 Gefangene — der deutschen Truppen. — Zu der Bedeutung dieser Gegenoffensive als militärischer Wendepunkt des Krieges vgl. Gutachten Kuhl in WUA 3 S. 178 ff.; Kuhl, Weltkrieg II S. 385 ff.; Groener S. 433 ff.; Kronprinz Rupprecht 2 S. 422 ff., der auf S. 424 f. von einem „Wendepunkt des Krieges" spricht: „was ich erst für den Herbst erwartet, der notgedrungene Übergang zur Deffensive, ist bereits jetzt eingetreten, und obendrein sind so ziemlich alle im Frühjahr errungenen Vorteile uns wieder verloren gegangen."

[5]) Neben diesem häufig genannten Grund — vgl. die in Anm. 2 genannte Literatur —, der nach Kuhl, Weltkrieg II S. 384 aber nicht „allein" die Schuld trug, „sondern die neue Ausweichtaktik kam hinzu, [. . .] ein wirksames Gegenmittel gegen unser Angriffsverfahren", schob *Ludendorff*, der nach dem Urteil *Rupprechts* „sehr aufgeregt" (Kronprinz Rupprecht 2 S. 424), nach dem *Loßbergs* „recht nervös und aufgeregt" (Loßberg S. 343 f), und wie *Groener* S. 435 schreibt, „mit seinem Latein" am Ende war, die Schuld für den Mißerfolg einmal auf das Versagen deutscher Truppen (Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 539 ff.), zum anderen „erhob er recht ungerechtfertigte Vorwürfe gegen den Chef der Operationsabteilung (Oberst *Wetzell)* und seine sonstigen Mitarbeiter, die in der Beurteilung der Kampfkraft der 7. Armee ‚versagt' hätten [Loßberg S. 344]."

[6]) Vgl. Schultheß 1918/I S. 245; Müller, Marinekabinett S. 395 ff.; *Frankfurter Zeitung* 28. 7. 1918 (2. Morgenblatt).

[7]) Lesart unsicher.

gewesen und hätte bei ihr mehr Anklang gefunden. Ich wollte mich aber in dieser Sache nicht einmischen, zumal der Kaiser sich gleich entschied und *Lyncker Marschall* empfohlen hatte und ich persönlich mit ihm gut gestanden hatte. Die jüngeren Generalstabsoffiziere waren voll Befürchtungen. *Hindenburg* und *Ludendorff* schienen aber keine Bedenken geäußert zu haben. Sein Metier [verstand er äußerlich][8]) gut. Er hatte schon immer einen sehr starken Einfluß auf *Lyncker* gehabt. Der Kaiser mochte ihn gern, zumal er Humor hatte, was dem Kaiser immer sehr lieb war. Aber er war auch kein Preuße[9]), hatte in seiner Jugend immer in Baden gestanden. So hatte er auch am 9. November nicht den Einfluß gehabt, den ich gewünscht hätte.

Am 22. Juli wurde der Rückzug beschlossen. Der Kaiser kam nachmittags sehr ernst aber ruhig von Avesnes zurück. Wir reisten am selben Abend ab. Ich sollte noch abends beim Feldmarschall essen, sagte aber ab, da ich den Kaiser an diesem schweren Abend nicht verlassen wollte. Am 23. Juli kamen wir mittags in Spa an mit mancher Hoffnung ärmer.[10]) Es war klar, daß wir einen entscheidenden Sieg nicht mehr erringen konnten. Es kam jetzt nur darauf an, die heftigen Angriffe der Feinde abzuwehren. In dieser Beziehung waren die Nachrichten der nächsten Tage günstig.

Aber die Lage war doch unendlich viel ernster als vor der Offensive. Hierüber war sich alles klar, auch der Kaiser, so daß Friedensmöglichkeiten immer wieder erwogen wurden und man versuchen wollte, Friedensfühler auszustrecken. Wenn sich irgendwo ein Gespräch mit dem Feind über Frieden anknüpfen ließ, hatte man versucht, die Gelegenheit zu ergreifen. Das war unter der Hand mit England und Amerika geschehen[11]), aber es war nie etwas Greifbares herausgekommen. Immerhin hatte man die Hoffnung, daß auch Frankreich und England, letzteres infolge des U-Bootkrieges, mürbe sein würden. An eine vollkommene Niederlage dachte man nicht, wenigstens habe ich nicht diesen Eindruck gehabt, vielmehr an eine Remis-Partie.

Es war mir klar, daß sich die Hoffnungen auf Belgien, Longwy und Briey nicht erfüllen würden, daß aber ein bleibender Erfolg im Osten sein würde, damit rechnete ich noch. Die Rechtszeitungen schienen mir noch zu sehr auf den vollen Sieg eingestellt [zu sein], so daß ich einmal dem Grafen *Westarp* schrieb und ihm, ohne flau machen zu wollen, riet, etwas kürzer zu treten, damit nicht später eine zu starke Enttäuschung einträte.[12])

---

[8]) Im Or.: „äußerlich verstand er".

[9]) *Marschall* war von 1885 bis 1903 Offizier in einem badischen Regiment gewesen; vgl. auch oben S. 96 (Anm. 8 und 9).

[10]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 396.

[11]) Vgl. dazu die im Register von Quellen 1/II unter dem Stichwort „Friedensfrage" angegebenen Stellen.

[12]) Vgl. dazu Westarp II S. 560: „Die erste Wirkung der schweren militärischen Schlappe vom 8. 8. 1918 verspürte ich in einem Brief *v. Bergs* vom 12. 8. 1918. Er ersuchte mich, auf die Presse hinsichtlich der Kriegsziele mäßigend einzuwirken; man müsse die Bilanz machen und sich, wenn der Entschluß auch schwerfalle, darüber klar werden, daß nicht alles Erwünschte erreicht werden könne; in dem zweiten Brief fügte er dann hinzu, er besorge, daß sein gestriger Brief ‚flaumacherisch geklungen habe, das sollte er nicht sein, im Gegenteil, wir haben hier alle trotz des taktischen Mißerfolges guten Mut, sind der Überzeugung, daß es jetzt darauf ankommt, den Siegeswillen bei uns zu heben und bei unsern Feinden zu schwächen'."

Wir überschätzten damals noch, wenigstens ich hatte es getan, den Zustand der Armee. *Ludendorff* selbst mit seiner starken Energie wollte selbst nicht an eine Zermürbung glauben.[13]) Es ist vielen Truppenteilen in dieser Zeit der starken Abwehrkämpfe nach meiner Meinung sehr viel, vielleicht zu viel, zugemutet worden. Die Truppen kamen niemals zur Ruhe. Wurden sie aus der vordersten Linie zurückgezogen, so war es nur für ganz kurze Zeit. Sie waren noch nicht wieder frisch, wenn sie wieder nach vorne mußten, und sie konnten nicht genügend aufgefüllt werden. Schlimmer war es, daß der Geist litt infolge der sozialdemokratischen Organisation und Hetzerei, daß viele, auf Urlaub gesandt, nicht mehr an die Front zurückkehrten, daß sich unendlich viele in Deutschland verkrümelten und daß man hiergegen nicht genügend scharf einschritt. Bei den ersten Deserteuren, bei böswilliger Urlaubsüberschreitung hätten einige dutzend Leute totgeschossen werden müssen. Das hätte gewirkt. Man hat es nicht getan aus Angst vor den Links-Parteien. Das hat das Verderben gezeitigt.

Zu uns kamen hiervon nur sehr vereinzelte Nachrichten. Am 27. war ich abends in Brüssel beim Generalgouverneur *Falkenhausen* und hatte mit ihm ein sehr eingehendes Gespräch über Kanzler, *Kühlmann* und unsere Politik.[14])

Am 28. Juli war *Hintze* beim Kaiser[15]), und am 29. fand beim Kanzler mit dem Kaiser eine Besprechung über U-Boot-Sperrgebiet an der amerikanischen Küste statt[16]), an dem das Reichsmarineamt, *Hintze*, der Gesandte *von der Lancken [-Wakenitz]*[17]), Vertreter des Generalgouverneurs von Belgien, teilnahmen, in der man zu einer Einigung über Aufgabe dieses Sperrgebietes kam, da man von ihm durchschlagende Wirkung nicht erhoffen dürfte; man glaubte, durch andere Maßnahmen zum gleichen Resultat zu kommen. Die Erklärung des Sperrgebietes war zu einer Zeit erfolgt, als man wieder durch Besprechungen zu einer Verständigung mit Amerika zu kommen hoffte und solche unter der Hand eingeleitet waren.[18]) Es war also ein sehr unglücklicher Moment gewesen, die Folge der mangelnden Verbindung zwischen Reichsmarineamt und Kanzler. Auch der Kaiser war über die Besprechungen mit Amerika nicht orientiert gewesen. Übrigens lag die Sache schon in der Zeit *Kühlmanns*.

Am 29. sandte der Kronprinz eine Denkschrift, welche auffallend pessimistisch

---

[13]) Zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Heeres durch *Ludendorff* nach dem 18. 7. siehe Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 540 f.; Loßberg S. 350; Thaer S. 218 (Anm. 184).

[14]) Vgl. Anlage 3 S. 206 f.

[15]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 398.

[16]) Siehe dazu das in WUA 2 S. 348 ff. abgedr. Protokoll der „Besprechung über die Ausdehnung des Sperrgebietes beim Herrn Reichskanzler in Spa am 29. 7. 1918"; vgl. ferner Admiral [Reinhard] Scheer: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen. Berlin 1920, S. 462 ff.; ferner Müller, Marinekabinett S. 398.

[17]) Gesandter Oskar Frhr. *von der Lancken-Wakenitz* (geb. 1867), Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien, war offenbar hinzugezogen worden, weil durch die Erklärung eines solchen Sperrgebiets die Nahrungsmitteleinfuhr nach Belgien über die „Commission for Relief" gefährdet worden wäre. Lancken erwähnt in seinen Erinnerungen: Meine dreißig Dienstjahre 1888—1918. Potsdam—Paris—Brüssel. Berlin 1931 — nichts von dieser Besprechung. Zu seinen Ausführungen siehe das in Anm. 16 zit. Protokoll; WUA 2 S. 349 f.

[18]) Vgl. dazu Quellen 1/II S. 571.

gehalten war.[19]) Von Annexionsplänen keine Spur. Im Gegenteil der Rat, für den Fall der Möglichkeit des Friedens auch Opfer zu bringen. Er schilderte den schlechten Zustand der Armee nach der nicht gelungenen Offensive, unsere mangelnden Reserven, und kam zu dem Resultat, daß man Friedensverhandlungen anknüpfen müßte. Dieser Notwendigkeit verschloß sich auch der Kaiser durchaus nicht.

Am 30. war eine Abordnung der Finnen, die uns sehr freundschaftlich gesonnen, in Spa und beim Kaiser.[20]) Am Abend waren die Admirale *Scheer* und *Trotha* beim Kaiser.[21]) Ersterer sollte den alten und kranken *Holtzendorff*[22]), der außerdem nie Strich gegangen war, im Reichsmarineamt[23]) ersetzen, was von mir sehr freudig begrüßt wurde. *Scheer*, frisch, energisch, liebenswürdig, machte einen ausgezeichneten Eindruck. *Trotha*, sehr zuverlässig und gesinnungstreu, war vom Kaiser als Nachfolger *Müllers* ausersehen.[24]) Auch eine sehr gute Wahl.

Am 1. August hatten der Staatssekretär Graf *Roedern* und der Kriegsminister *v. Stein* in meinem Beisein gemeinsam Vortrag beim Kaiser über die notwendige Erhöhung der Löhne der Soldaten, der ohne Schwierigkeiten verlief.[25]) Am Schluß sprach der Kaiser [zu] Graf *Roedern* über [die] vom Feinde zu zahlenden Kriegsentschädigungen, insonderheit [die] der kleinen amerikanischen Staaten, was bei Graf *Roedern* den Eindruck erwecken mußte, als wenn er über die Situation ganz unorientiert wäre, und was ich daher sehr bedauerte. Graf *Roedern* sprach [zu] mir auch in diesem Sinne nach dem Vortrag.

Am 2. August war ich beim Feldmarschall und bei *Ludendorff* in Avesnes, war am Vormittag mit *Hindenburg* in Maubeuge im Museum, wo eine große Anzahl Bilder von *La Tour* untergebracht war.

Am 1. August war der sehr nette und ordentliche *Ilsemann* Flügeladjutant geworden.[26]) Er war am Nachmittag bei mir, und ich konnte ihm manche

---

[19]) Die ausführliche Denkschrift des Kronprinzen für den Kaiser mit der Anlage: „Stimmung in Heimat und Heer und die sich daraus ergebenden Folgerungen" ist abgedr. bei Bauer, Der große Krieg S. 215 ff.

[20]) Es handelt sich hier um die unter Leitung von *Enckell* stehende finnische Delegation für die finnisch-russischen Friedensverhandlungen, die am 3. 8. 1918 in Berlin eröffnet wurden. Vgl. Schultheß 1918/I S. 249 f.

[21]) Reinhard *Scheer* (1863—1928), 1915 Chef der Hochseeflotte. — Adolf *v. Trotha* (1868—1940), seit 1916 Chef des Stabes der Hochseeflotte. — Zum Inhalt dieser Besprechung vgl. Admira [Reinhard] Scheer: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen Berlin 1920, S. 462.

[22]) Großadmiral Henning *v. Holtzendorff* (1859—1919), seit 1915 Chef des Admiralstabes (Seekriegsleitung).

[23]) Gemeint ist: als Chef des Admiralstabes. *Scheer* wurde am 31. 7. 1918 zum Nachfolger *Holtzendorffs* ernannt und übernahm die Geschäfte am 11. 8. 1918; Schultheß 1918/I S. 247; Scheer a.a.O. S. 453 f., 462 und 465.

[24]) *Müller* hat das Marinekabinett jedoch bis zur Novemberrevolution geleitet; vgl. unten S. 172.

[25]) Vgl. die Verordnung „Zulage für Unteroffiziere und Mannschaften"; Armeeverordnungsblatt 1918 S. 439, Kabinettsorder *Wilhelms* vom 1. 10. 1918 sowie Ausführungsverordnung *v. Steins* vom 2. 10. 1918, a.a.O.

[26]) Zur Geschichte seiner Ernennung zum Adjutanten vgl. Bentinck S. 24. Nach der Abdankung *Wilhelms II.* blieb *Ilsemann* als Privatsekretär in den Diensten des Kaisers. A.a.O. S. 24, ferner S. 38; siehe dazu besonders Ilsemann I und II, passim.

Fingerzeige für seine neue Stellung geben. Er ist ein sehr anständig denkender Mensch. Für die Stellung als Verbindungsoffizier zwischen Kaiser und Oberster Heeresleitung hielt ich ihn für zu jung. Bei der beinahe dauernden Trennung dieser beiden Stellen war seine Stelle sehr wichtig geworden. Der Kaiser wurde in der Hauptsache von ihm orientiert, und [daher][27]) hätte [das] ein Mann von eigener militärischer Erfahrung und ganz selbständigem Urteil sein sollen. Ich habe dies *Hindenburg* und *Ludendorff* von Januar an gesagt, der Wechsel trat aber erst jetzt ein. Nachfolger wurde Major *Niemann*[28]), zweifellos ein recht gescheiter Mann. Mir schien er in den nächsten Monaten manchmal nicht kraftvoll genug, als wenn er selbst nicht mehr an einen guten Ausgang glaube.[29])

Am 4. August ging *Mewes* für 3 Monate zur Front. Er ist, da die Novemberereignisse dazwischen traten, nicht mehr zurückgekommen.

[27]) Im Or.: „dieses".

[28]) Major im Generalstab Alfred *Niemann*, zuletzt Oberquartiermeister der Heeresgruppe Herzog *Albrecht von Württemberg;* zu seiner Biographie, seiner Berufung zum Vertreter der OHL beim Kaiser und der ihm dabei gestellten Aufgabe vgl. sein Erinnerungswerk: Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier. Berlin 1922, S. 10 ff., S. 24 ff., 31 f. und 36 f.

[29]) *Niemanns* Vorstellungen bewegten sich seit dem Rückschlag vom Juli 1918 auf der Linie: bewegliche Verteidigung auf verkürzter Front und Anbahnung des Friedens auf der Grundlage „möglichste[r] Wiederherstellung des Status quo in territorialer Beziehung. Ideelle Zugeständnisse gegenüber den *Wilson*schen Proklamationen, Verzichte auf maritimem Gebiete und koloniale Einbußen durften der Erhaltung unseres kontinentalen Besitzstandes gegenüber keine Rolle spielen." A.a.O. S. 14—31, Zitat S. 17.

20. Der 8. August und seine politischen Auswirkungen

Am 8. August kam die Nachricht von starken Angriffen auf die 2. Armee *(Marwitz)*[1]) und daß zuerst ein Einbruch des Feindes erfolgt sei.[2]) Der Kaiser fuhr am 9. abends an die Front bei Sedan und Avesnes.[3]) Der 11. August brachte wieder die Nachricht eines starken Rückschlages bei der 2. Armee und damit Sorge für die Zukunft.

Am 12. war Staatssekretär *Helfferich*, von Moskau kommend, wohin er als Nachfolger von *Mirbach* gegangen war, in Spa[4]) und nachmittags lange bei mir. Er war in Differenz [mit][5]) *Hintze*, hielt unsere Politik in Rußland für verhängnisvoll, hielt es für durchaus falsch, daß man überhaupt sich mit der

[1]) General Georg *von der Marwitz* (1856—1929), Oberbefehlshaber der 2. Armee; im September 1918 übernahm er den Oberbefehl über die 5. Armee.

[2]) Zur Bedeutung dieses Tages, nach Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 547 „der schwarze Tag des deutschen Heeres", nach Loßberg S. 354 die wohl „größte Niederlage, die eine deutsche Armee im Weltkriege erlebt hat", vgl. die bei Thaer S. 220 angegebenen Literaturhinweise. — Zu der Wirkung auf den Kaiser vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 41.

[3]) Vgl. dazu Niemann a.a.O. S. 41 ff.; ferner Müller, Marinekabinett S. 401.

[4]) Am 11. 8. 1918 war *Helfferich*, der am 23. 7. 1918 zum Nachfolger *Mirbachs* ernannt worden war — Helfferich, Weltkrieg III S. 448 ff.; Bothmer S. 116 —, aus Moskau zurückgekehrt; vgl. Helfferich a.a.O. S. 481 ff.; Hertling S. 147 f.

[5]) Im Or.: „bei".

russischen Räteregierung eingelassen habe.[6]) Es war für einen Außenstehenden schwer zu beurteilen, wer im Recht war. Ich hatte damals Vertrauen zu *Hintze* zu seiner genauen Kenntnis der russischen Verhältnisse.[7]) *Helfferich* war nur ganz kurze Zeit in Moskau gewesen[8]), und es schien mir [gut möglich][9]), daß er sich täusche. *Hintze* verdachte ihm seinen Fortgang von Moskau, ließ durchblicken, daß es bei *Helfferich* Mangel an persönlichem Mut war[10]) — dies nach meiner Ansicht ganz unberechtigterweise — und hörte ihn kaum an, was *Helfferich* sehr verdroß.[11]) Dieser wollte gern den Kaiser aufklären, welcher aber damals mit *Hintze*schen Augen sah, ihm, den er eben erst ernannt hatte, auch Vertrauen schenken mußte. *Helfferich* reiste ab, ohne irgend etwas erreicht zu haben, sprach den Kaiser auch nur kurz.[12])

---

[6]) Zu *Helfferichs* Vorstellungen über die Sowjetrußland gegenüber zu verfolgende Politik vgl. seine eigene Darstellung in Weltkrieg III S. 453 ff.; dazu die sorgfältige Analyse bei Baumgart S. 236 ff.; vgl. ferner Bothmer S. 118. Durch ein Telegramm vom 5. 8. 1918 an das Auswärtige Amt (Pol. Archiv, Deutschland 131, Bd. 45; vgl. Baumgart S. 244 f.), erhob *Helfferich* seine Differenzen mit *Hintze* ins Grundsätzliche und forderte, die Entscheidung des Reichskanzlers einzuholen.

[7]) *Hintze* hatte insgesamt 12 Jahre in Rußland verbracht, zunächst (seit 1903) als Marineattaché für die Nordischen Reiche mit dem Sitz in Petersburg, danach als Militärbevollmächtigter am Zarenhof, und diese Zeit „zu eingehenden Forschungen und Reisen im russischen Reiche" genutzt, „so daß er wohl zu einem der besten Kenner russischer Verhältnisse wurde." Vgl. Konteradmiral Seebohm: Konteradmiral a. D. v. Hintze, in: M[arine] O[ffizier] H[ilfe], Nachrichten aus Luv und Lee, 23. Jg., Nr. 14, 1. 9. 1941.

[8]) Vom 28. 7.—6. 8. 1918; vgl. Anm. 4 und 10.

[9]) Im Or. sinnwidrig: „unmöglich".

[10]) Auf Initiative des Kaisers, der am Rand eines Telegrammes des Auswärtigen Amts an Grünau vom 4. 8. 1918 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Rußland Nr. 31, Bd. 15) die Forderungen schrieb: „Sogleich die Gesandtschaft muß fort! *Helfferich* darf uns nicht verloren gehen", wurde *Helfferich* aufgefordert, alsbald „zur mündlichen Berichterstattung" nach Berlin zu kommen und die Geschäfte an Dr. Kurt *Riezler*, seit April 1918 Legationsrat an der deutschen Vertretung in Moskau, zu übergeben; Telegramm Auswärtiges Amt an Helfferich, 5. 8. 1918, Entwurf, Pol. Archiv, Deutschland 131, Bd. 45; vgl. Helfferich, Weltkrieg III S. 481. — Zum Zusammenhang Baumgart S. 245 ff.
Zu *Hintzes* Vorhaltungen gegen *Helfferich* siehe *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* 10. 8. 1918; Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918—1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt/Main—Berlin 1955, S. 19; der Vorwurf, *Helfferich* sei aus Angst geflohen, ferner bei Zbynek A. B. Zeman: Germany and the Revolution in Russia, 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry, London 1958, S. 137 (Anm. 2); Die sowjetische Deutschlandpolitik 1917—1941. Hrsg. Studiengesellschaft für Zeitprobleme. Duisdorf 1962, S. 32. Zu weiteren, in der Literatur genannten Motiven für *Helfferichs* Abreise aus Moskau siehe Baumgart S. 246 (Anm. 67 und 68).

[11]) Am 11. 8. 1918 hatte schon eine ergebnislose Besprechung zwischen *Hintze* und *Helfferich* in Berlin stattgefunden, in der sich *Helfferich* gegen die Unterzeichnung der Zusatzverträge mit Sowjetrußland ausgesprochen hatte. Zusammen mit *Hintze* war *Helfferich* dann ins Große Hauptquartier gereist. — Helfferich, Weltkrieg III S. 490; *Frankfurter Zeitung* 12. 8. 1918 (Abendblatt), 13. 8. 1918 (1. und 2. Morgenblatt); Baumgart S. 251.

[12]) Vgl. dazu Helfferich, Weltkrieg III S. 490 f.: „Ebensowenig gelang es mir, im Großen Hauptquartier meinen Standpunkt [vgl. die vorige Anmerkung] durchzusetzen [. . .]. Den Kaiser bat ich, eine schriftliche Darlegung meiner Gesichtspunkte geben zu dürfen. Ich sandte diese Denkschrift am 20. August an den Kanzler mit der Bitte um Weitergabe an Seine Majestät [. . .]."

Auch Staatssekretär Frhr. *v. Stein*[13]) war in diesen Tagen bei mir. Klug, besonnen, anständig, einer der besten, die wir damals hatten, war auch Süddeutscher, Bayer, aber aus Nordbayern und mit norddeutschem Einschlag.

Am [13.][14]) fand im Generalstab eine Besprechung zwischen Kanzler, *Hintze*, *Hindenburg*, *Ludendorff* statt, am Vor- und Nachmittage, an der ich im Auftrag des Kaisers teilnahm.[15]) Es war in der Hauptsache eine Aussprache zwischen *Ludendorff* und *Hintze*, die darin gipfelte: die militärische Situation hat sich verschlechtert, unsere Bundesgenossen sind unsicher, die Stimmung im Lande ist allmählich flauer geworden. Man muß versuchen, zu einem Frieden durch Verhandlungen zu kommen. Die Königin von Holland soll ersucht werden, eine Vermittlung zu übernehmen. Zu Opfern liegt z. Zt. noch kein Grund vor. Wir werden aber nicht die Ziele erreichen können, die wir früher zu erreichen hofften. Es ist nicht notwendig, im einzelnen festzulegen, wie weit wir gehen wollen und müssen. Es ist notwendig, daß alles, was kriegsverwendungsfähig [ist], zur Armee kommt. Die stellvertr[etenden] kommandierenden Generale müssen mit strengen Anweisungen versehen werden. Die Propagandatätigkeit muß ganz anders organisiert werden und möglichst unter einem selbständigen Chef stark [erweitert werden].[16])

Diese Besprechungen zeitigten keine grundlegenden Differenzen. *Ludendorff* und der Feldmarschall äußerten sich nach den Sitzungen befriedigt über das Zusammenarbeiten und das Verständnis mit *Hintze*. Es ist daher ganz unverständlich, wie *Hintze* später behaupten konnte, daß die Besprechungen nutzlos verlaufen seien, daß seine Tätigkeit infolge des Starrsinns von *Ludendorff* lahmgelegt [worden] sei.[17]) *Hintze* hatte damals nichts verlangt, was *Ludendorff* abgelehnt hatte oder umgekehrt.[18]) Ich konnte daher auch am Abend des

---

[13]) Hans Karl Frhr. *v. Stein*, geb. 1867 in Würzburg (gest. 1942), Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts 20. 11. 1917—8. 11. 1918.

[14]) Im Or. über der „13" eine „8" vermerkt; es handelt sich jedoch zweifellos um die erste der entscheidenden Besprechungen vom 13./14. 8. 1918.

[15]) Über diese Vorbesprechungen vgl. besonders WUA 2 S. 388 ff.; sowie das Protokoll des Kronrates am 14. 8. 1918, Amtliche Urkunden S. 3 ff.; ferner die in Quellen 1/II S. 471 (Anm. 4) genannten Quellen- und Literaturhinweise, sowie neuerdings Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3 S. 369 f.; Ritter IV S. 395 ff. Nach WUA 2 a.a.O. hat *Berg* nur an einer der Besprechungen vom 13. August teilgenommen.

[16]) Lesart unsicher.

[17]) Diese Behauptung ist von *Hintze* in seiner Darstellung „Das Waffenstillstands-Angebot" in: *Vossische Zeitung* 11. 9. 1919 (Morgenausgabe), 12. 9. 1919 (Morgenausgabe), 13. 9. 1919 (Morgenausgabe) — auf die sich *Berg* hier zweifellos bezieht —, nicht ausdrücklich aufgestellt worden. Doch hebt *Hintze* hervor, daß der Kronrat vom 14. 8. 1918 seine Aufgabe, „eine ungeschminkte Bilanz des Weltkrieges" zu ziehen, nicht erfüllt habe, und macht General *Ludendorff* indirekt den Vorwurf, durch sein Beharren auf weitergehenden Kriegszielen im Osten und in Belgien sich einer „Reduktion unserer Kriegsziele auf ein Maß, daß die Verständigung möglich machte", widersetzt zu haben. Vgl. dazu auch die „Darlegungen des Staatssekretärs a. D. *v. Hintze* zu den ihm vorgelegten Fragen des Sachverständigen beim Parlamentarischen Untersuchungs-Unterausschuß IV" vom 14. 8. 1922; WUA 2 Anlage 15 S. 388 ff.; ferner Anm. 20 und 22.

[18]) Siehe dazu Anm. 20 und 22.

13. August von dem guten Ausgang der Verhandlungen Meldung erstatten, was den Kaiser recht befriedigte.[19])

Am 14. August fand dann eine Besprechung über die äußere und innere Lage unter Vorsitz des Kaisers statt, an der außer *Hindenburg*, *Ludendorff*, *Hertling*, *Hintze*, noch der Kronprinz und die Kabinettschefs teilnahmen. *Hintze* schilderte besonders die Verhältnisse bei unseren Bundesgenossen als sehr ungünstig, auch unsere innere Lage, Ernährung usw. sei kritisch.[20]) *Ludendorff* schilderte die militärische Lage auch ohne Beschönigung — allerdings durchaus nicht als hoffnungslos —, und man kam wieder zu dem oben angeführten Resultat der Vermittlung der Königin von Holland, [doch][21]) sollten die nächsten Tage, in welchen die schweren feindlichen Angriffe abgewehrt sein würden, noch abgewartet werden. *Hintze* hatte zweifellos freie Hand.[22])

Am 13. August waren zu Tisch beim Kaiser außer *Hintze*, Frhr. *v. Stein*, *Helfferich*, zwei Herren aus Polen, Fürst *Radziwill*[23]) und Graf *Ronikier*[24]), besonders letzter sehr gewandt und zuvorkommend, von scheinbarer Ergebenheit für den Kaiser, scheinbar einen deutschen Prinzen zum Herrscher wünschend.[25]) Der Kaiser

[19]) Vgl. dazu die Darlegungen *Bergs* vom 17. 9. 1919 über die Besprechungen in Spa vom 13./14. 8. 1918 — veröffentlicht in der *Deutschen-Tageszeitung* 23. 9. 1919 (Nr. 462); abgedr. in: Urkunden der OHL S. 503 f. —, in denen er über die Besprechung vom 13. 8. 1918 bemerkt, es sei ihm „nicht erfindlich, daß an diesem Tage für den Staatssekretär *v. Hintze* ein Grund vorgelegen haben sollte, dem Reichskanzler seinen Rücktritt anzudrohen; in der Sitzung war nicht eine Schärfe zutage getreten [. . .]. Ich habe im Laufe des Tages Seiner Majestät die Einigkeit in den Auffassungen melden können."

[20]) Vgl. *Bergs* in der vorigen Anm. zit. Darstellung: „Der Vortrag [*Hintzes* am 14. 8. 1918] war ein Niederschlag des am Tage vorher Besprochenen, daher lag auch weder für den Generalfeldmarschall noch für General *Ludendorff* ein Grund vor, noch einmal dasselbe zu sagen, da ja die Zustimmung [zur Aufnahme von Friedensfühlern über eine neutrale Macht] am Tage vorher erfolgt war und Seine Majestät orientiert war." — Dazu die Stellungnahme *Hintzes* in den in Anm. 17 zit. „Darlegungen", a.a.O. S. 391 f.

[21]) Im Or.: „und".

[22]) Vgl. auch Anm. 17. In seiner Darstellung — zit. in Anm. 19 — bemerkt Berg zusammenfassend zu den Verhandlungen, es habe „Übereinstimmung" über die Anbahnung einer „Friedensbesprechung mit dem Feinde" über Holland geherrscht. Es sei „aus dem Ton der Besprechungen klar" hervorgegangen, daß man bei den Kriegszielen „auf Erfüllung bisher gehegter Hoffnungen nicht mehr rechnete, sondern daß der Staatssekretär in der Hauptsache freie Hand haben sollte."

[23]) Prinz Janusz *Radziwill* (1887—1967), Begründer der Konservativ-nationalen Partei, Direktor des Politischen Departements im Kabinett *Steczkowski*; über ihn vgl. Conze, Polnische Nation S. 355.

[24]) Graf Adam *Ronikier* (geb. 1881), Begründer der „Nationalen Partei", Vertreter der polnischen Regierung in Berlin; über ihn vgl. a.a.O. S. 222 f.

[25]) Zu den Hintergründen und dem Verlauf dieser Unterhandlungen siehe die Darstellung a.a.O. S. 372, die sich im wesentlichen auf das Manuskript Wolfgang *v. Kries*', ehemaliger Chef der Zivilverwaltung im Generalgouvernement Warschau, stützt. — Dazu die Darstellung *Hertlings* in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. 9. 1918 — Protokoll im Nachlaß Heinrichs Nr. 27 —, *Ronikier* und *Radziwill* „hätten Seiner Majestät erklärt, daß sie einen preußischen Prinzen für den polnischen Königsthron wünschten." — Vgl. ferner Schultheß 1918/II S. 507; Burian S. 261 ff.; Thaer S. 223; Telegramm Berckheims an Auswärtiges Amt, Spa 15. 8. 1918, handschr. (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Polen Nr. 26, Bd. 5): „Polnische Delegierte haben sich [die] Eingabe [des] Regentschaftsrates vom 29. April zu eigen gemacht und Erzherzog *Karl Stephan* als ihren Kandidaten genannt; Seine Majestät und Reichskanzler

stand jetzt auf dem Standpunkt, daß Erzherzog *Joseph*[26]) der beste Kandidat für den Thron Polens sei, da er katholisch [sei, wie] auch seine Schwiegersöhne und auch sonst mit vielen Beziehungen zu Polen, tüchtig und voraussichtlich nicht in vollkommener Abhängigkeit von Österreich. Die Polen schienen auf alles einzugehen.[27]) Zu irgendeinem Resultat ist es nicht gekommen.

Am 13. erhielt der Kaiser aus Wilhelmshöhe die Nachricht von der Erkrankung der Kaiserin. Es wurde im allgemeinen nicht davon gesprochen. Der Kaiser sagte es nur *Gontard* und mir. Der Kaiser war in wirklicher Sorge und recht erschreckt. Ihm wurde wohl zum ersten Mal klar, daß ihm diese treueste Lebensgefährtin und [sein] bester, wohl einziger wirklicher Freund, genommen werden könnte, da der Gesundheitszustand zu ernster Besorgnis Anlaß gab. Die Kaiserin selbst hatte sich immer bemüht, den Kaiser nicht zu beunruhigen, hatte ihre Anfälle immer verschwiegen und hatte auch die Ärzte so instruiert, und der Kaiser hatte sich gern beruhigen lassen. Jetzt wurde ihm das erste Mal ganz die Wahrheit gesagt. Tatsächlich war es ein leichter Schlaganfall. Es war ein kleiner Verzug am Munde festgestellt. Die Kaiserin hatte Schwierigkeiten im Sehen und hatte zwar keine Lähmung des einen Armes, wohl aber Vorboten davon, Prickeln im Arm. Es wurde die Abfahrt des Kaisers mit seiner Umgebung für den 18. nach Wilhelmshöhe beschlossen.

Am 14. kam wieder nachmittags um 4 Uhr der Kaiser von Österreich mit großem Gefolge.[28]) Empfang und Tee und um ½9 Uhr Essen. Kaiser *Karl* schien dieses Mal etwas ruhiger und gesammelter.

---

haben das akzeptiert." Dazu auch das Telegramm Hintzes an Berckheim „Für Reichskanzler und General *Ludendorff*" vom 28. 8. 1918 (a.a.O.): „Graf *Ronikier* sagt mir streng vertraulich im Auftrage des Prinzen *Radziwill*, bei den Unterhaltungen in Wien habe Graf *Burian* den polnischen Herren seine Mißstimmung zum Ausdruck gebracht, daß bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier die austro-polnische Lösung gar nicht mehr zur Sprache gekommen sei, sondern nur die Frage der Thronkandidatur des Erzherzogs *Karl Stephan*."

[26]) Es muß sich hier um einen Irrtum *Bergs* handeln; die anderen Quellen — vgl. die Anm. 25 und 27 — nennen übereinstimmend Erzherzog *Karl Stephan* als Thronkandidaten; siehe dazu auch Conze, Polnische Nation S. 372; Thaer S. 223.

[27]) Nach der Darstellung Hertlings — vgl. Anm. 25 — hätten *Radziwill* und *Ronikier*, nachdem der Kaiser ihren Wunsch abgelehnt und einen anderen Vorschlag gefordert habe, [. . .] den Erzherzog *Stephan* genannt. Hiermit habe sich Seine Majestät einverstanden erklärt [. . .]." — Vgl. auch Anm. 25.

[28]) Zu Vorgeschichte, Verlauf des Besuches und zum Inhalt der Besprechungen siehe Amtliche Urkunden S. 13; A. v. Cramon und Paul Fleck: Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn. Von Conrad v. Hötzendorf zu Kaiser Karl. Berlin 1932, S. 210 f.; Burian S. 261 ff. und 281 ff.; Schwertfeger, Weltkriegsende S. 97 f.; Schultheß 1918/I S. 251 f.; ferner Niemann, Kaiser und Revolution S. 60 f.; Hertling S. 151 (dort irrtümlich als Ankunftstag der 15. 8. angegeben). Dazu das Telegramm Lersners an das Auswärtige Amt, 10. 8. 1918, Hofzug (Durchschlag im Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Sekreta, Nr. 35a): „Seine Majestät der Kaiser geruhten mir nach Abfahrt aus Avesnes mitzuteilen, General *v. Cramon* habe nach Meldung des Feldmarschalls *v. Hindenburg* gedrahtet, Kaiser *Karl* wolle in Spa vorbringen, daß Österreich-Ungarn im Laufe des Jahres 1919 unter allen Umständen Frieden haben müsse. Falls kein allgemeiner Friede zustande käme, müsse er einen Sonderfrieden schließen. Seine Majestät hat hierauf dem Feldmarschall und General *Ludendorff* erklärt, daß in der Besprechung dieser Woche in Spa vor Ankunft des Kaisers *Karl* eine ungeschminkte Bilanz des Krieges gezogen werden müsse. Wir beabsichtigten dann wohl noch im Laufe des Jahres

Am 15. August hatte ich mit *Hintze* zusammen Vortrag beim Kaiser über die Verhältnisse des griechischen Königspaares.[29]) Die pekuniäre Lage war sehr ungünstig. Ich hatte darüber schon mehrfach mit dem Prinzen *Friedrich Karl von Hessen* korrespondiert. Man wünschte, daß der Kaiser evtl. ein Schloß zur Verfügung stelle, wenigstens sollte ein Badeaufenthalt der Königin in Deutschland evtl. in Friedrichshöh erlaubt werden.[30]) Der zweite[31]) Sohn sollte bei unserer Marine eintreten. Gegen das letztere lagen keine Bedenken vor, auch keine gegen einen Aufenthalt der Königin in Deutschland bei den Verwandten. Mit Geldmitteln sollte das Reich vorschußweise eintreten.

Ich war am 15. abends beim Feldmarschall, der dann nach Avesnes zurückging. Nachdem ich noch am 18. nachmittags eine Besprechung mit dem Kanzler gehabt hatte, fuhren wir am 18. abends nach Wilhelmshöhe ab. Ankunft am 19. gegen Mittag.

---

durch den König von Spanien an die Entente heranzutreten. Hiervon wolle Seine Majestät dem Kaiser *Karl* in Spa Mitteilung machen und ihn dafür bis zu den Friedensverhandlungen zur höchsten Anspannung aller Kräfte verpflichten. Die Generale hätten sich mit diesen Plänen durchaus einverstanden erklärt." Siehe ferner Lersner an Berckheim, 10. 8. 1918, Telegramm: „Der Kaiser wünscht dringend, daß bei der jetzigen Anwesenheit Kaiser *Karls* die austro-polnische Lösung endgültig falle und wir baldigst an die Regelung der polnischen Frage in unserem Sinne gehen." (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Polen Nr. 23, Bd. 5).

[29]) *Konstantin I.* (1868—1923), vermählt mit Prinzessin *Sophie von Preußen*, der Schwester *Wilhelms II.*, hatte unter dem Druck der Alliierten Griechenland am 11. 6. 1917 verlassen.

[30]) Die Frage einer Übersiedlung der griechischen Königsfamilie von Bulgarien nach Deutschland ist im August 1918 mehrfach zwischen dem deutschen und bulgarischen Herrscherhaus besprochen worden; das Auswärtige Amt machte jedoch Vorbehalte geltend wegen der ungünstigen Rückwirkung auf die bulgarische Öffentlichkeit. Ebenso äußerte König *Ferdinand* „erhebliche Bedenken gegen [einen] Aufenthalt König *Konstantins* in Deutschland, der in Bulgarien schwer verstimmen würde. Hingegen sei er durchaus einverstanden, wenn Königin *Sophie* mit ihren Kindern in Deutschland Wohnung nähme." Vgl. dazu Bussche an Berckheim, 13. 8. 1918, Telegramm; Lersner an das Auswärtige Amt, 20. 8. 1918, Telegramm; Lersner an Kronprinz Boris von Bulgarien, 21. 8. 1918, geh., Abschrift. Alles Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Bulgarien Nr. 5, Bd. 5.

[31]) Es handelt sich hier um einen Irrtum *Bergs*; der zweitälteste Sohn König *Konstantins* war als König *Alexander* am 12. 6. 1917 Nachfolger seines Vaters geworden. Gemeint ist hier offenbar der älteste Sohn, Kronprinz *Georg*, der 1917 zusammen mit seinem Vater — vgl. Anm. 29 — Griechenland verlassen hatte.

21. Der Kaiser in Wilhelmshöhe

Es folgte nun eine Zeit in dem herrlichen Wilhelmshöhe, welches ich früher nicht kannte, welche man hätte genießen können, wenn man nicht in Sorgen um die Zukunft gewesen wäre. Der Kaiserin ging es überraschend rasch besser. Schon als wir ankamen, sorgte sie sich wieder um Kleinigkeiten, ob ich auch ein helles Zimmer — wegen meiner Augen — habe. Ich ging täglich früh am Nachmittag mit dem Kaiser [spazieren], dem es Freude machte, mir Wilhelmshöhe zu zeigen, und der es auch wieder liebgewonnen [hatte]; er hatte sonst immer Homburg bevorzugt. So fuhr der Kaiser auch mit mir nach Kassel in die sehr gute Galerie

und in das Schloß, nach dem reizenden Schlößchen Wilhelmsthal und nach der Edertalsperre bei Schloß Waldeck. Sehr hübsche Fahrt, zurück über Fritzlar. Das Befinden der Kaiserin besserte sich so, daß z. Zt. keine ernste Sorge zu sein brauchte.

Ich sah in Kassel *Trotha*[1]), *Bernstorff*, *Riedesel*[2]), *Windheim*[3]), *Plüskow*[4]). Am 24. und 25. August suchte mich der Badener Sozialdemokrat *[Fendrich]*[5]) auf, der im Laufe des Krieges bei der Obersten Heeresleitung und bei der Flotte zum Besuch gewesen war und sehr gute patriotische Bücher darüber geschrieben hatte.[6]) Er war national, ein Christ und glaubte sich auch mit der Monarchie abfinden zu können, ein Mann von reinem Wollen.[7]) So hatte man manche nahe Beziehungspunkte und konnte gut mit ihm sprechen, Ratschläge, die er gab, gerne hören.[8]) Seine Gesinnung hat wohl auch zur Folge gehabt, daß er bei uns nach der Revolution nicht in Erscheinung getreten ist. Ich habe seinen Namen seitdem niemals gehört, weiß nicht, in welcher Weise er sich in Baden betätigt.

---

[1]) Nicht zu klären, ob Adolf *v. Throtha* — vgl. S. 155 (Anm. 21) — oder Ulrich *v. Throtha* — vgl. S. 94 (Anm. 21) — gemeint ist.

[2]) Ludwig *Riedesel zu Eisenbach* (geb. 1846) erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses.

[3]) Gemeint ist wahrscheinlich Ludwig *v. Windheim*, 1907—1910 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

[4]) Generalleutnant *v. Plüskow*, kommandierender General des XI. Armeekorps mit dem Sitz in Kassel.

[5]) Im Or. irrtümlich: „Fähndrich". — Anton *Fendrich* (1868—1949), Schriftsteller und sozialdemokratischer Politiker, 1897—1901 Mitglied der zweiten Kammer des badischen Landtages; vgl. Anm. 6. Nach Müller, Marinekabinett S. 404 hatte er *Fendrich* den „Empfang bei *Berg* trotz aller Hoffnungslosigkeit des Unternehmens vermittelt", ähnlich in einem Brief Müllers an Valentini vom 29. 8. 1918 im Nachlaß Valentini. Nach Fendrich, Die Kluft S. 26, war er von Berlin durch „ein Telegramm des neuen Kabinettschefs *v. Berg* nach Wilhelmshöhe" gerufen worden, der ihn „mit den wohlwollenden Worten empfing, ich wolle sicher ‚ein gutes Wort für die Sozialdemokratie beim Kaiser einlegen'!"

[6]) Vgl. dazu die Schriften von Fendrich: Mit dem Auto an der Front. Kriegserlebnisse von Anton Fendrich, Stuttgart o. J.; Gegen Frankreich und Albion, Stuttgart 1915. Seinen Besuch bei der OHL Weihnachten 1916 stellte er in der Schrift: „Wir". Ein Hindenburgbuch, Stuttgart 1917, dar, seinen Besuch bei der Flotte im April 1916 in dem Buch: An Bord. Kriegserlebnisse bei der schwimmenden und fliegenden Wehrmacht Deutschlands. Vgl. ferner ders.: Die Kluft S. 12 und 18.

[7]) *Fendrich* war nach eigenem Bekenntnis „Badener, Deutscher, Sozialist, Christ", wobei er die „Reihenfolge nicht unabsichtlich de minore ad maius gewählt" hatte; Fendrich, Die Kluft S. 83. — Vgl. dazu ferner die in Anm. 6 zit. Schriften. In einem Schreiben an Prinz *Max von Baden* vom 9. Aug. 1918 — abgedr. a.a.O. S. 84 — erklärt *Fendrich* ausdrücklich: „Ich habe mich nicht nur in meinen Büchern, sondern auch in sozialdemokratischen Versammlungen als Monarchist bekannt."

[8]) „Wenn wir auch wie aus zwei Welten und wie in zwei Zungen zueinander sprachen, so glaube ich doch", — faßt *Fendrich*, Die Kluft S. 90, seinen Eindruck aus den Unterredungen mit *Berg* zusammen — „daß unter dem Druck der schweren Zeit unsere Aussprache nicht ganz ergebnislos war." Über den Inhalt der Besprechungen vgl. a.a.O. S. 25 f., sowie die Aufzeichnungen Admirals *v. Müller* über Gespräche mit *Fendrich* am 25. August (Müller, Marinekabinett S. 404). *Fendrich*, heißt es bei Müller weiter, „war entsetzt über die Verständnislosigkeit von *Berg*, der eine ganz andere Sprache spricht." Inhaltlich in den entscheidenden Punkten übereinstimmende Darstellung in den im Anm. 5 erwähnten Schreiben Müllers an Valentini.

Auch der Kaiser hatte ihn während des Krieges gesprochen[9]), hatte seine Briefe gelesen.[10])

Am 26. August waren der finnische Ministerpräsident *[Svinhufvud]*[11]) und der Minister des Äußeren[12]) beim Kaiser zu Tisch.[13]) Ich saß neben dem ersteren bei Tisch und hatte Gelegenheit, mit ihm über die Persönlichkeit des zu wählenden Königs zu sprechen.[14]) Herzog *Adolf Friedrich von Mecklenburg* hatte sich stark beworben[15]), hatte sehr ungeschickterweise die sehr ungeeignete Persönlichkeit

---

[9]) Während eines Besuches an der Front im Frühjahr 1915 war *Fendrich* auch von Kaiser *Wilhelm* in Anwesenheit des Kanzlers am 30. April empfangen worden (zur Datierung: Tagebücher Valentinis vom 30. 4. 1915). Vgl. dazu Fendrichs Darstellungen in: Mit dem Auto an der Front S. 138 ff.; Die Kluft S. 12; ferner das bei Müller, Marinekabinett S. 108 abgedr. Schreiben Fendrichs an Admiral v. Holtzendorff.

[10]) Das Schreiben Fendrichs an Prinz Max von Baden vom 9. 8. 1918 (Or. in: Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Seine Majestät Nr. 36, Bd. 3; mit stilistischen Abweichungen abgedr. in: Fendrich, Die Kluft S. 82 ff.) war dem Kaiser vom Prinzen mit einem eigenh. Begleitbrief vom 15. 8. 1918, (abgedr. bei Prinz Max von Baden S. 291 f.; danach auch in Ursachen und Folgen II S. 284 ff.) zugeschickt worden, in dem er den „Hilferuf dieses wackeren Deutschen" unterstützte und *Fendrichs* Vorschlag auf eine Erneuerung der Kundgebung vom 4. August 1914 weiterempfahl. Die Schreiben wurden auf Befehl des Kaisers dem Reichskanzler zwecks weiterer Vorschläge überreicht; Lersner an Max von Baden, Telegramm 27. 8. 1918; Wilhelm II. an Max von Baden, 27. 8. 1918; Lersner an Hertling, eigenh., persönlich 28. 8. 1918; Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Seine Majestät Nr. 36, Bd. 3. Siehe auch unten S. 170 f. (Anm. 13).

[11]) Name im Or. unleserlich. — Per Evind *Svinhufvud* (1861—1944) war am 19. 5. 1918 vom finnischen Landtag zum Reichsvorstand gewählt worden; Schultheß 1918/I S. 397.

[12]) Senator *Stenroth*, seit 27. 5. 1918 Minister des Äußern im Kabinett Juho Kusti *Paasikivi*.

[13]) Zum Besuch der finnischen Abordnung beim Kaiser vgl. die Telegramme Hintzes an Berckheim vom 25. 8. 1918 (Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3) mit Anweisungen für das Verhalten des Kaisers beim Empfang der finnischen Deputation. *Lersner* telegraphierte am 26. 8. 1918 an das Auswärtige Amt (a.a.O.): „Seine Majestät hat dem Reichsverweser *[Svinhufvud]* in meiner Gegenwart fast wörtlich den Inhalt des obigen Telegramms Euerer Exzellenz geantwortet. Herr *Svinhufvud* wollte aber nicht an den Herzog *[Adolf] Friedrich von Mecklenburg* [vgl. Anm. 15] heran, trotzdem der Kaiser ihn aufs wärmste empfahl und sich dem Großherzog gegenüber als bereits gebunden erklärte. Wenn wir keinen Hohenzollern geben könnten, meinte der Verweser, wollten sie den Prinzen *Friedrich Karl von Hessen* wählen [vgl. Anm. 17]. Seine Majestät antwortete, er habe von dieser Kandidatur noch nie etwas gehört, könne aber sagen, daß sein Schwager ein vortrefflicher Mann sei. [...] Die finnischen Herren wollten, daß ich nochmals Seiner Majestät wegen des Prinzen *Friedrich Karl* Vortrag hielte. Ich verwies sie jedoch an Euere Exzellenz." — Vgl. ferner Niemann, Kaiser und Revolution S. 66 f.

[14]) Am 9. August hatte der finnische Landtag die Einführung der Monarchie beschlossen und die Regierung bevollmächtigt, Verhandlungen über einen Thronkandidaten aufzunehmen; vgl. Schultheß 1918/II S. 399 f.

[15]) Vgl. dazu die Telegramme Bussches an Berckheim 10. 8., 16. 8. und 23. 8. 1918 („Für Herrn Reichskanzler"), Bussche an Lersner 7. 7. 1918 (alles Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3); weiter *Frankfurter Zeitung* 27. 8. 1918 (2. Morgenblatt); *Berliner Lokalanzeiger* 26. 8. 1918 (Morgenblatt und Abendblatt); ferner die *WTB* Meldung vom 28. 8. 1918 — abgedr. *Frankfurter Zeitung* 29. 8. 1918 (1. Morgenblatt): „Herzog *Adolf Friedrich zu Mecklenburg* teilt dem *Wolffbureau* mit, daß sein Name zu Unrecht mit der Kandidatur für den finnischen Thron in Verbindung gebracht werde. Obwohl man ursprünglich von finnischer Seite an ihn herangetreten sei, stehe der Herzog allen diesen Kombinationen durchaus fern und einer auf ihn etwa entfallenden Wahl würde der Herzog nicht entsprechen."

des Freiherrn *v. Brandenstein*[16]) nach Finnland zu diesem Zweck geschickt. Der Erfolg war, daß die Finnen ihn unbedingt ablehnten und auf seine Einwendung, daß der Herzog ein kluger und zuverlässiger Mann sei, bei dieser Ablehnung sehr scharf blieben. Ich nannte ihnen als sehr geeigneten Kandidaten den Prinzen *Friedrich Karl von Hessen.*[17]) Mit diesem hat man dann auch Verhandlungen angeknüpft.[18]) Man hatte auch an einen Kaisersohn gedacht[19]), auch an Prinz *Friedrich Wilhelm von Preußen.*[20]) Das Auswärtige Amt riet aber unbedingt von einem Hohenzollern ab, und der Kaiser schloß sich dieser Meinung an[21]), was mir auch richtig erschien.

---

[16]) Geh. Legationsrat, Gesandter von Mecklenburg-Strelitz und -Schwerin. Frhr. *v. Brandenstein* hatte sich im Juli in Finnland aufgehalten, um Erkundigungen über die Aussichten einer Kandidatur des Herzogs einzuholen. Sein Vorgehen war in Finnland auf heftige Kritik gestoßen; dazu die Telegramme Bussches an Lersner, 7. 7. 1918 und Bussches an Berckheim, 10. 8., 16. 8. 1918; Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3.

[17]) Prinz *Friedrich Karl* (1868—1940), seit 1915 Landgraf von Hessen, war mit *Margarete von Preußen*, der jüngsten Schwester *Wilhelms II.*, vermählt. Zur Nennung des Prinzen *Friedrich Karl* als Thronkandidat vgl. Anm. 13; dazu Niemann, Kaiser und Revolution S. 67, es schien unbedenklich, „wenn der Kaiser seine Zustimmung zu einer Kandidatur seines Schwagers, des Prinzen *Friedrich Karl von Hessen* gab. In diesem Sinne wurde die Abordnung beschieden."

[18]) Am 9. 9. 1918 erklärte der Prinz sich auf die Anfrage einer finnischen Delegation bereit, die ihm angebotene Königskrone anzunehmen und wurde am 9. 10. 1918 gewählt. Vgl. Schultheß 1918/II S. 400; Fischer S. 679; Walther Hubatsch: Finnland in der deutschen Ostseepolitik 1917/18. In: Ostdeutsche Wissenschaft II (1955), S. 77 f.; C. Jay Smith: Finland and the Russian Revolution 1917—22, Athens (USA) 1958, S. 120 ff.; Eino Jutikkala: Geschichte Finnlands. Stuttgart 1964, S. 360.

[19]) Genannt wurde von den Finnen mehrfach Prinz *Oskar*, der zweitjüngste Sohn *Wilhelms II.*; besonders *Svinhufvud* hatte sich für den Prinzen eingesetzt; Bussche an Berckheim, 10. 8. und 23. 8. 1918 („Für Herrn Reichskanzler"), Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3; vgl. ferner *Frankfurter Zeitung* 27. 8. 1918 (2. Morgenblatt); dazu Baumgart S. 98 (Anm. 15), sowie die in der vorigen Anm. angegebene Literatur.

[20]) Generalmajor Dr. *Friedrich Wilhelm* Prinz *von Preußen* (1880—1925), ein Enkel des Prinzen *Albrecht*, des Bruders Kaiser *Wilhelms I.* Der Prinz war zuerst von *Ludendorff* empfohlen worden (Ludendorff an Hertling, 6. 7. 1918, Telegramm). Der Kaiser, telegraphierte Lersner am 18. 7. 1918 an Hertling und Ludendorff, erklärte sich „mit [der] Kandidatur des Prinzen *Friedrich Wilhelm von Preußen*" einverstanden. Am 5. 8. 1918 teilte *Hintze* dann *Lersner* und *Grünau* mit: „Prinz *Friedrich Wilhelm von Preußen* hat die Anfrage, ob er gegebenenfalls den finnischen Thron besteigen wolle, mit dem Ausdruck des Dankes für das ihm bewiesene Vertrauen verneinend beantwortet." (Alles Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3).

[21]) Nachdem der Kaiser im Juni und Anfang Juli die Kandidatur des Prinzen *Oskar* oder eines anderen Kaisersohnes abgelehnt hatte (Grünau an Reichskanzler, 12. 6. 1918; Ludendorff an Hertling, 6. 7. 1918; Bussche an Lersner, 7. 7. 1918; Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Finnland Nr. 10, Bd. 3), erklärte er sich Mitte August bereit, „Prinz *Oskar* zu ‚detachieren'." (Hintze an Auswärtiges Amt, 15. 8. 1918, a.a.O.). — Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts siehe insbesondere das Telegramm Bussches an Berckheim „Für Herrn Reichskanzler", 16. 8. 1918 (a.a.O.). *Bussche* schrieb unter Bezugnahme auf *Hintzes* Telegramm, der Kaiser habe früher *Kühlmann* durch *Grünau* gesagt, „daß ein preußischer Prinz für den finnländischen Thron nicht in Frage komme [. . .]. Kandidatur eines Kaisersohnes begegnet nach wie vor schwersten Bedenken. Sie würde Festlegung unserer Politik gegenüber Finnland und außerordentliche Erschwerung beim allgemeinen Frieden bedeuten. Bei unseren Mehrheitsparteien und den Bundesfürsten würde sie Widerspruch finden und so innere Lage verschärfen, die durch Entwicklung in Rußland an sich schon gespannt ist. Stelle gehorsamst anheim, Sr. Majestät nochmals diese Gesichtspunkte vorzutragen." — Vgl. weiter Niemann, Kaiser und Revolution S. 67.

Inzwischen waren an der Front erneut heftige Angriffe des Feindes, die allerdings abgewiesen wurden, das Bild dort aber doch sehr verschoben hatten.

Am 29. August fand eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem König von Bulgarien in Nauheim statt, wo dieser zur Kur weilte.[22]) Tee wurde im Schloß von Homburg eingenommen, wo ich den König von Bulgarien zum ersten Mal sprach. [Ich] hatte ganz den Eindruck, den auch der Kaiser und andere Herren hatten: außerordentlich klug und sehr gewandt, geschickt in der Unterhaltung, verschlagen, durchaus unaufrichtig und unzuverlässig.[23]) Nach dem Tee fand eine Besichtigung der Homburger Kirche statt. Der König ging an den Kaiser heran und versicherte ihm angesichts des Altars noch einmal seine unverbrüchliche Treue und Waffenbrüderschaft[24]), was Bulgarien nicht hinderte, nach 3 Wochen von uns abzufallen.

Am 30. August wurde *Plessen* zur Orientierung des Kaisers an die Front geschickt.

Am 31. August besichtigte der Kaiser die *Henschel*sche Fabrik, ging durch alle Arbeitsräume, sprach mit sehr vielen Arbeitern und zwar in sehr netter Weise.[25]) Überall sah man, daß das Kommen des Kaisers Freude bereitete, nirgends war eine Mißstimmung oder eine Gärung in der Arbeiterbevölkerung zu bemerken. Ich war von der Art und Weise, mit der der Kaiser mit den Arbeitern gesprochen hatte, durchaus befriedigt. Am Schluß wurde eine Reihe von Arbeitern ausge-

[22]) Zum Ablauf der Begegnung vgl. Lersner an das Auswärtige Amt, 29. 8. 1918, Telegramm (Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Bulgarien Nr. 5, Bd. 5): „Wir kamen gegen Mittag in Nauheim an. Der König, Prinz *Cyrill* und Gefolge waren an der Bahn. Die Monarchen blieben bis zum Tisch allein und aßen dann mit den Prinzessinnen und dem Prinzen *Cyrill*. Nach Tisch weitere Besprechung der Monarchen. Gegen ½4 Uhr Abfahrt im Kraftwagen nach Schloß Homburg, dort Tee und Besuch der Kirche." Siehe ferner Niemann, Revolution S. 67 f.; Ilsemann I S. 15; Müller, Marinekabinett S. 405; ferner die amtlichen *WTB*-Meldungen vom 29. und 30. 8. 1918 in: *Frankfurter Zeitung* 30. 8. 1918 (2. Morgenblatt) und 1. 9. 1918 (2. Morgenblatt).

[23]) Vgl. das positivere Urteil von Niemann, Kaiser und Revolution S. 68; zum politischen Inhalt der Gespräche vgl. die Telegramme Hintzes an Lersner vom 28. 7. 1918 (Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Bulgarien Nr. 5, Bd. 5). Dazu das Telegramm Lersners an das Auswärtige Amt, 29. 8. 1918, Wilhelmshöhe (a.a.O.) mit Mitteilungen *Wilhelms II.* „über die Besprechung mit dem König von Bulgarien, die unter vier Augen stattfand". Gesprächsthemen waren u. a. die polnische Frage, die deutsche Ostpolitik und die Lage an der bulgarischen Front. „Daneben fragte der König, ob wir *Burian* mit der bevorstehenden Friedensaktion beauftragt hätten, die unter österreichischer Führung stattfinden solle. Der Kaiser antwortete, daß davon keine Rede sein könne, wir würden keinesfalls für uns durch einen anderen Staat Friedensunterhandlungen beginnen. [. . .] Der König hat den Kaiser beschworen, die Führung in der Friedensfrage nicht den Österreichern zu überlassen. Bulgarien würde wohl gerne unter Deutschlands Führung, aber nicht einen Frieden aus *Burians* Hand haben wollen." „Seine Majestät bitten" — heißt es am Schluß des Telegramms — „Botschafter Graf *Wedel* anzuweisen, schnellstens dem Grafen *Burian* auseinanderzusetzen, daß Österreich nicht für uns in Friedensverhandlungen eintreten dürfe, und daß für keine Zentralmacht jetzt der Augenblick gekommen sei, Friedensschritte zu tun."

[24]) Vgl. dazu Niemann a.a.O. S. 68; ferner Müller, Marinekabinett S. 405; dazu das in Anm. 22 zit. Telegramm Lersners: „Vor dem Altar hat der König Seiner Majestät in feierlichster Weise erklärt, daß er und sein Haus bis zum letzten Atemzuge für das Bündnis mit Deutschland stehen würden. Der Kaiser antwortete, daß er, seine Regierung und das gesamte deutsche Volk ein stark verbündetes Bulgarien als eine gemeinsame Lebensnotwendigkeit erkannt hätten und fest zum bulgarischen König und Volk hielten."

[25]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 405.

zeichnet. Ich fuhr dann, nachdem ich zu meiner Freude die Kaiserin kurz hatte sehen können, wobei ich feststellte, daß äußere Veränderungen nicht bemerkbar waren, nachmittags 4 Uhr nach Berlin. Ankunft abends 1 Uhr.

In Berlin hatte ich in der Hauptsache Fraktionssitzungen insonderheit wegen Wahlvorlage.[26]) Hatte aber auch sonst politische Besprechungen mit *Hintze*, dem inzwischen aus Spa zurückgekehrten Kanzler, *Radowitz*, *Schorlemer*[27]), Rechtsanwalt *Claß*[28]), Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, *Westarp*[29]), *Waldow* wegen Ernährung. Ich erhielt am 3. früh [einen] Telefon[anruf] von Wilhelmshöhe von *Gontard* mit der Bitte, eiligst bald zurückzukehren, so daß ich am 3. abends, nicht wie ich ursprünglich beabsichtigte, am 4. abends abreiste.

Ich kam am 4. früh in Wilhelmshöhe an und erfuhr, daß der Kaiser sich am 2. ins Bett gelegt habe in völliger Apathie, [im] ähnlichen Zustand wie im November 1908 nach der *Bülow*-Affäre. *Gontard* und die anderen Herren der Umgebung fürchteten, daß der Kaiser diesem Zustand nachgeben würde, und hatten meine Rückkehr gewünscht, um energisch auf den Kaiser einzuwirken. Die kranke Kaiserin und auch *Niemann* hatten dieses aber schon mit Erfolg am 3. getan, so daß ich den Kaiser am 4. schon außer Bett und wieder leidlich teilnehmend vorfand, so daß ich mit ihm spazierengehen konnte. Ich war am 4. nachmittags eine halbe Stunde bei der Kaiserin auf dem Balkon.

Am 5. war *Ballin*[30]) beim Kaiser. Er hatte sich angemeldet, und ihm war gesagt, daß er kommen solle.[31]) Ich bin mit dem Kaiser und ihm eine Stunde im Park gegangen. Er sagte, daß er die allgemeine politische Lage für ernst ansähe und

---

[26]) Über *Bergs* Vorstellungen über die Behandlung der Wahlrechtsvorlage vgl. Anlage 5 und 6, S. 209 ff. sowie oben S. 100 und 134.

[27]) *Schorlemer* war Mitte August 1918 mit Vorschlägen für ein Gruppenwahlrecht in Preußen hervorgetreten; vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 467 (bes. Anm. 1, 3, 6 und 7) sowie unten Anlage 6, S. 211.

[28]) Heinrich *Claß* (1865—1953), von 1908—1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, während des Weltkrieges einer der Hauptverfechter einer weitreichenden Annexionspolitik, sowie Befürworter von Um- und Aussiedlungen („nationale Flurbereinigung"), 1917 Mitbegründer der Vaterlandspartei. Zu seiner Biographie vgl. NDB 3, dort weitere Literaturangaben.

[29]) Die auf S. 153 (Anm. 12) angeführten Schreiben *Bergs* hatte *Westarp* am 25. 8. 1918 beantwortet — Westarp II S. 560 f. — und *Berg* mitgeteilt, „die *Kreuz-Zeitung* und unsere für die Provinzpresse bestimmte Korrespondenz werde die Forderungen von Entschädigungen und Sicherungen in Belgien als zur Zeit nicht aktuell und um der inneren Einheit willen zurückhaltend behandeln; ein direktes Einschwenken halte ich nicht für richtig. [. . .] Bei einer Unterredung mit *v. Berg* Anfang September 1918 stimmte er mir zu." Westarp II S. 562.

[30]) Albert *Ballin* (1857—1918), Generaldirektor der Hamburg-Amerikalinie, war mit Kaiser *Wilhelm II.* befreundet.

[31]) Über das Zustandekommen und den Inhalt dieser Aussprache siehe Huldermann S. 372 ff.; Cecil, Albert Ballin S. 279 ff.; ferner Niemann, Kaiser und Revolution S. 75 ff.; Müller, Marinekabinett S. 407 f. Die Aussprache, die zuerst — offenbar im Auftrage *Ludendorffs* — von Oberstleutnant *Bauer* angeregt und von Hugo *Stinnes* befürwortet worden war, sollte dazu dienen, „den Kaiser aufzuklären über die sich verschlechternde militärische Lage und die Notwendigkeit eines Kanzlerwechsels" (Huldermann a.a.O. S. 373), und ihm die Dringlichkeit klarmachen, „sogleich Frieden zu schließen (innerhalb von 14 Tagen) und zwar über *Wilson*. Sonst breche die Revolution aus." (Müller a.a.O. S. 407).

daß man versuchen müsse, zu einem Frieden zu kommen.[32]) Der Kaiser und ich stimmten ihm bei, und der Kaiser erzählte ihm, daß bereits beschlossen sei, die Königin von Holland um Vermittlung anzugehen, daß diese Schritte im Gange seien.[33]) Ich war, und auch der Kaiser, der Meinung, daß die ersten Schritte bei England zu unternehmen seien. *Ballin* riet zu Amerika.[32]) Auf meine wiederholte Frage, welche Gründe er dafür habe, sagte er wörtlich: Ja, das ist so Mumm-Sache.

Später hat *Harden*[34]) nach der Revolution in einem Artikel in der *Zukunft* behauptet, *Ballin* habe den Kaiser nicht allein sprechen können. Ich habe das verhindert, sei dabeigewesen und *Ballin* habe daher nicht sagen können, was er sagen wollte.[35]) Das ist ganz unverständlich. Ich habe ihn daran nicht hindern wollen und nicht gehindert. Ich habe im Gegenteil immer wieder versucht, etwas von ihm herauszuholen.[36]) Meine Gegenwart konnte ihn nicht hindern, offen zu sprechen.[37])

---

[32]) Zu *Ballins* Äußerungen gegenüber dem Kaiser vgl. seine Aufzeichnungen über den Aufenthalt in Wilhelmshöhe — abgedr. bei Huldermann S. 375 f. Vgl. die bei Niemann, Kaiser und Revolution S. 76 f. vermerkte Äußerung *Ballins* über das Verhältnis zu Amerika: „Man müsse möglichst bald mit *Wilson* in Verbindung treten, der jetzt noch für eine Friedensvermittlung zu haben sei, bei längerem Warten aber mehr und mehr in die Hände der Kriegspartei gerate." — Zum Inhalt der von *Ballin* vorgetragenen Gedanken vgl. ferner seine *Müller* am 4. 9. 1918 übergebene Aufzeichnung; abgedr. bei Müller, Marinekabinett S. 408 f. Sie ging davon aus, daß Deutschland sich „im Spätherbst unserer Leistungsfähigkeit" befinde und „jeder Tag, der Deutschlands Erschöpfung vertieft", zum „Verhängnis" wird, skizzierte die „Trümpfe" in deutscher Hand und dessen „Aktiven" bei seinen Gegnern, forderte für Deutschland „Fairplay in der Rohstoffverteilung", sowie „Sicherung des territorialen Reichsbestandes und eines ergiebigen Kolonialbesitzes" und empfahl das, „was zugestanden werden muß, [...] früh, ehrlich, offen und öffentlich" zu gewähren — Vgl. die vorige Anm.

[33]) In *Ballins* Aufzeichnung — siehe die vorige Anm. — heißt es, der Kaiser habe die Richtigkeit der von ihm, *Ballin*, vorgetragenen Gedanken eingesehen, „glaubt aber mit den Verhandlungen warten zu müssen, bis der Herbst da ist und wir in die sichere *Hindenburg*-Stellung zurückgekehrt sind. Dann soll von der angebotenen Vermittlungstätigkeit der Königin von Holland Gebrauch gemacht werden." Vgl. auch Niemann, Kaiser und Revolution S. 77.

[34]) Maximilian *Harden* (1861—1927), ursprünglich Maximilian Felix Ernst *Witowski*, Publizist, hatte 1892 die Wochenschrift *Die Zukunft* begründet, in der er die Politik unter *Wilhelm II.* scharf attackierte. Zu seiner Biographie und Tätigkeit vgl. NDB 7 S. 647 ff., dort ausführliche Literaturangaben.

[35]) Artikel *Hardens* „Der Götterfunke (Stenogramm einer am sechzehnten November gehaltenen Rede)" in: *Die Zukunft* 23. 11. 1918, S. 177 ff. Darin heißt es u. a., *Ballin* sei es „nicht gelungen, den Kaiser allein zu sprechen. Der scheute die Wahrheit, die unter vier Augen ans Licht dringen konnte, und zog dem Gespräch den (auf seine Art sehr geschickten) Kabinettschef *v. Berg* zu, der behutsam dafür sorgte, daß dieses Gespräch nicht in irgendeine Tiefe hinabführen konnte." — Vgl. auch die folgende Anm.

[36]) *Hutten-Czapski* (II S. 502 f.) beobachtete das Gespräch vom Fenster und bemerkte, daß *Berg* „immerfort dazwischen" sprach. *Ballin* erzählte ihm im Anschluß an diese Unterredung, „er habe dem Kaiser offen die Lage in den feindlichen Hauptstädten und in Deutschland darlegen wollen. Herr *v. Berg* habe ihn aber dauernd unterbrochen, so daß er gar nicht in der Lage gewesen sei, dem Kaiser alles zu sagen, was er auf dem Herzen hatte. [...] Er, *Ballin*, habe jetzt die Hoffnung aufgegeben, weil er sähe, daß der Kaiser auch politisch ganz unter dem Einfluß der extremen Parteien und besonders *Bergs* stehe." Auch in seiner Aufzeichnung S. 375 — vgl. Anm. 32 — erhebt *Ballin* den Vorwurf, infolge der Anwesenheit *v. Bergs* „verlor die Unterhaltung die Freiheit, welche im Interesse des Kaisers selbst und

Am 6. September war der Kriegsminister[38]) in Wilhelmshöhe. Es handelte sich u. a. um das in Kassel auszusuchende Terrain für das neue Kadettenkorps. Ich hatte mit ihm und *Marschall* eine Konferenz. Es war beabsichtigt, *Ludendorff* noch einen älteren Generalstabsoffizier beizugeben, um ein Zwischenglied zu bilden zwischen ihm, *Ludendorff*, und den Abteilungschefs. Diese waren in ihren Ressorts recht einflußreich geworden, hatten oft Reibungen mit den Behörden und mit den Truppenführern, gaben *Ludendorff* durch ihre Vorschläge täglich Spritzen, auf die *Ludendorff* in seiner Lebendigkeit oft zu rasch einging. Um das zu ändern, sollte ein erfahrener, ruhiger älterer Generalstabsoffizier ausgesucht werden und *L[udendorff]* beigegeben werden. Wir einigten uns auf den Oberst *Heye*[39]), gegen den *Stein* ursprünglich war. Er fügte sich aber, da *Marschall* sagte, daß er *Ludendorff* genehm sei, und es keinen Sinn hatte, einen Mann hinzusetzen, gegen den *Ludendorff* evtl. Mißtrauen hatte.

Am 6. aß der Hetman der Ukraine, *[Skoropadski]*[40]), mit Gefolge beim Kaiser, und es wurden offizielle Reden ausgetauscht.[41]) Der Hetman machte einen ausgezeichneten Eindruck und der Besuch befriedigte ihn sehr.

Am 7. September aß ich mittags bei *Plüskows*, wurde aber gleich nach Tisch zurückgerufen, da der Kaiser mich sprechen wollte. Prinz *Friedrich Karl von Hessen* war angelangt, an den die Anfrage wegen des finnischen Thrones gekommen war.[42]) Ich sprach ihn lange. Er hatte wohl Neigung, wußte aber doch nicht, ob er den Schwierigkeiten gewachsen sei. Ich redete ihm zu. Er fuhr am Abend nach Berlin, um mit *Hintze* zu sprechen.

---

des Vaterlandes sehr erwünscht gewesen wäre." Vgl. dazu Niemann, Kaiser und Revolution S. 76. Siehe ferner Müller, Marinekabinett S. 407: „Ein Vortrag unter vier Augen, wie ihn *Ballin* sich gedacht hat und wie er auch nützlich gewesen wäre, ist es nicht geworden."

[37]) Vgl. dazu *Ballin* in seiner Aufzeichnung S. 376 (vgl. Anm. 32): „Da, wo ich zu freiheitlich wurde, griff Herr *v. Berg* geschickt ein und erklärte mir, als der Kaiser gegangen war, man dürfe den Kaiser nicht zu pessimistisch machen."

[38]) Hermann *v. Stein;* vgl. S. 115 (Anm. 5).

[39]) Wilhelm *Heye* (1869—1946), im Krieg Chef des Generalstabes des Schlesischen Landwehrkorps, seit September 1917 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Herzog *Albrecht*, wurde September 1918 zum Chef der Operationsabteilung der OHL berufen — vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 570 —, 1926—1930 Chef der Heeresleitung als Nachfolger *Seeckts*.

[40]) Im Or. irrtümlich „Kowopacki". — Pawel Petrowitsch *Skoropadski* (1873—1945), russischer General, war nach der Besetzung der Ukraine durch die Heeresgruppe *Eichhorn* im April 1918 zum Hetman der Ukraine ausgerufen worden; im Dezember 1918 mußte er zurücktreten. — Vgl. Schultheß 1918/II S. 489 f. und 498; Groener S. 398 f.

[41]) Zum Besuch des Hetmans vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 77 f.; Müller, Marinekabinett S. 410; Ilsemann I S. 16. Zum Inhalt der dabei gewechselten Begrüßungsworte des Kaisers und *Skoropadskis* siehe Schultheß 1918/I S. 272 f.

[42]) Siehe oben S. 106 und S. 163 f. (Anm. 17 und 18).

22. Vom 9. bis zum 25. September

Am 9. September verließen wir gegen 9 Uhr Wilhelmshöhe, um nach Essen zu fahren, gelangten dort ¼3 Uhr an, nahmen Wohnung auf dem Hügel bei *Krupps*

und besichtigten von 3 bis ½7 Uhr die Fabriken.[1]) Abends 8 Uhr Essen mit den Direktoren. Beide *Krupps*[2]) sehr einfach, liebenswürdig und sympathisch. Am Vormittag des 10. wurde die Besichtigung wieder durch mehrere Stunden fortgesetzt. Der Kaiser sprach wieder viele der Arbeiter an und unterhielt sich mit ihnen sehr freundlich. Überall hatte man gute Eindrücke[3]), und es war nichts von der so bald nachher einsetzenden Revolution zu merken. Eine Arbeiterin sagte: Unser Kaiser ist doch ein lieber Kerl.

Im Anschluß an die Besichtigung hielt der Kaiser in einer großen Halle nach kurzer Ansprache an *Krupp* vor ungefähr 1000 Arbeitern — alle *Krupp*-Arbeiter — eine lange Rede[4]), die damit endete, daß der Kaiser sie fragte, ob sie mit ihm bis zu einem guten Kriegsende ausharren wollten, worauf ihm mit lautem Ja geantwortet wurde.[5]) Ich hatte dem Kaiser eine Rede ausgearbeitet und sie ihm am Tage vorher gegeben.[6]) Er nahm sie auch mit aufs Podium, fing so an, wie ich [es] aufgezeichnet [hatte][7]), sprach dann aber seine eigenen Gedanken ganz frei und sehr lang [aus]. Vieles war gut, vieles nicht mehr geeignet für einen

---

[1]) Zum Besuch des Kaisers in den Krupp-Fabriken vgl. Müller, Marinekabinett S. 410 f.; Niemann, Kaiser und Revolution S. 78 f.; Ilsemann I S. 17.

[2]) Gustav *Krupp v. Bohlen und Halbach* (1870—1950), Gesandter a. D., seit seiner Vermählung mit Bertha *Krupp* (1866—1957), der Tochter Friedrich Alfred *Krupps*, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Friedrich-Krupp-A.G., ab 1909 Mitglied des preußischen Herrenhauses.

[3]) Eine sehr positive Schilderung über den Erfolg der Werksbesichtigung bei Ilsemann I S. 17; dagegen sprach nach Niemann, Kaiser und Revolution S. 78 der Kaiser „einzeln mit einer großen Anzahl von Arbeitern, ohne aber, wie mir schien, eine wirkliche Resonanz zu finden."

[4]) Nach Müller, Marinekabinett S. 411 „vor etwa 500 Beamten und Arbeitern", nach Niemann, Kaiser und Revolution S. 79 vor „1500 Beamte[n] und Arbeiter[n]", nach Ilsemann I S. 17 vor „1800 Arbeiterführern", die Rede dauerte nach Müller a.a.O. „fast ¾ Stunde", nach Ilsemann I a.a.O. „35 Minuten".

[5]) Mit kleinen stilistischen Abweichungen abgedr. in Schultheß 1918/I S. 276 ff.; *WTB* 12. 9. 1918 (1. Nachtausgabe); *Frankfurter Zeitung* 12. 9. 1918 (2. Morgenblatt); ein Auszug auch in: Ursachen und Folgen II S. 315 f. — Der Kaiser forderte zum Schluß seiner Rede, „wir müssen uns jetzt alle zusammenschließen zu einem Block [. . .]: Werdet stark wie Stahl, und der deutsche Volksblock, zu Stahl zusammengeschweißt, der soll dem Feinde seine Kraft zeigen. Wer also unter Euch entschlossen ist, dieser Meiner Aufforderung nachzukommen, wer das Herz auf dem rechten Fleck hat, wer die Treue halten will, der stehe jetzt auf und verspreche Mir anstelle der gesamten deutschen Arbeiterschaft: Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten. Dazu helfe uns Gott. Und wer das will, der antworte mit Ja! (Die Versammelten antworteten mit lautem Ja!) Ich danke Euch." *WTB* 12. 9. 1918 (1. Nachtausgabe). Vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 80. Zu den Abweichungen des veröffentlichten Textes von der tatsächlich gehaltenen Rede vgl. Anm. 10.

[6]) Dazu Ilsemann I S. 17: „Die vom Zivilkabinett ausgearbeitete Rede gab ich dem Kaiser am Abend zuvor und erhielt sie am nächsten Morgen von ihm zurück mit dem Auftrag, sie ihm im richtigen Augenblick auszuhändigen." Ähnlich Müller, Marinekabinett S. 411, der Kaiser habe sich vor Besteigen des Rednerpultes „die von *Berg* aufgesetzte Rede [. . .] aushändigen lassen"; nach Niemann, Kaiser und Revolution S. 80, hat der Kaiser beim Gang zum Rednerpult aus der Hand *Bergs* „ein Schriftstück entgegengenommen [. . .], das vereinbarte Stichworte enthielt."

[7]) Dazu heißt es bei Ilsemann I S. 17: „Ich reichte sie [die Rede] ihm, als er das Rednerpult betrat, sie blieb aber in ihrem Deckel und wurde überhaupt nicht benutzt. Der Kaiser sprach aus dem Stegreif und ereiferte sich so dabei, daß ihm das Wasser auf die Stirne trat." Auch Müller a.a.O. notierte, der Kaiser hielt seine Rede, „ohne sich im mindesten an das Konzept zu halten".

Zeitpunkt, wo man schon wußte, daß ein Sieg nicht errungen werden konnte wo es eben im Lande die größten Schwierigkeiten mit [der] Ernährung usw. gab

Ich war daher auch nicht mit dem Inhalt einverstanden.[8]) *Gayl*[9]), der stellvertretende kommandierende General, fragte mich beim Herausgehen: Sie sehen ja so rot aus? Ich antwortete ihm: Wundern Sie sich darüber nach der Rede? Wir mußten schleunigst nach dem Bahnhof, da unser Zug abgehen mußte. Ich nahm den Mann vom *Wolffschen Büro*, welcher stenographiert hatte, [mit] in den Zug nach Spa und habe im Zuge und in Spa, wo wir um 6 Uhr ankamen, die Rede bis ½9 Uhr so zusammengestellt, wie sie veröffentlicht werden konnte.[10]) [Ich] änderte viel und ließ manches fort. Der Kaiser fragte mich, als er im Zuge zu Tisch ging, ob ich zufrieden wäre. Ich sagte: Mit dem Anfang sehr, mit anderem bin ich nicht ganz einverstanden.[11]) Das verstimmte den Kaiser wohl, er ließ es sich aber nur wenig merken.

Auf dem Bahnhof in Spa waren zum Empfang *Hindenburg*, *Ludendorff*, *Scheer*, *Hintze*.[12]) Ich will noch bemerken, daß die Besuche in den Fabriken von *Henschel* und *Krupp* von mir besonders befürwortet [worden] waren, um den Kaiser in persönlichen Verkehr mit den Arbeitern zu bringen, weil ich mir hiervon und von einer Rede an die Arbeiter bei den gespannten Verhältnissen einen guten Erfolg versprach. Ich hatte das auch mit *[Fendrich]*[13]) besprochen. Es sollte

---

[8]) Vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 80, „je mehr der Kaiser sich steigerte, um so offenkundiger wurde die Ablehnung [bei den Zuhörern]. [. . .] Erst am Schluß gelang es dem Kaiser wieder, zu packen. [. . .] Immerhin hatten wir alle das Gefühl, daß der Wurf mißlungen war." Ferner Müller a.a.O., der die Rede als „rhetorisch sehr gewandt, inhaltlich sehr unpolitisch" charakterisiert und ihre Aufnahme „seitens der Arbeiter" als „äußerst kühl" kennzeichnet.

[9]) Egon Frhr. *v. Gayl*, Kommandierender General des 7. Armeekorps.

[10]) Vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 80, *v. Berg* „ging sofort daran, die notwendigsten redaktionellen Änderungen für die Veröffentlichung der Rede in der Presse vorzunehmen", was „bei den langen improvisierten Ausführungen des Kaisers [. . .] auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten" stieß. Ferner Müller, Marinekabinett S. 411: „Dann hatte *Berg* schwere Arbeit mit dem Frisieren der Rede für die Presse. [. . .] Die Wandlung war dabei leider noch nicht einschneidend genug gewesen." — Vgl. ferner Ilsemann I S. 17.

[11]) Vgl. Müller a.a.O.: „Als Se. Majestät zum Essen in den Speisewagen kam, fragte er *Berg* über seine Rede. *Berg* antwortete:, ¾ Stunde gut, ¼ schlecht.' Umgekehrt wäre zutreffender gewesen." Vgl. ferner Niemann a.a.O.: „Herr *v. Berg* machte dem Kaiser gegenüber aus seinem Zweifel [über die Rede] kein Hehl [. . .]." Dazu Ilsemann I S. 17: „Als der Kaiser nachher zu *Berg* sagte: ‚Na, wie fandest du meine Rede?' war die Antwort nicht sehr zustimmend, worauf der Kaiser *Berg* ziemlich scharf anfuhr: ‚Ja, ich weiß ja, ich kann reden, was ich will, euch paßt es ja doch nie!'"

[12]) Vgl. Müller, Marinekabinett S. 411.

[13]) Im O1.: „Fähndrich". — In den Quellenbelegen über die Unterredungen zwischen *Fendrich* und *Berg* vom 24./25. 8. 1918 — vgl. S. 162 f. — ist nichts von einer solchen Absprache erwähnt. — In dem Schreiben vom 9. 8. 1918 an Prinz Max — vgl. oben S. 163 (Anm. 10) — hatte *Fendrich* eine öffentliche Kundgebung der Krone angeregt. „Ich weiß nicht", — schrieb *Fendrich* dem Prinzen am 19. 9. 1918 — Fendrich, Die Kluft S. 93 — „wieviel in der Essener Kaiserrede durch meinen Brief [vom 9. 8.] mitbestimmt war." — In dem Schreiben vom 28. 8. 1918, mit dem Lersner Hertling den Brief *Max von Badens* vom 15. 8. 1918 mit Anlagen übersandte — S. 163 (Anm. 10) — teilte er mit, „daß der Kaiser von hier aus sich im Laufe der nächsten Woche nach Essen zu *Krupp* begeben wird. Vielleicht halten Eure Exzellenz es erwünscht, daß Seine Majestät bei dieser Gelegenheit einige von Euerer Exzellenz

bald Kiel folgen[14]), und ich hatte auch noch einen Besuch in den Militärwerkstätten Spandau geplant.

In diesen Tagen hatte der Kaiser einen langen Brief von dem Prinzen *Max von Baden* erhalten[15]), in dem er sich als Kanzler anbot, weil er glaubte, daß er die verschiedenen Parteien versöhnen könne, und weil es ihm infolge seiner mannigfachen Beziehungen durch das Rote Kreuz etc. gelingen könne, einen guten Verständigungsfrieden mit den Feinden zustande zu bringen. Der Brief sollte, so bat er, nur für den Kaiser persönlich bestimmt sein. Der Kaiser gab mir jedoch den Brief, sonst sah ihn niemand. Ich sagte dem Kaiser, daß ich den Prinzen *Max* bei seinen mangelnden Erfahrungen und seiner Weichheit für gänzlich ungeeignet hielt, und der Kaiser schloß sich dieser Meinung vollkommen an. Ich legte dem Kaiser eine Antwort vor des Inhaltes, daß der gute Wille ganz anerkannt würde, daß aber der Kaiser bei einem evtl. Wechsel schon eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen hätte.[16]) Wir dachten damals an *Falkenhausen*.[17]) Der Prinz hatte sich auch besonders auf seine guten Beziehungen zu den Sozialdemokraten berufen, insonderheit *[Fendrich]*.[18]) Ich glaube, daß er auch *Ebert* kannte.[19])

Am 12. September war eine türkische Abordnung unter einem türkischen Prinzen mit *[Talaat Pascha]*[20]) beim Kaiser zur Notifizierung der Thronbesteigung des neuen Sultans. Es war infolgedessen größere Mittagstafel, an der auch *Hindenburg*

---

formulierte Worte spricht". (Pol. Archiv, Gr. H.Qu., S.M. Nr. 36, Bd. 4). — *Hertling* antwortete *Lersner* darauf mit Telegramm vom 3. 9. 1918 (a.a.O.): „Die Gelegenheit des Besuchs bei *Krupp* halte ich nicht für geeignet zu einer Kaiserlichen Kundgebung im Sinne des Prinzen *Max von Baden*. Im übrigen bin ich einverstanden mit dessen Gedankengängen. Ich werde die Angelegenheit mit Herrn *v. Berg* besprechen und darauf später zurückkommen. Reichskanzler Graf *Hertling*."

14) Vgl. unten S. 174.

15) Vgl. Prinz Max von Baden S. 315f.: „Ich schrieb an den Kaiser und stellte mich ihm zur Verfügung. Ich schilderte die tödliche Gefahr [. . .] und fügte Dokumente bei, die überzeugen mußten." A.a.O. S. 316 sind Auszüge aus dem Schreiben abgedr., in denen der Prinz sein Programm entwickelte.

16) Vgl. den Wortlaut des Antworttelegramms *Wilhelms II.* vom 11. 9. 1918 — abgedr. Prinz Max von Baden S. 316: „Ich danke Dir von Herzen, Ich empfinde tief Deine selbstlose Treue und Deine freundschaftliche Gesinnung, unsere Ansichten sind in der Grundlage übereinstimmend, in diesem Sinne arbeite Ich und sind von Mir alle Weisungen gegeben und die Vorbereitungen getroffen. Zur Zeit kann anderes nicht in Aussicht genommen werden.
Mit treuen Grüßen *Wilhelm*."

17) Vgl. Anm. 27 und 33, sowie oben S. 137 und S. 144 f. (Anm. 11).

18) In dem Schreiben des Prinzen *Max* an den Kaiser — vgl. Anm. 15 — wird *Fendrich* nicht erwähnt; dagegen in dem Brief des Prinzen vom 15. 8. 1918; vgl. Anm. 13. — Über die Beziehungen des Prinzen zu Anton *Fendrich* vgl. Fendrich, Die Kluft, passim — dort auch der Briefwechsel abgedr.; ferner Prinz Max von Baden S. 288 und 291 f.

19) Vgl. Prinz Max von Baden S. 319.

20) Im Or.: „Tettin Pascha". — *Berg* vermengt hier zwei verschiedene Vorgänge. Am 12. 9. 1918 überreichte eine türkische Delegation unter Führung von Prinz *Abdul Rahim* dem Kaiser die Notifikation der Thronbesteigung Sultans *Mehmed V.* — Schultheß 1918/I S. 280; Müller, Marinekabinett S. 411; am 14. 9. 1918 hielt sich der türkische Großvezir *Mehmed Talaat Pascha* zu Besprechungen im Großen Hauptquartier auf; Müller a.a.O. S. 413; *Frankfurter Zeitung* 15. 9. 1918 (2. Morgenblatt).

und *Ludendorff* teilnahmen. *Ludendorff* wurde bei Tisch herausgerufen, da beunruhigende Nachrichten von der Front gekommen waren.[21])

Die nächsten Tage waren beherrscht von der zur Kenntnis gelangten Absicht Österreichs, eine erneute öffentliche Friedensaktion in Szene zu setzen[22]), die wir für ungeeignet und schädlich hielten. Ich war am 14. vormittags mit dem österreichischen Militärbevollmächtigten[23]) beim Kaiser, nachmittags wieder mit ihm und *Marschall* bei S. M. Es wurde mit allen Mitteln versucht, Österreich von seiner verderblichen Absicht abzuhalten.[22]) Es war jedoch vergeblich.

Am 15. wurde vom Kaiser der langersehnte Abgang des Chefs des Marinekabinetts *Müller* angekündigt, was mir schon seit einiger Zeit bekannt war.[24]) *Müller* war, wie ich schon früher ausgeführt habe, sehr isoliert. Ein nahes Verhältnis zwischen ihm und dem Kaiser bestand nicht mehr. Er zog sich sehr zurück, angeblich auch wegen Magenverstimmung. Er hat außerdem dem Admiral *Scheer* gegenüber angegeben, daß ihn auch sein schlechtes Verhältnis zu mir zum Rücktritt vor Friedensschluß, welchen Termin er früher in Aussicht genommen hatte, bestimmte. Tatsächlich standen wir uns äußerlich immer ganz gut; es ist nie zu irgendwelchen Auseinandersetzungen gekommen. Richtig war es allerdings, wenn *Müller* fühlte, daß wir in unseren Ansichten sehr weit auseinandergingen. *Trotha*, ein sehr vortrefflicher und gewandter Mann, sollte Nachfolger werden[24]), eine sehr gute Wahl. Tatsächlich ist es dazu nicht mehr gekommen. Die Ereignisse führten dazu, daß ich noch vor *Müller* ging[25]), dieser bis zum Ausbruch der Revolution blieb.

Am 16. war der Kronprinz in Spa. Es war ein sehr schöner warmer Sommertag. Der Kaiser ließ mich nachmittags zur Autofahrt holen. Mit dem Kronprinzen zusammen fuhren wir über das Venn und Malmedy. Daß ich gerufen wurde, war wohl die Folge des bedauerlichen Umstandes, daß der Kaiser ungern mit dem Kronprinzen allein war, was dieser, wie auch die anderen Söhne, sehr empfand. Der Kronprinz suchte mich dann noch am 17., vormittags, auf, und ich hatte mit ihm ein langes Gespräch über die Lage, welche er auch schon als sehr ernst ansah. Mir schien es natürlich auch immer mehr [so], aber ich sah weder die militärische noch die politische Lage als hoffnungslos an. Sie brauchte

---

[21]) Es war die Meldung von dem Einbruch amerikanischer und französischer Truppen in den St.-Mihiel-Bogen; vgl. Müller, Marinekabinett S. 411 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 572 f.

[22]) Österreich-Ungarns Note an alle kriegsführenden Mächte vom 14. 9. 1918 mit der Aufforderung zu Vorverhandlungen über den Frieden. Text der Note vielfach abgedr., u. a. in: Amtliche Urkunden S. 20 ff.; *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* 15. 9. 1918 (Morgenblatt). — Zu den Hintergründen des österreichisch-ungarischen Friedensschrittes und den Versuchen der deutschen Stellen, dieses Vorgehen zu verhindern, siehe Quellen 1/II (die im Register unter: „Burian" und „Österreich-Ungarn" angegebenen Stellen); Amtliche Urkunden S. 13 ff.; WUA 2 S. 244 f., 247, 352 ff.; Bredt, Gutachten S. 284; Erzberger, Erlebnisse S. 306 f.; Helfferich, Weltkrieg III S. 513 ff.; Burian S. 281, 284 ff.; Prinz Max von Baden S. 319; Cramon, Unser Bundesgenosse S. 177 ff., dort S. 178 f. die Depesche Wilhelms II. an Kaiser Karl vom 14. 9. 1918 abgedr.

[23]) Oberst *v. Bienerth;* vgl. S. 106.

[24]) Vgl. dazu Müller, Marinekabinett S. 413 f.; ferner oben S. 155.

[25]) Zum Abgang *Bergs* vgl. unten S. 192 ff.

es auch nicht zu sein, wenn man sich selbst nicht aufgab. Ich aß am 17. abends beim Feldmarschall. *Cramon* kam aus Wien an, der von dort Bericht erstatten sollte[26]) und am 18. vormittags bei mir war. Ich war am 18. mittags in Aachen und aß beim Generalgouverneur *v. Falkenhausen*[27]) im Quellenhof.

Abends um 11 Uhr fand Abfahrt des Kaisers mit Umgebung nach der Südfront statt.[28]) Fahrt über Bingerbrück – Mainz – Darmstadt – Karlsruhe – Freiburg – Mülhausen. Ankunft am 19. ½3 Uhr in Napoleonsinsel bei Mülhausen. Der Kaiser fuhr von dort aus mit kleiner Umgebung an die Front. Der Zug fuhr nach Colmar, wo wir ¾6 Uhr nachmittags ankamen, so daß noch Gelegenheit war, die sehr schöne alte Stadt zu besehen. Viele Denkmäler aus französischer Zeit, die Deutschland unversehrt hatte stehen lassen. Abends nach Rückkehr des Kaisers Weiterfahrt über Straßburg. Am 20. waren wir früh auf dem Bahnhof in St. Avold. Der Kaiser fuhr an die Front; ich mit Graf *Platen* nach dem nahen Besitz des Kaisers, Urville (Arweiler), besah mir Haus, Garten, Pachthof, sprach mit dem netten Pächter, [einem][29]) Offizier, der jetzt zu Hause war. Der Pachthof [war] übrigens recht mangelhaft an Gebäuden, sonst alles hübsch hergerichtet vom Kaiser. Er sollte es heute am Nachmittag zum letzten Mal sehen. Es wurde auch damals schon manches, was sich im Herrenhaus befand — ein Schloß war es nicht — zur Abbeförderung bestimmt. Der Kaiser kam am Nachmittag um 5 Uhr zurück, der Zug fuhr nach Homburg-Biedingen. Am 21. früh waren wir in Fresnes.[30]) Um ½10 Uhr fuhr ich mit dem Kaiser im Auto nach dem Lazarett und dem Soldatenheim in [Briey].[31]) Abordnungen der in der Nähe befindlichen Divisionen wurden begrüßt und gesprochen. Armeeabteilung des Generals *Fuchs*.[32])

Wir fuhren zurück über das Schlachtfeld St. Privat, sahen seine Denkmäler. Gegen 2 Uhr waren wir wieder im Zug, fuhren mit der Moselbahn über Koblenz und Köln und waren in der Nacht in Spa. Von der Front, von der 2. Armee, waren gute Nachrichten eingetroffen, und der Kaiser trank abends bei Tisch auf das Wohl der 2. Armee.

Am 22. September fuhr ich abends 5 Uhr nach Berlin, traf am 23. früh ein. Ich sprach dort im Laufe des Tages *Heinrichs*, *Eulenburg*, *Falkenhausen*[33]) (Sohn),

---

[26]) Zum Aufenthalt *Cramons* im Großen Hauptquartier vgl. Cramon, Unser Bundesgenosse S. 180.

[27]) Vgl. Nachlaß Falkenhausen Nr. 2: *Berg* habe ihm „mehrfach versichert, daß er den Rücktritt *Hertlings* dringend wünschte. [...] *Berg* verharrte aber bis zuletzt bei seinen Absichten [einer Kanzlerschaft *Falkenhausens*] und hat noch Mitte September bei einer Zusammenkunft in Aachen mit mir darüber gesprochen [...]."

[28]) Über diesen Frontbesuch vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 82 f.; Müller, Marinekabinett S. 415 f.

[29]) Im Or.: „welcher".

[30]) Fresnes-en-Woevre.

[31]) Im Or. irrtümlich: „Brié"; vgl. Niemann, Kaiser und Revolution S. 82.

[32]) Generalleutnant *Fuchs*, Kommandeur der Armeeabteilung C.

[33]) Unterstaatssekretär Friedrich Frhr. *v. Falkenhausen* (1869—1946), Sohn des Generalgouverneurs von Belgien, Ludwig *v. Falkenhausen*, seit 5. 6. 1918 Reichskommissar für Kurland und Litauen. — Diese Unterredung war offenbar ein erneuter Versuch *Bergs*, Generaloberst Ludwig *v. Falkenhausen* auf den Reichskanzlerposten zu lancieren; vgl. oben S. 121 f., 137 und 171, sowie Anlage 3, S. 206 f.

den Kanzler, *Kapp*[34]), *Goßler*[35]) (Carlowitz), *Loebell*[36]), *Schorlemer*, *Hintze*.[37]) Ich traf *Else*, die in Berlin mit *Leonie* [war] — letztere erkrankt — und frühstückte mit ihr bei Mitzler, war abends im Kasino und fuhr um ½12 Uhr nach Hamburg ab, wo ich den Hofzug traf zur Fahrt nach Kiel.

Ankunft[38]) am 24. früh um 9 Uhr vormittags in Kiel.[39]) Besichtigung von Werftanlagen, Parade von Marinetruppen in [Kiel].[40]) Frühstück im Schloß beim Prinzen *Heinrich* mit dem Herzog und der Herzogin von Meiningen[41]), die ich nach langen Jahren wiedersah. Sie waren sehr freundlich zu mir, äußerlich sehr verändert, alt geworden, aber mit dem Versuch, es nicht zu zeigen, was einen ungünstigen Eindruck machte, worüber sich auch der Kaiser später zu mir aussprach. Am Nachmittag suchte ich den Oberpräsidenten *Moltke*[42]) im Hotel, in dem er wohnte, auf. Von ¼4 Uhr bis ½6 Uhr Fortsetzung der Besichtigung der Werft. Abends aß ich mit dem Kaiser im Marinekasino, saß zwischen *Scheer* und *Dalwigk*.[43]) Werftarbeiter und Marinesoldaten hatten überall einen guten Eindruck gemacht. Nirgends merkte man etwas von einer Gärung oder Unzufriedenheit. Es ist auch nicht im Privatgespräch darüber gesprochen [worden]. Trotzdem hier nach kaum 6 Wochen der Aufruhr! Ich empfand es nur damals als unzweckmäßig, daß der Kaiser sehr rasch durch die Werftanlagen geführt wurde. Es ging immer im raschen Schritt, so daß der Kaiser nur sehr wenig dazu kam, mit einzelnen Arbeitern zu sprechen, und doch war das nach meiner Ansicht die Hauptsache. Ich konnte mich aber nicht einmischen, denn die Arrangements lagen in den Händen des Marinekabinetts.

Am nächsten Tag fuhren wir bei ziemlich unfreundlichem Wetter nach Eckernförde, waren auf dem [. . .].[44]) Dort Besichtigung, Frühstück, bei dem ich

---

[34]) Über ihn vgl. oben S. 127 (Anm. 19).

[35]) Wahrscheinlich Alfred *Goßler* (1867—1946), Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1908, MdR 1915—1918 (konservativ); vgl. Anlage 6, S. 211.

[36]) Friedrich Wilhelm *v. Loebell* (1855—1931), 18. 4. 1914—5. 8. 1917 preußischer Minister des Innern.

[37]) Offenbar dienten diese Gespräche u. a. dazu, die Stimmung für eine Ersetzung *Hertlings* durch *Bülow* zu sondieren, wie die Eintragung Valentinis in seinen Tagebüchern vom 24. 9. 1918 andeutet: „Nachm[ittags] telef[onisches] Gespr[äch] mit H[ans] *Delbrück*, der mir mitteilt, daß *Hertlings* Abgang so gut wie sicher u[nd] daß *Berg*, der gestern in Berlin, zu — Fürst *Bülow* gefahren sei!"

[38]) Von „Ankunft" bis „vormittags" in der masch. Abschrift des Manuskriptes im Nachlaß Berg Nr. 2 wiederholt.

[39]) Zum Verlauf des Besuches in Kiel vgl. Müller, Marinekabinett S. 417 f.; Niemann, Kaiser und Revolution S. 83 ff.

[40]) Lesart unsicher.

[41]) Herzog *Bernhard* und Herzogin *Charlotte*, eine Schwester Kaiser *Wilhelms II.*

[42]) Der ehemalige preußische Innenminister (1907—1910) Friedrich *v. Moltke* war vom 1. 9. 1914 bis 1919 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein; seit 1910 Mitglied des preußischen Herrenhauses.

[43]) Konteradmiral Frhr. *v. Dalwigk zu Lichtenfels*.

[44]) Nicht zu entziffern. — Es handelte sich um eine Besichtigung der U-Bootschule und der „Torpedo- und Marineeinrichtungen" in Eckernförde; vgl. Anm. 39.

zwischen *Bachmann*[45]) und *[Rebeur]*[46]) saß und nachmittags Übung und Parade der U-Boote. Am Schluß Ansprache des Kaisers an die U-Boot-Kommandanten und —Mannschaften. Alles machte einen ausgezeichneten Eindruck. Zurück nach Kiel gegen 7 Uhr, Abfahrt des Zuges um 8 Uhr.

[45]) Vizeadmiral Gustav *Bachmann* (1860—1943), Chef der Marinestation der Ostsee.

[46]) Im Or.: „Babeur". — Vizeadmiral Hubert *v. Rebeur-Paschwitz*, Flügeladjutant des Kaisers, bei Kriegsbeginn Befehlshaber der deutschen Marinestreitkräfte im Mittelmeer.

E. Die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Regierung des Prinzen Max von Baden

23. Der Entschluß zur Kriegsbeendigung und zur Parlamentarisierung der Reichsleitung

Ich verließ den Hofzug wieder in Hamburg und fuhr nach Berlin, wo ich am 26. [September] früh eintraf. Ich habe in den drei Tagen meines Aufenthaltes in Berlin viele Menschen gesprochen, um mich über die Stimmung in Berlin und im Lande zu orientieren, u. a. mit *Loebell*, *Baudissin*[1]), *Goßler*, *Schorlemer*, Kultusminister *Schmidt*, *Schrey*[2]) aus Danzig, *[Yorck]*[3]), *Drews*, *Oldenburg*[4]), *Eulenburg*, *Heinrichs*, *Stresemann* und *Fehrenbach*[5]), die Führer der Nationalliberalen[6]) und des Zentrums, und der Kanzler.[7]) Ich gewann den Eindruck, daß der Kanzler nicht im Stande sei, die Zügel in fester Hand zu behalten, daß bei der schwierigen Lage an der Front, bei der Unmöglichkeit, einen Sieg zu erringen und bei den wachsenden Schwierigkeiten im Innern ein Wechsel im Kanzleramt notwendig sei, daß [dies] auch das Zentrum, aus dem *Hertling* hervorgegangen, einsehe[8]),

---

[1]) Gemeint ist wahrscheinlich Admiral z. D. Friedrich Graf *v. Baudissin* (1852—1921), 1908/09 Chef des Admiralstabes, 1909—1912 Chef der Marinestation der Nordsee.

[2]) Otto Carl *Schrey* (geb. 1853), Generaldirektor der Waggonfabrik Danzig A. G., Gründer und Leiter des Verbandes Ostdeutscher Industrieller; stellvertretender Reichskommissar für die Ausfuhr von Eisenbahnwagen und Vorsitzender der Eisenverbraucher im Eisenwirtschaftsbund.

[3]) Im Or.: „York". — Wahrscheinlich Heinrich Graf *Yorck v. Wartenburg*, Landrat a. D., erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses.

[4]) Elard v. *Oldenburg-Januschau* (1855—1937), Konservativer Agrarier. — *Berg* wollte seine „Ansicht zu der vielfach besprochenen Frage hören, ob eine Koalitionsregierung [von den Konservativen bis zur SPD] oder die Diktatur am Platze sei." Vgl. Oldenburg-Januschau S. 205.

[5]) Constantin *Fehrenbach* (1852—1926), MdR 1903—1918, prominenter Zentrumspolitiker, seit 8. 6. 1918 Präsident des Reichstages; Fraktionsvorsitzender und damit gleichzeitig auch Leiter des Reichsparteiausschusses war jedoch Adolf *Gröber*.

[6]) *Stresemann* war seit 1917 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Nationalliberalen.

[7]) Zum Inhalt der Unterredungen vgl. die Mitteilung des preußischen Ministers des Innern in der Sitzung des Staatsministeriums vom 27. Sept. 1918 (Protokoll im Nachlaß Heinrichs Nr. 28; abgedr. in Quellen I/II S. 704 ff.): „Ferner habe er mit dem Herrn Geheimen Kabinettsrat *v. Berg* gesprochen und dieser habe gemeint, nach seinen Erkundigungen sei Aussicht vorhanden, daß die Vorlage [über die preußische Wahlrechtsreform] schon in der Kommission [des Herrenhauses] angenommen werde." Siehe ferner die Tagebücher Valentinis vom 26. 9. 1918: „Abends 11 Uhr telefoniert mich *Delbrück* an: *Berg* ist zurück mit *Bülow*. Wünscht, daß ich eingreife, um dies zu verhindern! Lehne ab."

[8]) Noch am 23. 9. 1918 hatte die Fraktionsmehrheit jede Aktion gegen *Hertling* abgelehnt und sein Verbleiben als Reichskanzler befürwortet; vgl. Rudolf Morsey: Die deutsche Zentrumspartei 1917—1923. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 32). Düsseldorf 1966, S. 72 f.; Quellen 1/II, Aktenstücke von September 1918, bes. S. 672 und 694 f.; Epstein S. 289 f.; Erzberger, Erlebnisse S. 308. — *Gröbers* Rede im Hauptausschuß vom 25. 9. 1918, in der er sich kritisch mit der Politik der Regierung *Hertling* auseinandersetzte, leitete jedoch die Distanzierung des Zentrums von *Hertling* ein; vgl. Hertling S. 171 f.; Quellen 1/II S. 703 und 708 f.; Schultheß 1918/I S. 304; Payer S. 79 f.; Hermann Cardauns: Adolf Gröber. Unter Benutzung des Nachlasses. (Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern Bd. 30). M.-Gladbach 1921, S. 129 f.

und beschloß, demgemäß den Kaiser zu orientieren und ihm Vorschläge zu machen. Meines Erachtens war in diesem Moment ein kluger energischer Militär am Platze, dem man die größtmöglichsten Vollmachten geben müsse.[9]) Mein Kandidat war *Falkenhausen*, der nach meiner Ansicht Klugheit mit Energie verband.[10]) Er hatte mir in diesen Tagen weitgehende Pläne auf Veränderung in der Regierung geschickt, von denen mir jedoch keine Mitteilung gemacht wurde.[11])

Mit *Hintze* habe ich nur telefonisch gesprochen, konnte ihn nicht aufsuchen, da er dauernd besetzt war. Er teilte mir am 28. mit, daß er nach Spa am Mittag fahre[12]), ob ich nicht schon mitkommen könne. Ich mußte dies ablehnen, da ich noch für den Nachmittag Herren, u. a. *Stresemann*, zu mir gebeten hatte. Ich erfuhr auch erst gegen Abend, vielleicht sogar erst auf der Bahn, daß auch der Kanzler nach Spa reise.[13])

Am 29., auf der Fahrt nach Spa, war ich am Vormittag eine Weile beim Kanzler in seinem Salonwagen. Er war begleitet vom Staatssekretär Graf *Roedern*, *Radowitz*, *Winterfeldt*.[14]) Ich wurde politisch nicht orientiert, ob absichtlich nicht — wahrscheinlich wohl — oder weil man mich für orientiert hielt, weiß ich nicht genau. Jedenfalls wurde mir nachträglich klar, daß *Hertling* nur nach Spa fuhr, um seinen Abschied zu nehmen[15]), daß eine Aufnahme der Demokraten und Sozialdemokraten geplant war[16]), daß *Hintze* zu diesem Zweck voraus-

---

[9]) Vgl. dazu Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 265 f. *Delbrück* bezieht sich auf eine Mitteilung seines Neffen Gottfried *v. Dryander*, 1914—1920 Vortragender Rat im Zivilkabinett: „Man trage sich in der Umgebung des Kaisers mit dem Gedanken, einen älteren General zum Diktator oder zum Reichskanzler mit erweiterten Befugnissen zu machen und den Reichstag bei nächster Gelegenheit zu schließen."

[10]) Vgl. dazu oben S. 121 f., 137, 144 f. (Anm. 11), 154 und 171.

[11]) Über *Falkenhausens* Vorstellungen vgl. Anlage 3, S. 206 ff.

[12]) Vgl. dazu WUA 2 (Aufzeichnung Hintzes vom 14. 8. 1922) S. 399 und 403.

[13]) *Hertling* hatte sich erst, nachdem Oberst *v. Winterfeldt* „in der Frühe" des 28. 9. 1918 ihn darüber informiert hatte, die OHL sei zu der Ansicht gekommen, „daß eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Basis notwendig geworden sei", dazu entschlossen, nach Spa zu reisen. Hertling S. 176; Hertling an seine Frau, 30. 9. 1918, Nachlaß Hertling Nr. 23. Vgl. dazu WUA 2 S. 253; Militär und Innenpolitik Nr. 475 (Anm. 19). Siehe ferner die Aufzeichnung Heinrichs vom Oktober 1918 (abgedr. Quellen 1/II S. 796 ff.; Or. im Nachlaß Heinrichs Nr. 30): „Am 28. telefonierte *Stirum* aus Spa: ‚man' bäte den Kanzler, sofort mit *Roedern* u. *Hintze* nach Spa zu kommen, ‚man' habe die Auffassung, daß die Regierung auf eine breitere Grundlage gestellt werden müsse. Da der Kaiser in Kassel, *Hertling* in Berlin war, so könnte ‚man' nur die Oberste H[eeresleitung] sein." Vgl. dazu Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 580; WUA 2 S. 416 f.

[14]) Nach dem in der vorigen Anm. zit. Schreiben Hertlings an seine Frau seien sich seine Mitreisenden während der Fahrt darüber einig geworden, daß *Hertling* „den Ruck nach links nicht mitmachen könne und solle".

[15]) Zu den während dieser Fahrt am Morgen des 29. 9. 1918 angestellten Erörterungen und dem dabei gereiften Entschluß *Hertlings* zurückzutreten, vgl. Hertling S. 177 ff.; WUA 2 S. 417; Tagebuch des Rittmeisters Hertling „Spa", Nachlaß Hertling Nr. 41; siehe ferner Anm. 18.

[16]) Zur Frage des Eintritts der Mehrheitsparteien in die Regierung siehe Udo Bermbach: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Köln und Opladen 1967, S. 219 ff.; Dieter Grosser: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Den Haag 1970, S. 145 ff.

gesandt war[17]), und daß man glaubte, nur auf diese Weise eine innere schwere Krise, die Sabotierung des Krieges durch die Sozialdemokratie, zu verhindern. Treibende Kraft war Graf *Roedern*[18]), welcher den schwachen Kanzler begleitete, um *Hintze* beim Kaiser zu unterstützen.

Der Zug hatte starke Verspätung bis Herbesthal. Dort waren Autos, die uns nach Spa fahren sollten. Ich sollte sofort in die Villa des Kaisers kommen. Ich fuhr im Auto mit *Winterfeldt* und *Radowitz*, wobei ersterer mir davon sprach, daß nun, falls die Neubildung des Kabinetts notwendig würde, auch die Konservativen unbedingt mitmachen müßten, dem ich beistimmte.[19]) Ich fuhr von der Bahn direkt zum Kaiser. Man saß schon bei Tisch; ich fand [eine] gedrückte Stimmung vor.

Nach Tisch ging der Kaiser mit mir in den Garten und sagte mir, die Oberste Heeresleitung habe ihm heute vorgetragen, die militärische Lage sei unrettbar verloren, der Krieg sei verloren und man müsse, um einer vollkommenen Katastrophe vorzubeugen, sofort Frieden schließen.[20]) Der Kaiser war sehr ernst, aber ruhig. Mir war zu Mut, als ob man mir mit der Axt auf den Kopf hiebe, denn ich hatte eine solche Nachricht von seiten *Hindenburg-Ludendorff* nicht erwartet, wenn ich mir auch in den letzten Wochen darüber klar gewesen war, daß wir militärisch in einer sehr ernsten Situation waren, daß wir an einen Sieg nicht mehr denken konnten.

---

[17]) Über die Vorgeschichte und die Intentionen von *Hintzes* Reise ins Große Hauptquartier vgl. vor allem Militär und Innenpolitik Nr. 475 (bes. auch Anm. 8); Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 425 ff.; WUA 2 S. 400 und 403 f.; Foerster S. 86 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 580; J. Petzold: Die Entscheidung vom 29. September 1918. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 4. Jg. 1965, S. 517 ff.; E. Kessel: Ludendorffs Waffenstillstandsforderung am 29. September. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1968, S. 65 ff. Vgl. dazu auch das Telegramm Lersners an das Auswärtige Amt, 26. 9. 1918, Nr. 2254 (Pol. Archiv, Gr. H. Qu., Staatssekretär Nr. 39 a, Bd. 1): „Dringend! Für Herrn Staatssekretär. General *Ludendorff* läßt Euere Exzellenz dringend bitten, baldmöglichst hierher zu kommen. *Lersner*."

[18]) Nach Hertling S. 177 erklärte *Roedern* während der Gespräche im Zug „eine Umbildung der Regierung unter Zuziehung der Sozialdemokratie und des einen oder andern Mitgliedes vom Zentrum oder des Fortschrittes für notwendig. Dagegen war er der Meinung, daß ein Wechsel in der Kanzlerschaft nicht einzutreten bräuchte, auch nicht wünschenswert sei."

[19]) Zu *Bergs* Wunsch nach einer Beteiligung der Konservativen vgl. S. 179 f. und 184.

[20]) Der Kaiser war erst am Morgen des 29. 9. 1918 in Spa eingetroffen; nach Müller, Marinekabinett S. 420 erfolgte die Ankunft um „9.30 Uhr vorm." Dazu die Angabe bei Niemann, Kaiser und Revolution S. 88, der mit dem Kaiser im gleichen Auto gefahren war, er habe „gegen 9 Uhr früh auf der Treppe im Hotel Britannique General *v. Bartenwerffer*" getroffen, der ihm die Mitteilung machte: „Der Würfel ist gefallen, wir werden unseren Feinden Waffenstillstand und Frieden anbieten." — Offenbar hat *Niemann* — vgl. a.a.O. — dem Kaiser davon jedoch keine unmittelbare Mitteilung gemacht. Um 10 h (Uhrzeit und Ort übereinstimmend bei Aufzeichnung Hintzes, WUA 2 S. 400 und 405; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 583) fand eine Besprechung zwischen *Hintze*, *Hindenburg*, *Ludendorff* und Oberst *Heye* im Hotel Britannique statt. Im Anschluß daran, „nach 11 Uhr vormittags" (WUA 2 S. 401) suchten dann *Hintze*, *Hindenburg* und *Ludendorff Wilhelm II.* auf. — Vgl. dazu insgesamt Militär und Innenpolitik Nr. 477 (bes. Anm. 10 und 18); WUA 2 S. 260 ff., 400 f., 405 ff.; Bredt, Gutachten S. 200 f.; Hindenburg, Aus meinem Leben S. 393; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 583 f.; Müller, Marinekabinett S. 420 f.; Niemann, Kaiser und Revolution S. 88 f.; Drabkin S. 78; Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 429; vgl. ferner Anm. 34.

Hintze und *Marschall* kamen sodann zum Kaiser[21]), und aus dem Gespräch ging für mich hervor, daß *Hintze* dem Kaiser vorgetragen habe, daß ein Wechsel im Kanzleramt notwendig [sei], daß in das Kabinett Sozialdemokraten aufgenommen werden müßten, daß der Kaiser sich einverstanden erklärt, wenigstens wie bei ihm vorauszusetzen, keinen Widerstand entgegengesetzt habe.[22]) *Hintze*, *Roedern* hatten zweifellos eine Parlamentarisierung im Auge[23]). Ich, der ich durch die ganze Situation vollkommen überrascht wurde, faßte ein Koalitionsministerium aus allen Parteien von den Konservativen bis Sozialdemokraten ins Auge, wollte unter keinen Umständen die Festlegung der Parlamentarisierung und sprach in diesem Sinne.[24])

Ich fuhr mit dem Kaiser zum Kanzler, dort war Graf *Roedern*.[25]) Der Kanzler erklärte, daß er zu alt sei, sich den neuen schwierigen Situationen nicht gewachsen fühle, und daß er um seinen Abschied bäte, den der Kaiser bewilligte, wie es auch nicht anders möglich war.[26]) Es war die Frage, wer unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen nunmehr Nachfolger werden sollte. Ich hatte einen Soldaten, eine Art Diktatur, ins Auge gefaßt.[27]) Mit dieser Meinung stand

[21]) Vgl. dazu die Aufzeichnung Hintzes — WUA 2 S. 410. [22]) Vgl. Anm. 20.

[23]) Über *Hintzes* Vorstellungen von einer Parlamentarisierung vgl. WUA 2 S. 399 und 403; Erzberger, Erlebnisse S. 307; Payer S. 82; A. Ritthaler: Die Rolle des Staatssekretärs v. Hintze. In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Jg. 55, 1, 1955, S. 142 ff.; Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 427; Ritter IV S. 418 ff. sowie die im Auswärtigen Amt angefertigte Aufzeichnung vom 28. 9. 1918, unterzeichnet „*Rosenberg, Bergen, Stumm*", Amtliche Urkunden S. 47; vgl. auch die folgende Anm. — Über *Roederns* Haltung zur Parlamentarisierung vgl. Anm. 18, 24, sowie Quellen 1/II S. 739 f., 742 f., 753. — Zur Parlamentarisierungsfrage allgemein vgl. Bermbach (oben, Anm. 16) S. 219 ff. und Grosser (ebda.) S. 145 ff.

[24]) Vgl. dazu S. 180 und 184, sowie Hohenlohe an Burian, 4. 10. 1918, Geheim, HHStA Wien, PA III 172: „Am Sonntag, den 29. v. M. fanden dortselbst [in Spa] große Beratungen statt, in denen Herr *v. Hintze* ganz allein mit einer durch nichts zu erschütternden Zähigkeit die Parlamentarisierung der Regierung durchsetzte, eine Maßnahme, von der Seine Majestät Kaiser *Wilhelm* anfangs nichts wissen wollte und darin von der Obersten Heeresleitung, dem Chef des Zivilkabinetts *v. Berg*, dem Reichsschatzsekretär Grafen *Roedern* u. a. auf das Allerenergischste unterstützt wurde."

[25]) Nach Hertling S. 180 begab sich der Kaiser nach seiner Ankunft beim Reichskanzler um 4 h „sofort mit dem Reichsschatzsekretär, dem Kabinettschef *v. Berg* und meinem Vater in dessen Arbeitszimmer." Ähnlich auch Hintze in seiner Aufzeichnung — WUA 2 S. 410 —, nach seiner Ankunft ging der Kaiser mit dem Reichskanzler in dessen Arbeitszimmer; „der Kabinettschef, Herr *v. Berg*, und [. . .] Graf *Roedern* folgten dorthin. [. . .] Erst nach etwa 1½ Stunden ließ mich der Kaiser hineinrufen [. . .]." Nach einer Aufzeichnung Roederns vom 20. 12. 1923 — WUA 2 S. 415 ff. — trug zuerst *Hertling* in einer „unter vier Augen stattfindenden Unterredung" dem Kaiser „allein sein Abschiedsgesuch" vor, das angenommen wurde. Nach „einiger Zeit" sei er *(Roedern)* zu der Besprechung zugezogen worden, „an der später auch der Chef des Zivilkabinetts *v. Berg* und schließlich noch der Staatssekretär *v. Hintze* teilnahmen"; a.a.O. S. 418. — Über die Rolle *Bergs* bei diesen Gesprächen vgl. Hertling S. 181: Der Kaiser habe „nicht sehr viel gesprochen, das Wort führte für ihn sein Kabinettschef, der dabei so lebhaft debattierte, daß seine Stimme deutlich im Nebenzimmer vernehmbar war."

[26]) Vgl. die vorige Anm., sowie Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 429; Militär und Innenpolitik Nr. 477; Drabkin S. 78 f.

[27]) *Berg* dachte dabei an Generaloberst Ludwig *v. Falkenhausen*; vgl. oben S. 144 f. (Anm. 11), S.171 und 177. *Berg* mußte ihm dann jedoch telegraphieren: „Veränderte Verhältnisse machen frühere Pläne unmöglich." Nachlaß Falkenhausen Nr. 2; vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 477 (Anm. 13).

ich ganz allein.[28]) Der Kanzler schlug den Prinzen *Max von Baden*[29]) vor, den ich durchaus ablehnte[30]), und der Kaiser stimmte mir zu.[31]) Graf *Roedern* befürwortete die Koalition.[32]) Der Kanzler nannte in zweiter Linie den Grafen *Roedern*[33]), außerdem wurde *Schorlemer* genannt.[33]) Ich sprach wieder für ein Koalitionskabinett aus allen Parteien zur Landesverteidigung ohne Parlamentsregierung. Eine Entscheidung über den Kanzler-Nachfolger erfolgte nicht. Graf *Roedern* bat, von seiner Person abzusehen.[33])

Ich fuhr vom Kanzler zum Feldmarschall und zu *Ludendorff*, um aus ihrem Munde die Bestätigung des mir vom Kaiser Gesagten zu hören. *Hindenburg* sagte mir, er wäre am gestrigen Tage nach schwerer reiflicher Überlegung zu dem Resultat gekommen, daß die täglichen großen Verluste unser Heer aufrieben und daß Schluß gemacht werden müsse.[34]) Als er gerade zu *Ludendorff* habe gehen wollen, um dieses mit ihm zu besprechen, sei dieser zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, Oberst *Heye* habe ihm mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht die Armee am Ende ihrer Kräfte sei, daß er *(Ludendorff)* sich überzeugt habe, daß man die Konsequenzen ziehen müsse.[34]) Daher sei der Vortrag beim Kaiser erfolgt mit dem Resultat, daß [ein] sofortiges Friedensangebot erfolgen müsse.[35]) Die Armee habe in der letzten Zeit täglich einen Abgang von 30000 Mann gehabt, eine Schwächung, welche nicht zu ertragen sei.

Meinen Gedanken, einen General zum Kanzler zu machen[27]), hielten *Hindenburg* und *Ludendorff* fast nicht mehr für ausführbar; das sei in einem Moment, wo das Heer zurückgehen müsse, für das Volk eine zu große Zumutung.[28]) Ich fand also in diesem Moment auch hier keine Unterstützung meiner Pläne. Sie wurden mir vielmehr aus der Hand geschlagen.

---

[28]) Eine Diktatur wurde sowohl vom Kaiser wie auch von *Ludendorff* abgelehnt; dazu WUA 2 S. 261 und 265; sowie unten S. 185 ff.

[29]) Zur Frage der Kanzlerkandidaten vgl. vor allem WUA 2 S. 267, 410, 418. — Der Reichskanzler hatte *Payer*, der ihm vor seiner Abreise den Prinzen als geeigneten Nachfolger nannte, versichert, er werde Prinz *Max* dem Kaiser empfehlen. Vgl. Payer S. 84; Haußmann S. 229; Quellen 1/II S. 727; Quellen 2 S. XXIV; dazu auch Anm. 31. — Über die Persönlichkeit des Prinzen und seine politischen Vorstellungen vgl. die grundlegenden Ausführungen von Erich Matthias und Rudolf Morsey in Quellen 2 S. XIV ff.; ferner die Einleitung von Golo Mann „Prinz Max von Baden und das Ende der Monarchie in Deutschland", in: Prinz Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente. Neu hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt. Stuttgart 1968.

[30]) Vgl. dazu Anm. 31 und 40, sowie S. 180 und 185 f.

[31]) Vgl. Tagebuch des Rittmeisters Hertling „Spa", Nachlaß Hertling Nr. 41: „*Badenmax* als Nachfolger vorgeschlagen. Exz[ellenz] *Berg* sehr dagegen, ebenso der Kaiser; beide gaben schließlich nach."

[32]) Zu *Roederns* Eintreten für ein Koalitionsministerium mit Einschluß der Konservativen vgl. Helfferich, Weltkrieg III S. 687; Bredt, Gutachten S. 203; Prinz Max von Baden S. 329; Quellen 1/II S. 742 f.

[33]) Nach WUA 2 S. 418 (Aufzeichnung Roedern) erwiderte der Kaiser auf *Hertlings* Vorschlag, daß „er zwischen dem früheren Landwirtschaftsminister *v. Schorlemer* und mir *[Roedern]* schwanken würde. Ich bat, von einer etwaigen Absicht meiner Ernennung abzusehen [...]."

[34]) Über das Zustandekommen der Waffenstillstandsforderung der OHL vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 475, 476, 477, 479; dort ausführliche Quellen- und Literaturangaben. Dazu Ritter IV S. 415 ff.; Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 421 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 853; WUA 2 S. 256 und 260.

[35]) Vgl. Anm. 20.

Man hat gesagt, es sei ein Nervenzusammenbruch bei *Ludendorff* gewesen[36]), der ihn zu diesem plötzlichen und, wie mir scheint, allerdings übereilten Entschluß damals geführt hat. Ich möchte dem nicht beipflichten. Es ist wohl so gewesen: Dem Tatmenschen *Ludendorff* war bei seiner ungeheuren Energie bisher immer gelungen, was er wollte. Der erste schwere Rückschlag kam im Juli 1918, als der Angriff bei Reims mißglückte, als der zweite große Rückschlag in diesem Krieg an der Marne erfolgte.[37]) *Ludendorff* glaubte mit seiner Energie immer wieder, daß er den Mißerfolg neutralisieren könne. Er sträubte sich mit aller Macht gegen den Gedanken, daß es endgültig bergab ginge.

Als er sich aber zu der Überzeugung durchrang, daß ein Sieg nicht mehr möglich sei, daß die tägliche Schwächung der Armee zu groß, daß eine Umstellung der [. . .][38]), der [. . .][38]) notwendig sei, da verlangte seine Energie auch rasche und ganze Entschlüsse, und er hat in diesem Moment nicht die ganzen unheilvollen Folgen übersehen. Er hat übersehen, daß nur ganz Starke auch beim offenen Zugeständnis des Unterlegenseins stark bleiben. Er hat auch in diesem Moment Armee und deutsches Volk überschätzt. Es war ein verhängnisvoller Fehler, ganz gewiß, aber es war die Folge seiner großen Eigenschaften, seiner Energie und Tatkraft.

Man wird ihm den Vorwurf nicht ersparen können, daß er nicht schon vor dem 29. September, im August oder Anfang September, sich mit seinen Plänen umgestellt hat, und daß er am 29. September dem deutschen Volk zuviel zumutete, das in seiner großen Masse bis zu diesem Tage über unsere ungünstige militärische und politische Lage noch ganz im Unklaren war. Das Eingeständnis der Schwäche mit dieser Plötzlichkeit und in diesem Umfang war nach meiner Ansicht nicht notwendig. Am Ende unserer Kraft waren wir noch nicht, nach Zurückgehen in die Maaslinie konnten wir uns halten und unter der Hand energische Friedensangebote fördern. Das wäre das Richtige gewesen, dann hätte der Frieden anders ausgesehen wie heute.

Der U-Bootkrieg wirkte noch immer. *Ludendorff* hat das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Ich machte mir sehr oft den Vorwurf, daß ich nicht damals energisch gegen die Ansicht von *Hindenburg* und *Ludendorff* Front gemacht hatte. Ich wäre wohl allerdings nicht durchgedrungen, aber es wäre für heute eine Beruhigung.

Am 29. war nachmittags noch Graf *Roedern* bei mir. Auch er hat viel Schuld. Beim Kaiser waren abends zu Tisch *Hintze* und *Scheer*.[39]) Ich fuhr nach dem

[36]) Zu dieser vielfach aufgestellten These vgl. Foerster S. 71 ff.; Siegfried A. Kaehler: Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918. In: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1961; sowie Quellen 1/II S. 795.

[37]) Der Einbruch der Alliierten am 18. 7. 1918, vgl. oben S. 151 f.

[38]) Nicht zu entziffern.

[39]) Bei dieser Unterredung äußerte der Kaiser u. a. gegenüber Admiral *Scheer:* „Wir haben den Krieg verloren. Ich hatte gehofft, daß Gott es anders lenken würde. Nach der Marneschlacht sagte Ich schon, daß der Krieg verloren sei, aber *Hindenburg* und *Ludendorff* waren anderer Ansicht. Es hat ja auch keinen Zweck mehr, darüber zu reden. Ich hoffe, das deutsche Volk wird so vernünftig sein, treu zu Mir zu stehen. Heer und Volk haben sich glänzend geschlagen, die Politiker nicht.“ Kriegstagebuch der Seekriegsleitung, zit. nach Militär und Innenpolitik Nr. 477 (Anm. 18).

Abendbrot noch in die Wohnung des Kanzlers, wo *Roedern* und *Winterfeldt* waren, die mich für den Prinzen *Max von Baden* zu gewinnen versuchten. Ich blieb jedoch ablehnend.[40])

[40]) Vgl. dazu Hertling S. 182, der u. a. vermerkte, die Kandidatur des Prinzen *Max* sei dabei „von Herrn *v. Berg* leidenschaftlich bekämpft" worden.

24. Die Bildung der Regierung des Prinzen Max und das Waffenstillstandsangebot

Roedern und *Hintze* beabsichtigten, bereits in der Nacht vom 29. zum 30. nach Berlin abzureisen. Einen Auftrag zu Verhandlungen mit der Regierung bzw. mit den Parteien hatten sie nicht[1]), wohl aber war bereits ein kurzer, vom Kaiser unterschriebener Erlaß nach Berlin telegraphiert [worden][2]), welcher die Heranziehung von Vertretern aller Parteien in das Kabinett in Aussicht stellte und welcher entgegen meiner Ansicht als Parlamentarisierung aufgefaßt wurde.[3]) Ich blieb noch den 30. September in Spa, um den Kronprinzen noch zu sprechen.

[1]) Im Gegensatz dazu heißt es in der Aufzeichnung Roederns „über die zum Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober 1918 führenden Vorgänge" — WUA 2 S. 418: „Der Kaiser beauftragte mich, die vorbereitenden Schritte [zur Regierungsbildung] durch Besprechungen in Berlin alsbald zu tun. Ich bat, diesen Auftrag in erster Linie an den Vizekanzler *v. Payer* übermitteln zu dürfen [...]. Seine Majestät war hiermit einverstanden." Vgl. die S. 177 Anm. 12 zit. Aufzeichnung Hintzes — WUA 2 S. 411: „Ich habe in Spa zu verstehen geglaubt, daß Graf *Roedern* mit Herrn *v. Payer* zusammen die Bildung der neuen Regierung in die Hand nehmen sollte; [...]." — Vgl. ferner Payer S. 92, sowie das Telegramm Hintzes an das Auswärtige Amt, 29. 9. 1918 19.25 h, Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Reichskanzler Nr. 29, Bd. 2: „Reichskanzler wünscht, daß *Roedern* mit Parteiführern spricht. Werde darauf hinwirken, daß *Payer* beteiligt wird."

[2]) Der von *Hintze* am Abend des 29. 9. 1918 um 19.25 h nach Berlin telegraphierte Text des Erlasses ist nicht identisch mit der veröffentlichten Fassung. Er berücksichtigt nicht einmal die Änderungen in dem vom Kaiser unterschriebenen Exemplar, sondern gibt den unveränderten Wortlaut des Entwurfs von *Radowitz* wieder. Die einleitenden Sätze lauten danach: „Ich will, daß in dieser Schicksalsstunde Deutschlands das deutsche Volk mehr als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitwirkt. Es ist daher Mein Wille, daß in weiterem Umfange Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, teilnehmen an den Pflichten und der Verantwortung der Regierung." Undatierter, handschr. Entwurf Radowitz' mit eigenh. Korrekturen Pol. Archiv, Gr.H.Qu., Reichskanzler Nr. 29, Bd. 2; a.a.O. Text des Telegramms von Hintze. — Zum Zustandekommen dieses Erlasses vgl. Quellen 1/II S. 738 f., bes. Anm. 2 und 3; dort ausführliche Quellen- und Literaturangaben, sowie die folgende Anm. Die veröffentlichte Fassung in Schultheß 1918/I S. 314.

[3]) Entgegen der in Quellen 1/II S. 738 f. mitgeteilten Version *Roederns*, daß die entscheidenden Unterschiede zwischen dem Entwurf und der veröffentlichten Fassung auf das Zivilkabinett zurückzuführen sind, ergibt sich aus den Akten Pol. Archiv, „Gr.H.Qu. Reichskanzler Nr. 29, Bd. 2" und „Deutschland Nr. 88, Bd. 3" ein lückenloses Bild von der Entstehungsgeschichte. Gegenüber dem Entwurf *Radowitz'* weist der von Kaiser und Kanzler nach den Beratungen des 29. 9. 1918 in Spa unterschriebene Text einige Abänderungen auf. Unterstaatssekretär Wilhelm *v. Stumm* und Legationsrat *Jordans* haben im Auswärtigen Amt den Text dann vollständig umgeformt und ihren Entwurf, der mit der endgültigen Fassung identisch ist, am 29. 9. 1918 um 23.58 h an den Reichskanzler in Spa übersandt. — Vgl. auch Militär und Innenpolitik Nr. 477 (Anm. 12).

Ich hatte ihn telefonisch gebeten zu kommen.[4]) Er hatte nicht recht Lust, ich überredete ihn aber, es zu tun. Ich habe ihn dann am 30. vormittags ½1 Uhr in der Kaiservilla gesprochen und ihm die Lage klargelegt, wobei ich immer auf ein Koalitionskabinett mit der ausgesprochenen Absicht, alle Kreise des Volkes zusammenzufassen — ohne Parlamentarisierung —, ausging.[5])
Vorher war ich am 30. beim Kaiser; ich ging mit einigen kurzen Vortragssachen hin, die an sich ziemlich gleichgültig waren und ebensogut hätten aufgeschoben werden können. Ich hatte ihm aber, als ich mich am Abend vorher von ihm verabschiedete, gesagt, daß ich kommen würde. Ich hatte das Gefühl, daß er eines Zuspruchs bedürfe. Ich bin dann auch nach dem kurzen Vortrag lange bei ihm gewesen, habe viel mit ihm besprochen. Der Kaiser war sehr gedrückt. Er brach einmal in Tränen aus, man mache ihn für all das Blut, das verflossen [sei], verantwortlich. Witwen und Waisen forderten von ihm Rechenschaft, und er habe es ganz gewiß nicht gewollt. Ich hatte großes Mitleid mit dem Kaiser, der das Beste ganz gewiß gewollt [hatte], aber der schwierigen Situation auch jetzt nicht gewachsen war, der nie wirklich führte, immer geschoben wurde und nur in Worten stark war.
Ich fuhr um 5 Uhr, nachdem noch Graf *Hertling* mit seiner Begleitung beim Kaiser gegessen hatte, nach Berlin. Graf *Platen* begleitete mich auf die Bahn. Es war auf Veranlassung von General *v. Estorff* von der Eisenbahndirektion ein Salonwagen für mich reserviert, und ich trat schweren Herzens die Fahrt an. Graf *Stirum* kam noch auf die Bahn, um mich zu sprechen. Es sollte mein endgültiger Abschied von Spa sein. Ich traf am 1. Oktober früh in Berlin ein und ging meinem schwersten dienstlichen Tag, den ich erlebte, entgegen. Nachtragen will ich noch, daß ich von Spa aus, und ich glaube schon am Sonntag[6]), an *Schorlemer* telegraphiert hatte, er möchte zu Dienstag bei mir in Berlin sein; er hat dies Telegramm nie erhalten.
Gleich nach meiner Ankunft am 1. früh war Graf *Roedern* bei mir, der schon nach seiner Ankunft in Berlin am Abend vorher mit *Payer* und wohl auch anderen verhandelt hatte[7]) und mir meine Verhandlungen, für die ich entgegen den späteren Behauptungen der Zeitungen, vor allem von Georg *Bernhard* in der *Vossischen Zeitung*[8]), vom Kaiser allein autorisiert war, sehr erschwert [hat],

[4]) Vgl. Kronprinz Wilhelm, Aufzeichnungen S. 243: „Am 30. September wurde ich unerwartet durch Exzellenz *v. Berg* telefonisch nach Spa gebeten, wo im Großen Hauptquartier wichtige Entscheidungen militärischer Art, zur Friedensfrage und zur inneren Lage gefallen waren oder noch getroffen werden sollten."

[5]) Zum Aufenthalt des Kronprinzen in Spa vgl. seine Notiz a.a.O. S. 249 f. sowie Hertling S. 182.

[6]) 30. 9. 1918.

[7]) Zu *Roederns* Besprechungen am 30. 9. 1918 mit Vertretern der Regierung und der Parteien über eine Regierungsumbildung, in denen er eingehend zur Parlamentarisierung und Verfassungsänderung Stellung nahm, siehe Quellen 1/II S. 738—747, 750—752, 756, 759; WUA 2 S. 422 f. (Aufzeichnung Roederns); *Frankfurter Zeitung* 1. 10. 1918 (Abendblatt); Payer S. 91.

[8]) Vgl. *Vossische Zeitung* 1. 10. 1918: „Heute morgen tauchte unerwartet als ein neuer Unterhändler der Chef des Zivilkabinetts, Herr *v. Berg*, auf. Die Tatsache, daß nach der Betrauung des Herrn *v. Payer* mit den parlamentarischen Unterhandlungen noch eine zweite Persönlichkeit mit der gleichen Mission auftritt, hat bei den Mehrheitsparteien außerordentlich verstimmend gewirkt. Man hatte fast den Eindruck, daß dieses Zurückgreifen auf die früher üblichen, jetzt aber wohl gänzlich überholten Methoden bei der Neubildung der Regierung einen gewissen Abstrich des der Volksvertretung bewiesenen Vertrauens bedeutet."

in dem er weitgehende Zusagen auf Parlamentarisierung gemacht hat.[9]) Ich bin mir darüber klar geworden, daß er ein nicht ganz ehrliches Spiel gespielt hat, daß er sich regierungsfähig in der neuen Regierung erhalten wollte und selbst daher den Eintritt der Konservativen in die neue Regierung nicht wollte, die von mir angestrebte „Koalitionsregierung" mit verhindert hat.[10]) Jedenfalls ist sie mir an diesem Tage zerschlagen [worden]. Ich hatte gleich nach *Roedern* eine Unterredung mit *Payer*[11]), dem Vizekanzler, den ich aufsuchte und mit dem ich gleich ziemlich stark aneinanderkam, indem er die Konservativen vollkommen ausschalten wollte und hierauf bestand.

Ich bat dann hintereinander die Fraktionsführer zu mir und hatte Unterredungen mit *Gröber*[12]) (Zentrum), *Ebert*[12]) (Sozialdemokrat), *Fischbeck*[12]) (Freisinn), *Stresemann* (Nationalliberal), mit denen ich die Lage besprach, wie ich mir nachher gesagt habe, vielleicht zu sehr trauend auf den Anstand der Führer des Zentrums und der Freisinnigen und in meiner Art vielleicht etwas zu freimütig, woraus man nachher von meinen Gegnern konstruieren wollte, daß ich mich in den einzelnen Unterredungen widersprochen habe.[12])

Die Fraktionsführer wurden übrigens von der Obersten Heeresleitung über die militärische Lage orientiert[13]), und [es] ist dabei meines Erachtens der große

---

[9]) Vgl. S. 179 f. und S. 182 f. (bes. Anm. 1 und 7). — Zum Zusammenhang vgl. Lütge S. 31 ff.

[10]) *Bergs* Behauptung steht im Gegensatz zu den anderen Quellen. *Roedern* hatte in den Besprechungen versucht, für den Gedanken eines Koalitionsministeriums, mit Einschluß der Konservativen, zu werben, war damit aber nicht durchgedrungen. Prinz Max von Baden S. 527; Quellen 1/II S. 742; Helfferich, Weltkrieg III S. 527; dazu die Darstellung Bredts, Gutachten S. 203.

[11]) Der Unterredung mit *Payer* ging ein Gespräch mit *Haeften* über die Kanzlerfrage voraus. *Haeften* war zuvor mit *Payer* übereingekommen, *Berg* „den Prinzen *Max von Baden* als Kandidaten der Krone für den Reichskanzlerposten in seinem *[Payers]* Auftrage vorschlagen zu dürfen." Masch. Aufzeichnung Haeftens „Das Zustandekommen des Kabinetts [des] Prinzen *Max von Baden* und die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes" (Nachlaß Haeften); vgl. Prinz Max von Baden S. 330. *Haeften* — heißt es in der Aufzeichnung weiter — bat *Berg*, *Payer* „für seine Verhandlungen mit den Parteien einen Kanzlerkandidaten der Krone namhaft zu machen. *Berg*, der bei meinem Eintreffen eine Unterredung mit dem Staatssekretär Graf *Roedern* abgebrochen hatte, schwankte, ob er der Krone diesen oder [den] Prinzen *Max von Baden* als Kanzlerkandidaten vorschlagen solle." Im Auftrage des Vizekanzlers schlug *Haeften* im Laufe der Gespräche Prinz *Max* vor. „*Payer* habe ihn mir gegenüber als den einzig möglichen Kandidaten bezeichnet, der nicht nur bei den Mehrheitsparteien, sondern auch bei unseren Feinden das meiste Vertrauen genösse." Der Anstoß zu der Unterredung war von *Payer* ausgegangen, der *Berg* durch *Haeften* bitten ließ, ihn am 1. 10. vormittags „in seiner Wohnung aufzusuchen. Unter diesen Umständen werde er die Verhandlungen mit den Parteien einstweilen [am 30. 9. abends] abbrechen." A.a.O. — Zum Inhalt der Unterredung *Payer—Berg* vgl. Payer S. 93.

[12]) Vgl. dazu die Darstellungen von *Gröber*, *Ebert* und *Fischbeck* über diese Unterredungen in Quellen 2 S. 12—16; alle berichten von dem ungünstigen Eindruck, den sie von dem Kabinettschef gewannen. Vgl. auch Haußmann S. 232; Prinz Max von Baden S. 330 f.; Lütge S. 31 f.

[13]) *Ludendorff* hatte Major *von dem Bussche* — vgl. die folgende Anm. — als militärischen Sachverständigen mit *Hintze* nach Berlin geschickt, um den Parlamentariern „mit aller Offenheit Aufschluß über den Ernst der militärischen Lage" zu geben. Vgl. dazu insbesondere WUA 2 S. 260 ff., 403 ff., 418 ff.; Bredt, Gutachten S. 200 ff.; Schwertfeger, Weltkriegsende S. 119 ff. sowie die weitere in Quellen 1/II S. 739 (Anm. 3) angegebene Literatur.

Fehler gemacht [worden], daß man entgegen den bisherigen Nachrichten zu schwarz malte, so daß eine gewisse Panik in Berlin Platz griff.

Von der Obersten Heeresleitung erschien bei mir im Laufe der Morgenstunden der nach Berlin gesandte Major *von [dem] Bussche*[14]) und sagte mir, der General *Ludendorff* lasse mich bitten, meinen Widerstand gegen den Prinzen *Max von Baden* aufzugeben, da auch nach seiner, *Ludendorffs* Ansicht, der Prinz jetzt der geeignetste Kandidat sei, um den notwendigen Frieden abzuschließen.[15]) Da habe ich dem Verlangen *Ludendorffs* nachgegeben, habe gefragt, wo der Prinz *Max* sei, ob noch in Dessau, und habe den Auftrag gegeben, den Prinzen zu benachrichtigen.[16]) Ich ließ ihn bitten, wenn möglich noch im Laufe des heutigen Nachmittags zu mir zu kommen.

Auch mit Oberst *v. Haeften* habe ich im Laufe des Vormittags eine Unterredung gehabt[17]), und es ist möglich, daß mein Gedächtnis mich insoweit heute beim Niederschreiben im Stich läßt, daß Oberst *v. Haeften* mir diese Mitteilung von *Ludendorff* gemacht hat.[18]) Im Wortlaut stimmt sie ganz genau. Ich habe es später schwer bereut, daß ich mich von *Ludendorff* habe zu diesem Schritt bestimmen lassen.

Ich muß noch hinzufügen, daß mich Graf *Roedern* früh mit den Worten empfing, ich werde nach seiner Überzeugung viel weiter nachgeben müssen, als ich in Spa bereit gewesen wäre; die Forderungen der Parteien seien sehr große.

Meine Unterhaltungen mit den Parteiführern ergaben, daß man mit dem Prinzen von Baden als Kanzler einverstanden sei. *Gröber* hatte ich gebeten, von seiner Partei nicht *Erzberger* für das Kabinett [in Vorschlag] zu bringen. Man könne dem Kaiser diesen Mann nicht zumuten, was ich ihn bitte, vertraulich zu be-

---

[14]) Major Erich Frhr. *von dem Bussche-Ippenburg*, stellvertretender Abteilungschef in der OHL.

[15]) *Bergs* Darstellung ist hier ungenau. Major *von dem Bussche* ließ sich erst am Nachmittag während *Bergs* Unterredung mit dem Prinzen *Max* — siehe Anm. 23 — melden, um ihn von *Ludendorffs* Forderungen zu unterrichten, das „Friedens- und Waffenstillstandsangebot noch am heutigen Tage" abzusenden und „noch heute die Zustimmung Sr. Majestät des Kaisers und des Großherzogs von Baden zur Ernennung des Prinzen *Max* zu erwirken." WUA 2 S. 374 f. (Aufzeichnung Haeften); vgl. Prinz Max von Baden S. 337. Siehe dazu das in Amtliche Urkunden S. 60 wiedergegebene Telegramm Hindenburgs „An Major Frhr. *von dem Bussche* für Vizekanzler *v. Payer*", das um die Mittagszeit vorlag. Vgl. auch Anm. 21.

[16]) Der Auftrag wurde nach der Unterredung mit *Haeften* gegeben. Dieser hatte in dem Gespräch am Morgen lediglich erwähnt, „daß sich *v. Hindenburg* und *Ludendorff* [...] mit der Wahl des Prinzen *Max* einverstanden erklärt hätten. [...] Bei dieser Gelegenheit muß ich auf das Nachdrücklichste Einspruch erheben gegen die einige Tage später von Herrn *v. Berg* dem Feldmarschall *v. Hindenburg* gegenüber gemachte Behauptung, ich hätte ihm bei dieser Unterredung gesagt, General *Ludendorff* wünsche die Ernennung des Prinzen *Max* zum Reichskanzler. Ich habe lediglich den Auftrag des Vizekanzlers *v. Payer* ausgeführt und zum Schlusse die Zustimmung der OHL zu einer etwaigen Wahl des Prinzen *Max* durch die Krone ausgesprochen." *Berg* beauftragte am Schluß der Unterredung *Haeften*, „den Prinzen *Max von Baden* in seinem Auftrag telegraphisch zu bitten, umgehend nach Berlin zu kommen. Gegen 9 [Uhr] vormittags rief ich *[Haeften]* den Prinzen, der — wie ich feststellte — in Dessau weilte, telefonisch an und übermittelte ihm das Ersuchen des Chefs des Zivilkabinetts." Masch. Aufzeichnung Haeften, Nachlaß Haeften. — Zum letzten vgl. Prinz Max von Baden S. 330 f.

[17]) Vgl. Anm. 11 und 16.

[18]) Vgl. Anm. 15 und 16.

handeln.[19]) Er hat es sofort *Erzberger* gesagt, und die Partei hat ihn dann gerade gebracht. Die Partei war damals wohl schon ganz unter dem Einfluß von *Erzberger*.

Am sehr späten Nachmittag, nachdem ich andere, aber verhältnismäßig gleichgültige Besuche empfangen hatte, wie Graf *Groote*, ich bei *Eulenburg* und bei *Hintze* gewesen war, kam der Prinz *Max von Baden* zu mir.[20]) Ich hatte inzwischen nach Spa an *Marschall* telefoniert, habe ihn gebeten, vom Kaiser die Genehmigung zu erbitten, mit dem Prinzen *Max* zu verhandeln wegen Übernahme des Kanzlerpostens. Ich hatte diese Genehmigung erhalten. Ich hatte dann die Nachricht erhalten, daß der Kaiser ebenfalls aus Spa gegen Abend abgereist [sei] und morgen Mittag in Berlin einträfe. Ich hatte von der Obersten Heeresleitung die dringende Anfrage durch Major *von [dem] Bussche* (Oberst *v. Haeften)* bekommen, ob die neue Regierung gebildet sei.[21]) Falls das bis morgen Vormittag nicht sichergestellt sei, müsse das Friedensangebot von der alten Regierung abgelassen werden, und zwar noch heute, denn es handele sich nur um Stunden für die Armee, welche stark vor einer Katastrophe stünde. Unter diesem furchtbaren Druck mußte ich die Verhandlung führen und unter diesen erschütternden Nachrichten. Daher meine Aufgabe des Widerstandes gegen den Prinzen *Max*, was mir unendlich schwer wurde.

Meine Unterredung mit dem Prinzen war natürlich eingehend, und ich hatte von ihr einen befriedigenden Eindruck. Der Prinz schien mir voll die große Schwere des Entschlusses zu begreifen, schien auch in dieser Unterredung gewillt, alles zu tun, um alle Parteien zum Zusammenschluß zu bringen, sich vor den Kaiser zu stellen, alles zu versuchen, um einen erträglichen Frieden zu erreichen. Er schien auch nur sehr ungern in diesem Moment das Amt zu übernehmen und hielt ein so plötzliches Friedensangebot, welches ja beinahe bedingungslos war, für unglücklich.[22]) Ich konnte von ihm mit einer gewissen Beruhigung scheiden. Ich hatte auch die Hoffnung, daß er als Prinz und zukünftiger Bundesfürst die Rechte des Kaisers wahren würde, einer zu starken Demokratisierung Widerstand leisten würde! Er war schließlich zur Annahme des Amtes bereit, sagte aber, daß er [dazu] die Genehmigung des Großherzogs von Baden notwendig habe und

[19]) Dazu die masch. Aufzeichnung Erzbergers — Quellen 2 S. 36 — mit vertraulichen Mitteilungen *Gröbers* über dessen Gespräch mit *Berg*. „Dann habe Herr *v. Berg* gefragt, ob das Zentrum auch den Abgeordneten *Erzberger* zum Eintritt in die Regierung vorschlage. Der Abgeordnete *Gröber* habe erklärt, ganz selbstverständlich. Herr *v. Berg* habe erwidert, man möge das dem Kaiser nicht antun. Das sei eine Demütigung für den Kaiser." Vgl. dazu die Darstellung *Grünaus* über diesen Vorgang in: Müller, Marinekabinett S. 427. *Berg* hatte hier offenbar nur seine private Meinung wiedergegeben, ohne amtlichen Auftrag; Quellen 2 S. 42 f.; Epstein S. 294 f. Allerdings hat Payer S. 108 wohl richtig bemerkt, daß den Kaiser „der Gedanke, *Erzberger* zum Staatssekretär bestellen zu wollen [...], sichtlich unangenehm" berührte. Vgl. dazu auch Prinz Max von Baden S. 357. Im Gegensatz dazu steht *Erzbergers* Darstellung — Quellen 2 S. 43 und 112 (Zitat S. 43) —, der Kaiser lasse ihn bitten, „unter allen Umständen in das neue Kabinett einzutreten." — Vgl. auch unten S. 191 (Anm. 11).

[20]) Vgl. Anm. 15 und 22.

[21]) Vgl. Anm. 15 und 16; ferner Quellen 2 S. 139; WUA 2 S. 374 f. (Aufzeichnung Haeften); während dort von einem „Telefonat von General *Ludendorff*" gesprochen wird, ist im masch. Or. „Telefonat" handschr. in „Fernspruch" verbessert worden.

[22]) Vgl. die Darstellung des Gespräches bei Prinz Max von Baden S. 336 f.; ferner WUA 2 S. 375; Quellen 2 S. 139.

daß diese vom Kaiser nachgesucht werden müsse. Nach dem Besuch des Prinzen[23]) war ich noch bei *Heinrichs*, und der Herzog von Holstein[24]) suchte mich auf.

Major *von [dem] Bussche* erschien wieder bei mir und verlangte, daß die Genehmigung des Großherzogs von Baden noch heute nacht erfolgen müsse, es sei die höchste Eile notwendig.[25]) *[Ludendorff* ließe mir][26]) sagen, die Armee könne nicht warten, das Friedensangebot müsse morgen erfolgen. Ich war sehr erregt über diese Zumutung, sagte, ich habe durch Monate alles für General *Ludendorff* getan, was ich nur hätte tun können, daß aber eine solche Eile und Zumutung würdelos sei. Ich erhielt die Antwort, ich tue es ja nicht für General *Ludendorff*, sondern für das Vaterland. Die Eile sei notwendig, um Katastrophen zu vermeiden.

Infolgedessen ging ich mit *Bussche* nach der Reichskanzlei. Wir wurden mit Karlsruhe verbunden. Der Hofzug wurde in Köln aufgehalten, denn hier sagte ich ein Telegramm durch, welches der Kaiser an den Großherzog von Baden schicken müßte. Die Antwort sollte noch in Köln abgewartet werden. Tatsächlich wurde das möglich, die Genehmigung des Großherzogs erfolgte.[27]) Er könne es nicht recht einsehen, [warum][28]) es gerade Prinz *Max* sein müsse[29]), aber er wolle die Genehmigung nicht versagen.

Prinz *Max* hat das, was er in der ersten Unterredung mit mir zu versprechen schien, nicht gehalten. Er ist wohl noch an demselben Tage mit *Payer* und anderen demokratischen Männern zusammengewesen[30]) und ist jedenfalls ganz unter ihren Einfluß gekommen. Die nächsten Wochen sind ein trauriges Zeugnis dafür. Er ist mit anderen Männern der Totengräber Deutschlands geworden und ist Verräter am Kaiser geworden, den heiß zu lieben er mir gegenüber immer wieder vorgab.

Ich schrieb am 1. Oktober in mein kurzes Tagebuch: schwarzer dienstlicher Tag — alle Hoffnungen vorüber.

Am 2. Oktober gingen die Verhandlungen weiter, früh war Graf *Roedern* bei mir, dann war ich beim Prinzen *von Baden* im Reichsamt des Innern, auf den

[23]) *Bergs* Darstellung ist ungenau; an sein Gespräch mit dem Prinzen *Max* schloß sich die Unterredung mit *von dem Bussche* an; WUA 2 S. 375; Prinz Max von Baden S. 337, besonders der Satz: „Ich ließ die beiden Herren in heftigem Wortwechsel zurück."

[24]) Herzog *Ernst Günther* (1863—1921), Schwager *Wilhelms II.*, Mitglied des preußischen Herrenhauses.

[25]) Es ist nicht zu klären, ob es sich hier um *Bussches* Besuch im Anschluß an *Bergs* Unterredung mit dem Prinzen *Max* — vgl. Anm. 23 — handelt, oder ob *Bussche Berg* tatsächlich ein zweites Mal aufgesucht hat.

[26]) Im Or.: „Es ließe mir *Ludendorff*".

[27]) Vgl. Urkunden der OHL (Aufzeichnungen von dem Bussches) S. 530 f.; Niemann, Kaiser und Revolution S. 93; Prinz Max von Baden S. 340 f., dort S. 340 Wortlaut des Kaisertelegramms an den Großherzog und des Antworttelegramms.

[28]) Im Or.: „woher".

[29]) Die Art von *Bergs* Wiedergabe verfälscht den Sinn der Worte; der betreffende Satz lautet: „Ich kann nicht verstehen, daß es gerade *Max* sein muß, der solch Angebot [das geforderte Friedens- und Waffenstillstandsangebot] mit seinem Namen decken soll." Eine ähnliche Auslegung wie Berg gibt auch Niemann, Kaiser und Revolution S. 93.

[30]) Im Anschluß an die Unterredung mit *Berg* führte Prinz *Max* noch Gespräche mit *Payer*, *Hintze* und *Roedern;* vgl. Prinz Max von Baden S. 337 f.; WUA 2 S. 375 (Aufzeichnung Haeften).

zweifellos *v. Payer* und dessen Gesinnungsgenossen bestimmend eingewirkt hatten. Ich sprach mit *Hintze* über die außerordentlich ungünstige Wirkung des Friedens- bzw. Waffenstillstandsangebots und versuchte, die Absendung unter allen Umständen aufzuschieben, verlangte und erlangte, daß die Rückkehr des Kaisers, der mittags in Potsdam eintreffen mußte, abgewartet würde. Nachdem noch Graf *Westarp* bei mir gewesen war, mit dem ich mich in voller Übereinstimmung befand[31]), fuhr ich mit Graf *Eulenburg* zusammen nach Wildpark. Der Zug des Kaisers war schon angekommen.[32]) Wir trafen den Kaiser im Neuen Palais und hatten gemeinschaftliche Unterredung mit ihm. Ich machte den Kaiser eindringlich auf die ganze Schwere des Entschlusses der Absendung des Waffenstillstandsangebots aufmerksam, daß man sich durch Annahme der 14 *Wilson*[schen] Punkte in die Hände des Feindes begebe, daß man damit Elsaß-Lothringen und wahrscheinlich einen Teil von Posen—Westpreußen aufgebe.[33]) Der Kaiser war sehr ruhig — äußerlich —, schien sich aber, wie ich das bei ihm kannte, von den Ereignissen treiben zu lassen, ohne eigenen starken Willen.

Eulenburg und ich aßen im Neuen Palais; wir fuhren um 3 Uhr zurück. *Radowitz*, der ebenfalls mit *Hertling* zurückgetreten war[34]), war bei mir, [auch] der frühere Minister *Delbrück*, welcher zufällig in Berlin war, und um 6 Uhr fand im Reichskanzler-Palais [eine] Konferenz mit dem Kaiser statt, Prinz *Max von Baden*, *Payer*, *Hintze*. [Die] Absendung des Waffenstillstandsangebots wurde beschlossen.[35])

---

[31]) Vgl. Westarp II S. 662: „Schon am 2. 10. 1918 sagte ich *v. Berg*, der ganz den gleichen Standpunkt einnahm, ich fürchte, man werde dem Kaiser die Abdankung nahelegen; er *[Berg]* müsse so lange als möglich in seiner Stellung bleiben, um dem entgegenzuwirken." Ferner a.a.O. S. 646, er, *Westarp*, habe in einer Besprechung vom 2. 10. mit *v. Payer* und *v. Hintze* „im Einvernehmen mit *v. Berg* darauf" gedrängt, „die 14 Punkte, wenn sie schon [im deutschen Friedens- und Waffenstillstandsangebot] erwähnt werden müßten, nicht ihrem vollen Inhalt nach, sondern nur als Grundlage der Verhandlungen anzunehmen." Vgl. dazu die entsprechende Darstellung bei Westarp, Regierung des Prinzen Max S. 11 und 35.

[32]) Zur Ankunft des Kaisers in Berlin-Potsdam vgl. Müller, Marinekabinett S. 63; Niemann, Kaiser und Revolution S. 94.

[33]) Bezieht sich auf die Punkte 8 und 13 der 14 Punkte *Wilsons*. Punkt 8: „Alles französische Gebiet sollte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt, das Unrecht aber, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde [...], sollte wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder gesichert wird." Im Punkt 13 lautet der entscheidende Satz: „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen und einen freien sicheren Zugang zur See erhalten." Wortlaut bei Prinz Max von Baden S. 355 f.

[34]) Der Wechsel in der Leitung der Reichskanzlei erfolgte erst am 10. 10. 1918. Der am 5. 8. 1917 als Chef der Reichskanzlei entlassene Unterstaatssekretär Arnold *Wahnschaffe* übernahm als Nachfolger des zurückgetretenen *Radowitz* das Amt „bis zur endgültigen Neubesetzung des Postens". Vgl. Schultheß 1918/I S. 335; Prinz Max von Baden S. 374 f.

[35]) Vor diesem Kronrat, bei dem u. a. Prinz *Max*, *Hindenburg*, *Payer*, *Hertling*, *Friedberg* und *Berg* anwesend waren, hatte *Berg* an einer nach 15 h beginnenden Besprechung zwischen Prinz *Max*, *Payer*, *Hindenburg*, *Hintze* und *Roedern* teilgenommen; vgl. Payer S. 106 ff.; Prinz Max von Baden S. 345 f.; WUA 2 S. 296 f. und 377 (Aufzeichnung Haeften); Haußmann S. 236. — Besprechungsgegenstände im Kronrat waren die Regierungsumbildung sowie die Fassung der Waffenstillstandsnote und ihre Absendung. A.a.O.

25. Der Rücktritt Hintzes, Steins und Bergs

Am Dienstag, den 3. [Oktober], setzten sich Konferenzen vor- und nachmittags bei *Payer* mit dem Prinzen *von Baden* fort[1]), insonderheit über die Möglichkeit eines Aufrufs an das Volk, einer nochmaligen letzten kraftvollen Erhebung.

Ich war abends bei den Majestäten, hatte Vortrag beim Kaiser und aß allein bei den Majestäten. Ich machte den Kaiser darauf aufmerksam, daß meine Stellung nunmehr bei den abweichenden Meinungen des neuen Kanzlers sehr erschwert sei, daß es auch für den Kaiser schwer sein würde, sich zu entscheiden, wem er folgen solle, und daß ich daher meinen Rücktritt anböte, der schon in der Presse, vornehmlich in der *Vossischen Zeitung*, gefordert wurde.[2]) Der Kaiser sagte mir, daß er mich unter keinen Umständen missen könne, daß ich ihn in diesem Moment nicht verlassen dürfe und nahm mir durch Handschlag das Versprechen ab, ihn nicht zu verlassen. Auch die Kaiserin bat mich inständig zu bleiben, unsere Freundschaft würde beendet sein, wenn ich in diesem Moment fortgehen würde.

Am Freitag, den 4. Oktober, setzten sich die Versammlungen mit *Payer* etc. fort, die für mich recht unerquicklich waren. Man ging daran, die Rechte der Krone abzubauen[3]), und diesem Verlangen mußte ich mich unter allen Umständen widersetzen. Man wollte vor allen Dingen den Kriegsminister *Stein* entfernen[4]), weil er in einem Erlaß vom Sommer an die stellvertretenden Kommandierenden Generale sich in scharfen Worten gegen die Friedensverhandlungen ausgesprochen hatte.[5])

---

[1]) Zu den Besprechungen am 3. 10. 1918 vgl. Prinz Max von Baden S. 347 ff.; Payer S. 109 ff.; WUA 2 S 299 ff., 377 f. (Aufzeichnung Haeften), S. 424 f. (Aufzeichnung Roedern); Lütge S. 72 ff.

[2]) Eine solche Meldung findet sich in der *Vossischen Zeitung* 8. 10. 1918 (Abendausgabe) unter der Überschrift: „Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts": „Wie wir hören, ist ein Rücktrittsgesuch des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts *v. Berg* eingereicht und angenommen worden. Der Rücktritt des Herrn *v. Berg* dürfte mit der Rolle zusammenhängen, die er bei der Neubildung der jetzigen Reichsregierung gespielt und die, wie erinnerlich, zu allgemeiner Unzufriedenheit in den Kreisen der Reichstagsmehrheit Anlaß gegeben hat. Daß Herr *v. Berg* demnächst zurücktreten würde, ist schon seit der vorigen Woche erwartet worden." Vgl. auch Müllers Eintragung (Marinekabinett S. 425) vom 3. 10. 1918: „Es heißt, *Berg* müsse gehen [...]."

[3]) Vgl. dazu die im Register von Quellen 2 unter den Stichworten „Reichsverfassung" und „Kaiser" angegebenen Stellen; mit Schreiben vom 3. 10. 1918 an den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums übersandte das Reichsamt des Innern einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung; a.a.O. S. 45 ff.

[4]) Die Mehrheitsparteien hatten seinen Rücktritt gefordert; Quellen 1/II S. 755 f.; Quellen 2 S. 9 f., 12, 18, 27 und 39. Vgl. auch die folgenden Anm.

[5]) Gemeint ist der Geheimerlaß „Der Ober-Militärbefehlshaber. Nr. 4678. 18. G.A.L." vom 8. 7. 1918, den *Erzberger* dem Interfraktionellen Ausschuß in der Sitzung vom 12. 9. 1918 zur Kenntnis brachte. Es hieß darin: „Die Zentralstelle ‚Völkerrecht' und die ‚Deutsche Friedensgesellschaft' entwickeln wieder große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten." Abschließend wurde betont: „Die vorgeschilderte Bewegung ist eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1915 Nr. 3740.

Dieser Erlaß war in der Eigenschaft des Kriegsministers im Nebenamt, Oberkommandierender in der Heimat, erlassen, war außerdem zurückgenommen [worden].[6]) Selbst wenn man zugeben wollte, was ich nicht tat, daß *Stein* mit diesem Erlaß einen Mißgriff gemacht habe, lag nach meiner Ansicht absolut kein Anlaß vor, den in seinem Hauptamt sehr bewährten Kriegsminister zu entfernen, in einem Moment, da die Armee in einer schwierigen Lage, im Rückzug, evtl. im Zurückfluten [war].

Ich betonte dies sehr stark *Payer* gegenüber, nannte es eine Erpressung der Parteien der Friedensresolution. *Payer* erwiderte mir, daß er solch starke Ausdrücke gar nicht liebe, worauf ich erwiderte, daß ich für das Verhalten leider keine andern hätte. *Payer* wird besonders beim Kanzler auf meinen Rücktritt gearbeitet haben. Dem Kaiser habe ich dreimal aufs Bestimmteste gesagt, daß er *Stein* nicht gehen lassen dürfe. Jedesmal versprach er mir das, er denke nicht daran, diesem Verlangen nachzugeben.

Leider bestand auch *Hintze* auf seinem, d. h. *Hintzes*, Rücktritt.[7]) Ich versuchte vergeblich mit allen Mitteln, ihn zum Bleiben zu bewegen. Der Kaiser entschloß sich auch sehr schwer dazu, dem Verlangen nachzugeben, tat es aber doch, setzte bei der Konferenz, die wir, d. h. der Kanzler, *Hintze*, *Payer* mit ihm hatten, am 4. nachmittags[8]), keinen Widerstand entgegen und erklärte sich mit dem Vorschlag des Kanzlers und *Payers*, *Solf* zum Nachfolger zu ernennen, einverstanden. *Hintze* kam noch zu mir und bat mich zu bleiben. Ich sagte unwillig, es sei leicht, andern dies zu raten, während man selbst das sinkende Schiff verlasse.

Ich hatte am 4. abends noch den Besuch von *Schiemann*, aß bei A[ugust] *Eulenburg* mit dem *Prasser* und *Boitzenburger* und war nachher noch bei Ernst *Rantzau*[9]) mit dem Prinzen *August Wilhelm*[10]) zusammen.

Ich leistete noch immer Widerstand gegen die Ernennung von *Erzberger* zum

---

15. G.A.L. ersuche ich die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern [sowie der Verbreitung eines Artikels des Herrn *v. Plessen* entgegenzuwirken].

gez. *v. Stein.*

An den Minister des Innern pp."

Abdruck des Erlasses in Quellen 1/II S. 528 ff. nach dem Or. im DZA Potsdam, Reichskanzlei 2439/2; das in [ ] gesetzte fehlt bei der Wiedergabe durch *Erzberger*.

[6]) Der Erlaß war trotz der Forderung der Mehrheitsparteien, die zusammen mit dem Verlangen auf Rücktritt *Steins* erhoben worden war — vgl. Anm. 4, insbesondere Quellen 2 S. 9 —, nicht zurückgenommen worden.

[7]) *Hintze* hatte schon am 29. 9. 1918 und wieder am 30. 9. 1918 erfolglos Abschiedsgesuche eingereicht mit der Begründung, sein Verbleiben im Amt würde bei der ihm „zugeschriebenen Qualität als Reaktionär" „das Vertrauen zu der durch die Ereignisse diktierten Politik im Inlande wie im Auslande erschüttern." WUA 2 S. 409 f. (Darlegung Hintzes). *Hintze* erneuerte nun sein „Abschiedsgesuch zum dritten Male". A.a.O. S. 413.

[8]) Vgl. WUA 2 S. 413 (Darlegung Hintzes); Prinz Max von Baden S. 357; Payer S. 116.

[9]) Ernst Graf *zu Rantzau*, Kammerherr des Kaisers, Vortragender Rat im Ministerium des Königlichen Hauses.

[10]) *August Wilhelm* (1887—1949), Sohn *Wilhelms II.*

Staatssekretär, den das Zentrum präsentierte.[11]) Hier war es vornehmlich das Auswärtige Amt, welches immer wieder, zuletzt noch dringend durch Telefon nach dem Neuen Palais meinen Widerstand zu brechen suchte, indem es *Erzberger* als sehr einflußreich und durchaus nützlich zu verwenden hinstellte.[12]) Der Kaiser gab auch hier nach.

Am Sonnabend, den 5. Oktober, hielt am Nachmittag der Kanzler seine bekannte Reichstags-Antrittsrede, der ich beiwohnte, obschon es mir bitter sauer wurde anzuhören, daß er sich als Kanzler von Reichstags- und Volksgnaden vorstellte.[13]) Immerhin war noch immer die Möglichkeit vorhanden, daß man das Volk aufrufe zu einer letzten gemeinsamen energischen Handlung gegen den Feind.

Ich war am 5. abends im Neuen Palais, aß mit der Kaiserin und Prinz *August Wilhelm*. Der Kaiser hatte Ischiasschmerzen, lag im Bett. Ich war nach Tisch bei ihm, trug ihm einige Sachen vor.

Der Sonntag verlief mit einigen Besuchen: Elard *Oldenburg* und Ernst *Wedel*, Kultusminister *Schmidt*, Exzellenz *Dryander*.[14]) Ich war bei dem ausgezeichneten *Breitenbach* und bei *Friedberg*. Mittags war ich in Cecilienhof bei der Kronprinzessin, die ich über die Lage orientierte und eigentlich zum ersten Mal eingehend sprach, eine ausgezeichnete, kluge, gewandte Frau, der ich in der kommenden schweren Zeit sehr viel näher trat. Abends suchte mich noch *Waldow* auf.

Am Montag, den 7. Oktober, war ich früh gegen 9 Uhr beinahe eine Stunde auf meine Anmeldung beim Kanzler, weil es mir notwendig schien, ihm noch Einiges eindringlich zu sagen.[15]) Wir sind die ganze Zeit im Reichskanzlergarten herumgegangen. Die Hauptpunkte waren folgende: er dürfe unter keinen Umständen

---

[11]) Vgl. S. 185 f. (bes. Anm. 19). Der bayerische Militärbevollmächtigte *Pappus* äußerte in einem Bericht vom 4. 10. 1918 — Militär und Innenpolitik Nr. 479 (Anm. 5) — die Ansicht: „Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß die Schwierigkeiten, die der Zivilkabinettschef *v. Berg* dem Eintritt *Erzbergers* in die neue Regierung in den Weg legt, auf unmittelbare Einwirkung des Feldmarschalls *v. Hindenburg* zurückzuführen sind."

[12]) Zur Rolle des Auswärtigen Amts vgl. die Darstellung von *Erzberger* in Quellen 2 S. 43, 61 und 112; Erzberger, Erlebnisse S. 311.

[13]) Zur Vorgeschichte, dem ersten Entwurf und der endgültigen Fassung siehe Prinz Max von Baden S. 353 ff. und 359 ff., dort S. 360 ff. der Text des ersten Entwurfes. Wortlaut der im Reichstag gehaltenen Rede Sten. Ber. Bd. 314 S. 6150 ff., sowie Schultheß 1918/I S. 325 ff. — *Berg* spielt hier vor allem auf folgenden Passus der Rede an: „Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weitesten Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. (Bravo! und sehr richtig! links.).
Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. (Beifall links.) [...]."

[14]) Oberhofprediger Ernst *v. Dryander* (1843—1922). In seinen „Erinnerungen aus meinem Leben" 4. Aufl., Bielefeld und Leipzig 1926, S. 321 heißt es: in den schweren Wochen nach dem 29. 9. 1918 sei ihm „die freundschaftliche Verbindung mit der charaktervollen Persönlichkeit" *Bergs* „von großem Wert gewesen".

[15]) Zum Inhalt des Gesprächs vgl. Prinz Max von Baden S. 378.

über die Abdankung des Kaisers auch nur mit sich reden lassen. Wenn er darüber mit sich reden lasse, würde das Verlangen immer dringender gestellt werden. Die Ausführung aber bedeute das Ende Preußen-Deutschlands, wir bekämen das Chaos. Der Kronprinz sei den Leuten, die den Kaiser ablehnten, noch viel weniger genehm. Das Kind der Kronprinzessin würde nicht 8 Tage regieren. Wir hätten die Republik und den vollkommenen Zusammenbruch. Zweitens handelte es sich um das Verlangen auf Entlassung des Kriegsministers, die ich aus den oben angeführten Gründen unter keinen Umständen wollte. Es handelte sich hierbei auch um das Prestige des Kaisers und Königs. Drittens hielt ich es für unbedingt notwendig, daß sich der süddeutsche Kanzler einen erprobten preußischen Verwaltungsbeamten zum Chef der Reichskanzlei nehme. Der Prinz wollte den Geheimrat *Simons*[16]) aus dem Auswärtigen Amt nehmen, den ich für diesen Posten für vollkommen ungeeignet hielt.

Unsere Unterredung verlief äußerlich unter besten Formen, unser innerer Gegensatz trat aber klar zutage. Mir wurde damals schon klar, daß der Prinz den Kaiser, von dem er zwar immer wieder behauptete, daß er ihn heiß liebe, nicht schützen werde. Am Schluß sagte der Kanzler, daß auch ich doch wohl schwer in meiner Stellung zu halten sein werde, worauf ich ihm erwiderte, daß ich an meiner Stellung nicht hinge, daß ich aber dem Kaiser auf sein dringendes Verlangen versprochen habe zu bleiben und daß ich es auch nicht für angemessen halte, daß man dem Kaiser die Persönlichkeiten der Kabinettschefs vorschreibe. Dies seien die Gründe, weshalb ich meinen Abschied nicht erbeten habe. Der Kanzler äußerte noch den Wunsch, den Kaiser zu sprechen[17]), ob ich ihn anmelden wolle, worauf ich sagte, daß er dieses jederzeit selbst tun könne, daß der Kaiser ihn sicher empfangen würde, trotzdem er im Bett liege.

Abends, ungefähr 7 Uhr, wurde mir von dem Flügeladjutanten vom Dienst telefonisch gesagt, daß der Kaiser mich sogleich zu sprechen wünsche, daß *Marschall* mich im Auto abholen würde, was auch bald geschah. Auf der Fahrt sagte *Marschall*, worum es sich handeln würde, voraussichtlich um Gehen oder Bleiben des Kriegsministers, worauf ich erwiderte, daß es sich um den Kriegsminister und um mich handeln würde. *Marschall* war der Ansicht, daß der Kaiser dem Verlangen, mich zu entlassen, unter keinen Umständen nachgeben würde. Ich war anderer Ansicht.

Im Neuen Palais, von dem Flügeladjutanten empfangen, wurde *Marschall* zuerst vom Kaiser hereingerufen, nach kurzer Zeit auch ich.[18]) Der Kaiser lag noch im Bett, da er krank war. Ich sagte: Wie geht es Euerer Majestät. Der Kaiser: Schlecht, der Kanzler war hier. Ich: Was hat er Euerer Majestät gebracht? Der

[16]) Walter *Simons* (1861—1917), Vortragender Rat im Auswärtigen Amt. In einer vom 1. 10. 1918 datierten, vermutlich von Kurt *Hahn* angefertigten Kandidatenliste (Masch. mit handschr. Ergänzungen) wird *Simons* als Kandidat für den Unterstaatssekretärsposten in der Reichskanzlei genannt; Quellen 2 S. 18 (Anm. 5). Zu der Absicht des Prinzen *Max*, *Simons* mit dem Amt zu betrauen, vgl. Prinz Max von Baden S. 374 f. — Da *Simons* ablehnte, übernahm Arnold *Wahnschaffe* provisorisch wieder das Amt, „bis er Geheimrat *Simons* in die Geschäfte eingeführt hätte."

[17]) Vgl. Anm. 19.

[18]) Vgl. Ilsemann I S. 21.

Kaiser: Er verlangt Deinen und des Kriegsministers Rücktritt.[19]) Ich: Meine Person spielt ja keine Rolle, aber den Rücktritt des Kriegsministers im jetzigen Augenblick halte ich für ein großes Unglück, und Euere Majestät haben mir immer wieder versprochen, ihn nicht zu entlassen. Der Kaiser: Liebes Kind, was soll ich denn tun, der Kanzler hat die Verantwortung. Der Kaiser gab mir die Hand und meine Entlassung war vollzogen.[20])

Als ich hinausging, sagte der Kaiser: Meine Frau läßt Dich zu sich bitten. Ich ging zur Kaiserin, die ich ganz aufgelöst vorfand. Sie war in Tränen, und ich hätte sie am liebsten in den Arm genommen und gestreichelt. „Das ist das Letzte, jetzt habe ich keine Hoffnung mehr."[21]) Der Kanzler war auch bei der Kaiserin gewesen, hatte ihr aber von seinem Verlangen nichts gesagt. „Er war zu feige, es mir ins Gesicht zu sagen." Die Kaiserin hat noch an demselben Abend an den Prinzen *Max* einen Brief geschrieben, der ihm zu lesen nicht angenehm [gewesen] sein wird.

Ich aß mit den Herren und Damen der Umgebung zu Abend. Alles war in starker Erregung. Die nächsten Tage haben mir viele Besuche von befreundeten Menschen gebracht, die meinen Fortgang für die weitere Entwicklung für sehr unerfreulich hielten.

Ich bin am nächsten Morgen, am 8. Oktober, noch einmal beim Kanzler gewesen und habe ihn gesprochen. Der Grund für mich lag darin, daß mir zu Ohren gekommen war, man dächte daran, *Valentini* zurückzurufen.[22]) Ich hielt dies für keine glückliche Änderung, zumal mir bekannt war, wie sehr die Kaiserin dem widerstand.[23]) Ich sagte dem Kanzler, daß mein Abgang erfolgt sei, daß mein Vortr[agender] Rat *Dryander* die Geschäfte übernähme, hierzu sehr gut

---

[19]) Über den Inhalt des Gespräches zwischen Kaiser und Reichskanzler vgl. Prinz Max von Baden S. 378 f., wo allerdings ein falsches Datum (6. 10. 1918) angegeben ist. Der Terminkalender des Prinzen beweist, daß das Gespräch am 7. 10. 1918 stattgefunden hat; Quellen 2 S. 99 (Anm. 1). „Der Kaiser" — berichtet Prinz Max S. 378 — „schien meinen Ausführungen zuzustimmen. Als ich aber auf die Notwendigkeit hinwies, Herrn *v. Berg* durch eine Persönlichkeit zu ersetzen, von der es feststünde, daß sie mit weniger Abneigung auf diese Regierung blicke als der gegenwärtige Kabinettschef, da wehrte sich der Kaiser mit Entschiedenheit: Die Wahl des Kabinettschefs sei eine Prärogative der Krone." — Zur Forderung des Kanzlers auf Entlassung *Steins* und *Bergs* siehe ferner Ilsemann I S. 21; Niemann, Kaiser und Revolution S. 97; Hermann v. Stein: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges. Berlin 1919, S. 135.

[20]) Zur Reaktion *Bergs* auf seine Entlassung vgl. Niemann a.a.O.

[21]) Die Wirkung des Abgangs von *Berg* auf die Kaiserin ist dargestellt bei Ilsemann I S. 21 sowie bei Niemann a.a.O.: „Am Abend fand ich die Kaiserin in Tränen und stolz aufbäumender Entrüstung. Sie allein begriff im vollen Umfange, was der Prinz ihrem kranken Gemahl soeben angetan. Der Kaiser hatte nicht allein einen treuen uneigennützigen Berater, sondern den engsten Vertrauten seiner täglichen Herrschersorgen verloren."

[22]) Diesen Wunsch hatte Prinz *Max* dem Kaiser schon in der Unterredung am 7. 10. 1918 — zur Datierung siehe Anm. 19 — vorgetragen; Prinz Max von Baden S. 379.

[23]) Vgl. dazu die Tagebücher Valentinis vom 24. 10. 1918: „Reg[ierung] u[nd] Prinz *Max* haben mich wieder z[um] Chef des Z[ivil-]K[abinetts] haben wollen, am Widerstand der Kaiserin gescheitert." — Vgl. weiter Prinz Max von Baden S. 387; Herre S. 151 f.; dazu die in der Neuausgabe der „Erinnerungen" des Prinzen Max von Baden (vgl. S. 180, Anm. 29) S. 369 Anm. a zit. Äußerung des Kaisers gegenüber dem Prinzen *Max*.

imstande sei, daß eine beschleunigte Besetzung des Postens nicht notwendig sei, erwähnte auch, daß mir die Rückkehr von *Valentini* [in das Zivilkabinett] als eine Demütigung des Kaisers erscheinen wolle. Der Kanzler dagegen war der Ansicht, daß dadurch nur demonstriert würde, daß der Kaiser zu seinen früher bewährten Grundsätzen zurückkomme.[24])

Ich hatte die Absicht, bald von Berlin abzureisen und nach Markienen zu gehen. Das scheiterte jedoch einstweilen daran, daß mir von Hause die Nachricht kam, es läge alles an Grippe und mein Kommen wäre daher z. Zt. sehr unerwünscht. Außerdem wurde ich immer wieder gebeten zu bleiben, von der Umgebung des Kaisers, von *Marschall*, dann später von meinem Nachfolger.[25]) Ich bin daher noch mit einer kurzen Pause in Tessin bis Ende Oktober in Berlin geblieben.

Am 10. Oktober bin ich abends im Neuen Palais gewesen und habe mich von den Majestäten, nachdem ich bei ihnen gegessen hatte, verabschiedet.[26]) Der Kaiser schenkte mir das große *Adam*sche Bild mit der Unterschrift: „Seinem treuen Freunde und bewährten Berater."

Ich war inzwischen bestrebt, einen geeigneten Nachfolger für mich dem Kaiser vorzuschlagen. Ich hatte bei dieser Gelegenheit an *Tschammer*[27]), Staatssekretär im Elsaß, und *Bülow*[28]), U[nter]St[aatssekretär] in Bromberg, gedacht, war mir aber nicht bewußt, daß sie beide der jetzigen Regierung zu konservativ gerichtet sein würden. Durch einen Zufall war ich am 9. Oktober abends bei den jungen *Dryanders* mit dem früheren Staatssekretär *Delbrück*[29]) zusammen gewesen. Zwar war ich durchaus nicht immer mit ihm gleicher Meinung gewesen, während er Staatssekretär des Innern gewesen war. Auch er hatte nach meiner Meinung mit *Bethmann* zusammen viel verschuldet, hatte nach links zuviel nachgegeben, aber er war entschieden monarchisch und verfügte über ein reiches Wissen, zumal in Verfassungsfragen.

Er schien körperlich auch wieder leidlich frisch, hatte die Absicht, sich wieder politisch zu betätigen und hatte sich der freikonservativen Partei zur Verfügung gestellt.[30]) Ich erhielt am 11. vormittags durch Boten einen Brief der Kaiserin, in welchem sie mich inständig bat, zu verhindern, daß *Valentini* wieder an seine alte Stelle komme.[31]) Ich schrieb sofort einen Brief an den Kaiser, in welchem ich ihm meine Kandidaten nannte, vor *Valentini* warnte und als Ausweg *Delbrück* nannte. Diesen Brief erhielt der Kaiser, bevor er am 11. nachmittags den Kanzler sprach.

---

[24]) Vgl. Anm. 22.

[25]) Clemens *Delbrück;* vgl. Anm. 35.

[26]) Vgl. Ilsemann I S. 23.

[27]) Georg Frhr. *v. Tschammer und Quaritz*, Staatssekretär in Straßburg.

[28]) Regierungspräsident in Bromberg.

[29]) Clemens *v. Delbrück* (1856—1921), Vizekanzler und Staatssekretär des Innern 1909—1916. — Vgl. dazu Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 273. „An diesem Abend wurde auch eingehend über die Schwierigkeiten gesprochen, für Herrn *v. Berg* einen dem Kaiser und dem Prinzen *Max* genehmen Nachfolger zu finden. Unter den verschiedenen etwa in Frage kommenden Persönlichkeiten wurde ich nicht genannt [...]."

[30]) A.a.O. S. 271.

[31]) Vgl. Anm. 23.

Ich traf mich um 5 Uhr beim Grafen *Eulenburg* mit dem Kaiser, der dieses Mal ganz guter Dinge war, die Lage günstig ansah, mit meinem Vorschlag *Delbrück* sehr einverstanden war.[32]) Auch der Kanzler hatte schon zugestimmt.[33]) Der Kaiser sagte, die Besetzung dieses Postens sei überhaupt lediglich seine Sache. Er ließe sich nicht dreinreden, fühlte aber doch, daß das nicht mit meiner Entlassung übereinstimmte und sagte, meine Entlassung wäre ihm ja sehr schmerzlich, aber es wäre das Schlimmste gewesen, daß ich eine besonders ausgesprochene und politisch festgelegte Persönlichkeit gewesen wäre.

Ich erhielt an diesem Tage mit einem sehr freundlich gehaltenen Handschreiben in dem der Kaiser persönlich heruntergesetzt hat „und treuer Freund", den Abschied unter Verleihung des Sterns der Komture des Hohenzollernschen Hausordens.[34]) Am 12. Oktober traf sich der Kaiser bei mir mit *Delbrück* und verabredete mit ihm die Übernahme der Geschäfte[35]), trank dann bei mir mit den Flügeladjutanten *Dohna* und *Ilsemann* Tee, besah sich die Wohnung, war sehr freundlich. Der Kaiser hat auch noch am 14. nachmittags bei mir Tee getrunken, nachdem *Delbrück* ihm im Hause Vortrag gehalten hatte.

---

[32]) Vgl. a.a.O. S. 273 f. und 277.

[33]) Vgl. a.a.O. S. 277 (Anm. 1).

[34]) Vgl. Anlage 7, S. 212.

[35]) Dazu Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung S. 277 f. Schon am folgenden Tage, den 13. 10. 1918, übernahm *Delbrück* die Geschäfte des Zivilkabinetts (a.a.O.). Die offizielle Ernennung erfolgte jedoch erst am 14. 10. 1918.

26. Der Sturz Ludendorffs und die Frage der Abdankung des Kaisers

Ich habe in diesen Tagen die Entwicklung der Dinge mit größter Besorgnis verfolgt. Die *Wilson*schen Noten verkündeten nichts Gutes. Der Kaiser gab als Kaiser und König ein Recht nach dem anderen preis und hatte kaum hierfür ein Gefühl. Die Regierung ging immer weiter nach links, und das Einzige, was man tun mußte, das Volk noch einmal zu einer letzten großen Anstrengung aufzurufen, geschah nicht. Meine größte Sorge war, daß der Kaiser sogar zur freiwilligen Abdankung bewogen werden würde. Nach der Natur des Kaisers war es möglich, daß er in einem Zustand der Apathie auch dieses tat. Mir schien diese Gefahr immer größer.

Ich habe daher während des Monats Oktober 1918 noch dreimal Gelegenheit genommen, mit dem Kaiser sehr eingehend und ernst zu sprechen. Am 16. bin ich nach dem Neuen Palais gefahren, bin mit dem Kaiser eine Stunde gegangen, am 25. bin ich bei ihm in Bellevue gewesen. Beide Male habe ich versucht, ihm den ganzen Ernst der Situation klarzumachen und habe ihn vor allen Dingen davor gewarnt abzudanken. Es würde ihm so dargestellt werden, als wenn er dadurch die letzte große Liebe dem deutschen Volke erweise. Es sei dasselbe, wenn ein Kind sich ein scharfes Messer wünsche und man es ihm gäbe, es sich dann damit schnitte. Nach dem Abgang des Kaisers würde das Chaos kommen. Der Kronprinz würde nicht ernst genommen werden, man habe seine Stellung

bereits untergraben. Das Kind würde nicht 8 Tage regieren.[1]) Der Kaiser hat mir alles immer versprochen, aber es mußte eben immer jemand mit festem Willen hinter ihm stehen, sonst war er verloren.
Schließlich schien es mir das einzig Richtige, daß der Kaiser zur Armee ginge. Dort würde er vielleicht vor sich selbst geschützt sein. Ich habe daher für die Abreise gewirkt und sie auch durchgesetzt. Mein Motiv war: Ein Kaiser, der bei seiner Armee ist, wird weniger leicht abgesetzt als ein Kaiser in Berlin unter dem Einfluß eines linksgerichteten Ministeriums, eines schwächlichen Kanzlers und der Straße. Ich fuhr daher auch am 29. Oktober noch einmal zu dem Neuen Palais, damit der Kaiser bei seinem Entschluß, zur Front zu gehen, verbleibe. [Ich] habe [ihn] abends gesprochen, habe noch einmal alles wiederholt, was ich auf dem Herzen hatte. Aber ich meinte immer, der Kaiser solle zur Front gehen[2]), dort bleiben, nicht hinter die Front nach Spa. Es war ein bewegter Abschied. Ich hatte schon damals wenig Hoffnung. Ich habe nach meinem Abschied vom Kaiser den Herren und Damen der Umgebung gesagt: Ich bin heute zum letzten Mal beim deutschen Kaiser gewesen, in vier Wochen haben wir den Bolschewismus. Es ist so gekommen!

In den Tagen vorher war auch *Ludendorff* entlassen [worden]. Das war der schlimmste schwere Schlag. Wären *Ludendorff* und ich am 8. und 9. November in Spa gewesen, so glaube ich noch heute, wären andere Entschlüsse gefaßt worden.[3]) *Ludendorff* hätte die Abreise unter allen Umständen verhindert, hätte *Hindenburg* in diesem Sinne beeinflußt und hätte ein anderes Bild der Armee gegeben als der unglückselige *Groener*, und ich hätte unter allen Umständen den Kaiser von seinem unglücklichen Entschluß abgehalten. Es ist kein Mann dagewesen. *Hindenburg* hat sich unbegreiflicherweise zurückgehalten, stand unter dem Einfluß von *Groener*. Die Offiziere der Armee, die gehört wurden, waren nach einer Nachtfahrt ausgehungert, erfroren, deprimiert von dem, was sie in Spa hörten. Nur *[Heye]*[4]), nicht *Groener*, nicht *Hindenburg*, nicht der Kaiser, [sprachen mit ihnen]. Ein *Friedrich der Große* hätte [selbst mit ihnen gesprochen][5]), hätte ihnen wieder Mut eingeflößt.
Plessen und die anderen Herren der Umgebung dachten in erster Linie an den „Schutz" des Kaisers, auf den es jetzt gar nicht ankam.[6]) Das Leben galt nichts,

[1]) Prinz *Wilhelm* (1906—1940), der älteste Sohn des Kronprinzen.

[2]) Über die Vorstellungen, der Kaiser solle auf dem Schlachtfeld den Tod suchen, vgl. Wilhelm Michaelis: Zum Problem des Königstodes am Ende der Hohenzollernmonarchie. In: GWU, Jg. 13, 1962, H. 11, S. 695 ff.

[3]) Nach Mitteilung Hans-Hubert *v. Bergs* vom 27. 10. 1968 blieb sein Adoptivvater auch in den späteren Jahren davon überzeugt, daß, wenn er im Amt geblieben wäre, der 9. November anders verlaufen sei. Man hätte den Kaiser dazu bringen müssen, seine Macht zu zeigen und den Schießbefehl gegen die Revolutionäre zu erteilen; dann, so glaubte *Berg*, wäre die Revolution erst gar nicht erfolgt bzw. sofort niedergeschlagen worden. — Zu den Vorgängen in Spa vgl. die Darstellungen von Augenzeugen bei Westarp, Ende der Monarchie; Thaer S. 252 und 257 ff.; Groener S. 454 ff.; Niemann, Revolution S. 283 ff.; Siegfried A. Kaehler: Vier quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende. In: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 280 ff.

[4]) Im Or.: „*v. Heye*".

[5]) Im Or.: „sie selbst gesprochen".

[6]) Vgl. die in Anm. 2 und 3 angegebene Literatur.

nur die Ehre, die Monarchie, das Vaterland. Und es war noch viel zu retten, wenn man sich nicht selbst aufgab, und das tat man unbegreiflicherweise. *Hintze* hatte wohl in erster Linie schlecht geraten. *Schulenburg*, der einzige, der den richtigen Rat gab, hatte nicht genügenden Einfluß, fuhr auch zu früh ab.[6]) *Hindenburg* — es tut mir leid —, auch über ihn hier ein ungünstiges Urteil fällen zu müssen —, hat nachher gesagt, er habe es gar nicht geraten, nach Holland zu gehen, er habe nur gesagt, wenn die Schweiz oder Holland in Frage kommen, wäre letzteres besser.[6]) Er mußte raten, unter keinen Umständen fortzugehen. Als erster Soldat des Kaisers mußte er sich vor den Kaiser stellen und diesen Entschluß verhindern.

Es bleibt für mich heute noch übrig, etwas niederzuschreiben über die Vernehmungen beim Abschied von *Ludendorff*. Der Feldmarschall und *Ludendorff* waren, wie ich glaube, am 22. Oktober[7]) nach Berlin gekommen, um mit der Regierung wegen der Waffenstillstandsverhandlungen sich zu besprechen.[8]) Sie verliefen ziemlich unerfreulich.

Der Kanzler hatte außerdem einen Erlaß der Obersten Heeresleitung[9]) als die Pläne der Regierung durchkreuzend angesehen und hatte beim Kaiser den Rücktritt von *Ludendorff* erbeten.[10]) Hierüber fand am 25. spätabends eine Konferenz im Neuen Palais statt, in welcher der Kaiser entschied: *Hindenburg* muß unter allen Umständen bleiben. *Ludendorff* kann evtl. ersetzt werden.[11]) *Marschall* ist am 26. früh zum Kanzler gegangen und hat ihm dringend von dieser Maßnahme abgeraten, da mit *Ludendorff* auch *Hindenburg* ginge und dann die Armee ihren Halt verlöre. Prinz *Max* ließ sich überzeugen und stand von seinem Verlangen ab. Diese Krisis schien vorüber.[12])

---

[7]) Es handelt sich um einen Irrtum *Bergs*. In Wirklichkeit trafen *Hindenburg* und *Ludendorff* erst am 25. 10. 1918 in Berlin ein.

[8]) Zu den Hintergründen dieser Reise vgl. Quellen 2 S. 326 f.; Ritter IV S. 442, 445 ff., sowie Militär und Innenpolitik Nr. 496 ff.

[9]) Es handelt sich um den von *Hindenburg* unterschriebenen Armeebefehl: „Zur Bekanntgabe an alle Truppen" vom 24. 10. 1918, abgedr. u. a. in: Amtliche Urkunden S. 194; Urkunden der OHL S. 577 f.; Prinz Max von Baden S. 500 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 614 f. Der Erlaß nahm zur 3. *Wilson*-Note vom 23. 10. 1918 Stellung, die als Forderung zur „militärische[n] Kapitulation" gekennzeichnet wurde. Sie sei „deshalb für uns Soldaten unannehmbar. [. . .] *Wilsons* Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen." — Zum Zustandekommen dieses Erlasses und den damit verfolgten Absichten siehe Quellen 2 S. 327 f.; Militär und Innenpolitik Nr. 494 (Anm. 6).

[10]) Vgl. dazu Prinz Max von Baden S. 500 ff.; nach seiner Darstellung stand schon nach der eigenmächtig vorgenommenen Reise *Hindenburgs* und *Ludendorffs* nach Berlin — vgl. Anm. 8 — fest: „Diese Reise durfte nur mit der Entlassung des Generals *Ludendorff* enden." Abdruck des an den Kaiser gerichteten Schreibens des Prinzen Max vom 25.10.1918 in Quellen 2 S. 359 f.

[11]) *Hindenburg* und *Ludendorff* hatten am Nachmittag in Bellevue eine Unterredung mit dem Kaiser, bei der auch *Delbrück* anwesend war; vgl. dazu Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 613; Quellen 2 S. 361; WUA 2 S. 367 f. („Aufzeichnung des Generals *Ludendorff* vom 31. Oktober 1918 über das Waffenstillstandsangebot"); Ilsemann I S. 27. — Abends kehrte der Kaiser dann ins Neue Palais nach Potsdam zurück, wo ihm *Delbrück* den Brief des Prinzen *Max* — vgl. die vorige Anm. — überreichte; Ilsemann I S. 28, Prinz Max von Baden S. 503.

[12]) Vgl. dazu Ilsemann I S. 29: „Trotzdem renkt sich die Sache in den Morgenstunden [des 26.] anscheinend ein: Der Kanzler ist zufrieden, wenn *Bauer* geht und die politische Abteilung [der OHL] aufgelöst wird."

Am 26. mittags hatten [der] Feldmarschall und *Ludendorff* Vortrag beim Kaiser in Bellevue.[13]) Wie gesagt, hatte der Kaiser nicht die Absicht, *Ludendorff* zu entlassen.[14]) Die Stimmung gegen ihn war aber wieder nicht günstig. Der Kaiser verargte ihm den plötzlichen Entschluß vom Ende September bezüglich des Friedensangebots. Der persönliche Gegensatz, den ich gemildert hatte, trat wieder hervor. Beim Vortrag machte der Kaiser *Ludendorff* Vorwürfe, daß er an der verworrenen Lage schuldig sei.[15]) *Ludendorff* erwiderte, daß er um seinen Abschied bäte, da er nicht das Vertrauen des Kaisers zu haben scheine. Der Kaiser sagte, das ginge jetzt nicht, blieb aber erregt und unfreundlich gegen *L[udendorff]*, so daß dieser im Laufe des Vortrages sein Abschiedsgesuch wiederholte, welches sodann der Kaiser annahm. *Hindenburg* schloß sich auch seinerseits dem Gesuch an, was aber vom Kaiser unbedingt abgelehnt wurde, worauf *Hindenburg* sich fügte.

Das führte dazu, daß *Ludendorff* sich weigerte, zusammen mit dem Feldmarschall in den Wagen, welcher vor Bellevue hielt, einzusteigen, weil „der Feldmarschall ihn im Stich gelassen habe".[16]) Es hat aber im Generalstabsgebäude, in dem *Hindenburg* wartete, gleich nachher eine Aussprache stattgefunden[17]), in der *Ludendorff* zugegeben hat, daß das Verhalten *Hindenburgs* richtig gewesen sei, so daß auch später das Verhältnis gut geblieben ist.[18])

Ich war auf Wunsch des Feldmarschalls sowohl am 25. abends bei ihm zum Essen gewesen, als auch am 26. vormittags bei ihm vor dem Vortrag. Ich war damals schon durch *Delbrück* über die Differenzen orientiert. Ich sprach am

[13]) Zu Inhalt und Verlauf dieser Aussprache vgl. Ilsemann I S. 29; Niemann, Kaiser und Revolution S. 114 f.; Müller, Marinekabinett S. 436 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 616 f.; Quellen 2 S. 363 f. (Aufzeichnung Haeften); Militär und Innenpolitik Nr. 496.

[14]) Bei der Fahrt am Morgen des 26. 10. 1918 nach Berlin äußerte sich der Kaiser, wie die Darstellungen *Ilsemanns* (I S. 28 f.) und *Niemanns* (Kaiser und Revolution S. 112 ff.) über die Gespräche während der Fahrt beweisen, sehr erregt über *Ludendorff* und gab sich entschlossen, den General zu entlassen. *Hindenburg* müsse dagegen bleiben. Vgl. auch die Aufzeichnungen *Haeftens* (Militär und Innenpolitik Nr. 496 und Quellen 2 S 362 f.), wonach er *Ludendorff*, der sich gerade von *Hindenburg* zum Bleiben habe überreden lassen (vgl. die folgende S., bes. Anm. 20), die Mitteilung überbracht habe, der Kaiser werde ihn gleich zu sich bitten, um ihm zu eröffnen, daß er die Einreichung seines Abschiedsgesuches erwarte. — Im Laufe des Vormittags zeigte sich jedoch eine Meinungsänderung beim Kaiser, der *Niemann* (a.a.O. S. 114) nun mitteilte, er werde *Delbrück* zum Kanzler schicken „und ihn bitten lassen, dasEntlassungsgesuch zurückzunehmen unter der Zusage, daß die Heeresleitung in Zukunft jeden Eingriff in die Politik meiden und daß zum Zeichen dessen die politische Abteilung [der OHL] aufgelöst werden solle."

[15]) Vgl. Anm. 13 und 14.

[16]) Vgl. die Schilderung dieser Szene durch Ilsemann I S. 29 und Haeften (Quellen 2 S. 364 sowie Militär und Innenpolitik Nr. 496).

[17]) Diese Aussprache ist auch erwähnt in Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 617; Quellen 2 S. 364 (Aufzeichnung Haeften) sowie Militär und Innenpolitik Nr. 496 (Aufzeichnung Haeften). Danach hat *Hindenburg* im Generalstab „*Ludendorff* nochmals aufgesucht, um zu versöhnen. Nach Darstellung von *Ludendorff* mir gegenüber ohne Erfolg, wie *Hindenburg* später den Generalstabsoffizieren berichtete, mit dem Erfolg, daß *Ludendorff Hindenburg* um Entschuldigung gebeten. Vorstehende Darstellung auf Grund Mitteilungen *Ludendorffs* zu mir."

[18]) In Wirklichkeit hat *Ludendorff* dem Feldmarschall diesen „Verrat" nie verziehen; vgl. Ritter IV S. 449.

26. beim Feldmarschall *Ludendorff*, welcher gerade im Begriff stand, sein Abschiedsgesuch zu schreiben in Veranlassung der unergiebigen Verhandlungen am vergangenen Abend mit der Regierung.[19]) *Hindenburg* und mir gelang es, ihn von diesem Vorhaben abzubringen.[20]) Zum Unglück des Vaterlandes erfolgte aber der Abschied aus der oben geschilderten Veranlassung doch.

Am 26. abends habe ich wieder bei *Hindenburg* gegessen, der sehr bewegt war. Auf meine Frage, wen er zum Nachfolger *Ludendorffs* bestimmt habe, erhielt ich die Antwort: „*Groener*"[21]), wodurch ich sehr überrascht und wenig erfreut wurde. [Ich] sagte dies auch dem Feldmarschall, er hielt ihn aber für sehr tüchtig und in diesem Moment für den geeignetsten.

Ludendorff hatte vorgeschlagen: *Seeckt*, *Schulenburg*, *Kuhl*.[22]) *Seeckt* war zu weit entfernt[23]), konnte nicht rasch genug herankommen. *Schulenburg* hielt man für unabkömmlich beim Kronprinzen.[24]) Zuerst entschied sich der Feldmarschall für *Kuhl*, sagte dem Oberst *Heye*, er möchte an *Kuhl* telefonieren.[25]) Nach einer halben Stunde aber kam *Hindenburg* wieder zu *Heye* und gab ihm Gegenorder, er habe sich entschlossen, *Groener* zu nehmen. Ich weiß nicht, was für diesen unglücklichen Entschluß gesprochen hat. *Hindenburg* hat mir gegenüber später geäußert, daß seine Abteilungschefs für *Groener* gesprochen hätten.[26]) *Heye* war unorientiert. Ich habe eine Weile geglaubt, daß *Marschall* für *Groener*

[19]) Eine ähnliche Begründung für das am 26. 10. 1918 „8 Uhr früh" verfaßte Abschiedsgesuch gibt Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen S. 616; damit übereinstimmend die Aufzeichnungen Haeftens; vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 496 sowie Quellen 2 S. 362 f.; dagegen heißt es in der in WUA 2 S. 368 abgedr. Aufzeichnung Ludendorffs: „Um einen Stein des Anstoßes für *Wilson* zu entfernen, schrieb ich am 26. früh mein Abschiedsgesuch."

[20]) In der in der vorigen Anm. zit. Literatur heißt es übereinstimmend, *Hindenburg* habe *Ludendorff* gebeten, das Gesuch nicht abzuschicken. Nur „ungern" und „nach längerem inneren Kampfe" hätte der Generalquartiermeister seine Einwilligung erteilt.

[21]) Vgl. dazu oben S. 106 und 196.

[22]) Zu der Entscheidung für *Groener* vgl. bes. Anm. 26.

[23]) *Seeckt*, Generalstabschef des türkischen Feldheeres, befand sich z. Zt. in Konstantinopel.

[24]) Dazu den Auszug aus dem Tagebuch des Obersten v. Mertz — abgedr. in: Groener S. 441 (Anm. 2) — über eine Mitteilung des Obersten *v. Tieschowitz:* „Graf *Schulenburg* darf vom Kronprinzen nicht weg (Entscheid des Feldmarschalls)". Vgl. ferner Niemann, Kaiser und Revolution S. 116 über ein Gespräch mit *Tieschowitz: Schulenburg*, „der in erster Linie in Frage kam, war als Chef des Kronprinzen unentbehrlich".

[25]) Nach Groener S. 441 — er stützt sich hier auf die angeführte Mitteilung *Tieschowitz'* — hätte *Kuhl*, der zuerst gefragt worden sei, abgelehnt, „weil er der politischen Schwierigkeiten nicht Herr zu werden meinte."

[26]) Nach Groener S. 440 f. geschah seine Ernennung „stark unter politischem Gesichtswinkel — die Süddeutschen würden besser mit den Parlamentariern fertig als die Preußen, hieß es [. . .]." *Hindenburg* habe ihm versichert, daß der Vorschlag „von ihm selbst ausgegangen" sei. „Nach anderen Urteilen soll Oberst *v. Tieschowitz* den Feldmarschall auf mich hingewiesen haben." Ferner nennt *Groener* noch *Reischach* und *Marschall* als mögliche Förderer seiner Berufung. — Die Vermutung über den Einfluß von *Tieschowitz* wird gestützt durch Niemanns Bericht (Kaiser und Revolution S. 116) von einem Gespräch mit *Tieschowitz* am Abend des 26. 10. 1918 über die Nachfolge *Ludendorffs*. *Groener* „war eine Möglichkeit. Dem General ging der Ruf eines vortrefflichen Organisators voraus. Gerade die so schwierigen Rückzugsbewegungen, das gewaltige Problem der Räumungsarbeiten würden dem militärischen Eisenbahnfachmann liegen." — Vgl. auch die folgende Anm.

beim Feldmarschall gesprochen habe, habe aber keine Beweise dafür.[27]) *Kuhl* war vielleicht nicht mehr ganz frisch, aber er dachte soldatisch und im Gegensatz zu *Groener* preußisch.

Erwähnen will ich noch einen Besuch des Grafen *Baudissin*[28]), früherer Chef des Admiralstabes, mit dem ich mich während des Krieges bei Mitscher öfters getroffen habe und gut verständigt habe. Hier kam aber ein Vorschlag, den ich ihm nicht zugetraut habe und der von der Verwirrung der damaligen Zeit zeugt. Er war am 15. Oktober bei mir, hatte mich dringend sprechen wollen, trotzdem ich ihm sagte, daß ich ja nicht mehr Chef des Zivilkabinetts sei. Das wisse er, ich sei aber der einzige, der seinen Plan zustandebringen könne.

Dieser war folgender: Der Kaiser erklärt und mit ihm die Ärzte, daß er krank sei und daher die Regierung niederlegen müßte. Der Kronprinz wird gerufen, er erklärt aber, er könne jetzt nicht die Nachfolge übernehmen, da er die Armee nicht verlassen wolle. Darauf wird als ältester Bundesfürst der König von Bayern gerufen, welcher sodann Kaiser wird.[29]) Also Entthronung der Hohenzollern durch die katholischen Wittelsbacher. Eine Zumutung, dieses Ansinnen an mich zu stellen! Ich gab ihm die gebührende Antwort, und wir trennten uns sehr kühl.

Auch der Herzog *Ernst Günther von Holstein*[30]) sprach im Kasino mit mir von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers, worauf ich aufstand und ihm erklärte, daß ich es ablehnen müßte, überhaupt mit ihm darüber zu sprechen.

Ich habe noch die Herrenhaussitzung am 31. Oktober mitgemacht[31]), habe mich im Palais August Wilhelm am 31. gegen Abend sehr bewegt von der Kaiserin verabschiedet und bin am Abend nach Ostpreußen abgefahren, war am 1. November in Markienen, war zu Hause.

---

[27]) *Haeften* berichtet (Quellen 2 S. 363), er habe nach der Abfahrt *Hindenburgs* und *Ludendorffs* zum Kaiser Oberst *v. Tieschowitz* darauf hingewiesen, daß die Nachfolgerfrage für *Ludendorff* „jetzt dringend" sei. „In meiner Gegenwart rief *Tieschowitz* den Chef des Militärkabinetts General *v. Marschall* an, um mit ihm die Frage der Nachfolge des Generals *Ludendorff* zu besprechen. Als mögliche Nachfolger nannte Oberst *v. Tieschowitz* die Generale *v. Kuhl*, *v. Seeckt*, *v. Loßberg* und *Groener*. Es wurde vereinbart, daß die Entscheidung des Feldmarschalls hierüber abgewartet werden solle."

[28]) Friedrich Graf *v. Baudissin* (1852—1921), Admiral z. D., Chef des Admiralstabes 1908/09, anschließend bis 1912 Chef der Marinestation der Nordsee.

[29]) Dieser Gedanke war in einer Besprechung am 13. 10. 1918 zwischen Graf *Baudissin*, Fürst *Löwenstein* und Korvettenkapitän *v. Selchow* geboren worden. Nachdem *Baudissin* ohne Erfolg versucht hatte, dem Kaiser den Vorschlag zu unterbreiten, wandte er sich an *Berg*. Vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 487 (Anm. 4).

[30]) Der Bruder der Kaiserin, aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.

[31]) In dieser Sitzung wurde ein Antrag der konservativen Fraktion, der *Wilhelm II.* die unentwegte Treue versicherte (Wortlaut bei Schultheß 1918/I S. 396), einstimmig angenommen; a.a.O. S. 406; dazu Westarp, Regierung des Prinzen Max S. 104 f.

Anlagen

I.

20. 3. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs

Nachlaß Heinrichs Nr. 35, eigenhändig, Kopf: „Geheimes Zivilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen".

Sehr verehrte Exzellenz.

Mit größtem Bedauern entnehme ich aus Ihren Zeilen[1]), für welche ich Ihnen vielmals danke, daß der Herr Reichskanzler aus den Randbemerkungen Seiner Majestät ein mangelndes Vertrauen gegen seine Person ersehen kann.[2]) Ich kann auf das Nachdrücklichste versichern, daß nicht beabsichtigt gewesen ist, den Herrn Reichskanzler zu kränken. Seine Majestät haben nur Dankbarkeit für ihn, der in schwerer Stunde die große Bürde auf sich nahm und damit ein großes persönliches Opfer brachte.[3]) Zu dieser Dankbarkeit kommt festes Vertrauen, daß der Kanzler auch die Rechte der Krone als Preußischer Ministerpräsident wahren wird und als strenger Monarchist gegen den Parlamentarismus ankämpfen wird. Der Kaiser spricht nur in Worten hoher Anerkennung vom Kanzler und hegt persönliche Sympathie für ihn.

Ich kann auch versichern, daß niemand aus der Allerhöchsten Umgebung Stimmung gegen den Herrn Reichskanzler macht, es herrscht vielmehr überall Verehrung für ihn.[4]) Ganz besonders liegt es mir am Herzen, dieses Vertrauensverhältnis zu erhalten, ich möchte dies noch besonders betonen, wenn es zu meinem größten Bedauern durch die Übersendung der Randbemerkungen den Anschein gehabt haben sollte, daß ich auf einem anderen Boden stände. Ich erlaube mir noch darauf hinzuweisen, daß ich im Schloß Bellevue mit dem Herrn Reichskanzler über die Sache sprach[5]) und ihm sagte, daß die Bemerkungen Seiner Majestät nicht gegen ihn persönlich gerichtet sein sollten, daß ich ihn bäte, sie nicht so aufzufassen. Der Herr Reichskanzler wird auch aus dem Verhalten Seiner Majestät ihm gegenüber ersehen haben, daß von irgendeiner Mißstimmung nicht die Rede sein kann. Seine Majestät freuen sich, daß der

---

[1]) Schreiben Heinrichs' an Berg vom 17. 3. 1918, Nachlaß Heinrichs Nr. 35.

[2]) In dem in Anm. 1 zit. Schreiben heißt es u. a.: „Der Herr Reichskanzler ist durch die eigenhändigen Randbemerkungen Sr. Majestät zu seinem Thronbericht, die Sie ihm wörtlich übermittelt haben, stark erregt, und das ist angesichts der ungewöhnlichen Form, in der hier der Kaiser zu seinem ersten Beamten spricht, auch durchaus begreiflich. Namentlich die Betonung der preußischen Gepflogenheiten hat ihn stark verdrossen u[nd] ihm den Gedanken nahe gelegt, daß man in der Umgebung des Kaisers die Meinung zu verbreiten suchte, er sei als früherer bayerischer Minister bestrebt, bayerische Interessen vor preußischen Interessen in den Vordergrund zu schieben."

[3]) Vgl. die in Heinrichs' Schreiben — vgl. Anm. 1 — wiedergegebene Meinungsäußerung *Hertlings*, er habe den „dornenvollen Posten [. . .] lediglich aus Pflichtgefühl übernommen, nachdem S[eine] Majestät die Notwendigkeit seiner Annahme unter den jetzigen stark erregten Zeitumständen wiederholt betont habe. Er sei aber nicht gesonnen, weiter im Amte zu bleiben, wenn er den Eindruck gewänne, daß er nicht mehr das Vertrauen des Kaisers besitze."

[4]) Vgl. Anm. 2.

[5]) Diese Unterredung muß während der Besprechungen am 12. und 13. 3. 1918 in Bellevue stattgefunden haben; vgl. oben S. 121.

Herr Reichskanzler die Absicht habe, herzukommen[6]) und daß sodann Gelegenheit ist, die letzte Wolke zu zerstreuen.

Ich würde sehr dankbar sein, wenn Sie, sehr verehrte Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler in vorstehendem Sinne Vortrag halten würden und dabei Gelegenheit nehmen wollten, ihn meiner Ergebenheit zu versichern. Ich habe daher bisher Abstand genommen, dem Herrn Reichskanzler selbst zu schreiben.
Das Arbeitskammergesetz[7]) trage ich morgen vor. Wir reisen morgen Abend an die Front, wie lange diese Fahrt dauern wird, ist ungewiß. Gott gebe, daß die nächste Zeit Gutes bringt.

Ich will noch hinzufügen, daß ich selbstverständlich mit Ihnen einen Kanzlerwechsel in absehbarer Zeit für ein großes Unglück halten würde und daß ich alles tun werde, um ein solches zu verhüten. Ich befinde mich auch darin ganz in Übereinstimmung mit *Hindenburg* und *Ludendorff*.[8]) Die Dekorierung des

---

[6]) In einem offiziellen eigenhändigen Dienstschreiben des Reichskanzlers an Berg vom 17. 3. 1918, Nachlaß Heinrichs Nr. 35, bekundete er seine „Absicht, sobald es der Stand der Verhandlungen im Reichstage über die Friedensverträge und die neue Kriegsanleihe gestatten", dem Kaiser „persönlich Vortrag halten zu dürfen u[nd] ersuche Eu[re] E[xzellenz], diesen Wunsch S[eine]r Majestät geneigtest unterbreiten zu wollen." Vgl. auch Hertling S. 86. — *Hertling* kam jedoch erst Mitte April zu Besprechungen ins Große Hauptquartier; vgl. oben S. 129 f.

[7]) Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes wurde dem Reichstag zusammen mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (eingeschränkte Koalitionsfreiheit) am 19. 4. 1918 zugeleitet; vgl. Sten. Ber., Anlagen, Bd. 324, Drucksachen Nr. 1490 und 1491. Die „Behandlung" dieser beiden Entwürfe hatte „die Allerh[öchste] Unzufriedenheit" erregt. *Hertling* verteidigte sich in dem in der vorigen Anm. zit. Schreiben u. a. damit, der „Allerh[öchste] Erlaß v[om] 6. Febr[uar] [18]75, nach welchem alle Angelegenheiten von erheblicher, insbesondere organisatorischer und politischer Bedeutung vor der Gestaltung zu einer Gesetzesvorlage in ihren Grundzügen S[eine]r Majestät zur Genehmhaltung zu unterbreiten sind", sei ihm bei seinem Amtsantritt noch nicht bekannt gewesen. Vgl. dazu auch die Mitteilung *Hertlings* in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 22. 3. 1918, Protokoll im Nachlaß Heinrichs Nr. 25: „Seine Majestät habe neuerdings zum Ausdruck gebracht, daß er im Reiche wie in Preußen über wichtige gesetzgeberische Pläne zu einer Zeit orientiert zu werden wünsche, in der Seine Entschlußfreiheit noch nicht durch Zusagen oder sonstige Festlegungen gegenüber Parlament oder Öffentlichkeit beschränkt worden sei. Diese Allerhöchste Willensmeinung entspreche den schon jetzt bestehenden Bestimmungen. Durch den Königlichen Erlaß vom 6. Februar 1875 sei angeordnet, daß das Staatsministerium, sofern es die Notwendigkeit einer legislatorischen Maßnahme anerkenne, in Angelegenheiten von organisatorischer oder politischer Bedeutung die zu ihrer Ausführung beschlossenen Prinzipien dem Kaiser vorzulegen habe. Diese Anordnung könne ja allerdings eine gewisse Erschwerung der Dienstgeschäfte in sehr eiligen Zeiten wie den jetzigen mit sich führen, aber sie hätten doch schon immer bestanden und er bäte deshalb die Herren Minister, sich auch ferner auf sie einzurichten. Den Anlaß zu der jetzigen Äußerung des Kaisers hätten der Gesetzentwurf über die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung und der Arbeitskammergesetzentwurf gegeben, welche dem Kaiser offenbar überraschend gekommen seien. Er habe aber darauf aufmerksam gemacht, daß diese Fragen ja bereits bei der Übernahme seiner Ämter eine wesentliche Rolle gespielt hätten und er auch in seiner Reichstagsrede am 29. November v. J. auf beide Gesetzentwürfe bereits hingewiesen habe."

[8]) Vgl. dazu das in Anm. 1 zit. Schreiben Heinrichs': „Bei meinem kürzl[ichen] Aufenthalt im Gr[oßen] H[aupt]q[uartier] habe ich zu meiner großen Freude den Eindruck gewonnen, daß auch *Hindenburg* u[nd] *Ludendorff* Vertrauen zum Grafen *H[ertling]* haben und einen neuen Kanzlerwechsel bedauern würden."

Kanzlers nach dem rumänischen Friedensschluß mit dem E. K. I. ist von S. M. befohlen und soll veröffentlicht werden.[9])

Mit besten Empfehlungen in größter Hochachtung Ihr aufrichtigst ergebener

gez. *v. Berg.*

[9]) Die Auszeichnung war von *Heinrichs* in seinem in Anm. 1 zit. Schreiben angeregt worden.

2.

27. 3. 1918: Reichskanzler Hertling an v. Berg

Pol. Archiv, Weltkrieg Nr. 20 d Nr. 1 a, Bd. 12. Masch. Entwurf mit handschr. Korrekturen, Vermerk: „Eilt!"[1])

Ew. pp. sehe ich mich veranlaßt[2]), auf folgendes aufmerksam zu machen[3]): Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß aus den besetzten ausländischen Gebieten an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Ergebenheitsadressen, in denen zugleich politische Wünsche zum Ausdruck gebracht waren, ohne meine Zuziehung lediglich auf die Vorschläge des Geheimen Zivilkabinetts hin beantwortet worden sind.[4]) In gleicher Weise ist lediglich auf Vorschläge des Geheimen Zivilkabinetts hin Allerhöchst über den Empfang von ausländischen Abordnungen, die politische Wünsche zum Ausdruck brachten, entschieden worden.[5]) Ew. pp. werden, wie ich nicht bezweifle, mit mir darin übereinstimmen, daß eine derartige, ohne die Zuziehung der politisch verantwortlichen Stellen erfolgende Erteilung von Allerhöchsten Antworten oder Fällung von Allerhöchsten Entscheidungen in politisch wichtigen Angelegenheiten grundsätzlich nicht angängig ist, da durch solche Allerhöchste Meinungsäußerungen und Behandlungen die Politik, für die ich die Verantwortung zu tragen habe, ohne, ja gegen meinen Willen, festgelegt und beeinflußt werden kann.

Ich wäre daher Ew. pp. dankbar, wenn derartige Angelegenheiten, wie bisher üblich, mir, sei es unmittelbar, sei es zu Händen meiner amtlichen Vertreter, zur Äußerung bzw. zum Vorschlag für die Allerhöchste Entscheidung zugewiesen würden.[6])

R[eichs] K[anzler]
H. 27/3.[7])

[1]) A.a.O. befindet sich noch ein handschr. Entwurf mit der Bemerkung *Hertlings* „Ich ersuche um Vorlage eines Reinkonzepts *H.* 27/3". — Ein Auszug aus dem Schreiben ist von Baumgart S. 68 (Anm. 31) veröffentlicht worden.

[2]) „sehe ich mich veranlaßt" handschr. eingefügt für „erlaube ich mir".

[3]) *Hertlings* Schreiben war von *Grünau* in seinem Telegramm vom 25. 3. 1918 an das Auswärtige Amt angeregt worden; zum Wortlaut vgl. Einleitung S. 58 (Anm. 46).

[4]) Vgl. S. 57 f. und S. 118 (bes. Anm. 5).

[5]) Vgl. S. 177 f. und S. 121.

[6]) Vgl. Einleitung S. 57 f.

[7]) Paraphe *Hertlings*.

3.

28. 7. 1918: Unterredung zwischen General Falkenhausen und v. Berg

Nachlaß Falkenhausen Nr. 2, Erinnerungen.[1])

Der Chef des Zivilkabinetts war am 28. Juli abends[2]) bei mir, brachte mir herzliche Grüße vom Kaiser und berührte sogleich das zu erwartende Thema. Ich sagte ihm meine oben angeführte Auffassung[3]) und konnte schließlich nach längerem eingehenden Gespräch nicht anders als zustimmen, wenn es unbedingt nötig wäre, was für den Fall eines bald notwendig werdenden Wechsels in Aussicht gestellt wurde. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich schon früher Grund gehabt hätte, mich mit der Möglichkeit, auf den Kanzlerposten berufen zu werden, zu beschäftigen und dabei die für mich als General in besonderem Maße entstehenden Schwierigkeiten zu erwägen. Die Lage wäre jetzt wohl noch erheblich schwieriger als früher geworden, wobei ich den zeitigen kriegerischen Mißerfolg im Westen nicht zu hoch einschätzen und mich von einer schwächlichen pessimistischen Auffassung, die mein Handeln niemals beengt hätte, gänzlich fernhalten wollte. Aber es wäre klar, daß bei den jetzigen innerpolitischen Zuständen ein Handeln auf parlamentarischer Grundlage kaum möglich oder von Dauer sein könnte. Den Versuch dazu würde ich jedenfalls machen; ich stünde den parlamentarischen Verhältnissen und ihrer Behandlung auf Grund meiner früheren Tätigkeit im Kriegsministerium[4]) nicht ganz fern und hätte auch jetzt einige Fühlung damit behalten. Es würde sich also voraussichtlich gleich oder bald die Notwendigkeit herausstellen, Gewaltmaßnahmen anzuwenden: Auflösung des Reichstages, möglichst unter Vermeidung oder doch Hinausschieben der sehr bedenklichen und schwierigen Neuwahlen[5]), scharfes Vorgehen gegen die zersetzenden Bestrebungen der Linksradikalen, schließlich Anwendung militärischer Gewalt. Zu letzterer müßte ich mich der Haltung der Truppen, besonders derjenigen in der Reichshauptstadt, versichern. Zweifel in dieser Beziehung dürften nicht aufkommen und wären zu beseitigen, auch in bezug auf die Geeignetheit der maßgebenden Führer für die schwierige Lage. Ich führte das alles an, nicht um die vorhandenen Schwierigkeiten besonders hervorzuheben, sondern um ihnen klar und fest ins Auge zu sehen und keine Illusionen aufkommen zu lassen. Ich würde zu den schärfsten Mitteln erst greifen, wenn mit anderen nicht auszukommen wäre, aber ich müßte unter allen Umständen das Heft in der Hand behalten und dürfte vor nichts zurückschrecken. Selbst nicht vor großen Streiks und Aufständen, in die auch schlimmstenfalls Teile des Feldheeres eingreifen müßten.

---

[1]) Abdruck schon in: Militär und Innenpolitik Nr. 464 (Anm. 39).

[2]) Nach den Aufzeichnungen *Bergs* — vgl. S. 154 — hat die Unterredung schon am Abend des 27. 7. 1918 stattgefunden. — Zu der Vorgeschichte dieser Aussprache vgl. oben S. 144 f. (Anm. 11).

[3]) Bezieht sich auf die folgenden Sätze in Falkenhausens Erinnerungen; a.a.O.: „Ich konnte nur hoffen, daß diese jetzt immer schwerer gewordene Last [des Reichskanzleramtes] an mir vorübergehen würde, und hatte die Absicht, *Berg*, im Falle er ernstlich an mich herantreten würde, zu sagen, daß ich in meinen Jahren diese Bürde nur auf mich nehmen könnte, wenn kein Geeigneter sie tragen wollte und die Pflicht gegen den Kaiser und das Vaterland es mir geböte."

[4]) Über *Falkenhausens* militärischen Werdegang vgl. NDB 5 S. 11; Handbuch für Heer und Flotte, Bd. III, 1911, Sp. 480.

[5]) Nach Art. 24 der Reichsverfassung konnte der Reichstag jederzeit vom Bundesrat mit Zustimmung des Kaisers aufgelöst werden. Die Neuwahlen mußten binnen 60 Tagen und der Zusammentritt des neuen Reichstages binnen 90 Tagen nach der Auflösung erfolgen (Art. 25).

Ich hoffe, daß, wenn ich berufen würde, mir die Einsicht und der feste Wille gegeben wäre, das schwere Amt zu führen. Ich wollte, wie ich mich zum Schluß ausdrückte, wenn es notwendig wäre, „in die Bresche springen!"

Berg stimmte mir in allem zu, unsere Ansichten gingen wie immer zusammen. Er sprach sogar die Absicht aus, den zuletzt bei der Ernennung der Reichskanzler eingeschlagenen parlamentarischen Weg zu verlassen und einfach zu mir nach Brüssel zu kommen und mir die Ernennung zum Reichskanzler zu überbringen.[6]) Ich nahm diese Absicht vorläufig stillschweigend hin und behielt mir vor, diese eintretendenfalls noch auf ihre Notwendigkeit und Geeignetheit zu erwägen. Damit hätte sich die Lage innerpolitisch sofort erheblich zugespitzt und die Diktatur wäre nahe gerückt. Meine obige Äußerung zum Schluß meiner Ausführungen hatte die Lage also richtig gekennzeichnet. Daß der Kaiser, zu dem ich in der nächsten Woche nach Spa kommen sollte[7]), mit unserer Auffassung der Lage einverstanden war, konnte ich nach der Sendung von *Berg* an mich annehmen. Ebenso konnte ich auf die Unterstützung der Obersten Heeresleitung rechnen, die schon lange unter der schwächlichen Zügelführung der Staatsgewalt zu leiden hatte.

[6]) Nach Art. 15 der Reichsverfassung war der Kaiser theoretisch in der Entscheidung über Entlassung und Ernennung des Reichskanzlers völlig frei.

[7]) *Falkenhausen* wurde am 3. 8. 1918 vom Kaiser nach Spa eingeladen, doch ist es zu keiner Unterredung mit *Wilhelm II.* über die Kanzlerfrage gekommen; vgl. Militär und Innenpolitik Nr. 464 (Anm. 39). Trotzdem hat *Berg* an dem Gedanken, *Falkenhausen* zum Reichskanzler zu ernennen, weiter festgehalten; dazu oben S. 171, 177 und 179 (bes. Anm. 27).

4.

16. 8. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs

Nachlaß Heinrichs Nr. 37, eigenhändig, Kopf: „Geheimes Zivilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen".

Sehr verehrte Exzellenz.

Haben Sie sehr vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen mit den Benachrichtigungen.[1]) Der Kaiser legt großen Wert darauf, daß ein Beschluß über die Anklage gegen *Lichnowsky*[2]) bald gefaßt wird[3]) und hielt es für dringend geboten, daß er angeklagt und verurteilt wird, da unsere Gegner nunmehr auch im Heere die Agitation mit der Broschüre betreiben[4]) und der Soldat nicht versteht, daß

[1]) Gemeint sein dürfte Heinrichs' Schreiben an Berg vom 17. 7. 1918, Nachlaß Heinrichs Nr. 29.

[2]) Karl Max Fürst *v. Lichnowsky* (1860—1928), 1912—1914 Botschafter in London, stellte in seiner 1918 veröffentlichten Schrift: „Meine Londoner Mission (1912—1918)" die These auf, die Bündnispolitik mit Österreich-Ungarn sei schuld am Ausbruch des Weltkrieges. Vgl. auch sein Buch: Auf dem Wege zum Abgrund. 2 Bde., Dresden 1927.

[3]) Das Herrenhaus hatte in einer Geheimsitzung vom 12. 7. 1918 den Ausschluß *Lichnowskys* beschlossen; die Veröffentlichung erfolgte jedoch erst am 14. 8. 1918, nachdem die Bestätigung des Königs erfolgt war; vgl. Schultheß 1918/I S. 243 und 254. — Dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Fürsten wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit hatte das Haus schon am 26. 4. 1918 zugestimmt; a.a.O. S. 144 und 157.

[4]) Vgl. dazu das Schreiben Bergs an Heinrichs vom 11. 8. 1918, Nachlaß Heinrichs Nr. 37: „Der Kaiser vermißt, daß über den Ausschluß von *Lichnowsky* aus dem Herrenhaus noch nichts in die Öffentlichkeit gekommen ist. Durch unsere Feinde ist die Broschüre auch im Heer verbreitet und sie findet zum Teil deshalb Glauben, weil nichts gegen *L[ichnowsky]* veranlaßt

L[ichnowsky] nicht verurteilt wird, es sei denn, daß das, was er schreibt, wahr sei, daß nämlich wir schuld am Kriege seien.[5]) Die Denkschrift des Staatsministeriums über das Baltikum[6]) ist mir gestern Abend vom Reichskanzler zugegangen, ich werde sie heute dem Kaiser geben.[7])

Hintze reiste gestern Abend über Brüssel ab, er hat sich mit *H[indenburg]* u[nd] *L[udendorff]* sehr eingehend ausgesprochen und sie haben gegenseitig gutes Vertrauen zueinander.[8]) Wir haben Konferenzen mit und ohne Kaiser gehalten. Mit Polen kommen wir nun hoffentlich endlich zu Rande, nachdem auch der Kaiser von Österreich dem von Polen präsentierten Kandidaten für den Thron zugestimmt hat.[9]) *Burian* wird wohl allerdings noch Obstruktion treiben wollen. *Behr*[10]) und *Yorck*[11]) werden morgen oder übermorgen kommen. Wir gehen vielleicht für einige Tage nach Wilhelmshöhe, da die Kaiserin nicht ganz frisch gewesen ist. Letzteres wird bisher im allgemeinen verheimlicht. Der Erlaß, daß am 6. September geflaggt wird[12]), soll nicht aufgehoben werden. Wir haben sehr schöne sonnige Tage, hoffentlich ist es in der Heimat ebenso. Ich will zum 1. September — Besprechung Herrenhaus — nach Berlin kommen.[13])

Die besten Grüße in tiefster Ergebenheit

aufrichtigst Ihr
F. *Berg*.

---

sei." — Auch der Kronrat vom 14. 8. 1918 hatte sich u. a. mit *Lichnowsky* befaßt; vgl. dazu die auf S. 158 (Anm. 15) zit. Belege. — Zur Verbreitung der *Lichnowsky*-Denkschrift vgl. Hans Thimme: Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr. Stuttgart 1932, S. 126 f.; ferner Wolfgang Benz: Der Fall „Muehlon". Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des ersten Weltkrieges. In: VfZG, 18. Jg. 1970, H. 4, S. 347 und 349.

[5]) Vgl. Anm. 2; zum Inhalt der Schrift des Fürsten *Lichnowsky* siehe ferner Schultheß 1918/I S. 120 ff.

[6]) In der Denkschrift „Über die Angliederung Kurlands, Livlands, Estlands und Litauens" vom 15. 8. 1918 forderte das preußische Staatsministerium eine Personalunion der baltischen Provinzen und Litauens mit der preußischen Krone. Pol. Archiv, Weltkrieg 20 d Nr. 1 a, Bd. 20; vgl. auch Baumgart S. 295 (Anm. 152); Fischer S. 811 f., der ein Exemplar im DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2406/5 benutzt hat.

[7]) Vgl. dazu die bei Fischer S. 811 f. zit. Bemerkungen des Kaisers sowie die a.a.O. angeführte Aufzeichnung Bergs vom 17. 8. 1918 (DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2406/1): „Majestät geruhte zu erwähnen, daß Allerhöchstderselbe gegen eine verbindliche Fühlungnahme mit dem Reichstag wegen Personalunion zwischen Preußen und dem neuen baltischen Staat zwar keine weiteren Einwendungen machen wolle, aber erwarte, daß dabei die staatsrechtliche Unzuständigkeit des Reichstags scharf betont werde. S. M. wolle die Rechte des Reichstags in keiner Weise verkürzen, lege aber besonderen Wert darauf, daß auch die Rechte der Krone in gleicher Weise respektiert werde[n]."

[8]) Zu den Besprechungen im Großen Hauptquartier vgl. oben S. 158 f.

[9]) Vgl. oben S. 159 f. (bes. Anm. 25—28).

[10]) Carl Graf *v. Behr-Behrendorff*, Mitglied des preußischen Herrenhauses, Vorsitzender von dessen Wahlrechtsausschuß.

[11]) Heinrich Graf *Yorck v. Wartenburg*, Mitglied des preußischen Herrenhauses, exponierter Gegner einer Wahlrechtsreform; zu der Anwesenheit von *Behr* und *Yorck* im Großen Hauptquartier vgl. das Schreiben Yorcks an Ludendorff vom 30. 8. 1918, Nachlaß Bauer Nr. 17

[12]) Dürfte sich auf den Besuch des Hetmans *Skoropadski* beziehen; vgl. S. 168 (bes. Anm. 41)

[13]) Vgl. oben S. 166.

5.

1. 9. 1918: Unterredung zwischen Unterstaatssekretär Heinrichs und v. Berg

Nachlaß Heinrichs Nr. 33, eigenhändige Aufzeichnung.

G. A.

Mit dem Herrn Geh. Kabinettsrat *v. Berg* habe ich heute auftragsgemäß über die Wahlrechtsvorlage gesprochen u[nd] ihn gebeten, in der morgen beginnenden Sitzung der konserv[ativen] Fraktion des Herrenhauses[1]) darauf hinzuweisen, daß eine Auflösung des Abg[eordneten-]Hauses erfolgen werde, wenn im H[erren-] H[ause] eine dem Juli-Erlasse[2]) entsprechende Verständigung nicht zu Stande komme. Exz[ellenz] *v. Berg* sagte mir, daß er dies in der Fraktion sagen könne und wolle — obwohl es ihm mit Rücksicht auf seine dienstliche Stellung etwas unbequem sei —; er müsse aber seinerseits darauf hinweisen, daß einmal nach den in Spa getroffenen Abmachungen seine Auflösung nur im Einverständnisse mit der OHL erfolgen solle[3]) und dann, daß mit der Auflösung die jetzt mühsam angestrebte Wiederaufrichtung der Einheitsfront zusammenbrechen werde.

Es sei ihm zweifelhaft, ob bei Auflösung u[nd] Neuwahlen der Krieg überhaupt noch weiter geführt werden könne.

Gerade unter Hinweis auf diese Befürchtungen werde er der Fraktion die Notwendigkeit einer Verständigung klar zu machen suchen und dringend ans Herz legen[4]); er bäte aber den Herrn Ministerpräsidenten, auch seinerseits auf die Vertreter der Regierung dahin einzuwirken, daß sie bei den Verh[andlungen] im H[erren-]H[ause] etwaigen Verständigungsversuchen des Hauses, auch wenn sie nicht sofort zum Ziele führen könnten, nicht von vornherein ablehnend entgegentreten, sondern eine Verständigung auch ihrerseits anstrebten, welche noch mit dem Juli-Erlaß vereinbar sei.[5])

H[einrichs] 1/9 [19]18.

---

[1]) Gemeint ist die sog. „Alte Fraktion"; am 4. September trat der 28köpfige Wahlrechtsausschuß des Herrenhauses zu seiner Eröffnungssitzung zusammen; vgl. Schultheß 1918/I S. 270 ff.

[2]) Gemeint ist der Erlaß vom 12. 7. 1917, der eine Abänderung des preußischen Wahlrechts „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts" zusagte; vgl. Patemann S. 93.

[3]) Eine solche formelle Abmachung wird sonst nicht erwähnt, doch machte ein Beschluß des Staatsministeriums vom April 1918 eine Auflösung praktisch von der Zustimmung der OHL abhängig. Am 1. 7. 1918 informierte *Hertling* in Spa *Hindenburg* und *Ludendorff*, als „ultima ratio" müsse „im Hintergrund die Auflösung stehen". Die Reaktion der beiden Generäle ist nicht angegeben. Zum Zusammenhang vgl. Patemann S. 176 ff., 198, 201.

[4]) Vgl. dazu das Urteil *Hertlings*: „*Berg* hat sehr gut im Sinne der Verständigung gesprochen"; handschr. Notizen Heinrichs' im Nachlaß Heinrichs Nr. 33.

[5]) Zu den Beratungen im Wahlrechtsausschuß des Herrenhauses vgl. Patemann S. 209 ff.

6.

16. 9. 1918: Friedrich v. Berg an Unterstaatssekretär Heinrichs

Nachlaß Heinrichs Nr. 33, eigenhändig, Kopf: „Geheimes Zivilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen".

Sehr verehrte Exzellenz.

Ich bin in Sorge, wie es in der Herrenhaus Kommission[1]) läuft. Sie begann nicht sehr glücklich oder vielmehr recht unglücklich damit, daß *Hertling* erklärte, die Ablehnung bedeute eine Gefährdung von Dynastie und Monarchie.[2]) Das hat großen Schaden angerichtet. Ich höre, daß nicht beabsichtigt war, diese Äußerung in die Öffentlichkeit zu bringen, daß es versehentlich geschehen ist, das ist recht bedauerlich. Sie müssen da Ihre Hand drüber halten.

Dann die *Payer*sche Rede[3]), welche mir überhaupt nicht gefällt, für einen süddeutschen Demokraten und Parteiführer war alles mögliche Gute drin, aber für den deutschen Vizekanzler sehr viel Schlechtes. Es kommt doch sehr darauf an, eine Einheitsfront herzustellen, da darf man doch nicht einen großen Teil des Volks — den rechten und doch nicht den schlechtesten — außerhalb stellen und beschimpfen.[4]) *Payer* hat eine ganz gute Hand aber einen sehr unglücklichen Mund. Das ist kein guter Erfolg der „Propaganda".[5]) Und seine Äußerungen über die Wahlvorlage.[4]) Will er sie mit den Sozialdemokraten machen, so erhält er keine Sicherungen, dann ist es ganz hoffnungslos. Hat sich das *Hertling* garnicht überlegt, wenn ihm die Rede vorgelegen hat? Es ist eben in der Reichskanzlei niemand, der preußisch denkt — *Schlieben*[6]) allerdings, aber er kommt noch nicht zur Geltung. *Radowitz* jedenfalls nicht. Da müssen auch Sie helfen. *Hertling* darf sich nicht verrennen.

Ich höre durch *Stirum*[7]), daß *Drews* mit einer 3. event[uell][8]) qualifizierten

---

[1]) Zu den Beratungen der Herrenhauskommission über die Wahlrechtsfrage vgl. Patemann S. 209 ff.

[2]) *Hertling* hatte in der Eröffnungssitzung am 4. 9. 1918 zu einer Verständigung gemahnt und erklärt, es gehe dabei um den Bestand von Krone und Dynastie. Vgl. Schultheß 1918/I S. 270 f.

[3]) Gemeint ist *Payers* Rede in Stuttgart vom 12. 9. 1918; abgedr. bei Schultheß 1918/I S. 281 ff. Zur Datierung und für weitere Literaturangaben siehe Quellen 1/II S. 490 f. (Anm. 6).

[4]) Die Rede — vgl. die vorige Anm. — enthielt jedoch keinerlei „Beschimpfung" der Konservativen und empfahl nur in dem Passus über die Wahlrechtsfrage den „Gegnern" der Regierungsvorlage, „einer Verständigung zuzustimmen. [. . .] Nur dürfen sie nicht hoffen, die Vorlage etwa auf dem Wege der Verschlechterung in ihr Gegenteil verwandeln oder ausbeinen zu können."

[5]) Die Rede *Payers* gehörte in die Linie der im Kronrat vom 14. 8. 1918 verabredeten Propagandamaßnahmen; vgl. Amtliche Urkunden S. 3 ff.; Deutschland im Weltkrieg, Bd. 3, S. 371 f., 377 f.

[6]) Geheimrat Otto *v. Schlieben*; nach Brecht, Lebenserinnerungen S. 151 ein „politisch stockkonservativer" Mann.

[7]) Jules Menno Graf *Limburg-Stirum*; über ihn vgl. oben S. 113 (Anm. 19).

[8]) Lesart unsicher.

Altersstimme entgegenkommen will.[9]) Das müßte die Brücke bilden. Ich hoffe, daß das berufständige Wahlrecht, das ich für aussichtslos halte, in der Kommission bald aufgegeben wird, dann wird noch der *Schorlemer*sche Antrag[10]) beraten werden, auch er wird wohl zu keinem Resultat führen, dann werden ein Teil der Rechten[8]) umfallen, aber es läßt sich noch immer eine Mehrheit im Hause ansteuern[11]), wenn man mit einer 3. Stimme entgegenkommt. Bitte orientieren Sie mich!

Ich denke bald nach Berlin zu kommen. Ich bekomme immerzu Briefe über Krisengerüchte, Vorschläge auf Ersatz *Hertling*, das beunruhigt mich. Ich halte einen Wechsel durchaus für unerwünscht.[12]) Bekommen wir ein „parlamentarisches Koalitionsministerium", so schliddern wir ganz nach links und kommen nie wieder in die Höhe. Die Presse über die Kaiserrede[13]) ist gut, ich hoffe, daß sie gut gewirkt hat. Es war allerdings nicht leicht, sie zu redigieren. Soll nun *Goßler* den „Exzellenz" Titel für seine Zeit im Baltikum bekommen ?[14]) Dort scheint es erwartet zu werden.

Beste Empfehlungen
In tiefster Ergebenheit
aufrichtigst Ihr
F. *Berg*.

[9]) Zur Haltung *Drews'* vgl. Patemann S. 200 f., 208, 213, 219.

[10]) Dieser Vorschlag sah vor, in jedem Wahlkreis zwei Abgeordnete zu wählen, den einen von den Wählern, die über 50 Jahre alt waren oder seit 20 Jahren einen selbständigen Beruf ausübten bzw. im gleichen Kommunalbezirk ansässig waren, den zweiten Abgeordneten von allen übrigen Wählern; vgl. a.a.O. S. 207 ff.

[11]) Könnte auch „umstimmen" heißen.

[12]) Ob das *Bergs* wirkliche Auffassung zu diesem Zeitpunkt wiedergibt oder ob diese Worte nur auf seinen Briefpartner berechnet waren, muß offenbleiben. Seine „Diktaturpläne" hatte er jedenfalls nicht fallengelassen; vgl. oben S. 173 (Anm. 27), 177 und 179 f.

[13]) Gemeint ist die Rede Kaiser *Wilhelms II.* in den Krupp-Fabriken; vgl. oben S. 169 f.

[14]) Alfred *v. Goßler*, MdR 1915—1918 und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses (konservativ) 1908—1918, Chef der Zivilverwaltung in Kurland.

7.

11. 10. 1918: Kaiser Wilhelm II. an Friedrich v. Berg

Schultheß 1918/I S. 335.

Mein lieber Geh. Kabinettsrat *v. Berg!*
Ich habe Ihrem Gesuche vom 8. d. M. entsprechend durch Meinen anderweitigen Erlaß von heute Ihre Enthebung von dem Amte als Mein Geh. Kabinettsrat unter Versetzung in den Ruhestand verfügt. Es bewegt Mich aber besonders schmerzlich, Sie gerade jetzt aus Ihrer verantwortungsvollen und arbeitsreichen Stellung scheiden zu sehen und auf Ihre wertvollen Dienste verzichten zu müssen. Seien Sie indessen, Mein lieber *v. Berg*, Meiner Dankbarkeit und Meines besonderen Wohlwollens allezeit versichert! Als Zeichen Meiner warmen Anerkennung für Ihre langjährigen dem Staate, Mir und Meinem Hause geleisteten treuen Dienste verleihe Ich Ihnen den beifolgenden Stern der Komture Meines Kgl. Hausordens von Hohenzollern. Ich hoffe zuversichtlich, daß Sie zu gegebener Zeit Ihre bewährte Kraft wieder zur Verfügung Ihres Königs und des Vaterlandes stellen werden.

Ihr wohlgeneigter König und treuer Freund.

Gr. Hauptquartier, den 11. Okt. 1918

gez. *Wilhelm.*

Register

Kursiv gedruckte Seitenzahlen verweisen auf Angaben zur Person.

Aalandsinseln 146

Abb, W. 12—14

Abdankung der Hohenzollern 188, 192, 195 f., 200

Abdul Rahim, Prinz 171

Abeken, Heinrich 20

Abgeordnetenhaus 17, 22
- und Wahlrechtsreform 17, 99 f., 133 f., 209

Abrüstungsfrage 66

Adelsblatt 69—72

Adelsgenossenschaft 69, 71
- Berg als Adelsmarschall 65, 69—71
- Vorstand 69 f., 72
  Verhältnis zu Hindenburg 65, 71 f.
- Rechtstendenzen 69—72

Admiralstab, Seekriegsleitung 10, 155, 200

Adolf Friedrich, Herzog von Mecklenburg 163 f.

Albrecht, Prinz von Preußen 164

Albrecht, Herzog von Württemberg *103*, 116, 127, 129, 156, 168

Albrecht, Daniel Ludwig *4*, 9

Albrecht Eugen, Herzog von Württemberg 103, 116, 129

Alexander, König von Griechenland 161

Alfons XIII., König von Spanien 161

Alice, Prinzessin von Hessen 119

Alldeutscher Verband 166

Anders, Karl Friedrich 11, *12*

Andrejew, Nikolaj 148

Anna, Landgräfin von Hessen 138 f.

Annexionen 155, 166
- im Osten 51, 102, 131
s. a. Baltikum; Belgien; Estland; Kurland; Litauen; Livland; Polen

Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen 97

Antisemitismus 58, 70, 72

Arbeiterschaft 169, 191
- Stimmung 165, 169 f., 174
s. a. Januarstreik

Arbeitskammergesetz 204

Arierparagraph 70

Arnim-Boitzenburg, Adolf Heinrich Graf v. *6*

Arz v. Straußenburg, Artur 136

Augusta Viktoria, Deutsche Kaiserin 67 f., 92, 99, 103, 105, 115, 118, 121, 124, 134 f., 139, 142, 147, 149—151, 160—162, 166, 189, 191, 193, 200, 207
- Unterredung mit Valentini 9. 11. 1917 49
  Wilhelm II. November 1917 49 f.
- Schreiben an Berg 11. 10. 1918 194
  Prinz Max 7. 10. 1918 193
- Bericht Bergs über Kühlmann-Krise 28. 6. 1918 145
- Gegnerschaft zu Valentini 49 f., 94, 193 f.
- und Entlassung Bergs 193 f., 200

August Wilhelm, Prinz von Preußen *190*, 191

Auslandsdeutsche 103, 121, 146
- Deutsch-Balten 105, 114, 118, 130

Außenministerium, preußisches 14, 18, 35
- Vortrag der Personalfragen beim König 19 f., 26, 29, 34—36
  der außenpolitischen Angelegenheiten 20, 29, 34 f.

Auswärtige Politik
- Kompetenzen des Kaisers 27, 29, 34 f.
  des Reichskanzlers und seiner Vertreter 57 f., 60, 151, 205
- und Zivilkabinett 29, 34 f., 57, 205
s. a. Außenministerium; Auswärtiges Amt; Reichskanzler

Auswärtiges Amt 142, 146 f., 182, 191 f.
- Staatssekretär 57, 148, 151
  Besetzung 18, 146—148, 151; s. a. Hintze; Kühlmann
  Vortrag beim Kaiser 19—21, 23, 26, 29 f., 34 f., 56
- Unterstaatssekretäre 147
- Vertreter beim Kaiser 19 f., 23, 37, 78, 103 bis 105, 113 f.
  Zuständigkeit 20, 35, 57, 60, 205
- auswärtiger Dienst 18, 147 f.
- Zuständigkeit 36
  für Außenpolitik 19 f., 22, 29, 34 f., 56—58
  Personalfragen des Amtes 19 f., 26, 34 f.
- Ostpolitik 102, 118, 122, 146, 164
- im Urteil Bergs 57, 105, 118, 145

Averescu, Alexander 120

Bachmann, Gustav *175*

Baden 162
- fordert Teile des Elsaß 103, 119, 129

Ballin, Albert *166*, 167 f.

Baltikum, baltische Frage 55, 58, 105, 114 f., 129—131, 211
- Anschluß an Deutschland 117 f., 130
Personalunion mit Preußen 103, 117 f., 129 f., 134, 208
- Deutsch-Balten 105, 114, 118, 130
- Haltung Wilhelms II. 58, 111, 117 f., 129 f., 208
- Politik Bergs 55, 57, 103, 105, 134 f.
s. a. Estland; Kurland; Lettland; Livland; Riga

Bartenwerffer, Paul v. *113*, 178
- bei Besprechung 24. 1. 1918 102; 13. 2. 1918 113; 2./3. 7. 1918 146

Bassermann, Ernst 108

Batocki, Friedrich W. v. 41 f.

Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz v. 41 f., 48, *134*

Baudissin, Friedrich Graf v. *176*, 200

Bauer, Max 46, 125, 129, 166, 197

Bayern 109 f.
- Angliederung des Elsaß 103, 119, 129, 137
- und Reich 109, 203

Beamtenschaft 69

Behr-Behrendorff, Carl Graf v. 100, *207*

Belagerungszustand 56

Belgien, belgische Frage 47, 137 f., 146, 154
- Generalgouvernement 121, 137, 154
- Kriegsziel Deutschlands 153, 158, 166

Below, Fritz v. *139*

Below, Otto v. *128*, 129

Berckheim, Philipp v. 159—161, 163 f.

Berg, Carl Friedrich Wilhelm v. 39, 78, *127*

Berg, Friedrich v. (Vater) *38*, 39, 127

Berg, Hans-Hubert v. 38 f., 48, 56, 61, 63, 68, 71—73, 77, 196

Bergen, Carl-Ludwig Diego v. 179

Berliner Tageblatt 48 f., 132

Bernhard, Georg 183

Bernhard, Herzog von Meiningen 174

Bernstoff, Johann Heinrich Graf *146*, 151, 162

Beseler, Hans Hartwig v. *101*, 103

Bethmann Hollweg, Theobald v. 18, 45, 47, 54, 92—94, 99—101, 108, 121, 132, 147, 163, 194
- Besprechung mit Valentini 11. 5. 1917 19
im Großen Hauptquartier Juli 1917 44
- empfängt Schreiben Valentinis vom 24. 4. 1914 19
Telegramm Hindenburgs vom 13. 10. 1916 101
- Rücktritt 44—46, 51

Bienerth, Karl Frhr. v. *106*, 172

Bismarck, Fritz v. *139*

Bismarck, Otto Fürst v. 7 f., 15 f., 18, 94

Blomberg, Werner v. 72

Blumkin, Jukow *148*

Bockelberg, Alfred v. *139*

Boehn, Hans v. 106, *139*

Bolschewismus 46, 70, 72, 114 f., 196

Boris, Kronprinz von Bulgarien *134*, 161, 165

Bork, v., General 125

Braconier, Monsieur 137

Brandenstein, Frhr. v. *164*

Braun, Magnus Frhr. v. *121*

Bredt, Joh. Victor *63*, 67

Breitenbach, Paul v. *133*, 191

Brest-Litowsk, Friedensverhandlungen und Friedensvertrag 51, 55, 57 f., 102, 111, 113, 147, 204
- Forderungen der OHL 51, 57, 111 f., 113
- Verhandlungsführung Kühlmanns 111, 113 f.
- Verhandlungskrise Februar 1918 111—114
Kronrat vom 13. 2. 1918 113—115
deutsches Ultimatum 114 f.
- Abschluß des Vertrages 120
- Frieden mit Ukraine 111
- Zusatzverträge 157

Brinkmann, Friedrich 146

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v. *133*, 146, 151

Brüning, Heinrich 66

Bülow, Bernhard Fürst v. 18, 23, 43, 107—109, 166

- als möglicher Kanzlerkandidat 108 f., 174, 176
- im Urteil Bergs 108

Bülow, Unterstaatssekretär in Bromberg 194

Bulgarien 113, 145, 161, 165
- Grenzfragen 134
- und Friedensfrage 165

Bund der Landwirte 97

Bundesrat 17, 207

Bundesstaaten 20, 35, 164

Burgfrieden 99

Burian v. Rajecz, Stephan Graf *136*, 143 f., 151, 160, 165, 172, 179, 206
- bei Besprechung 12. 5. 1918 136

Bussche-Haddenhausen, Hilmar Frhr. von dem *134*, 144, 161, 163 f.

Bussche-Ippenburg, Erich Frhr. von dem 184, *185*, 186 f.

Capelle, Eduard v. 146

Caprivi, Georg Leo Graf 18

Cecilie, Kronprinzessin von Preußen 68, 78, 125, 135, 191 f.

Charlotte, Herzogin von Meiningen 174

Chelius, Oscar v. *121*, 133

Claß, Heinrich *166*

Clemenceau, Georges 131

Coels von der Brügghen, Max Frhr. *134*, 135

Costenoble, August *6*, 7 f.

Cotta, Carl Frhr. v. 105

Cramm-Burgdorf, Frhr. v. 25 f.

Cramon, Admiral 132

Cramon, August v. 129, *131*, 145, 160, 173

Cyrill, Prinz von Bulgarien 165

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Graf 115, 126, 136
- Besprechungen in Berlin 4./5. 2. 1918 112
- Sixtus-Affäre und Rücktritt 129, 131

Daily-Telegraph-Affäre 107 f.

Dallwitz, Johann v. *127*

Dalwigk zu Lichtenfels, Frhr. v. 174

Delbrück, Clemens v. *9*, 61, 177, 194 f., 197 f.
- Unterredung mit Berg 2. 10. 1918 188
  Berg und Dryander 9. 10. 1918 194
  Wilhelm II und Berg 12. 10. 1918 195
  Wilhelm II. und OHL 25. 10. 1918 197
- Chef des Zivilkabinetts 9, 24, 61, 194 f.
  Rücktritt 24

Delbrück, Hans 174, 176

Dellinghausen, Eduard v. 130, *135*

Demokratisierung 47, 186
- antidemokratische Tendenzen 70

Deserteure 56, 154

Deutsche Bank 104

Deutsche Friedensgesellschaft 189

Deutsche Tageszeitung 159

Deutsche Vaterlandspartei 166

Deutsche Volkspartei 64, 144

Deutsche Zeitung 49

Deutschnationale Volkspartei 38, 62, 64, 71

Diktaturpläne 56, 206 f.
- Pläne Bergs 53, 55, 176 f., 179 f., 207, 211

Dobrudschafrage 134

Dohna-Schlodien, Nikolaus Graf zu *140*, 195

Dohna-Schlodien, Wilhelm Graf zu *140*

Dolchstoßlegende 62

Dommes, Wilhelm v. 66

Don-Kosaken 146

Drews, Arnold Bill *95*, 100, 134, 176, 210 f.
- Unterredung mit Berg Februar 1918 115; September 1918 176

Dryander, Ernst v. 13, 37, *191*

Dryander, Gottfried v. *13*, 38, 177, 194
- Vortragender Rat im Zivilkabinett 13 f., 37
  provisorischer Chef November 1918 bis März 1920 24 f., 36, 193
- Schreiben an preußische Volksbeauftragte 25. 11. 1918 19 f., 24—27, 29, 35 f.
- Artikel über Berg vom 10. 12. 1926 37, 42

Düringer, Dr. 103, 119

Düesberg, v., Vortragender Rat 6

Duesterberg, Theodor 71

Dusch, Alexander Frhr. v. 103

Ebert, Friedrich 38, 64 f., 171, 184 f.

Eduard, Herzog von Anhalt 137

Eichhorn, Hermann v. *106*, 168

Eisenhart-Rothe, Hans v. *39*
- Vortragender Rat im Zivilkabinett 12, 39 f., 43

Eitel Friedrich, Prinz von Preußen 123, *127*, 143

Eleonore, Großherzogin von Hessen 118

Elsaß-Lothringen 56, 129, 131, 188, 194
- Autonomie 119, 145
- Statthalter 13, 16, 28, 34, 127
- Teilungspläne 103, 119, 129, 137, 145
- Zuständigkeit des Zivilkabinetts 16, 28, 34 f.

Enckell, Leiter einer finnischen Delegation 155

England 132, 142
- und Friedensfrage 149, 153, 167

Entente 117, 161

Ernährungslage, Nahrungsmittelversorgung 114, 117, 154, 159 f.
- in Österreich-Ungarn 117, 142

Ernst Günther, Herzog von Holstein *187*, 200

Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen *118*, 119

Erzberger, Matthias 46, 49, 116, 134, 189
- Eintritt in Regierung Max von Baden 185 f., 191
  ablehnende Haltung Bergs 57, 185 f., 190 f.

Estland 114 f., 130, 135
- Anschluß an Deutschland 117 f., 129 f., 135, 146, 208

Estorff, Otto v. *104*, 132, 183

Eulenburg, August Graf zu 62 f., *93*, 95, 100, 115, 135, 145, 188, 190
- Unterredung mit Berg 15.—17. 2. 1918 115; 23. 9. 1918 173; September 1918 176; 1. 10. 1918 186
  Wilhelm II. und Berg 2. 10. 1918 188; 11. 10. 1918 195

Eulenburg, Eleonore Gräfin zu 103

Eulenburg-Wicken, Siegfried Graf zu 123

Ewald, Christian Wilhelm Karl v. *119*
- Unterredung mit Berg 24. 2. 1918 119

Falkenhausen, Alice v. 137

Falkenhausen, Friedrich Frhr. v. 144, *173*

Falkenhausen, Ludwig Frhr. v. 78, *121*
- Unterredung mit Berg 53, 121; 15. 3. 1918 121; 18. 5. 1918 137; 28. 7. 1918 77, 154, 206 f.; 18. 9. 1918 173
- Vortrag beim Kaiser 16. 5. 1918 137
- empfängt Besuch des Kaisers 28. 4. 1918 133, 137
- Kanzlerkandidat Bergs 53, 56, 121 f., 137, 144 f., 171, 173, 177, 179, 206 f.
  des Kaisers 122, 137, 171, 207

Fehrenbach, Constantin 141, *176*

Fendrich, Anton *162*, 163, 170 f.
- Unterredung mit Berg 24./25. 8. 1918 162, 170
  Müller 25. 8. 1918 162
  Wilhelm II. 30. 4. 1915 163
- Schreiben an Prinz Max 9. 8. 1918 162 f., 170; 19. 9. 1918 170

Ferdinand I., König von Bulgarien 161, 165

Finanzministerium, preußisches 6, 14

Finnland 55, 114, 121, 155
- Besetzung des Königsthrones 106, 163 f., 168

Fischbeck, Otto 38, 184 f.

Flügeladjutanten 59, 95—97, 104, 122, 155, 192, 195

Foch, Ferdinand 152

Fortschrittliche Volkspartei 177 f., 184, 210

Frankenberg und Ludwigslust, Alexander v. *132*

Frankfurter Zeitung 48

Frankreich 60, 116, 153, 188
- und Sixtus-Affäre 129, 131
- Truppen an der Westfront 140, 152, 172

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn 101

Freikonservative Partei 108, 194

Friedberg, Robert *115*, 133 f., 188 f.
- Unterredung mit Berg 15.—17. 2. 1918 115; 3. 5. 1918 133; 6. 10. 1918 191

Friedeburg, v., Generalleutnant *127*

Friedensfrage 117, 119, 138, 155, 164 f., 181, 189
- Bedingungen 156, 158, 166, 186
- „deutscher" Frieden, Siegfrieden 46, 117, 141
- neutrale Vermittlung 158 f., 161, 167
- und Österreich-Ungarn 117, 160 f., 165
Note vom 14. 9. 1918 172
- Verständigungsfriede 158, 171, 189
- Sondierungen 1916/17 149, 153 f., 167
- Reichstagsresolution Juli 1917 189 f.
- Friedensfrage Juli—Oktober 1918 155 f., 158 f., 161, 165—167, 171 f., 185 f.
Besprechungen 13./14. 8. 1918 158—161
s. a. Waffenstillstands- und Friedensgesuch

Friedrich I., Deutscher Kaiser, König von Preußen 9, 127

Friedrich der Große 196

Friedrich II., Großherzog von Baden 129, 185 bis 187

Friedrich II., Herzog von Anhalt 137

Friedrich August III., König von Sachsen 137

Friedrich Karl, Prinz von Hessen *106*, 111, 138 f., 161, 163
- finnische Thronkandidatur 106, 163 f., 168

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 7, 39, 78, 127

Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen *164*

Fuchs, Theodor 173

Führergedanke, Führertum 67, 70 f., 73

Fürstenberg, Maximilian Egon II. Fürst zu *128*

Fürstenenteignung 63, 66 f.

Gabriel, Hauptmann i. G. 104

Gamp-Massaunen, Karl Frhr. v. 108

Gayl, Egon Frhr. v. 170

Generaladjutanten 59

Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses 62 f., 67 f.
s. a. Hausminister

Generalkommandos 56, 158, 170, 189 f.
- Oberkommando in den Marken 103

Gennrich, Superintendent 72

Georg V., König von England 119

Georg, Kronprinz von Griechenland 161

Georgien 146

Gersdorff, Ernst Frhr. v. *123*, 125, 127, 132

Gesetzgebungsverfahren
- im Reich 17, 204
- in Preußen 17, 204

Gewerbeordnung 204

Geyer, Friedrich August Karl 136

Godberg, Else 134, 174

Godberg, Leonie 134, 174

Görlitz, Walter 104

Görne, Oberstleutnant 132

Gontard, Hans Albrecht Friedrich v. 49, *123*, 125, 128, 139 f., 160, 166

Goßler, Alfred v. 69, 71, *174*, 176, 211

Goßler, Heinrich v. 23

Gramsch, Dr. *97*

Griechisches Königshaus 161

Gröber, Adolf 176
- Unterredung mit Berg 1. 10. 1918 38, 184 bis 186

Groener, Wilhelm 106, 152, 196, 199 f.

Groote-Rheinbach, R. v. 53, *134*, 135, 186

Großes Hauptquartier 14, 57, 91, 111, 157
- Kommandant 9, 59
- Zusammensetzung 59 f., 103 f., 122 f., 203
Frontbildungen 104 f., 107, 114

Grünau, Werner Frhr. v. 101, *103*, 104, 109 f., 114, 123, 125 f., 132, 139, 145, 164, 186
- Unterredung mit Berg 24./25. 3. 1918 58
Wilhelm II. und Berg 30. 6. 1918 145
- Tätigkeit als Vertreter des Auswärtigen Amts 20, 23, 37, 57 f., 60, 104, 115 f., 126, 130 f., 134, 157, 164
Bericht vom 10. 2. 1918 111; 26. 2. 1918 120; 15. 3. 1918 131; 25. 3. 1918 57 f., 118, 205; 27. 3. 1918 126
- Gegensatz zu Berg 37, 57, 104 f., 112, 145
Protest vom 25. 3. 1918 57 f., 205

Haeften, Hans v. 184—186
- Unterredung mit Berg 1. 10. 1918 184—186
- und Entlassung Ludendorffs 198, 200

Hahn, Kurt 192

Haller, Johannes 129

Handelsministerium, preußisches 14

Harden, Maximilian *167*

Hardenberg, Karl August Fürst v. 3 f.

Hassel, v., Oberpräsidialrat 92, 97

Hausministerium, preußisches 15, 28, 34, 62 f., 67 f., 190
s. a. Generalbevollmächtigter; Hohenzollern

Haußmann, Conrad 38, 108

Heer, deutsches 101, 105, 126, 158, 168, 173, 180 f., 197, 206—208
- Löhne 155
- Militärwerkstätten 171
s. a. Weltkrieg

Heine, Wolfgang 108

Heinrich, Prinz von Preußen *105*, 106, 111, 118, 135, 140, 142, 174

Heinrich, Prinz von Schönburg-Waldenburg 151

Heinrichs, Adolf 15, 78, *133*, 177
- Unterredung mit Berg 1. 5. 1918 133; 1. 9. 1918 77, 209; 23. 9. 1918 173; September 1918 176; 1. 10. 1918 187
- Schreiben an Berg 17. 3. 1918 203; 17. 7. 1918 206
- empfängt Schreiben Bergs vom 5. 2. 1918 21, 53; 20. 3. 1918 77, 203—205; 17. 7. 1918 53; 11. 8. 1918 206; 16. 8. 1918 77, 206 f.; 16. 9. 1918 77, 210 f.
  Behrs vom 6. 5. 1918 100
  Schorlemers vom 29. 4. 1918 100; 2. 5. 1918 100
  Valentinis vom 31. 7. 1915 21; 16. 1. 1918 21

Helfferich, Karl 143, 156 f., 159

Hellingrath, Philipp Frhr. v. *109*

Henschel-Fabriken 165, 170

Hergt, Oskar 64, *133*

Hermine, Kaiserin, Prinzessin v. Schönaich-Carolath 67 f.

Herrenhaus, preußisches 17, 21, 42, 61, 91 f., 95, 100, 200
- Kompetenzen 17, 100
- und Fall Lichnowsky 207 f.
- und Wahlrechtsreform 17, 100, 134, 176, 208—211
- „Alte Fraktion" 100, 134, 200, 209
- „Neue Fraktion" 100

Hertling, Anna Gräfin v. 147

Hertling, Georg Graf v. 18, 20, 56, 59 f., *96* 109, 112, 120, 136, 141, 160, 163 f., 204
- Berufung zum Reichskanzler 49, 109, 203
- Besprechungen mit Wilhelm II. und OHL 13. 2. 1918 113 f.; 12./13. 3. 1918 203; 2./3. 7. 1918 146; 27. 7. 1918 154; 13./14. 8. 1918 158 f.; 29. 9. 1918 177, 179 f., 183; 2. 10. 1918 188
- Besuch im Großen Hauptquartier April 1918 129 f., 204; Juli 1918 145—147, 151, 166
- Unterredung mit baltischer Delegation 13. 2. 1918 117; 21. 4. 1918 130
  Berg 17. 1. 1918 95 f.; 17. 4. 1918 130; 1. 5. 1918 133; 27. 6. 1918 144 f.; 5./6. 7. 1918 147; 18. 8. 1918 161; 1. 9. 1918 166; 26. 9. 1918 176
  Cramon 19. 4. 1918 131
  Hindenburg, Ludendorff 12. 1. 1918 51; 16. 4. 1918 130; 1. 7. 1918 146, 209
  Hohenlohe 3. 3. 1918 116; 12. 7. 1918 143; 16. 7. 1918 150
  Wilhelm II. und Berg 16. 4. 1918 129 f.; 17. 4. 1918 130; 2. 7. 1918 146; 7. 7. 1918 149 f.
- Rede im Reichstag 11. 11. 1908 108; 29. 11. 1917 151; 25. 6. 1918 144
  im Hauptausschuß 11. 7. 1918 146, 151
  in der Herrenhaus-Kommission 4. 9. 1918 210
- Sitzung des Staatsministeriums 159, 204
- Schreiben und Telegramme an Berg 17. 3. 1918 204; 27. 3. 1918 58, 77; 29. 3. 1918 126; 2. 4. 1918 126; 3. 4. 1918 122; 15. 8. 1918 208
  Grünau 20. 4. 1918 130
  Lersner 3. 9. 1918 171
  Payer 8. 7. 1918 20. 147, 150
  Wilhelm II. 10. 2. 1918 113; 11. 2. 1918 113; 15. 4. 1918 126; 21. 4. 1918 130; 15. 6. 1918 141
- Thronbericht 203
- empfängt Schreiben und Telegramme Bergs vom 29. 3. 1918 126
  Helfferichs vom 20. 8. 1918 157
  Hindenburgs vom 24. 1. 1918 102; 24. 3. 1918 126; 25. 6. 1918 144
  Lersners vom 28. 8. 1918 170 f.
  Payers vom 6. 7. 1918 149 f.
  Wedels vom 18. 2. 1918 115
- und Kühlmann-Krise 20, 143—145, 149 f.
  Nachfolgerfrage 57, 144, 146—149
- Verhältnis zu Berg 57 f., 96, 105, 203 f., 209
  Protest gegen Eigenmächtigkeiten Bergs 27. 3. 1918 58, 118, 205
- Verhältnis zum Kaiser 109, 142, 203—205
  zur OHL 51, 204 f.
- zu baltischer Frage 129 f.
  Brest-Litowsk 113 f.
  Friedensverhandlungen mit Rumänien 122, 126
  polnischer Frage 102, 116, 129, 159
  Wahlrechtsreform 100, 134, 209 f.
- Pläne Bergs zu seiner Ablösung 53, 144 f., 174, 176, 211

- Kanzlerkrise September 1918 176—180, 182
Besprechungen in Spa 29./30. 9. 1918 177, 179 f., 183
Rücktritt 53, 179, 188

Hertling, Karl Graf v. *113*, 129, 144, 147, 149 f.
- Urteil über Berg 56

Hessen-Darmstadt, Großherzogtum 119

Heydebrand und der Lasa, Ernst v. 108

Heye, Wilhelm *168*, 178, 180, 196, 199
- Berufung in die OHL 55, 168

Hindenburg, Paul v. 46, 60, 65, 72, 98, 102, 123, 129 f., 136, 139, 141 f., 151, 153, 156, 170 f.
- bei Besprechung Kaiser–Reichsleitung 13. 2. 1918 113; 2./3. 7. 1918 146; 13./14. 8. 1918 158—161; 29. 9. 1918 178; 2. 10. 1918 188
Kaiser Karl-Wilhelm II. 22. 2. 1918 116
- Unterredung mit Berg 64—67; Juni 1917 44 f., 91; 8. 2. 1918 111; 26. 3. 1918 125; 10. 6. 1918 141; 29. 6. 1918 145; 2. 8. 1918 155; 15. 8. 1918 161; 29. 9. 1918 180; Oktober 1918 185; 25./26. 10. 1918 198 f.
Hergt und Stresemann November 1919 64
Hertling 12. 1. 1918 51; 16. 4. 1918 130; 1. 7. 1918 146, 209
Hintze 15. 8. 1918 208
Wilhelm II. November 1917 49 f., 91; 14. 1. 1918 52, 95; 25. 10. 1918 197; 26. 10. 1918 198, 200
- Briefe und Telegramme an Berg 42, 65 f., 78; 4. 7. 1917 44 f., 92; 9. 7. 1917 42; 7. 9. 1917 42, 48 f., 91 f.; 19. 11. 1918 64, 66; 5. 8. 1919 64; 14. 8. 1919 64; 5. 1. 1920 64 f.; 18. 2. 1920 65; 3. 1. 1925 66; 23. 4. 1931 66; 25. 7. 1931 66; 25. 2. 1932 71
Bethmann Hollweg 13. 10. 1916 101
seine Frau 10. 7. 1917 44
Hertling 24. 1. 1918 102; 24. 3. 1918 126; 25. 6. 1918 144
Kühlmann 24. 3. 1918 126
Wilhelm II. 16. 1. 1918 46—48, 93; 6. 3. 1918 65; 2. 4. 1918 126
- empfängt Schreiben Bergs vom 25. 12. 1919 64; 2. 2. 1920 65
- Erlaß vom 24. 10. 1918 197
- Reise nach Berlin 25. 10. 1918 197—200
- Verhältnis zu Berg 38, 42 f., 54 f., 64—66, 71 f., 78, 92, 111, 129
Bethmann Hollweg 44, 54
Brüning 66
Hertling 204
Hintze 158, 208
Kühlmann 51, 126, 144 f.
Wilhelm II. 66, 94
- Konflikt mit Reichsleitung Januar 1918 51 f.
- fordert Ersetzung Valentinis durch Berg 44—52, 54, 78, 91, 93, 96
- und Brest-Litowsk 51
Friedensverhandlungen mit Rumänien 126
Dolchstoßlegende 62
Flucht des Kaisers 61, 66, 196 f.
Kühlmann-Krise 144 f.
Ludendorffs Entlassung 197—199
militärische Lage 178, 180 f.
Nachfolger Ludendorffs 199 f.
polnische Frage 101
Regierungsbildung September/Oktober 1918 55, 180, 185, 191
Waffenstillstandsgesuch 161
- Reichspräsidentenkandidatur 1920 64 f.
- als Reichspräsident 66
Wiederwahl 1932 71 f.
- im Urteil Bergs 66 f., 71, 73

Hintze, Paul v. 62, *147*, 163, 168, 170, 197
- Berufung zum Staatssekretär 147, 151, 157
Rolle Bergs 57, 147—149
Besprechungen in Spa 5./6. 7. 1918 147—149
- bei Besprechungen in Spa 28./29. 7. 1918 154, 157; 13.—15. 8. 1918 157—159, 161, 208; 29. 9. 1918 177—179, 181 f.
in Berlin 30. 9. 1918 182, 184; 1./2. 10. 1918 186—188
Kronräte 2. und 4. 10. 1918 188, 190
- Friedens- und Waffenstillstandsfrage 158 f.
- Ostpolitik 156 f., 163 f.
- Rücktritt 190

Hirsch, Paul 24

Hirschfeld, Georg Ernst v. 97, 104

Hitler, Adolf 66, 71, 73
- Unterredung mit Berg und Blomberg 1933 72 f.

Hoffmann, Max *102*, 111

Hohenlohe-Schillingsfürst, Clodwig Fürst zu 18, 138

Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu 116, *136*, 143 f., 151, 179
- Unterredung mit Hertling 12. 7. 1918 143; 16. 7. 1918 150
Kühlmann 9. 7. 1918 150

Hohenzollern, preußisches Königshaus 14, 22, 34 f., 63, 65, 68, 109
- Hausvermögen 63, 67 f.; s. a. Fürstenenteignung

Hollmann, Fritz *138*

Holtzendorff, Henning v. 93, *155*, 163

Hranilovic, General 112

Hubatsch, Walther 66

Huber, Ernst Rudolf 3, 8, 15—17

Hubert, Prinz von Anhalt 137

Hugenberg, Alfred 66, 70

Hutier, Oskar v. *125*

Hutten-Czapski, Bogdan Graf v. *38*, 167
- Urteil über Berg 38, 54, 101

Illaire, Emil Ernst 4, 6, 9, 16

Ilsemann, Sigurd v. 60, 68, *104*, 130, 152, 155, 195
- Unterredung mit Berg 1. 8. 1918 155; 30. 5. 1923 68; 31. 5. 1923 67; Mai 1935 72
- zur Entlassung Ludendorffs 197 f.
- Urteil über Berg 68, 169
- im Urteil Bergs 155 f.

Immediatberichte 5, 11—13, 16 f., 28, 32—35

Immediatvorträge 7—10, 27—30
- Einteilung von 1889 9 f.
- der Minister 3 f, 6, 8—10, 15 f., 23, 28, 30, 34
- des Zivilkabinetts 6, 8—11, 16, 19 f., 27 f., 32, 34—36, 97 f., 183, 204
s. a. Kabinettssystem; Kriegsminister; Reichskanzler; Staatsministerium; Zivilkabinett

Innenministerium, preußisches 11, 14

Innenpolitik 47, 206
- Stimmung der Bevölkerung 176
s. a. Demokratisierung; Parlamentarisierung

Irene, Prinzessin von Preußen 118

Isenburg-Birstein, Franz Joseph M. Fürst zu *133*
- Unterredung mit Berg 3. 5. 1918 133

Italien 116

Januarstreik 1918 103, 110

Joachim, Prinz von Preußen 137

Johanniterorden 41, 65, 140, 143, 146
- Ordenskapitel 65 f.

Jordans, Legationsrat 182

Joseph, Erzherzog von Österreich 160

Jüttner, Geh. Hofrat 25

Justizministerium, preußisches 4, 14, 22

Kabinettsorder 5 f., 11, 16 f., 19, 124

Kabinettssystem 3, 15, 22 f.
- Kabinettschefs 9, 124, 192
Aufgaben und Funktion 3, 95, 114 f., 122, 130, 159
- Kabinettsminister 4—7, 28
- Kabinettsräte 3—5, 7—9, 11, 22, 28
s. a. Marinekabinett; Militärkabinett; Zivilkabinett

Kaempf, Johannes 141

Kaiser, deutscher 10, 15, 21—23, 53, 156
- Aufgaben und Kompetenzen 3, 18—21, 47 f., 53 f., 56, 59 f., 101, 195, 208
Auswahl der Kabinettschefs 192 f., 195
Ernennung der Reichskanzler 206 f.
in der Gesetzgebung 17, 204
Oberbefehlshaber 23
- Immediatberichte 32—35
- Immediatvorträge 27—30, 32, 34—36
- Kabinettsordern 11, 19, 28, 32—34, 56
- und Kabinettssystem 3, 22—24, 28—30, 32, 34—36, 54; s. a. Marinekabinett; Militärkabinett; Zivilkabinett
Abschnürung von Zivilbehörden 15, 17, 23
- und Reichsleitung 17, 22, 58

Kalmücken-Kosaken 140

Kamarilla 7

Kapp, Wolfgang 25, 65, 127, 174

Kapp-Putsch 65, 127

Karl, Kaiser von Österreich, König von Ungarn 78, 131, 136, 160, 172, 207
- Besprechungen in Homburg 22. 2. 1918 115—117
Spa 12. 5. 1918 136
- und Sixtus-Affäre 116, 129, 131, 136
- und polnische Frage 102, 116, 129, 161

Karl Eduard, Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha *132*

Karl Stephan, Erzherzog von Österreich 102, 116, 159 f.

Keller, Mathilde Gräfin v. 142

Kessel, Gustav v. *103*, 115

Kessel, Kurt v. *107*

Kessler, v., Major 126

Keyserlingk, Robert Graf v. *115*, 133
- Besprechung mit Berg 15.—17. 2. 1918 115; 3. 5. 1918 133

Kiel, v., Präsident der Hofkammer 63

Knauff, Hofrat 63

Knorre, Geh. Hofrat 13

Koalitionsfreiheit 204

Koalitionsregierung, Pläne September/Oktober 1918 55, 176, 178—180, 183 f.

Koch, Erich 72

Koch, Reinhard (Vizeadmiral) 146

König von Preußen 6, 15
- Aufgaben und Funktion 3 f., 15, 21, 24, 40, 54, 195
- und Kabinettssystem 8, 34
- Vorträge s. Auswärtiges Amt; Immediatvorträge; Kabinettssystem; Kriegsminister; Reichskanzler; Staatsministerium; Zivilkabinett

Kolonien, deutsche 56, 156

Konservative Idee, konservatives Lager 38, 48, 61, 73, 105, 167

Konservative Partei 22, 107, 210
- Frage Beteiligung an Regierung September/Oktober 1918 60, 176, 178—180, 184
- Verhältnis zu Wilhelm II. 54, 107 f., 119 f., 200
- und Wahlrechtsreform 99 f., 119

Konstantin I., König von Griechenland 161

Krafft v. Dellmensingen, Konrad *129*

Krause, Paul v. *144*
- Unterredung mit Berg 25. 6. 1918 144

Kriegsernährungsamt 41, 48

Kriegsgefangene 148 f.

Kriegskredite 145, 204

Kriegsminister von Preußen 190, 208
- Vortrag beim Kaiser 10, 15, 23, 34, 36
- Rücktritt Steins 189 f., 192 f.

Kriegsziele 128, 153, 155, 158 f.
- finanzielle Entschädigungen 47, 111, 155, 166
- Longwy, Briey 153
- im Osten 114 f., 128, 153

s. a. Annexionen; Baltikum; Belgien; Estland; Kurland; Litauen; Livland; Polen

Kries, Wolfgang v. 159

Krim 146

Kritzton, Baurat 149

Kronräte 13. 2. 1918 37, 57, 113—115; 12./13. 3. 1918 121, 203; 2./3. 7. 1918 146; Vorbesprechungen 13. 8. 1918 158 f., 208; 14. 8. 1918 62, 158—161, 208, 210; 2. 10. 1918 188; 4. 10. 1918 190

Kronrechte 49, 189, 203, 208

Krüger, Paulus (Ohm) 138

Krüger-Depesche 138

Krupp, Friedrich Alfred 169

Krupp v. Bohlen u. Halbach, Bertha 168, *169*

Krupp v. Bohlen u. Halbach, Gustav 168, *169*, 170 f.

Kühlmann, Richard v. 102, 121, 154, 164
- bei Besprechung Kaiser–Reichsleitung–OHL 13. 2. 1918 37, 114
  Kaiser–Reichskanzler 16./17. 4. 1918 129 f.
- Schreiben und Telegramme an Grünau 21. 2. 1918 115; 1. 5. 1918 134
  Hertling 9. 4. 1918 126
  Wilhelm II. 6. 7. 1918 148
- empfängt Telegramm Grünaus vom 10. 2. 1918 111
  Hindenburgs vom 24. 3. 1918 126
  Wilhelms II. vom 9. 2. 1918 111, 126; 25. 3. 1918 126
- Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk 111—114
  mit Rumänien 126, 134
- Konflikt mit Kaiser und OHL 51, 122, 126
- Krise und Rücktritt Juni/Juli 1918 20, 53, 143—151
  Reichstagsrede 24. 6. 1918 143—145, 150
  Nachfolgerfrage 145—147, 149
  Abschiedsaudienz 150 f.
- Urteil über Berg 37, 53
- im Urteil Bergs 105, 114, 150

Kuhl, Hermann v. *106*, 151 f., 199 f.

Kultusministerium, preußisches 14, 120

Kurland 118, 173, 211
- Personalunion mit Preußen 129, 208

Lancken-Wakenitz, Oskar Frhr. von der *154*

Landwirtschaftskammer von Ostpreußen 97

Landwirtschaftsministerium, preußisches 14

Lerchenfeld, Hugo Philipp Graf von und zu 119

Lersner, Kurt Frhr. v. *114*, 126, 146, 160 f., 163—165, 178
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 114
  in Spa 2./3. 7. 1918 146
  Wilhelm II.—Svinhufvud 26. 8. 1918 163
- Berichterstattung an Auswärtiges Amt 5. 4. 1918 126, 161, 178; 10. 8. 1918 160 f.; 26. 8. 1918 163; 29. 8. 1918 165
  Berckheim 10. 8. 1918 161
  Hertling 28. 8. 1918 163, 170
  Hertling und Ludendorff 18. 7. 1918 164
- empfängt Telegramm Hertlings vom 3. 9. 1918 171

Lettland 129

Lichnowsky, Karl Max Fürst v. *206*

Limburg-Stirum, Jules Menno Graf v. 20, *113*, 177, 183, 210
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 113
Spa 2./3. 7. 1918 146

Lindequist, Friedrich v. *146*

Litauen, litauische Frage 103, 133, 173
- Kandidatenlösung 134
- Personalunion mit Sachsen 129, 134, 137
- preußische Lösung 208

Livland 114 f., 135
- Anschluß an Deutschland 118, 129 f., 146, 208

Lobkowitz, Ferdinand Georg A. 117

Lobkowitz, Ferdinand Zdenko M. 117

Loebell, Friedrich Wilhelm v. 49, *174*, 176

Löwenstein, Karl Fürst v. 200

Loßberg, Fritz v. *106*, 152, 156, 200

Lottum, Kabinettsminister 4, 6

Lucanus, Hermann v. *9*, 10, 13, 22 f., 40, 43, 54, 107, 109
- Schreiben an Cramm-Burgdorf 15. 5. 1889 25 f., 29
Pets von Gondrian 17. 6. 1898 26, 29
- empfängt Schreiben Schebeckes vom 27. 10. 1905 26
- Darstellung über Geschäftsgang 1889 11, 26, 28 f., 31, 33
- Verhinderung als Zivilkabinettschef 10, 12, 39

Lucius v. Stoedten, Hellmut Frhr. *135*

Ludendorff, Erich 46, 60, 92, 109, 114, 123, 127 f., 136, 153, 156, 160, 166, 168, 170, 172, 208
- bei Besprechung Kaiser–Reichsleitung 13. 2. 1918 113, 115; 2./3. 7. 1918 146; 13./14. 8. 1918 158—161; 29. 9. 1918 178, 180
Czernin-Kühlmann 4./5. 2. 1918 112
Kaiser Karl-Wilhelm II. 22. 2. 1918 116
- Vortrag beim Kaiser 15. 3. 1918 122
- Unterredung mit Berg Juni 1917 106; 8. 2. 1918 111; 15. 3. 1918 122; 26. 3. 1918 125; 29. 6. 1918 145; 2. 8. 1918 155; 29. 9. 1918 180; 26. 10. 1918 199
Hertling 12. 1. 1918 51; 1. 7. 1918 146, 209
Hintze 15. 8. 1918 208
Wilhelm II. 25./26. 10. 1918 197 f., 200
- Telefonat mit Berg 9. 2. 1918 55, 57, 111 f.
- Verhältnis zu Berg 37 f., 55, 57, 92, 98 f., 111
Hertling 51, 204
Hintze 151, 208
Kühlmann 51, 144 f.
Wilhelm II. 54 f., 93 f., 98 f., 113, 140 f.
- gegen Valentini 46 f., 93
für Ersetzung durch Berg 48, 51 f., 91—93, 96
- Rücktrittsdrohung Januar 1918 51 f.
- und baltische Frage 130
Brest-Litowsk 51, 55, 57, 111 f.
Dolchstoßlegende 62
finnischer Thron 164
Friedensverhandlungen mit Rumänien 57, 111 f., 122
Kühlmann-Krise 144 f.
militärische Lage Sommer/Herbst 1918 152, 154, 156, 158 f., 178, 180 f., 184, 186
polnische Frage und Grenzstreifen 101—103
- Haltung in Krise September/Oktober 1918 178—181, 184—187
Regierungsumbildung 55, 180, 185 f.
Waffenstillstandsgesuch 158 f., 178, 187
- Entlassung 108, 195—200
- Kriegserinnerungen 77, 98, 136
- im Urteil Bergs 98 f., 168, 180 f.

Ludendorff-Spende 140 f.

Ludwig III., König von Bayern 109, 115, *136*, 141, 200
- Besprechung mit Wilhelm II. und Berg 5. 2. 1918 109 f.; 19. 2. 1918 115; 13. 5. 1918 137

Lüttwitz, Walter Frhr. v. *127*

Luise, Großherzogin von Baden 127

Luther, Hans 66

Lyncker, Moritz Frhr. v. 46, 48, 50, 55, 59, 92, *95*, 103 f., 121, 131, 142, 152
- Unterredung mit Berg 17. 1. 1918 52
Valentini 15. 1. 1918 52, 95
Wilhelm II. 18. 11. 1917 91
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 114
Spa 2./3. 7. 1918 146
- Vortrag beim Kaiser 22. 6. 1918 142
- Schreiben an Valentini 18. 2. 1918 95
- Zusammenarbeit mit Berg 54, 95
- Verhältnis Kaiser-OHL 52, 98
- Rücktritt als Kabinettschef 59, 152 f.

Maltzahn, Andreas Frhr. v. 49

Mann, Golo 180

Manteuffel, Otto Frhr. v. 7, 16

Marchin, Graf 137

Margarete, Prinzessin von Hessen 106, 111, 164

Maria Th., Königin von Bayern 115

Marie-Auguste, Prinzessin von Anhalt 137

Marine, deutsche 14, 27, 34, 36, 161 f., 174 f.
s. a. Admiralstab; Marinekabinett; Reichsmarineamt; U-Boot-Krieg

Marinekabinett 10, 16, 155
- Chef 59, 92, 172
  Aufgaben und Funktion 16, 59, 174
  Vortrag beim Kaiser 10, 34, 36, 104
s. a. Müller

Marschall, Ulrich Frhr. v. (gen. Greiff) 59, *96*, 131, 152, 168, 186, 192, 194
- Besprechung mit Berg und Stein 6. 9. 1918 55, 168
  Wilhelm II., Berg und Bienerth 14. 9. 1918 172
  Wilhelm II., Berg und Hintze 29. 9. 1918 179
  Prinz Max 26. 10. 1918 197
- Berufung zum Chef des Militärkabinetts 59, 152 f.
- und Entlassung Ludendorffs 197, 199 f.

Marschall v. Bieberstein, Adolf Frhr. *138*

Marwitz, Georg von der *156*

Marx, Wilhelm 133

Massebus, Hofrat 14

Massow, Ewald v. *145*

Matthias, Erich 71 f., 180

Max, Prinz von Baden 18, 20, 171
- Kandidatur zum Reichskanzler 171, 180, 182, 184—187
  Besprechungen in Berlin 1.—3. 10. 1918 186—190
  Regierungsbildung 57, 62, 184, 192
- Unterredung mit Berg 1. 10. 1918 186 f.; 2. 10. 1918 188; 7. 10. 1918 56, 191 f.; 8. 10. 1918 193 f.
  Marschall 26. 10. 1918 197
  Wilhelm II. 23. 5. 1918 138; 7. 10. 1918 61, 192 f.; 11. 10. 1918 194
- bei Kronrat 4. 10. 1918 190
- Reichstagsrede 5. 10. 1918 191
- Schreiben an Wilhelm II. 15. 8. 1918 163, 170 f.; 8. 9. 1918 171
- empfängt Schreiben Fendrichs vom 9. 8. 1918 162 f., 170; 19. 9. 1918 170
  Wilhelms II. vom 11. 9. 1918 171
- Friedensoffensive Frühjahr 1918 138
- und Waffenstillstandsgesuch 186
- erzwingt Entlassung Bergs 24, 37, 61, 189 f., 192 f.
  Neubesetzung des Postens 193—195
- und Entlassung Ludendorffs 197 f.
- Abdankung des Kaisers 186 f., 192

Mehmed V., Sultan 171

Mehrheitsparteien der Friedensresolution 49, 164, 189
- Interfraktioneller Ausschuß 189
- Friedensresolution Juli 1917 189 f.
- und Entlassung Kühlmanns 149
- und Regierung Max von Baden 61, 183—186
- Rücktritt Hintzes und Steins 189 f.
- Gegnerschaft Bergs 55, 154

Meisner, Heinrich Otto 18 f.

Mertz v. Quirnheim, Hermann 199

Mewes, Friedrich 97, 104, 156

Michaelis, Georg 18, 49, 120, 134, 146
- Ernennung zum Kanzler 1917 121
- Unterredung mit Berg 8. 3. 1918 53, 120
- empfängt Schreiben des Kronprinzen vom 18. 7. 1917 3, 46 f.
  Antwort vom 25. 7. 1917 46
- Berufung zum Oberpräsidenten 53, 120

Militärkabinett 5, 29, 95, 124
- Aufgaben und Funktion 16, 29, 34, 36, 55, 59, 199 f.
  politischer Einfluß 55, 59
- Chef 9 f., 95
  Wechsel 59, 96, 152 f.
  Zusammenarbeit mit Zivilkabinett 95 f.
s. a. Lyncker; Marschall

Ministerium für öffentliche Angelegenheiten, preußisches 14

Mirbach-Harff, Wilhelm Graf v. *147*, 148, 156

Mittellandkanal 107

Moltke, Detlef Graf v. *104*

Moltke, Friedrich v. *99*, 174

Monarchische Idee 66, 68, 73, 107, 162

Monts, Anton Graf v. *132*

Morsey, Rudolf 180

Mudlack, Geh. Reg. Rat 14, 26, 28 f.

Mühler, Ferdinand v. *4*, 7, 9

Müller, Clara 104

Müller, Georg Alexander 104

Müller, Georg Alexander v. 44, *92*, 95, 103, 112, 125, 127 f., 139, 162
- Unterredung mit Fendrich 25. 8. 1918 162
  Wilhelm II. 11. 11. 1917 50; 17. 1. 1918 93

- bei Besprechung Kaiser–Cramon 19. 4. 1918 131
- in Kronrat vom 13. 2. 1918 114
- Schreiben an Valentini 17. 1. 1918 93; 30. 3. 1918 37, 60, 98, 104; 5. 7. 1918 104; 29. 8. 1918 37, 162
- Entwurf des Kaiserschreibens vom 22. 11. 1917 50
- Einfluß auf den Kaiser 59, 104
- und Ballin-Besuch beim Kaiser 167 f.
  Krupp-Rede des Kaisers 169 f.
- und Valentini 59, 92 f.
- Urteil über Berg 37, 50, 55, 60, 98, 142, 162
  OHL 55, 98, 141
- Rücktrittsfrage 46, 48, 59, 93, 155, 172
- im Urteil Bergs 92, 98, 104 f.

Müller, Karl Christian *4*, 6, 9

Mutius, Maximilian v. 127

Nadolny, Rudolf 58

Nationalliberale Partei 108, 144, 176, 184

Nationalsozialismus 72 f.

Neue Preußische Zeitung (Kreuz-Zeitung) 37, 166

Nicolai, Walter *125*

Niedner, Otto Gustav v. *104*

Niemann, Alfred 37, *60*, 156, 164—166, 169, 178, 198
- Urteil über Berg 37

Nikolai-Nikolajewitsch, Großfürst *140*

Nikolaus II., Zar von Rußland 119

Nitz, Hofrat 63, 67 f.

Notverordnungen 66

Novemberrevolution 1918 24, 27, 42, 56, 61, 65 f., 110, 135, 155 f., 167, 169, 172, 174, 196 f.
- 9. November in Spa 66, 153, 196 f.

Oberhofmarschallamt 22

Oberkommando Ost (Oberost) 111
- Reichskommissar 144

Oberpräsidenten 13, 23, 41, 134
- Besetzung 41, 53, 91, 120 f., 134 f., 174
  Einfluß des Zivilkabinetts 18, 53, 120 f., 134 f.

Oberste Heeresleitung 38, 78, 123, 126, 128, 138, 140, 152, 162, 168
- Besprechung mit Kaiser–Reichsleitung 2./3. 7. 1918 146; 13./14. 8. 1918 62, 208; 29. 9. 1918 55 f., 177—180, 182
- Vortrag beim Kaiser 10, 95, 178
- Armeebefehl 24. 10. 1918 197
- Abteilungen 113, 168, 185, 199
  Operationsabteilung 55, 113, 139, 152, 168
  politische Abteilung 113, 197 f.
  Presse und innere Abwehr 125
- Verbindungsoffizier zum Kaiser 37, 55, 60, 78, 104, 152, 156
- Vertreter beim Reichskanzler 114
- Vertreter der Reichsleitung bei der OHL 113 f.
- politische Rolle 24, 42, 52, 59—61, 198, 207
  Bündnis mit Zivilkabinett 24, 38, 54 f., 57, 60, 95
  gegenüber Kaiser 42, 51 f., 54 f., 95, 98, 105
  gegenüber Reichsleitung 42 f., 51, 94, 147
- und Brest-Litowsk 51, 57, 111—113
  Friedensverhandlungen mit Rumänien 57, 111 f., 126
  Kanzlerkrise Bethmann Hollweg 44, 51
  Kühlmann-Krise 143 f., 150
  polnische Frage und Grenzstreifen 101 f., 121
  Valentinis Entlassung 44, 46, 48 f., 51, 92 f.
  Wahlrechtsreform 209
- und militärischer Zusammenbruch 24, 55, 60—62, 184 f.
  Eingeständnis vom 28. 9. 1918 60, 178, 180 f.
  Waffenstillstandsgesuch 60, 178, 180 f., 185—187, 197 f.
  Regierungsumbildung 60, 177, 185—187
- Entlassung Ludendorffs 197—199
  Nachfolgerfrage 199 f.

s. a. Hindenburg; Ludendorff

Österreich-Ungarn 113, 117, 136, 142, 207
- deutscher Militärbevollmächtigter 131
- Militärbevollmächtigter beim deutschen Kaiser 106, 172
- OHL 112, 136
- Besprechungen mit dem deutschen Kaiser 22. 2. 1918 115 f.; 12. 5. 1918 131, 136; 14. 8. 1918 160 f.
- Bündnis mit Deutschland 136
- Friedensbedürfnis 117, 160 f., 165
  Friedensnote 14. 9. 1918 165, 172
- Ernährungslage 117, 142
- und polnische Frage 102, 116
  austro-polnische Lösung 116, 129, 161
- und Sixtus-Affäre 129, 131, 136
- im Urteil Bergs 106, 116 f.

Oettingen, v., Generalmajor 125

Oldenburg-Januschau, Elard v. *176*, 191

Oldershausen, Erich Frhr. v. 146

Oskar, Prinz von Preußen 68, 164

Ostpolitik 57 f., 140, 146, 165
s. a. Baltikum; Estland; Kurland; Lettland; Litauen; Livland; Polen; Rußland

Ostpreußen 40—42, 48, 73, 77, 97, 100, 102, 128
- Provinziallandtag 40, 62, 71, 97, 120
  Präsident 62, 72
- Oberpräsident 41—43, 48, 62, 91 f., 97
- Landeshauptmann 40, 42, 62, 91
- Evangelische Kirche 41, 72

Ow-Wachendorf, Hans Hartmann v. 146

Paasikivi, Juho Kusti 163

Pappus und Trazberg, Eckart v. 191

Parlamentarisches System 47, 49, 56, 203, 206 f.
- und Adelsgenossenschaft 69—72

Parlamentarisierung September/Oktober 1918 20, 24, 179, 182 f., 211
- Erlaß 30. 9. 1918 182, 184

Patemann, Reinhard 100

Patow, v., Vortragender Rat 6

Payer, Friedrich v. 62, 141, 144
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 113 f.
- Rolle bei Regierungsbildung Max von Baden 180, 182—184, 187—190
  Unterredung mit Berg 184, 190
- Reichstagsrede 25. 2. 1918 119 f.
  Stuttgarter Rede 12. 9. 1918 210
- Schreiben an Hertling 6. 7. 1918 149
- empfängt Schreiben Hertlings vom 8. 7. 1918 20, 147, 150

Pilar, baltischer Landrat 118

Pets von Gondrian, Jonkheer van 11, 26

Platen-Hallermund, Oskar v. *132*, 173, 183

Pless, Hans Heinrich XV. Fürst v. *122*, 123, 125, 127, 132

Plessen, Hans G. H. v. 49, 93, *103*, 106, 121, 123—125, 127, 134, 152, 165
- veranlaßt Besuch Bergs beim Kaiser Juni 1917 45
- bei Unterredung Wilhelm II., Kronprinz und Hindenburg November 1917 49
- bei Besprechung in Spa 2./3. 7. 1918 146
- Verhältnis zum Kaiser 59 f., 105
  Flucht des Kaisers 61, 196

Plüskow, v., Generalleutnant *162*, 168

Podbielski, Viktor v. 23

Polen 38, 77, 100, 102, 159, 188
- Generalgouvernement 101, 159
- Proklamation 5. 11. 1916 101
- polnische Frage 100—103, 116 f., 121, 129, 146, 165
  austro-polnische Lösung 98, 102, 116, 129, 146, 159—161
  deutsch-polnische Lösung 116, 161
  Kandidatenlösung 102 f., 116, 129, 159 f., 208
- polnischer Grenzstreifen 101 f., 116, 121

Presse 112, 153, 189
- Wiedergabe von Kaiserreden 169 f., 211

Preußen 63, 116
- Angliederung Elsaß-Lothringens 103, 119, 129, 137, 145
- Personalunion mit dem Baltikum 103, 129 f., 134, 208
- Verfassung 3, 17, 28 f.
- Preußentum, Ehre Preußens 105, 141 f.
s. a. Preußische Volksbeauftragte; Staatsministerium

Preußische Volksbeauftragte 24
- Anfrage an Zivilkabinett November 1918 11, 25, 27

Propagandatätigkeit 158, 207 f., 210

Provinzialverfassung 40 f.

Pückler auf Rogau-Rosenau, Bertha Gräfin v. 142

Rabe, v., preußischer Finanzminister 1849 bis 1851 6

Radowitz, Wilhelm v. 15, 102, *112*, 130, 166, 188, 210
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 113 f.
- mit dem Kanzler in Spa 1.—10. 7. 1918 146 f.; 29./30. 9. 1918 177 f., 182
- Parlamentarisierungserlaß 182
- Telegramm an Auswärtiges Amt 13. 2. 1918 114

Radzivill, Janusz Prinz *159*, 160

Rantzau, Ernst Graf zu 63, *190*

Rantzau, Lita Gräfin zu 103

Ratjen, Rittmeister 126

Rautter, Viktor 97, 140

Rebeur-Paschwitz, Hubert v. *175*

Reichsamt des Innern 13, 188 f., 194

Reichsbank-Präsident 66

Reichskanzlei 15, 187, 210
- Chef 112, 147
  Besetzung des Chefpostens Oktober 1918 56 f., 188, 192
- Beamte 27, 29 f., 35, 56

Reichskanzler 15, 19 f., 53, 96
- Aufgaben und Kompetenzen 3, 56—58, 151
Verantwortlichkeit 24, 56, 58, 151, 193, 205
- Ernennungsvorgang 207
Einfluß des Zivilkabinetts 18, 53, 121, 177, 186, 206 f.
- Immediatberichte 16 f., 28, 34
- Immediatvorträge 3, 9 f., 19 f., 26 f., 29 f., 34 f., 56
- politisches Gewicht 20, 23, 60
- Kanzlerkrise Juli 1917 44 f., 146
- Kanzlerfrage 1918 53, 203 f.
Kanzlerkandidaten 106, 108 f., 120—123, 127, 132, 137, 145, 211
Besetzung mit Militär 53, 60, 171, 173, 206 f.
- Rücktritt Hertlings 171, 174, 176—179
Nachfolgerfrage 179 f., 184
Berufung Max von Badens 171, 180, 182, 184, 186 f.
- Vertreter im Großen Hauptquartier 113 f., 205
- Vertreter der OHL beim Kanzler 114
s. a. Hertling; Max von Baden; Reichsleitung

Reichsleitung 17 f., 23, 46, 49, 52, 62, 78, 132
- Besprechung mit dem Kaiser 16./17. 4. 1918 129 f.
Kaiser-OHL 2./3. 7. 1918 146; 13./14.8. 1918 62, 208; 29. 9. 1918 55 f., 177, 179 f., 182; s. a. Kronräte
Kaiser-Marineleitung 29. 7. 1918 154
- Abschnürung vom Monarchen 23, 60
- Aufnahme von Parlamentariern 19, 49
- Koalitionsregierung (von Konservativen bis SPD) 55, 176, 178—180, 183 f.
- Mehrheitsregierung 177—179, 182
- und OHL 42 f., 51, 60, 94, 199
- und Zivilkabinett 15, 17, 53
- Krise September 1918 176 f., 179 f., 182
Parlamentarisierungserlaß 182
- Regierungsneubildung September/Oktober 1918 60—62, 183—192
Beratungen von Parteiführern und Regierung 182—185, 187—189
Besprechungen Bergs 1. 10.—4. 10. 1918 60 f., 183—187, 189
- Regierung Max von Baden 194, 197
im Urteil Bergs 195 f.
s. a. Hertling; Max von Baden; Parlamentarisierung; Reichskanzler

Reichsmarineamt 154 f.
- Staatssekretär, Vortrag beim Kaiser 34, 36

Reichspräsident 64 f.
- Wahl 1932 71 f.
- Präsidialamt 25

Reichsregierung in der Weimarer Republik 69

Reichstag 61, 96, 99, 108, 151
- Sitzungen 1918 143 f., 150, 191, 204
- Hauptausschuß 146, 151
- Reichstagswahlen 69, 206
- Kompetenzen 17, 208
- Auflösungspläne 206

Reichsverfassung 3, 24, 53, 56
- Art. 15 206
- Art. 17 24, 56
- Art. 24 und 25 206
- Art 63 101
- Änderungen Oktober 1918 183, 189

Reichswehr 69

Reischach, Bertha v. 105

Reischach, Hugo Frhr. v. 18, *103*, 104 f., 107 115, 199

Reischach, Margarethe v. 105

Restorff, Karl v. 146

Riedesel zu Eisenbach, Ludwig *162*

Riezler, Kurt 148, 157

Riga, Anschluß an Deutsches Reich 118, 130

Ritter, Gerhard 47, 51

Roedern, Siegfried Graf v. 62, *125*, 135
- Besprechung mit Berg 8. 5. 1918 135; 29. 9. 1918 181; 1. 10. 1918 183 f.; 2. 10. 1918 187
- Vortrag beim Kaiser 1. 8. 1918 55, 155
- bei Besprechungen in Spa 29. 9. 1918 177—182
- Regierungsbildung Max von Baden 178, 180, 182—184
Besprechungen in Berlin 182—184, 187 f.
Kanzlerkandidat 180
Parlamentarisierung 179, 182—184

Ronikier, Adam Graf *159*, 160

Rosenberg, Frederic Hans v. 144, 146, 179

Rotes Kreuz 171

Rumänien 116
- Friedensverhandlungen und Friedensvertrag 55, 111 f., 120, 122, 126, 205
Ultimatumfrage 111 f., 120
und OHL 57, 111 f., 122, 126
Haltung Wilhelms II. und Bergs 57, 122, 126

Rupprecht, Kronprinz von Bayern 106, 115, 132, 138, 152

Rußland 146 f., 157
- Aufteilungspläne 140
- Nachfolgestaaten 140, 146, 156 f.; s. a. Baltikum; Estland; Finnland; Kurland; Lettland; Litauen; Livland; Polen; Ukraine

- Sowjetrepublik 114 f., 146, 155, 164
und Brest-Litowsker Verträge 113, 120, 147, 157
deutsche Gesandtschaft 147 f., 156

Sachsen, Königreich 116
- Personalunion mit Litauen 103, 129, 134, 137

Sauberzweig, v., Major 127

Schaumann, Vortragender Rat 6

Schebecke, russischer Oberst 11, 26

Scheer, Reinhard *155*, 170, 172, 174, 181

Scheidemann, Philipp 46, 133

Scheller, Regierungsrat 11, *12*

Schiemann, Theodor *130*, 131, 135, 190

Schilling, Baron v. 117 f.

Schirdewahn, Dr. 63

Schlegel, Feldprobst 133

Schlesien 102

Schlieben, Otto v. 210

Schmidt-Bückeburg, Rudolf 18

Schmidt-Ott, Friedrich *133*, 176, 191

Scholl, v., General *134*

Schorlemer-Lieser, Clemens A. Frhr. v. 53, *93*, 101, 135, 180, 183
- Unterredung mit Berg 1./2. 9. 1918 166; 23. 9. 1918 174; September 1918 176
- zur Wahlrechtsreform 100, 166, 211

Schrey, Otto Carl *176*

Schulenburg, Friedrich Graf von der 61, *106*, 147, 197, 199

Schwertfeger, Bernhard 43, 59

Seeckt, Hans v. 65, *106*, 168, 199 f.

Selbstbestimmungsrecht 111

Selchow, Heinrich-Bogislaw v. 200

Senden-Bibram, Gustav Frhr. v. 92

Simons, Walter *192*

Singer, Paul 108

Sixtus, Prinz von Bourbon-Parma 116, 129, 131

Sixtus-Affäre 129, 131
- Besprechung Kaiser Karl–Wilhelm II. 12. 5. 1918 131, 136

Skoropadski, Pawel Petrowitsch *168*, 207

Solf, Wilhelm 190

Sophie, Königin von Griechenland 161

Sowjetrußland s. Rußland

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 72, 108, 154, 162, 171, 210
- Beteiligung an neuer Regierung September/Oktober 1918 176—179, 184, 191

Spreti, Graf, Zivilkabinettschef des bayerischen Königs 109

Staatshandbuch (Handbuch über den Königl. Preuß. Hof und Staat) 5, 13 f., 16, 22

Staatskanzler von Preußen 4, 28

Staatsministerium, preußisches 3, 6, 8, 15, 17, 21, 33, 69, 120, 204
- Aufgaben und Kompetenzen 24, 53, 91, 134 f., 204
- Regierung der Volksbeauftragten 11, 24 f., 27
- Ministerpräsident 5—7, 35, 203
- Minister 4, 18, 20, 49
Immediatberichte 5, 16 f., 28, 33 f.
Immediatvorträge 3 f., 15 f., 23, 30, 34
Stellung zum König 8, 15 f., 22 f.
- Büro 5—7
- Unterstaatssekretär 15, 204
Korrespondenz mit Zivilkabinett 15, 21, 78
- Vortragende Räte 6—8, 28
- Denkschrift zur baltischen Frage 15. 8. 1918 208
- und polnische Frage 121
- und Wahlrechtsreform 133 f., 209

Staatssekretäre 23
- Besetzung 20, 53, 190 f.
Einfluß des Zivilkabinetts 18, 53
mit Parlamentariern 49, 190 f.
- Zuständigkeit für ihre Personalfragen 19 f., 27, 29 f., 35
s. a. Auswärtiges Amt

Stackelberg, Frhr. v. 117

Stäel von Holstein, Karl 118

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 66

Stauß, Emil Georg v. *104*

Stauß, Karin 104

Steczkowski, Johann Kanty 159

Stein, Fritz Wilhelm *141*

Stein, Hans Karl Frhr. v. *158*, 159

Stein, Hermann v. *115*, 141, 145, 168
- Unterredung mit Berg 15.—17. 2. 1918 115
  Berg und Marschall 6. 9. 1918 55, 168
- Vortrag beim Kaiser 1. 7. 1918 145
  mit Roedern 1. 8. 1918 55, 155
- bei Besprechung 2./3. 7. 1918 146
- Rücktritt 189 f., 192 f.

Stein, Karl vom und zum 3 f.

Stenroth, finnischer Außenminister *163*

Steuern 135

Stinnes, Hugo 166

Strempel, v., Vortragender Rat 12, *13*, 24, 40

Stresemann, Gustav 64, 176 f., 184 f.

Ströbel, Heinrich 24

Stryk zu Tiegnitz, v., baltischer Baron 117 f.

Stumm, Wilhelm v. 179, 182

Svinhufvud, Per Evind *163*, 164

Talaat Pascha, Mehmed 171

Tettau-Tolks-Kraphausen, Georg A. E. v. *120*

Thaer, Albrecht v. 117

Thile, Ludwig Gustav v. 5, *6*, 7

Thronbericht 203

Tieschowitz v. Tieschowa, Oberst 199 f.

Tillich, Geh. Hofrat 14

Tirpitz, Alfred v. 23, 59, 92

Tortilowicz v. Batocki-Friebe s. Batocki-Friebe

Trausche, baltischer Baron 117

Treutler, Carl Georg v. 104

Trotha, Adolf v. *155*, 162

Trotha, Ulrich v. *94*, 103, 132, 162, 172

Trott zu Solz, August v. *120*, 127

Trotzki, Leo Davidowitsch 111—114

Tschammer und Quaritz, Georg Frhr v. *194*

Türkei 113, 134, 171

Tundatow, Fürst, Abgesandter der Kalmücken-Kosaken *140*

U-Boot-Krieg 117, 132, 153, 174 f., 181
- Sperrgebiet vor amerikanischer Küste 146, 154

Uhden, Karl Albrecht Alexander 6

Ukraine 106, 114, 117, 140, 168
- Frieden mit Vierbund 9. 2. 1918 111 f.
- Besuch des Hetmans beim deutschen Kaiser 6. 9. 1918 168

Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) 55, 120, 154

Valentini, Rudolf v. 9, 54, 78, *91*, 96, 102, 105
- Unterredung mit Kaiserin Augusta 9. 11. 1917 49
  Berg Juli 1916 91; Juni 1917 44; 16. 1. 1918 92
  Bethmann Hollweg 11. 5. 1917 19; Juni 1917 44
  Lyncker 15. 1. 1918 52, 95
  Wilhelm II. 24. 6. 1917 43—45, 91; 16. 11. 1917 94; 18. 11. 1917 49 f., 91; 15. 1. 1918 52, 95
  Kronprinz Wilhelm 13. 1. 1918 52
  Winterfeldt 15. 1. 1918 51 f., 95
- Schreiben und Telegramme an Berg Januar 1918 92
  Bethmann Hollweg 24. 4. 1918 19
  Heinrichs 31. 7. 1915 und 16. 1. 1916 21
  Schwertfeger 27. 9. 1922 59
- empfängt Schreiben Lynckers vom 18. 2. 1918 95
  Müllers vom 17. 1. 1918 93; 30. 3. 1918 37, 60, 98, 104; 5. 7. 1918 104; 29. 8. 1918 37, 162
  Wahnschaffes vom 29. 6. 1917 45
- Telefonat mit Delbrück 24. 9. 1918 174; 26. 9. 1918 176
- Vortragender Rat im Zivilkabinett 11 f., 39 f., 43
  Vertretung des Chefs 10, 12, 39 f.
- Tätigkeit als Zivilkabinettschef 9 f., 12 f., 15, 17—19, 21, 40, 43, 47, 107
  Rolle bei Berufung Michaelis' 121
  Verhältnis zur OHL 24, 44, 98
  Vermittler zwischen Kaiser–Reichsleitung 23 f., 47, 59 f.
- Vorgeschichte seines Rücktritts 44—46, 48 bis 51, 54, 91, 93 f.
  Anklagepunkte 46 f., 49, 92 f.
  Ersetzung durch Berg 46, 48, 50—52, 91
- erzwungener Rücktritt Januar 1918 51 f., 59, 92 f., 95 f., 104
- Kandidat für Chefposten Oktober 1918 193 f.

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 154
- deutsches Sperrgebiet 146, 154
- und Friedensfrage 153 f., 167
- Truppen an der Westfront 140, 152, 172

„Versailler Diktat" 70

Viktoria, Königin von England 119

Viktoria, Königin von Schweden 140

Vizekanzler 210

Vliet, W. van der, Botschaftssekretär 26, 34

Vossische Zeitung 49, 104, 158, 183, 189

Waffenstillstands- und Friedensgesuch 114, 158, 182 f., 186, 188, 197
- Forderung der OHL 178, 180 f., 185—187, 198
- Absendung 188
- Wilson-Noten 188, 195, 197

Wahlrechtsreform, preußische 98—100, 119
- Osterbotschaft 1917 99 f.
- Juli-Erlaß 1917 99 f., 209
- Vorlage 1918 100, 106, 133—135, 166, 208 f.
  im Abgeordneten- und Herrenhaus 99 f., 134, 176, 208—211
  Haltung der preußischen Regierung 99 f., 209 f.
- allgemeines, gleiches Wahlrecht 99 f., 209
- Pluralwahlrecht 49, 166, 210 f.
- Haltung Bergs 55, 106, 133 f., 166, 209

Wahnschaffe, Arnold *15*, 45, 188, 192

Waldow, Wilhelm v. *115*, 166, 191

Wallraf, Max *115*, 133, 144

Wedel, Botho Graf v. 115, 165

Wedel, Ernst 191

Wehrmann, Otto 7, 8

Weidemann, Offizier 129

Weimarer Verfassung 64

Weltkrieg 129, 143, 163, 173, 207 f.
- amerikanische Truppen 140, 152, 172
- deutsche Truppen 154, 181, 186 f., 190
  Verluste 152, 180 f.
  Überlastung 152, 154 f.
- französische Truppen 152, 172
- Balkanfront 165
- Luftkrieg 132, 140
- Seekrieg 132, 140; s. a. U-Boot-Krieg
- Vormarsch im Osten Februar 1918 118
- deutsche Offensive im Westen März—Juli 1918 123, 125—128, 130, 133, 138—141, 151—153
- alliierte Gegenangriffe, Kriegslage 18. Juli bis September 1918 152—156, 158 f., 165—167, 172 f., 176
- drohender Zusammenbruch der deutschen Front 24, 61 f., 153, 180 f., 186, 189, 191, 195, 199
  Eingeständnis der OHL 28. 9. 1918 55, 60, 178, 180 f.; s. a. Waffenstillstands- und Friedensgesuch
  Aufklärung der Parteien 184 f.
- Beurteilung der militärischen Lage durch
  Berg 153 f., 172 f., 178, 181, 191
  Ludendorff 154, 181, 186 f.
  Kronprinz Wilhelm 155, 172

Westarp, Kuno Friedrich Graf v. 107, 143
- Unterredung mit Berg 2. 9. 1918 166; 2. 10. 1918 188
- empfängt Schreiben Bergs vom 12./13. 8. 1918 153

Westpreußen 102

Wetzell, Georg Wilhelm *113*, 152

Wiemer, Otto 108

Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von Preußen 7—10, 94, 127

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen 7, 9 f., 13, 16, 19, 22 f., 37, 46, 49, 53, 68, 78, 96, 105 f., 109, 111, 120—122, 128, 134 f., 138, 153, 156, 158, 160, 162
- Kronrat 13. 2. 1918 114 f.; 12./13. 3. 1918 121; 2./3. 7. 1918 146; 14. 8. 1918 159 f., 208; 2. 10. 1918 188
- Besprechung mit Reichsleitung-Marineführung 28. 7. 1918 154
  Reichsleitung-OHL 29. 9. 1918 55, 178—180
- Audienzen, Besuche, Unterredungen
  Kaiserin Augusta November 1917 49
  Ballin 5. 9. 1918 166—168
  baltische Delegation 24. 2. 1918 117 f.
  Berg 68; 1909 43, 91; Juli 1916 43, 91, 107; Juni 1917 44—46, 54, 91, 107; August 1917 48; 16. 1. 1918 54, 92—94, 97 f.; 23. 1. 1918 98, 100, 103; 27. 1. 1918 103; 4. 2. 1918 107; 26. 3. 1918 126; 17. 4. 1918 130; 20. 4. 1918 132; 8. 5. 1918 135; 20. 5. 1918 138; 10. 6. 1918 140 f.; 27. 6. 1918 145; 28./29. 6. 1918 145; 6. 7. 1918 147 f.; 7. 7. 1918 149; 17. 8. 1918 208; 7. 9. 1918 168; 29. 9. 1918 178 f.; 30. 9. 1918 183; 7. 10. 1918 192 f.; 10. 10. 1918 194 f.; 11. 10. 1918 195; 12. 10. 1918 195; 14. 10. 1918 195; 16. 10. 1918 195 f.; 25. 10. 1918 195 f.; 29. 10. 1918 196; Februar 1922 67; Mai 1935 68
  Berg und Grünau 30. 6. 1918 145
  Berg und Winterfeldt 7. 7. 1918 149
  Kronprinz Boris von Bulgarien 7. 5. 1918 134
  Cramon und Kabinettschefs 19. 4. 1918 131
  Eduard von Anhalt 14. 5. 1918 137
  Fendrich 30. 3. 1915 163

Ferdinand I. von Bulgarien 29. 8. 1918 165
finnische Delegation 30. 7. 1918 155
Friedrich August III. 17. 5. 1918 137
Grünau 27. 3. 1918 126; 6. 4. 1918 116
Helfferich 12. 8. 1918 157
Hertling 16. 4. 1918 129 f.; 2. 7. 1918 146; 7. 7. 1918 149 f.
Hertling und Kühlmann 17. 4. 1918 130
Hindenburg November 1917 49, 91; 14. 1. 1918 52, 95
Hindenburg und Ludendorff Februar 1918 111; 25. 10. 1918 197; 26. 10. 1918 198, 200
Hindenburg, Kronprinz Wilhelm u. a. November 1917 49
Hintze 6. 7. 1918 148; 7. 7. 1918 149; 28. 7. 1918 154
Hoffmann 1. 1. 1918 102
Holtzendorff und Müller Januar 1918 46, 93
Ilsemann August 1918 152
Kaiser Karl 22. 2. 1918 116 f.; 12. 5. 1918 136; 14. 8. 1918 160 f.
Lersner 10. 8. 1918 160
Ludwig III. 5. 2. 1918 109; 13. 5. 1918 136
Max von Baden 23. 5. 1918 138; 7. 10. 1918 192 f.; 11. 10. 1918 194
Müller 11. 11. 1917 50
Scheer und Trotha 30. 7. 1918 155
Skoropadski 16. 9. 1918 172
Svinhufvud und Stenroth 26. 8. 1918 163 f.
Talaat Pascha 12. 9. 1918 171 f.
Tundatow 8. 6. 1918 140
Valentini 24. 6. 1917 43—45, 91; 16. 11. 1917 94; 18. 11. 1917 49 f., 91; 15. 1. 1918 52, 95
Kronprinz Wilhelm November 1917 49 f.; 16. 9. 1918 172
- Vortrag Berg 23. 1. 1918 97 f.; 17. 4. 1918 130; 6. 7. 1918 147; 13. 8. 1918 159; 3. 10. 1918 189; 5. 10. 1918 191 f.
Berg, Bienerth und Marschall 14. 9. 1918 172
Berg und Hintze 15. 8. 1918 161
Berg und Ludendorff 15. 3. 1918 122
Falkenhausen 16. 5. 1918 137
Roedern und Stein 1. 8. 1918 55, 155
Valentini 16. 1. 1918 92
- Reden 21; 10. 2. 1918 in Homburg 112; 9. 4. 1918 in Avesnes 128; 15. 6. 1918 in Avesnes 142; 10. 9. 1918 in Krupp-Fabrik 21, 53, 169 f., 211
- Schreiben und Telegramme an Balten 21./22. 3. 1918 118; 16./17. 4. 1918 130
Berg 67; 11. 10. 1918 77, 195, 212
Hertling 16. 6. 1918 141
Hoffmann und Kühlmann 9. 2. 1918 111
Kaiser Karl 13. 4. 1918 131; 14. 9. 1918 172
Max von Baden 11. 9. 1918 171
Michaelis 1. 11. 1917 120
Kronprinz Wilhelm 22. 11. 1917 46, 50 f.
- empfängt Schreiben und Telegramme Bergs vom 11. 10. 1918 194; 10. 12. 1919 64; Januar 1927 68
Friedrich Karls vom Mai 1918 138 f.
Hertlings vom 10./11. 2. 1918 113; 15. 4. 1918 126; 21. 4. 1918 130
Hindenburgs vom 16. 1. 1918 46—48, 93; 2. 4. 1918 126; 6. 3. 1920 65
Kaiser Karls vom 6. 4. 1918 116; 14. 4. 1918 131
Kühlmanns vom 6. 7. 1918 148
Max von Badens vom 15. 8. 1918 163, 170 f.; 8. 9. 1918 171; 25. 10. 1918 197
des Staatsministeriums vom 29. 4. 1918 100; Denkschrift 15. 8. 1918 208
Kronprinz Wilhelms vom November 1917 46, 50; Denkschrift Juli 1918 155
zum Regierungsjubiläum 141
- Parlamentarisierungserlaß 30. 9. 1918 182
- Reisen nach Baden und Elsaß 1.—5. 4. 1918 127
Berlin 1.—27. 1. 1918 103; 12.—14. 3. 1918 121; 4.—10. 5. 1918 134 f.; 2.—29. 10. 1918 187—198
Brüssel 133, 136
Frontbesuche 123, 125, 128, 130, 132 f., 139, 151, 156, 173
Henschel-Fabrik 31. 8. 1918 165 f.
Hessen 24.—26. 5. 1918 138 f.
Kiel 24./25. 9. 1918 171, 174 f.
Krupp-Fabrik 9./10. 9. 1918 169 f.
München 18.—20. 2. 1918 115
OHL 103, 123, 128, 139, 151, 153
Wilhelmshöhe August 1918 160 f., 166
- politische Rolle 23, 54, 57—60, 105, 205
- Beeinflussung durch Umgebung 3, 16—18, 47, 58 f., 128, 130 f.
Berg 54, 57 f., 61, 105, 120, 134, 167
Familienmitglieder 49 f., 94
OHL 49 f., 52, 92 f.
- Beziehungen zu Berg 37—39, 42—45, 48, 54 f., 59 f., 67, 97 f., 120, 127, 212
Berufung zum Kabinettschef 43, 45, 91
Entlassung als Kabinettschef 61, 77, 189, 192—195, 212
nach 1918 62—67, 155
Bülow 107—109
Hertling 96, 109, 203—205
Hindenburg 64—66, 94; Reichspräsidentenkandidatur 1920 64 f.
Konservativer Partei 107 f., 119 f.
Ludendorff 54, 93 f., 98, 115, 128, 140 f., 197—199
Lyncker 95, 152
Müller 104, 155, 172
OHL 49—52, 54, 57, 93, 95, 98, 105, 152
Reichsleitung 51, 60, 112, 119 f., 126
Söhnen 124, 172
- Haltung bei Kanzlerkrise Juli 1917 44 f.
Ersetzung Valentinis durch Berg 44 f., 49 bis 52, 92—96
Konflikt Reichsleitung–OHL Januar 1918 51 f.
Sixtus-Affäre 131
Fall Lichnowsky 207 f.
Kühlmann-Krise 145, 147, 151
Waffenstillstandsfrage und Regierungsumbildung September/Oktober 1918 177—183, 185—193
Nachfolger Bergs 193—195

- Abdankungsfrage 94, 187 f., 192, 195 f., 200
  9./10. November 1918 61 f., 66, 196 f.
  Thronverzicht 28. 11. 1918 24
- zu baltischer Frage 103, 111, 118, 130, 208
  Brest-Litowsk und Rußland 111 f., 140, 157
  finnischer Thronfrage 163 f.
  Friedensfrage 117, 128, 141 f., 160, 167, 169
  militärischer Lage 153, 155, 160, 181
  polnischer Frage 101 f., 116, 159 f.
  Reichskanzlerkandidaten 106, 122, 137, 171, 179 f., 187, 207
  Wahlrechtsreform 100, 133
  Zivilkabinett 19, 23
- im Urteil Bergs 67 f., 93, 97 f., 124, 141

Wilhelm II., König von Württemberg 127

Wilhelm, Kronprinz von Preußen 3, 64, 78, 125, 135, 139, 151, 199
- Unterredung mit Berg 22. 3. 1918 123—125; 6. 6. 1918 140; 8. 7. 1918 151; 16./17. 9. 1918 172; 30. 9. 1918 182 f.
  Valentini 13. 1. 1918 52
  Wilhelm II. November 1917 49 f.; 16. 9. 1918 172
- Schreiben an Michaelis 18. 7. 1917 3, 46—48; Antwort Michaelis' 46
  Wilhelm II. November 1917 46, 50; Antwort des Kaisers 22. 11. 1917 46, 50 f.; Denkschrift Juli 1918 154 f.
- empfängt Denkschrift Bauers vom 6. 1. 1918 40
- Telefonat mit Berg 6. 7. 1918 147
- Gegnerschaft zu Valentini 45—47, 49—52, 94
  für Ersetzung durch Berg 46, 48—50, 92
- Kontakt zu Berg 68, 78
- Verhältnis zum Kaiser 124, 172
- zur militärischen Lage 154 f., 172
- und Abdankungsfrage 192, 195 f., 200
- im Urteil Bergs 124 f.

Wilhelm, Herzog von Urach 134

Wilhelm Friedrich, Prinz von Preußen 192, *196*

Wilhelmina, Königin der Niederlande 158 f., 167

Wilmowski, Karl v. 6, 7, 9 f., 12, 53
- für Kompetenzerweiterung des Zivilkabinetts 7 f., 11

Wilson, Woodrow 156, 166 f., 188, 195, 197, 199

Windheim, Ludwg v. *162*

Windthorst, Ludwig 23

Winterfeldt, Detlof v. 102, *114*, 134, 150, 177, 182
- Unterredung mit Berg Juli 1918 146; 7. 7. 1918 149 f.; 29. 9. 1918 178
  Hertling 28. 9. 1918 177
  Valentini 15. 1. 1918 51 f., 95
- bei Besprechung in Homburg 13. 2. 1918 113 f.
  Kaiser-Reichsleitung 17. 4. 1918 130
  in Spa 2./3. 7. 1918 146
- rät Valentini zum Abgang 52, 95

Wittelsbacher, bayerisches Königshaus 65, 109, 200

Wittich, v., General 9

Wohnungswesen 135
- preußisches Staatskommissariat 135
- Reichskommissar 135

Wolff's Telegraphisches Büro (WTB) 48, 163, 169 f.

Wrisberg, Ernst v. 146

Xaver, Prinz von Bourbon-Parma 116

Yorck v. Wartenburg, Heinrich Graf *176*, 207

Young-Plan 66, 70

Zedlitz-Trützschler, Robert Graf 18, 23

Zentralstelle „Völkerrecht" 189

Zentrumspartei 99, 101, 108, 119, 176
- und Rücktritt Hertlings 176
  Beteiligung an neuer Regierung 178, 184 bis 186, 191

Ziersch, Georg 63

Ziller, Rudolf Frhr. v. 120

Zita, Kaiserin von Österreich, Königin von Ungarn 116 f., 131

Zivilkabinett 14, 16, 25, 30 f., 35, 95, 182
- Aufgaben und Funktion 4—8, 10 f., 14—17, 21 f., 34—36, 40, 53
  Mittlerfunktion 8, 12, 15, 22, 78
  personalpolitische 10, 15, 17—20, 26 f., 53, 57, 60 f.
  sachliche 16 f., 20 f., 27, 57, 60, 205
- Bearbeitung der Immediatberichte 11—13, 16, 28, 32—35
  der Gesuche und Bittschriften 11, 13, 21, 30—32, 34 f.
- Geschäftsgang 11, 13, 15—17, 19, 25, 34—36
- Geschäftsordnung 11, 16 f., 20 f., 23, 25—33, 35, 56
  „Darstellung" von 1918 20, 23—25, 27—33, 56
  „Erläuterungen" 26 f., 29, 31, 34—36
- Immediatvorträge 6, 8, 16, 20, 28, 34 f.
- Organisation 11, 13 f., 28, 30 f., 34 f.
  1. Abteilung 4—6, 8, 11
  2. Abteilung 4—8

Änderung 1848 5 f.
Neugliederung 1872 7—9, 11, 28
Auflösung 1918—1920 24 f., 37
- Chef s. Zivilkabinettschef
- Vortragende Räte 5 f., 8 f., 12 f., 21, 24, 30, 35, 37, 40, 43, 177
Einrichtung der Stellen 12—14, 39
Vertretung des Chefs 10, 12, 24 f., 39 f., 109, 193 f.
sonstige Aufgaben 11 f., 21, 31, 40
- Kabinettssekretäre 6, 13 f., 30, 35
Aufgaben und Funktion 11, 13 f., 21, 30 f.
- Bürodirektor 14, 25, 30, 35
- expedierender Sekretär 14, 35
- Registratoren 6, 14, 30 f., 35
- Hilfspersonal 6, 14, 35
- politische Rolle 4—8, 15, 23 f., 55, 58—61
Einflußmöglichkeiten 17, 22 f.
Übergriffe 16, 21, 24, 55, 205

Zivilkabinettschef 4, 9, 13 f., 30, 35
- Wechsel 4, 7, 9, 12, 24, 39 f., 42 f., 52 f., 61, 91—93, 95—97; s. a. Delbrück; Valentini
Berufungsvorgang 35, 192 f., 195
- Aufgaben und Funktion 11, 13—16, 19, 21 f., 27 f., 32—35, 53, 56, 58, 60, 112, 145, 158 f., 169 f., 172
Kompetenzerweiterungen 7 f., 28, 32
- Immediatvorträge 8—11, 19, 27 f., 32, 34—36, 97 f., 183, 204
Inhalt 19 f., 183, 204
Vortragsrhythmus 9—11, 16 f.
- politische Einflußmöglichkeiten 16—18, 24, 53
Berater des Kaisers 54, 56
Kanzlerernennungen 18, 53, 121, 177, 186, 206 f.
Minister- und Staatssekretärberufungen 17 bis 19, 21, 53, 150
Übergriffe 16, 58, 205
- Amtsführung Bergs 53—56, 59—61, 77, 95, 97, 107, 158 f., 191, 206 f.
Protest Hertlings 27. 3. 1918 58, 205
Außenpolitik 55, 57, 103, 105 f., 134 f., 163 f., 168
Kanzlerfrage 53, 55 f., 108, 121 f., 137, 144 f., 171, 173 f., 176 f., 179 f., 206 f., 211
Kühlmann-Krise 57, 143—150
Regierungsumbildung September/Oktober 1918 60 f., 176 f., 179 f., 182—187, 189—191
- Rücktritt Bergs 189 f., 192—194, 200, 212
- Neubesetzung des Postens 193—195

Die Zukunft 167